VIKTOR BIBL

DER ZERFALL ÖSTERREICHS

VON REVOLUTION ZU REVOLUTION

RIKOLA VERLAG

THE LIBRARY
OF
THE UNIVERSITY
OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

R
V

DER ZERFALL ÖSTERREICHS

VON

DR. VIKTOR BIBL
O. Ö. PROFESSOR FÜR GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT WIEN

I. BAND
KAISER FRANZ UND SEIN ERBE

II. BAND
VON REVOLUTION ZU REVOLUTION
1848—1918

1922—1924
RIKOLA VERLAG
WIEN BERLIN LEIPZIG MÜNCHEN

VON REVOLUTION ZU REVOLUTION

VON

DR. VIKTOR BIBL
O. Ö. PROFESSOR FÜR GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT WIEN

1924
RIKOLA VERLAG
WIEN BERLIN LEIPZIG MÜNCHEN

DB80
B52
v.2

COPYRIGHT 1924 BY RIKOLA VERLAG A. G. WIEN
DRUCK DER GESELLSCHAFT FÜR GRAPHISCHE
INDUSTRIE, WIEN III

PRINTED IN AUSTRIA

VON REVOLUTION ZU REVOLUTION

INHALTSÜBERSICHT.

I. BUCH

Märzrevolution und Reaktion

Erstes Kapitel. Ferdinand der Gütige. Die Monarchie ohne Monarchen. Anarchie 11
Zweites Kapitel. Sturmzeichen. Der Vormärz 39
Drittes Kapitel. Die Achtundvierziger Revolution. Erbteilung der Völker 102
Viertes Kapitel. Die Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs I. Kremsier und die Märzverfassung von 1849 161
Fünftes Kapitel. Militärische und diplomatische Erfolge. Rückkehr zum Absolutismus 195
Sechstes Kapitel. Die Jubeljahre des Absolutismus. Solferino . 227
Siebentes Kapitel. Abbau des Absolutismus. Königgrätz . . . 261
Achtes Kapitel. Der Dualismus: Die Zweiteilung des Reiches . 303

II. BUCH

Die neue Aera — Auflösung des Reiches

Erstes Kapitel. Katastrophen im Innern und nach Außen. Ausgreifen nach dem Osten 329
Zweites Kapitel. Innere Zersetzung der Monarchie. Krise des Dualismus 367
Drittes Kapitel. Neubaupläne. Die südslawische Frage . . . 402
Viertes Kapitel. Wetterleuchten 431
Fünftes Kapitel. Der Weltkrieg 467
Sechstes Kapitel. Der Ausklang der Regierung Franz Josephs. Die Anfänge Kaiser Karls 508
Siebentes Kapitel. Die Novemberkatastrophe 537
Anmerkungen 565

I. BUCH

MÄRZREVOLUTION UND REAKTION

1. FERDINAND DER GÜTIGE. DIE MONARCHIE OHNE MONARCHEN. ANARCHIE

Kaiser Franz war zur letzten Ruhe heimgegangen, aber sein Geist, sein System der starren Unbeweglichkeit bestand weiter. „Er steht nicht nur auf seinem Postament, er lebt in seinem Testament" — bemerkte sehr treffend Hartmanns „Reimchronik des Pfaffen Mauritius". — „Verrücke nichts an den Grundlagen des Staatsgebäudes," so hatte es im letzten Willen des Monarchen geheißen. Dieses politische Vermächtnis war, wie wir aus der früheren Darstellung wissen,[1] das Werk des Staatskanzlers Metternich.

Alles blieb also beim alten — auch die vielgepriesene „Ruhe". So wenigstens behauptete es der Staatskanzler, der nicht müde wurde, die erfreuliche Tatsache des vollkommen „unveränderten Ganges" der Staatsmaschine in die Welt hinauszuposaunen. „Die Verwunderung der fremden Gesandten," versicherte er, „ist groß. Sie begreifen den Staat nicht, in dem sich solche Katastrophen zutragen als wären sie keine, und in dem man von niemand einen neuen Eid fordert." Den Präsidialgesandten am Bundestage, an den diese Erklärung gerichtet war, ermahnte er: „Ich bitte Sie, mit Ihrer eigenen Beruhigung (denn Sie müssen derselben bedürfen) anzufangen und diese strahlenförmig um sich auszubreiten. Dort wo in der Basis nichts v e r r ü c k t ist — wieder das ominöse Wort aus dem Testament! — besteht keine gründliche Gefahr. Das alte Haus steht fest. Der Fideikommiß-Sukzessor ist ein anderer, aber dieser andere will nur das, was der vorige wollte, aber in gleicher Richtung, mit gleicher Kraft und Ausdauer. Dies predigen Sie von den Dächern, denn es ist die Wahrheit."[2]

Es war nicht die Wahrheit. Gerade aber die amtliche Versicherung, daß alles beim alten verbleiben solle, hatte in der Bevölkerung lebhafte Unruhe verursacht. Eine hübsche

Geschichte wußte zu erzählen, wie ein Staatsrat, der die vor der Burg angesammelte trauernde Menge mit den Worten zu beruhigen suchte: „Weint nicht, Kinder, es bleibt ja alles beim alten," die unerwartete Antwort erhielt: „Deshalb weinen wir ja."[3] In dieser Anekdote spiegelt sich das ganze Verhängnis, die folgenschwere Bedeutung des von Metternich heimlich verübten Staatsstreiches: die Gewißheit, daß das verhaßte System des alten Kaisers auch für seinen Nachfolger verankert blieb, rief bei allen, die mit einem neuen Kurs gerechnet hatten, ein Gefühl bitterer Enttäuschung wach. Böse Bemerkungen fielen und Verhaftungen mußten vorgenommen werden. Mit der Ruhe war es von diesem Moment an vorbei — überall setzte Bewegung ein.

Es war auch nicht wahr, was die offiziellen und offiziösen Stimmen über die Person des neuen Monarchen, über seine „Emsigkeit und Energie", seine „geniale" Begabung zu rühmen wußten.[4] Kaiser Ferdinand hat, so ließ Metternich ausstreuen, „weit mehr Regierungsfähigkeiten als Leute, die ihn nicht kennen oder nur im embarras sehen, es glauben".[5] Staatsrat Kübeck, der ihn gewiß genau kannte, gibt uns eine ganz andere, eine geradezu trostlose Schilderung von dem neuen Herrscher, der, „wie bekannt, durch Krankheit schwachsinnig, von allem dem, was ihm vorgetragen wird, kein Wort versteht und immer bereit ist, zu unterschreiben, was man ihm vorlegt".[6] Die Wiener trafen so leider das richtige, wenn sie in ihrer derben Weise das Urteil fällten: „Der gute Nandl ist ein Trottel."[7] Die Folge jener sinnlosen Schönfärberei war dann die, daß viele, die Ferdinand zum erstenmal sahen, erschraken. „So schlimm dachte ich mir ihn nicht," äußerte sich bezeichnend der sächsische Diplomat Graf Vitzthum.[8]

Der Monarch mit seinem „unverhältnismäßig großen" Kopf und seinen auffallend kleinen Händen und Füßen, die Augen „seltsam" verdrehend, verriet schon äußerlich die krankhafte Veranlagung. Wenn er dann bei Empfängen, um ja niemandem den Rücken zu kehren, wie ein Kreisel um seine eigene Achse sich drehte und „mit der Geschwindigkeit einer Elster" alles nachredete, was die Kaiserin sagte, machte er in der Tat einen sehr „merkwürdigen", wenig majestätischen

Eindruck.[9] Dem Ansehen des Selbstherrschertums war es gewiß nicht förderlich, wenn sich in der Beamtenschaft Geschichten herumsprachen, die des Kaisers vollständige Abhängigkeit von seiner Umgebung, besonders der weiblichen, zum Gegenstand hatten.

Nach dem Tode des Burgpfarrers Pletz, so erzählt uns Baron Löwenthal, der Bruder jener Sophie, für die der Dichter Lenau schwärmte, bezeichnete die Volksstimme den beliebten Hofprediger Sedlaczek als den berufenen Nachfolger. Allein die „finsterfromme" Kaiserin setzte sich für den Kandidaten der römischen Partei ein, und der Monarch vertrat ihren Standpunkt in einer Weise, die ihn nicht gerade von der „gutmütigen" Seite zeigte. Mit der Hand auf den Tisch schlagend, fuhr er die Minister an: „Ja, den will i hab'n, just den will i, und wann's mer den nit gebt's, so unterschreib i eng nix."[10]

Es wäre im höchsten Grade geschmacklos, solche Züge festzuhalten, die geeignet erscheinen, das Andenken eines als Menschen grundgütigen Monarchen zu verunehren. Nicht den armen Kranken kann der Hohn treffen, sondern die Urheber dieser geradezu unmöglichen oder, wie sich der Zar Nikolaus fein ausdrückte, „einziggearteten" Lage.[11] „Wir haben eine absolute Monarchie ohne Monarchen," spottete Kübeck.[12]

Wir wissen uns zu erinnern, daß noch zu Lebzeiten des Kaisers Franz[13] eine namhafte Partei bei Hofe bemüht war, Ferdinand, dessen völlige Unfähigkeit zum Regieren frühzeitig — schon Sealsfield sprach von des Kronprinzen „gänzlichem Geistesmangel" — sich offenbarte, von der Thronfolge auszuschalten und durch den zweitältesten Sohn Franz Karl zu ersetzen. Diese Bemühungen scheiterten. Der Staatskanzler, der später auch seinerseits die betrübliche Tatsache feststellte: „Wir haben keinen Kaiser,"[14] wird seinem Herrn wohl kaum widersprochen haben. Gerade ihn hat die ehrgeizige Gemahlin Franz Karls, die Erzherzogin Sophie, für den unheilvollen Entschluß verantwortlich gemacht. Noch nach Jahren, als ihr Sohn Franz Joseph schon Kaiser war, sehen wir die heftige Erregung nachzittern. „Was ich Ihrem Gatten vorwerfe," schreibt die hohe Frau

der Fürstin Melanie, „ist, daß er eine unmögliche Sache wollte: die Monarchie ohne Kaiser führen, und mit einem Trottel als Repräsentanten der Krone.“[15]

Das Prinzip der Legitimität, das bei Kaiser Franz und seinem Staatskanzler für die Nachfolge Ferdinands ausschlaggebend war, hätte indes, wie Kübeck treffend bemerkte, „nicht furchtbarer angegriffen werden können, als durch diese törichte Anwendung und konsequente Festhaltung desselben“.[16] Sie war in der Tat der „erste Stoß“ gegen die Grundfesten des alten Kaiserstaates.[17]

Noch bis zum letzten Augenblick scheinen die Versuche, das Unglück abzuwenden, im Gange gewesen zu sein. Der Leibarzt des Fürsten Metternich, der bekannte Dr. Jäger, der in den entscheidenden Stunden nach dem Ableben des Kaisers Franz im Arbeitszimmer des Staatskanzlers auf das Ergebnis wartete, sah ihn in vollem Ornate, die Wangen entflammt, die Augen blitzend, über die Bastei kommen. „Wir sind über den Rubikon,“ rief Metternich triumphierend, „Ferdinand ist Kaiser!“ „Also Richelieu!“ erwiderte der Arzt, im Innersten davon überzeugt, daß der Fürst, der den Glückwunsch ohne Widerrede entgegennahm, nicht das Zeug dazu besaß.[18] Allein noch war er es nicht.

Das politische Testament des Kaisers Franz barg zweifellos einen inneren Widerspruch. Auf der einen Seite war dem Kronprinzen ans Herz gelegt worden, nichts zu verändern, alles hübsch beim alten zu belassen. Andererseits erhielt der Staatskanzler als „treuester Diener und Freund“ des verblichenen Monarchen für seine amtliche Tätigkeit ein Feld, das sich auf alle öffentlichen Angelegenheiten und Personalfragen erstreckte. Das bedeutete also: Kolowrat, der bisher die Stellung eines Ministers des Inneren, um nicht zu sagen, die eines Kabinettsministers, innehatte, war der Stuhl vor die Türe gesetzt oder er sollte wenigstens nichts mehr zu reden haben. Mit der Ausschaltung Kolowrats aber war dem System Kaiser Franzens ein Grundstein ausgebrochen worden: die Rivalität der beiden führenden Minister, das „Teile und Herrsche“ im obersten Regierungskolleg. Allein Metternich hatte seine Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Zwei Tage nach dem Hinscheiden des Kaisers gab es zwischen den beiden Ministern einen großen Krach.[19] Näheres über den Auftritt wissen wir nicht, aber man darf wohl — es liegt zu nahe — annehmen, daß Kolowrat dem neuen Kabinettsminister mehr oder weniger verblümt zu verstehen gab, das politische Vermächtnis habe er selber gemacht und es sei daher für ihn nicht verbindlich. Auffallend ist, daß der Staatskanzler es für geraten hielt, über den letzten Willen des Kaisers den Mantel des Stillschweigens zu breiten. „Von dem politischen Testamente in Briefform," schrieb er dem Präsidialgesandten Münch, „sagen Sie niemand etwas. Im hiesigen Publikum hat das Nötige bereits transpiriert; ich werde das fernere Nötige zu tun wissen."[20] Veröffentlicht wurde es nicht, und so kam es, daß der sonst so gut eingeweihte Geschichtsschreiber A. Springer das Testament für eine „Fälschung", für die Erfindung eines „übereifrigen Verehrers" des Staatskanzlers erklärte,[21] — was insofern nicht ganz unrichtig ist, als es keinen eifrigeren Verehrer des Fürsten gab als Metternich selbst.

Das Ergebnis der erregten Auseinandersetzung war: Kolowrat reiste nicht, wie er gedroht hatte, in seine böhmische Heimat ab, sondern er blieb. Metternich mußte — vorläufig wenigstens — seine Alleinherrschaft wieder zurückstellen. „Der Erzherzog Ludwig, ich und Graf Kolowrat," so ließ er sich drei Tage später etwas gedrückt vernehmen, „stehen vereint, einer für alle und alle für einen." Also eine Dreiheit, die in Wirklichkeit eine Zweiheit war; denn der Erzherzog sollte nur, wie Metternich bezeichnend sich ausdrückte, den „Quark" wie das Erteilen von Audienzen besorgen.[22] Aber eine Zweiheit der schlimmsten Art, da die beiden Staatsmänner keineswegs „vereint" standen, sondern sich in schroffster Weise befehdeten. Der Staatskanzler selbst hat später diese Rivalität als die Hauptursache der Revolution bezeichnet.[23] Das war sie — und darum wollen wir uns näher mit ihr beschäftigen.

Der Gegensatz der beiden Minister rührte in erster Linie, so paradox es klingt, aus einer innigen Seelengemeinschaft her. Kübeck, der mitten im Streite stand, sprach einmal von den „gleichnamigen Polen, die sich ewig abstoßen".[24] Beide

waren von der Notwendigkeit einer Alleinherrschaft durchdrungen. „Nur einer kann regieren; es geht nicht ohne einen Richelieu," meinte Kolowrat.[25] Und genau so dachte Fürst Metternich: „Eine gespaltene Regierung ist keine Regierung."[26] Aber dieser eine, der das Heft in der Hand zu haben hätte, sollte nicht — der andere sein.

Beide fühlten sich aus dem gleichen Grunde auch darin vollkommen eins, daß sie keinen der volksbeliebten Erzherzoge aufkommen ließen. Der Sieger von Aspern, der nach dem Ableben seines kaiserlichen Bruders, unter Hinweis auf die „ziemlich allgemeine Stimme", sich anbot, die Leitung des Heerwesens, das, wie er nicht mit Unrecht meinte, dem Verfalle entgegengehe, zu übernehmen, wurde zurückgewiesen. Die Begründung des ablehnenden Bescheides — „erbärmlich" nennt ihn Kübeck — war merkwürdig genug. Die Berufung einer so glanzvollen Persönlichkeit auf den Posten eines Generalissimus, so wurde verbindlich gesagt, würde eine außerordentliche Maßregel darstellen und daher in Europa den Eindruck hervorrufen, daß Österreich einen Krieg unternehmen wolle. In Wahrheit galt gerade Erzherzog Karl bei allen Mächten als ein Hort des Friedens. Aber es war so, wie Kübeck sagte: Der Erzherzog als „Heros" der öffentlichen Meinung erschien den Machthabern zu gefährlich.[27] Die „Furcht", die Kaiser Franz vor dessen begabteren Brüdern zeitlebens hegte, wirkte auch nach seinem Tode weiter. Für den Posten eines Generalissimus war schon ein anderer Mann ausersehen: Clam-Martinitz, ein unbedingter Parteigänger und Schildknappe des Staatskanzlers, der Typus des politischen Generals und Salonhelden, im übrigen ein begabter Offizier, der mit Eifer die Reorganisation der Armee in die Hand nahm.

Eingeweihte Personen wie unser Kübeck hatten bei dem traurigen Hader der leitenden Staatsmänner das widerliche Gefühl, daß es sich dabei nicht um das Wohl der Monarchie, sondern um den „persönlichen Vorteil" handelte.[28] Indes darf man nicht übersehen, daß hinter diesen rein persönlichen Interessen, dem Machttrieb und Ehrgeiz der beiden, auch schwerwiegende sachliche Gegensätze, als Hebel und Aushängeschild wenigstens, mitspielten.

Kolowrat nannte tadelnd die Politik seines Rivalen, wie Metternich selber erzählt, „ängstlich, retrograd, jesuitisierend, das Inland dem Ausland, die Finanzen der Staatskanzlei opfernd“.[29] Die Kennzeichnung ist treffend. Fürst Metternich sah nur, wie wir schon wissen, das Schreckgespenst der Revolution, die er wohl besiegt hatte, die aber noch da und dort rumorte, um eines Tages wieder ihr Haupt zu erheben. Den Spuk der bösen Geister galt es, wie Kübeck spöttelnd bemerkte, „durch Bajonette, Späher und Weihwedel“ niederzuhalten und zu vertreiben.[30] Kolowrat dagegen vertrat den Standpunkt, daß durch dieses Massenaufgebot von Polizei und Militär, durch die Unterstützung der Kirche, der Staat finanziell zugrunde gehen müsse und die Revolution dann erst recht, von innen heraus, zum Ausbruch kommen werde. Sanierung der arg zerrütteten Finanzen und Reformen im Innern, um die Kräfte des Staates zu beleben — das war das Heilmittel, das der Graf empfahl.[31]

Beide Minister suchten und fanden in ihrem Kampfe Bundesgenossen. Kolowrat, im Innersten alles eher als liberal, ward von der mit jedem Jahre stärker auftretenden Fortschrittspartei getragen und ließ sich — er, der böhmische Junker — als Vorkämpfer des Liberalismus feiern. Metternich verschanzte sich hinwiederum immer mehr hinter die Mächte der Kirche, die „theologisch-diplomatische Weiberzunft“,[32] wie Kübeck sich ausdrückte, womit in erster Linie die beiden bayerischen Schwestern, die Kaiserin-Witwe Karoline Auguste und die Erzherzogin Sophie, sowie die Gemahlin Kaiser Ferdinands, eine savoyische Prinzessin, gemeint waren. Ob der Einfluß seiner jungen Frau Metternich zum „Frömmler“ machte, wie Grillparzer spottete,[33] wollen wir — es ist auch von anderer Seite behauptet worden — dahingestellt sein lassen. Sicherlich aber war sein kräftigeres Eintreten für die Kirche geeignet, ihm nach oben hin einen mächtigen Rückhalt zu geben. Das kirchliche Testament des Kaisers Franz, der seinem Nachfolger die Preisgabe des josephinischen Kirchensystems und die Rückkehr zu den tridentinischen Grundsätzen ans Herz legte, war, wie wir hörten, sein Werk und es war gewiß nicht seine Schuld, daß es nicht sofort in die Tat umgesetzt wurde.[34]

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung gaben der Welt den sinnfälligen Beweis, daß der österreichische Kaiserstaat ganz im Geiste Kaiser Franzens weiterregiert wurde — also Metternich obenauf stand. Im März 1836 erreichten die Jesuiten, die besonderen Schützlinge des Staatskanzlers, das Ziel ihrer Wünsche: sie erhielten das Recht, nach ihrer eigenen Studienordnung, der „ratio studiorum", den Unterricht zu leiten, und durften sich bald überall offen niederlassen. Der böse Eindruck, den diese offizielle Wiedereinführung des Jesuitenordens auf die fortschrittlich Gesinnten machte, spiegelt sich in dem Stoßseufzer, den Staatsrat Kübeck unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung der Konferenz seinem Tagebuch anvertraute. „Diese Maßregel" — schreibt er da — „wird gewiß ihre Früchte — nur andere als die erwarteten — tragen. Sie ist ein neuer furchtbarer Keim der Auflösung und des Zerwürfnisses dieses schönen Reiches."[35]

Um dieselbe Zeit erfolgte die Austreibung der Zillertaler Protestanten. Der „herzergreifende" Anblick des Auszuges von etwa vierhundert Leuten aus ihrer tirolerischen Heimat verfehlte nicht in der ganzen Welt böses Blut zu machen — ein Stück Gegenreformation im XIX. Jahrhundert! Man durfte aus dieser Neuauflage der Religionskriege bereits das Auswirken des römisch-jesuitischen Geistes erblicken. Daß der Freiherr von Hormayr, der nach seinen üblen Erfahrungen in Österreich in München eine neue Heimstätte gefunden hatte, in seinem „Taschenbuch der vaterländischen Geschichte" just ein Nachtkapitel der österreichischen Geschichte aus der Zeit der katholischen Restauration zum besten gab,[36] legte man in Wien als Zeichen seiner „boshaften" Natur und seiner staatsgefährlichen Gesinnung aus. Auf Antrag Metternichs wurde Hormayr aus der Liste der Leopold-Ordensritter gestrichen, ohne Rücksicht darauf, daß durch diese entehrende Maßregelung König Ludwig von Bayern, in dessen Diensten der ehemalige Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchives stand, in eine höchst unangenehme Zwangslage versetzt wurde.[37]

Das Vorgehen gegen den Historiker Hormayr war nur ein Symptom dafür, daß der alte Kampf gegen die geistigen Bestrebungen im Habsburgerstaate mit Hochdruck weiter-

geführt wurde. Schärfer denn je waltete die Zensur und verschonte auch nicht die ernste wissenschaftliche Arbeit. Der Historiker Kaltenbaeck hatte bei der Herausgabe seiner angesehenen Fachzeitschrift die größten Schwierigkeiten zu überwinden. „Du glaubst nicht," schreibt am 25. Februar 1836 der verdienstvolle Geschichts- und Sprachforscher Karajan einem gelehrten Freunde, „was ihm diese Zeitschrift Mühe kostet; die Scherereien mit Zensur und Metternich... grenzen wirklich an das Unglaubliche, und der arme Teufel ist schon so wild, daß er alle Lust verloren hat... Die Plakkereien und Praktiken waren nie so arg als eben jetzt; ich versichere Dich, das übersteigt alles bisher Erlebte."[38]

Der schönen Literatur ging es nicht besser! Im Sommer 1836 hatte der junge Nikolaus Niembsch von Strehlenau, bekannter unter dem Namen Lenau, seine erste „protokollarische Einvernahme" bei der Wiener Polizei, die ihm nun wegen der „verwerflichen Tendenz" seiner namentlich vom religiös-kirchlichen Standpunkt schwer „anstößigen" Gedichte beständig auf den Fersen war.[39] Haßerfüllt erhebt der Dichter der „Albigenser" gegen die Geistesknechtschaft seine warnende Stimme:

> Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
> Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
> Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten ...

Kurz vorher hatte ein Sohn der Tiroler Berge, Hermann von Gilm, seinem Zorn über das Vordringen der römischen Kampftruppen flammenden Ausdruck gegeben: „Es geht ein finst'res Wesen um — das nennt sich Jesuit... und bringt die Nacht zurück ins Land, wo schon die Dämm'rung war."

Zu den entschiedenen Gegnern der Jesuiten gehörte auch der Minister Kolowrat. Er hatte in der im März 1836 abgehaltenen Konferenz gegen sie gestimmt, war aber nicht durchgedrungen. Grund genug für den, wie Kübeck ihn schilderte, „den ganzen Tag schmollenden und maulenden" Grafen gereizt zu sein. Bald aber fand er eine neue Ursache zur Verstimmung, die auch den Anstoß zu einer schweren Regierungskrise geben sollte.

Graf Kolowrat war, wie wir wissen, auch der oberste Leiter des Finanzwesens. An der Spitze der Hofkammer waltete seit Oktober 1835 Baron Eichhoff. Der neue Hofkammerpräsident, ein unzweifelhaft tüchtiger und rühriger Mann, arbeitete sehr energisch auf das jeden Finanzminister lockende Ziel los, durch Verminderung der Ausgaben und Steigerung der Einnahmen in den schwer zerrütteten Haushalt Ordnung zu bringen. Unter den Maßnahmen, welche die Finanzverwaltung schon seit längerer Zeit beschäftigten, gehörte auch eine Revision der Zollbestimmungen, eine Milderung des schroffen Prohibitivsystems, um den Anschluß an den deutschen Zollverein zu erleichtern.

Die Verhandlungen über diesen Gegenstand gestalteten sich indes aus dem Grunde nicht leicht, weil sich den üblichen Bedenken gegen eine Änderung der bestehenden Einrichtungen der Widerstand der in ihrer Monopolstellung bedrohten Industriellen hinzugesellte. Die Sache wurde also ob ihrer Wichtigkeit wiederholt und gründlich durchberaten, in der Hofkammer, im Staatsrat und in der Konferenz — ohne daß es indes, eben weil sie wichtig erschien, zur Entscheidung gekommen wäre.

Der Hofkammerpräsident muß über das lange Hin und Her der Beratung schon sehr nervös geworden sein. Denn er leistete der Einladung zu einer Konferenz, die auf Befehl des Erzherzogs Ludwig angesetzt war, nicht Folge. „Ich habe über diesen Gegenstand," schrieb er gereizt, „schon fünf- oder sechsmal mündlich, schriftlich, teils als Referent, teils als Vizepräsident, dann als Hofkammerpräsident und endlich bei der Konferenzialberatung meine Ansichten so ausführlich entwickelt und abgegeben, daß ich meinen Äußerungen nichts hinzuzusetzen wüßte. Ich bitte daher sowohl in Erwägung meiner leidenden Gesundheit als meiner übrigen sehr gehäuften Geschäfte, mich von dieser Beratung entbinden zu wollen."[40]

Eichhoffs Entschuldigung ist interessant. Sie enthält eine geradezu tödliche Kritik des Systems, der endlosen Erwägungen und Beratungen ohne das erlösende Wort der Entscheidung, und zeigt den hohen Grad der Verbitterung, die in den höchsten Kreisen der Beamtenschaft darüber

herrschte. Der Hofkammerpräsident fand nur den Mut, seinem Ärger in derart geharnischten Worten Ausdruck zu geben. Sache der Regierung aber wäre es gewesen, eine solche Sprache, die schon an offene Auflehnung grenzt, mindestens mit der Pensionierung des Beamten zu beantworten, wozu ja dessen Hinweis auf seinen leidenden Gesundheitszustand eine gute Handhabe bot. Doch scheint gerade dieses brüske Auftreten der richtige Weg gewesen zu sein, die Angelegenheit endlich in Fluß zu bringen. Die Anträge der Hofkammer erhielten bald darauf die allerhöchste Genehmigung, freilich nur, um zwei Wochen später — wieder zurückgenommen zu werden.[41]

Warum? Was war geschehen? Nun, ein Industrieller, der Inhaber der Zuckerraffinerie Bonnet & Bayard, hatte dagegen protestiert, und dieser eine Protest genügte, um Erzherzog Ludwig zur Sistierung seiner Entscheidung zu vermögen. Der Hofkammerpräsident, ohnehin schon schwer gereizt, war wütend. In einer kräftigen Eingabe wies er nicht mit Unrecht darauf hin, daß die Zurücknahme einer so lange und reiflich erwogenen Maßnahme auf das Publikum einen sonderbaren Eindruck zu machen geeignet sei; müsse es doch glauben, daß die Staatsverwaltung in ihren Verfügungen „leichtsinnig" vorgehe.[42]

Nicht weniger aufgebracht war Graf Kolowrat — denn Eichhoff galt als sein erklärter Günstling. Er fühlte nur zu gut, daß der gegen den Hofkammerpräsidenten geführte Schlag auf ihn selber gerichtet war und es sich dabei um weit mehr als um die Frage der Zuckerzölle handelte. Sind wir gut unterrichtet, so standen hinter den Industriellen, die gegen die Ermäßigung der Zölle Sturm liefen, hohe Militärs und alle Freunde der Jesuiten, die begierig darauf lauerten, den „liberalen" Minister und seinen Hintermann in der Hofkammer zu stürzen.[43] Was nun die Militärs — von dem Orden Jesu war schon die Rede — anbelangt, so besaßen sie allen Grund, gegen beide zu grollen. Denn Eichhoff hatte es durch seine Verzweiflungsrufe über das wachsende Defizit und den drohenden Untergang der Monarchie — und hinter ihnen war deutlich die Stimme Kolowrats zu vernehmen — glücklich dahin gebracht, daß der Aufwand für die Armee be-

schränkt wurde. Vergebens hatte Fürst Metternich sein beliebtes Gegenargument ins Treffen geführt, daß nichts die Gefahren der Zeit mehr zu steigern vermöchte, „als jeder sich verbreitende Wahn, Österreich entwaffne".[44]

Graf Kolowrat griff wieder zu seinem bewährten Mittel: er wurde krank, und zwar so bedenklich krank, daß er sogar ganz offiziell beim Monarchen den Wunsch äußerte, sich ins Privatleben zurückziehen zu dürfen. Die Dienstesresignation wurde mit einigen schmeichelhaften Worten abgelehnt, doch erhielt er einen sechsmonatigen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.[45] Über die wahre Natur seiner Krankheit ließ der polternde Graf niemanden in Ungewißheit. „Und wenn noch das Opfer meiner Gesundheit," erklärte er gallig Clam-Martinitz, „dazu diente, daß ich nach meinen Ideen einen Plan durchführen könnte, aber da stoße ich einmal an eine leere Kasse, einmal an einen Jesuiten oder Benediktiner, einmal an ein russisches oder spanisches Verhältnis und finde überall Hindernisse."[46]

In diesen im Unmut hingeworfenen Worten enthüllt sich uns wieder der ganze tiefe Gegensatz der beiden Minister. Was Kolowrat an der Politik des Staatskanzlers, die das Innere dem Äußeren — daher die „leeren Kassen" — opferte, auszusetzen fand, bildete das Glaubensdogma aller Aufgeklärten und Liberalen. Die Abhängigkeit der Donaumonarchie von Rußland war schon von Gentz als „Verbrechen" bezeichnet worden. Abgesehen von der Preisgabe des Ostberufes Österreichs, der in der Folge immer stärker betont werden sollte, galt das Zarentum als der Inbegriff der Reaktion, der politischen, geistigen und kirchlichen Zwingherrschaft. Nicht populärer war die Unterstützung, die Metternich aus dem Titel des Legitimitätsprinzipes dem Bruder des verstorbenen Bourbonenkönigs von Spanien, dem verhaßten Don Carlos, angedeihen ließ. Wir wissen es aus den vertraulichen Gesprächen Grillparzers, der nicht eigentlich zu den Liberalen gezählt werden kann, wie schwer der Dichter dem Staatskanzler diese Parteinahme für den Gegner der liberalen Christinos anrechnete, wie er sie zum Anlasse nahm, um über den „grenzenlosen, nicht genug zu verachtenden Leichtsinn" Metternichs loszuziehen.[47]

Die Beurlaubung Kolowrats, der sich in seinen böhmischen „Schmollwinkel" begab, verfehlte nicht in ganz Europa gewaltiges Aufsehen zu machen. Sein — wenn auch vorläufig nur zeitweiliges — Ausscheiden aus dem Kabinette wurde als ein Sieg der russischen Politik und des Jesuitentums, als ein Triumph der legitimistischen Sache aufgefaßt und in den verschiedenen Blättern des Auslandes mit ausführlichen Kommentaren versehen.[48] An eine Erkrankung des Grafen glaubte niemand.

Metternich war peinlich berührt. Die Tatsache einer Kabinettskrise war nicht geeignet, seine Lobeshymne auf den „ruhigen" Gang der Staatsmaschine aufrechtzuerhalten. Der Staatskanzler bemühte sich daher, den unangenehmen Eindruck eines großen politischen Skandals zu beseitigen und an den ernstlichen Charakter der Krankheit glauben zu machen. „Ich sah ihn weinen," so schreibt er nach Petersburg, „und in Verzweiflung geraten darüber, daß er dies Opfer jener höchsten aller Verpflichtungen, der eigenen Erhaltung, bringen müsse." Dem preußischen Gesandten vertraute er als die „reine Wahrheit" an, daß der arme Graf „viel am Unterleib" leide. Zweimal jährlich, meist um die Nachtgleiche, habe er seine Anfälle und dann sei „auch sein geistiger Zustand sehr affiziert".[49]

Einem seiner Vertrautesten aber, dem Grafen Ficquelmont gegenüber, fühlte er sich verpflichtet, die „reine Wahrheit" weiter zu erläutern, das Krankheitsbild zu ergänzen. Auch ihm erzählte er von des Grafen „Hämorrhoidalbeschwerden, die leicht den Kopf angreifen". Wenn er so seine Anfälle habe, sei er „mehr oder weniger untauglich für die Geschäfte; sie werden ihm dann verhaßt, und nun wünscht er sich ihnen mit demselben Ungestüm zu entziehen, mit dem er nach Aufhören des Übels den Wiedereintritt in die Geschäfte herbeisehnt".

Abgesehen von diesem Gesundheitsmangel aber leide er an einer großen Schwäche des Charakters und werde nach Art aller schwachen Menschen leicht ein Werkzeug in den Händen untergeordneter Schmeichler. Trotz seiner tadellosen Grundsätze werde der Graf von der „albernen liberalen" Partei als Neuerer ausgegeben, als der schützende

Schirm benützt usw. Mit einem Worte: die Krankheit des Ministers des Innern war der Liberalismus seiner Hintermänner, war seine Opposition gegen die streng legitimistische Politik des Staatskanzlers — dies war die „reine Wahrheit".

Während nun der geistesgestörte Hämorrhoidaliker grollend auf seinen böhmischen Gütern weilte, waren in Wien geschäftige Hände am Werke, ihn gänzlich auszuschalten und Metternich die Alleinherrschaft zu verschaffen oder, wie es unverfänglicher hieß, eine Reform der obersten Zentralverwaltung vorzunehmen. Die Handhabe dazu bot die Notwendigkeit, die durch Kolowrats längeres Fernbleiben entstandene Lücke auszufüllen. Das treibende Element aber bei diesem neuerlichen Vorstoß war der kaiserliche Generaladjutant und Vorstand der militärischen Sektion des Staatsrates Graf Clam-Martinitz, der glücklichere Rivale des Erzherzogs Karl. Der schneidige und ehrgeizige General drängte den etwas ängstlichen Staatskanzler, die günstige Gelegenheit zu einem energischen Eingriff auszunützen.

Fürst Metternich hatte wiederum seine alte Lieblingsidee hervorgeholt: Abhaltung einer „periodischen" Konferenz. „Nur einmal allwöchentlich eine Konferenz festgesetzt," meinte er zu Clam, „und die Sachen machen sich dann von selbst, indem man — geht." Der General suchte nun seinem fürstlichen Gönner begreiflich zu machen, daß man das Übel — „wir sind," meinte er, „in der Tat bedenklich krank" — an der Wurzel fassen müsse. Graf Kolowrat werde wahrscheinlich wieder zurückkommen, weil doch die „Partei, die seine Firma für ihre Pläne und seine Macht für ihre Interessen braucht," ihn wieder haben will. Das war, wie uns der General erklärt, die „Eichhoffisch-liberale" Partei — nun wissen wir auch, wen Metternich unter der „albernen" Partei verstand. Schon jetzt heiße es, so fuhr Clam-Martinitz fort, Graf Kolowrat werde Ende Oktober zurückkommen und dann kehre auch seine „Stellen-, Gehalts- und Emolumenten-Patronanz" ‚zurück, dann werde er wieder seinem Ideal, ein „unumschränkter Direktorialminister für Inneres und Finanzen" zu sein, ungestört nachhängen. Mit der Hauptkrankheit, dem Bestande von drei Zentralpotenzen, der Konferenz,

dem Staatsrat, dem Ministerialbureau, müsse aufgeräumt werden, indem das in Kolowrats Hand befindliche Ministerialbureau „neutralisiert" und die Konferenz zu einer „höheren, geistigen, geläuterten Region des Staatsrates" gemacht werde.

Der General wollte mit einem Wort: eine starke Zentralgewalt, eine „wahre Staatskonferenz", nicht ein bloßes „modifiziertes Fortvegetieren". Metternich müsse daher im Interesse der Gesamtheit „für immer" der entschiedenen Leitung, auch in Personenfragen, sich versichern. Und zwar soll unverzüglich etwas „Starkes und Öffentliches" geschehen, um Kolowrat und Eichhoff die Überzeugung zu verschaffen, daß sie bei ihrer Rückkehr ein „kompaktes, organisiertes und mit allen Elementen kompetenter und konsequenter Geschäftsbehandlung ausgerüstetes Zentralgremium vor sich finden werden, durch welches den monopolisierenden, willkürlichen Ministerialtendenzen des einen, sowie dem fiskalischen, diktatorischen, einseitigen und ungezogenen Omnipotenzstreben des anderen eine feste Schranke entgegengesetzt werde". Nur eine solche starke Organisation im Zentrum sei imstande, „das nur zu sehr wankende Vertrauen im besseren Teil des Publikums und in der Beamtenwelt wiederherzustellen".[50]

Gesagt, getan! Die Pläne für die Errichtung der „Staatskonferenz", wie die vormundschaftliche Regierung verschleiert hieß, wurden mit ungewohnter Eilfertigkeit ausgearbeitet und beraten. Ihr eigentlicher Zweck war also, wie wir aus den vertraulichen Herzensergüssen des politischen Generals erfuhren und wie uns dies auch Kübeck bestätigt, die definitive Ausschließung oder zum mindesten die Paralysierung des Grafen Kolowrat.[51]

Es war gewiß kein Zufall, daß in der „Hanauer Zeitung" vom 9. November eine „Stimme aus Österreich" das Gerücht verzeichnete: Kolowrat wolle sich „wegen andauernder Kränklichkeit" ganz von den Staatsgeschäften zurückziehen. Ob dieser „große Verlust", hieß es weiter, durch eine andere Ernennung oder durch Überlassung der Geschäftsleitung auch in den beiden Branchen der Finanzen und des Innern wieder an Seine Durchlaucht den Fürsten Staatskanzler er-

setzt wird, ist noch gänzlich unbekannt. „Beim System, welches die Regierung Seiner Majestät unseres Kaisers befolgt, wäre letzteres wohl das Geeignetste. Die österreichische Monarchie lebt in solchen Verhältnissen, daß die innere Politik von der äußeren nicht leicht trennbar ist; um so notwendiger also wäre es, daß ein Meister das ganze Getriebe nach den Ratschlüssen des Monarchen (!) lenke, und Fürst Metternich hat zu allen Zeiten bewiesen, daß er und kein anderer die wahre Meisterschaft dafür besitzt."

Der Einsender des Artikels, der sicherlich nicht weit von der Staatskanzlei zu suchen war, hatte deutlich gesprochen. Allein Graf Kolowrat, der wenige Tage darauf, am 15. November, anscheinend ganz gesund, wieder nach Wien zurückgekehrt war, erwies Metternich und seinem Anhang nicht den Gefallen, ihnen das Feld zu räumen. Allzusehr fühlte er mit seiner ganzen Partei die „Größe" des Verlustes, wie es in der „Hanauer Zeitung" großmütig geheißen hatte, weshalb er den auf eine Alleinherrschaft Metternichs zielenden Entwürfen zur Staatskonferenz den zähesten, lebhaftesten Widerstand entgegensetzte. Kolowrat war, als seine völlige Ausschaltung nicht mehr in Frage kam, die Stelle eines Sektionschefs für das Innere im Staatsrat angeboten worden. Allein mit diesem „Invalidenposten", wie er sich ausdrückte, war dem Grafen, der auch in der Staatskonferenz das große Wort führen wollte, nicht geholfen.

Seiner hartnäckigen Opposition kam zugute, daß man bei Hofe eine schon fest eingewurzelte Scheu vor jedem „Aufsehen" hegte. Ohnehin war schon zu viel von den Differenzen im Schoße der obersten Regierung in die Öffentlichkeit gedrungen. Die offiziöse Augsburger „Allgemeine Zeitung" vom 20. Dezember beeilte sich daher, den bösartigen, grundlosen Gerüchten entgegenzutreten. Unmöglich kann, so hieß es da belehrend, die sonst stets ruhig fortschreitende Regierung auf einmal ein Tummelplatz von Kabinettskrisen geworden sein. Das Wahre an der Sache sei, daß Graf Kolowrat sich hergestellt genug fühle, um seine Geschäfte wieder anzutreten.

Dem Vertreter am Zarenhofe entwarf Metternich ein rührend schönes Bild von der Harmonie, die ihn mit Kolo-

wrat verband. Man erfuhr da, wie herrlich sich beide Minister ergänzten. „Er will, was ich will; noch nie ist es vorgekommen, daß er sich geweigert hätte, meine Ansicht anzunehmen ..." Das, was dem tüchtigen Geschäftsmann, der Kolowrat sei, zum Staatsmanne fehle, über das verfüge er, Metternich. „Ich meinerseits ergänze ihn in dem, was ihm an Kenntnissen einer höheren Sphäre mangelt," so erklärte er dem Gesandten bescheiden sein inneres Verhältnis zu Kolowrat.

Als der Staatskanzler mit süß-saurer Miene dieses Hohelied der Einigkeit anstimmte, saß Kolowrat bereits als vollwertiges Mitglied in der neuen Staatskonferenz. Die „Dreieinigkeit", wie sich Metternich ausdrückte, blieb erhalten und damit die alte Uneinigkeit. Der gutmütige, aber beschränkte Erzherzog Ludwig, schon in seinem Äußeren das Bild starrer Unbeweglichkeit, die „Verkörperung des Nicht-Wollens und des Nicht-Regierens" — sein Wahlspruch lautete: „Liegen lassen ist die beste Erledigung" —, stand an der Spitze der Vormundschaftsregierung und die beiden alten, einander befehdenden Minister waren die eigentlichen leitenden Männer. Die stärkere Einheit der obersten Regierung war nicht erreicht worden, der komplizierte, schwerfällige Geschäftsgang blieb, ebenso der im ganzen schriftliche Verkehr.

Alles in allem hatte sich also nichts verändert. Die Konferenz hieß nun Staatskonferenz. Kolowrat war wieder gesund geworden, der Staat aber krank geblieben. „Unsere Krankheit ist," gestand Metternich selbst, „daß der Befehl auf dem Thron fehlt und dieses Übel ist ein großes."[52] Andere urteilten über das „Drei-Greisenregiment" nicht besser. Baron Kübeck nennt die Staatskonferenz ein „monstrum horrendum, cui lumen ademptum", ein „wahres Symbol der Desorganisation". Sie ist, erklärt er uns, das Werk des Fürsten Metternich, jedoch auch der anderen Machthaber, die an ihm modelten. „Diese Herren," so fügt er bitter hinzu, „haben ihr Leben damit zugebracht, alle organischen Einrichtungen zu lähmen, um ihren persönlichen Einfluß beim verstorbenen Kaiser geltend zu machen. Alle sind in der Intrige grau geworden. Es wird ihnen schwer fallen, einen

geregelten Organismus zu schaffen. Sie sind die Falschheit und Verstellung so gewohnt, daß sie sich selbst belügen und gegen ihr eigenes Werk intrigieren."[53] Sich selbst belügen — diesen Ausdruck hatte kurz vorher Franz Grillparzer gebraucht, als er in seiner Grabschrift Metternichs vom „Don Quixote der Legitimität" sprach, „der zuerst die anderen, dann sich selbst belog".

Der Kampf um die Macht ging weiter. Neue Projekte zur Reform der obersten Regierung tauchten auf — stets mit dem Hintergedanken, den Rivalen in seiner Macht zu beschränken oder ganz aus dem Sattel zu heben. Immer mehr erhitzten sich die Leidenschaften. Der vornehme Fürst stand jetzt nicht an, seinen Gegner einen „Elenden" zu nennen. „Aber trotzdem," fügte er resigniert hinzu, „geschieht nichts ohne ihn und alles durch ihn -- mein Gott, wohin steuern wir?"

Dann kamen wieder für den Staatskanzler bessere Tage. Ein großer Erfolg war es für ihn, als es gelang, den Hofkammerpräsidenten Eichhoff, dem man unlautere Finanzoperationen zum Vorwurf machte, zu Fall zu bringen. Allein der Tod des Generals Clam-Martinitz bedeutete wieder einen schweren Schlag für den Fürsten, der dadurch seine kräftigste Stütze verlor. Sofort bekam der Staatskanzler die veränderte Sachlage zu verspüren. Erzherzog Ludwig tat Metternich den Schimpf an, ein von diesem verfaßtes Schriftstück seinem Rivalen mit der verletzenden Frage zu zeigen: „Verstehen Sie's? Das ist die Arbeit eines Menschen, mit dem es bergab geht."

Auf alle Mahnungen und Ermunterungen, sich des Gegners durch einen energischen Griff zu entledigen, hatte Metternich immer nur die eine Antwort: „Man muß ihn absterben lassen, aber nicht töten." Es war das nämlich bei dem Staatskanzler schon vor einem Menschenalter zur fixen Idee geworden, daß Menschen, die sich ihm entgegenstellten, „Narren" seien und sterben müßten.[54] Allein Kolowrat starb nicht, er trat auch nicht, so sehr es oft den Anschein gewann, von seinem Posten zurück, sondern griff, um den Gegner an die Wand zu drücken, zu neuen, immer bedenklicheren Mitteln.

Wie rücksichtslos der Graf sein Ziel verfolgte, beweist in besonders drastischer Weise die Aufführung des Bauernfeld'schen Lustspieles „Großjährig", das im Jahre 1847 über die Bretter des Hofburgtheaters ging — es ist eine der grimmigsten, allerdings auch eine der gelungensten Verhöhnungen des franziszeischen Systems, das mit Recht jetzt das „Metternichsche" genannt wurde. Wer mit der Hauptfigur „Blase" gemeint war, dem „Vormund und Güteradministrator" des Baron Hermann, der den Eindruck eines vollkommenen Idioten macht, aber schließlich zeigt, daß er nur durch die stete Gängelung so unbeholfen und unerfahren geworden war, und der sich nun — es ist das österreichische Volk — entschließt, die verwahrlosten Güter selbst zu verwalten — dies konnte das blödeste Auge gleich in der ersten Szene des ersten Aktes erkennen. Da schießen die giftigen Pfeile hageldicht auf Metternich ein. „So wären denn," läßt sich Blase vernehmen, „die inneren Angelegenheiten meines Hauses gut besorgt, wie ich hoffe; für das wichtigere, das Äußere, werden ich und Herr Spitz Sorge tragen." Oder: „Das wollen wir erst abwarten . . . abwarten — sehen Sie, Herr Spitz — abwarten — das ist das Hauptgeheimnis einer guten Administration. Wenn man wartet, kommt alles von selbst. Legen Sie den Antrag nur einstweilen beiseite." Oder: „Freie Ideen! In meinem Hause! Wie kommen die herein?"

Im Ausland griff man sich an den Kopf vor Erstaunen darüber, daß die ob ihrer Strenge berüchtigte österreichische Zensur diese mit so dicken Farben aufgetragene, tödliche Satire aufzuführen gestattete, noch dazu auf der Hofbühne, und dann ruhig zusah, wie sich allabendlich die Leute schief lachten. Man kennt heute die Vorgeschichte der Aufführung. Der Dichter Bauernfeld hatte sein Stück durch Vermittlung eines seiner Freunde dem Grafen Kolowrat in die Hände gespielt. Der Staats- und Konferenzminister fand es „charmant" und ließ es an seinem Sommertheater aufführen, von wo es dann rasch seinen Weg ins k. k. Hofburgtheater fand.[55]

Fürst Metternich verstand sich umgekehrt auch nicht schlecht auf die Kunst der Intrige und schreckte nicht davor

zurück, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. So war, um nur ein Beispiel anzuführen, in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" vom 27. Jänner 1843 eine begeisterte Lobeshymne auf den energischen Wiener Bürgermeister Czapka zu lesen, die aber offenbar nur den Zweck verfolgte, die von Kolowrat geleitete Verwaltung des Inneren gründlich hineinzulegen. „Und nun frage man nach," so heißt es weiter, „was die Schuld sei, wenn man nicht zehn Minuten weit vor die Stadt fahren kann, ohne Hals und Beine zu wagen! Doch die Zeit des Nichtstuns und des Schlendrians geht in Österreich gewaltig auf die Neige, und eine großartige und erleuchtete Energie wird immer ersichtlicher und bewährt sich durch die glänzendsten Erfolge. Die bedeutenden Impulse, die überall gegeben werden, müssen am Ende auch die hartnäckigste Trägheit überwinden . . ."

Ein derartig vernichtender Angriff in einem offiziösen Organ mußte Aufsehen erregen und konnte nicht unwidersprochen bleiben. Dies um so mehr, als man bald den Verfasser des Artikels herausbekommen haben wird — es war der von der Staatskanzlei besoldete, Metternich dienstlich unterstellte Dichter Christian Freiherr von Zedlitz. Der Chef der niederösterreichischen Landesregierung Freiherr v. Talatzko, der sich in erster Linie getroffen fühlen mußte, sandte eine Erwiderung ein, in der er sich gegen die „leichtfertigen und unüberlegten" Anwürfe kräftigst verwahrte. Sein „Eingesendet" erschien dann, von der Staatskanzlei mit einigen Milderungen versehen, ziemlich versteckt — unterm Strich.[56]

Auf solche Weise intrigierten die beiden Staatsmänner lustig gegeneinander los. Hatten sie nicht das Gefühl, daß sie durch ihren schonungslos geführten Streit die Wurzel ihrer eigenen Stellung untergruben? Sicherlich — aber keiner wollte dem anderen weichen; jeder von ihnen glaubte, seine Grundsätze für die richtigeren haltend, durch Ausschaltung und Vernichtung des Gegners den Kaiserstaat retten zu müssen. Darüber aber ging die Monarchie — zugrunde.

Niemand fühlte das Gefährliche der krausen Lage besser als die dem Throne Nahestehenden. Wiederholt klagt Staatsrat Kübeck über die „Anarchie" im obersten Zentrum der

Regierung, die immer weiter nach unten fraß und den ganzen Organismus des Staates durchsetzte. Er selbst bringt uns als Beleg dafür eine höchst bezeichnende Geschichte. Der Schlossergeselle Adolf Kratochwil war wegen Meuchelmordes zum Tode verurteilt worden. Alle drei Gerichtsinstanzen hatten dahin entschieden, der Staatsrat sprach sich gegen die Begnadigung aus und Erzherzog Ludwig bestätigte demgemäß das Todesurteil. Der Mörder empfing dasselbe und sollte drei Tage darauf hingerichtet werden. Am Tage vor der Justifizierung, am 4. Jänner 1837, kam der staatsrätliche Akt auf seinem Manipulationswege in die Hand des Registrators Wander. Er fand die Strafe zu hart und setzte durch Vermittlung Kolowrats rasch bei Erzherzog Ludwig die Begnadigung durch.[57] Alle Achtung vor der Humanität des staatsrätlichen Registrators Wander, aber der Vorgang war vom Standpunkt der staatlichen Ordnung und Autorität geradezu ungeheuerlich.

„Kann das lange so dauern?" fragte sich Kübeck besorgt und die Antwort auf seine schicksalsschwere Frage lautete nicht so ungünstig. „Ich glaube ja!" meinte er. „Die Regierung ist beschränkt und schwach, zuweilen auch willkürlich, aber im allgemeinen gerecht, sparsam und rücksichtsvoll für die großen Interessen des Volkes, beharrlich und verläßlich in ihrer Politik nach außen, aufsichtig und stark genug, anarchische Bewegungen zu unterdrücken. Das Volk befindet sich im allgemeinen wohl."[58]

Kübeck schrieb diese Worte im Oktober 1837 nieder — aber schon wenige Jahre darauf war sein optimistischer Ausblick überholt. Gerade das Jahr 1839 — wir greifen es mit Absicht heraus — weist eine bedenkliche Verschlimmerung der Lage und der Volksstimmung auf. Die Umrisse der nahenden Katastrophe werden schon deutlicher sichtbar.

Kübecks lebhafter Geist ist mehr denn je von trüben Ahnungen erfüllt. „Wenn einst in so und so viel Jahren," schreibt er im Februar 1839 in sein Tagebuch, „die verheerenden Szenen über die österreichischen Staaten hinziehen werden, die Frankreich tränkten und heute Spanien zum Schauplatze des Greuels machen, wird man die Menschen anklagen, welche dann vorangestellt sein werden;

und doch knüpfen sich jetzt die Fäden und bereiten sich die Ereignisse vor, deren erschütternde Folgen man schon durchblicken kann. Gäbe es doch für die Regierungen eine Erfahrung!"[59] Und um dieselbe Zeit klagte Melanie Metternich: „Unsere schöne Monarchie fällt in Trümmer, das heißt sie gerät in Fäulnis, denn es gibt in ihr nur Elemente der Zerstörung, keine der Erhaltung."[60]

Die Fürstin Melanie war das getreue Sprachorgan ihres Gemahls, des Staatskanzlers, der sich, wie er selbst gestand, in der Rolle der Kassandra gefiel und beständig das Gespenst der Auflösung des Kaiserstaates vor Augen sah. Ein Staatsmann, der selber nicht an die Zukunft des von ihm gelenkten Staates glaubt, erscheint zum Führer wenig geeignet. In diesem Jahre 1839 war der Fürst von einer schweren Krankheit heimgesucht worden, die an seinen Kräften derart zehrte, daß man sich genötigt sah, ihm in der Person des Petersburger Botschafters Ficquelmont eine Stütze zu geben. Damals war es, als unser Dichter dem „kranken Feldherrn" den ehrlich gemeinten Wink gab, sich aus der Schlacht zurückzuziehen.

Daß das Volk — allen solchen Unkenrufen zum Trotz — sich wohl befinde, gehörte zum Glaubensdogma der Regierung. Allein dem wachsamen Auge der stets „aufsichtigen" Polizei konnte es nicht entgehen, daß sich auch hier ein bedenklicher Wandel vollzogen hatte. Der Polizeiminister Graf Sedlnitzky sieht sich im Frühjahr 1839 bemüßigt, der Wiener Polizei-Oberdirektion die Weisung zu erteilen, „in geräuschlosen Wegen" sich nicht nur genau zu überzeugen, ob der im Monate April wahrgenommene Verfall der hiesigen Fabriken und Gewerbe seither fortdauerte, sondern auch ein sorgfältiges Augenmerk darauf zu richten, ob die Anzahl der erwerbslosen Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen auf dem hiesigen Platze sich etwa auf eine die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit bedrohende Weise vermehre.[61] Die Klagen der Gewerbsleute über Mangel an Geld, über die gefährliche Agiotage waren „an der Tagesordnung". Noch „bitterer und eindringender", um mit den Polizeiberichten zu sprechen, machte sich bei den unteren und mittleren Schichten die Unzufriedenheit über die „un-

verhältnismäßigen" Preise des Fleisches, des Brotes und des Brennholzes bemerkbar.[62]

Man tadelte im Publikum auch die neue Anleihe der Finanzverwaltung, weil es, wie die Polizei meldete, „niemand ganz recht einleuchten wollte, daß, während andere Staaten ihre Finanzen in bessere Ordnung bringen, gerade die segensreiche österreichische Monarchie ungeachtet des langen Friedens diesem Beispiel nicht folgen kann" — in der Tat eine sehr bemerkenswerte Kritik, die uns bald in ausgereifterer Form begegnen wird. Kolowrat konnte es sich nicht versagen, diesen Polizeibericht mit einer spitzigen Bemerkung einzubegleiten. Er lenkte die allerhöchste Aufmerksamkeit auf die Tatsache, „daß man auch in Wien sich zu wundern anfange, daß die Regierung nach einem mehr als zwanzigjährigen Frieden einen Teil der Staatsbedürfnisse durch Anlehen decken muß".[63]

Graf Kolowrat wird es auch nicht ungern vernommen haben, daß ein Vorfall, der den mit der Gesellschaft Jesu sehr nahe verwandten und nicht minder verhaßten Orden der Ligorianer betraf, „allgemeinen Unwillen" erregte. Das Dienstmädchen Rosalia Kretschner war an den Folgen des Tragens eines metallenen, mit Stacheln versehenen Gürtels, den sie auf Anordnung ihres Beichtvaters, eines Ligorianers, um ihren Leib band, bedenklich erkrankt. Man machte, wie Sedlnitzky in seinem Vortrag berichtete, dem Orden vorzüglich zum Vorwurf, in der Wahl der Mittel zur Erhöhung der Moralität schlecht beraten zu sein.[64]

Schonungslos wurde an den Maßnahmen der Staatsverwaltung Kritik geübt und aus den verschiedenen Stimmen dringt hörbar das unangenehme Leitmotiv heraus: Das Vertrauen in die Regierung ist erschüttert. Bei der Eröffnungsfahrt der Nordbahn am 7. Juli 1839 kommt es zum Zusammenstoß zweier Züge — das Publikum murrt. Einige Tage vorher hatte es in Wagram einen argen Exzess gegeben, weil ein Zug, der fahrplanmäßig um halb acht Uhr abends hätte eintreffen sollen, erst vor Mitternacht kam. Daß die „Unordnung", die sich in Wagram ereignete, von dreißig „durch Wein erhitzte Individuen" angestiftet worden war, konnte für die Regierung nur eine schwache Beruhigung bilden.

Überhaupt nahmen die Ausschreitungen, oft aus den nichtigsten Anlässen, in einer Weise überhand, die zeigte, daß auf das von der Polizei gerühmte „Phlegma" des österreichischen Volkes, diese, wie sie vor Jahren anerkennend bemerkte, „schätzbarste Charaktereigenschaft der Nation",[65] kein rechter Verlaß mehr war. So war es am Abend des 9. Juli auf dem Josefstädter Glacis wieder zu einem „tumultuarischen" Auftritt gekommen, der mit der Unzufriedenheit über behördliche Maßnahmen oder Unterlassungen gar nichts zu tun hatte, aber die reine Lust an Ruhestörungen bekundet. Ein Bäckergeselle, der nicht in böser Absicht die Verunreinigung eines Hauses verursachte, war darob von der erzürnten Hausmeisterin blutig geschlagen worden. Auf das hin stürmte eine Volksmenge, die für den Bäckergesellen Partei ergriff, das Haus und nahm gegen die Polizeiwache, die einen der Exzedenten ergriffen hatte, eine drohende Haltung ein.[66] Mit der Ruhe — das trat immer deutlicher zutage — war es dahin.

Wie berechtigt der Mangel an Vertrauen zu der Regierung war, sollte sich alsbald in erschreckender Weise zeigen. Das Stempel- und Taxgesetz, das nach langwieriger Verhandlung zu Beginn des Jahres 1840 erlassen wurde, erregte eine tiefgehende Unzufriedenheit. Es war, wie der Verfasser der „Sibyllinischen Bücher" nicht mit Unrecht sagte, auf dem unsinnigen Grundsatze aufgebaut, „den Armen noch ärmer, den Reichen noch reicher zu machen"; es war, wie Franz Schuselka spottete, „der gestempelte Beweis, daß das arme Volk zugunsten der Vornehmen und Reichen ausgesogen werden soll". Selbst der Minister Graf Hartig, der sich nach der Märzkatastrophe berufen fühlte, für die gestürzte Regierung eine Lanze einzulegen, mußte die Tatsache der einseitigen Bevorzugung der Reichen zugeben.[67] Zudem war das Gesetz, trotzdem es zwanzig Jahre auf dem Wege war, so unausgereift und unklar, daß ihm eine lange Reihe von Nachtragsverordnungen und Erläuterungen folgen mußte — ein trauriges Zeugnis für die gesetzgeberische Unfähigkeit der Staatsverwaltung. War aber eine Regierung, die aus Schonung für die Geldmagnaten, deren Hilfe sie bei den beständigen Finanzverlegenheiten benötigte, das Volk so

stiefmütterlich behandelte, noch eine „väterliche", eine „patriarchalische" zu nennen? Konnte da Kübecks Wort von der Rücksicht auf die „großen Interessen" des Volkes noch Anwendung finden?

Und wie wenig gefestigt stand der Kaiserstaat da, als in diesem Jahre aus Anlaß der Orientkrise die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung am politischen Horizont sich erhob! Der bloße Kriegslärm genügte, um in Österreich eine wilde Börsenpanik hervorzurufen, während in Preußen alles ruhig blieb — ein drohendes Zeichen der vorgeschrittenen Zersetzung, des mangelhaften Vertrauens in den Staat. Metternich war betroffen. Unwillig äußerte er sich: „Das, was zu dem Ärgsten gehört, eine erhaltende Politik machen zu müssen und unter den Füßen nichts zu haben," nicht nur kein Geld, sondern ein „zitterndes Finanzgebäude".[68] Noch gefiel er sich weiter darin, bei jeder Gelegenheit mit dem „kraftvollen" Auftreten der Monarchie zu prunken, aber er selbst glaubte nicht mehr daran. „Großmacht als Paradegaul — ist Kleinmut und Großmaul," spottete Franz Grillparzer.

Hörte man auf den Staatskanzler, so war an diesem traurigen Zustand der Monarchie ohne Frage die unglückliche Finanzverwaltung der Firma Eichhoff-Kolowrat die Schuld, und es ist gewiß kein Zufall, daß bald nachher der Hofkammerpräsident gestürzt wurde und auch Kolowrat die Leitung des Finanzwesens niederlegte. Daß der Staatskanzler selbst dabei ein vollgerütteltes Maß an Schuld besaß, das sah er nicht. Aber andere sahen es und gaben ihrer Überzeugung — zunächst noch vertraulich und im Verborgenen — dafür um so kräftiger Ausdruck.

In jenem vielgenannten Jahre 1839 war es, daß Franz Grillparzer gewissermaßen als Erläuterung zu seinem Gedicht „Der kranke Feldherr" eine historische Skizze über Metternich verfaßte, die eine geradezu tödliche Kritik an der Außenpolitik des Staatskanzlers übte, der sich als Kutscher von Europa feiern ließ. „Ein ausgezeichneter Diplomat und ein schlechter Politiker" — das ist das Leitwort dieser interessanten Studie.[69]

Von Preußen, führt er da aus, ließ er sich verlocken, Österreich an die Spitze der antiliberalen Reaktion zu stellen. Daß

er so die Neigung Deutschlands in Haß und Abscheu verkehrte, das zeigt, „wie wenig großartig sein Blick von jeher war: eng auf die Kabinette beschränkt und ohne Ahnung, daß die Zeit der Völkerpolitik gekommen war". Nach diesem Hieb auf Metternichs deutsche Politik, die im Feldzug von 1866 kläglich zusammenbrechen sollte, geißelt er seine „klägliche" Haltung in der Orientfrage, die er nachdrücklichst als eine „Lebensfrage" für Österreich bezeichnete. Daß Metternich, meint er da, den Wert der Erhaltung der Türkei erkannt habe, beweist noch kein staatsmännisches Geschick — das weiß jeder einfache Lohnkutscher. Aber die Mittel, die er anwandte, um das drohende Unheil abzuwenden, waren grundverfehlt. Sein erster Irrtum war, daß er glaubte, es sei möglich, die Befreiung Griechenlands zu hintertreiben. Damit hatte sich der Staatskanzler zum Verräter der Sache der Zivilisation und der Völkerpolitik gemacht. Das Nichtanschließen an die allgemeine Forderung gab der Pforte den Mut zum Widerstand und führte dadurch den russischen Feldzug herbei. Österreich mußte ruhig mitanschen, wie der Adrianopler Vertrag von 1829 die Selbständigkeit der Türkei für immer vernichtete. Hätte Metternich eine Ahnung gehabt, daß die Donau etwas anderes sei als ein großes Wasser, das beim Ausgang des Winters große Verheerungen anrichtet, so würde er nicht untätig geblieben sein bei der Verhandlung, die den Russen die Donaumündung und dadurch das Schicksal des Donauhandels in die Hand gab!

Grillparzer erhebt auch gegen den Staatskanzler, der seinen Rivalen, wie wir eben hörten, für die klägliche Finanzlage des Staates verantwortlich machte, den schweren Vorwurf, daß er infolge der Furcht, die er nach dem Ausbruch der französischen Julirevolution an den Tag legte, die Armee vermehrt und damit die Finanzen ruiniert habe. Allein das Stärkste äußerte er in einem vertraulichen Gespräch aus derselben Zeit. Ausgehend von der finanziellen Unterstützung des Don Carlos, die ihn zur starken Bemerkung veranlaßte: „Die Rotte, die uns regiert, ist von einer Schlechtigkeit, die höchstens in ihrer Dummheit einige Entschuldigung findet," klagt er, daß Österreich seit

neun Jahren zweihundert Millionen neue Schulden gemacht habe, angeblich um das Heer auf einen respektablen Fuß zu erhalten, „und heute haben wir weder Geld noch Heer noch Ansehen, und Rußland, England und Frankreich debattieren untereinander die orientalische Lebensfrage und fragen uns kaum um unsere Meinung oder tun es doch nur der Höflichkeit wegen".[70]

Das Urteil des großen Dichters, der sich auch als feinfühliger, scharfblickender Geschichtsforscher bewährte, verdient Beachtung. Lobredner des Systems, an denen es auch heute noch nicht fehlt, konnten und können von seiner krankhaften Anlage als tieferem Grund seiner Verbitterung sprechen. Läßt man diesen Einwand gelten, so wäre nur noch zu erklären, wieso es kam, daß nahezu die gesamte Intelligenz von einer so maßlosen Gehässigkeit gegen das System und seine Träger erfüllt war. Bauernfeld, der etwas Kerngesundes hatte und sich selbst den „Vorschimpfer" nannte, Nikolaus Lenau, Kübeck und wie sie alle heißen mögen. Merkwürdig auch, wie sie alle, ohne die Ergüsse der anderen zu kennen, dasselbe sagen!

Wie zahm und lammfromm nehmen sich die Ausfälle Grillparzers — um nur einen zu nennen — gegen die Anklagen des Freiherrn von Löwenthal aus, der auf jeder Seite, auf jeder Zeile seiner Tagebuchaufzeichnungen seine giftigen Bemerkungen macht.[71] Mit welch beißendem Hohn beantwortet er die Frage, welche Vorkehrungen die „hochweise" Regierung angesichts der neuen Verwicklung im Orient — er meinte die von 1840 — getroffen habe. In Linz, so lautet die Antwort, wurde eine neue Postloge, das heißt eine Anstalt zur Verletzung des Briefgeheimnisses errichtet — „O Jammer, bodenloser Jammer! O über die gründlichen, nie zu bessernden Schufte und Dummköpfe!" Und Löwenthal mußte als Beamter bei dieser „Schandarbeit" mittun, mußte zum Mithelfer dieser „Niederträchtigkeit" werden.

Auch Kübeck hatte bei jeder Gelegenheit die Schwäche der Regierung beklagt, aber welch scharfe Worte findet Löwenthal, wenn er ihre passive Haltung geißelt, die sie angesichts der Weigerung der Priester, die Einsegnung gemischter Ehen ohne den Revers der katholischen Kinder-

erziehung vorzunehmen, an den Tag legte. „Ihre große Weisheit ist" — schreibt er am 30. September 1839 — „nichts zu tun und die Sache gehen oder hängen zu lassen, wie sie eben will. O, dieses ist die stupideste Faultierregierung, deren Seitenstück kaum die Geschichte des byzantinischen Kaisertums bilden dürfte." Auch die vielgerühmte „Gerechtigkeit" der österreichischen Justiz zieht er in Zweifel, indem er einen Fall erzählt, da ein Gutsbesitzer, der sich die unerhörtesten Gewalttaten seinen Bauern und Bäuerinnen gegenüber hatte zuschulden kommen lassen und deshalb zu mehrjährigem Kerker verurteilt worden war, auf kaiserlichen Befehl rehabilitiert wurde, weil er als Agent der geheimen Polizei gute Dienste geleistet hatte.

Die Drachensaat der Polizeiherrschaft, die Kaiser Franz so schwungvoll betrieben, war aufgegangen — sie äußert sich in dieser erschreckend giftigen Atmosphäre des glühenden Hasses, über dem auch manches Gute des Regierungssystems vergessen ward. Und schon greift die böse Kritik auf die — Dynastie über. In einer Gesellschaft bei Löwenthal — es war im November 1839 — fallen heftige Bemerkungen über das „degenerierte" Kaiserhaus, in welchem sogar der „Kretinismus" schon Wurzel gefaßt habe. Darauf sieht sich Sophie Löwenthal veranlaßt, den Erzherzog Karl als einen „edlen, auf der Wanderung durch das Staatsleben längst müde gewordenen Greis" in Schutz zu nehmen. „Nein," ruft Lenau erregt aus, „ein Erzherzog von Österreich soll ein Patriarch sein des Volkes, das ihn als Fürsten verehrt und ihn apanagiert. Wenn er in so verhängnisvollen, in so traurigen Zeiten, wo zwei Minister, die ebenso wenig Kopf als Herz haben, das ganze Volk nach ihrer Laune mißhandeln, eigennützig nur in seinem Hause lebt und sich um die Greuel, die draußen vorgehen, gar nicht umsieht, so bleibt er weit hinter seiner Aufgabe zurück ..."

So urteilte man über den volkstümlichen Erzherzog Karl, den treuen Eckhart des Kaiserstaates! Und alles das, weil seine Versuche, Wandel zu schaffen, an dem entschlossenen Widerstand der Hüter des kaiserlichen Testamentes gescheitert waren. Auch die wiederholten Bemühungen Erz-

herzog Johanns hatten keinen Erfolg. Einer Frau, dem „einzigen Mann am Hofe", wie der preußische Gesandte fein bemerkte, war es vorbehalten, mit beharrlicher Energie auf eine Änderung des Systems hinzuarbeiten — es war die schöne und kluge Sophie. Mit dem geschärften Auge der Mutterliebe erkannte sie die Unhaltbarkeit dieser ganzen Zustände, die große Gefahr, in der die Monarchie, die einst ihr Sohn Franz Joseph zu leiten berufen war, schwebte. Als die Verhältnisse in der Staatskonferenz immer verworrener wurden und der Staatskanzler auch dem Plan, ihrem Gemahl Franz Karl einen größeren Einfluß zu verschaffen, heftig sich entgegenstemmte, trat die hohe Frau stärker in den Vordergrund — schon fiel das böse Wort einer „Palastrevolution".

Wir sehen: von den höchsten Sphären der Regierung und der Gesellschaft bis hinab zu den untersten Schichten des Volkes war alles in Bewegung geraten — oder sagen wir besser: die schon unter Kaiser Franz dem feineren Ohre vernehmbare Unzufriedenheit hatte sich unheilvoll verstärkt und versteift. Und nun fand sich auch die Stimme, die alles das, was seit Jahren bewußt und unbewußt in der Seele des österreichischen Volkes gärte, zu weithin vernehmbarem Ausdruck brachte. Es war nicht das erste Sturmzeichen, aber das — eindrucksvollste.

2. STURMZEICHEN. DER VORMÄRZ

Auf dem Untergrund der bösen Stimmung, wie sie die Wende der dreißiger Jahre zur Reife brachte, ist jenes Buch erwachsen, das sofort ein so „furchtbares Aufsehen" erregte und von alt und jung, von hoch und nieder förmlich verschlungen wurde — „Österreich und dessen Zukunft".[7] Die Schrift, die zu Ende des Jahres 1842 anonym in Hamburg erschien, las nicht nur der durch Grillparzer zu einer legendären Berühmtheit gewordene Fiaker, auch bei Hofe wanderte sie von Hand zu Hand; die Kaiserin-Witwe Karoline Auguste versah sie mit wütenden Randnoten — aber sie las sie.

Und worin lag das Geheimnis dieser zündenden Wirkung? Wir wissen es bereits und die Wiener Polizei, die schon seit Jahren mit wachsender Sorge die Volksstimme belauschte, wußte es auch; sie erfuhr es überdies aus einem von ihr aufgefangenen Briefe. „Österreich und dessen Zukunft" enthält nur, heißt es da, alles das, „was seit Jahren von den aufgeklärten Vaterlandsfreunden gerügt, geklagt und prophezeit worden war". Wir können hinzufügen — seit Jahrzehnten. Denn das System des Kaisers Franz, für dessen Aufrechterhaltung Metternich so treulich gesorgt hatte, war, wie wir uns zu erinnern wissen, schon sozusagen seit seiner Thronbesteigung der Gegenstand beständiger Klagen der Minister und seiner Brüder, die es mit der Monarchie gut meinten. Als die Mahnungen der durch ihre Stellung dazu berufenen Ratgeber, die Aussichtslosigkeit ihres Bemühens erkennend, verstummten, waren es Unberufene, wie Charles Sealsfield, die ihre warnende Stimme erhoben.

Was die neue „Schmähschrift", die alsbald von der Regierung mit dem strengsten Verbot, dem „Damnatur", belegt wurde, dieser so gefährlich erscheinen lassen mußte, war vor allem, daß sie eben keine Schmähschrift darstellte, daß sie vielmehr mit dem Herzblute warmer Vaterlandsliebe geschrieben war. Auch mit großer Sachkenntnis — denn der Verfasser war, wie die Regierung zu ihrem Schrecken später, nach Jahren, erfuhr, Beamter der Hofkanzlei, der Kämmerer und Landstand Baron Viktor Andrian-Werburg, das „Urbild eines hochgebildeten, nicht nur von Geburt, mehr noch durch Gesinnung wahrhaft aristokratischen Österreichers". Wie in einem großen Beichtspiegel liegen alle Sünden des Systems, alle Elemente der Zerstörung, die zur späteren Umwälzung von 1848 und weiterhin zur Novemberkatastrophe von 1918 führten, klar und deutlich vor uns ausgebreitet und deshalb ist Andrians Buch für den Geschichtsschreiber so überaus wertvoll.

Was hat die österreichische Regierung, so fragt der Verfasser, in den fünfundzwanzig Jahren der ungestörten Friedenszeit mit den ihr anvertrauten Talenten gemacht? Neben der Sorge für die materiellen Interessen, bemerkt er dazu, gibt es noch eine höhere, moralische Aufgabe: die

Durchführung eines Prinzips, das alle Untertanen des Staates durchdringt und miteinander verkittet — die Staatsidee. Hat Österreich eine derartig alle verbindende Idee? Die Antwort, aus der wir zu Eingang unserer Darstellung einige Kernsätze vorweggenommen haben, klingt vernichtend.

„Österreich," so hören wir da, „ist ein rein imaginärer Name, welcher kein in sich abgeschlossenes Volk, kein Land, keine Nation bedeutet — eine konventionelle Benennung für einen Komplex von unter sich scharf abgesonderten Nationalitäten." Es gibt Italiener, Deutsche, Slawen, Ungarn, die zusammen den österreichischen Kaiserstaat ausmachen, aber eine österreichische Nationalität gibt es nicht. Das Gefühl des Nationalstolzes kennt der Österreicher nicht, der keinen anderen Ehrgeiz hat, als Kammerherr oder Hofrat zu werden. Bei dem Abgange einer dem Staate zugrundeliegenden Idee hat das nationale Prinzip, das Band der Sprache, der Abstammung den Sieg davongetragen und die neuerwachten Kräfte um sich geschart. „Es hat sich ein slawisches, ein ungarisches, ein italienisches Nationalgefühl gebildet, welches sich täglich mehr konsolidiert, alles Fremde von sich abstößt und mit einer ahnungsreichen Heftigkeit um sich greift. Die Sympathien der deutschen Stämme haben sich mit verdoppelter Gewalt, welche alles Widerstandes spotten wird, ihren Brüdern im Norden und Westen zugewendet. Aber es hat sich in diesem Scheidungsprozesse auch nicht von fern etwas gezeigt, was einem Erwachen eines österreichischen Nationalgefühles, eines den ganzen Staat umfassenden Gemeinsinnes ähnlich gesehen hätte."

Das Gespenst der nationalen Zersetzung, der Auflösung der habsburgischen Monarchie erhebt sich drohend. „Eine kurze Zeit noch," fährt Andrian fort, „und es werden sich, wenn der jetzige Augenblick versäumt wird, in Österreich vier ausgewachsene, gerüstete Nationalitäten feindlich gegenüberstehen, und unter sich nur mehr ein gemeinsames Band haben, das der Abneigung und des Widerstandes gegen die Regierung, im Falle diese das verweigern sollte, was eine jede von ihnen im Gefühl ihrer Kraft fordern wird —

oder der immer steigenden, immer dringenderen Forderungen an dieselbe, wenn sie ihren ersten gutwillig nachgeben würde. Die endliche Krisis dieses krankhaften Zustandes kann dann weder entfernt noch zweifelhaft sein." Das Bedenklichste daran ist, daß niemand mehr an die Zukunft der Monarchie glaubt. „Alle erscheinen von einer trüben Ahnung ergriffen, als könne der gegenwärtige Zustand nicht dauern, als müsse es bald zu großen Änderungen kommen, und als sei die Politik der Regierung nur eine palliative, fristende, darauf hinausgehend, den Augenblick zu retten, unbekümmert, wie es im nächsten aussehen werde."

Schuld an diesem ungesunden Zustand ist die österreichische Regierung. Systematisch hat sie „den Gemeinsinn untergraben und erstickt und dafür die Sklaventugenden, Hundedemut und lammherzige Geduld, großgezogen, passive, gleichgültige, nur auf materielle Interessen bedachte Untertanen herangebildet, die aber in ihrer Stumpfheit und Unwissenheit um so gefährlicher werden können". Das ganze Erziehungswesen ist darauf aufgebaut, jede freie selbständige Regung zu unterdrücken und den künftigen Beamten zu einem willenlosen, stumpfen Werkzeug der „Routine" zu machen. In die Hände einer solchen mangelhaft gebildeten und mit Unlust arbeitenden Beamtenschaft ist alle Macht und Herrschaft „ohne irgendeine Einschränkung und Gegengewicht" gelegt.

Nun ist Andrian bei dem bösen Kapitel der „Bureaukratie" angelangt. Mit beißenden Worten wendet er sich gegen diese „beispiellos komplizierte Regierungsmaschine, ohne alle geistige, überhaupt ohne irgendeine andere Richtung, als die der möglichsten Erhaltung des status quo, welche alle selbständige Entwicklung des öffentlichen Lebens und der Gemeinden hemmt und die geringste ihrer Tätigkeiten an tausend Förmlichkeiten, Schreibereien und Plackereien bindet — welche alle Bewegung im Staate an sich gerissen hat und die geringste, unbedeutendste Handlung der Bürger auf jede nur mögliche Weise überwacht, kontrolliert und in den Bereich ihrer Oberaufsicht zieht." Alles Unheil kommt von der Zentralisation, der „Pest dieses Jahrhunderts", kommt von dem „Zuviel-regieren-Wollen".

Die nächste Folge dieser „verderblichen Schlingpflanze", die alle gesunden, lebenskräftigen Elemente im Staate überwuchert und die „altehrwürdige" Institution der Landstände vernichtet hat, ist die „ungeheure" Anzahl von Beamten — über 140.000 — „welche die jedes anderen Staates in der Welt bei weitem übersteigt", alle pensionsfähig, und die werden noch jedes Jahr vermehrt. Wohin soll das führen? Wie sollen das die Finanzen des Staates aushalten? Welcher Verlust an Volksvermögen, wenn man bedenkt, daß dadurch eine bedeutende Anzahl geistiger und materieller Kräfte in steriler Verwendung gehalten wird — Kräfte, die, sich selbst überlassen, nützliche, produktive Arbeit schaffen könnten! Indes stellt dieses Heer von Beamten, schlecht bezahlt wie sie sind, ohne Aussicht auf eine halbwegs rasche Beförderung — Andrian spricht von „geistigem Selbstmord" — alles eher als ein staatserhaltendes Element dar. Wehe der österreichischen Regierung, wenn sie in sturmbewegten Zeiten das Experiment wagen wollte, in diesem Beamtenstand, ohne Wurzel nach unten und ohne Anhänglichkeit nach oben, herrisch, unpopulär und größtenteils ungebildet, eine Stütze suchen wollte! Wo es keine jeden Einzelnen durchdringende Idee gibt, da kann man auch keine Aufopferung, keine Begeisterung, keinen kräftigen Rückhalt erwarten.

War es notwendig, um eines derart unsicheren Prinzips der Stabilität des Staates willen einen treuen, ergebenen, einflußreichen Adel von sich zu stoßen und in die Reihen der — Unzufriedenen zu drängen!

Ebensowenig wie die Bureaukratie dürfte die Armee geeignet sein, eine Garantie der Stabilität, ein Fundament des Staatsgebäudes abzugeben. Auch hier wieder die „mechanische Routine", auch hier kein kräftiges, kompaktes Volksgefühl, die Grundbedingung eines wahrhaft nationalen Heeres. So lange aber dieser Wurm an seiner Wurzel nagt, kann Österreich eine wohldisziplinierte, trefflich abgerichtete, nie aber eine nationale Armee besitzen, und eine solche wird nie unüberwindlich sein, weil ihr der wahre Geist, die alleinseligmachende Begeisterung abgeht. Der Soldat muß wissen, wofür er sich zu opfern hat — das ist

die moralische Kraft, welche in Völkern und Armeen Wunder wirkt und deren Abgang heutzutage keine Disziplin, kein Feldherrngenie ersetzen kann. Die Einrichtung, daß alles Gesindel zur Armee abgegeben wird, erscheint auch nicht geeignet, das Selbstgefühl des Soldaten zu erhöhen, der ohnehin nur mit äußerstem Widerstreben in seinen Stand getreten ist, den er wie eine Strafanstalt betrachtet. Seine vierzehnjährige Dienstzeit ist gerade lang genug, um ihn seinen früheren Beschäftigungen zu entfremden und nach seiner Rückkehr ins Vaterhaus zu einer wahren Last für seine Familie zu machen, aber nicht lange genug, um ihn an den Stand mit der Beharrlichkeit des russischen Soldaten zu fesseln.

Wo also sind die Garantien für die Fortdauer des Staates? Die Monarchie wird nur durch die „Passivität der Gewohnheiten", durch das Trägheitsmoment, die „vis inertiae", zusammengehalten — „ungefähr wie die verschütteten Leichname in Pompeji, welche durch Jahrtausende erhalten, in Staub und Asche zerfallen, sobald ein Strahl von Gottes freier Sonne oder ein leiser Windstoß von außen zu ihnen dringt". Gleich einer „leblosen Mumie" führt Österreich nur noch eine fortfristende Existenz. Eine „künstlich erzeugte" Apathie der Regierten und bei der Regierung das „palliative Prinzip der Passivität, des Gewährenlassens", der Vermeidung jeder kräftigen durchgreifenden Maßregel, welches, in wenigen Worten ausgedrückt, ungefähr lautet: „Après moi le déluge," andererseits das Erwachen eines Nationalgefühles, das sich der Monarchie „feindselig" entgegenstellt, dies ist das traurige Ergebnis der langen Friedensära.

Also für die geistige Entwicklung hat Österreichs Regierung nichts getan — hat sie wenigstens für den materiellen Wohlstand gesorgt, den Frieden eines Vierteljahrhunderts dazu benützt, die Kräfte dieser reichen, schönen Monarchie zu heben? Die Antwort lautet auch hier vernichtend.

Österreich hat in diesen fünfundzwanzig Jahren seine Schuldenlast um mehr als das Dreifache vergrößert; die Last der jährlichen Interessenzahlungen ist auf das Zehnfache gestiegen, wobei die verderblichen Lotterieanlehen gar nicht mitgerechnet sind. In derselben Zeit hat es Preußen

verstanden, seine Staatsschuld um ein ganzes Drittel zu vermindern. Sogar Frankreich, das an die Sieger über zwei Milliarden, eine ganze an die Emigranten zahlen und drei Jahre lang die Heere von Europa erhalten mußte, hat seine Schulden fast um das Vierfache konsolidiert. Die Summe der Abgaben an den Staat hat sich nicht verringert. Zu den alten Steuern sind neue getreten: die Verzehrungs- und die Stempelsteuer, die beide das Volk schwer belasten.

Die Ursache dieses ungesunden Zustandes liegt in dem „fehlerhaften" Finanzsystem, das ganz in den Händen einiger Börsenmänner liegt, die „wie Haifische" bei jeder neuen Anleihe das Staatsschiff umringen, „um die goldene Beute zu erhaschen, die ihnen leider nur zu freigebig zugeworfen wird". Alle verfügbaren Kapitalien stürzen sich auf dieses fruchtbare Gebiet der Staatsschulden, während sie der Industrie und dem Ackerbau entzogen werden. Bei dieser „unseligen" Art, mit der einen Hand zu borgen, um mit der anderen zu tilgen, werden einige wenige Geldfürsten auf Kosten der produzierenden Kontribuenten ins Maßlose bereichert. Die Regierung versucht gar nicht auf dem Wege von Subskriptionen, durch Heranziehung auch der kleineren Kapitalisten billigere Bedingungen für die Anleihen zu erzielen — nein, sie liefert sich bedingungslos den paar Bankiers aus, auf die das französische Spottwort paßt: „Die Finanzleute erhalten den Staat wie der Strick den Gehenkten."

Andrian entwirft nun ein Bild von den wichtigsten Produktionszweigen des Kaiserstaates und findet die gleiche Verwahrlosung. Die Landwirtschaft steht, meint er, lange nicht auf jener Stufe, die sie in anderen Staaten, unter weit ungünstigeren Bedingungen, erreicht hat. Obwohl Österreich eine „Kornkammer für halb Europa" sein könnte, erzeugt das lange noch nicht übervölkerte Land für seinen eigenen Bedarf nicht genügend Getreide, und so kommt es, daß es, namentlich von den besseren Körnergattungen, gewöhnlich mehr ein- als ausführt. Die Ursachen dieses unbefriedigenden Zustandes sind verschiedene: die übermäßige Höhe der Grundsteuer, der Mangel an Kapital und Kredit, Absatzschwierigkeiten infolge der noch unzu-

reichenden Verkehrswege, die Maut- und Zollschranken und, nicht zuletzt, der Lehenverband mit seinen Untertansleistungen und allen nachteiligen Folgen.

Während von der Regierung nichts zur Aufmunterung der Landwirtschaft getan wurde, rief sie eine „künstliche Treibhaus-Industrie" ins Leben, aber auch mit völlig unzulänglichen, verkehrten Mitteln, zu denen in erster Linie die hohen Schutzzölle, die vielen Einfuhrverbote und die Unklarheit der Zollsätze gehören. Die Handels- und Konsularverhältnisse Österreichs sind im Vergleich zu anderen Staaten höchst bedeutenden Mängeln unterworfen, wichtige Handelswege und Absatzquellen sind vernachlässigt; die Handelsmarine ist eher auf dem Wege des Rück- als des Fortschrittes begriffen. Bedenklich ist auch die in Österreich verhältnismäßig bedeutende Sterblichkeit.

Das Darniederliegen des Handels und der Industrie leitet bereits zu einem anderen traurigen Kapitel der österreichischen Staatsverwaltung hinüber. Treu seinem im Innern befolgten System, stets „nur den Augenblick zu wahren, von einem Tage zum anderen zu leben", hat Österreich auch nach außen hin die unglücklichste Politik betrieben. In dem für die Donaumonarchie so lebenswichtigen Orient hat sie „die Lösung einer Frage hinausgeschoben, von deren Beantwortung die Existenz des türkischen Reiches und für Österreich selbst, Gott weiß es, welch heftige Erschütterungen abhängen dürften". Diese vertagte Frage wird doch in kurzem, „nur heftiger und schmerzlicher", wieder auftreten.

Aber für den Kaiserstaat werden dann die Verhältnisse weit ungünstiger liegen. Durch seine „unbegreifliche" Politik, die Österreich in dem griechischen Befreiungskampf machte, da es als einzige der Großmächte für die barbarischen Unterdrücker Partei ergriff, hat es auf dem Balkan vollkommen ausgespielt. Die Folge davon zeigt sich schon deutlich „in der täglichen Zunahme fremder, feindseliger Präponderanzen, welche sich dort, zum unersetzlichen Schaden des österreichischen Handels, der beinahe ausschließlich dahin geht, immer drohender ... geltend machen".

Diese große Gefahr ist — Rußland, das heute in Griechenland, in der Moldau und Walachei sowie in Serbien und

Montenegro einen derartigen Einfluß ausübt, daß er einer wirklichen Besitznahme beinahe gleichkommt. Österreichs „ganzer Handel in seiner Feinde Händen, seine Pulsader, wie man die Donau zu nennen beliebt, nach Gutdünken von Rußland unterbunden, dem moralischen, nationalen und zum Teile religiösen Einflusse des großen Slawenreiches bloßgegeben, welcher ohnehin jetzt schon von Troppau bis Cattaro bis unter die Mauern der österreichischen Grenzstädte allmächtig ist — 18 Millionen Slawen, welche österreichische Untertanen sind, dem Geiste und der Tendenz nach russisch geworden — was wird dann aus Österreich geworden sein? Und wie wird Rußland den mächtigen Hebel anwenden, welchen es durch die Verwandtschaft im Blute und im Glauben an Österreichs verwundbarster Stelle, in Ungarn, besitzen wird?"

So hat es denn das unselige „Papierregiment" glücklich dahin gebracht, daß der einst blühende Kaiserstaat seine Lebenskraft verloren hat und jeden Augenblick zusammenbrechen kann. Nicht Stürme und Windstöße allein, auch die „Sonne der Aufklärung, des Vergleiches" hat er zu fürchten, und vielleicht nicht weniger zu fürchten als jene. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist gerade auf dem Punkte angelangt, wo ein Anstoß gefährlich werden kann, wenn die Geister nicht beizeiten vollends mündig gemacht und dadurch fremden Einflüssen entrückt werden. Dieser Anstoß kann von Frankreich, der „Äolushöhle Europas", wo es über kurz oder lang zu einer Umwälzung kommen wird, erfolgen. Aber auch, und noch nachhaltiger, von — Deutschland!

Andrian kommt nun mit begeisterten Worten, die uns einen wertvollen Einblick in die Gedankenwelt, die Leiden und Kümmernisse wie die Hoffnungen eines gebildeten Deutschösterreichers aus jener Zeit gewähren, auf die ganz anders gearteten Verhältnisse in Deutschland zu sprechen. Das deutsche Volk, so sagt er, hat sich dank des mit jedem Tage stärker sich entfaltenden Gemeinsinnes herrlich entfaltet und eilt auf der Bahn des Fortschrittes geräuschlos und überlegt, aber nicht minder rasch vorwärts. Und sein Einfluß wirkt wieder auf Österreich zurück, wo sieben Achtel

der deutschen Bevölkerung durch Sprache, Sitte und Reminiszenzen jeder Art noch immer mit Deutschland verknüpft sind. „Das heilige römische Reich lebt, wenn auch von dem politischen Horizonte verschwunden, in den Geistern und Herzen seiner ehemaligen Glieder fort und bindet dieselben noch mächtig aneinander. Vielleicht erfüllt es hiermit seinen schönsten Beruf und wahrt die Einheit germanischer Volksstämme kräftiger, als bei seinen Lebzeiten. Jedes Wort, das in Deutschland gesprochen wird, jeder Vor- und Rückschritt dieses Landes findet in Österreich tausendfachen Anklang und Widerhall, und die trefflichsten, die verbreitetsten Organe deutscher Bildung haben in Österreich ihre zahlreichsten Abnehmer."

„Es war ein großer Fehler, den Deutschland begangen," so bemerkt Andrian mit beziehungsreichem Nachdruck weiter, „daß es in diesen letzten Dezennien sich so sehr von Österreich zurückzog und so geistig-vornehm auf dasselbe herabsah — auf die Gefahr hin, sich einen der kräftigsten und vielleicht auch der vielversprechendsten Stämme des eigenen Blutes für immer zu entfremden." Dies ist glücklicherweise noch nicht geschehen, wie man das aus dem regen Interesse ersieht, das der Kaiserstaat in der Frage des Deutschen Zollvereines nimmt. Gegenüber Frankreich, das offen darnach strebt, Belgien und Spanien in sein Zollsystem zu ziehen, wird Deutschland und Österreich „wohl nichts anderes übrig bleiben, als sich gegenseitig durch einen vollen unbedingten Anschluß zu verstärken, welcher, wenn er auch anfänglich nur auf materielle Zwecke berechnet sein mag, dennoch nie ohne politische Konzessionen, ohne geistige und politische Assimilierung abgehen kann und wird". Noch wenige Monate, und ein Eisenbahnnetz wird die Hauptstädte des österreichischen Kaiserreiches mit den Zentralpunkten deutscher Wissenschaft und Bildung, deutschen Fortschrittes verknüpfen — „läßt sich unter solchen Umständen eine chinesische Mauer aufführen und verteidigen"?

Einen nicht minder mächtigen Keim radikaler Veränderung aber trägt Österreich in seinem Innern — dieser ist Ungarn, das sich immer mehr zu einem wahrhaft konstitutionellen

Staate heranbildet. Mit seiner wohlfeilen liberalen Verwaltung zahlt es wenig Steuern — „welch ein lockendes Beispiel für die schwer belasteten Nachbarländer, auf denen die komplizierteste, kostspieligste und despotischeste aller Bureaukratien haftet". Und je unleidlicher dieser Druck in den österreichischen Provinzen durch die ständige Vermehrung des Beamtenstandes wird, desto mehr bestrebt sich Ungarn, an die Stelle von Deklamationen wirkliche Verbesserungen zu setzen und den Grundsatz der Selbstverwaltung immer konsequenter und wohltätiger auszuführen. Kann man erwarten, daß „zwei so heterogene, so entgegengesetzte Erscheinungen lange ungestört nebeneinander fortbestehen werden"?

Noch eines kommt dazu: Ungarn übt schon jetzt einen großen Einfluß auf seine Nachbarländer aus, auf die Entwicklung und Erstarkung der Nationalitäten. „Dem unbändigen, alles andere geringschätzenden Nationalstolze der Ungarn gegenüber mußten sich schon als Reaktion, um der bloßen Selbstverteidigung willen, ähnliche Empfindungen in den Gemütern ihrer Nachbarn regen, mit denen sie in tägliche Berührung kamen." Täglich bilden sich die Nationalitäten, „von den oberen Klassen zu den niedrigeren herabsteigend, kräftiger aus und allmählich zieht sich der größte Teil des Adels, dem Beispiele seiner ungarischen Standesgenossen folgend, aus Wien in seine Provinzen zurück, stellt sich dort an die Spitze und in die Reihen der neuerwachten Nationalitäten, und die provinziellen Literaturen, die häusliche Erziehung, die allgemeine Geistesrichtung sämtlicher Volksklassen befördern und beschleunigen diese Tendenz".

Überall machen sich bereits die zentrifugalen Bestrebungen der Nationalitäten bemerkbar. In dem österreichischen Italien ist die Abneigung gegen Deutsche und die Wiener Regierung nur noch heftiger geworden und die heranwachsende Generation wird im Hasse gegen die Fremden auferzogen. In Galizien, bei den Polen, ist die gleiche Stimmung zur Mode geworden und Böhmen betrachtet sich täglich mehr als berufen, seine eigene abgesonderte Nationalität zu behaupten, und mit dem Gefühle seiner Kraft und Einheit

nimmt auch sein Widerwille gegen die fremde Herrschaft zu. Das Endresultat der fünfundzwanzig Jahre währenden Friedensära ist also für Österreich: „Im Innern die Sympathien der Nationen und aller Stände der Regierung entfremdet, der Staat mit einer stets wachsenden Schuldenlast behaftet, der materielle Wohlstand in einer äußerst langsamen Progression begriffen, die geistigen Interessen verwahrlost und der Staat auf einem Punkte, durch die immer weiter divergierenden Tendenzen seiner Einzelteile zerrissen zu werden, nach außen hin an Macht, Ansehen und Einfluß gesunken und seinen Platz unter den europäischen Großmächten nur mehr einer Art von althergebrachter Pietät verdankend."

Im Jahre 1815 war Österreich eine Macht, die an die Zeiten Karls V. gemahnte. Es besaß den überwiegenden Einfluß in Italien wie in Deutschland. Der aus langem Schlafe erwachte Orient sah in dem Kaiserstaat den natürlichen Beschützer und erwartete von ihm seine Emanzipation, seine Entwicklung, bereit, diese Mitwirkung auf tausendfache Weise zu vergelten. In seinem Innern eine zahlreiche, kräftige, strebende Bevölkerung, welche nichts weiter verlangte, als ein offenes Feld für ihre Tätigkeit, schien Österreich berufen, die Geschicke Europas und der zivilisierten Welt zu lenken und mit England in der Herrschaft der Welt sich zu teilen.

So war es im Jahre 1815, und im Jahre 1840 sehen wir das tief gedemütigte Frankreich, an dessen Mark halb Europa zehrte, wenn schon nicht zur ersten, doch zur zweiten Kontinentalmacht erstarkt. Preußen, das in Deutschland durch seinen Zollverein einen mächtigen Einfluß besitzt und an der Spitze der geistigen und politischen Bewegung steht, hat den Kaiserstaat trotz Präsidium am Bunde aus seiner Vormachtstellung verdrängt. Österreich ist dort heute verhaßt und verkannt, weil man es für den Träger veralteter, retrograder Prinzipien hält. Rußland aber hat bei den christlichen Völkern des Orients „mit ihren Ansprüchen auf eine bedeutende glänzende Zukunft" einen „faktisch unumschränkten" Einfluß erlangt und führt die Donaumonarchie „in seinem oft nicht allzu sanften Schlepptaue". Sie läßt sich, um nur ein Beispiel anzuführen, die alltäglichen

Einfälle des kleinen „Räuberstaates" Montenegro, das in einigen Tagen restlos erledigt werden könnte, ruhig gefallen, weil es unter russischer Ägyde steht. In Italien endlich geht Österreichs Einfluß an Frankreich verloren.

Und was das beschämendste ist: Österreich gilt heute in der ganzen Welt als das „europäische China". Es vermeinte stationär zu bleiben und vergaß, daß, wer inmitten des allgemeinen Fortschrittes stille steht, zurückgeht.

Gibt es noch eine Rettung? Vielleicht ist der günstigste Augenblick dafür schon versäumt, jedenfalls aber bedarf es sofortiger durchgreifender Reformen, keiner halben, palliativen Maßregeln. Die Zeiten, da man die Stärke der Staaten nach Seelenzahl und nach der Menge der disponiblen Soldaten bemaß, ist vorüber, die Bajonette machen die Kraft eines Staates nicht mehr aus und das „Soldatenspiel" naht sich seinem Ende. Nur auf eines kann sich eine Regierung noch stützen, auf den Gemeingeist und das Selbstgefühl der Nation. Der bisher nach dem Grundsatz „Divide et empera" gehandhabte Standpunkt des Gewährenlassens reicht nicht mehr aus. Die Nationalitäten, „die immer rascher divergieren und zuletzt das Band ihrer Vereinigung in einem Staate sprengen werden und müssen", brauchen ein anderes Band, das sie stark und dauernd zusammenhält. Furcht und Liebe spielen heute keine Rolle mehr, nur die Achtung.

Die Völker Österreichs müssen, dahin zielt Andrians Forderung, nach dem Muster Englands zur Selbstverwaltung erzogen werden. Die österreichische Regierung muß sich entschließen, das verderbliche System der alles bevormundenden Zentralisation, der bureaukratischen Allmacht aufzugeben und dem „uralten und einfachen Prinzipe der Selbstregierung, der Nichteinmischung" huldigen, „und Österreich wird, daran zweifeln wir nicht, eine bisher nie gekannte Konsistenz gewinnen, die Völker werden sich fest an die Regierung anschließen und, als erste Frucht dieser Vereinigung, Vertrauen in ihre Zukunft fassen, ein Vertrauen, welches heutzutage, bedenklich genug, in Österreich nirgends zu finden ist; sie werden durch die ihnen gestattete Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten an dem, was die Engländer public spirit nennen, und somit an

Achtung ihrer selbst und ihrer eigenen Würde gewinnen, und mit dieser wird auch ihre Liebe zu der Regierung zunehmen, welcher sie dieses neu erwachte politische Leben verdanken."

Vor allem sollen die alten Landstände zeitgemäß, durch Heranziehung des Bürger- und Bauernstandes, erneuert werden, auf dieser soliden Basis kann dann weiter gebaut werden. Hierauf soll den Gemeinden ihre frühere Autonomie, das Recht, ihre Organe selbst zu wählen und über ihr Vermögen, unter Kontrolle des Staates, frei zu verfügen, eingeräumt werden. Als oberstes repräsentatives Organ der österreichischen Nation und zugleich als kräftigstes Bindemittel hätten in Wien die Reichsstände zu tagen. Diesen Reichsständen hätte die Votierung des Staatsbudgets, die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben unter die Provinzen, die Beratung über die ihnen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe, die Kontrolle über die Finanzgebarung und das Schuldenwesen des Staates zu obliegen. Endlich wären Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, Preßfreiheit und Unabsetzbarkeit der Richter zu gewähren.

Andrian schließt seinen Appell an die Regierung mit den nachdrücklichen Worten: „Eines aber ist gewiß: so wie es jetzt ist, kann es in Österreich nicht bleiben, kann es kein Menschenalter mehr bleiben. Von dieser Überzeugung ist daselbst alles, die Regierten sowohl als die Regierer, durchdrungen, und diese einzige Tatsache würde hinreichen, um die Umwälzung herbeizuführen, welche sicherlich, und zwar binnen kurzer Zeit erfolgen muß. Ob diese eine friedliche oder eine revolutionäre sein wird, kann nur die Zukunft lehren und von den Maßregeln wird es abhängen, welche die Regierung ergreifen wird, von dem Geiste der österreichischen Staatsmänner und von ihrem Mute, einem erkannten Übel kühn entgegen zu treten. Daß sie eine friedliche sein möge, muß der innigste Wunsch jedes Menschenfreundes, muß die ängstliche Sorge besonders eines solchen sein, der Österreich zu kennen und zu lieben Gelegenheit gefunden hat. Dieser Wunsch und diese Sorge haben den gegenwärtigen Aufsatz hervorgerufen, glücklich, wenn er die Aufmerksamkeit Europas, der österreichischen

Staatsmänner und des österreichischen Volkes auf eine Krisis leitet, deren Nähe, je mehr man sie der öffentlichen Kenntnis zu entziehen trachtet, zu einem desto verderblicheren, weil unerwarteten Ausbruche führen wird, welcher bloß durch ein schleuniges Entgegenkommen verhütet werden kann."

Andrian hatte gewarnt. Neugierig konnte man sein, wie sich die österreichische Regierung, an welche seine Mahnworte gerichtet waren, dazu verhalten werde. Nicht daß sie dem Buche die von dem Verfasser erstrebte „Aufmerksamkeit" versagt hätte, sie studierte es sehr gründlich und beteiligte sich auch stark an seinem buchhändlerischen Erfolg, insofern als sie die von ihr mit dem strengsten Verbot belegte Schrift überall, wo sie konnte, aufgreifen ließ, so daß noch in demselben Jahre 1843, da ihr „Damnatur" erfolgte, eine dritte Auflage erforderlich wurde. Sie ließ auch durch den Seidenzeugfabrikanten Leopold Schick eine der üblichen Widerlegungen verfassen und versäumte es nicht im geringsten, eifrig nach dem Verfasser des angeblichen Pamphlets zu fahnden, wobei ihr allerdings das merkwürdige Mißgeschick widerfuhr, auf alle möglichen Personen wie Eichhoff zu verfallen, nur auf Andrian nicht, der erst drei Jahre später, als er bereits freiwillig den Staatsdienst verlassen hatte, als der Übeltäter ausfindig gemacht wurde — ein bedeutsames Zeichen des Verfalles der Staatsverwaltung, deren stärkste Seite, die Polizei, versagte und immer mehr versagen sollte.

Der Verfasser der Schrift „Österreich und dessen Zukunft" hatte in der Tat ein großes Verbrechen begangen: er hatte, das reinste enfant terrible, die — Wahrheit gesagt. Andrian hatte die „Aufmerksamkeit Europas" auf eine Krise gelenkt, die man eben gerade vor der Welt zu verheimlichen suchte. Er hatte den Kaiserstaat als das rückständigste Gemeinwesen Europas hingestellt und damit die Regierung schwer bloßgestellt, die kurz vorher durch den von ihr bezahlten Schriftsteller Groß-Hoffinger feierlich erklären ließ: „Kein Fortschritt über das bisher Erreichte ist denkbar."[73]

Andrian hatte — recht naseweise — Vorschläge gemacht, deren Berechtigung wohl dadurch am besten erhellt, daß

sie von den Machthabern selbst einst dem Monarchen unterbreitet worden waren, aber nun im Kabinettsarchiv selig schlummerten. So hatte, wie wir wissen, im Jahre 1817 niemand Geringerer als Metternich die Einberufung eines „Reichsrates" in Anregung gebracht. Vom Staatskanzler ist auch bekannt, daß er das System des allzu straff gespannten Zentralismus, als eine Einrichtung des „revolutionären" Frankreich, für verfehlt hielt. Von den Trägern der von Andrian so heftig befehdeten Bureaukratie hatte Metternich selbst nicht die beste Meinung — er sprach von „Unwissenden und Schlafenden" wie von „Übelwollenden".[74] Wir wissen auch bereits, wie der Staatsmann, der nach außen hin ein „kraftvolles" Auftreten liebte, in camera caritatis besorgt von einem „zitternden Finanzgebäude" sprach.

Andrian hatte von einer allgemeinen Bewegung, die bereits sämtliche Klassen und Stände ergriffen habe, von einem allgemein verbreiteten Mißtrauen gegen die Regierung gesprochen — alles das existierte offiziell nicht. Als dem Staatskanzler ein von der Polizei „interzipiertes" Schreiben an den Statthalter von Böhmen vorgelegt wurde, worin behauptet wurde, daß die Mißstimmung gegen die Regierung nicht allein unter den Ständen, sondern ebenso unter den Bürgern und Bauern herrsche, schrieb der „Don Quixote der Legitimität", der so gerne „die anderen und sich selbst belog", an den Rand: „Ist falsch! Die Bewegung besteht unter einigen Schwindlern und die Masse ist ihr noch fremd"[75] — und doch mußte ihm durch die Polizeiberichte Waldstättens aus dem Beginn der dreißiger Jahre die „allgemeine Unbehaglichkeit" in der Volksstimmung, die sich in erster Linie gegen Metternich richtete, bekannt sein.[76] Waldstätten war wohl strafweise versetzt worden, aber die Stimmung deshalb nicht besser geworden. Allein vor der Welt, so wollte es Metternich sehen, war der Kaiserstaat ruhig und glücklich, er strotzte von Kraft und Gesundheit, und Andrian gehörte ebenfalls zu den — „Schwindlern".

Taktlos genug hatte Andrian auch den wundesten Punkt des Habsburgerreiches berührt — die Nationalitätenfrage, Österreichs eigentliches Problem. Sealsfield hatte es in seinem „Pamphlet" bereits aufgerollt, Franz Grillparzer sah

es beständig unheimlich drohend vor seiner Seele — für die Machthaber des Kaiserstaates gab es keines oder wenigstens keines mehr. In einem offiziösen Artikel der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 12. Dezember 1838 stand es schwarz auf weiß, daß Österreich die Aufgabe, die „heterogensten Bestandteile zu einem Ganzen auszubilden", in „großartiger und liberaler" Weise „glänzend" gelöst habe. Die Regierung, heißt es da, läßt Deutsche Deutsche, Böhmen Böhmen, Italiener Italiener usw. bleiben.

An dieser begeisterten Lobeshymne auf Österreichs Nationalitätenpolitik war so viel wahr, daß Fürst Metternich die Verschiedenheit der Völker, um nicht zu sagen deren Hader, ganz gerne sah, weil er sie, wenn richtig benutzt, als ein Mittel zur Stärkung der Regierungsgewalt betrachtete. Es war dies, wie wir wissen, das Glaubensdogma des Kaisers Franz. „Meine Völker," sagte er einmal offen zum französischen Gesandten, „sind eines dem andern fremd — um so besser. Ich schicke Ungarn nach Italien und Italiener nach Ungarn. Aus ihrer Antipathie ersteht die Ordnung und aus ihrem wechselseitigen Haß der allgemeine Friede."[77] Daß dieser Grundsatz „Teile und Herrsche" — Bauernfeld nennt ihn die „Erbmaxime" des Hauses Habsburg — nicht ungefährlich war, das sollte Metternich geradeso erkennen, mit Sorgen erkennen, wie Andrian, der das Gespenst der Auflösung des Völkerstaates in seine Teile heraufbeschwor und der selber schon ein Produkt der nationalen Zersetzung darstellt; fühlte er sich doch als ein ausgesprochener „Großdeutscher". Doch wir wollen nicht vorgreifen, sondern das für die Donaumonarchie so verhängnisvolle Nationalitätenproblem, das wir im Zuge unserer Darstellung schon gelegentlich gestreift haben, im Zusammenhang behandeln.

Der Verfasser des Buches „Österreich und dessen Zukunft" hatte sehr recht mit seiner Bemerkung, daß das stark ausgeprägte Nationalbewußtsein der Magyaren auf die Entwicklung und Erstarkung der übrigen Völker des Kaiserstaates eine folgenschwere Rückwirkung ausübte. Das Bestreben Kaiser Josephs II., auch Ungarn in den Rahmen des Einheitsstaates zu zwingen, hatte dort, wie wir uns zu erinnern wissen, eine heftige, leidenschaftliche Gegenbewegung

hervorgerufen. Wild schäumte der nationale Geist auf, und schon damals vertraten die Magyaren schroff den Standpunkt: Wer in ihrem Lande leben wolle, müsse auch ihre Sprache reden. Das Prinzip der nationalen Vergewaltigung, das sie in der Germanisierungs- und Zentralisierungspolitik Josephs II. so tödlich haßten, wandten sie unbedenklich auf die nichtmagyarischen Völker des Landes der Stephanskrone an, obwohl diese die überwiegende Mehrheit bildeten — sie waren eben die „urember", das „Herrenvolk".

Besonders früh und nachdrücklich bekamen diese überragende Stellung der Magyaren, wie es scheint, die Slowaken, auf die sie als ein ganz minderwertiges Bauernvolk hochmütig herabsahen, zu fühlen. „Das Magyarische," so hören wir um das Jahr 1822 einen Slowaken klagen, „wird den Slawen eingeprügelt, als ob die Magyaren glaubten, das Sprachorgan sei in ihrem Lande an einer — anderen Stelle als bei gewöhnlichen Menschen."[78] So ist es vielleicht kein leerer Zufall, daß gerade aus diesem unterdrückten Zweig des tschechischen Stammvolkes die zwei hervorragendsten Apostel der allslawischen Propaganda erwuchsen: Johann Kollar und Paul Josef Schaffarik. Beide waren bei der deutschen Philosophie und Literatur in die Schule gegangen und namentlich Herder, der aus seiner hohen Einschätzung der Slawen und nicht zuletzt des russischen Volkes kein Hehl machte, wirkte auf die slawischen Romantiker richtunggebend ein.

Johann Kollar, evangelischer Pfarrer in Pest, der in Jena studiert und von der burschenschaftlichen Bewegung einen starken Eindruck bekommen hatte, wußte in Poesie und Prosa begeistert und begeisternd für die Größe des Slawentums zu wirken. Sein Sonettenkranz „Die Tochter der Slawa", den er im Jahre 1824 veröffentlichte, ist eine einzige Verherrlichung des Panslawismus, von glühendem Deutschenhaß durchweht. „Die ihr Slawen seid," ruft er da, „erwacht, erwacht, Siebenschläfer ihr, jahrhundertlange! Ihr, in schmählichem Germanenzwange, um das Leben eines Volkes gebracht." Überall sieht er Slawen, nicht nur in Deutschland, wo sie von den germanischen Völkern grausam verdrängt und ausgerottet wurden, sondern auch in Italien

— Venedig, Rom, Genua und Mailand sind uralte slawische Ansiedlungen. Die Slawen sind — achtzig Millionen stark — das zahlreichste Volk in Europa. Ihnen gehört die Zukunft. „Sein ist der Morgen, bei den Deutschen herrscht eben voller Tag, die Engländer feiern schon den Mittag, die Franzosen die Vesper, die Italiener sind schon am Abend angelangt und bei den Spaniern ist es Nacht."

Allein so sehr sich Kollar an Herder anschließt, von dem milden Geist der Humanität, den der deutsche Philosoph atmet, ist bei ihm nicht viel wahrzunehmen. Die Deutschen werden als die „ewigen Antichristen der Slawen" gebrandmarkt. Mit Absicht führt er haßerfüllte Sprichwörter an, wie: „Der Deutsche wird nicht eher dem Tschechen Gutes gönnen, als bis die Schlange sich auf dem Eise wärmt." Aber auch die Magyaren, die Zerstörer des großmährischen Reiches, kommen als Bedrücker des Slawenvolkes nicht gut weg. In seiner Schrift „Über die literarische Wechselseitigkeit zwischen den verschiedenen Stämmen und Mundarten der slawischen Nation", die 1837 auch in deutscher Sprache erschien, vertritt er mit leidenschaftlicher Wärme den Gedanken, daß alle Slawen sich als Brüder einer großen Familie zu betrachten und literarisch in eine engere Verbindung miteinander zu treten hätten. Dieselbe Grundidee, daß die Slawen ein Gesamtvolk mit einer in mehrere Mundarten aufgelösten Sprache seien, durchzieht die Schriften des zweiten slowakischen Literaten Paul Josef Schaffarik.

Nirgends fanden solche Gedanken einen besser vorbereiteten Boden als bei den Tschechen in Böhmen. Schon um die Wende des XVIII. Jahrhunderts hatte sich eine Wiedergeburt der tschechischen Literatur vollzogen, bei der, wie bekannt, Deutsche aus Böhmen in selbstloser Hingabe Pate standen. Die von Wenzel Hanka 1817 glücklich „entdeckten", in Wirklichkeit von ihm selbst fabrizierten Heldenlieder, die dem Tschechentum den Bestand einer alten, den Deutschen zumindest ebenbürtigen Kultur vorspiegelten, übten auf das nationale Selbstbewußtsein eine Wirkung aus, wie sie anfeuernder auch ein echtes Schriftdenkmal nicht hätte vollbringen können. Man hatte jetzt seinen „tschechischen Homer" und freute sich darüber, daß

auch der große Dichter in Weimar den Gesängen der gefälschten „Königinhofer Handschrift" seine Anerkennung nicht versagte. Ein Jahr darauf wurde unter Patronanz einiger Adeliger Böhmens die Prager Museumsgesellschaft gegründet, die den tschechisch-nationalen Bestrebungen ihren kräftigen Beistand leistete.

Die französische Julirevolution von 1830 gab dieser nationalen Renaissance neue Schwungkraft. Sehr bald nach ihrem Ausbruch wird von Presl und Jungmann die „Matice Česka" gegründet, ein Verein, der alsbald eine rührige tschechische Propaganda entfaltete, die immer mehr eine politische Färbung erhielt. Im Februar 1832 wurden von der Polizei deutschfeindliche Gedichte gefunden, welche die slawischen Völker zur Abschüttelung ihres Joches aufriefen — die Saat der gefälschten Heldenlieder war aufgegangen. Wenzel Hanka, der durch seinen aufsehenerregenden „Fund" in der alten Schloßruine die Tschechen zum Range einer alten Kulturnation erhoben hatte, erwies sich als ein ausgesprochener Russenverehrer. Zum Dichter Tjutschew äußerte er sich im Jahre 1841 offen: „Böhmen wird frei und unabhängig und vollständiger Herr in seinem Hause an dem Tage sein, wenn Rußland von neuem in den Besitz Galiziens gelangt."[79]

Kein Zweifel: die nationalen Tendenzen der Tschechen bewegten sich in stark zentrifugaler Richtung, und das merkwürdigste daran war, daß sie von der Wiener Regierung eifrigst unterstützt wurden. Minister Graf Kolowrat, der „Böhme der Böhmen", war, wie wir hörten, ein warmer Förderer der nationaltschechischen Bewegung[80] und mit ihm um die Wette — auch darin hatte Andrian recht — der böhmische Hochadel. Der Russenfreund Wenzel Hanka wurde Bibliothekar an dem so recht eigentlich von Kolowrat begründeten Museum in Prag und gewann so reichlich Muße, seine ganze Kraft in den Dienst der nationalen Propaganda zu stellen. Der Sprachforscher Schaffarik wurde zum Zensor ernannt und erhielt später von Wien aus die Stelle eines überzähligen Kustos der Prager Universitätsbibliothek. Franz Palacky, der sich kümmerlich mit Stundengeben und Artikelschreiben hatte fortbringen müssen, be-

kam das Amt eines Landeshistoriographen und konnte im Jahre 1836 sein mehrbändiges Werk über die Geschichte Böhmens schreiben — jene Geschichte, in welcher der Kampf gegen die Deutschen das Leitmotiv darstellt.

Mit Recht wundert sich der slowenische Gelehrte Kopitar über diese „Mißgriffe" der Wiener Regierung, durch die es den von ihr und den böhmischen Ständen besoldeten Männern ermöglicht wurde, im Lande gegen die Deutschen zu hetzen. Was hatte sie umgekehrt, so darf man füglich fragen, zur Aufmunterung der deutschen Literatur getan? Grillparzers „König Ottokars Glück und Ende" wäre um ein Haar verboten worden, weil der allgewaltige Graf Sedlnitzky in dem Kampf der Völker Österreichs ein politisch bedenkliches, aufreizendes Moment erblickte. Der deutsch-österreichische Dichter war nicht so glücklich, die von ihm angestrebte Stelle in der kaiserlichen Privatbibliothek zu erlangen. Die Förderung des deutschen Elementes, die seit Jahrhunderten die Grundlage der Staatsidee, des Wiener absolutistischen Zentralismus bildete, war stillschweigend, aber gründlich aufgegeben worden.

Auch unter den Südslawen faßten die allslawischen Gedanken Kollars und Schaffariks Wurzel. Wenige Jahre nach der französischen Julirevolution finden wir in Agram einen Mann, der sich ebenfalls an deutschen Universitäten gebildet hatte, mit begeisterter Hingebung für das kroatische Volkstum eintreten — Ludjevit Gaj. Zu Beginn des Jahres 1835 gründet er dort das erste kroatische Tagblatt „Novine Hrvatske", das im nächsten Jahr in eine „Illyrische Zeitung" umgetauft wurde. Vergebens hatte die ungarische Regierung die Bewilligung dazu zu hintertreiben gesucht. Minister Kolowrat war Gaj eifrig behilflich gewesen, um gegen die — Selbständigkeitsbestrebungen der Magyaren ein Gegengewicht zu schaffen.

Wie sich Gaj die Zukunft des jugoslawischen Reiches dachte, das verriet er in einem Aufsatz, den er im literarischen Beiblatt seiner Zeitung am 6. September 1835 veröffentlichte. Da sieht er die Jungfrau Europa sitzen, die an ihrer Brust eine Leier hält — diese Leier ist Illyrien, das Dreieck zwischen Skutari, Varna und Villach. Gaj klagt über

die falsche Stimmung der Saiten. Kärnten, Krain, Steiermark, Dalmatien, Bosnien und Bulgarien lassen den Einklang schmerzlich vermissen. Zur Erläuterung seiner dichterischen Vision entwarf er dann eine Landkarte, auf der die Grenzen des neuen Illyrien eingezeichnet erscheinen. Sie sind nicht allzu eng gesteckt, denn sie umschließen außer Kroatien, Slawonien, Dalmatien und Serbien noch das ganze südliche Ungarn, Istrien, Krain, Kärnten, Steiermark, Bosnien und die Herzegowina, Montenegro und Bulgarien. Dank seiner rührigen, von Wien aus geförderten Werbetätigkeit für die illyrische Sache wurde Agram der Mittelpunkt der südslawischen Bewegung, die sehr rasch ihr literarisches Gewand abstreifte und einen regelrecht politischen Charakter gewann.

Unabhängig von Agram, vielfach in direktem Gegensatz zu Gajs illyrisch-pankroatischen Bestrebungen, aber gleichfalls beeinflußt von dem Slowaken Schaffarik, der eine Zeitlang an einem serbischen Gymnasium in Neusatz wirkte, arbeitete Wuk Karadzić, ein Bauernsohn aus Serbien, für die großserbische Idee. Für ihn waren die Kroaten nichts anderes als Serben römisch-katholischen Glaubens. Im Jahre 1826 begründete Karadzić die „Matice srbska", das heißt die „Serbische Bienenmutter", mit dem Sitze in Pest, die sich die Pflege des serbischen Volkstums zur Aufgabe stellte. Wuk Karadzić, der eigentliche Begründer der neuserbischen Sprache und Literatur, verstand es durch seine Werke, die Begeisterung seiner Landsleute, eine übertrieben hohe, bis zum Größenwahn sich steigernde Meinung von der großen Vergangenheit und der glänzenden Zukunft des Serbenvolkes zu erwecken. Nach seiner „geschichtlichen" Darstellung hatten die Serben, das „größte Volk des Planeten", eine alte Kultur von fünftausend Jahren hinter sich, in deren Rahmen die ganze Welthistorie sich abspielte. So war Jesus Christus gleich seinen Aposteln ein Serbe. Von Südungarn griff die literarische Bewegung befruchtend auf das Fürstentum Serbien über, das kulturell noch auf einer sehr niedrigen Stufe stand — so konnten Kara Georg und Miloš Obrenovic, die beiden großen Führer des Volkes, weder lesen noch schreiben.

Zum Unterschied von der großkroatischen Idee, die am Wiener Hofe und beim hohen Klerus mächtige Fürsprecher und Gönner besaß, rief die serbisch-nationale Bewegung wegen ihres scharfen Gegensatzes zu den Türken, Metternichs intimen Freunden, einiges Unbehagen hervor. Der dritte Band der von Karadzić herausgegebenen serbischen Volksgesänge erhielt, als er 1821 der Zensur vorgelegt wurde, nicht die Genehmigung, weil, wie es hieß, „die darin enthaltenen Lieder nach ihrer Tendenz nur zur Nährung des Nationalstolzes gegen die Türken dienen könnten"; er wurde dann in Leipzig gedruckt und fand von dort prompt seinen Weg nach Österreich. Soweit die nationale Bewegung aber gegen die Magyaren sich richtete, ließ man auch ihr wie dem Illyrismus gerne freien Lauf. Ljudewit Wukotinović, der in wilden Kriegsliedern zur Abschüttelung des Joches der „Tataren" — jedermann wußte, daß damit die Magyaren gemeint waren — aufforderte, erhielt 1841 vom Kaiser einen Brillantring als Zeichen der „Anerkennung seiner im Gebiete der slawischen Literatur erworbenen Verdienste".

Dagegen wurde im Küstenlande, wo neben den Südslawen die Italiener saßen, das welsche Element auffallend gefördert. In Dalmatien, das zu neun Zehnteln slawisch war, behandelte man die Serbo-Kroaten äußerst stiefmütterlich. In den griechisch-orthodoxen Gemeinden kümmerte sich die Regierung blutwenig um die Religion, eine Tatsache, welche den Panslawismus, die auf Rußland gerichteten Hoffnungen, geradezu großzog. Damit die panslawistische Strömung, die man namentlich in den Ländern der Stephanskrone unterstützte, nicht allzu mächtig würde, förderte man von Wien aus, wo es ging, die katholische Kirche — wie man sieht, hatte die österreichische Regierung mehrere Eisen im Feuer; doch ohne Zweifel war es ein gewagtes Spiel.

Zunächst aber waren es die Magyaren, die sich sehr energisch gegen die slawische Gefahr, gegen die panslawistischen Umtriebe zur Wehre setzten; im Jahre 1836 lösten sie alle slawischen Vereine auf.

Für ihren Standpunkt ist die Rede, die der Generalinspektor des lutherisch-slowakischen Kirchen- und Schul-

wesens, Graf Karl Zay, bei seinem Amtsantritt hielt, überaus bezeichnend. „Jede Idee," erklärte er da, „jede Bestrebung, die Magyarisierung zu verhindern und außer der ungarischen eine andere Sprache zu verbreiten, wäre soviel als die Lebensader der Intelligenz, der konstitutionellen Prinzipien, ja des Protestantismus selbst zu unterbinden; die ungarische Sprache ist die treueste Beschützerin der Freiheit und des Protestantismus in unserem Vaterlande. Der Sieg des Ungartums ist zugleich der Sieg der Freiheit und der Intelligenz. Die Magyarisierung der Slawen ist die heiligste Pflicht jedes echten ungarischen Patrioten, jeglichen Streiters für Freiheit und Vernunft..."

Die Magyaren als die berufenen Vertreter der konstitutionellen Prinzipien, das war es, was sie in Wien als ganz besonders gefährlich erscheinen ließ. Fürst Metternich sah schon zu einer Zeit, da die politische Bewegung in Ungarn verhältnismäßig sehr harmlos war, äußerst trübe in die Zukunft. Im Todesjahr des Kaisers Franz sprach er seine „apodiktische" Überzeugung aus, daß die Pariser revolutionäre Propaganda über das „junge Ungarn" ihre Netze geworfen habe.[81] Zwei Jahre später bezeichnet er als das Endziel der von dem im Innersten doch so loyalen und königstreuen Grafen Stephan Széchenyi eingeleiteten Reformbewegung, die „Trennung Ungarns von dem großen Kaiserstaate".[82]

Nicht weniger pessimistisch dachte der Staatskanzler über die Zukunft Galiziens. „Der Polonismus," erklärte er, „ist nur eine Formel, ein Wortlaut, hinter dem die Revolution in ihrer krassesten Form steht, er ist die Revolution selbst."[83] Seit dem — wie Andrian sagt — „verhängnisvollen" Jahre 1831, da die Polen die russische Herrschaft abschütteln wollten, waren ihre Bestrebungen unentwegt auf die Wiedererrichtung des alten Königreiches Polen gerichtet. Damals war, wie wir uns erinnern mögen, der Statthalter von Galizien Fürst Lobkowitz, ein Gesinnungsgenosse Kolowrats, für eine Unterstützung der Polen eingetreten, weil man in der Bildung eines selbständigen Polen eine „feste Schutzmauer gegen den eindringenden Koloß von Norden" erblickte. Metternich aber hatte sich nach anfänglichem

Schwanken gegen die „Revolution" entschieden und Rußland in die Hände gearbeitet.[84] Seitdem war Galizien im Zustand beständiger Gärung, die von einem eigenen Nationalkomitee in Paris systematisch geschürt wurde, und niemand verfolgte mit größerer Besorgnis das Umsichgreifen der revolutionären polnischen Propaganda als der Staatskanzler. Anfangs Dezember 1835 „deklamierte" er, wie Kolowrat spottend erzählte, in der Konferenz anderthalb Stunden lang über eine slawische Verschwörung, die bei der Grenzwache Galiziens entdeckt worden war und eine finanzielle Fundierung von sage drei bis vier Gulden aufwies.[85] Die Sache war aber doch nicht so ungefährlich und vier Jahre später sah sich Graf Sedlnitzky bemüßigt, gegen die polnisch-slawischen Vereine in Wien einzuschreiten.[86]

Wenig erfreulich genug hatten sich auch die Dinge im lombardo-venezianischen Königreiche entwickelt. Die Amnestie für die politischen Verbrecher, die der neue Kaiser im Jahre 1838 gelegentlich seiner Krönung in Mailand erließ, hatte, wenn überhaupt, nur ganz vorübergehend die Gemüter der unzufriedenen Italiener beschwichtigt. Was Andrian über die nachträglichen Schikanen, die den kaiserlichen Gnadenakt wesentlich beeinträchtigten, erzählt, das wird uns durch die vertraulichen Meldungen des Gouverneurs vollauf bestätigt. Es war jedenfalls weit übertrieben, wenn die Stimmungsberichte der Polizei behaupteten, daß die Amnestie die „kühnsten Erwartungen übertroffen" und des Monarchen persönliches Erscheinen das „Verschmelzen der Lombardei mit den altösterreichischen Provinzen vollendet" habe. Sie selbst erwähnte mit derselben Tinte die Enttäuschung und das Befremden darüber, daß der freiheitliche Dichter Manzoni bei dem großen Ordensregen, der anläßlich der Krönungsfeier niederging, übergangen wurde.[87]

Viel muß sich nicht geändert haben. Baron Löwenthal weiß drei Jahre später von 1800 deportierten Italienern zu erzählen, die ohne Urteil auf den Festungen von Arad und Munkacz schmachteten. In Szegedin befanden sich 500 Italiener, die im Jahre 1831 wegen „ihres Hanges zu gesetzwidrigen Handlungen" dorthin deportiert worden waren

und erst im Sommer des Freiheitsjahres von der Kossuthschen Regierung in ihre Heimat zurückbefördert wurden; sie waren siebzehn Jahre ohne Urteil, ja ohne eine bestimmte Anklage, gefangen gehalten worden. „Um was steht diese Einrichtung," fragt Löwenthal erbittert, „an Scheußlichkeit den venezianischen und spanischen Inquisitionsgreueln der Vergangenheit nach?"[88] Wie erst mögen die Italiener selbst gedacht haben, in denen die Erinnerungen an Silvio Pellico und Confalonieri noch mächtig weiterlebten! Das Erscheinen der begnadigten „Märtyrer" Italiens, die vielfach körperlich und seelisch gebrochen waren, die zum Teil auch ohne die Leiden der langen Kerkerhaft nicht anders ausgesehen hätten, weil sie eben älter geworden waren, war nur geeignet, die alten Wunden wieder aufzureißen. Das „Wächteramt", das Österreich einst wie jetzt in Italien versah, machte den Kaiserstaat überall so verhaßt.

Nein — Andrian hatte die „zerstörenden" Kräfte des Nationalitätenproblems nicht zu schwarz gezeichnet. Es war auch in keiner Weise übertrieben, wenn er gegen die Regierung den schweren Vorwurf erhob, daß sie es durch ihre von allen guten Geistern verlassene Politik glücklich dahin brachte, sämtliche Klassen der Bevölkerung gegen sich in Bewegung zu setzen. Nichts zeigt deutlicher die Unhaltbarkeit des Systems als die eine Tatsache, daß selbst das konservative Element im Staate, der Adel, gegen die Regierung in die Schranken trat. Baron Andrian war nur das Sprachorgan der Landstände, die in Bewegung gekommen waren und nun in den Landstuben, genau nach seinen Vorschlägen, den Ruf nach Reformen erhoben, sie, die diese einst vereitelt hatten.

* * *

Wie verhielt sich nun die Staatskonferenz zu Andrians Weckruf? Grillparzers boshaftes Gedicht, mit dem Wahlspruch der Habsburger A. E. I. O. U. (Austria erit in orbe ultima) überschrieben, gibt die richtige Antwort darauf: „Flicke, flicke, flicke zu — aus dem Stiefel ward ein Schuh — Willst du nicht nach neuem Leder sehen — müßt ihr

endlich barfuß gehen." Es war derselbe Gedanke, den er in seinem berühmt gewordenen Wort von dem „Halben" der Mittel und Wege und dem „zauderhaften" Streben geprägt hatte.

Einer durchgreifenden Änderung des Systems oder, wie es sein Träger Metternich bescheiden nannte, der „Weltordnung"[89] stand der letzte Wille des verstorbenen Monarchen entgegen. Aber unzweifelhaft hatte sich seit dem Beginn der vierziger Jahre manches vollzogen, was einem Fortschritt oder wenigstens dem guten Willen dazu gleich sah. Andrian war ehrlich genug, in dem zweiten Teile seines Buches, der im Jahre 1847 erschien, alle die wohltuenden Veränderungen seit etwa 1840, da er den ersten niedergeschrieben, der Reihe nach aufzuzählen, aber sie war nicht lang.

Da ist einmal zu erwähnen die Abkürzung der Militärdienstzeit von vierzehn auf acht Jahre, die über Vortrag des Hofkriegsrates vom 30. August 1836 mit kaiserlicher Entschließung vom 4. Februar 1845 erfolgte.[90] Diese Maßnahme, die einem tiefgefühlten Wunsche der Bevölkerung entsprach, war wiederholt im Schoße der Regierung angeregt worden. So hatte schon zehn Jahre vorher der Hofkammerpräsident Eichhoff die vierzehnjährige Kapitulationsfrist als die Hauptursache der Gewerbestockungen bezeichnet.[91] Vollständig unhaltbar war dann der Zustand geworden, als in den italienischen Provinzen eine Dienstzeit von acht und in Ungarn eine solche von zehn Jahren eingeführt wurde. Im März 1837 hatte sich aus diesem Grunde die Konferenz mit der dringend gewordenen Frage beschäftigt, doch es dauerte noch volle acht Jahre, bis sie zur endgültigen Lösung kam.

Vor allem aber war es Eichhoffs Nachfolger Baron Kübeck, der sofort nach dem Antritt seines dornenvollen Amtes im November 1840 eine rege, vielversprechende Tätigkeit entfaltete. Auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues hat er sich in der Tat einen „Ehrenplatz" erworben.[92] Zahlreiche Linien wurden in Angriff genommen, und zwar im Staatsbetrieb, weil man mit den von Privatgesellschaften betriebenen Bahnen bald die traurige Erfahrung gemacht hatte, daß sie mehr den Zwecken der Spekulation als dem öffentlichen

Interesse dienten. Allerdings hat vielleicht gerade der Umstand, daß die großen Bankiers sich so sehr für das Zustandekommen von Eisenbahnen interessierten, den so wichtigen ersten Anstoß zu dieser grundstürzenden Neuerung gegeben. Kaiser Franz hatte von seinem Standpunkt aus gewiß nicht so unrecht, wenn er, wie erzählt wird, auf den Vorschlag dazu mit den Worten lebhaft protestierte: „Na, na! Damit ist's nichts, da käm' mir höchstens die Revolution ins Land."[93] Soviel ist sicher, wie das auch Andrian hervorhob: durch die neuen Verkehrswege war mit dem „aufgeklärten" Ausland eine engere Verbindung hergestellt, die Gefahr der „Ansteckung" entschieden näher gerückt. Begreiflich daher, daß sich böse Zungen das „Wunder" nicht anders zu erklären wußten, als daß Rothschild den Machthabern die Zustimmung „abgeschmeichelt" habe.[94] Wie dem sei, Kübecks Verdienst war es, daß Österreich im Punkte des Eisenbahnverkehrs auf der Höhe der Zeit wandelte.

Allein auch diese starke Hand der vormärzlichen Regierung erlahmte bald, zu groß waren die Widerstände, die sich Kübeck entgegenstellten. Von dem Reformprogramm, das er kurze Zeit nach dem Erscheinen von Andrians Buche der Staatskonferenz vorlegte, sollte nicht viel zur glücklichen Tat reifen.[95]

Sein Versuch, das berüchtigte System der Zollschranken zu beseitigen, hatte einen sehr geringen Erfolg; sein Plan, den schwerfälligen, kostspieligen Verwaltungsapparat zu vereinfachen, scheiterte vollständig. Alles in allem erging es ihm wie dem Jüngling Friedrich Schillers, der „mit tausend Masten" in die See steuerte, um „still, auf gerettetem Mast" wieder in den Hafen zurückzukehren. Mit feiner Ironie verglich der preußische Gesandte Kübecks Wirken mit dem Erscheinen eines Meteors, der schnell seinen Glanz verliert.[96] Auch auf diesen tüchtigen Staatsmann hatte das von Andrian angezogene Dichterwort seine grausame Anwendung gefunden:

> Bis nun, von langem Widerstand verzehrt,
> Die Kraft aus allen Gliedern schwindet,
> Vom Gram gebeugt, das edle Götterpferd
> Zu Boden sinkt, und sich im Staube windet.

Aber wenn man auch die Fortschritte auf materiellem Gebiete noch so hoch anschlägt, an den geistigen Grundlagen des Systems änderte sich nichts. Nach wie vor hielt die Staatskonferenz an den geheiligten Traditionen des väterlichen Absolutismus fest. Die Polizeiherrschaft war nur milder geworden, nicht so sehr aus Prinzip als aus Schwäche. Man fürchtete sich vor der öffentlichen Meinung, die Kolowrat im obersten Regierungskolleg gelegentlich ausspielte, und wich vor ihr zurück. So ließ es der Staatskanzler und sein getreuer „Pudel", der Polizeiminister Sedlnitzky, geschehen, daß der juridisch-politische Leseverein ins Leben trat, obwohl der Polizeigewaltige das bestimmte Gefühl hegte, daß „die Leute dort zu Verbrechern sich lesen"[97] werden. Kolowrat, der in seinem Gutachten bestimmt erklärte, daß die Männer, die ihn errichten wollen, für die „Unbedenklichkeit genügende Bürgschaft leisten",[98] hatte gesiegt, und doch ist diese Vereinigung neben dem niederösterreichischen Gewerbeverein der „Generalstab" der politischen Opposition,[99] sie sind, wie Grillparzer sich ausdrückte, die „Pulvermühlen für eine künftige Explosion" geworden.[100] Sehr gegen den Willen Metternichs ist auch einige Jahre später die kaiserliche Akademie der Wissenschaften geschaffen worden.[101] Das System der polizeilichen Überwachung blieb bestehen, ja es wurde sogar verschärft und immer weiter ausgedehnt, ein Symptom dafür, daß die Staatskonferenz nicht gewillt war, den von Kaiser Franz als großes Vermächtnis überkommenen Grundsatz: „Alles durch die Regierung, nichts durch das Volk", auch nur im geringsten aufzugeben.

So hatte denn der Verfasser von „Österreich und dessen Zukunft" kein Glück mit dem Kernpunkt seines Reformprogrammes: Erneuerung des Ständewesens, Selbstverwaltung, stufenweise Erziehung zur politischen Mündigkeit des Volkes. In diesem Punkte waren sich alle Minister, auch der mit dem Fortschritt liebäugelnde Graf Kolowrat nicht ausgenommen, vollkommen einig. Metternichs Standpunkt: „Zustimmen sollen sie, aber nicht die Initiative nehmen",[102] entsprach ganz der Auffassung des Grafen, bei dem hier die josephinische Schule durchschlug.

Mit der Angst vor der „Konstitution" verband sich die kleinlichste Eifersucht: das Gute, und wäre es auch das Beste, darf nur von oben, von der Regierung, kommen, so wollte es das „väterliche" System, das Dogma der staatlichen Allmacht.

Im Herbst-Landtage jenes Jahres 1843, da Andrians Buch mit dem „Damnatur" belegt worden war, traten die Stände von Niederösterreich mit einem Antrag hervor, der aller Welt zeigte, daß sie ihren Beruf als Volksvertreter zu erfüllen ernstlich bestrebt waren.[103] Sie nahmen das von ihnen einst zu Fall gebrachte Werk der Bauernbefreiung energisch in die Hand und beantragten die Ablösung der ganz besonders verhaßten Dienste, der Robot und des Zehents. Die Regierung ließ diese gemeinnützige Anregung, die auch in Andrians Reformprogramm stand, weil höchst „bedenklich", liegen, so lange liegen, bis ein grauenhaftes Ereignis sie belehrte, daß sich das so brennend gewordene Problem nicht weiter vertagen ließ.

Galizische Bauern hatten sich im Frühjahr 1846 gegen ihre adeligen Grundherren erhoben und in blinder Wut unter ihren Peinigern ein regelrechtes Blutbad angerichtet. In einer langen Wagenreihe führten die entmenschten Bauern, die überdies in dem Glauben lebten, ein patriotisches Werk verübt zu haben, weil ihre polnischen Herren einen Aufstand vorbereitet hatten, die vielfach bis zur Unkenntlichkeit entstellten Leichname — 146 an der Zahl — mitsamt den Verwundeten vor das Gebäude des kaiserlichen Kreisamtes von Tarnow. Es war das eine höchst eindrucksvolle Mahnung; doch um ein Haar hätte sie die Staatskonferenz in ihrer Angst vor jeder grundstürzenden Veränderung auch jetzt nicht beachtet. Gerade Graf Kolowrat, der schon unter Kaiser Franz für die Regelung des Urbarialproblems eingetreten war, sprach sich jetzt aus Gründen der Staatsautorität gegen eine Konzession aus, um nicht den Anschein zu erwecken, als wollte man die Bauern für ihre Bluttat belohnen. Allein das Ablösungsgesetz, das im Dezember 1846, ohne der ständischen Anregung nur mit einem Worte zu gedenken, das Licht der Welt erblickte, war vollständig unzureichend, weil es den Stempel der hilflosen Halbheit an sich trug.

Die galizische Bauernrevolte hatte aber umgekehrt die böse Folge, daß in die ständische Bewegung, die stärker nur in Prag und Wien hervortrat, ein radikalerer Zug kam — die niederösterreichischen Landstände suchten nach untenhin Wurzel zu fassen, indem sie immer mehr auf die Volkswünsche Bedacht nahmen; die böhmischen Stände dadurch, daß sie sich fester mit den staatsrechtlich-nationalen Bestrebungen verbanden. Sie mußten diese volkstümliche Wendung machen, sie mußten schärfer gegen die Regierung auftreten und auf eine Änderung des Systems der Unbeweglichkeit dringen — denn das Schicksal, das den polnischen Adeligen heute widerfuhr, das konnte morgen sich an ihnen selber erfüllen. Und wenn sie auch nicht gerade erschlagen werden sollten, so war es schon genug, daß sie vor der Gefahr standen, von den Bauern einfach gar nichts mehr, weder Arbeitsleistungen noch Geld, zu erhalten — und diese Gefahr war schon äußerst nahe. Schon zu Kaiser Josephs Zeiten faßte der schlichte Landmann das Werk der Ablösung so auf, daß er von allen Abgaben und Diensten befreit sei, und diese etwas naive Anschauung tauchte jetzt, da die öffentliche Meinung mit jedem Tage lauter das Rückständige und Verderbliche der gutsherrlichen Forderungen predigte, mit wachsender Stärke wieder auf. Begreiflich also, daß die Feudalherren als Entgelt für die seinerzeit erfolgte Überlassung ihrer Gründe wenigstens etwas zu erlangen trachteten.

So war es denn durchaus nicht bloßer Mutwille, revolutionärer Trotz oder Eitelkeit, was die adeligen Stände auf den Kampfplatz trieb — hinter ihrer im Gewande der Volkstümlichkeit auftretenden Bewegung stand ein sehr ernstes soziales Problem, das freilich die Machthaber, in ihrer vollständigen Kräfteblindheit, nicht sahen oder nicht sehen wollten. Fürst Metternich wurde nicht müde, in ungezählten Gutachten, in breit dahinfließendem Redestrom, das „Absurde“ und „Gefährliche“ der Ständeopposition zu beleuchten, die, wie er meinte, aus dem Bestreben hervorging, „wohlfeile Heldenrollen“ zu spielen. „Heute muß aber,“ erklärte er salbungsvoll, „alles Theatralische ferngehalten werden, weil die Zeiten sich zu demselben nicht

eignen." Mit verächtlicher Geringschätzung sprach der Staatskanzler von den „liberalen Flöhen" des Wiener Landhauses und den „Affen in Prag, die ein Stück englischer Revolutionsgeschichte nachäffen wollen".[104] Eine Erfüllung der ständischen Wünsche bedeutete ihm die Auflösung des Reiches in seine einzelnen Bestandteile, den Umsturz des Habsburgerreiches.

So wie Metternich dachten, wie schon gesagt, im Grunde alle anderen Mitglieder der Staatskonferenz — auch Kolowrat, der „Prototyp des Böhmen", wie ihn sein Gegenspieler in der Hitze des Gefechtes einmal bezeichnend nannte, der liberalisierende Minister, der durch seine ganze Haltung nicht wenig zur präpotenten Haltung der böhmischen Stände beigetragen hatte. Autokratisch durch und durch, fühlte auch Kübeck, der als junger Kreiskommissär den hübschen Gedanken ausgesprochen hatte, Kaiser Joseph II. hätte, statt die Stände zu beseitigen, sie zeitgemäß, durch stärkere Heranziehung des Bürger- und Bauernstandes, erneuern und mit ihnen die Reformen durchführen sollen — dann „hätte die Monarchie ihre alten Institutionen nach dem Bedürfnisse der Zeit verbessert und verjüngt, und der Keim des langsameren, aber beharrlichen und nachhaltigen Fortschreitens wäre gesichert worden". „Tempora mutantur et nos mutamur in illis ..."

Nur Graf Hartig, der frühere Gouverneur der Lombardei, stellte sich auf den vernünftigeren Standpunkt, den Ständen wenigstens eine „angemessene Beschäftigung" zu geben, wie etwa die Leitung von Wohltätigkeitsanstalten, um ihrem Betätigungstrieb eine entsprechende „Ableitung" zu schaffen. Gerade Kübeck hatte sich gegen eine Erweiterung des ständischen Arbeitsgebietes schroff ausgesprochen, weil dann, wie er sich gallig äußerte, den Ständen ein willkommener Anlaß geboten würde, „ihre Lukubrationen als einzig gedeihliche Reformen in den Zeitungsblättern zu verkünden und die Regierung in das Licht der Obskuranz und untätiger Konservation fauler Zustände zu stellen". Graf Hartig drang nicht durch — und doch wäre ein rasches Entgegenkommen der Regierung nach dieser harmlosen Seite hin geeignet gewesen, die Bewegung, die sich als

durchaus nicht so ungefährlich erweisen sollte, einzudämmen. „Müßiggang ist aller Laster Anfang," so bemerkte mit feiner Ironie der preußische Gesandte.[105]

Was geschah? Nachdem man die Stände durch das endlose Hinausziehen auch der berechtigten Wünsche, durch vollständiges Ignorieren aller ihrer Anregungen in einen Zustand hochgradiger Gereiztheit versetzt hatte, wurde endlich ein — eigenes Departement bei der Hofkanzlei errichtet, dem die Ausarbeitung eines „Reglements" übertragen wurde. Die heikle Angelegenheit, über die man jahrelang in der Staatskonferenz debattiert hatte, war so glücklich wieder vertagt worden. Vor allem aber erhielt der Polizeipräsident Graf Sedlnitzky den Auftrag, „mit gespanntester Aufmerksamkeit" den Umtrieben der Führer der Ständebewegung — Baron Andrian stand auch auf der schwarzen Liste — nachzuforschen, die Verbindungen mit den ständischen Mitgliedern anderer Provinzen zu überwachen.[106] Die Stände wurden also — dahin endete alles — unter Polizeiaufsicht gestellt.

Zugleich griff die Regierung, um die Ständebewegung zu bekämpfen, zu einem Mittel, das eine geeignete Illustration zu Grillparzers scharfem Urteil über die Politik der Staatskonferenz darstellt — „töricht und leichtsinnig". Sie ließ durch bezahlte Federn die Absichten der adeligen „Gaugrafen", die ihre „vorsintflutlichen" Rechte auszukramen beflissen wären, verdächtigen, in allen Tonarten gegen den „mittelalterlichen Unfug" hetzen. In dem vielgelesenen Volksblatt „Hans Jörgl", das, wie jedermann wußte, von der Regierung subventioniert war, wurden die adeligen Grundherren und die ganze gutsherrliche Verfassung dem öffentlichen Gespötte ausgesetzt. Da wird, um die herrschaftliche Justiz zu verhöhnen, von einem Delinquenten erzählt, der den Augenblick, da sich der hohe Gerichtshof unter Beiziehung des Gerichtsdieners zur Urteilsfällung in ein Nebenzimmer zurückzog, dazu benützte, um Reißaus zu nehmen. Wie aufreizend mußte es doch auf die Stände wirken, wenn das Volksblatt, um diesen Fällen von „Pflichtvergessenheit" der Herrschaften, welche die Verpflegskosten ersparen wollten, ein Ende zu machen, den Vorschlag machte, die

ganze Patrimonialjustiz zu verstaatlichen — denselben Vorschlag, den sie selbst bereits der Regierung unterbreitet hatten, ohne daß er eine Erledigung gefunden hätte. Was konnten sich die Stände — nach diesem perfiden Vorgang — von der Wirksamkeit des neuen Departements in der Hofkanzlei erwarten? Kann man sich etwas Wahnwitzigeres denken — in einer Zeit, da die Machthaber das Walten des demokratischen, revolutionären Geistes bekämpfen, legen sie selbst Hand an die Erschütterung des konservativen Prinzipes!

Der Bund des Wiener Kabinettes mit der Demokratie offenbarte sich auf eine geradezu groteske Art, als im Jahre 1846 in Galizien die schon von uns erwähnte Erhebung zur Begründung des großpolnischen Reiches losbrach. Der Aufstand wurde nicht durch die Regierung, die keinerlei militärische Maßregeln getroffen hatte, sondern durch die kaisertreuen, meistenteils ruthenischen Bauern niedergeschlagen. Ob die Regierung selbst, wie sofort ernsthaft behauptet wurde, die Landleute zur Selbsthilfe aufrief, mag dahingestellt sein; aber der Vorwurf beispielloser Sorglosigkeit kann ihr nicht erspart bleiben. Noch am 19. Februar 1846, an welchem Tage das große Massaker mit dem darauffolgenden Zug vor das Kreisamt stattfand, hatte der Statthalter Erzherzog Ferdinand dem Staatskanzler die beruhigende Zusicherung gegeben: „Es wird nichts geschehen!" Sicher ist aber, daß man in Wien das Eintreten der Bauern nicht ungern sah — Erzherzog Ludwig, der Leiter der Staatskonferenz, sprach von einem „Glück" und der Statthalter Erzherzog Ferdinand äußerte die Erwartung, daß nach diesen „erfreulichen" Ergebnissen die revolutionäre Erhebung als vereitelt anzusehen sei.[107] Das peinliche Aufsehen, das die kannibalische Hinschlachtung der polnischen Adeligen in der ganzen Welt hervorrief und die vielen Gerüchte von der Mitschuld der kaiserlichen Behörden, war dem Ansehen der österreichischen Regierung jedenfalls nicht förderlich. Daß jetzt Fürst Metternich, um diesen unangenehmen Eindruck zu verwischen, sich entschlossen haben soll, die Akademie der Wissenschaften — Grillparzer feierte bekanntlich die galizischen Bauern als deren Be-

gründer — ins Leben zu rufen, dies stimmt wohl nicht ganz. Gewiß aber wird sich der Staatsmann, als das „glückliche" Ereignis geschehen war, der schwerwiegenden Folgen bald bewußt geworden sein. Die galizische Revolte bildete ein Vorspiel für die erschütternden Geschehnisse der nächsten zwei Jahre — die gerühmte Ruhe, schon lange getrübt, wollte jetzt im alten Kaiserstaate schon gar nicht mehr wiederkehren.

In dem erbitterten, selbstmörderischen Ringen zwischen der Staatskonferenz und den konservativen Ständen erhob sich siegreich als tertius gaudens der demokratische Gedanke — auch in Ungarn.

In diesem Sorgenland der Wiener Regierung hatte die Schwäche der obersten Gewalt eine geradezu verhängnisvolle Entwicklung herbeigeführt. Staatsrat Kübeck, der mit Wehmut sah, wie sich in dem „reichbegabten, mit allen Elementen geistigen und materiellen Wohlseins ausgestatteten" Lande König und Nation entfremdeten und Ungarn der „Anarchie" entgegen getrieben wurde, hat uns in seinen Tagebüchern feine Bemerkungen über die unselige Politik der Staatskonferenz überliefert. „Die Regierung," meinte er einmal, „hat weder einen fest bestimmten Zweck noch weniger einen Plan über die Mittel, ihn zu erreichen. Sie bedeckt das Land mit Ausspähern, die ihr überliefern, was A. spricht und B. äußert und C. schreibt, ohne andere Folge, als daß sie sich nun auch vor A. und B. und C. fürchtet und in ihrem inneren Schriftenwechsel über dieselben klagt." Die Folge ihrer Schwäche, Unfähigkeit und auf „listige Umgehung" berechneten Politik sei die, daß sie in Ungarn „verachtet und verhaßt" sei.[108]

Verachtet und verhaßt — das war das richtige Wort. Die Wiener Regierung versuchte es nach dem Tode des Kaisers Franz zuerst mit einer Politik der Gewalt. Eine Anzahl von Hochverratsprozessen gegen einige volksbeliebte Führer der nationalen Bewegung wie den siebenbürgischen Edelmann Wesselenyi bildeten die Marksteine dieser ersten Etappe des „kraftvollen" Auftretens. Zu den damals mit Kerkerhaft Bedachten gehörte auch der Mann, der später eine so große Rolle zu spielen berufen war — Ludwig

Kossuth. Doch es dauerte nicht lange, so zog die Staatskonferenz, durch das entschlossene Auftreten des Preßburger Reichstages eingeschüchtert, es vor, die Dinge, wie Kübeck spöttelnd bemerkte, „wieder gehen zu lassen". Sie tat aber auch zu ihrem Unglück so gut wie gar nichts, um durch eine großzügige Reformtätigkeit das Land, das in seinem Rechtsleben und in seiner Volkswirtschaft noch sehr patriarchalische, mittelalterliche Formen aufwies, zu heben und der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir erinnern uns, wie schon Kaiser Franz von einsichtsvolleren Männern, wie Erzherzog Karl, dringendst, doch vergeblich, gemahnt wurde, im wohlverstandenen Interesse der Gesamtmonarchie dem in jeder Hinsicht so stiefmütterlich behandelten, arg vernachlässigten Lande eine größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Diese rein negative Politik wurde zunächst auch von seinem Nachfolger fortgesetzt. Als die Regierung die Vorschläge des Reichstages zur Errichtung eines Polytechnikums in Pest und von Gewerbeschulen verwarf, hielt auch ein so maßvoller Mann wie Franz Deák mit seiner Erbitterung nicht zurück. „Die österreichische Regierung," rief er im offenen Landtag aus, „fürchtet Ungarns Entwicklung und trachtet sie in ihrem Fortschritt zu unterdrücken. Eine unglaubliche Politik! Eine trügerische und armselige Berechnung!... Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Politik der Regierung die Kraft der nationalen Opposition besser stärken werde als alle wissenschaftlichen Institute."[109]

Die Seele dieser unglücklichen Politik war wieder Fürst Metternich, der sich hier in der Tat als ein großer „Dilettant" erwies.[110] Niemand wußte jetzt in schön gedrechselten, bilderreichen Sätzen schonungsloser das Verderbliche des vom verstorbenen Kaiser befolgten „negativen" Systems zu brandmarken und gute Lehren zu geben, als der Staatskanzler, der auch damals in den ungarischen Fragen, wie wir wissen, das große Wort zu sprechen hatte. „Jedes Land muß regiert werden, um nicht in Unordnung zu fallen" — dies war der Leitgedanke seiner elegischen Betrachtungen über die Vergangenheit und Zukunft Ungarns. Durch Kaiser

Franz sei dieses ein „stillestehendes" Land geworden. Allein man müsse — „vorgehen", und beim Vorgehen handle es sich wieder darum, den richtigen „Ausgangspunkt" zu nehmen. „Alles muß," bemerkte er bald nach dem Thronwechsel, „einen Anfang haben; diesen recht zu stellen, ist allenthalben die erste Aufgabe, die Folge spinnt sich sodann von selbst." Neun Jahre später finden wir denselben Gedanken in etwas veränderter Form: „Zu jeder Sache ist ein Ausgangspunkt nötig; wenn dieser fehlerhaft gewählt wird, erreichen die Folgen desselben nie das Ziel."

Der so bedeutsame Ausgangspunkt muß indes nicht entdeckt worden sein, denn er findet mit jedem Jahre reichlicheren Stoff zur Feststellung der betrüblichen Tatsache, daß die Dinge schlecht stehen. „Anarchie im Lande, Anarchie im Regierungsgebiete," klagt er im Jahre 1843, um dann wieder zu finden: „Ungarn ist weder regiert noch administriert." „Der Geist der Zeit," so fügt er ahnungsvoll hinzu, „hat die Dinge in Bewegung gesetzt und sie stehen wie ein schlecht eingepacktes Porzellan-Service, welches auf einer steinigen Straße von ungeschickten Fuhrleuten geführt wird und in Scherben ankommen muß."[111]

Daß er selber zu diesen „ungeschickten Fuhrleuten" gezählt werden konnte, daran dachte er wohl nicht — aber andere, wie sein guter Kollege Graf Kolowrat, der sich in bitteren Randglossen über die ungarische Politik des in erster Linie verantwortlichen Staatskanzlers erging. Fürst Metternich gab ihm dazu freilich in ausgiebiger Weise Anlaß, vor allem deshalb, weil der Staatskanzler bei jeder Gelegenheit betonte, man dürfe keine Konzessionen machen, die, wie er nachdrücklich betonte, unfehlbar zur Revolution führen müßten — und dann doch schließlich nachgegeben wurde. „Man muß Ungarn regieren, höre ich sagen," bemerkte Graf Kolowrat spitz, „Gott gebe es, daß es bald geschieht." Die Regierung trachte, durch Konzessionen und nachgiebiges Ausweichen die Landtage zu beendigen, damit sie dann drei Jahre ruhen könne. Nach Ablauf dieser Frist betrete sie aufs neue und unter stets schlechteren Verhältnissen den gefährlichen Weg. „Die kleinste Provinz müßte, auf diese Art geleitet, in Unordnung geraten."[112]

Die Kritik war treffend. Nachdem die Methode der Gewalt, der gerichtlichen Verfolgung, beiseite gesetzt worden war, hatte man den Weg der Konzessionen betreten — nach der Peitsche das Zuckerbrot. Ein solcher Akt der Nachgiebigkeit war das Sprachengesetz vom 23. Jänner 1844, dem zufolge das Magyarische statt des Lateinischen zur Amts- und Unterrichtssprache erhoben wurde. Der „tolle magyarische Sprachenfanatismus", über den Kolowrat sich so erboste, hatte einen glänzenden Sieg errungen. Die Magyaren frohlockten, die Kroaten fluchten — aber der Dank bei jenen war nicht groß, weil sie genau wußten, daß das neue Gesetz eine abgedrungene Konzession war und die Regierung heimlich die Kroaten unterstützte.

Schon hatte sich in der Person Ludwig Kossuths der Mann gefunden, der mit seiner hinreißenden Rednergabe das Mißtrauen gegen die Absichten der Wiener Regierung, schon lange rege, zu schüren wußte. Niemand geringerer als Graf Stephan Széchenyi, der „größte Ungar", hatte in dem neu aufsteigenden Gestirn den bösen „Dämon der Nation" erkannt, der sie von dem Wege der Reform auf die Bahn der Revolution treiben werde. Der Graf hatte daher dem Staatskanzler im Jahre 1842 geraten, Kossuth entweder „auszunutzen oder aufzuhängen". Die Gelegenheit, den ersteren Weg einzuschlagen, bot sich, als der geldbedürftige Mann um ein Zeitungsprivileg ansuchte und zu diesem Zwecke sogar nach Wien reiste, um beim Staatskanzler persönlich vorzusprechen. Daß der Fürst die Hand, die sich ihm entgegenstreckte, zurückwies, gehört zu den vielen schweren Fehlern seiner ungarischen Politik. Kossuth, der Märtyrer der österreichischen Gewaltpolitik, kehrte als ein noch leidenschaftlicherer Gegner in seine Heimat zurück. Jetzt erst sollte der Staatskanzler erkennen, daß dieser radikale Feuergeist ein unvergleichlich gefährlicherer Feind war als Graf Széchenyi, den er als Ausbund des „schwierenden Geistes", als Revolutionär bekämpft hatte.

Zu spät war es jetzt, daß der Staatskanzler den Weg der Reform beschritt und zugleich, um den Konservativen Mut zu machen und Ungarn, das sich, wie er sagte, bereits in der „Vorhölle der Revolution" befand, „moralisch" zu retten,

eine Politik der „festen Hand" in die Bahn leitete. Man glaubte in Ungarn nicht mehr an den Ernst und hielt alles nur für eitel Popularitätshascherei. Der „Schutzverein", den Ludwig Kossuth im Jahre 1844 zur Hebung der vaterländischen Industrie begründete, zeigte dem Staatskanzler, daß die Nation kein Heil mehr von Wien sich erwartete und auch nicht mehr — wollte. Und dieses Mißtrauen gegen das Wiener Kabinett war leider nicht so ganz unberechtigt. Als Ludwig Wirkner eigens nach Wien reiste, um mit Metternich die Mittel und Wege zur inneren Gesundung Ungarns zu besprechen, winkte ihm der Bankier Georg Sina ab. „Es ist fraglich," äußerte er sich offen, „ob Österreich dadurch, daß Ungarn ein Kulturstaat werde, etwas gewinnt. Jedes Handvoll Getreide, jedes Stück Vieh, ja jedes Produkt Ungarns zahlt an der österreichischen Grenze einen hohen Zoll, andererseits kauft Ungarn jedes, auch das schlechteste Industrieerzeugnis von Österreich und macht es steuerfähig, und was noch an Geld in Ungarn übrig bleibt, bringen die ungarischen Kavaliere hieher und verzehren es in Wien. Geben S' also Ruhe ..."[113] Vielleicht war dies nur die persönliche Auffassung Sinas, aber die Gefühle der Bankiers wogen, wie wir wissen, in dem stets anleihebedürftigen Staat Österreich sehr viel.

Alle Versuche der Wiener Machthaber, eine Mittelpartei zu schaffen, schlugen fehl. Der im Landtag von 1844 unternommene Schritt, durch „Administratoren" — Kossuth nannte sie höhnisch die „Mandarinen" — die Komitatsverfassung zu ändern und den Regierungsanhang zu stärken, führte zu einer Einigung nahezu sämtlicher Parteien. Das Schreckgespenst des Absolutismus ging drohend um und man kann wieder nur sagen, daß der böse Argwohn gegen Wien nicht unbegründet war. Das schroff ablehnende Verhalten der österreichischen Regierung gegen die Bestrebungen der Stände in den deutschen Erbländern war nebst den Vorstößen des ultramontanen Geistes keineswegs geeignet, Vertrauen in ihre Absichten zu erwecken. Schon regt sich da und dort das ausdrückliche Verlangen, daß auch den anderen Ländern freiheitliche Institutionen gewährt werden müßten. In der Zirkularsitzung vom 30. Jänner 1844

trat der Abgeordnete Bezerédy für die Idee eines großen, alle Länder des Kaiserstaates umfassenden, auf der Grundlage der nationalen Gleichberechtigung aufgebauten Staatenbundes „nach Art der nordamerikanischen Staaten" ein.

Umgekehrt richteten die Führer der ständischen Bewegungspartei in den deutschen Provinzen ihre erwartungsvollen Blicke auf das Land der Stephanskrone, mit dem sie sich in einer Art Schicksalsgemeinschaft verbunden fühlten. Grund genug wieder für das Wiener Kabinett, der von Jahr zu Jahr mächtiger anschwellenden Freiheitsbewegung mit erhöhter Sorge zu begegnen. Auf Antrag Metternichs wurde in den ersten Jännertagen des Jahres 1845 zu Wien ein eigenes Informationskomitee geschaffen, das eine schärfere polizeiliche Überwachung der „geheimen Triebräder" der Bewegung zur Aufgabe hatte. „Der Ernst der Lage," so heißt es in dem kaiserlichen Handschreiben an den Grafen Sedlnitzky, „bedingt für die Zukunft eine mehr als gewöhnliche Aufsicht der vorgehenden oder im Keimen befindlichen staatsgefährlichen Umtriebe."

So endete also auch hier die große Reformaktion in eine Verschärfung der Polizeimaßregeln und — naturgemäß — in eine wachsende Verbitterung der Opposition. Im Oktober 1847 wurde der gefährlichste Mann in Ungarn, der heftigste Gegner der Wiener Politik, Ludwig Kossuth, zum Deputierten der Stadt Pest in den Reichstag gewählt — und das zu einer Zeit, da der alte Palatin Erzherzog Joseph, der erprobte Vermittler zwischen den Absichten der Wiener Regierung und der ständischen Opposition, nicht mehr am Leben weilte. Sein ehrgeiziger, stark nach Popularität strebender Sohn Stephan Viktor erschien nicht dazu geeignet, den herankommenden Sturm zu beschwören. Düster, noch düsterer sahen die Wiener Machthaber in die mit schweren Gewitterwolken verhängte Zukunft. Es war in der Tat ihre „große historische Schuld", daß sie es unterließen, die Bestrebungen der erleuchteteren Vorgänger auf dem Habsburgerthron, Ungarn in einen Rechts- und Kulturstaat umzuwandeln, weiter zu verfolgen, daß sie vielmehr „untätig und in fatalistischer Achtung vor den bestehenden Standesprivilegien das Land sich selbst überließen."[114] Sie

hätten es so leicht gehabt, wie Kübeck einmal bemerkte, durch volkstümliche Reformen, wie Erleichterung der bäuerlichen Lasten, die niederen Klassen für sich zu gewinnen und die Adelsoligarchie niederzuhalten. So machte die Bauernbefreiung — nicht zuletzt durch das schwere Verschulden der Regierung — nur sehr langsame Fortschritte und die Folge der wenig befriedigenden Lösung des Urbarialproblems war wieder, daß die galizische Bauernrevolte, die man überdies als die Frucht panslawistischer Umtriebe ansah, auch den darob erschreckten konservativen Großgrundbesitz in das Lager der Opposition trieb.

Schon bald nach dem Tode des Kaisers Franz hatte ein ungarischer Rat als das klar umrissene Ziel der Opposition gekennzeichnet: die Losreißung Ungarns von Österreich und Bildung einer Republik.[115] Nach den vielen Fehlern und Versäumnissen des Wiener Kabinettes und nachdem aus ihrem Kampf mit der adeligen Reformpartei als der „lachende Dritte" Ludwig Kossuth die Führung übernommen hatte, war man jener Gefahr entschieden näher gerückt. Wie recht hatte doch unser Sealsfield, der im Jahre 1828 vor der „unverbrauchten Kraft" der Magyaren warnte!

Das entschlossene Vorgehen der ungarischen Stände wirkte, wie dies Andrian richtig vorausgesehen, wieder auf die anderen Nationalitäten ansteckend, in erster Linie auf die Tschechen. Auch ihr Volksbewußtsein hatte mit dem Fortgang der ständischen Adelsbewegung, die sich bewußt auf die nationale Strömung stützte, eine namhafte Stärkung erfahren. Der große Gedanke des Allslawentums machte vielfach einem anderen Ideal Platz, dem Ziele, innerhalb des alten Kaiserstaates eine selbständige, weiters dann die führende Stellung einzunehmen. Das Wort des angesehenen Journalisten Karl Havliček: „Ich bin kein Slawe, sondern ein Tscheche,"[116] ist für diese eigentümliche Auffassung bezeichnend.

Die verschiedensten Pläne für eine Neugestaltung Österreichs wurden laut. Bescheiden noch nimmt es sich aus, wenn Graf Matthias Thun in einer 1845 veröffentlichten Schrift den Gedanken eines „deutschen Böhmen" oder gar einer österreichischen Universalnationalität als eine Chimäre

bekämpfte. Der habsburgische Staat sei ein Völkerbund. Der Italiener, der Ungar, der Slawe werde niemals ein Deutscher werden, aber auch der Tiroler oder Steiermärker werde nie seine Provinz verleugnen. Nur in dem Selbstbewußtsein dieser verschiedenen Nationalitäten kann der Kaiserstaat seine feste Stütze finden, nur in dem Verbande mit der großen Donaumonarchie kann Böhmen seine nationale Geltung bewahren. Von diesem Gedanken der Gleichberechtigung ausgehend, hatte drei Jahre vorher ein anderer, Graf Leo Thun, in einem offenen Brief an den magyarischen Schriftsteller Franz von Pulszky, der als einer der Wortführer der Kossuthschen Magyarisierungspolitik galt, das Verwerfliche einer solchen nationalen Unduldsamkeit gebrandmarkt. Die von den Magyaren gerne ausgespielte Gefahr des Panslawismus stellt er ausdrücklich in Abrede. Rechtzeitige Zugeständnisse an die Westslawen seien die beste Schutzwehr gegen das vordringende Russentum.

Allein andere Projekte für den Neubau zeigen schon deutlich das Bestreben der Tschechen, die von ihnen als ungerecht und brutal bekämpfte Nationalitätenpolitik der Magyaren den Deutschen gegenüber nachzuahmen. Da taucht der Gedanke auf, das alte Wenzelsreich mit einer eigenen Hofkanzlei wieder erstehen zu lassen, und zu diesem selbständigen Königreich Böhmen sollten neben Mähren und Schlesien auch die Slowaken des nördlichen Ungarn gehören. Darüber hinaus träumt man aber auch schon von einem großen Slawenreich auf österreichischem Boden unter — tschechischer Führung. „Böhmen, an der Spitze der Polen, Mährer, Slowaken, Illyrier, Dalmatiner, Kroaten stehend," heißt es verlockend in dem Buche „Böhmens Zukunft und Österreichs Politik", bildet mit ihnen das glänzende Siebengestirn des österreichischen Slawentums, die Oriflamme, welche dem Süd- und Westslawen zum Fortschritt wie zum Siege leuchtet." Von Österreich habe das Slawentum alles zu hoffen, von Rußland alles zu fürchten.

So waren auch hier die Geister in Gärung geraten und man begreift es, daß dem Staatskanzler dieser „Tschechismus" wie jede Bewegung einiges Unbehagen bereitete. Be-

zeichnenderweise hielt er ihn mehr wegen seiner Berührung mit dem deutschen Liberalismus für gefährlich, bedenklicher jedenfalls als den „Illyrismus", den er, wie wir wissen, mit Absicht unterstützte.[117] Anderer Ansicht über das Tschechentum war Graf Kolowrat, der seinen Amtsgenossen warnte, allzu ängstlich zu erscheinen, wo keine Gefahr sei. „Man hege bloß," setzte er ironisch hinzu, „nicht übel Lust, auch ein wenig zu imponieren," weil sich ja die Regierung die Unziemlichkeiten der Ungarn gefallen lasse.[118]

Allein Metternich glaubte die „sozialen Krankheiten" der Zeit besser zu verstehen als Kolowrat, der, wie er sich geringschätzig ausdrückte, weder tief denke noch in die Ferne sehe. „Der Tschechismus," dozierte der Staatskanzler, „ist eine Neigung, welche dann, wenn die Dinge im gewöhnlichen Schlendrian gehen, nur zu kleinen Aberrationen führt, aber in der Epoche allgemeiner Aufregung wie der Bohnensalat auf die Menschen wirkt, wenn die Cholera herrscht. Graf Kolowrat nimmt sich für den Prototypen eines Böhmen und hierin sieht er wie ein Kurzsichtiger."[119]

Der andere Staats- und Konferenzminister hielt wieder den Staatskanzler für den kurzsichtigeren. Allein, ob nun Kolowrat oder Metternich weiter sah, der Graf war in diesem Punkte entschieden der mächtigere. Als Minister des Inneren hatte er auch die Polizei in der Hand und diese bewies den nationalen Bestrebungen der Tschechen gegenüber eine ganz merkwürdige Kurzsichtigkeit. Karl Havliček konnte zum Ergötzen der Leser seines tschechischen Blattes die längste Zeit hindurch unter der Rubrik „Irische Repealbewegung" für die staatsrechtlich-nationalen Wünsche der Tschechen arbeiten; denn alle wußten, daß dieses unglückliche Irland, über das er so ausführlich schrieb, Böhmen bedeutete und die Angriffe auf die rückschrittliche Londoner Regierung dem Wiener Kabinette galten.

Kann in diesem Fall die Kurzsichtigkeit der Zensur als bewußte Nachsichtigkeit gedeutet werden, so war es in einem anderen vielbemerkten Fall, der die dem Slawismus entsprechende Gegenbewegung betraf, doch wohl mehr Fahrlässigkeit. Im Dezember des Jahres 1844 ging Bauernfelds Schauspiel „Ein deutscher Krieger" über die Bretter

des Burgtheaters. Es war ein ausgesprochenes Tendenzstück, eine Verherrlichung der deutschen Sache, des großdeutschen Gedankens, und der demonstrative Beifall, mit dem einige besonders verfängliche Stellen vom Publikum aufgenommen wurden, lieferte den sinnfälligen Beweis, daß sie verstanden wurden. Es gehörte allerdings auch nicht viel Scharfsinn dazu, den Sinn der schönen Belehrung zu erfassen, die Oberst Götze der Frau von La Roche zuteil werden ließ, als er ihr die Sünden ihrer französischen Landsleute vorhielt, die mit ihrem Bestreben, Deutschland zu zerstückeln und zu schwächen, nur sich selber schadeten. „Doch Deutschland schwächen, heißt euch selber schwächen ... das Herz der Welt, Europa sinkt mit Deutschland." Die Französin erfährt da unter anderem, daß auch „das alte Wien, der Kaisersitz, die heit're Stadt des liederfrohen Österreichs", die lange das Bollwerk gegen die Barbaren des Ostens war, zu Deutschland gehöre. „Bei Gott, die Stadt ist deutsch, gehört zu uns, und unrecht täten wir, sie nicht zu schirmen, wenn sie ein Feind bedroht, jetzt wie in Zukunft!"

Oder sollte der „Prototyp eines Böhmen" in seinem Bestreben, Metternich Unannehmlichkeiten zu bereiten, so weit gegangen sein, auch den deutschnationalen Gedanken, der sich seit der Rheindrohung der Franzosen im Jahre 1840 überall mächtig entfaltete, zu unterstützen? In der Tat konnte es für den Staatskanzler nichts Unangenehmeres geben als diese ganze Richtung, die auf ein starkes, einiges Deutschland mit Einschluß der deutsch-slawischen Provinzen der Donaumonarchie abzielte. Für ihn war der deutsche Sinn in Österreich „eine Mythe" und der deutsche Einheitsstaat eine „Utopie". Er sah sein großes Werk, die Akte des Wiener Kongresses, bedroht, aber auch sein ganzes politisches System, das er seit Jahrzehnten unterhalten hatte.

Seitdem Baron Andrian in seiner verpönten Broschüre das zukunftsreiche Problem „Mitteleuropa" angeschnitten hatte, wurde das Thema vom Zollanschluß Österreichs an Deutschland, von dem hohen „Ostberufe" der Donaumonarchie und der Notwendigkeit einer Durchdringung des Orients mit deutscher Kultur in allen Tonarten erörtert. Von

einem deutschen Offizier wird der Gedanke ausgesprochen, daß „das mächtigste Volk der Erde", statt seine Leute in die Wildnisse Amerikas zu schicken, seinen Weg über die Donaumündungen nach — Bagdad und weiter nehmen müsse. Sollte sich Rußland diesem Vordringen entgegenstellen, so müsse es mit vereinter Kraft bekämpft werden. Schwer habe die Donaumonarchie dadurch gesündigt, daß sie sich im Orient von seinem Rivalen das Heft habe entwinden lassen[120] — es war das alte Lied von dem „Verbrechen" Metternichs, das schon Gentz angestimmt hatte und das nun, angesichts des täglich präpotenter auftretenden Allslawentums, in noch weit kräftigeren Tönen erscholl.

Das enge Bündnis mit dem Zarenreich, ein Eckpfeiler des ganzen Systems, aufzugeben, dazu konnte sich der Staatskanzler niemals entschließen. Auch ihm, dem gebürtigen Rheinländer, erschien der Slawismus als die geringere Gefahr. Einträchtig arbeitete er mit seinem Rivalen an der Förderung der südslawischen Bewegung. Der Magyare und der Deutsche, die beide das fortschrittliche, konstitutionelle Element verkörperten, erschienen dem Wiener Kabinette als die wahren Feinde des Kaiserstaates. Zu ihnen gesellte sich noch ein Dritter: der Italiener.

Nirgends hatte die freiheitlich-nationale Bewegung der Magyaren einen so lebhaften Widerhall gefunden, wie in dem österreichischen Italien. In den Straßen von Mailand und Venedig erschollen neben dem üblichen „Morte ai Tedeschi", die begeisterten Rufe „Evvivan gli Ungaresi". Auch im lombardo-venezianischen Königreich hatte sich in den vierziger Jahren die Stimmung zusehends verschlechtert. Fürst Metternich mußte jetzt sehen, wie unklug und verderblich es war, Märtyrer des nationalen Gedankens zu schaffen. Die Leiden der Spielbergszeit, die Silvio Pellico in seinem vielgelesenen Buche „Le mie prigioni" erzählte, taten Österreich, wie man sagte, mehr Schaden als eine verlorene Schlacht.[121] Giobertis Schrift „Vom sittlichen und bürgerlichen Primat der Italiener", die 1843 erschien und eine neue bedeutungsvolle Phase des Risorgimento ankündigte, ist Silvio Pellico gewidmet. Die Totenfeier für

Federigo Confalonieri, der am 10. Dezember 1846 sein schicksalsreiches Leben beschloß, gestaltete sich zu einer offenen Kundgebung der Mailänder gegen die österreichische Regierung.

Der Drang nach nationaler Einheit und konstitutionellen Einrichtungen, der sich in Italien ebenso wie in Deutschland von Jahr zu Jahr mächtiger entfaltete, war doch nicht, wie Metternich behauptete, eine bloße „tönende Phrase". Noch im August 1847 wollte er glauben machen, daß Italien nur ein „geographischer Begriff" sei. Nichts spricht deutlicher für die unwiderstehliche Kraft der ganzen Bewegung, als daß sich ihr selbst der Träger der päpstlichen Tiara nicht entziehen konnte. Pius IX., der ein Jahr vorher den Stuhl Petri bestiegen hatte, gab dem Kirchenstaat eine Verfassung und stellte sich, dem Rufe Giobertis folgend, an die Spitze der Einheitsbestrebungen. Ein „liberaler" Papst — man begreift Metternichs Ingrimm über eine solche Ungeheuerlichkeit. Allein er änderte nichts an der Tatsache, daß die Begeisterung für Pio nono die ganze Halbinsel erfaßte und der Siegeszug des freiheitlich-nationalen Gedankens, das „revolutionäre Gift", auch nach dem österreichischen Italien sich fortpflanzte.

Es wäre höchst ungerecht, das viele Gute, das die österreichische Herrschaft brachte, zu verkennen. Die Verwaltung war geordnet, jedenfalls geordneter als die in anderen Staaten Italiens, die Wohlfahrtspflege auf der Höhe der Zeit; das Schulwesen, das bereits auf die allgemeine Schulpflicht aufgebaut war, konnte sogar als das fortgeschrittenste gelten.[122] Aber das Pedantische der Verwaltung, die „Langsamkeit" des Geschäftsganges war es, was den von Haus aus beweglicheren Italiener noch mehr als den eigentlichen Österreicher aufreizte, und dann nicht zuletzt der polizeiliche Druck, den selbst ein so konservativer Geschichtsschreiber wie Alexander Helfert als „unerträglich" bezeichnete.[123] Alles in allem stellte die österreichische Herrschaft, wie ein scharfer Beobachter treffend sich ausdrückte, eine „Mischung von guter Administration und politischer Tyrannei" dar — ja Tyrannei, als solche wurde die österreichische Herrschaft empfunden.[124]

Wir erinnern uns an die Mahnungen, die nach der Besitznahme des neuen Königreiches durch die Österreicher dem Wiener Kabinette zugingen. Metternich selber hatte in eindringlicher Weise seinem Monarchen vorgestellt, daß dieser „so interessante" Teil des Kaiserstaates ganz eigens, nicht wie eine österreichische Provinz behandelt werden dürfe. Aber Kaiser Franz legte gerade auf eine solche Gleichförmigkeit der Beherrschung Wert.[125] Die Zentralkongregationen, welche das Patent vom 20. April 1815 geschaffen hatte, waren ein wahrer Hohn auf eine parlamentarische Vertretung, sie waren und wurden immer mehr bloße Regierungsausschüsse. Man spottete:[126]

Statt einer Nationalrepräsentation
Geben wir eine Zentralkongregation
Und damit sie nicht tue schlecht noch gut,
Wählen wir selbst und zahlen sie gut.

Sie beschäftige sich mit Hospitalen,
In den anderen Affairen, den vitalen,
Sei jeder frei und independent,
Indem er folgt dem Präsident.

Als nun — seit der Mitte der vierziger Jahre — die Gärung unter den Ständen der erbländischen Provinzen stärker anschwoll, als in Agram und in Prag der Wunsch nach nationaler Selbstverwaltung, nach eigenen Hofkanzleien laut wurde, kam auch in die hochkonservative Körperschaft der Zentralkongregationen Leben und Bewegung. Am 9. Dezember 1847 stellte in der lombardischen Zentralkongregation der Delegierte Nazzari den Antrag, es möge eine Kommission gewählt werden, welche die Quellen der Unzufriedenheit prüfen und Mittel zur Abhilfe der Beschwerden vorschlagen sollte. Bald geschah das gleiche in Venedig von seiten der Delegierten Manin und Tommaseo. Schon war es nämlich zu größeren österreichisch-feindlichen Demonstrationen gekommen. Man begnügte sich nicht mehr damit, „alle Mauern vollzuschreiben". Im September gab es in Mailand einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht, der, wie die Regierung selbst zugeben mußte, durch das „schroffe und

schonungslose" Vorgehen der Polizei hervorgerufen worden war.[127]

Das Wiener Kabinett beantwortete die Kundgebung in den beiden Zentralkongregationen damit, daß sie Nazzari, später auch Manin und Tommaseo, verhaften und gefangen setzen ließ und die Truppen verstärkte. Was weiter in der sich immer drohender zuspitzenden Krise zu geschehen habe, darüber hatten sich die für die Sicherheit des Landes zunächst berufenen Organe zu äußern, und da ist es nun interessant, zu vernehmen, daß der General-Polizeidirektor von Venedig, Hofrat Call, der Regierung den guten Rat gab, statt Gewalt anzuwenden, den Weg einer zeitgemäßen Reform zu beschreiten.[128]

Mit der bloßen Vermehrung der Truppen, erklärte der Polizeigewaltige offen, sei es nicht abgetan. Es könne nicht in Österreichs Interesse liegen, diese Provinzen wie ein militärisch besetztes, feindliches Land zu regieren; denn ein solcher Besitz würde offenbar zu kostspielig, zu unsicher und zu vielen Wechselfällen ausgesetzt sein. Es sei daher „die höchste Zeit, ja ein unerläßliches Bedürfnis, daß die Regierung die Stoffe zu den lautesten Klagen beseitige, daß sie mehr denn bisher Sorge trage, den Anforderungen der Zeit, den billigen Wünschen und Bedürfnissen jener Provinzen zu entsprechen, daß sie in zweckmäßigen Verbesserungen nicht zurückbleibe und dadurch faktische Beweise ablege, wie es ihr unablässig um die Wohlfahrt des Landes zu tun sei". Damit wolle er keineswegs Konzessionen an den modernen Liberalismus das Wort reden, wohl aber eine Reinigung der an und für sich guten Verwaltung „von den Schlacken des Geschäftsschlendrians" befürworten.

Hofrat Call zählte darauf die wichtigsten Beschwerden des Landes auf, und der Leser des Gutachtens gewinnt den Eindruck, daß der hohe Polizeifunktionär für seine Person deren Berechtigung anerkannte und die von der öffentlichen Meinung angeregten Mittel zu ihrer Abstellung befürwortete. Auf seiner langen Wunschliste finden wir unter anderem die Beseitigung der früher erwähnten „Langsamkeit" der Verwaltung, eine größere Öffentlichkeit der Regierungsmaßnahmen, freiere Gemeindeverwaltung, Hebung der

intellektuellen Bildung und die Zurückführung des Instituts der Provinzial- und Zentralkongregationen auf das ursprüngliche Feld ihrer Tätigkeit.

Allein die Stimme der Vernunft und der Billigkeit, die sich da aus der Mitte der Polizeibehörden regte, fand in Wien kein Gehör. In der Staatskonferenz drang Fürst Metternich mit seiner Meinung durch, daß man keine Konzessionen, die ihm, wie wir wissen, die Revolution bedeuteten, machen dürfe. Zu einer Reform könne nur in ruhigen Zeiten geschritten werden, so urteilte er, und mit dieser Anschauung vertrat er den Geist des verstorbenen Kaisers, der nach dem Ausbruch der Pariser Julirevolution hartnäckig erklärte: „Jetzt ist keine Zeit zu Reformen." Ganz wie Kaiser Franz will der Staatskanzler ein „schreckenerregendes Exempel statuieren". Er beantragt die Anwendung des Standrechtes, um, wie er sich ausdrückte, die so notwendige „Schreck verbreitende Gewalt" üben zu können. Dem Vizekönig, Erzherzog Rainer, wird seine allzu große Milde bemängelt, und nur mit Rücksicht auf das peinliche Aufsehen von seiner verdienten Maßregelung abgesehen.[129]

Die Anwendung der Gewalt, vor der Hofrat Call gewarnt hatte, erwies sich in der Tat als das schlechteste Mittel, den Sturm zu beschwören. Die Italiener griffen nun auch ihrerseits zu Gewaltmitteln. Sie boykottierten den österreichischen Tabak, der nebenbei, wie es sich nach den amtlichen Erhebungen selbst herausstellt, just damals „in der allerschlechtesten und ungenießbarsten Qualität erzeugt wurde,[130] und rissen schließlich den Soldaten die Zigarren aus dem Munde, worauf es in Mailand am 3. Jänner 1848 zu einem regelrechten Straßenkampf kam.

In dieser kritischen Situation meldete sich in der Staatskonferenz selbst eine warnende Stimme, die unbarmherzig, schonungslos die Sünden der Wiener Regierung aufdeckte. Es war Graf Hartig, dessen Wort um so bedeutsamer ins Gewicht fallen mußte, als er längere Zeit an der Spitze der mailändischen Regierung gestanden hatte. Der Minister fühlte sich verpflichtet, seine, wie er sagt, „seit Jahren feststehende Überzeugung" auszusprechen, daß „in der Art, wie das lombardo-venezianische Königreich seit dreiunddreißig

Jahren regiert werde, ein „gerechter Grund zur Mißstimmung selbst der ruhigen Nationalen“ liege. „Seit dreiunddreißig Jahren,“ platzte er los, „hat kein Italiener auch nur den geringsten Anteil an der Zentralverwaltung seines Vaterlandes nehmen können, nicht eine einzige illüstre italienische Familie ist an das allerhöchste Hoflager gezogen worden. Die Angelegenheiten des lombardo-venezianischen Königreiches werden bei den Hofstellen von Referenten behandelt, welche nicht einmal die Sprache verstehen, in welcher die Akten, worüber sie stimmen, verfaßt sind; so wurde erst vor wenigen Wochen das Referat in Militärangelegenheiten einem zum Hofrat bei der vereinigten Hofkanzlei beförderten... böhmischen Kreishauptmann übertragen, welcher, wie er mir nach dem Antritt des Amtes selbst sagte, die italienische Sprache nicht kennt. Ja selbst der sogenannte lombardo-venezianische Landesreferent hat in Italien nur als — Polizeidirektor zu Venedig, niemals aber in der politischen Verwaltung gedient. Wenn es sich um Verleihung von Ämtern höherer Gattung im lombardo-venezianischen Königreiche handelt, streben die Hofstellen Deutsche den Landeseingeborenen vorzuziehen, wobei oft arge Mißgriffe geschehen, was um so nachteiliger wirkt, wenn sie sich im Lehrfache ereignen, weil dann die Mißachtung, welche der Lehrer bei der impressionablen Jugend erweckt, sich den Gemütern unauslöschlich tief einprägt...“

Die in das lombardo-venezianische Königreich gesendeten Deutschen,“ heißt es in der Anklage weiter, „sind größtenteils solche, welche zu einer Beförderung in den deutschen Provinzen wenig Aussicht haben oder eine Anstellung in Italien nur als Relais zu schnellerem Emporkommen betrachten und, kaum im Lande angelangt, ihre Ungeduld an den Tag legen, es wieder zu verlassen. Die wenigsten vermeiden die beiden Klippen in ihrem Benehmen, entweder aus Hang zur Popularität eine Sympathie für Freiheitsideen zu äußern oder Geringschätzung gegen die von Deutschen beherrschte Nation zu zeigen. Insolange diese Mißstände nicht behoben werden, kann man weder erwarten, noch mit Billigkeit fordern, daß die Bewohner des lombardo-venezianischen Königreiches Vertrauen in die

Zentralverwaltung setzen. Dieser Mangel an Vertrauen bestand schon zur Zeit, als ich Gouverneur in der Lombardei war. Allein er wurde nicht laut, konnte sonach von Eurer Majestät ignoriert werden." Gegenwärtig aber wird er, so schloß Graf Hartig seine vernichtende Kritik, „unumwunden, in amtlicher Form" — mittlerweile hatte die Mailänder Zentralkongregation den Wunsch nach Errichtung einer italienischen Hofstelle oder eines Staatsrates an der Seite des Vizekönigs unterbreitet — zur Kenntnis des Monarchen gebracht, weshalb es ratsam sei, zur Beschwichtigung der Gemüter eine Anzahl von Deputierten nach Wien zu berufen, um mit ihnen die wünschenswerten Änderungen zu beraten.[131]

Allein Hartigs Mahnruf verhallte im Winde. Wohl anerkannte der Staatskanzler, daß der Mangel jeder Vertretung des lombardo-venezianischen Königreiches in der Wiener Zentralregierung „unvermeidlich eine gänzliche Entfremdung der Gemüter" herbeigeführt habe, aber nichtsdestoweniger war er für unbedingte Abweisung der Petition. Nicht einmal den Empfang von Delegierten wollte er zugestehen, weil dann, wie er meinte, die anderen ständischen Korporationen zu gleichen Ansinnen ermutigt würden. „Man vergesse nicht," erklärte er feierlich, „daß dieselben indirekt die Interessen der lombardo-venezianischen und direkt Klagen gegen die Regierungsweise betreffen".[132] Nein, an dem franziszeischen System durfte nicht gerüttelt werden — so blieb denn kein anderer Ausweg übrig als der der Selbsthilfe.

War Metternich schon von je her ein ausgesprochener Doktrinär, so hatte das Greisenalter seine Halsstarrigkeit noch verstärkt. In wahnwitziger Verblendung hielt er auch in der äußeren Politik an den Grundlinien des alten Systems fest. Allein die Kräfte versagten, das konservative Prinzip erlitt eine Niederlage nach der anderen. Er selber hatte ihm einen tödlichen Stoß versetzt, als er 1846 auf Rußlands Drängen den durch den Wiener Kongreß geschaffenen Freistaat Krakau Österreich einverleibte. Damit hatte der Staatskanzler die Verträge von 1815 gebrochen und den Mächten des Umsturzes die wirksamste Waffe in die Hand gegeben. Die öffentliche Meinung in Frankreich und Eng-

land sprach sich in der schärfsten Weise gegen diesen „Vertragsbruch" aus. Der Außenminister an der Themse gab im Unterhause die Erklärung ab, daß der Wiener Vertrag nur als ein Ganzes aufgefaßt werden dürfe. „Mögen die drei Regierungen Österreich, Rußland und Preußen," fügte er drohend hinzu, „daran sich erinnern, daß, wenn er an der Weichsel nicht gilt, er auch am Rhein und Po für ungültig erklärt werden kann."[133] Metternich mußte es erleben, daß der Wiener Jurist Professor Hye gelegentlich einer Disputation an der Universität die Annexion Krakaus mißbilligte. Hye erhielt wohl eine kräftige Rüge,[134] aber damit war der unangenehme Eindruck eines Gewaltaktes nicht aus der Welt geschafft.

Zur selben Zeit, da der Staatskanzler in Krakau souverän über die Verträge von 1815 sich hinwegsetzte, ließ er sich in den Schweizer Sonderbundkrieg ein, um sie aufrecht zu erhalten.[135] Da unterstützte er die konservativen Kantone, die sich einer Bundesreform entgegenstellten, um der „Werkstätte der Anarchie und des Umsturzes" den Garaus zu machen und der Partei der Jesuiten zum Siege zu verhelfen. Der Staatskanzler, der den nun sich entspinnenden Krieg als „unseren" Kampf bezeichnete, verlangte in der Staatskonferenz, nachdem er den Sonderbündlern „streng geheim" eine Summe von hunderttausend Gulden als Darlehen hatte anweisen lassen, einen größeren Rüstungskredit, um aktiv in denselben eintreten zu können. Allein im Schoße des Regentschaftskollegiums selbst stieß er auf Widerstand. Nicht nur der jesuitenfeindliche Graf Kolowrat, sondern auch Kübeck als der dazu berufene Hüter des Staatssäckels bekämpften mit Rücksicht auf die „bedenkliche Finanzlage" die Vorlage.

Fürst Metternich, der sein ganzes Werk bedroht sah, holte zu einer letzten Kraftanstrengung aus, er spielte seine alte Trumpfkarte aus: die Drohung mit dem Sieg der Revolution und dem Zerfall des Reiches. „Die Revolution," belehrte er die Mitglieder der Staatskonferenz, „wird in der Schweiz siegen oder gelähmt werden. In ersterem Falle werden von uns weit größere Anstrengungen benötigt werden; im anderen Fall wird die von mir in Antrag gestellte Summe

binnen kurzer Zeit unnütz werden... Verbreitet sich die siegende Revolution, so mögen wir auch sparen wie wir wollen und die Kurse unserer Effekten werden mit den anderen Staatspapieren sinken! Opfer geringer Art, welche der Abwendung des Übels zu Hilfe kommen, sind sonach zugleich ökonomische Opfer... Wir haben nur die Wahl unter zwei Wegen: Wir müssen politisch ausspannen oder uns politisch betragen! Das erstere wäre gleichviel mit dem Aufgeben des Standpunktes, welcher Österreich als einer Hauptmacht gebührt. Die unausbleibliche Folge des Entschlusses würde das Zerfallen des Reiches in Teile sein. Kann der Kaiser dies wollen und das Reich selbst es wünschen?"[136]

Umsonst — der Staatskanzler drang nicht durch. Er mußte die katholischen Kantone, die immer dringender Unterstützung verlangten und die, wie Graf Hartig frei heraussagte, zu ihrem Kampf von Wien aus „ermuntert" worden waren,[137] auf ihr „gutes Recht" verweisen. Die dreitausend Stück alter Steinschloßgewehre, die Österreich auf die wiederholten Hilferufe endlich als materielle Hilfe lieferte, nützten den Sonderbündlern nichts, weil die österreichischen Schußwaffen ein bedeutend größeres Kaliber besaßen und die Patronen, die Radetzky von Italien aus schickte, an der Grenze von der Regierung des Tessiner Kantons beschlagnahmt wurden. Wie ein blutiger Hohn klang es, wenn die Sonderbündler den „mächtigen" Kaiserstaat um Intervention bei den Tessinern baten, die dann glücklich unterblieb. Das „Gottesgericht" im November 1847 entschied gegen die konservativen Kantone und Österreich erfuhr als Großmacht einen tödlichen Schlag, der sofort auf die Bewegung in Italien unangenehm zurückwirkte.

Niemand glaubte mehr den Kraftposen des Staatskanzlers. Das Gespenst der Auflösung der habsburgischen Monarchie ging um. „Unsere Feinde," schrieb Andrian in dem 1847 veröffentlichten zweiten Teile seiner Broschüre „Österreich und dessen Zukunft", „jubeln über die beginnende Auflösung der Monarchie und prophezeien den nahen Fall." Metternich selber fühlte sich stärker denn je in der traurigen Rolle des „Jeremias", der den Untergang des Reiches vor Augen sah.

„Wir halten hier fest," erklärte er trotzig, „so lange wir können, aber ich verzweifle an dem Ausgange."[138]

Aber andere sahen den Zusammenbruch Österreichs noch keineswegs als unabwendbares Fatum an und suchten noch nach Rettungsmitteln. Von allen Seiten wird die österreichische Regierung bestürmt, ihr unheilvolles System der starren Unbeweglichkeit und der Gewalt aufzugeben. Namentlich in England bestrebte man sich, der Staatskanzlei über das Gefährliche ihrer Politik die Augen zu öffnen.[139] Die geistige und moralische Bewegung, welche die Welt durchzieht, erklärte der Prinzgemahl Albert dem österreichischen Botschafter Moritz Dietrichstein, bekundet einen zu ausgesprochenen Charakter, als daß Österreich allein noch die Kraft besäße, ihr Trotz zu bieten.

Der Außenminister Lord Palmerston suchte in wiederholten Aussprachen den Botschafter über die wahre Aufgabe einer konservativen Staatskunst zu belehren. „Fürst Metternich," äußerte er sich am 10. März 1848, „dünkt sich als Bewahrer des Bestehenden, indem er halsstarrig am politischen status quo in Europa festhält. Wir dagegen bekennen uns als Konservative, indem wir überall dort zu Zugeständnissen, Reformen und Verbesserungen raten, wo die öffentliche Meinung sie fordert und als notwendig bezeichnet, die Sie aber — er meinte die Staatskanzlei — überall verweigern. Herrscht Ruhe und Ordnung bei Ihnen, so erklären Sie Konzessionen für unnütz; Sie verweigern solche auch in Momenten von Aufruhr und Empörung, um die Macht nicht schwächen zu lassen und nicht den Anschein zu haben, vor Aufwiegelung zurückzuschrecken... Nein, der Konservativismus besteht nicht in Unbeweglichkeit. Wenn der König von Preußen Ihrem Rate gefolgt wäre, säße er heute nicht mehr auf dem Throne. Ihre, jeden Widerstand beschränkende, unterdrückende Politik ist verhängnisvoll und führt so sicher zu einer Explosion wie bei einem hermetisch verschlossenen Kessel, dem ein Sicherheitsventil fehlt."

Lord Palmerston kam auch auf das Verfassungsproblem zu sprechen. Den Einwurf des Botschafters, daß die modernen konstitutionellen „Utopien" auf ein aus so vielen andersgearteten Elementen bunt zusammengesetztes Reich

nicht passen, ließ er nicht gelten. „Warum," so fragte er, „geben Sie den verschiedenen Provinzen der Monarchie nicht verschiedene, gesonderte Verfassungen? Ich gestehe Ihnen, ich erblicke das Heil der Völker wie der Throne nur im repräsentativen Regime; es verbürgt das Dasein der einen wie der anderen. Diese Aufgabe ist mühevoller, viel heikler für die verantwortlichen Räte der Krone, aber das öffentliche Wohl, die Ruhe und Ordnung haben keinen besseren Schutz als die Einführung einer Regierungsform, die notwendigerweise ihren Zug um die Welt machen muß. Ist es denn nicht richtiger, dem Unvermeidlichen entgegen zu gehen, es zu rechter Zeit und guten Willens zu gewähren, als es sich durch eine Revolution aufzwingen zu lassen?" Es waren wahrhaft goldene Worte, die aber in Wien keinen Eindruck machen konnten, denn Lord Palmerston galt in Metternichs Augen als ein „unwissender Tollhäusler".[140]

Nirgends erscholl der Ruf nach Änderung des Systems lauter als in dem von der Katastrophe bedrohten Österreich selbst. Alle Kreise und Schichten der Bevölkerung werden vom Gefühl der Sorge wie von einem Fieberschauer geschüttelt. „Wie wahr ist," schreibt am letzten Tage des Jahres 1847 der Palatin Erzherzog Stephan an Kolowrat, „was Eure Exzellenz sagen, daß wir im Kampf mit einem Prinzipe liegen, das wir schwerlich in ganz Europa niederhalten können, und daß wir am Ende Pompiers in die Staaten schicken und nicht die Feuersbrunst bemerken, die in unserem eigenen Nest glimmt."[141] Erzherzog Johann verließ in den ersten Tagen des Jahres 1848 seine steirische Heimat, um in Wien seine warnende Stimme zu erheben. Erfolg hatte er keinen; er verließ Wien mit dem „schmerzlichen" Eindruck, daß auch von seinem merklich gealterten Freund Kolowrat keine energischen Maßregeln zu erwarten seien.[142] Sein Bruder Karl konnte nicht mehr mahnen; denn er war kurz vorher verschieden. Noch zuletzt äußerte dieser einem Vertrauten gegenüber seine Überzeugung, daß „der Absolutismus sich überlebt habe".

Im Publikum sprach man beharrlich von einem großen Familienrat der Erzherzoge. Doch bald erfuhr man, daß ihre

Bemühungen an dem ehernen Widerstand des Regenten Ludwig gescheitert waren, der sich auf des verstorbenen Bruders letzten Willen berufen konnte. „Ludwig (mit Metternich)," schrieb der Dichter Bauernfeld gegen Ende Februar in sein Tagebuch, „soll am hartnäckigsten sein ... Sollte das polyglotte Österreich früher zerfallen als die Türkei, der man längst das Testament gemacht hat?" Überall wird in der schärfsten Weise die tatenlose, rückschrittliche Politik der Staatskonferenz verurteilt. Auf einer Soiree bei Schmerling, einem der angesehensten Führer der niederösterreichischen Ständebewegung, erklärte Hofrat Pederzani erregt: „Unsere Minister regierten ohne Auftrag und man könnte ihnen ohneweiters den Prozeß machen als — Hochverräter." Bauernfeld, der uns diese Episode in seinem Tagebuch überliefert hat, bemerkt dazu kurz, aber vielsagend: „Einverstanden."[143]

In erster Linie war es wieder Fürst Metternich, gegen den sich die allgemeine Erbitterung richtete. In den „Sibyllinischen Büchern aus Österreich," die im Jänner 1848 erschienen und reißenden Absatz fanden, wird sein System unbarmherzig zerpflückt, in einer Weise, wie es bisher noch nicht der Fall war. „Möge nie die Zeit kommen," heißt es da, „die rat- und tat-, darum trostlose Zeit, wo die herrliche Austria, die Hände ringend . . . rufen wird: Gib mir, Clemens, die verlorenen dreißig Jahre wieder." Die zugkräftigsten Gedanken, die vor Jahren Andrian entwickelt hat, kehren hier in verschärfter Form wieder. Er wirft den Machthabern vor, daß sie die auseinanderstrebenden Kräfte der Monarchie geflissentlich genährt und so die Böhmen zu Tschechen, die Ungarn zu Magyaren und die Italiener zu Römern gemacht hätten. Die Regierung wird beschworen, mit einer „geregelten politischen Erziehung" ernstlich zu beginnen, ehe es zu spät sei; denn die große Gefahr liege in der Unbildung des Volkes. „Und verfluchen wird das Erzhaus," schloß er den Gedanken, den auch Andrian ausgesprochen, „die selbstsüchtigen treulosen Ratgeber, die ihm sagten: Je dümmer das Volk, um so leichter wird es regiert, die um diesen Angelpunkt ihre sämtlichen Regierungsmaximen drehen. Denn dieses leicht zu täuschende Volk wird um so

mehr zur Hyäne verwildern, je dümmer es ist, und je mehr es sich betrogen sah, um so tiefer wird es die scharfen Krallen, den rächenden Zahn in das Fleisch seiner Unterdrücker einschlagen." Die „Sibyllinischen Bücher", die den Geniehauptmann Karl Möring, Erzieher im Hause des Vizekönigs Erzherzog Rainer, zum Verfasser hatten, waren — der Erzherzogin Sophie gewidmet.

Um dieselbe Zeit spricht Franz Schuselka in seiner Schrift mit dem nicht mehr neuen, aber vielsagenden Titel: „Österreich über alles, wenn es nur will!" unumwunden die Forderung aus, daß der Vertreter der unglücklichen „rein negativen und darum zerstörenden Politik" in den wohlverdienten Ruhestand versetzt werde, dann könne Österreich noch glücklich und mächtig werden, „die bloße Erklärung des Willens, dies zu vollbringen, wird wie ein allmächtiges Zauberwort wirken." Zu arg sei an dem „schönen, hochberufenen Kaiserstaat gesündigt worden. Das allgemeine Verdammungsurteil und der erbitterte Haß der Völker gegen Österreich kränke die Vaterlandsliebe und das Ehrgefühl jedes treuen Österreichers. Mit Schmerz und Zorn empfinde es der gebildete und denkende Teil, daß er von dem geistigen Leben Deutschlands ausgeschlossen sei. Nur Rußland, Österreichs gefährlichster Feind, stehe dem Kaiserstaat als „Freund" zur Seite. Der Kriegszustand gegen Galizien und Italien müsse sogleich aufhören. Ein Königreich Polen möge erstehen, das ein Akt der Gerechtigkeit und zugleich ein Sieg ohne Schwertstreich gegen Rußland wäre. „In Italien aber trete das königliche konstitutionelle Österreich an die Spitze der Bewegung, und der Todesruf gegen die Deutschen wird verstummen, die zwei herrlichsten Töchter Europas, Germania und Italia, werden sich liebend in die Arme sinken." Österreich sei — das ist der Kern der von warmer Vaterlandsliebe durchglühten Broschüre — in Europas Interesse notwendig und dürfe nicht zerfallen.

Franz Schuselka hatte mit seiner Klage, daß Österreich der in aller Welt bestgehaßte Staat sei, nicht übertrieben, und in der Staatskanzlei konnte diese gewiß nicht erfreuliche Tatsache nicht unbekannt sein. Als Metternich ein halbes Menschenalter früher, über die böse Stimmung im

Süden Deutschlands beunruhigt, einen Polizeibeamten nach Bayern schickte, um ihren „Quellen" nachzugehen, hatte dieser wackere Mann pflichtschuldigst gemeldet, daß es nicht ratsam sei, sich dort als „Österreicher" zu bekennen, weil er sonst Gefahr laufe, behelligt zu werden; denn man werfe den Österreichern vor, daß sie noch immer in der Finsternis lebten und mit sich tun ließen, wie es der Regierung gefiele. Im Norden Deutschlands war die Stimmung nicht besser. Der zum engeren Kreise des Staatskanzlers gehörige Diplomat Baron Hübner meldete im April 1846 dem Fürsten: Überall werde Österreich ganz laut und offen geschmäht, so daß man sich in die Zeit des Siebenjährigen Krieges zurückversetzt fühle.[144]

In einem anderen Punkte aber hatte Schuselka doch etwas zu viel gesagt, wenn er von der einzigen „Freundschaft" Rußlands sprach. Nichts zeigt deutlicher die Zerfahrenheit der äußeren Politik, die der Staatskanzler in dieser kritischen Zeit betrieb, als daß er auch diesen, seinen einzigen, großen Freund vor den Kopf gestoßen hatte. Prinzessin Olga, die Tochter des Zaren Nikolaus, hätte mit Erzherzog Stephan vermählt werden sollen, aber diese Verbindung scheiterte, weil die Beziehungen des russischen Kaisers zu — Rom sich getrübt hatten. Der Zar weilte anfangs 1846 auf seiner Rückreise von Italien am Kaiserhofe, um noch einen Versuch zu machen, die Widerstände zu beseitigen; doch er fand verschlossene Herzen. Tief verstimmt über die Haltung des kaiserlichen Kabinettes, die „päpstlicher ist als der Papst", schied er von Wien und entwarf seiner Gemahlin gegenüber ein wenig günstiges Bild von der Zukunft Österreichs: Metternich der Schatten dessen, was er war; Kolowrat ebenfalls alt; Erzherzog Ludwig unentschlossener denn je; der Thronerbe Franz Karl blasiert und unzufrieden, das sei die Regierung. Den Kaiser, den er in einem früheren Schreiben als „blöde" bezeichnet hatte, erwähnt er gar nicht. Ungarn, so fährt er fort, murre, Galizien werde, dank Posen, bald in Flammen stehen, Böhmen wolle nur noch Böhmen sein, was könne die Zukunft bringen? ... Alles sei der Gegenwart müde, besorgt um die Zukunft ...[145] Die „Verläßlichkeit der äußeren Politik, von der

Kübeck vor Jahren rühmend gesprochen hatte, bestand nicht mehr ganz zu Recht.

Daß der Staatskanzler nicht mehr auf der Höhe der Situation war, dies wird uns auch von anderer Seite bestätigt. Ende Februar 1848 schreibt der sächsische Diplomat Graf Vitzthum von Eckstädt: „Wenn Metternich das ‚après nous le déluge' zur Staatsmaxime genommen, so rächt sich die Geschichte furchtbar an ihm, indem sie ihn die Sintflut noch erleben läßt. Wenn man ihn so sieht, den schwachen, stocktauben, fast zu einem Schatten zusammengeschrumpften Mann in längst verbrauchte Phrasen und Redensarten eingepuppt, ein kindgewordener Greis, so begreift man, daß dieser Kopf nicht mehr stark genug ist, den jetzigen Stürmen zu trotzen."[146]

Zu den „längst verbrauchten" Phrasen des Staatskanzlers gehörte auch die, daß die große Masse des Volkes glücklich und den Schlagworten des „Zeitgeistes" unzugänglich sei. Dies war, wie wir wissen, schon seit längerer Zeit nicht mehr wahr, vollends aber nicht mehr seit dem Jahre 1846, das eine ausgesprochene Mißernte brachte.[147] Die Folgen derselben traten im nächsten Winter in erschreckender Weise zutage. Die Preise der Lebensmittel stiegen und wurden noch durch künstliche Machenschaften ins Maßlose hinaufgeschraubt. Spekulanten kauften den Bauern das Getreide vom Felde weg und hielten es dann zurück. Täglich nehmen, wie es in einem amtlichen Bericht vom Jänner 1848 heißt, „die Beschimpfungen der Verkäufer, Verwünschungen der Reichen, Verspottung der gesetzlichen Vorschriften" zu und die Behörden fürchten das „Ärgste", wenn nicht „entsprechende, dem System der Wohlfahrtspolizei mehr zusagende Maßregeln ergriffen würden, um so mehr, als allenthalben — kommunistische Ideen durchblicken".[148]

Schon Andrian hatte, als er im Jahre 1840 den ersten Teil seines verfehmten Buches niederschrieb, auf das große soziale Problem, das sich, vornehmlich im Westen Europas, bereits fühlbar machte, aufmerksam gemacht. „Wann hat es," schrieb er da, „größeres materielles Elend gegeben? Tausende von Menschen sind inmitten einer reichen, einer

stets wachsenden Zivilisation verwaist, einem namenlosen Elend preisgegeben. Durch wachsende Zahl der Proletarier bereitet sich rasch und drohend eine Umwälzung vor, von deren Folgen wir nicht einmal eine Ahnung haben."

Gerade seit dem Beginn der vierziger Jahre aber trat die von Andrian signalisierte soziale Gefahr im Habsburgerstaate durch das Vordringen des maschinellen Betriebes so recht erst in die Erscheinung. Der Handwerker wird im Konkurrenzkampf von der Großindustrie langsam erdrückt. Absatzstockungen und Produktionskrisen rufen bei dem neuen Stand der Lohnarbeiter entsetzliche Verhältnisse hervor. In dem industriereicheren Böhmen kam es in den Jahren 1844 und 1846 zu größeren Arbeitertumulten, wobei das Militär sogar von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Durch alle diese Vorgänge erschreckt, ließ die Regierung Erhebungen über die Quelle dieser beunruhigenden Erscheinung pflegen — allein über das Stadium der Einvernehmungen, vornehmlich wegen der Kinderarbeit, die bereits Kaiser Joseph II. angelegentlicher beschäftigt hatte, kam die Aktion der Regierung nicht hinaus.[140] War in England 1846 ein Arbeiterschutzgesetz erlassen worden, so beschränkte man sich in der Donaumonarchie darauf, die an die Straße gesetzten Arbeiter Notstandsarbeiten verrichten zu lassen und das „Gesindel", wie man sich väterlich ausdrückte, dessen „Gemeinheit" und „Gemütlosigkeit" peinlichst auffiel, unter schärfere Aufsicht der Polizei zu stellen, um schließlich auch diese geringe Fürsorgetätigkeit einzustellen, die Notstandsarbeiten der Gemeinde aufzutragen und die private Wohltätigkeit anzurufen.

Das Hungerjahr 1847 zeitigte, wie nicht anders zu erwarten war, gerade in diesen Kreisen wahre Orgien des Elends. Es kam in mehreren Bezirken Wiens zur Plünderung von Bäckerladen. Schaudergeschichten waren im Umlauf von Eltern, die ihre Kinder zum Kaufe feilboten. Die Regierung versagte vollständig; ein Ausfuhrverbot für Getreide erging erst, als keines mehr da war.

Durch die rasch um sich greifende Teuerung wurden aber auch jene Klassen in Mitleidenschaft gezogen, die, wie in

einem amtlichen Bericht gesagt wird, „auf ein fixes, mit den Lebensmittelpreisen in keinem Einklange stehendes Einkommen beschränkt sind“[150] — die öffentlichen Beamten, die an und für sich schon schlecht besoldet waren und in der Regel nur sehr geringe Aussichten auf Beförderung besaßen. So war der Vater Ludwig Anzengrubers, der bei der k. k. Gefällen- und Domänenverwaltung diente, als er 1844 starb, im Range der achtzehnte unter 62 Ingrossisten, mit einem Jahresgehalt von 500 Gulden und 120 Gulden Quartiergeld; trotz der besten Qualifikation: „Sehr fleißig und setzt Nebenstunden zu“, hatte er also den „Rechnungsoffizial“ nicht mehr erreicht.[151] Schon Andrian hatte, wie wir wissen, vor diesem „staatserhaltenden“ Element gewarnt und in der Tat bildete jetzt das geistige Proletariat der Staatsbeamten den Herd „bitterster Unzufriedenheit und regierungsfeindlicher Gesinnung“.[152]

Trostlose Verhältnisse herrschten auch unter der studierenden Jugend. Nicht wenige Studenten gab es, die wochenlang keine warme Speise genossen, deren einzige Nahrung aus Brot und Wasser bestand. Professor Füster kannte einen Studenten, der gar kein Quartier besaß. Vielfach noch ärger war die materielle Lage der jüdischen Studenten, denen viele bürgerliche Berufe einfach verschlossen waren — kein Wunder also, daß gerade sie dann den „Sauerteig der revolutionären Gärung“ darstellten. Zu allem kam noch als verbitterndes Moment die strenge Überwachung von Seite der Regierung.[153] Der Vorlesungsbesuch wie der Studienerfolg wurden von der Polizei sorgsam kontrolliert. Im Falle einer Erkrankung mußte sie sofort angezeigt und bei der Wiedergenesung ein gestempeltes ärztliches Zeugnis beigebracht werden. Der Besuch einer ausländischen Universität galt als „Unfug“ und deshalb begegnete jede noch so harmlose Ferialreise den größten Schwierigkeiten. Selbstverständlich waren auch alle „geheimen Konventikel“ verpönt und selbst rein fachwissenschaftliche Vereine mit Mißtrauen verfolgt. Im März 1843 erging an die Wiener Polizei-Oberdirektion eine Weisung, die ihr die verschärfte Überwachung aller hiesigen Studenten auftrug. Die Behandlung der Studenten als „Buben“

sollte sich in der Folge gerade so rächen wie die des „Gesindels" der Arbeiter.

Um die Wende des ominösen Jahres 1847 hatte der „Pauperismus", wie man den Notstand nannte, derart bedrohliche Formen angenommen, daß er durch die schönsten Phrasen nicht mehr weggeleugnet werden konnte und den Gegenstand der allgemeinen Sorge bildete. „Die Armut der unteren Klassen," berichtete Anfang Jänner 1848 der preußische Gesandte seiner Regierung, „nimmt durch das Stocken der Industrie, durch das allmähliche Aufhören der öffentlichen, nur von Privaten und dem Magistrate geförderten Arbeiten überhand. Der Staat wendet seine Blicke nur n a c h a u ß e n und beachtet den inneren, sehr bedenklichen Zustand wenig oder gar nicht."[154] In diesen zwei Sätzen ist das Verkehrte und Unhaltbare des ganzen Systems treffend gekennzeichnet. Wie begründet war doch der Spott Bauernfelds, der Blase-Metternich sagen ließ: „Für das Wichtigere, das Äußere, hätten wir gesorgt." Die väterliche Regierung überließ die Fürsorge für die Notleidenden Privaten, weil sie alles Geld für die Unterdrückung der Bewegungen, für Polizei und Militär benötigte.

Kein Zweifel — man hatte in der Staatskonferenz diese Bewegungen unterschätzt. Zu den „längst verbrauchten" Phrasen des Fürsten Metternich zählte auch seine Lieblingsthese des „Abwartens". „Seien wir ruhig," hatte er vor einem Jahrzehnt zu Kübeck sich geäußert, „Wir haben recht und die Zeit hilft jenen, die recht haben und schadet denen, die im Unrecht sind."[155] Sein „System", das ihm, wie wir wissen, die „Weltordnung" bedeutete, war unfehlbar richtig und mußte in der Folge seine segensreichen Früchte tragen. Niemand anderer als er aber konnte in den Stunden der Gefahr den Staat retten; denn ihn hatte, wie er fest überzeugt war, „das Schicksal in den Strudel gestellt, weil Gott ihm Auffassungsvermögen und ein ruhiges Gemüt verliehen" hatte.[156] Es war gut, dieses Festhalten an der obersten Leitung der Monarchie auf eine göttliche Fügung zu stützen, denn der Nimbus des verstorbenen Kaisers, auf dessen letzten Willen er sich stets berufen hatte, war verblaßt. Bei der Enthüllung des Franzens-Denkmals im Sommer 1846 zeigte

sich eine bedenkliche Stille und Gleichgültigkeit. „Diese Apathie des Volkes, unter der sich vielleicht der Haß versteckte," schrieb Hieronymus Lorm, „machte einen schauerlichen Eindruck."[157]

Aber dieses System brach langsam in sich zusammen — es hatte sich selbst ad absurdum geführt. Es ließ sich nur, wie Grillparzer treffend bemerkte, mit Polizeigewalt aufrechterhalten.[158] Allein die Polizei versagte an allen Ecken und Enden, nicht infolge der „Saumseligkeit" des Grafen Sedlnitzky, wie man oben klagte, sondern weil an die Überwachungstätigkeit des armen Polizeiministers, in dessen Händen alle Fäden der vielverzweigten Staatsverwaltung zusammenliefen, von Tag zu Tag größere Anforderungen gestellt wurden. Just am 13. März 1848 erging an Sedlnitzky ein Handschreiben, das ihm auch die polizeiliche Überwachung der neu gegründeten Akademie der Wissenschaften übertrug — zu all den in unheimlicher Fülle sich drängenden Agenden, welche die freiheitliche und nationale Bewegung ihm aufhalste. Und als man nun glücklich so weit war, alle die „Ramifikationen", wie es einst hieß, klar und offen vor sich zu sehen; als man genau wußte, daß und wie zwischen Paris, Mailand, Pest und Krakau rege Verbindungen unterhalten wurden, stellte es sich heraus, daß man nicht viel damit anfangen konnte — weil man nicht über so viel Militär verfügte, um alle Welt, den Papst nicht ausgeschlossen, bekämpfen zu können.

Alle nur halbwegs entbehrlichen Truppen wurden nach Italien geschickt, von wo die nächste Gefahr drohte und wo auch der Hauptschlag gegen die „Revolution" geführt werden sollte. Aber nun trat in verhängnisvoller Weise die innere Schwäche des Kaiserstaates, dargestellt in dem arg zerrütteten Finanzwesen, zutage — wiederholt war im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte auf diese wunde Stelle von Erzherzog Karl, von Kolowrat und anderen mit besorgter Miene der Finger gelegt worden. Das Jahr 1847 stellte an die Hofkammer beständig steigende Ansprüche. Kübeck, der Finanzminister, ringt verzweifelt die Hände. Man scheint, so klagt er im Mai, „den sogenannten Staatsschatz wie einen Nibelungenhort, unerschöpflich, sich vor-

zustellen".[159] Aber das Ärgste stand ihm erst bevor, als die Staatskonferenz zu Ausgang des Jahres beschloß, die Armee im lombardo-venezianischen Königreich zu verstärken — ihre Erhaltung kostete Österreich monatlich drei Millionen Gulden.

Die Truppensendungen nach dem Süden der Monarchie riefen wieder in der Bevölkerung die lebhaftesten Besorgnisse wegen der zu erwartenden Rückwirkungen auf die innere Lage hervor. Das böse Wort vom Staatsbankerott taucht auf. Schon beginnt der Sturm auf die Sparkassen — ein drohendes Zeichen des mangelnden Vertrauens in den Staat und seine Führung.

Und während alles verfügbare Militär nach Italien gesandt wurde, brechen im Herzen des Kaiserstaates selbst Unruhen aus. Die Bauern, schon seit langem in Gärung, verweigern ihren Grundobrigkeiten da und dort die Leistung ihrer Dienste. Im Jänner 1848 kommt es in der Herrschaft Rottenmann zu einer förmlichen Revolte, zu deren Unterdrückung aus Graz zwei Kompagnien und Kavallerie requiriert werden mußten.[160] Von allen Seiten ballen sich die Wolken zu dem Unwetter zusammen, das nun, so lange schon angekündigt, in unmittelbar drohende Nähe gerückt erschien. In diesem Jänner schrieb unser Grillparzer sorgenvoll:

> Das Unheil aber naht, so muß ich meinen,
> Der Einsturz folgt, wenn erst kein Widerstand;
> Die Tollheit hör' ich lachen, ich muß weinen,
> Denn, ach, es gilt mein eig'nes Vaterland.

3. DIE ACHTUNDVIERZIGER REVOLUTION. ERBTEILUNG DER VÖLKER

Der Verfasser der Schrift „Österreich und dessen Zukunft" hatte Frankreich als die „Äolushöhle Europas" bezeichnet, von welcher der Anstoß zur Umwälzung kommen werde — es kam wirklich so. Während das Wiener Kabinett seine Polizeimaßregeln verschärfte, stürzte in dem Ursprungslande der Revolution das System des Absolutismus zu-

sammen. Der „24. Februar", der Titel eines Schicksalsdramas des Romantikers Zacharias Werner, bekam nach Jahrzehnten seine ominöse Bedeutung. Die Pariser Februar-Revolution, die das Bürgerkönigtum der Orleans zu Fall brachte und an ihre Stelle eine Republik schuf, drang wieder, wie es 1789 und 1830 der Fall war, erschütternd und verheerend nach dem Osten Europas vor.

In Wien, wo das große Ereignis im Laufe des letzten Februartages bekannt wurde, trat sofort seine tiefgehende Wirkung in die Erscheinung. Auf der Börse brach eine Panik aus, der „Banknotenrummel" setzte ein, weil die Geschäftsleute die Annahme des Papiergeldes verweigerten, die Sparkassen wurden wieder gestürmt. Ein Fieberschauer erfaßte alle Stände und Kreise des schwerkranken Staates. Noch am selben Tage verkündete ein großes Plakat, das am neuen Kärntnertor prangte: „In einem Monat wird Fürst Metternich gestürzt sein — Es lebe das konstitutionelle Österreich!" Wieder setzten die Bemühungen der Erzherzoge ein, den Regenten Ludwig zu einer Änderung des Systems zu bewegen. Erzherzog Johann war, von einem Mitglied der niederösterreichischen Stände gerufen, neuerdings nach Wien geeilt und hatte am 4. März eine Aussprache mit seinem Bruder, die aber so wenig Erfolg hatte wie der „Fußfall", den die Erzherzogin Sophie vor Ludwig gemacht haben soll. Während Johann verstimmt in seine steirische Heimat zurückreiste, trat Sophie mit den Wortführern der Bewegungspartei in nähere Fühlung.

Am 6. März kam es im Niederösterreichischen Gewerbeverein zu einer politischen Kundgebung, die dadurch an Bedeutung gewann, daß der Gemahl der Erzherzogin Sophie, Franz Karl, die schon vorbereitete Adresse mit einigen auffallend warmen, huldvollen Worten entgegennahm und sie seinem kaiserlichen Bruder zu übergeben versprach. Bald folgen ihr andere Petitionen aus den Kreisen der Wiener Bürgerschaft und des juridisch-politischen Lesevereines. Sie enthielten im wesentlichen nur das, was Andrian vor Jahren bereits angeregt hatte: Unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushaltes; periodische Berufung einer alle Länder der Monarchie sowie alle Klassen

und Interessen vertretenden ständischen Körperschaft mit dem Rechte der Steuerbewilligung und der Kontrolle des Finanzhaushaltes, ferner der Teilnahme an der Gesetzgebung; Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes; Durchführung des Grundsatzes der Öffentlichkeit in der Rechtspflege und der gesamten Verwaltung; Verleihung einer zeitgemäßen Gemeinde-Verfassung, also alles in allem: höchst bescheidene, billige Wünsche, die bereits in Deutschland erfüllt waren.

Weniger harmlos war, was sich kurz vorher im ungarischen Landtag abgespielt hatte. Ungünstige Nachrichten über die Finanzlage der Monarchie, Besorgnisse über den Stand der Nationalbank boten den Ständen den Anlaß dazu, mit der neuen Wendung der Dinge sich zu befassen. In der Sitzung vom 3. März hielt Kossuth unter dem stürmischen Beifall des Hauses seine berühmt gewordene „Taufrede" der Revolution, in der er die Notwendigkeit eines selbständigen Finanzministeriums für Ungarn und einer parlamentarischen Regierung für die Gesamtmonarchie verlangte. Mit vernichtenden Worten geißelte er die Wiener Politik der Unbeweglichkeit. „Ja, geehrte Stände," erklärt er da, „der schwere Fluch eines erstickenden Nebels lastet auf uns, ein tödlicher Wind weht uns aus dem Beinhaus des Wiener Systems entgegen, unsere Nerven starr machend und lähmend den Flug unserer Seele."

Nur gegen dieses System, nicht gegen die Dynastie richtete sich Kossuths Anklage. „Die Männer der Vergangenheit," so setzte er mit einer deutlichen Verbeugung vor dem zukünftigen Thronfolger fort, „steigen heute, morgen ins Grab, allein des Erzherzogs Franz Joseph, des hoffnungsvollen Sproßen der Habsburger, der schon bei seinem ersten Auftreten die Liebe der Nation gewonnen, harrt das Erbe eines glänzenden Thrones, der seine Kraft aus der Freiheit schöpft und dessen alten Glanz der unglückselige Mechanismus der Wiener Politik schwerlich erhalten werde... Unsere Völker können Blut und Leben für ihre geliebte Dynastie lassen, doch für die Wiener Politik wird nicht einmal ein Sperling sterben wollen."

In der Staatskonferenz zeigte man sich nicht sonderlich beunruhigt. Sie begnügte sich, den Vortrag des Polizeiministers über die Motion des Preßburger Landtages dem Monarchen mit der Versicherung vorzulegen, daß man die Entwicklung der dortigen Ereignisse „unausgesetzt mit Aufmerksamkeit" verfolge und es sich empfehlen dürfte, alles „zur allerhöchsten Nachricht" zu nehmen. Da war es nun Kübeck, dem — wie bei der Beratung der italienischen Angelegenheit dem Grafen Hartig — die Geduld riß. Er wisse nicht, bemerkte er gereizt, wie die demagogische Bewegung aufzuhalten sei, aber etwas müsse geschehen, denn mit der Formel „Dient zur Nachricht" werde sich der mehr und mehr anbrechende Sturm nicht beschwichtigen lassen.[161]

Was zu geschehen hatte? Metternich wußte es schon — nach wie vor nichts, was einer Konzession glich. Er war entschlossen, dem allgemeinen Ansturm Gewalt entgegenzusetzen. Da im Kaiserstaate selbst der Staatsschatz wie der Kredit erschöpft war, so verschaffte er sich insgeheim vom Zaren ein Darlehen von sechs Millionen Silberrubel.[162] Die amtliche „Wiener Zeitung" vom 10. März brachte eine sehr nachdrücklich gehaltene Erklärung, daß Österreich stark genug sich fühle, allen Bestrebungen zum Umsturz der rechtlichen Ordnung wirksam entgegenzutreten. Das hieß mit anderen Worten: „Es bleibt alles beim alten" und klang überdies wie eine Drohung.[163]

Die offizielle Kundgebung wirkte gleich einem Peitschenschlag. Man sah sich selbst, so bezeugt es Grillparzer, „gewissermaßen verspottet", und am selben Abend fiel von dem hochkonservativen Staatskanzleirat Jarcke, der von Metternich zum Lehrer Franz Josephs ausersehen worden war, das bittere Wort: „Wer zu solchen Zeiten keine Reformen haben will, der muß die Revolution haben wollen." Der geistvolle Advokat Dr. Ludwig Löhner erfaßte die Situation nur zu richtig, wenn er am gleichen Tage seiner Überzeugung Ausdruck gab, die Regierung werde sich niemals freiwillig zu einer Systemänderung herbeilassen.

Keine der Maßnahmen, welche die Staatskonferenz in den nächsten Tagen traf, deutete auf einen Umschwung in der

Gesinnung des Erzherzogs Ludwig und seiner festesten Stütze, des Staatskanzlers hin. Den Ungarn wurde in einem Reskript, das allerdings nicht mehr in Kraft treten sollte, mit der Auflösung ihres Landtages gedroht. Die Studenten der Wiener Universität hatten am 12. März durch die Professoren Hye und Endlicher dem Monarchen eine Petition überreichen lassen, und als Antwort darauf erfloß am nächsten Tag ein kaiserliches Handschreiben, das die Untersuchung der Urheber und Verbreiter der Eingabe sowie des Benehmens der Professoren anbefahl. Nach den Andeutungen, die der Minister Graf Hartig in seinem Vortrage machte, wäre der Paragraph des Strafgesetzes, der sich mit dem Tatbestand eines Tadels, einer Schmähung gegen die Obrigkeit befaßte und einen Strafsatz von einem bis drei Monaten vorsah, zur Anwendung gekommen. Und doch war ihre Adresse ungemein loyal abgefaßt. Sie begründeten ihre Bitte um Preß- und Redefreiheit, um Lern- und Lehrfreiheit damit, daß Freiheit es sei, die „das stärkste Band um Fürst und Volk schlinge". Sie erklärten ihre Bereitwilligkeit, „jeden Augenblick mit freudigem Gefühle dem Rufe des Kaisers zu folgen, das gemeinsame Vaterland zu schirmen gegen jeglichen Feind, mag er drohen von West oder Ost".[104] Aber freilich das Wort „Freiheit" hörte man nicht gern, und daß sie auch eine Volksvertretung beim Deutschen Bunde verlangte, machte ihre Petition nicht sympathischer.

Am 12. März — es war ein Sonntag — fanden in der Hofburg eifrige Konferenzen über die Frage statt, wie man sich den niederösterreichischen Ständen gegenüber verhalten sollte. Erzherzog Ludwig wollte, wie es hieß, kurzen Prozeß machen und den Belagerungszustand verhängen. Aber es siegte schließlich die Auffassung, mit den Ständen zu verhandeln, um Zeit zu gewinnen. Das Ergebnis war das verwässerte Handschreiben vom selben Tage, das den Oberstkanzler beauftragte, aus allen Provinzen ständische Deputierte nach Wien zu berufen, um sie mit einem vom Kaiser bestellten Komitee „zu dem Ende in Berührung zu bringen, damit sie mit demselben in Ansehung ihrer ständischen Verhältnisse in Rücksprache treten".

Wie es hieß, war es nur dadurch zustande gekommen, daß die Fürstin Metternich ihren Gemahl mit dem Landmarschall eingesperrt hatte. Es war indes nur ein Wechsel auf lange Sicht — von Reformen, von bestimmten Zugeständnissen war auch jetzt nicht die Rede.

Mit der größten Spannung sah man dem Zusammentritt der niederösterreichischen Landstände entgegen, die für den nächsten Tag einberufen worden waren. Die Wahl dieses Tages — es war der 13. März — war nicht besonders glücklich. Er war erstens der Geburtstag Kaiser Josephs II., der dank den Sünden des franziszeischen Systems zum Volksheros, zum Sinnbild der freiheitlichen Bestrebungen geworden war, und dann war er ein Montag, der erfahrungsgemäß gerne „blau" gemacht wurde. Aller menschlichen Voraussicht nach konnte es bei dieser Versammlung, in der über die verschiedenen Adressen beraten werden sollte, nicht anders als bewegt zugehen. Allgemein sprach man am Vortage davon, daß „es morgen losgehen" werde. Dieser Glaube war so tief verankert, daß sich einige Diplomaten zu einem gegenüber dem Landhause wohnenden Kollegen einluden, um auch einmal eine „Wiener Emeute" mitanzusehen.

Um so mehr fiel es auf, daß an diesem Tage so gut wie gar keine Sicherheitsvorkehrungen getroffen waren. Sollte die stets „aufsichtigte" Polizei das, was sich die Spatzen auf dem Dache erzählten, nicht gewußt haben? Allem Anscheine nach hat sie den Ernst der Situation vollkommen unterschätzt. Noch am 11. März versicherte Graf Sedlnitzky dem Staatskanzler, daß „nichts geschehen werde".[165] Aber nach der Stimmung, die am nächsten Tage herrschte, da bereits die Studenten, die „mutwillige" Jugend, in Bewegung geraten waren, hätte sie unbedingt mit der Möglichkeit einer Ruhestörung rechnen und alles vorbereiten müssen, um den Tumult, wie der beliebte Fachausdruck lautete, „im Keime zu ersticken". Von der gefürchteten Polizeiwache war weit und breit nichts zu sehen, nur vor der Stadt, auf den Glacis, war Militär zusammengezogen. Der Verdacht, wie er mehrfach in sehr bestimmter Form laut wurde, ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß Kolowrat seine Pflichten als

Minister des Innern und oberster Chef der Polizei nicht ganz unabsichtlich vernachlässigt habe, um den Staatskanzler zu Fall zu bringen.[166]

So kam es denn, daß schon am frühen Morgen das Landhaus in der Herrengasse von einer großen Menschenmenge umlagert war; die Ständemitglieder, die sich zur Tagung begaben, mußten sich förmlich durchzwängen. Zum großen Teile waren es Neugierige, wie unser Franz Grillparzer, der, angelockt von dem schönen, warmen Vorfrühlingstag, sein nahes Amtslokal verließ, um zu sehen, was aus dem „projektierten Unsinn" werden würde. Aber es befanden sich auch Aktionslustige darunter, wie jener „Riesenmensch, mit einem an allen Seiten geflickten Rocke, der ihm sicher nicht angemessen und für ihn gemacht worden war", den Ernst Violand „mit geballten Fäusten, ganz schlagfertig, wie zum Kampfe herausfordernd", schwerbepackt mit Steinen, umhergehen sah.[167] Ungehindert konnte die Menge durch die unversperrten Tore in den Landhaushof strömen, wo es dann zu den bekannten Szenen kam. Kossuths leidenschaftliche Landtagsrede vom 3. März, die dort zur Verlesung gebracht wurde, ebenso wie die Ansprache des jungen Sekundararztes Dr. Fischhof, verfehlten nicht ihre Wirkung. Die Landstände wurden, nachdem ihnen in erster Linie durch die Schuld der Regierung eine ruhige Beratung unmöglich gemacht worden war, geradezu dazu gedrängt, die Wünsche des Volkes durch eine aus ihrer Mitte gewählte Abordnung in der Hofburg zu vertreten, also die ihnen von Hartig so verübelte Rolle der „Volkstribunen" zu spielen.

Nun beginnt der zweite Akt des Schicksalsdramas, das so viele groteske Züge einer Tragikomödie, eines Satirspieles aufweist. In der Hofburg tagte, als die Deputation der Stände mit dem Landmarschall an der Spitze erschien, schon seit Stunden die Staatskonferenz, ohne natürlich die längste Zeit zu einem Entschlusse darüber zu gelangen, was zu geschehen habe. Wie in einem Bienenhause kommen und gehen die Menschen. Den Deputierten der Landstände folgen solche des Bürgerkorps und der Universität. Von ihnen erfahren die Machthaber die Neuigkeiten der Straße, erhalten

sie Ratschläge und werden schließlich zu Entscheidungen gedrängt, die sich jetzt nicht mehr abwenden ließen.

Denn schon hatte sich die beliebte Methode des „Abwartens" in katastrophaler Weise gerächt: die „Gassenbüberei", die man, um mit Grillparzer zu reden, am Morgen mit Hilfe einiger handfester Polizeisoldaten leicht hätte unterdrücken können, war zu einer richtigen Revolution ausgewachsen. Noch um die Mittagsstunde wäre es möglich gewesen, die ganze Revolte mit zwei Bataillonen „wie einen Taschendieb" einzuführen. Aber gleich in den ersten Stunden des Nachmittags änderte sich die Situation. Der Staatskanzler hatte der Maßregel zum Siege verholfen, die noch vormittag abgelehnt worden war: es wurde Militär herangezogen, um das Landhaus zu säubern. In dem nun entstehenden Gedränge fielen die ersten Schüsse — es gab Tote und Verwundete. Auch kühlere Leute, wie der Norddeutsche Friedrich Hebbel, gerieten jetzt, nachdem einmal Blut geflossen war, in einen Zustand von „Berserkerwut". Mit dem Befehl zum Schießen war, wie Grillparzer betont, die Wendung vom Krawall zur Revolution entschieden.

Zu spät, erst gegen Abend vollzog sich das Ereignis, das die Katastrophe hätte abwenden können: die Abdankung des Staatskanzlers. Fürst Metternich galt nun einmal als der eigentliche Schädling, als „Österreichs Fluch". „Durchlaucht," so sagte ihm offen ein altes Mitglied des Bürgerkorps, „wir haben nichts gegen Ihre Person, aber alles gegen Ihr System: nur durch Ihre Abdankung retten Sie den Thron und die Monarchie." Allein die Stimme des Volkes, die stürmisch seinen Rücktritt verlangte, wäre wohl auch jetzt von Metternich überhört worden, hätte ihr nicht, wie erzählt wird und die Erzählung klingt sehr glaubwürdig, Erzherzog Johann, der bei den Verhandlungen in der Hofburg anwesend war, etwas unsanft Nachdruck verliehen.[168] Auch von den Erzherzogen im Stiche gelassen, erklärte er sich bereit, seinen Posten zu verlassen, und er tat dies entschieden mit Würde.

Die Freudenbotschaft verbreitete sich mit Windeseile in der Stadt. Wien illuminierte — in den festlichen Lichterglanz aber mischte sich bereits der Feuerschein, der unheimlich aus

den Vororten kam, wo die dunklen Elemente Fabriken und Mauthäuser gestürmt und angezündet hatten.

Die Geschehnisse eilten nun im Sturmschritt weiter — wir aber wollen einen Augenblick innehalten, um den Sturz des Staatsmannes, der nahezu vierzig Jahre die Geschicke der Monarchie geleitet hatte, seiner geschichtlichen Bedeutung nach zu würdigen. Nicht um Abschied zu nehmen von dem Träger des „unheilvollsten aller Regierungssysteme", sondern um schonend darauf vorzubereiten, daß dieses verhaßte System — und darin liegt eben das Unheilvolle — nur in die Versenkung der Geschichte tauchte, um baldigst seine Auferstehung zu begehen. Der greise Fürst hatte beim Scheiden aus der Staatskanzlei das richtige Gefühl, daß er nur vorübergehend ausgespielt habe und man seiner wieder bedürfen werde.

Aus dieser seiner festgegründeten Überzeugung schöpfte er die vielbewunderte Größe, die er bei und nach der Abdankung bekundete, man könnte sie in der Tat heroisch nennen, wenn sie nicht der Ausfluß eines Größenwahnes gewesen wäre, der ihm ebenso unbestreitbar eignete. Das Fürchterlichste, das einen Mann in einer solchen Lage treffen kann, der quälende Gedanke, den Zusammenbruch des Staates verschuldet zu haben, ist ihm allem Anschein nach vollkommen erspart geblieben. Nicht ihn konnte die Verantwortung treffen; denn er hatte ja nicht, wie er sich jetzt vernehmen ließ, die Regierung — eine solche gab es gar nicht — geführt, sondern „nur die Politik geleitet". „Hätte ich das Reich regiert," schrieb er selbstgefällig seiner Tochter Leontine, „so hätte sich der 13. März nicht ereignet oder wäre, wenn er sich ans Tageslicht gewagt, zermalmt worden." Lediglich die anderen Mitglieder der Staatskonferenz waren schuld, denn diese hatten, wie er meinte, „die Aufgabe des Konservierens mit Untätigkeit verwechselt", während bei ihm Konservieren so viel wie Handeln bedeutete.[169]

Vor dem Richterstuhl der Geschichte, an den er „erhobenen Hauptes" appellieren zu dürfen glaubte,[170] wird diese artige Darstellung nicht bestehen können. Wenn im Staate Österreich nicht nur etwas, sondern nahezu alles

faul war, so trifft den Staatskanzler das volle Maß der Verantwortung. Er war es vor allem, der in voller Kenntnis der Volksstimmung, allen Warnungen zum Trotz, bis zuletzt jedweder Änderung des verhaßten „Systems" sich widersetzte. Gewiß, dieses System stammt nicht von ihm, sondern bildete so recht ein Eigenprodukt des Kaisers Franz, aber Metternich war es, der es durch das uns bekannte Testament des sterbenden Monarchen sozusagen verewigte.

Allein auch von den vielen schweren Sünden der franziszeischen Regierung, deren einige, wie die Untätigkeit, das Nichtregieren, er selber später tadelnd hervorhob, ist Metternich nicht freizusprechen. Was er einmal in seiner großsprecherischen Weise über sein amtliches Verhältnis zu Franz sagte: „Der Kaiser tut immer das, was ich will, aber ich will auch immer nur das, was er tun sollte,"[171] das war — vielleicht ausnahmsweise — keine leere Phrase. An dem alles politische und geistige Leben lähmenden Polizeidruck, an der bis ins Sinnlose gehenden Bekämpfung der „Revolution" und der Vernachlässigung des Innern, hat der Staatskanzler sein redlich Teil gehabt. Auch an der so verhängnisvollen Bestimmung des geistesschwachen Ferdinand zum Nachfolger wird er mitgewirkt haben — eine andere Frage ist freilich, ob der Monarch das alles wirklich hätte tun „sollen"!

Sicherlich war Kaiser Franz persönlich der wohlwollendste Mensch, aber er fühlte sich, wie ein intimer Kenner dem Baron Löwenthal anvertraute, aus Gründen der Legitimität vor Gott verpflichtet, die Rolle des „grausamen Kerkermeisters" zu spielen[172] — in der Wirkung kam es auf das gleiche hinaus. Nicht etwa aus diabolischer Lust, das Andenken eines Monarchen zu verunehren, sondern mit einer tiefbegründeten Absicht haben wir in unserer früheren Darstellung bei diesem düsteren, oft sogar launig-grotesken Kapitel der Revolutionsfurcht und polizeilichen Verfolgung länger verweilt: es sollte der beispiellose Haß erklärt werden, der daraus entsproß und auf die heranwachsende Generation sich vererbte, ein Haß, der auch das viele Gute, welches das vormärzliche Regierungssystem in sich barg, verkennen ließ. Auch Metternich, der alle diese Mißgriffe des

Kaisers deckte, war als Privatmann der vornehmste, liebevollste Mensch, alles eher als ein Bösewicht, aber in seiner Eigenschaft als Staatsmann fiel ihm leider die traurige Berühmtheit zu, ein umgekehrter Mephisto zu sein, der stets das Gute wollte und das — Böse schuf.

Böse war einmal — um hier nur einige der für die Folgezeit katastrophalen Wirkungen hervorzuheben — die förmlich künstlich gezüchtete Teilnahmslosigkeit, die berühmte „Passivität" des Volkes dem öffentlichen Leben gegenüber. „Der Mensch soll lustig sein," so hatte Andrian gespottet, „sich betrinken, Zoten reißen, allenfalls eine Baumwollspinnerei anlegen und Adolf Bäuerles Theaterzeitung lesen, aber alles Interesse an seiner Gemeinde, an seiner Provinz, am Staate, an den wichtigsten Fragen der Zeit, so nahe sie auch seinen Säckel und seine ganze Existenz angehen mögen, das soll er hübsch bleiben lassen, um die regierenden Herren nicht zu inkommodieren."[173] Ähnlich bitter drückte sich der Dichter Bauernfeld aus: „Ins Wirtshaus gehen, nichts arbeiten, sich über alles lustig machen und in der Lotterie gewinnen, das war von heute an das Ideal der Volksmassen."[174] Diese systematisch großgezogene Gleichgültigkeit dem Staate gegenüber blieb dem „Phäakenvolk" der Österreicher als Erbstück erhalten; sie sollte alle späteren Systeme bis auf den heutigen Tag überdauern. Sie äußert sich schon in den großen Lücken der politischen Literatur über den österreichischen Staat, in der auffallend geringen Bewertung seiner Staatsmänner. Hätte Friedrich Gentz nicht das Glück gehabt, mit der Tänzerin Fanny Elßler in nahen Beziehungen gestanden zu sein, wie viele im Lande wüßten von seiner Existenz!

Eine nicht minder traurige und verhängnisvolle Folgeerscheinung des jahrzehntelang betriebenen Systems der polizeilichen Gängelung war der vollständige Mangel an politischer Schulung, der sich in einer erschreckenden Unreife des politischen Denkens und Handelns jener Kreise äußerte, die sich, entgegen der allgemeinen Indolenz, gedrängt fühlten, in das öffentliche Leben des Kaiserstaates aktiv einzugreifen. Sie verstanden es nicht besser und hatten noch obendrein ein tiefes Mißtrauen in die Absichten der

Regierung, des „bösen Feindes", den mit allen Mitteln zu bekämpfen die Gesinnungstüchtigkeit erforderte.

Gerade der nächste Abschnitt unserer Darstellung, die Achtundvierziger Bewegung, wird uns diese unheilvolle Rückwirkung des Polizeiregimes vor Augen rücken — zu tief saß die Erinnerung an die Politik der Gewalt und der Intrige. Wie treffend hatte sich doch Fürst Metternich selbst mit einer Spinne verglichen! „Ich fühle mich," schrieb er 1821, in der Blütezeit der Demagogenverfolgungen, „wie meine Freundinnen, die Spinnen, die ich liebe, weil ich sie so oft bewundert habe."[175] Der österreichische Untertane auch der späteren Zeit des Vormärzes, da die Polizei anerkanntermaßen milder geworden war, konnte niemals sicher sein, daß er nicht unvermutet, blitzschnell aus dem Hinterhalt gefaßt wurde. Jener Professor Hye, der sich eine Kritik der Einverleibung Krakaus erlaubte, kam in Disziplinaruntersuchung und erhielt vom Kaiser einen „eingreifenden Verweis".[176] Dieses unheimliche Gefühl, daß im Hintergrund die Spinne, in Gestalt der Gegenrevolution lauere, sollte auch die frohe Begeisterung über die Märzerrungenschaften vergiften.

Auf der anderen Seite waren — auch dies gilt leider für die ganze Folgezeit — die Regierungsorgane nichts weniger als geeignet, Vertrauen bei den urplötzlich mündig gewordenen Völkern und Untertanen zu erwecken. Das „System" mit dem oft gerügten Mangel an Selbständigkeit und Verantwortlichkeitsgefühl hatte sie daran gewöhnt, bloße Handlanger, automatische Vollstrecker des obersten Willens zu sein. In demselben Moment, da dieser versagte, versagten vollständig auch sie. Selber unfähig zu politischem Handeln, waren sie nach dem Zusammenbruch des Systems nicht geeignet, die entfesselten Geister zu meistern. Führerlos brauste die Bewegung dahin — kein Wunder dann, daß das vom Dichter gebrauchte Bild von dem Sklaven, der seine Ketten bricht und in blinder Wut alles zertrümmert, seine tragische Anwendung fand.

So barg das von Metternich sorgsam gehütete franziszeische System, das selbst ein Baron Hübner, Metternichs Vertrauensmann, als „verfehlt" bezeichnete, schon die zerstörenden Kräfte in sich, welche die goldene Ära der

Freiheit nach kurzem Bestand vernichteten. Die Übertreibungen der Revolution hatten aber wieder die bedeutsame Folge, daß die vorausgegangene Periode des Vormärzes in einem alles verklärenden Lichte erschien. Kaiser Franz mit seinen Paladinen, allen voran Fürst Metternich, kam wieder zu Ehren, seine Grundsätze galten wieder als die große Panazee, das unfehlbare Allheilmittel gegen das revolutionäre Gift. Selbst Kübeck, der vor der Märzkatastrophe den Staatskanzler bei jeder Gelegenheit als Schädling kritisierte und verspottete, sollte in ihm den von Gott gesandten Führer erblicken.

Es kam dieser konservativen Legende zugute, daß der Vormärz in einem Punkte allerdings die „gute alte Zeit" darstellt: es war eine Glanzzeit der geistigen und gesellschaftlichen Kultur, wie sie später auch nicht annähernd erreicht werden sollte. Man weiß, daß Kaiser Franz und sein System sehr wenig zur Entfaltung dieser Kulturblüte beigetragen haben. Franz Grillparzer, auf den mit Vorliebe hingewiesen wird, wurzelte in der Zeit der josephinischen Aufklärung. Wie schwer er unter dem System gelitten hat, ist zur Genüge bekannt. Die unter den kürzlich veröffentlichten Geheimpapieren mitgeteilte Tagebuchaufzeichnung Grillparzers über seine Audienz beim Kaiser Franz, in der er nach sechsstündigem Warten als einer der letzten vorkam, illustriert wohl am besten die Art, wie unser größter vaterländische Dichter oben gewürdigt wurde.

Die Förderung des Geisteslebens lag auch gewiß nicht in dem System des Kaisers Franz. Wenn auch die systematische Verdummung des Volkes vielleicht nicht als ein von ihm ausdrücklich erklärter Regierungszweck nachgewiesen werden kann — es genügt, daß alle Gebildeten diese nicht sehr löbliche Absicht den Machthabern ehrlich zutrauten, jedenfalls aber unter der Verkümmerung der literarischen und wissenschaftlichen Arbeit schwer seufzten. Sogar Kübeck, der in seinem Innersten so konservative Mann, hielt mit seiner Verurteilung des von Regierungs wegen gepflogenen Stumpfsinnes nicht zurück. „Der denkende Geist aber," vertraut er seinem Tagebuch an, „ist der fürchterlichste Feind der herrischen Schwäche, die selbst stumpfsinnig nur

Gehorsam liebt, die Intelligenz mit edlem Charakter haßt und bis zur Vertilgung verfolgt."[177] Andere drückten sich noch schärfer aus. „Die Regierung," so klagte zehn Jahre später Franz Schuselka, „befindet sich fortwährend im Kriege mit den Talenten des Staates, also mit dem Genius der Nation."[178]

Und doch hatte das vielgeschmähte System, wie schon gesagt, auch etwas Gutes, das niemand geringerer als Bauernfeld, der „Vorschimpfer" des Vormärzes, in späteren Jahren anerkennend hervorhob. Die „hermetische Abgeschlossenheit" von allen äußeren und öffentlichen Angelegenheiten bewirkte unzweifelhaft eine Vertiefung des Gemütslebens, eine Verinnerlichung des Menschen.[179] Die Kehrseite war allerdings weniger erfreulich: eine ästhetische Überfütterung, eine ins Krankhafte gesteigerte Überreizung der Gefühlswelt, welche dann, als die „chinesische Mauer" durchbrochen wurde und die Gedanken des neuen Zeitgeistes auf Schleichwegen einströmten, die Segnungen der politischen Freiheit ins Phantastische vergrößerte und die wirkliche Lage entsprechend schwärzer erscheinen ließ. So bildete sich jene „verdrossene Heimatsliebe" heraus, die gerade unserem Grillparzer in so hervorragendem Maße eigen war, das bekannte „Raunzertum", die große Kunst, die Handlungen der Regierung treffend zu kritisieren, bei eigener Unfähigkeit zum politischen Handeln, über welche unrühmlichen Eigenschaften der Deutschösterreicher im ganzen und großen niemals mehr hinausgekommen ist. Es war aber leider so, wie eine böse Zunge, das Dichterwort variierend, sagte: „Der Österreicher liebt sein Vaterland, und hat auch Ursach', d'rauf zu schimpfen."

Vom Standpunkt der konservativen Legende, die nach dem Zusammenbruch des Liberalismus im Zeitalter des Imperialismus, sichtlich an Boden gewann, war es nur natürlich, die Märzrevolution als etwas mutwillig Gemachtes, als das Werk einiger liberaler Schreier anzusehen. Es ist dies eine Auffassung, ebenso richtig oder falsch, wie die Version einer „Palastrevolution", von der Erzherzogin Sophie und Kolowrat angestiftet. In Wahrheit stand hinter den intrigierenden Personen und Kor-

porationen, wie den Ständen, dem Gewerbeverein und dem juridisch-politischen Leseverein, ein sehr ernstes Problem: die soziale Frage, das Elend und die Notlage breiter Schichten des Volkes. Indessen, die Situation wäre nicht unrettbar gewesen, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse waren sicherlich nicht viel schlechter als in anderen Ländern, aber — und dies ist die politische Seite der Bewegung — das System mußte zuerst fallen, weil vor allem Metternich nicht für Reformen zu haben war. Der „Fels der Ordnung", wie sich Metternich stolz nannte, war in Wirklichkeit der „größte Revolutionär" — als solchen hatten ihn ein halbes Menschenalter vorher übereinstimmend Kübeck und Gentz bezeichnet. Die historische Gerechtigkeit erfordert es, unter den Ursachen der Achtundvierziger Revolution auch die Halsstarrigkeit dieses Staatsmannes, der unentwegt an seinem System festhielt, seinen „Einsichtsmangel", deren stärkste Unterlage die Geringschätzung des Volkes bildete,[180] zu nennen.

Die Märzkatastrophe aber hätte unter allen Umständen vermieden werden müssen, denn von ihren Erschütterungen sollte sich der Kaiserstaat niemals mehr erholen — das eben ist der Fluch der bösen Tat, der Demagogenverfolgungen Kaiser Franzens, und der bösen Tatenlosigkeit auf allen Gebieten der staatlichen Verwaltung, daß sie „fortzeugend" immer Böses mußten gebären.

* *
*

Dem Sturze Metternichs folgten in den nächsten zwei Tagen noch weitere Zugeständnisse: Errichtung einer Nationalgarde, Preßfreiheit und endlich die „Konstitution des Vaterlandes". Es war mehr als die Führer der Bewegung noch vor kurzem in ihren kühnsten Träumen erhofft hatten, mehr jedenfalls, als wozu die große Masse — reif war. Daß die wenigsten von den Leuten, die mit jubelnder Begeisterung die Konstitution begrüßten, eine klare Vorstellung oder auch nur eine Ahnung von ihrer Bedeutung besaßen, wollen wir den boshaften Beobachtern der

Straßenvorgänge der Märztage gerne glauben. Der Bauer verstand darunter die Aufhebung aller Abgaben; der Arbeiter die Erhöhung der Löhne; der Handwerker die Wiedereinführung der Zunft oder Beseitigung der Maschinen. Auch nach Monaten, als die Forderung der Radikalen nach einer einzigen Kammer im Vordergrund des politischen Interesses stand, scheinen sich die Ansichten noch nicht vollkommen geklärt zu haben, denn man erzählte sich von einem jungen Mann, der atemlos in das Café Adami mit der Meldung gestürzt kam: „Die eine Kammer haben wir glücklich durchgesetzt, wir lassen aber nicht nach, bis wir auch noch die zweite Kammer — das Oberhaus — herausgekitzelt haben."

Weniger, aber gutwillig gegeben und ehrlich gehalten, wäre mehr gewesen. Die Schwäche der kaiserlichen Regierung reizte die Begehrlichkeit des Volkes, denn man wußte, sie werde sich alles abtrotzen lassen — allein hinterher reute es sie doch, so freigebig gewesen zu sein. Schon am 14. März tauchte die markante Gestalt des Fürsten Windischgrätz, kommandierenden Generals in Prag, am Wiener Hofe auf. Ihm wird die „Oberleitung sämtlicher Zivil- und Militärangelegenheiten in Wien und Umgebung" mit den ausgedehntesten Befugnissen übertragen — das war die Diktatur, die Militärherrschaft. Für den nächsten Tag war die Verhängung des Belagerungszustandes vorbereitet. Sie wurde dann rückgängig gemacht, aber einige Kundmachungen waren doch schon angeschlagen, so daß sich am frühen Morgen des 15. März den Wienern das groteske Schauspiel darbot: neben dem kaiserlichen Patent, das die Berufung von Abgeordneten aus den deutsch-slawischen Ländern als „Beirat" anordnete, prangte die Verkündigung des Belagerungszustandes! Aus der nächsten Umgebung des gestürzten Staatskanzlers wurde das Bedauern laut, daß General Windischgrätz „zu spät" nach Wien gekommen sei, um die Katastrophe zu verhindern.[181] Natürlich befriedigte jetzt die Maßnahme, die am Morgen des 13. März hellen Jubel wachgerufen hätte, auch nicht mehr; man verlangte stürmisch die „Konstitution", und sie wurde gegeben.

Man war am Ziele. Dem Monarchen wurden brausende Freudenkundgebungen bereitet. In einem Manifest gab Kaiser Ferdinand den Wienern das „allerhöchste Wohlgefallen" zu erkennen und sprach die Hoffnung aus, sie würden auch fernerhin die „gleiche rühmliche Haltung" bewahren. Mit der kaiserlichen Sanktionierung der Märzerrungenschaften erschien die Revolution als abgeschlossen — aber sie war es nicht. Das Gespenst der „Reaktion" ging um, die „Spinne", das Lieblingstier des gestürzten Staatskanzlers, lugte unheimlich aus dem Hinterhalte hervor. Am Vortage hatte man in der Aula gerufen: „Metternich ist fort, aber sein Geist regiert uns noch immer." Das Mißtrauen gegen die Machthaber wollte nicht weichen, die großen Erfolge der Märztage hielt man für bedroht und auf dem Untergrund dieser Stimmung fraß die Bewegung weiter. Die Führung rissen jetzt jene Elemente an sich, die an dem Schicksalstag des 13. März am stärksten sich hervorgewagt und am meisten von der Wiederkehr der alten Zustände zu fürchten hatten, weil sie am schlechtesten behandelt worden waren: die Studenten und Arbeiter, durch das gemeinsam vergossene Blut miteinander zusammengekittet.

Was für ein Hochgefühl sie beide, die sich als die eigentlichen Helden des Tages ansehen durften, erfüllte, das spiegelt sich in den Worten des jungen Ferdinand Kürnberger, der unter dem frischen Eindruck der Märzereignisse begeistert schrieb: „Die akademische Jugend sprach, es werde Licht, und es ward Licht. In sechs Tagen wurde die Welt geschaffen, in zwei Tagen Österreich." Hans Perthaler berichtete freudetrunken seinem Vater: „Wir haben Revolution gemacht und mit ihr siegreich Österreichs Macht festgestellt; wir haben sie emporgehoben, daß sie wieder an der Spitze von Deutschland und mit dem großen herrlichen Deutschland an der Spitze der Welt steht. Der 13., 14., 15. März sind die größten Tage in der Geschichte Österreichs. Ich befinde mich wohl wie noch nie im Leben. Heil unserem Kaiser..." Aus diesen Worten sprach alles eher denn eine trotzig revolutionäre, republikanische Gesinnung.

Schade, ewig schade um diese jugendliche Kraft und ehrliche Begeisterung! Richtig geleitet, zusammengespannt mit den besonnenen Elementen des liberalen Bürgertums und Adels hätten sie beim Aufbau des Staates fruchtbare Arbeit leisten können. Aber diese zogen sich vornehm, um nicht zu sagen feige, zurück. Wir kennen bereits den tieferen Grund: auch sie waren schon von dem „System" angekränkelt und hielten es mit unserem Grillparzer, der hier leider als der Typus des deutschösterreichischen Wesens, wenn auch in krankhafter Steigerung, gelten kann — „denkt sich sein Teil und läßt die andern reden". Und die konservativen Kreise, die vielleicht mehr männliche Kraft und Aktivität besaßen, wurden von dem Gefühl zurückgehalten, daß sie, wild demokratisch wie die Zeit sich jetzt gebärdete, der von ihnen vertretenen Sache mehr schaden als nützen würden.

Die früher so allgewaltige Bureaukratie aber zeigte jetzt ihre vollständige Hilflosigkeit. Alle die liberalen Größen, wie Pillersdorff, Doblhoff und nicht zuletzt Graf Kolowrat, unter dessen Vorsitz wenige Tage nach der Verkündigung der Konstitution das erste Ministerium sich gebildet hatte, versagten gründlich. Man hatte ein Ministerium, aber wieder keine Regierung. Nicht daß es jetzt wie früher an der Intelligenz im Beamtentum gefehlt hätte — im Gegenteil, aber an der Klarheit der politischen Ziele und an der Fähigkeit zum politischen Handeln.

So blieben die Studenten und Arbeiter allein. Hatten sie einmal von dem stolzen Bewußtsein, „Weltgeschichte zu machen", genossen, so fühlten sie sich, nachdem das Mißtrauen in ihnen rege geworden war, aus ganzer Seele dazu berufen, die Rolle der Freiheitswächter zu spielen, und ihnen schlossen sich jene Elemente des Kleinbürgertums an, für welche die ganze aus edlen Beweggründen hervorgegangene Sache, wie Franz Schuselka bezeichnend sich ausdrückte, einen „Jux" — der Wiener sagt auch eine „Hetz" — bedeutete, die, wie Johannes Scherr spottete, „in Straßenaufläufen und Katzenmusiken schwelgten, wie sie früher in Backhendeln und Straußischen Walzern geschwelgt hatten".

Zunächst steuerte der Wiener Hof, vom Schrecken wie gelähmt, in dem einmal eingeschlagenen Kurse der Zugeständnisse rüstig weiter. Schon hatten die „Völker" ihre zum Teil recht hoch gespannten Forderungen angemeldet und — alles wurde bewilligt. Den Magyaren war zwei Tage nach der Erteilung der „Konstitution", am 17. März, die Geneigtheit bekanntgegeben worden, „der Bildung eines im Sinne der bestehenden vaterländischen Gesetze unabhängigen, verantwortlichen Ministeriums für Ungarn zu willfahren". Der Palatin Erzherzog Stephan, der vom Kaiser ermächtigt worden war, die dafür geeigneten Persönlichkeiten vorzuschlagen, ging alsbald um einen bedeutsamen Schritt weiter und ernannte selbst, wenn auch provisorisch, das Ministerium mit dem unabhängig gesinnten Grafen Ludwig Batthyány als Ministerpräsidenten. Auch dies ließ die Wiener Regierung geschehen. In dem neu gebildeten Kabinett saß nun — Ludwig Kossuth als Finanzminister.

Als alles in Budapest so weit gekommen war, eigene Ministerien für die Finanzen und die Landesverteidigung bestanden, regte sich in Wien doch einige Sorge um die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches. Man stellte daher das gewiß nicht unbescheidene Verlangen, daß Ungarn den kaiserlichen Oberbefehl über die sämtlichen Streitkräfte unangetastet lasse und sich verpflichte, einen Beitrag zu den Lasten für Heer und äußere Vertretung zu zahlen, auch einen Teil der Staatsschuld zu übernehmen. Allein der ungarische Reichstag, im Hochgefühl der frisch errungenen „Selbständigkeit" schwelgend, wies diese Forderung als eine unerhörte Zumutung von sich. Nur der kaiserliche Oberbefehl über die Armee wurde anerkannt. Die Befugnisse des neuen Landesverteidigungsministers erhielten eine solche Abgrenzung, daß er eigentlich der Kriegsminister für Ungarn war.

Am 11. April wurde, den Beschlüssen des Preßburger Reichstages gemäß, die neue ungarische Verfassung sanktioniert. Von der Einheit des Reichsverbandes war nicht viel übrig geblieben und das Wenige keineswegs einwandfrei sicher gestellt. Überstürzt, in namenloser Hast, wurde der Pakt geschlossen, weil man in Wien nicht die Kraft in sich fühlte, dem Drängen der Unabhängigkeitspartei zu wider-

stehen, vielmehr froh war, wenigstens das Band der Personalunion gerettet zu haben. Denn schon rührte sich ein Teil des ungarischen Volkes unter Führung Petöfis, der auf eine Republik hinsteuerte. Das Wiener Kabinett mochte sich schließlich mit den Worten eines der größten Ungarn trösten. „Man kann einem Betrunkenen," äußerte sich damals Franz Deák, „nicht Vernunft einreden, und der Landtag ist betrunken." Es kam hinzu, daß in Italien die Dinge eine bedenkliche Wendung angenommen hatten. Auf die Kunde vom Ausbruch der Wiener Märzrevolution war in Mailand und Venedig der Aufstand losgebrochen. König Karl Albert von Piemont-Sardinien erklärte darauf Österreich den Krieg und Graf Radetzky, der über zu wenig Truppen verfügte, mußte sich in das Festungsviereck zurückziehen. Bei dieser Sachlage hielt man es in Wien nicht für ratsam, dem ungarischen Reichstag gegenüber den Bogen zu überspannen.

Die Magyaren hatten also erreicht, was sie wollten: ein selbständiges Ungarn mit einem eigenen, von der Wiener Regierung unabhängigen, ihrem Reichstag verantwortlichen Ministerium. Sie hatten es auch glücklich durchgesetzt, daß dieses neue Ungarn nach außen hin als ein nationaler Einheitsstaat sich darstellte, die anderen Völker — und sie bildeten die Mehrheit — so gut wie keine Rechte besaßen. „Es gibt in Ungarn nur eine Nation: die magyarische," dies war der Kernspruch der nationalen Politik der Magyaren und ihn bekamen gleich die Serben zu hören, als sie am 24. März in Pest zugunsten ihrer Nationalität eine Denkschrift übergeben hatten. Durch diesen schroffen Standpunkt mußten die Serben, Kroaten, Slowaken, Ruthenen und Rumänen, die sich alle jetzt als Volk zu fühlen begannen, zum verzweifelten Widerstand aufgestachelt werden.

Die Lorbeeren, welche die Magyaren errangen, ließen die Slawen, in erster Linie die Tschechen, nicht ruhen. Schon zwei Tage vor dem Ausbruch der Wiener Märzrevolution hatten diese in der Wenzelsbader Versammlung ihr staatsrechtliches Programm aufgerollt. Die Tschechen forderten die „administrative und verfassungsmäßige Vereinigung

der böhmischen Kronländer", welches Verlangen in der Adresse in den Wunsch nach „Anbahnung eines Verbandes von Böhmen, Mähren und Schlesien zu gemeinsamer Ständeversammlung" gemildert wurde.

Nach dem Umschwung vom 13. März traten die Tschechen schon etwas kräftiger auf. Karl Havliček, der uns bereits bekannte Publizist, der sich mit Stolz einen Tschechen nannte, zeichnete vier Tage später in einem „Unsere Fahne" betitelten Aufsatz seiner tschechischen „Prager Zeitung" ein Bild des neuen Kaisertums, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Österreich sollte darnach völlig aus Deutschland ausscheiden und zu einem Bundesstaat werden, in welchem das natürliche Übergewicht der Slawen dauernd zur Geltung käme. Im Rahmen dieses neuen Staatsgebildes, das aber nicht mehr den verhaßten Namen „Österreich" tragen dürfe, sollte das alte Wenzelsreich wieder auferstehen, insofern als Böhmen, Mähren und Schlesien einen engeren Verband mit völliger administrativer Selbständigkeit zu bilden hätten.

Die Deputierten der Tschechen, die in Wien die staatsrechtlichen und nationalen Forderungen vertraten, fanden die beste Aufnahme — war doch Graf Kolowrat, der „Böhme der Böhmen", Ministerpräsident geworden. Das kaiserliche Kabinettschreiben vom 8. April sicherte ihnen eine ähnliche Ausnahmsstellung, wie sie die Magyaren erlangt hatten. Sie erhielten die Gleichstellung der tschechischen mit der deutschen Sprache in Amt und Schule, Zweisprachigkeit der Beamten, Umwandlung des ständischen Landtages in ein aus allen Volkskreisen gewähltes Landesparlament und diesem verantwortliche Zentralbehörden. Außerdem wurde ihnen — zum Entsetzen der Schlesier und durchaus nicht zur Freude der Mährer — die Vereinigung der ehemaligen Länder der Wenzelskrone in Aussicht gestellt. Die kühnsten Träume von der Wiedererrichtung des „böhmischen Staates" waren nahezu verwirklicht. Vor allem war durch diese „böhmische Charte" die Kontinuität des böhmischen Staatsrechtes anerkannt worden — und dies sollte für die Gestaltung der späteren Wünsche von folgenschwerer Bedeutung werden. Wahrhaftig, die große

Kaiserin mag sich an diesem 8. April in der Habsburgergruft mehrere Male umgedreht haben.

Auch die Deutschen gingen nicht leer aus. Die große Mehrheit ihrer Intelligenz — wir mögen uns da an Andrian erinnern — war großdeutsch gesinnt und verfolgte mit leidenschaftlichem Interesse die Vorgänge in Deutschland. Die Studenten der Wiener Universität hatten in ihrer Petition vom 12. März die Frage der Bundesreform angeschnitten und die Legionäre trugen zum Zeichen ihrer Gesinnung die deutsche Kokarde. Am 2. April bot sich den Wienern der seltsame Anblick, daß vom Stephansturm, dem Wahrzeichen der alten Kaiserstadt, die schwarz-rot-goldene Fahne wehte. Studenten und Sänger zogen vor die Burg, wo Kaiser Ferdinand unter dem Jubel der Menge die deutsche Trikolore, die lange verfemten Farben der Burschenschaft, schwang, und bald flatterte sie auch von dem altehrwürdigen Bau der Kaiserresidenz und von der Staatskanzlei. „Zuerst Deutschland, dann Österreich" — das war der politische Sinn dieser Demonstration. Das „Aufgehen Österreichs in Deutschland" bildete nun die begeisterte Losung.

Vielleicht hätte die Regierung den Deutschen gegenüber, die doch nach der herkömmlichen Auffassung der Machthaber als das Staatsvolk die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hatten, nicht als Nation, sondern als Österreicher sich zu fühlen, weniger willfährig sich gezeigt, wäre nicht bereits — Preußen vorangegangen. Am 21. März hatte König Friedrich Wilhelm IV. bei seinem Ritt durch die Straßen Berlins seinen Willen kundgegeben, daß Preußen fortab in Deutschland aufgehen werde. Die Führerschaft dem hohenzollerischen Rivalen zu überlassen, dazu waren in Wien auch jene konservativen oder, wie man sie jetzt hieß, „schwarzgelben" Kreise nicht geneigt, die bisher mit Metternich den deutschen Sinn gerne für eine „Mythe" gehalten hätten. Die Regierung ließ es auch zu, daß zum „Volkstage" in Frankfurt Abgeordnete gewählt wurden.

Am 9. April — ein denkwürdiger Tag! — ziehen die Österreicher in Frankfurt ein, um an den Beratungen des sogenannten „Vorparlaments" teilzunehmen. Der Präsident

Soiron gab im Namen der Volksgenossen seiner Freude darüber Ausdruck, „einen so zahlreichen und edlen Volksstamm endlich wieder mit seinen Brüdern vereinigt zu erblicken". Anastasius Grün, der auch nach Frankfurt gekommen war, besang jubelnd diesen erhebenden Augenblick:

Brüder, wir Boten aus Österreich,
Grüßen euch traulich mit Sang.
Schlagt ihr mit freudigem Handschlag ein,
Hat es den rechten Klang.

Die deutsche Frage, eines der verwickeltsten Probleme, war damit ins Rollen gekommen.[182] Friedrich Hebbel schrieb am 18. April aus der Kaiserstadt spöttelnd: „Die lieben Österreicher! Sie sinnen jetzt darüber nach, wie sie sich mit Deutschland vereinigen können, ohne sich mit Deutschland zu vereinigen! Das wird schwer auszuführen sein, ebenso schwer, als wenn zwei, die sich küssen wollten, sich dabei den Rücken zuzukehren wünschten." Der Spott war ebenso leicht wie die Frage schwierig war.

Die Schwierigkeit lag vor allem darin, daß das Habsburgerreich kein reindeutscher Staat war und ein Aufgehen in Deutschland einer Zerreißung Österreichs gleichkam. Auch viele der „Großdeutschen" dachten im Grunde gut österreichisch und sträubten sich gegen den Gedanken, das alte Vaterland als Staatspersönlichkeit aufzugeben. Die Ausschreibung der Wahlen für das Frankfurter Parlament hatte die Frage, ob durch Verschmelzung aller Länder deutscher Zunge ein „Bundesstaat" geschaffen werden oder der bisher bestandene „Staatenbund" weiter bestehen solle, zu einer brennenden gemacht, über die nun eifrig debattiert wurde.

Wie nun im Frühjahr 1848 im Kaiserstaate die Dinge standen, machten viele der Anhänger des „Bundesstaates" aus der Not eine Tugend. Denn das Gespenst der Aufteilung des österreichischen Völkerstaates ging bei hellichtem Tage herum. Für die Liberalen nach dem Schlage Rottecks war es schon seit Jahren eine ausgemachte Sache, daß das lombardo-venezianische Königreich ebenso wie Galizien

nicht bei Österreich bleiben könnten. Knapp vor dem Losbruch der Märzkatastrophe hatte, wie wir wissen, Franz Schuselka denselben Gedanken vertreten. Als aber der „Völkerlenz" siegreich durchgebrochen war, verstärkten sich die Mahnungen, das „unrechtmäßig" erworbene Gut herauszugeben.

Es war ja nun wirklich dahin gekommen, daß Österreich, aus Mailand und Venedig hinausgedrängt, seine italienischen Provinzen erst wieder zu erobern hatte. Und während England sich ins Mittel legte, um den Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und dem von Piemont-Sardinien geführten Italien zu verhindern oder besser, die Donaumonarchie zur Nachgiebigkeit zu stimmen, wird im eigenen Lager zum Rückzug geblasen. „Österreich steht jetzt," heißt es wahrhaft seherisch in dem „Lloydjournal" vom 2. April, „ein moderner Herkules am Scheidewege. Der eine Weg führt zum Kriege, der andere zum Frieden. Der Staat muß entweder das lombardisch-venezianische Königreich durch Waffengewalt unter seine Herrschaft bringen oder er muß unter billigen Bedingungen dessen Abtretung zugestehen. Die Lombardei und Venedig durch die Gewalt der Waffen wieder gewonnen, könnten nur durch die Gewalt der Waffen behauptet werden. Eine Armee, so zahlreich wie sie nötig ist, um die abtrünnigen Provinzen zu erobern, würde vonnöten sein, um ihren Abfall zu verhindern, und die besten Kräfte des Landes müßten zu dem sterilen Amte einer ungeheuren Polizeiwache verwendet werden." Ganz ähnlich ließ sich die „Österreichische Zeitung" vom 5. April vernehmen: „Nicht durch den Verlust der Lombardei kann Österreich in Gefahr geraten, wohl aber durch eine Behauptung derselben mit Waffengewalt." Selbst die offiziöse „Allgemeine Augsburger Zeitung" vom 9. April erklärte: „Österreich wird ohne Italiens, ohne Polens unrechtmäßigen Besitz kräftiger, blühender, glücklicher sein als durch die Knechtung dieser Länder." Nicht zuletzt rieten die Geldgeber der österreichischen Regierung, die bewährten „Stützen der österreichischen Finanzwirtschaft", wie Rothschild, Sina, Stametz-Mayer, zu einem friedlichen Ausgleich mit den Lombarden.

Österreich wird diesen Anregungen zufolge ganz ernsthaft in mehrere Teile, in einen deutschen, ungarischen, galizischen und italienischen Teil, nur mehr durch das Band der Personalunion zusammengehalten, zerlegt. Von dem Historiker Dahlmann stammte der Vorschlag, der Beherrscher Österreichs möge sich zum italienischen Bundeskaiser wählen lassen — eben in der Annahme, daß die Lombardei und Venezien sich dem italienischen Bunde anschließen müßten. Wenn Galizien zu einem selbständigen Königreich Polen gehörte, die deutschen Erblande aber dem möglicherweise von einem Hohenzollern regierten deutschen Bundesstaate einverleibt wurden, dann hätte der Habsburger die Ehre gehabt, über vier Staaten zu herrschen, von denen drei einer auswärtigen Macht unterstanden. Gewiß, es klingt grotesk, aber ebenso absurd erschien einem Dahlmann die Vorstellung eines freiheitlichen Österreich. „Würden Verfassungsrechte," schrieb er 1847 in seiner „Politik", „den Polen Österreichs, den Italienern vergönnt, so würde Österreich sein Reich sich auflösen sehen."

Der Gedanke einer Zerlegung des Kaiserstaates in mehrere durch bloße Personalunion verbundene Teile beherrschte auch die Verhandlungen des ständischen Zentralausschusses in Wien, der Ende März einberufen worden war, um für die Konstitution Bausteine zu sammeln. Überaus interessant sind die Ideen des Referenten Hofrat Kleyle, dessen Haus der gesellschaftliche Mittelpunkt des geistigen Wien war. Darnach zerfällt die Donaumonarchie in drei Teile: die deutsch-slawischen Erbländer mit Galizien und der Bukowina, Ungarn und die italienischen Provinzen. Der Verband mit Ungarn liege nur mehr in dem gemeinschaftlichen Staatsoberhaupt — aber erst wenn es selbst das Bedürfnis eines engeren Anschlusses fühlen würde, soll die Scheidewand fallen. Lombardo-Venezien muß sich naturgemäß dem großen Staatenbund Italien anschließen, wenn auch Österreichs Kaiser die eiserne Krone der Lombarden trägt. Bezüglich Galiziens muß vorgesehen werden, daß es als befreundetes Land friedlich aus dem Staatsverband austrete, sobald Polens „mächtiger und ausgebreiteter" Stamm zu

einem konstitutionellen Königreich zusammengefaßt werden kann. „Dadurch wird großes Unglück," fügt Kleyle nachdrücklich hinzu, „von Österreich abgewendet, eine schwere Schuld an Polen abgetragen und eine Vormauer gegen das Andrängen des Absolutismus gewonnen."

So bleibt für Kleyle nur Altösterreich übrig, die zum deutschen Bund gehörigen deutsch-slawischen Länder, die nun mit Deutschland innig verschmolzen werden sollen. Im Grunde war es der Gedanke eines „Mitteleuropas", der uns hier wieder entgegentritt. „Nur ein einiges Österreich, welches unter Gewährleistung der nationalen Eigentümlichkeiten in den einzelnen Ländern als Staat ein Ganzes bildet und mit Deutschland fest verbunden ist, kann die von der Natur vorgezeichnete, aber schwere Mission erfüllen: Freiheit, Kultur und Wohlstand bis in die untersten Gegenden an der Donau zu tragen. Österreichs Völker müssen sich nicht auf den engbegrenzten und verwirrenden Standpunkt der Sprache, sondern auf den einer konstitutionellen Großmacht stellen, sonst zerfallen sie in eine buntscheckige Harlekinsjacke von kleinen Ländchen, welche den Barbaren des Ostens und Südens eine willkommene Beute sein werden."

Für die Aufteilung Österreichs und den Anschluß der deutschen Erbländer traten aber auch die Demokraten ein, und gerade diese Parteinahme war es, was weiten Kreisen des Großbürgertums die großdeutsche Sache verleidete. Die Furcht vor dem „Rot" des schwarz-rot-gelben Banners ließ sie in das „schwarz-gelbe" Lager umschwenken. Die Industriellen vor allem befiel eine Angst vor dem Aufgehen in Deutschland; sie sahen Wien schon zu dem Range einer Provinzstadt herabgedrückt, in den großen Citystraßen das Gras in die Höhe schießen. Kurz — die Freude an dem Großdeutschland, wenn sie überhaupt je in ihren Herzen Wurzel gefaßt hatte, war dahin und alle Wünsche galten der Erhaltung des Kaiserstaates.

Mit Hohn und Spott wendet sich ein Leitartikel der „Allgemeinen Österreichischen Zeitung" vom 25. April gegen die Selbsttäuschung, mit der man sich den Bestand eines großen Österreichs vorspiegle. Diese Weltmacht von

dreiundzwanzig Millionen bestehe in Wirklichkeit nur aus fünf bis sechs Millionen Deutschen, einschließlich selbst einer Million slawischer Illyrier. Ungarn hänge nur mehr, zur Wahrung des Scheines, „mit einem Seidenfaden" an Österreich, den der erste rauhe Wind vollends hinwegnehmen werde. Wie sehr die Lombarden die österreichische Großmacht, selbst nach einem glänzenden Waffensiege, auf Menschenalter hin kräftigen würden, darüber seien nicht viele Worte zu verlieren. In Galizien müsse man, wie in einem frisch eroberten Lande, eine Armee mit aufgestecktem Bajonett erhalten. „Sieben Millionen," heißt es weiter, „wohnen in Böhmen und Mähren, wo fast die Mehrzahl in jedem Augenblicke den Abfall brütet, und durch die Notwendigkeit steter Überwachung unsere Staatskraft teilt und schwächt." Die Feststellung dieser Tatsache sei „schrecklich, über alle Vorstellung niederschlagend, die unglückselige Frucht der Metternichschen Verkehrtheit und politischen Kurzsichtigkeit, aber es ist die nackte, die gräßliche Wahrheit, die die Verzweiflung selbst nicht abzuwehren vermag."

Man war also über die deutsche Frage nicht ganz einer Meinung. Bevor sie aber recht in Fluß kam, hatten sich die Tschechen in leidenschaftlicher Weise gegen ein Großdeutschland ausgesprochen. Der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt, der mit den Vorbereitungen für die Tagung des Parlaments betraut war, hatte an den tschechischen Historiker Palacky eine Einladung ergehen lassen, die indes glatt abgelehnt wurde. In diesem berühmt gewordenen Antwortschreiben vom 11. April, das für seine Landsleute den Charakter eines politischen Evangeliums gewann, wird in lapidaren Worten die Notwendigkeit betont, Österreich als selbständigen Staat aufrecht zu erhalten. Die Verbindung mit Deutschland, so heißt es da, würde nur die Monarchie schwächen, sie unmöglich machen. Österreich aber müsse bestehen als Europas Schild und Hort gegen asiatische Elemente aller Art und insbesondere als Bollwerk der Donauvölker des Südostens. „Man denke sich Österreich in eine Menge von Republiken und Republikchen aufgelöst — welch ein willkommener Grundbau zur russischen Universalmacht!" Wahrhaftig, existierte der österreichische

Kaiserstaat nicht längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.

Also los von Deutschland! — das war die Antwort auf die Bemühungen, die deutschen Bundesländer Österreichs mit dem neuen Deutschland zu vereinigen. Auch der „größte Tscheche" bekannte sich zu einem Großösterreich — aber auf slawischer Grundlage.

Die Deputierten des Fünfziger-Ausschusses, die nach Prag gekommen waren, um dem Rufe nach Frankfurt größeren Nachdruck zu verschaffen, gaben sehr bald ihre Versuche auf, aber ihr Aufenthalt in der Moldaustadt bot ihnen Gelegenheit, die „Brüderlichkeit" der Tschechen ihren deutschen Mitbewohnern gegenüber kennen zu lernen, den Begriff der „Gleichberechtigung" der Nationalitäten, für welche die Söhne der „Slawa" geschwärmt hatten, am eigenen Leibe zu erproben. Slawische Studenten drohten in brutaler Weise die Sitzungen des deutschen Vereines zu sprengen. Erst als von der Führerschaft die „Erlaubnis" gekommen war, konnten sie ihre Beratungen fortsetzen — so rasch war aus der angeblichen „Unterdrückung" von Seite des deutschen Herrenvolkes eine höchst demütigende Schutzherrschaft geworden. Das war der Dank dafür, daß die Deutschen bei der Wiedergeburt des Tschechentums Pate gestanden und daß sie zur selben Zeit in Frankfurt im Namen der Humanität für die Anerkennung der fremden Nationalitäten wie für die Wiederherstellung Polens eintraten.

Alfred Meißner schildert uns als Augenzeuge mit bitterem Humor den Wandel, der sich damals bei der „schnellen" Abreise der deutschen Deputierten in Prag vollzogen. Elegante Damen radebrechten jetzt die böhmische Sprache, die sie bisher nur mit ihren Köchinnen gesprochen. Tschechische Proklamationen an allen Ecken, tschechische Schilder über den Kaufgewölben, und wie sahen die Leute aus! Er glaubte sich in einen „venezianischen Karneval mit schrankenloser Maskenfreiheit" versetzt. Da zogen Männer in weißen, rotbeschnürten Röcken, ein rotes Kreuz als Abzeichen am Arm, einen silbernen Löwen auf der Brust, und schwitzten geduldig unter der grauen Lammsfellmütze. Die

„Swornost"-Jungen, das tschechische Seitenstück zur Wiener akademischen Legion, trugen Röcke aus schwarzem Samt und weite Pumphosen. Der Gastwirt Peter Faster, einer der Führer der tschechischen „Repeal"-Bewegung, ging in einem Herzogsmantel von violettem Samt mit einem Hermelinkragen umher. Der hussitische Geist mit allen Zeichen der tschechischen Präpotenz und Unduldsamkeit war erwacht; man sprach von einer gründlichen Kirchenreform, Aufhebung des Zölibates und der lateinischen Kultussprache.

Die Antwort auf die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt war die Berufung eines großen Slawenkongresses nach Prag. Durch ihn sollte in demonstrativer Weise die Einheit und Gemeinbürgschaft aller slawischen Völker bekundet werden. Der Aufruf, der am 1. Mai an alle „Slawenbrüder" erging, um sie für den letzten Tag des Wonnemonats in der Hauptstadt Böhmens zu versammeln, sprach es offen aus, daß die beabsichtigte Einverleibung der deutsch-slawischen Länder nicht bloß die Einheit des Kaiserstaates, sondern auch die Verbindung und Selbständigkeit der slawischen Stämme vernichten würde, weshalb es an der Zeit sei, daß auch die Slawen sich verständigten und vereinten.

Auch das für die Tagung von Zach entworfene Programm vom 27. Mai spricht sich deutlich über den Zweck des Kongresses aus. „Nie und nimmer," heißt es da, „wollen wir die Souveränität Deutschlands über uns dulden, nie den Frankfurter Beschlüssen eine bindende Kraft für uns zuerkennen. Die Völker müssen erkennen, daß ihre staatliche Existenz wie ihre konstitutionelle Freiheit nur dann gewahrt sei, wenn sie sich zu einem österreichischen — völlig selbständigen — Bundesstaat vereinigen. Wir schlagen daher den slawischen Völkern der Monarchie vor, in einen Volksbund zu treten, unter sich ein Schutz- und Trutzbündnis abzuschließen und die österreichische Monarchie als Bundesstaat wieder aufzubauen". Mit den nichtslawischen Völkern des Kaiserstaates sollte man sich auf einem Völkertage in Wien verständigen. In den Bundesstaat wären auch die Balkanslawen, nachdem sie sich ihre Unabhängigkeit von der

Türkei erkauft hätten, aufzunehmen. Also alles in allem: ein großes Slawenreich, das da auf österreichischem Boden als Gegengewicht zu dem neuen deutschen Reich auferstehen sollte.

Dem Rufe leisteten alle Slawenvölker Folge und ihre Vertreter erschienen aus nah und fern in großer Zahl. Von Ausländern kamen der russische Revolutionär Bakunin und der Pole Libelt, dann der Serbe Wuk Karadzić. Die Versammlung teilte sich in drei Sektionen: die tschechoslowakische mit 237, die polnisch-ruthenische mit 61 und die südslawische mit 42 Mitgliedern. Daß die allgemeine Verhandlungssprache die deutsche war, ist oft als Kuriosität hervorgehoben, allerdings auch bestritten worden. Ob aber, um sich zu verständigen, deutsch oder in einer slawischen Mundart verhandelt wurde, ganz verstanden hat man sich nicht, außer in dem gemeinsamen Haß gegen die Deutschen und die Magyaren.

Allzu unklar waren doch im allgemeinen die Ziele und Wünsche der verschiedenen Stämme. Sichtbar ringen die Gedanken des böhmischen Staatsrechtes und die der deutschen Humanitätsphilosophie, allslawisch-russische und ausgesprochen austroslawisch-tschechische Vorstellungen um die Palme. Mit Recht sprach man von dem „Janusgesicht", dem eigentümlichen Doppelcharakter der tschechischen Politik, wie sie im wesentlichen bis zum Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie betrieben wurde: „Sie schillerte österreichisch, wenn die nationalen Wünsche erfüllt wurden, russisch, wenn dies nicht der Fall war." „Der Tscheche," schrieb damals der spätere Minister Florian Ziemialkowski, „ist der slawische Ulysses. Er lebt von der Falschheit. Er verteidigt die Integrität Österreichs, um es dann zu beherrschen. Der Pantschechismus ist der leibliche Sohn des Panslawismus."

So viel darf einmal als sicher gelten, daß der Russe Bakunin auf dem Prager Kongreß etwas ganz anderes wollte als die Führer der österreichischen Slawen, vor allem Palacky, dem der bezeichnende Ausspruch in den Mund gelegt wird: „Wenn wir einmal aufhören müßten, Tschechen zu sein, dann wird es uns ganz gleichgültig sein,

Deutsche, Italiener, Magyaren oder Russen zu sein." Bakunin strebte die Zertrümmerung des habsburgischen Reiches als Horts des Rückschrittes an, während Palacky in der Erhaltung und Befestigung des österreichischen Gesamtstaates den besten Schutz gegen die deutsche Gefahr und wohl auch gegen Rußland erblickte. Aber auch im Rahmen der austroslawischen Lösung gingen die Wünsche der verschiedenen Stämme stark auseinander. Die Slowaken zeigten gegenüber den Bestrebungen der Tschechen, das großmährische Reich Swatopluks wieder aufleben zu lassen, keine besondere Lust, den bisher von den Magyaren ausgeübten Druck mit dem der Tschechen zu vertauschen. Die mährischen Slawen wieder wollten ihre provinzielle Selbständigkeit nicht aufgeben und ein polnischer Vertreter Ostschlesiens beantragte den Anschluß des Teschener Kreises an Galizien. Besonders hart gerieten die Polen mit den Ruthenen, die für sich eine gesonderte Verwaltung anstrebten, aneinander.

Das von Palacky am Schlusse des Kongresses verfaßte Manifest, das sich an alle europäischen Völker wandte, zeigt das Bestreben, den revolutionären Ideen Bakunins, seinem Ideal von Volkssouveränität und Völkerverbrüderung, Rechnung zu tragen. Der Offensivgeist und Machtstaatsgedanke der Tschechen wird mit dem Mantel schöner Phrasen von Gleichberechtigung und Weltbürgertum verdeckt. Die gleiche Berechtigung aller Völker zur höchsten Humanität, so heißt es da, ist ein Gesetz Gottes, welches trotzdem in der Gegenwart auch von den gebildeten Völkern noch nicht nach Gebühr erkannt und gewürdigt wird. Der freie Brite versagt dem Irländer die volle nationale Ebenbürtigkeit; der Deutsche droht slawischen Volksstämmen mit Zwang; der Magyare scheut sich nicht, das Recht der Nationalität in Ungarn nur für seine Rasse anzuerkennen. „Wir, die wir die Jüngsten, doch nicht die Schwächeren auf der politischen Bühne Europas wieder erscheinen, tragen sofort auf die Beschickung eines allgemeinen europäischen Völkerkongresses zur Ausgleichung aller internationalen Fragen an; denn wir sind überzeugt, daß sich freie Völker leichter untereinander verstehen als bezahlte Diplomaten."

Jedoch aus dem Nebel dieser revolutionären Ideologie erhob sich eine Reihe praktischer Forderungen, die man dem Kaiser unterbreiten wollte. Die Slowenen sollten ihr Königreich Slowenien mit Laibach als Hauptstadt haben, das alle Volksgenossen in der Steiermark, Kärnten, Krain und im Küstenlande umfaßte. Den von den Magyaren unterdrückten Nationalitäten sollte eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt werden. Galizien hätte eine ähnliche Sonderstellung zu erhalten, wie sie Böhmen eingeräumt worden war. Nicht zuletzt erschien es notwendig, den ärgerlichen Hader der slawischen „Brüder", der Polen und Ruthenen, aus der Welt zu schaffen.

Indes, alle diese Anregungen blieben auf dem Papier. Der große Slawenbund kam nicht zustande, die Petitionen wurden dem Monarchen nicht überreicht — aber deshalb darf man die geschichtliche Bedeutung des Prager Kongresses doch nicht unterschätzen. Die slawischen Völker hatten zusammen getagt und offen vor der Welt das Banner des Panslawismus entrollt. Für sie war es in der Tat ein „epochales Ereignis, das nicht mehr aus ihrer Erinnerung getilgt werden konnte".[183] Eine bedeutsame, wenn auch gewiß nicht beabsichtigte Wirkung des Slawenkongresses stellte sich übrigens sofort ein — und sie war auch der Grund seines vorzeitigen Schlusses: der Prager Pfingstaufstand.

Waren die Gemüter der Tschechen schon vorher leidenschaftlich erregt, von hussitischem Kampfgeist erfüllt, so brachte sie der Kongreß, die Anwesenheit so vieler und berühmter Brüder, das Gerede von der glänzenden Zukunft und der unüberwindlichen Macht des Slawentums, um den letzten Rest von Besinnung. Die studentische Jugend bildete auch hier begeistert den Vorspann. Die Deutschen Prags fühlten sich bedroht und Fürst Windischgrätz, der nach seinem Wiener Intermezzo wieder in seine frühere Stellung als kommandierender General eingerückt war, traf militärische Vorsichtsmaßregeln. Sie wurden von den Tschechen als Provokation aufgefaßt, wobei allerdings zugegeben werden muß, daß die Person des Generals, der seit den Märztagen als die Verkörperung des Belagerungs-

zustandes galt, nicht gerade etwas Beschwichtigendes hatte. Andererseits konnte der General nicht auf das unerhörte Ansinnen, ihnen die Waffen und Kanonen auszuliefern, eingehen.

So kam es am 12. Juni — am Pfingstmontag — aus einem geringfügigen Anlaß zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, bei welchem die Gemahlin des Fürsten Windischgrätz, die am Fenster ihres Palastes stand, durch eine Kugel getötet wurde. Der General machte bald kurzen Prozeß: er zog seine Truppen, die an verschiedenen Punkten der Stadt kämpften, aus ihr heraus und rang den Aufstand durch ein kräftiges Bombardement nieder. Schon seit Wochen hatte er, wie er vertraulich gestand, den Augenblick herbeigesehnt, „die Revolution gründlich zu zerschmettern."[184]

Das entschlossene Niederringen des Prager Juniaufstandes darf als der Wendepunkt in der Geschichte der Achtundvierziger Revolution bezeichnet werden. Es war der erste Erfolg, den die Militärmacht über die „Sonntagssoldaten" des Volkes errungen, der erste mit voller Kraft geführte Vorstoß der Gegenrevolution. Da mittlerweile auch aus dem Hauptquartier der italienischen Armee Radetzkys gute Nachrichten eingelangt waren, so hob sich das Selbstbewußtsein, das Vertrauen der konservativen Kreise, der „Schwarz-gelben", die den Gedanken der Reichseinheit vertraten. Fürst Windischgrätz war jetzt der Held des Tages. Er erhielt vom Kaiser ein schmeichelhaftes Anerkennungsschreiben und vom Zaren Nikolaus einen hohen Orden. Er galt aber nicht bloß als Bezwinger der Revolution, der föderalistischen Bestrebungen, sondern auch als Sieger über die Tschechomanie und den Panslawismus. Der General erhielt von zahlreichen Vereinen aus Deutschland begeisterte Dankadressen.

Man darf in diesen Lobeshymnen der Deutschen auf den General, dem sicherlich jeder deutschnationale Gedanke ferne lag, ein bedeutsames Symptom erblicken. Der Prager Juniaufstand, die ihm vorausgegangenen Deutschenhetzen, hatten eine Verschärfung der nationalen Gegensätze zur Folge. Dem gutmütigsten Deutschen gingen die Augen auf; er sah die fürchterliche Gefahr, in der sein Volkstum

schwebte. In Böhmen und in den Alpenländern bilden sich deutsche Schutzvereine. Man will Österreich „lieber zerstückelt auf dem Altar des wiedererstandenen Deutschland zum Opfer bringen, als ungetrennt dem Slawismus zur Beute fallen lassen". Der in Leipzig errichtete „Verein für Wahrung der deutschen Interessen in den östlichen Grenzländern" forderte seine „deutschen Brüder in Böhmen" zu energischem Widerstand auf mit der Versicherung: „Ganz Deutschland steht zu eurem Schutze hinter euch, ermannt euch also und handelt."[185]

Deutlich macht sich dieser Umschwung in Frankfurt fühlbar. Gelegentlich einer Polendebatte im August fand Wilhelm Jordan die kernigen Worte: „Es ist hohe Zeit für uns, einmal zu erwachen aus jener träumerischen Selbstvergessenheit, in welcher wir schwärmen für alle möglichen Nationalitäten, während wir selbst in schmachvoller Unfreiheit darnieder lagen und von aller Welt mit Füßen getreten wurden — Zeit zu erwachen zu einem gesunden Volksegoismus, welcher die Wohlfahrt und die Ehre des Vaterlandes in allen Fragen voranstellt."

Die Begeisterung für den Anschluß an Deutschland, die sich nach den Märztagen sichtlich abgekühlt hatte, nahm unter dem Eindruck des tschechischen Vorgehens gegen die Deutschen wieder zu. Hans Kudlich erkannte jetzt, wie er in seinen Rückblicken bezeichnend sagte, „daß diesem Österreich, wenigstens soweit es deutsch ist, die Freundschaft Deutschlands als Schutzgenossenschaft eine Lebensbedingung ist, daß wir Deutschen Österreichs Deutschland mehr und dringender bedürfen, als Deutschland des Hauses Habsburg bedarf". Moritz Hartmann, ein begeisterter Lobredner der Freiheit und der Völkerverbrüderung, sah ein, daß „der Angelpunkt der Entwicklung für die Deutschen Österreichs nur im engen Anschluß an das neue Deutschland liegen könne"; ihm mag nun Giskra aus der Seele gesprochen haben, der als Deutscher aus Mähren „antinationaler Philosophie" abhold, die Forderung aufstellte, daß die tschechische Bewegung „ganz niedergehalten werde", oder Beidtel, der es als „Ehrensache" bezeichnete, die Hegemonie der Deutschen mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Die Tschechen selbst befanden sich nach der Niederwerfung des Prager Aufstandes in einer sehr gedrückten, katzenjämmerlichen Stimmung. Der allslawische Traum war verflogen. In der Angst, daß der Slawenkongreß für die Volkserhebung verantwortlich gemacht werde, wandten sie sich von dem russischen Revolutionär Bakunin ab, der schleunigst Böhmens Hauptstadt den Rücken kehrte. Vom Landtag, auf dem die endgültige Regelung der Stellung zur Gesamtmonarchie, der Abschluß der „böhmischen Charte", hätte stattfinden sollen, war nicht mehr die Rede.

Aber sie hofften, ihr großes Ziel, die Sonderstellung Böhmens, Vorherrschaft des Tschechentums und Slawisierung Österreichs, auf einem anderen Wege erreichen zu können — durch engen Anschluß an den Kaiserhof, und da man bekanntlich über einen reumütigen Sünder mehr Freude hat als über neunundneunzig Gerechte, so wurde ihre Unterwerfung gnädigst aufgenommen. Im Grunde waren ja die Slawen, wenn man so sagen darf, die „Allerösterreichischesten", die Träger des österreichischen Staatsgedankens, weil sie nahezu geschlossen die Notwendigkeit der Erhaltung Österreichs betonten. Sicherlich konnte es nicht ohne Eindruck bleiben, wenn die Slowenen ihre Forderung nach Gleichberechtigung der slowenischen Sprache damit begründeten, daß „die Deutschen Österreich zerreißen wollen, während sie Österreichs Bestand bis zum letzten Blutstropfen verteidigen" wollten. Tatsächlich verhielt es sich ja so, daß ein Teil der Deutschen, um den Anschluß an das große Vaterland zu erzielen, auf den Zerfall Österreichs hinarbeitete. Und dann waren sie vor den Augen des Hofes, wie das schon bei der vormärzlichen Ständebewegung sichtbar geworden ist, insofern die gefährlichsten, als gerade sie, die kulturell fortgeschrittensten, die verfemten Gedanken der westeuropäischen Bildung, des Fortschrittes und der Freiheit, in reinster Prägung vertraten. Eben hatte sich das wieder in erschreckender Weise bei den — Wiener Maiereignissen gezeigt.

Wir erinnern uns an jenen denkwürdigen 15. März, da der ohnmächtigen Regierung das großmütige Geschenk der

„Konstitution des Vaterlandes" abgepreßt worden war. Schon im nächsten Monat löste das Ministerium Pillersdorff — es war bereits das dritte Kabinett! — das kaiserliche Wort ein. Am 25. April, just zur Feier des Geburtstages des Kaisers, erschien die neue Verfassung, von der großen Menge nicht unfreundlich, doch ohne Begeisterung, „mit Seelenruhe" aufgenommen. Am Abend gab es sogar, vom juridisch-politischen Leseverein veranstaltet, einen solennen Fackelzug und eine Serenade in der Burg. Das liberale Großbürgertum war sichtbar befriedigt, denn die Konstitution war ganz nach dem Muster der belgischen Charte zugeschnitten, jener Verfassung, die, wie in der Erläuterung empfehlend gesagt wurde, „in kurzer Zeit über die Belgier so große Sicherheit, Zufriedenheit, Gemeinsinn und Wohlstand zu verbreiten wußte, daß es zu den gesegnetsten Ländern Europas gezählt zu werden verdient".

Allein so liberal die Konstitution in Ansehung der staatsbürgerlichen und der politischen Rechte gewesen sein mag, demokratisch war sie nicht. Die alte ständische Gesellschaftsordnung, das Privilegiensystem, guckte ihr aus allen Poren heraus. Da gab es keine direkten Wahlen, kein gleiches, allgemeines Wahlrecht, sondern wieder den fatalen Zensus, der die Unbemittelten, die Arbeiter und Dienstboten, vom Wahlrecht ausschloß, und das verhaßte Oberhaus, in dem die alten Stände dominierten. Der schwerste Schönheitsfehler aber war wohl der: sie war, wie das fürchterliche Wort lautete, vor dem sich jeder ehrliche Demokrat, wenn man so sagen darf, dreimal bekreuzigte — „oktroyiert". Sie hätte noch so gut sein können, sobald sie nicht auf einem konstituierenden Reichstag, durch das Volk selbst, zustande gekommen war, vermochte sie nicht zu befriedigen.

Aber sie war nicht gut. Mit Recht hat man diese erste Verfassung eine „Ausgeburt der völligen Plan- und Hilflosigkeit" der nachmärzlichen Regierung genannt.[186] Vor allem war sie, wie das gleich nach ihrem Erscheinen von einem boshaften Kritiker festgestellt wurde, ein „Abortus", eine Frühgeburt.[187] So sehr trug sie den Stempel der Eile und der Gedankenlosigkeit an sich, daß ein Wortführer der Regierung

zur Entschuldigung greifen mußte, sie sei gar nicht als Verfassung gemeint gewesen, sondern als eine „Maßregel administrativer Vorsicht",[188] also eines der berühmten „Provisorien", ein Mittel, um für den Augenblick Ruhe zu haben, — ut aliquid fecisse videatur.

Der schwierigsten, dringendsten Frage, um die es sich für die Donaumonarchie handelte, ob Österreich auf föderativer Grundlage oder im Sinne der Entwicklung des letzten Jahrhunderts als Einheitsstaat, zentralistisch, aufgebaut werden sollte, ging die Pillersdorffische Verfassung vorsichtig aus dem Wege. Der erste Paragraph der Konstitutionsurkunde besagte kurz und allgemein: „Sämtliche zum österreichischen Kaiserstaate gehörigen Länder bilden eine untrennbare konstitutionelle Monarchie." Aber die Verfassung bezog sich, wie der zweite Paragraph erklärte, nur auf die deutschen Bundesländer, ferner auf Galizien mit der Bukowina und Dalmatien. Ungarn und das lombardo-venezianische Königreich waren stillschweigend übergangen. Die Einbeziehung Galiziens und Dalmatiens konnte die Deutschen Österreichs, welche die Einheit Deutschlands auf ihr Programm gesetzt hatten, für das Fehlen jeder Andeutung einer staatsrechtlichen Vereinigung mit dem deutschen Vaterland unmöglich entschädigen. Dieser Teil war also schwer verstimmt, ohne daß die übrigen Nationalitäten befriedigt gewesen wären. Die Polen, die gerade in Wien durch eine Deputation für den Ausbau ihrer nationalen Selbständigkeit arbeiteten, überreichten sofort eine feierliche Verwahrung. Nicht minder erbost war man in Böhmen, wo man die durch die „böhmische Charte" erlangten Rechte bedroht sah.

So kam es, daß die eigentlichen Helden der Wiener Märztage, die Kleinbürger, Arbeiter und Studenten, grollten. Die akademische Legion hatte sich bei dem großen Fackelzug zu Ehren der Konstitution demonstrativ ferngehalten. Als dann noch das Wiener Zentralkomitee der Studenten und Nationalgarden, der Hauptherd der Opposition, mit der Auflösung bedroht wurde, war das Maß voll. Der 15. Mai sah Wien wieder in vollster Bewegung: eine bewaffnete Volksmenge zog vor die Burg und das Ergebnis dieser „Sturm-

petition" war, daß Pillersdorff alle Forderungen bewilligte. Der „konstituierende Reichstag", das Hauptziel des Aufruhrs, sollte also zusammentreten und die Wahlen zu dieser Versammlung, die nur aus einer Kammer zu bestehen hatte, sollten auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes, ohne Zensus, vor sich gehen. Mit der Bewilligung der „Constituante", die für den Hof höchst unliebsame Erinnerungen an die französische Revolution von 1789 wachrief, war die Souveränität des Volkes anerkannt. Da dieses dort auch eine Republik beschließen konnte, hatte die Monarchie eigentlich nur mehr einen provisorischen Charakter.

Zwei Tage später unternahm Kaiser Ferdinand mit seiner Familie jene bekannte „Spazierfahrt" nach Schönbrunn, die ihn immer weiter in westlicher Richtung bis nach — Innsbruck führte. Die „Flucht" des Monarchen war, wie man weiß, eigentlich eine Entführung. Denn der Kaiser selbst war unfähig, die tiefere Bedeutung der Maierrungenschaften nach ihrer staatsrechtlichen Seite hin zu erfassen. Ihm persönlich sollen sogar die lärmenden Aufzüge mit Musik und Fahnen, wie sie seit dem 13. März auf der Tagesordnung standen, gar nicht so unangenehm gewesen sein — warum hätte der Monarch den „Jux", der bei einem großen Teil der Bevölkerung das treibende Element bildete, nicht mitfühlen sollen! Aber andere Mitglieder des Hofes, für die bald das schönklingende Wort „Kamarilla" geprägt wurde, wollten den gütigen Monarchen dem Einfluß der Revolutionsmacher wie der liberalen Regierung entziehen.

Die Flucht des Hofes wirkte, als sie am nächsten Morgen bekannt wurde, gleich einer Bombe. Die Kaiserstadt ohne Kaiser — das wollte dem Normalgehirn eines vollbürtigen Wieners, der in der Vorstellung „Es gibt nur a Kaiserstadt, es gibt nur a Wien" aufgewachsen war, absolut nicht einleuchten. Gar als dann bekannt wurde, daß es doch nicht, wie es zuerst geheißen hatte, „Gesundheitsrücksichten" waren, die den Kaiser in die Berge Tirols getrieben, sondern Kränkung und moralische Entrüstung über das Treiben der „undankbaren" Wiener. Die Maiereignisse haben, so besagte ein äußerst ungnädig gehaltenes Manifest

des Kaisers, diesem die „traurige Überzeugung" aufgedrungen, daß eine „anarchische Faktion, sich stützend auf die meist durch Fremde irregeleitete akademische Legion und einzelne Abteilungen von der gewohnten Treue gewichener Bürger und Nationalgarden", ihn der Freiheit zu handeln berauben wollte, um so die Provinzen und die gutgesinnten Bewohner der Residenz zu knechten.

Die Sturmpetition des Volkes machte übrigens auch auf andere, die über jeden Verdacht einer reaktionären Gesinnung erhaben sind, einen widerlichen Eindruck. Friedrich Hebbel schrieb am 17. Mai: „Vorgestern hatten wir wieder eine Revolution. Nationalgarde und akademische Legion überreichten dem Kaiser eine Petition mit geladenen Musketen. Das Resultat war, daß das zum Teil Unmögliche bewilligt, daß also das Gouvernement gezwungen wurde, sich mit eigener Hand zu brandmarken. Alles jubelte, ich hätte fluchen mögen. Und von welchen Hammeln diese Revolutionsherde geleitet wird! Es ist unglaublich!"

Scharf schieden sich jetzt die Geister: der schon lange im stillen vorbereitete Riß innerhalb der Bürgerschaft trat mit einem Male deutlich hervor. Die Partei der „Schwarzgelben" rückte nun unwillig von den radikalen Vertretern der Demokratie ab und diese verlor sichtlich an Anhang. Die Gestalt des in der Ferne weilenden Kaisers bekam einen Schimmer mythischer Verklärung. Man erinnerte sich wehmütig an seine volkstümliche Haltung in den Märztagen, an seine Aussprüche, die damals ihm in den Mund gelegt wurden, wie: „Ich laß nicht schießen" oder das Wort, mit dem er die Bedenken seiner Umgebung gegen die Konstitution zum Schweigen brachte: „Bin ich Kaiser oder bin ich's nicht?"

Die Studenten, die den „guten" Kaiser, den „gütigsten aller Monarchen" vertrieben hatten, wurden beschimpft. Franz Grillparzer äußert sich ärgerlich über die „Knaben", die „Studenten, die nicht studieren", und die „Garden, die nicht bewachen". Adalbert Stifter, der damals Wien verließ, fand wohl die richtige psychologische Erklärung für das selbstbewußte, polternde Wesen der akademischen Jugend,

wenn er sagte, daß nun auch sie „Despotengelüste" hätten, weil sie den „Übermut anderer" zu lange getragen — aber despotischer Übermut war es in seinen Augen doch, wenn auch die Schuld in dem Vormärz zu suchen war. Auch in den Reihen des Kleinbürgertums riß Ernüchterung ein: die Gewerbetreibenden erkannten mit Schrecken die wirtschaftliche Schädigung, die ihnen durch das Stilliegen der Arbeit infolge des Wachestehens, der üblichen Umzüge und Katzenmusiken erwachsen war. Das besitzende Bürgertum aber wollte erst recht einmal zur Ruhe gelangen. Man bestürmte daher den Kaiser durch Deputationen, wieder nach Wien zu kommen — sogar der revolutionäre Sicherheitsausschuß, der sich Ende Mai an Stelle des Zentralkomitees gebildet hatte, schloß sich diesen Bittfahrten und Loyalitätskundgebungen an.

Auf der anderen Seite bildete oder verstärkte sich während der Abwesenheit des Kaisers die republikanische Gesinnung. Bisher war von einer solchen nicht viel zu merken. Die „Kaiserbarrikade", die, mit dem Bildnisse des Monarchen geschmückt, bei den Maiunruhen errichtet wurde, straft alle gegenteiligen Behauptungen Lügen. Aber unzweifelhaft reißt jetzt, als Gegenstoß zu dem großen Abschwenken, ein scharfer Ton, ein verbissener Radikalismus ein. Namentlich Häfners „Konstitution" wetterte in immer aufreizenderen Worten gegen die Kamarilla, gegen die zwei fremden „Eiterbeulen", womit Graf Bombelles, der Erzieher des Erzherzogs Franz Joseph, und die Kammerfrau Cibbini gemeint waren. Die „gemütliche Anarchie", über die vielfach gespöttelt wurde, fing langsam an ungemütlich, wahrhaft gefährlich zu werden.

Mit Bangen sahen wohlmeinende Freunde des Volkes die Katastrophe herannahen. So meinte Franz Grillparzer — Ende Mai — in einer Gesellschaft bei Frau Kurzrock verdrießlich: „Man hätte alles zur rechten Zeit niederhalten und in Ruhe ausführen sollen, was dem Staate so nötig war. Man hat aber den richtigen Augenblick versäumt und bald werden die Wogen über alle zusammenschlagen." Einen Monat später spricht Robert Hamerling die ahnungsvolle Klage aus:

Doch in des Lenzes Jubel mischt sich Bangen.
Denn ach, verwahrlost steh'n die jungen Blüten
Es fehlt der Gärtner, sorgsam sie zu hüten,
Und Wetterwolken seh'n wir drüber hangen.

Ja, die Führung fehlte. War schon vor der Flucht des Kaisers nicht viel davon zu merken, so schleiften jetzt, da ein Teil des Kabinettes in Innsbruck saß, die Zügel der staatlichen Gewalt vollends am Boden. Pillersdorff hatte jeden Rückhalt nach oben verloren. Die eigentliche Reichsgewalt ging auf den Kronrat in der Hauptstadt Tirols über, in welchem wieder die Erzherzogin Sophie die Hauptrolle spielte. Die liberalen Anwandlungen der vormärzlichen Zeit waren gründlich verflogen. Ihre Seele dürstete jetzt danach, mit dem „Trotz der Völker" abzurechnen, der Stephansturm-Politik — sie meinte damit das schwarz-rot-goldene Wien — ein Ende zu bereiten.

So lagen die Dinge, als die Tschechen in ihrer Angst vor den Folgen des Prager Pfingstaufstandes das Bedürfnis fühlten, dem kaiserlichen Hof sich anzubiedern. Die Entrüstung über die „undankbaren Wiener" bildete die Brücke zwischen den Herzen des Innsbrucker Kronrates und denen der Söhne der Slawa. Übrigens waren die Tschechen nicht die einzigen, die dem Kaiser einen sicheren Aufenthaltsort anboten und ihrer Loyalität schwungvollen Ausdruck verliehen. Ein „wahrer Wettbewerb der Provinzen um den Besitz des Kaisers" setzte ein,[189] der Ferdinand nach den schmerzlichen Aufregungen der letzten Zeit eine herzerquickende Genugtuung bereiten mußte.

Im Grunde freilich stand hinter diesem Ansturm um die Gunst des Monarchen eine recht bedenkliche Erscheinung: die Lockerung des Reichsverbandes, der Sieg des Ländergeistes, der zentrifugalen Kräfte. Die Landtage, die damals in den verschiedenen Provinzen versammelt waren, zeigen eine merkwürdige Gleichgültigkeit gegen die Interessen des Gesamtstaates. So verlangten die steirischen Bauern für den Landtag das Recht der Rekrutierung. Man müsse, meinten sie, über die Wehrmacht verfügen können, damit die Söhne der grünen Mark nicht in so ungesunden Gegen-

den wie Mantua oder Komorn verwendet würden. „Los von Wien" — so lautet die allgemeine Parole. Damals war es, da Leopold von Hasner seinen Aufsatz schrieb: „Ein Königreich für einen Österreicher."

Und doch, Österreich bestand noch — in seiner Armee, in dem Heere Radetzkys. Der 82jährige Feldherr, der, wie schon erwähnt, beim Losbruch der Märzrevolution seine Truppen aus den italienischen Provinzen hatte zurückziehen müssen, war fieberhaft tätig gewesen, um Verstärkungen heranzuziehen und zu einem großen Schlag gegen den König von Piemont-Sardinien auszuholen. Nach dem glorreichen Tag von Santa Lucia am 6. Mai konnte man der weiteren Gestaltung der Dinge hoffnungsvoll entgegensehen. Die „Donauzeitung" vom 8. Juni brachte das später so berühmt gewordene Gedicht Franz Grillparzers auf Radetzky, worin er mit begeisterten Worten die Armee als den Hort der Einheit des Kaiserstaates feierte.

Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich!
Nicht bloß um des Ruhmes Schimmer,
In Deinem Lager ist Österreich,
Wir andern sind einzelne Trümmer.

Der glänzende Sieg Radetzkys bei Custoza am 25. Juli öffnete den Österreichern die Tore Mailands und Venedigs. Es war — nach der Überwindung des Prager Juniaufstandes — der zweite große Schlag der Gegenrevolution. Das Vertrauen zu dem Gesamtstaat hob sich, die Partei der „Schwarz-Gelben" erfuhr eine namhafte Verstärkung. Anfangs August ertönten zum erstenmal die feierlichen Klänge des Radetzkymarsches von Vater Strauß, überall Begeisterung weckend — das neue Weihelied des österreichischen Patriotismus.

Es kam dem Aufschwung der schwarz-gelben Partei zugute, daß sich die Zustände in Wien unter der Herrschaft des Sicherheitsausschusses wesentlich verschlimmert hatten. Dem Idol der Freiheit war der letzte Schimmer des früheren Glanzes genommen worden. Seit 1. Juli ging über die Bretter des Leopoldstädter Theaters, allabendlich

stürmisch belacht und beklatscht, Nestroys grimmige Satire „Die Freiheit in Krähwinkel", in welcher der Wiener Aristophanes über die Errungenschaften der Demokratie die Lauge seines Spottes schüttete. Da verkündet der Journalist Ultra für Krähwinkel „Rede-, Preß- und sonstige Freiheit, Gleichgültigkeit aller Stände, offene Mündlichkeit, freie Wahlen nach vorhergegangener Stimmung, eine unendlich breite Basis, welche sich nach und nach in die Länge ziehen wird und zur Vermeidung aller diesfälligen Streitigkeiten gar kein System".

Der höhnende Tadel war leider nicht unberechtigt. Kurz vorher hatten sich die Wahlen zum konstituierenden Reichstag vollzogen, wobei in der Tat eine merkwürdige Gleichgültigkeit in die Erscheinung trat. In keinem der Wahlkreise wurden von den 2500 Urwählern mehr als 100 Stimmen abgegeben, in einem gar nur zwanzig! Weniger überraschend war es, daß die Wahlbeeinflußung, die „vorhergegangene Stimmung", schwungvoll betrieben wurde. Der Wahlkampf entschied zugunsten der Partei des Konservativismus und des gemäßigten Fortschrittes.

Die allgemeine Erwartung, es werde der Kaiser zur Eröffnung des Reichstages nach Wien kommen, erfüllte sich nicht. Auch der Thronfolger Franz Karl, der dann als Stellvertreter des Monarchen genannt wurde, oder sein Sohn, kam nicht, sondern es wurde dazu der Onkel Kaiser Ferdinands, Erzherzog Johann, auserkoren. Die Wahl des volkstümlichen Prinzen, der mit Recht den Ehrentitel „Alpenkönig und Menschenfreund" führte, machte einen guten Eindruck. Es regte sich anscheinend nirgends der Verdacht, daß diese Wahl weniger eine Konzession an das „souveräne" Volk, als vielmehr ein Akt der Vorsicht sein könnte — der Besorgnis, es könnte die Betrauung des nächsten Anwärters der Krone einer Anerkennung der revolutionären Errungenschaften gleichkommen.

Eine Fügung des Schicksals wollte es, daß Erzherzog Johann kurze Zeit nach seiner Ernennung zum Stellvertreter des Kaisers von der Frankfurter Nationalversammlung zum Haupte der provisorischen Reichszentralgewalt gewählt wurde. Mit dieser Wahl, die am 28. Juni mit einer er-

drückenden Mehrheit vorgenommen wurde, und mit der jubelnden Aufnahme, die der neue Reichsverweser in Frankfurt fand, hatten die Sympathien für Österreich einen weithin vernehmbaren Ausdruck gewonnen. Für die Austragung der großen Frage, welchem der beiden Vormächte Deutschlands die Kaiserkrone zufallen sollte, konnte die Wahl des Erzherzogs von guter Vorbedeutung sein.

Fürwahr kein leichter Stand war den österreichischen Volksboten, die sich zur feierlichen Eröffnung der deutschen Nationalversammlung am 18. Mai in der Paulskirche einfanden, beschieden gewesen. Die Abgeordneten Preußens sahen sie mit scheelen Augen an. Denn sofort spitzte sich die deutsche Frage zu einem Kampf zwischen dem Staate der Hohenzollern und dem der Habsburger zu. Selbstverständlich ließen sich die Parteigänger Preußens den Trumpf nicht entgehen, auf die Sünden des vormärzlichen Systems, auf die Rückständigkeit und den nicht reindeutschen Charakter der Donaumonarchie loszuhacken. Schon am 30. März hatte es ein Artikel der „Deutschen Zeitung" brüsk herausgesagt: „Der Staat, der noch immer am weitesten zurück ist, kann nicht unser Führer werden. Wir können nicht warten, bis Österreich nachholt, was es versäumt hat. Und es ist nun einmal nur halbdeutsch und stünde immer mit einem Fuße außerhalb Deutschlands. Die Stimmen erheben sich in Deutschland, die Österreichs Austritt aus dem deutschen Bund geradezu begehren."

Das klang gewiß nicht freundlich und war kein herzlicher Willkomm. Aber schon der warme Empfang der zum Vorparlament abgesandten Delegierten Österreichs bewies, daß Preußen keineswegs schon ganz Deutschland war und der Kaiserstaat an der Donau noch gewaltige Sympathien besaß. Zu dem tief im Gefühlsleben verankerten Gegensatz zwischen Nord und Süd traten gewichtige Faktoren wirtschaftlicher und religiöser Natur hinzu, dynastische, partikularistische Interessen, die Furcht vor der preußischen Hegemonie und nicht zuletzt geschichtliche Erinnerungen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sprach der Dichter Uhland die Empfindungen der Mehrheit des deutschen Volkes aus, wenn er in seiner unvergeßlichen Rede zu-

gunsten des Anschlusses Deutschösterreichs auf das „Stümperhafte" der Lösung hinwies, „die ein Dritteil der deutschen Länder außerhalb der Einigung läßt", um dann das schöne Wort zu sagen: „Welche Einbuße wir an Macht, an Gebiet, an Volkszahl erleiden würden, das ist hinreichend erörtert; ich füge nur eines bei: Deutschland würde ärmer um alle die Kraft des Geistes und Gemütes, die in einer deutschen Bevölkerung von acht Millionen lebendig ist." Gegenüber dem von kleindeutscher Seite gerne ausgespielten Argument, Österreich habe im Osten seine Mission, legte Uhland das warme Bekenntnis ab: „Mag immerhin Österreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen näheren, höheren Beruf, eine Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands."

Die Vertreter des Kaiserstaates in Frankfurt taten das Ihre dazu, um die Sache Österreichs zu fördern. Es war eine ganze Reihe glänzender Köpfe in die Paulskirche beordert worden, wie Schmerling, Anastasius Grün, Andrian, Mühlfeld, Bruck, Perthaler und Hartmann, und die warmblütige, liebenswürdige Art, wie sie sich gaben, verschaffte ihnen rasch Sympathien. „Alles wird den Herren," bemerkte Mevissen am 25. Juni von den österreichischen Abgeordneten, „entgegengetragen und in den Schoß geworfen, weil sie bescheiden und gutmütig nichts verlangen." Dagegen hatten es die Volksboten des Hohenzollernstaates weniger darauf abgesehen, sich beliebt zu machen; es galt ihnen vielmehr, seine Ansprüche durchzusetzen — und um diesen Preis nahmen sie auch das damals schon beliebte schmückende Beiwort „Verfluchter Preuß" gerne in den Kauf. Sie wußten, was sie wollten, und grämten sich nicht, als der Vorschlag, den König von Preußen zum Reichsverweser zu küren, „stürmische Heiterkeit" hervorrief. Von Preußen selbst wurde die Wahl Erzherzog Johanns lebhaft befürwortet. Es war ja nur der Schein einer Gewalt, die der österreichische Prinz — „Johann ohne Land" spottete man — in Frankfurt übernahm. Preußen konnte ruhig der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen; für dasselbe arbeitete am erfolgreichsten die Zeit und die — österreichische Regierung.

So war denn, wenn auch nur provisorisch und in Stellvertretung, die Zentralgewalt über Deutschland und die habsburgischen Erblande in einer Person vereinigt, als der Erzherzog am 22. Juli in Marschallsuniform unter äußerst feierlichem Gepränge den ersten Reichstag eröffnete. Als äußerer Rahmen für die denkwürdige Tagung diente die Hofreitschule, die bisher der Dressur von Pferden gewidmet war. Die vom Erzherzog verlesene Thronrede enthielt die Versicherung, daß dem Herzen des Monarchen alle Nationalitäten gleich nahe stünden. Dann hieß es ebenso viel- wie nichtssagend weiter: „In der freien Verbrüderung derselben, in der vollen Gleichberechtigung aller, sowie in dem innigen Verbande mit Deutschland finden alle Interessen eine feste Grundlage." Die Rede wurde mit vielem Beifall aufgenommen, denn die Ankündigung der Gleichberechtigung aller Nationen besaß damals wie später einen guten Klang, auch in den Ohren derjenigen, die darunter die Beherrschung der anderen verstanden. Daß die Anspielung auf die Vereinigung mit Deutschland auf der Rechten des Hauses, wo die Tschechen ihre Sitze aufgeschlagen hatten, auf geringere Begeisterung stieß, war begreiflich; dafür konnten sie bei einem der nächsten Sätze wieder nach Herzenslust klatschen.

Weniger erfreulich als die Eröffnungsfeier sollte, wenn wir eine einzige Episode ausnehmen, der restliche Teil dieses ersten Wiener Reichstages verlaufen. Es wurde viel, sehr viel geredet, gestritten und die Debatten setzten sich oft auf der Straße fort, wo die Vertreter des souveränen Volkes sich nicht scheuten, zum Gaudium der Wiener ihren sachlichen Argumenten handgreiflichen Nachdruck zu verleihen. Von allem Anfang an stand die Reichsversammlung im Zeichen des nationalen Haders. Die Slawen hatten das entschiedene Übergewicht und sie machten auch gar kein Hehl aus ihrer bevorzugten Position. Ladislaus Rieger, ein ebenso begeisterter Tscheche wie sein Schwiegervater Palacky, nebenbei bemerkt einer der glänzendsten Redner, sagte es ganz offen heraus: „Wir Slawen bilden die Majorität hier und im ganzen Reich und wenn wir wollen, wird Österreich bestehen, auf unseren Schultern ruht die Integrität des

Kaiserstaates." Oder kürzer: „Nur so lange die Slawen wollen, besteht Österreich." In ihrem gesteigerten Selbstbewußtsein mußte der schwarz-rot-goldene Aufputz der Stadt auf sie wie das rote Tuch wirken.

Auf der anderen Seite verfehlte die Tatsache, daß die Slawen auf dem konstituierenden Reichstag das große Wort führten, nicht ihre tief verstimmende Wirkung auf die deutschen Gastgeber, die sich so in ihrer eigenen Wohnung nicht zu Hause fühlten. Einige Wiener Blätter gaben ihrem Unmut dadurch Ausdruck, daß sie mit einem Trauerrand erschienen. Zu spät erkannten die hinter ihnen stehenden schwarz-rot-goldenen Demokraten, daß sie sich ganz unnötig für die Einberufung eines auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebauten Reichstages erhitzt hatten. Etwas hellere Köpfe wie der Präsident des Frankfurter Vorparlamentes Soiron hatten es gleich herausbekommen, daß ein einheitlich geleitetes konstitutionelles Österreich die deutsche Führung unmöglich machte. Es war ein Irrtum, der in einer Zeit, die mehr durch den Überschwang der Gefühle und begeisterte Hingabe an große Ideale, als durch Klarheit der Gedanken und Ziele ausgezeichnet erscheint, nicht weiter wundernimmt; teilten ihn doch auch später, als die Klärung der politischen Ideen schon hätte eingetreten sein können, reifere, hochintelligente Männer, die Träger und Säulen des deutschen Liberalismus.

Sicherlich hatten die deutschen Demokraten auf die Unterstützung der freiheitlich gesinnten Slawen gerechnet. Allein für diese bestanden die freiheitlichen Wünsche lediglich in der Stärkung ihrer nationalen Stellung. Mit vollem Recht saßen die Tschechen auf der Rechten des Hauses, die nach den parlamentarischen Gepflogenheiten der Regierungspartei eingeräumt war — in der Tat als solche fühlten sie sich und wurden auch als ministerielle Partei von der Regierung angesehen.

Gleich bei der Beratung der Geschäftsordnung flammte der Sprachenstreit in vollster Schärfe auf. Die von slawischer Seite gegebene Anregung, alle Anträge in die verschiedenen Landessprachen zu übertragen, rief schon aus rein praktischen Gründen lebhaften Widerspruch hervor.

Kajetan Mayer, einer der begabtesten Vertreter der deutschen Fortschrittspartei, verwahrte sich gegen einen derartigen „babylonischen" Reichstag und verlangte, daß das Deutsche die Verhandlungssprache sein sollte. Doch davon wollten die Slawen nichts hören. Niemals, erklärte Rieger feierlich und kategorisch, könne es eine „Staatssprache" geben — er meinte natürlich mit Ausnahme einer tschechischen.

Die leidige Angelegenheit der parlamentarischen Geschäftssprache bekam dadurch ihre besondere Schwierigkeit, daß ein großer Teil der Volksdelegierten — zum Unterschied von den gebildeten Slawen, die nur nicht deutsch reden wollten — die deutsche Sprache wirklich nicht beherrschten, wie die zahlreich erschienenen galizischen Bauern, die mit Ungestüm auf die Beiziehung von Dolmetschen drangen. Fast rührend klingt das, was einer ihrer Wortführer sagte: „Ich danke schön, wenn alles deutsch, wer wird polnisch sein?" Nach langen und hitzigen Wortgefechten kam man schließlich dahin überein, daß die Erklärung des Deutschen als Geschäftssprache unterblieb; es wurde jedem einzelnen überlassen, sich über den Inhalt der Verhandlungen Kenntnis zu verschaffen. Da ereignete es sich nun, daß die biederen Landleute aus Galizien, so oft ein Antrag zur Abstimmung gelangte, sich erhoben, um die feierliche Erklärung abzugeben, sie verstünden von der Sache nichts. Auf das hin wurde die Sitzung auf zehn Minuten unterbrochen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich entsprechend belehren zu lassen. Wie auf ein gegebenes Signal stürzten sich alle auf die aufklärungsbedürftigen Agrarier, um sie in ihrem Sinne zu bearbeiten. Vielleicht hätten sie, auch wenn sie des Deutschen mächtig gewesen wären, nicht viel verstanden; denn um die Höhe ihrer politischen Bildung zu bemessen, ist es von Wert zu erfahren, daß die größtenteils kaisertreuen Ruthenen zu ihrem Deputierten den — Monarchen wählen wollten.

Alles in allem kein erquickliches Bild, alles eher als ein guter, vielversprechender Anfang — ein wüstes Chaos von nationalen und politischen Stimmungen und Wünschen, ein trauriges Zeugnis der auseinanderstrebenden Kräfte. Ein

jeder hatte nur, wie dies treffend hervorgehoben wurde, sein provinzielles Sonderinteresse oder den Standpunkt seiner Partei im Auge, aber „an Österreich, an den Gesamtstaat dachten nur die wenigsten".[190]

Nur einmal rafften sich die Volksvertreter zu einer wirklichen Tat auf, die allerdings geschehen mußte — es war das Werk der Grundentlastung, das über Antrag des jüngsten Abgeordneten Hans Kudlich, Abgeordneter der Stadt Troppau, beschlossen wurde. Mit diesem Akt der Bauernbefreiung, der so dringend geworden war, daß sich auch der ständische Zentralausschuß, der im April tagte, mit ihr beschäftigte, war das Interesse der ländlichen Bevölkerung erschöpft. Die Bauern zogen sich von den Arbeiten des Reichstages zurück. Die ganze Revolution hatte für sie jeden Wert verloren — sie sind ja dann auch die Säulen der späteren Reaktion geworden.

Aber auch bei dieser gemeinnützigen Frage brachen die großen Gegensätze, die den Reichstag beherrschten, schroff hervor. Die Tschechen lehnten von ihrem föderalistischen Standpunkt aus die Aufstellung eines allgemeinen Grundsatzes ab, der, wie sie geltend machten, allen Provinzen „wehe tun" möchte — jede Provinz sollte für sich selbst entscheiden. Vor der Verabschiedung des Gesetzes gab es dann noch eine bewegte Debatte über die Frage, ob das Gesetz der Sanktion durch die Krone bedürfe. Die demokratische Linke als treue Hüterin des Prinzipes der Volkssouveränität verneinte natürlich die Frage. Sie wurde schließlich bejaht. Dagegen war der Reichstag nicht dazu zu bewegen, in den Wortlaut des Gesetzes dem Kaiser das Prädikat „von Gottes Gnaden" zuzubilligen. Auf die Kunde davon soll Fürst Windischgrätz die zornige Äußerung getan haben: „Wenn sie von Gottes Gnaden nichts hören wollen, so werden sie von Kanonen Gnaden hören müssen."

Die Weigerung der Volksboten, den göttlichen Ursprung des wohltätigen Gesetzes anzuerkennen, ist bezeichnend. Die Demokraten des Wiener Reichstages sahen in ihrer doktrinären Verbohrtheit — so wenig wie früher der von ihnen in Grund und Boden verdammte Fürst Metternich — die Zeichen der Zeit. Sie merkten nicht, „gesinnungstüchtig"

und „unentwegt" wie sie waren, daß sich über ihren Häuptern die Wolken drohend zusammenballten. Realpolitiker, die klug nach der Decke sich strecken und, um das Ganze zu retten, auch Zugeständnisse zu machen bereit sind, waren sie keine. Ein klein wenig hätten sie von dem Manne lernen können, der vor ihnen auf der Regierungsbank saß — Dr. Alexander Bach, Justizminister des neuen Kabinettes Doblhoff.

Noch im Juni hatte er von der Revolution vom 26. Mai rühmend gesagt, es sei an diesem Tage der Wille des Volkes mit „leserlicher Barrikadenschrift" ausgesprochen worden.[191] Jetzt war er der erklärte Mann der Ordnung geworden, der im Namen der Regierung schroff den Standpunkt der staatlichen Autorität vertrat. Man hat über die Wandlungen des geistvollen und energischen Advokaten, der aus Ehrgeiz zum großen „Kautschukmann" geworden war, viel gespottet und gerne die Worte aus seiner Wahlrede, in der er stolz auf seine unveränderliche Gesinnung hinwies, angeführt — im Grunde war Bach genau so ein Opfer des Systems, dieser „Schule der Charakterlosigkeit", wie viele andere. Aber das Umschwenken des Konjunkturpolitikers hätte seinen Gesinnungsgenossen von ehedem eine Mahnung sein sollen, den Bogen nicht zu überspannen, im Interesse der guten Sache den Vorwurf einer „anarchischen Faktion" zu entkräften.

Der Hof war, gestützt auf die militärischen Erfolge in Italien, die Loyalitätskundgebungen der Wiener und das stete Anschwellen der „Schwarz-Gelben", aber sehr gegen den Willen des Generals Windischgrätz, am 12. August nach der alten Residenz zurückgekehrt, von den Wienern mit festlichem Jubel empfangen. Allein er mußte bald erkennen, daß der Geist der Revolution, die Nachwirkungen der März- und Maiereignisse, noch nicht ganz aus den Mauern der Stadt gewichen war. Bei einer Parade der Nationalgarde und der akademischen Legion wurde der Kaiser — wenig taktvoll — statt mit der Volkshymne mit dem „Fuchsliede", mit der neckischen Frage: „Was macht der lederne Herr Papa?" begrüßt. Vier Tage später kam es im Prater zu einer förmlichen Schlacht zwischen der Munizipalgarde und den Tag-

löhnern, die dort nutzlose Notstandsarbeiten verrichteten. Die sozialen Gegensätze spitzten sich immer mehr zu und der Terror der Straße färbte wieder auf die demokratische Linke im Reichstag ab. In die schon lange gewitterschwüle Atmosphäre platzte nun die — ungarische Frage herein.

Die Schaffung des ungarischen Nationalstaates durch die Aprilverfassung hatte die nichtmagyarischen Nationalitäten auf den Kampfplatz gerufen. Ob es von Kossuth, dem eigentlichen Haupt der neuen Regierung, klug war, in einem Moment, da das Verhältnis zur Wiener Zentralregierung noch alles eher als geklärt war, den Serben und Kroaten gegenüber, wie wir hörten, ans Schwert zu klopfen, ist eine andere Frage.

Der Wiener Hof hatte, getreu seiner im Vormärz befolgten Nationalitätenpolitik, wenige Tage vor dem Abschluß der ungarischen Aprilgesetze, am 23. März, den Grenzobersten Josef Freiherrn von Jellačić, einen überzeugten Anhänger der südslawischen Bestrebungen — als Gegengewicht zu den großen Errungenschaften der Magyaren — zum Banus von Kroatien ernannt. Jellačić, einer der wenigen Männer, die in dem damaligen Durcheinander wußten, was sie wollten, war als Kommandant der Militärgrenze in der glücklichen Lage, über ein erprobtes Volk in Waffen zu verfügen und Kossuths Appell an die Gewalt die Spitze zu bieten. Bald nach seiner Ernennung zum Banus, noch im März, meldeten die Kroaten in Wien ihre Forderungen an, die auf nichts Geringeres hinzielten als auf die Errichtung eines selbständigen Südslawenreiches — einschließlich Dalmatiens — mit einem eigenen nationalen Ministerium und einem Landtag, der abwechselnd in Agram, Esseg, Fiume und Zara abgehalten werden sollte.

Ihrem Beispiel folgten Mitte Mai die Serben, die auf der Nationalversammlung zu Karlowitz ihre Ansprüche als politisch freie und selbständige Nation unter dem habsburgischen Zepter und der gemeinsamen ungarischen Krone anmeldeten. Die neue serbische Woiwodschaft sollte mit dem dreieinigen Königreich in nähere Verbindung treten. Daneben aber waren auch panserbische Bestrebungen, teilweise von Belgrad aus unterstützt, im Gange, die auf die

Errichtung eines südslawischen Königreiches unter Alexander Karagjorgjević zielten, welchem Reiche Serbien, Bosnien, Bulgarien, Kroatien, Slawonien, Syrmium und Südungarn angehören sollten. Auch die Slowaken Oberungarns rührten sich. Auf ihrer Volksversammlung in Liptó-St. Mihaly wurde am 11. Mai für alle ungarischen Nationalitäten ein eigener Landtag und das Recht, in den öffentlichen Verhandlungen der eigenen Sprache sich zu bedienen, gefordert. Um dieselbe Zeit versammelte sich in Blasendorf das „Volk der Romänen", um die gleichen nationalen Rechte zu verlangen.

Die Verhandlungen des Prager Slawenkongresses, der seine Stimme auch für die von den Magyaren unterdrückten Völker erhob, gaben die frohe Gewißheit, daß hinter ihnen das gesamte Slawentum stand. Die Hoffnungen der Slawen richteten sich auch auf Rußland, das sie gegen die Magyaren schützen sollte. Iwan Kirejewsky schrieb am 2. Mai an Pogodin: „Bis es morgen Tag wird, wird Österreich zerfallen sein. Slawische Staaten beginnen sich aus ihm zu kristallisieren."[192]

Dieser drohenden Gefahr des Slawismus gegenüber suchten die Magyaren eine Rückendeckung bei der deutschen Nationalversammlung. Das Pester Ministerium beschloß am 14. Mai, eine Gesandtschaft nach Frankfurt zu schicken, um mit Hilfe Deutschlands die Suprematie der magyarischen Nation zu erhalten. Der ungarische Minister des Äußern Fürst Esterhazy wurde angewiesen, am Hoflager in Innsbruck die Bestrebungen der Polen Galiziens nach Selbständigkeit im Rahmen der Monarchie zu unterstützen und sie von der Teilnahme am Prager Slawenkongreß abzuhalten.

Interessant ist nun, wie sich der Kaiserhof zu dieser Entwicklung der Nationalitätenfrage in Ungarn verhielt. In dem zuerst versteckten, dann offenen Kampf der Kroaten und Serben gegen die magyarische Herrschaft des Märzministeriums Batthyány-Kossuth stellte er sich offen auf die Seite der Magyaren. Die kaiserlichen Regimenter in Ungarn erhielten den Befehl, nach den Weisungen des Pester Ministeriums die widerspenstigen Südslawen zu bekämpfen.

Bei den ungarischen Truppen, die ebenso wie die österreichischen auf die Aprilverfassung vereidigt worden waren, bedurfte es nicht einer solchen Mahnung. Graf Batthyány, der persönlich ans Hoflager nach Innsbruck gereist war, erwirkte vom Kaiser das Handschreiben vom 10. Juni, worin Jellačić mit scharfen Worten der Mißbilligung seines Ungehorsams und der Untreue von seinem Posten als Banus abgesetzt wurde. Jellačić, der sich der besonderen Gunst des eigentlichen Kaisers, nämlich der Erzherzogin Sophie und ihres Gemahls Franz Karl, erfreute, mag nicht wenig betroffen gewesen sein, als er sich als Rebell gebrandmarkt sah, ließ sich indes nicht aus seiner Bahn bringen und begann, wie von Karl Renner fein gesagt wurde, „die Rolle zu spielen, seinem Herrn gegen dessen Willen treu zu sein ...“[193] Der Rebell des ungarischen Königs, der „Nicht-Ban und Dennoch-Ban“, betrachtete sich als der getreue Eckart des österreichischen Kaisertums.

Erst als man in Italien festen Boden unter den Füßen fühlte und auf die Hilfe der ungarischen Regimenter nicht mehr angewiesen war, fiel die Maske. Oder sollte man erst jetzt, nach vier Monaten, erkannt haben, daß die Aprilverfassung, die den Magyaren ein selbständiges Kriegs- und Finanzministerium zugestand, in den Rahmen eines Einheitsstaates nicht paßte? So wahnwitzig die ganze von den magyarischen Ultras eingeschlagene Politik — spricht doch selbst ein Ungar wie Deák von einem Opfer des ungemessenen Ehrgeizes und Unverstandes Kossuths — gewesen sein mag, versteht man doch sehr wohl die Empörung, die im ganzen Lande über das unwürdige „freche Doppelspiel“, das „treulose“ Vorgehen des Wiener Hofes herrschte. Wenige Tage nach dem entscheidenden Siege bei Custoza wurde der vorhin gemaßregelte Jellačić mit Handschreiben vom 4. September wieder in seine Ämter eingesetzt und wegen seiner unzweifelhaften Beweise der Treue und Anhänglichkeit belobt.

Eine Woche später, am 11. September, überschritt der belobte Banus, der Zustimmung des Wiener Hofes sicher, die Drau, um Ungarn mit Waffengewalt zu Paaren zu treiben. Das Merkwürdige war geschehen: „Der König von

Kroatien hatte dem König von Ungarn den Krieg erklärt, der Kaiser von Österreich war neutral und diese drei Monarchen waren eine und dieselbe Person." In der Tat, „etwas Sonderbareres läßt sich kaum denken".[104] Tiefer Schmerz über diese verhängnisvolle Wendung bemächtigte sich aller Patrioten Ungarns, die eine friedliche Lösung der Wirrnisse sich erhofft hatten. Graf Széchenyi, der „größte Ungar", schon lange nervenleidend, verübte Selbstmord, indem er sich in die Donau stürzte. Graf Batthyány trat von der Regierung zurück; Kossuth ergriff die Zügel und veranlaßte sofort die Aufstellung einer nationalen Armee und die Ausgabe von Papiergeld — „unbeschadet der künftigen Sanktion der Gesetze durch den König". Allein diese Sanktion kam nicht — der König versagte den Beschlüssen des Reichstages seine Zustimmung. Da versuchte dieser noch ein letztes: eine Abordnung ging nach Wien, um das österreichische Parlament zu einer Vermittlung zwischen der Krone und Ungarn zu bewegen.

Es war ein großer geschichtlicher Augenblick, als — am 19. September — die ungarische Deputation an der Pforte des Wiener Reichstages anklopfte, um gleichsam von Volk zu Volk die schwere Frage zu schlichten.

Die deutsche Linke trat mit Entschiedenheit für die Annahme der Deputation ein, aber ebenso energisch stemmte sich die slawische Rechte dagegen. Die Stunde war gekommen, um an den Unterdrückern der ungarländischen Slawen Rache zu nehmen. Die Magyaren waren die erklärten Verbündeten der Frankfurter Nationalversammlung, aus der das große starke Deutschland hervorgehen sollte. Das Gespenst einer gewaltsamen Germanisierung zog vor ihnen drohend auf. Schon hatte auch der große Schutzherr des Slawentums Schritte unternommen, um seine bedrohte Machtstellung zu sichern. Der russische Kanzler Nesselrode schrieb am 30. August bedeutungsvoll an den Geschäftsträger in Paris, Graf Kiselew, daß gegenüber einer solchen starken und festgefügten Macht von 45 Millionen Menschen, wie sie der Reichstag von Frankfurt in der Mitte Europas zu gründen beabsichtige, eine vollständige Interessensolidarität zwischen Rußland und Frank-

reich bestehe.[195] So sehen wir deutlich die Gegner des Deutschtums und der Magyaren ihre Kampfstellungen beziehen. Ludwig Löhner hatte daher kein Glück, als er den Gegnern der Vermittlung warnend zurief, daß nach den Magyaren sie selber an die Reihe kommen würden — die Slawen als Regierungspartei fühlten sich wenig betroffen. Bei der Abstimmung erfochten sie im Bunde mit den Schwarz-Gelben einen glänzenden Sieg gegen die nur von den Polen unterstützte deutsche Linke.

Die Zurückweisung der ungarischen Deputation bildet die geistige Brücke zu den traurigen Vorgängen des 6. Oktober, der den Schlußakt der österreichischen Revolution einleitete. Die Wiener Demokratie, von dem richtigen Gefühl geleitet, daß angesichts der drohenden Reaktion zwischen ihr und den Magyaren eine innige Schicksalsgemeinschaft bestand, außerdem von ungarischen Agitatoren eifrig bearbeitet, setzte sich an diesem Unglückstage dem Abmarsch von Truppen nach Ungarn gewaltsam entgegen. Der Kriegsminister Graf Latour wird von einer fanatisierten Menge, der Hefe des Volkes, in bestialischer Weise hingeschlachtet.

Von „tiefem Schmerz" erfüllt, gab Adolf Pichler seiner Überzeugung Ausdruck, daß die „hehren" Begriffe von Freiheit und Gleichheit, für die man sich in der Jugend begeisterte, zwar als Ideale die Zielpunkte des Strebens der Besten seien, ihre Verwirklichung in den Massen aber schwerlich jemals erhofft werden könnte. Hans Perthaler warf in der Entrüstung über die „verabscheuungswürdige" Hinmordung des greisen Ministers die von Unwürdigen geschändete Nationalgarde-Uniform von sich und verließ am nächsten Tage die Stadt.

Der Kaiser und seine Familie verließen am frühen Morgen des nächsten Tages Schönbrunn, um sich unter starker militärischer Bedeckung in die Festung Olmütz zu begeben. Ein großer Teil des Adels und der Bürgerschaft folgte dem Beispiel, und nun rückte Fürst Windischgrätz, der Bändiger des Prager Pfingstaufstandes, mit einem großen Heere von 60.000 Mann, dem sich noch die Kroaten des Banus Jellačić anschlossen, gegen die Stadt Wien heran. Der General hatte

in Olmütz vom Kaiser den Feldmarschallstab erhalten und mit dem Stolz über die neue Würde mag sich ein hohes Gefühl der Genugtuung darüber verbunden haben, daß alles so gekommen, wie er es vorausgesehen und bedacht hatte, daß er nun endlich die Gelegenheit, die ihm am 14. März entschlüpft war, in Händen hielt, mit der Revolution gründlich abzurechnen.

In der Weisung, die er am 28. August dem neuen Generaladjutanten des Kaisers Fürst Josef Lobkowitz auf den Weg gab, kommt die bemerkenswerte Stelle vor: „Leider sind schon so viele Fehler geschehen, die nicht mehr gut zu machen sind; allein die Regierung steht auf einem so lockeren Boden, daß es in kürzester Zeit zu einer Revolution kommen muß, wo es sich vorerst nur darum handeln wird, die geheiligte Person Seiner Majestät des Kaisers in Sicherheit zu bringen. Vor allem mache ich Dich verantwortlich, daß Seine Majestät keine Konzessionen mehr mache... Sobald Du bemerken solltest, daß man auf eine Konzession dringt oder daß die Person des Kaisers auf irgendeine Art in Gefahr kommt, so nehme so viele Truppen wie möglich zusammen und führe Seine Majestät mit der ganzen kaiserlichen Familie unter dem Schutze seiner Armee, und nicht als Flucht, über Krems nach Olmütz. Dann werde ich Wien erobern, Seine Majestät wird zugunsten seines Neffen Erzherzog Franz Joseph abdizieren, und dann werde ich Ofen erobern."

Alexander Helfert, dem wir die Kenntnis dieser geheimen Instruktion verdanken, hat von einer „staunenswerten Voraussicht" des Feldmarschalls gesprochen. Mag sein — aber nicht minder staunenswert ist die geradezu diabolische Hinterlist, mit der die Gegenrevolution zu Werke ging, um die Freiheitsbewegung umzubringen. Warum ließ man die Wiener Regierung auf „so lockerem Boden" stehen? Wahrhaft unverantwortlich muß es erscheinen, daß man nichts tat, um sie zu stützen, daß man sie fast wehrlos der Bewegung auslieferte und sie so förmlich zwang, vor der Demokratie zu kapitulieren. Man versteht die Bitterkeit, mit der sich der Minister Pillersdorff über diese grobe Unterlassungssünde des Diktators beschwerte, die sich aber

in Wahrheit, wie Heinrich Friedjung sagt, als „häßliche Absicht und Berechnung" darstellt. Der Minister Wessenberg ging noch weiter, wenn er behauptete, daß Windischgrätz durch sein merkwürdiges Verhalten den Sieg der Oktoberrevolution geradezu ermöglichte. Wieso kam es, daß er jetzt auf einmal 60.000 Mann, ohne daß die Monarchie umfiel, zur Eroberung Wiens abgeben konnte! So trifft wohl auch den Feldmarschall ein vollgerütteltes Maß von Schuld an den beklagenswerten Vorgängen des Oktobers.

Alle Vermittlungsversuche, die in letzter Stunde von seiten des Frankfurter Parlaments, des Wiener Reichstages und nicht zuletzt des Ministers Pillersdorff unternommen wurden, um die Katastrophe von Wien abzuwenden, scheiterten an dem schroffen Widerstand des Militärgewaltigen, der darauf brannte, die reife Frucht seines fein angelegten Planes zu pflücken.

Noch zuletzt, da die Kanonen schon auf die Stadt gerichtet waren, führte man die unwürdige Komödie auf, den Kaiser in der Proklamation vom 19. Oktober versichern zu lassen, daß die seinen Völkern gewährten Rechte und Freiheiten „in ihrer ganzen Ausdehnung ungeschmälert" bleiben sollten und er solche neuerdings durch sein „kaiserliches Wort verbürge". Die Wiener, deren Verteidigungsmaßnahmen vom Ministerium des Innern bestätigt worden waren, waren so berechtigt, in dem Vorgehen des Feldmarschalls einen Akt der „Ungesetzlichkeit" zu erblicken: sie kämpften nicht gegen den Monarchen, sondern gegen „Generale, welche den Willen des Kaisers mißachten" — also eigentlich war Windischgrätz der „Rebell", nicht sie. Das Hetzendorfer Manifest des Fürsten Windischgrätz, das jede Aussicht auf Schonung vermissen ließ, konnte nur die Wirkung haben, daß die Führer der Bewegung, vom Mute der Verzweiflung erfüllt, den hoffnungslosen Kampf aufzunehmen sich entschlossen.

Alles, worauf die Wiener Demokraten gerechnet hatten, ließ sie im Stiche. Die Bauern, die der Revolution ihre Befreiung verdankten, rührten nicht eine Hand und verteuerten den Belagerten noch obendrein die Lebensmittel; ein großer Teil der Bevölkerung Wiens stand mit seinen Sympathien

auf Seite der Angreifer, und die Ungarn, welche durch die Erhebung Wiens wertvolle Zeit gewonnen hatten, sich militärisch zu organisieren, kamen viel zu spät — mit Leichtigkeit wurden sie bei Schwechat von Jellačić zurückgetrieben. Die Wiener, von dem polnischen General Bem und dem phantastischen Messenhauser befehligt, konnten sich trotz ihres tapferen Widerstandes nicht lange halten. Am Abend des letzten Oktober zog Windischgrätz mit seiner größtenteils slawischen Armee in die Stadt ein und am 1. November flatterte von der Rose des Stephansturmes statt der deutschen Trikolore ein riesengroßes schwarzgelbes Banner, das „Siegeszeichen der Militärherrschaft und Reaktion". Eine Welle der Abscheu und des Hasses ergoß sich auf das schwarz-rot-goldene Wien. Selbst Mitglieder des deutschen Hochadels wie Fürst Friedrich Schwarzenberg bedauerten, daß dieses „Schandnest mit seinen ebenso niederträchtigen als stupiden Bewohnern" nicht in Flammen aufgegangen sei. Und dieser deutsche „Landsknecht" zieht die Lehre, daß das Kaiserhaus besser täte, sich auf Magyaren und Slawen zu stützen, denn nur in Wien sei die Bewegung antidynastisch gewesen.

Ein strenges Strafgericht ging nun über die Häupter der revolutionären Bewegung nieder, wobei die Absicht, ein Exempel zu statuieren, sichtlich hervortrat. Unter den standrechtlich Hingerichteten befand sich auch ein Mitglied der Deputation, welche die Linke der Frankfurter Nationalversammlung nach Wien geschickt hatte — Robert Blum. Das war eine deutliche Absage, an die Adresse der Paulskirche gerichtet. In den Reihen der Schwarz-Gelben wurde triumphierend gesagt: In Wien sei Frankfurt und Pest besiegt worden.

Ob die Hinrichtung Blums vom Standpunkt der deutschen Politik Österreichs klug war, ist eine andere Frage. Selbst in jenen Kreisen Deutschlands, welche die Ausschreitungen der österreichischen Revolution nicht gut hießen, wurde das Blutgericht mißbilligt. Zu nahe lag die Vermutung, daß man an Blum für Latour Vergeltung übte. „Auge um Auge — das ist Beduinenrecht, aber es ist nicht kaiserlich," äußerte sich bitter Gustav Freytag.

Die schönen Blütenträume der Märztage waren zerstoben, die erhebenden Ideale von Freiheit, Gleichheit und Völkerstaat von den rauhen Stürmen des traurigen Herbstes grausam zerpflückt worden. Kein Zweifel: die Freiheit war mißbraucht und geschändet worden, die Träger der Bewegung hatten sich als unreif und unfähig erwiesen. Grillparzer hatte gewiß recht mit seiner scharfen Bemerkung, daß zur Freiheit vor allem „gesunder Verstand und Selbstbeschränkung" gehöre und es daran gefehlt habe. Aber ebenso recht hatte ein anderer Zeitgenosse, der uns in seinem Epilog auf die Achtundvierziger Revolution die Quelle dieser Fehler und Verirrungen angibt. „Alle die Sünden der Franz-Metternichtigkeit," bemerkt Johannes Scherr in seiner grobpolternden Art, „schlugen jetzt zu revolutionären Giftblüten aus. Der Druck der Schafschurpolitik hatte seit Menschenaltern den Volksgeist so unerbittlich zusammengepreßt und niedergewuchtet, daß er jetzt, plötzlich freigegeben, unmöglich über das Niveau kindischer Phantasmagorien, dunkler Instinkte und unklarer Vorstellungen sich zu erheben vermochte." Einzig und allein das alte Regierungssystem sei schuld an dieser „Unreife und Unbildung und an allem hieraus sich mit Notwendigkeit ergebenden Absurden und Gemeinen" — dieses System, das ein „gutartiges, mit trefflichen, natürlichen Anlagen ausgestattetes Volk" methodisch hinter der Zeit zurückgehalten hat. Im Frühjahr 1848 sind in Österreich nur die Saaten „aufgegangen", welche das patriarchalische Regiment ausgestreut hatte.

Indes, die Gedanken und Bestrebungen der Achtundvierziger Revolution waren, wenn auch vielfach ins Groteske verzerrt, im Kerne durchaus lebensfähig und ihnen gehörte die Zukunft. Unvergessen blieb die Rolle, welche die Arbeiter und Studenten darin gespielt, blieben die damals gegebenen Anregungen zu einer gesunden Sozialpolitik und Arbeiterfürsorge, die Forderungen nach Koalitionsrecht, Kranken- und Invaliditätsversicherung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Maximalarbeitszeit und Minimalarbeitslohn usw. Unvergessen blieb auch die Stellung, welche die verschiedenen Völker des österreichischen

Kaiserstaates im öffentlichen Leben eingenommen, vor allem die Tschechen, Südslawen und die Magyaren, die gemeinsame Arbeit am Slawenkongreß zu Prag wie in der Frankfurter Paulskirche, und leider auch die Kampfstellung, welche damals bezogen wurde — in all dem liegt die hervorragende Bedeutung des „tollen Jahres".

Nur aus dem Wahnwitz und Wirrsal des Sturmjahres aber ist, wie schon erwähnt, das hirnverbrannte Walten der nun folgenden Reaktion zu erklären: der Neubau Österreichs, die Rückkehr des alten, überlebten Systems unter neuer Verbrämung.

4. DIE THRONBESTEIGUNG KAISER FRANZ JOSEPHS I. KREMSIER UND DIE MÄRZVERFASSUNG VON 1849

Die Flucht des Hofes, die am Tage nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution unter starker militärischer Bedeckung bewerkstelligt wurde, führte nicht wieder in die Berge Tirols, sondern, wie es seit Monaten vom Fürsten Windischgrätz bestimmt worden war, in die — mährische Bischofstadt und Festung Olmütz.

Zwei Wochen später wurde der konstituierende Reichstag geschlossen und nach dem hannakischen Kremsier verlegt. Der Geschichtsschreiber Anton Springer schildert sehr humorvoll den Eindruck, den die Übersiedlung des ersten Parlaments in das Sommerschloß des Olmützer Erzbischofs hervorrief. „Gar manche, welche das Reskript lasen," so erzählt er, „mußten erst die Landkarte und geographische Handbücher zu Rate ziehen, um sich über die genaue Lage und Beschaffenheit des unbekannten Städtchens eine klare Anschauung zu verschaffen." Kein Zweifel, — der Reichstag war in die Verbannung geschickt worden, und zwar nicht zuletzt auf Betreiben der Tschechen, die sich nicht wenig darauf zugute hielten, den Kaiser wie die Reichsversammlung in ihre Hand bekommen zu haben.

Einen Tag bevor der nachmals so berühmt gewordene Kremsierer Reichstag seine Beratungen aufnahm, am

21. November, trat ein neues Ministerium ins Leben, das eine ganz eigenartige Zusammensetzung aufwies. An der Spitze des Kabinettes stand Fürst Felix Schwarzenberg,[198] ein Schwager des damals mächtigsten Mannes, des Diktators Fürsten Windischgrätz, wie dieser ein Mitglied des böhmischen Hochadels und ein erklärter Feind der Revolution, die er eben erst persönlich vor Wien in den Reihen der Belagerungsarmee bekämpft hatte.

Ursprünglich Reiteroffizier, hatte sich Felix Schwarzenberg im Alter von 24 Jahren der diplomatischen Laufbahn zugewendet, ohne aber seine militärische Stellung aufzugeben, und war dann auf den verschiedensten Posten des Auslandes tätig, um fast überall durch eine Skandalaffäre von sich reden zu machen und mit einem großen Krach zu scheiden — von Petersburg mußte er abberufen werden, weil er in den Dekabristenaufstand verwickelt war, von Lissabon, weil er vom Volk mit Steinen beworfen wurde, und von London, weil er eine hübsche Lady ihrem Gatten entführte. So kam er viel in der Welt herum, lernte die Menschen kennen und verachten und landete schließlich im Lager Radetzkys, wo er als „Armeediplomat" sich bewährte, um von da, wie schon erwähnt, seinen Weg in das Heer des Fürsten Windischgrätz zu finden.

Von Natur aus zweifellos begabt, scheint Schwarzenberg seiner Bildung — Kübeck spricht von des Fürsten „arroganter Unwissenheit" — auch auf dem Gebiete seines Faches nur ein geringes Augenmerk zugewandt zu haben. Von dem Innenleben der Monarchie verstand er so wenig, daß er, wie ihm sein Sekretär Baron Hübner nachsagte, nicht einmal die politischen Richtungslinien der Parteien kannte — eine Unkenntnis, die wohl damit zusammenhing, daß der stolze Aristokrat und überzeugte Autokrat, auch hier ein gelehriger Schüler Metternichs, den Volkskräften gegenüber eine souveräne Geringschätzung und Verachtung an den Tag legte.

Aber eines brachte Schwarzenberg mit, was all den Regierungen der nachmärzlichen Zeit wie der Staatskonferenz unseligen Angedenkens so vollständig fehlte: einen festen, eisernen Willen, eine unerschütterliche, jugendliche

Schwungkraft. Niemand hätte in dem durch reichlichen Lebensgenuß vorzeitig verbrauchten und abgelebten Mann — er zählte noch nicht fünfzig Jahre — jene „stahlharte" Seele vermutet, die ihm eignete und seine ganze Politik durchdrang. Da war nichts von der Schwäche, der überweisen Bedächtigkeit und der greisenhaften Erstarrung des Metternichschen Systems zu bemerken — war die Spinne für den Staatskanzler das richtige staatsmännische Wappentier, so hätte es für Schwarzenberg der Bulldogg sein müssen. Das frische Draufgängertum des Reiteroffiziers, das die österreichische Armee von jeher auszeichnete, war mit ihm auf den Ballplatz gezogen und sollte alle, die an Österreich, an dessen Größe und siegreiche Macht so gerne glauben mochten, mit froher Zuversicht erfüllen.

So mußte denn dieser schneidige Kavallerist und Diplomat dem Armeegewaltigen und den hinter Windischgrätz stehenden Trägern der Gegenrevolution als der von Gott gesandte, im wahrsten Sinne „providentielle" Mann erscheinen, um in Österreich eine Regierung der „festen Hand" aufzurichten. Hatte sich doch in diesem Kreise die heilige Überzeugung herausgebildet, daß nur die Schwäche Ludwig XVI. von Frankreich auf das Schafott geführt, nur die Schwäche des vormärzlichen Regiments den Ausbruch der Märzrevolution verschuldet habe. Allein so sehr Fürst Schwarzenberg als unbedingter Anhänger des Gottesgnadentums alle Errungenschaften des Sturmjahres aufs tiefste verurteilte, den Kremsierer Reichstag, diese „miserable Kammer", diese Versammlung von „gefährlichen und schlechten Subjekten", wie er sich wenig freundlich ausdrückte, zu allen Teufeln wünschte und Adolf Fischhof sicherlich mit Windischgrätz als einen „elenden Kerl" ansah — in vielen Punkten war er doch anderer Meinung als der Diktator. Vor allem in Fragen der Taktik.

Fürst Felix Schwarzenberg hielt die Zeit des „Dreinschlagens", für das er sonst durchaus eingenommen war, noch nicht für gekommen. Vielmehr war er der Ansicht, daß man der Welt eine „Komödie" vormachen, daß man „mit den Wölfen heulen" und gewisse „von der Zeit ge-

forderte Schlagwörter" annehmen müsse. Hauptsächlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland, die ihm — wir werden bald hören, warum — durchaus nicht gleichgültig war, ließ er so die freiheitlichen Gedanken ungehindert ihren Lauf nehmen. „Die Zeitideen werden sich da am vollsten drängen," so spottete unser Grillparzer, „wo keine eigenen den Platz beengen." Schwarzenberg selbst verhehlte sich nicht, daß er damit ein „gefährliches" Spiel treibe; doch Gefahren hatten für den Soldaten eher etwas Anziehendes, denn er war ebenso kühn und furchtlos, wie frivol und zynisch.

Neben Schwarzenberg, dem innerlich überzeugten Anhänger des fürstlichen Absolutismus, saß, gewissermaßen die konstitutionelle Note vertretend, als Minister des Innern Graf Franz Stadion, ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, als der er sich in seiner Stellung als Statthalter von Triest und von Galizien trefflich bewährt hatte. Von diesem aufgeklärten, fortschrittlich gesinnten und charaktervollen Staatsmann konnte man sicher sein, daß er sich ehrlich auf den Boden der konstitutionellen Monarchie stellen werde. Er ist auch in der Folge für eine Zusammenarbeit mit dem Reichstag von Kremsier eingetreten. Bedenklich konnte nur scheinen, daß der Innenminister mit seinen Nerven, als er das Amt antrat, schon vollständig zusammengebrochen war — nur mit Hilfe eines Riechfläschchens, das er beständig bei sich führte, konnte sich Stadion noch aufrecht erhalten.

Auch der Name des Handelsministers Bruck, des genialen Schöpfers des österreichischen Lloyd in Triest, war geeignet, alle Freunde des Fortschritts mit froher Zuversicht zu erfüllen. Rechnet man noch Alexander Bach, der als Justizminister vom alten Kabinett übernommen wurde, hinzu, dann die ihnen später folgenden Minister Schmerling und Thun, so versteht man den Ausruf des englischen Gesandten: „Ein prächtiges Kabinett, es besteht aus lauter Premierministern!" — es war in der Tat ein Ministerium der Zelebritäten, der Begabungen.

Kaum zwei Wochen nach der Bildung des Ministeriums Schwarzenberg-Stadion vollzog sich zu Olmütz in aller Stille

ein großes, denkwürdiges Ereignis, sozusagen der Schlußakt der Gegenrevolution — die Abdankung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung seines Neffen Franz Joseph. Die Regierung des grundgütigen, aber schwachsinnigen Ferdinand hatte sich vom monarchischen Standpunkt aus immer mehr als ein Mißgriff schlimmster Art erwiesen; alle die Bedenken, die seinerzeit gegen seine Thronfolge laut geworden waren, hatten ihre traurige Rechtfertigung erhalten. Indes mittlerweile hatte sich herausgestellt, daß auch der nächste Anwärter Franz Karl, auf den damals hingewiesen wurde, nicht die Eignung besaß, um in sturmbewegter Zeit das Staatsschiff durch die Klippen der Demokratie zu lenken. Niemand wußte dies besser als seine kluge Gemahlin, die Erzherzogin Sophie, die daher, noch vor dem Umschwung am 13. März, für die Erhebung ihres Sohnes auf den Thron hinarbeitete. Zudem hatte sich der Erzherzog als Berater des Kaisers allzusehr mit den Errungenschaften der Revolution beladen — man brauchte ein reines, unbeschriebenes Blatt. Doch erst im Spätsommer, nach den militärischen Erfolgen Radetzkys und des Fürsten Windischgrätz, holte die Gegenrevolution zum letzten Schlage aus.

Indes, die Abdankung des Kaisers ging nicht so glatt vonstatten, wie man wohl geglaubt haben mag. Der sonst so gutmütige Monarch setzte seiner Entthronung keinen unerheblichen Widerstand entgegen. Es war ja nur der leere Schatten einer Macht, die Ferdinand besaß, aber auch von dieser Scheingewalt konnte er sich nicht leicht trennen. Man darf da an den melancholischen Vorfahren Ferdinands, an Kaiser Rudolf II., denken, der die Regierung mit ihren vielen „unlustigen Händeln" als eine unangenehme Störung seines ganz der Kunst und Gelehrsamkeit geweihten Lebens empfand und dann, als er gestürzt wurde, Himmel und Erde in Bewegung setzte, um die ihm entrissene Herrschaft wieder zu erlangen — so stark wirkte in dem Geschlecht der Habsburger der Wille zur Macht.

Noch größere Hindernisse kamen vom Thronfolger Franz Karl, und diesmal schien selbst der „sonst nie versagende" Einfluß seiner Gattin eine Grenze zu haben. Der Erzherzog konnte sich auf den Willen seines Vaters berufen und erst

als der Geist des Kaisers Franz erschien und seinem Enkel segnend die Hand aufs Haupt legte, gab er seinen Widerstand auf. Mag es sich bei dieser geheimnisvollen Erscheinung, wie Heinrich Friedjung meint, um eine Vision des Erzherzogs gehandelt haben oder hatte wirklich, wie man in Hofkreisen munkelte, ein fahl aussehender Hofbeamter, der bald darauf in eine hohe Staatsstellung hinaufrutschte, etwas anschaulicher den Geist des Verstorbenen markiert — genug, der Weg für den jungen Franz Joseph war frei und der Geschichtsschreiber darf die Tatsache feststellen, daß Kaiser Franz, wie er die ganze Regierung seines Nachfolgers beherrschte, auch bei diesem wichtigen Akt, als dem Beginn einer neuen Ära, Pate stand.[197]

Am 2. Dezember erfolgte in dem erzbischöflichen Palast zu Olmütz die feierliche Handlung des Thronwechsels, wobei der abdankende Monarch, der noch am Vortage geschwankt haben soll, zu dem vor ihm knienden Franz Joseph die rührend schlichten Worte sprach: „Gott segne dich, sei nur brav, Gott wird dich schützen, es ist gern geschehen." Die Anwesenheit der beiden Feldherren Windischgrätz und Jellačić bei der Zeremonie, die im engsten Familienkreise stattfand, gaben ihr einen ausgesprochen militärischen Charakter, und so war die Meldung des sächsischen Gesandten Vitzthum, der junge Imperator sei von der Armee auf den Schild erhoben worden, nicht aus der Luft gegriffen. Der Belagerungszustand, der über die beiden größten Städte des Reiches verhängt war, bildete den düsteren Hintergrund des Staatsaktes, der, mit aller Heimlichkeit vorbereitet, erst nach seiner Vollziehung den Völkern mitgeteilt wurde.

Als Grund der Thronentsagung, die begreiflicherweise in der ganzen Monarchie „das größte Staunen" wachrief, wurde offiziell die Rücksicht auf Ferdinands Gesundheit angegeben. Die Kaiserin hatte in der mit Windischgrätz vereinbarten Proklamation ein anderes Motiv bezeichnet: die Entrüstung des Kaisers über die Verletzung der monarchischen Rechte. Allein Fürst Schwarzenberg „unterschlug" durch einen „Gaunergriff", wie sich Hofrat Hummelauer entrüstet ausdrückte, diese Begründung, die einer Verurteilung der Revolution und der konstitutionellen Einrichtungen

gleichkam — die Zeit dafür war noch nicht gekommen. Vielleicht wäre es besser gewesen, bis dahin noch mit der Schilderhebung zu warten. Unleugbar klebt ihr etwas Gewaltsames, Überstürztes, etwas von einer Palastrevolution an. Glück und Segen hat sie dem Nachfolger Ferdinands nicht gebracht.

Der neue Monarch, der berufen war, fast sieben Jahrzehnte lang die Geschicke des Habsburgerreiches zu lenken, erschien trotz seiner achtzehn Jahre, die er bei seiner Thronbesteigung zählte, zum Herrscher wie geboren.[198] Überall, wo sich der hübsche, schöngewachsene Jüngling zeigte, fiel die Sicherheit seines Auftretens auf — es eignete ihm, wie König Leopold von Belgien ein wenig später seine Persönlichkeit kennzeichnete, „ein gewisses Etwas, was Autorität verleiht und was oft diejenigen, die Autorität haben, sich nicht aneignen oder nicht ausüben können".[199]

Er hatte auch eine sehr sorgfältige Erziehung genossen und unter seinen Lehrmeistern zählten neben ausgesprochenen Vertretern der kirchlich-konservativen Richtung, wie Metternich, Othmar Rauscher und dem eigentlichen Erzieher, Graf Bombelles, auch solche des modernen Staatsgedankens, wie der Rechtslehrer Professor Lichtenfels und Oberst Hauslab. Sehr treffend ist von den zwei Weltanschauungen gesprochen worden, die um die Seele des künftigen Herrschers rangen — ihr Widerstreit sollte auch in dem langen Regentenleben niemals zur Ruhe kommen.

Es war ein klug berechneter Schritt, eine Konzession an die Zeitideen, daß der neue Herrscher seinem Namen Franz den des Volkskaisers Joseph beifügte. In der Tat wies die Regierung wie der persönliche Charakter Franz Josephs I. eine merkwürdige Mischung franziszeischer und josephinischer Züge auf, aber der Einschlag des kaiserlichen Großvaters war ungleich stärker. Die moderne Richtung saß immer sehr an der Oberfläche, galt ihm mehr oder weniger als ein notwendiges Übel — aber stets als ein Übel. Im Grunde bestand zwischen Kaiser Franz und Kaiser Franz Joseph I. eine auffallende Schicksalsgemeinschaft, die auch zu denselben Herrschergrundsätzen führte.

Bei beiden Monarchen bildete eine Revolution mit ihren Schrecken und Wirren — bei Kaiser Franz die von 1789, bei Kaiser Franz Joseph I. die von 1848 — den stärksten Jugendeindruck, den sie niemals mehr überwinden konnten. Gleich seinem Großvater kam Franz Joseph in jungen Jahren, ohne Erfahrung auf den Thron, der noch unter seinen Füßen wankte und sozusagen erst erobert werden mußte, und sog die vom Rachegeist beherrschten Vorstellungen seiner Umgebung, nicht zuletzt der militärischen, in vollen Zügen ein. Auch ihm wurde da der Bund mit der Kirche, die Herrschaft der Polizei und des Säbels als das wunderbare Allheilmittel gegen den Umsturz kredenzt. Die Volksrechte waren ihm nicht minder wie Kaiser Franz zeitlebens ein Dorn im Auge. Auch als er sich später unter dem Zwange der Umstände mit dem konstitutionellen Regierungssystem abgefunden hatte, erschien es ihm doch als eine Verirrung. „Glauben Sie mir," äußerte er sich wiederholt zu Conrad von Hötzendorf, „die Monarchie läßt sich konstitutionell nicht regieren."[200]

Wie Kaiser Franz blieb sein Enkel auch als konstitutioneller Herrscher immer ein überzeugter Anhänger des Gottesgnadentums und Autokrat. Der Unterschied bestand nur darin, daß Franz sich äußerlich volkstümlich und leutselig gab, während Franz Joseph unnahbar blieb, etwas geradezu Unpersönliches bekam — die verkörperte Majestät, die gewissermaßen „in den Wolken thronte". Auch der Enkel liebte es, alle Fäden der inneren und äußeren Politik fest in seiner Hand zu halten — bis in das kleinste Detail, wobei sich wieder die gemeinsame Eigentümlichkeit ergab, daß Franz Joseph oft über dieses Kleinste, über dem Bestreben, ein „guter Hofrat" zu sein und sein Tagespensum an Akten gewissenhaft zu erledigen, den Blick ins Große verlor.

Die Minister waren in Franz Josephs Augen nichts anderes als „Beamte" oder besser Diener, „Lakaien",[201] welche die ihnen gestellten „Aufgaben" zu lösen, aber keine selbständige Politik zu machen hatten. Bezeichnend für diese seine Auffassung ist die Antwort, die er einmal einem demissionierenden Minister gab: „Sie werden gehen, bis ich

Sie entlasse.“ Hatte ein Minister seine Aufgabe nicht gelöst oder schlecht gemacht, dann wurde er meist — genau so wie es Kaiser Franz tat — plötzlich, oft in verletzender Form entlassen. Man weiß, wie der verdienstvolle Bruck seine ungnädige Enthebung sich so zu Herzen nahm, daß er sich unmittelbar nach dem Einlangen des kaiserlichen Handschreibens entleibte. Andere wie Benedek trugen ihr Schicksal, als Sündenbock gelten zu müssen, mit stiller Resignation.

Mit dem häufigen Versagen der Ratgeber hing eine andere Eigenschaft Franz Josephs zusammen, die er mit seinem Großvater gemein hatte: die Abneigung gegen hervorragend begabte oder gar geniale Naturen, die Vorliebe für die „geschmeidigen“ Mittelmäßigkeiten. Namentlich bei Militär erfreuten sich Personen, auch unter dem guten Durchschnitt, wie der berüchtigte Graf Grünne, der eine verzweifelte Ähnlichkeit mit Franzens Generaladjutanten Kutschera aufweist, großer Beliebtheit. Unter solchen Umständen klingt es wie eine Selbstironie, wenn Franz Joseph gelegentlich über sein Unglück klagte, daß er „keine Männer“ finden konnte. Auch ein unangenehmes Erbe seines kaiserlichen Großvaters war die Uneinigkeit der Minister. Der Spott Palmerstons, der Kaiser habe alle Mühe, zwischen seinen streitenden Ministern zu vermitteln, war nur zu angebracht.

Und doch — so sehr sich Großvater und Enkel gleichen, in einem Punkte sticht Franz Joseph ganz wesentlich von Kaiser Franz ab: dieser war alles eher als eine Soldatennatur, wie er sich denn nur ungern, in den seltensten Fällen, in militärisches Gewand steckte, während Franz Joseph, durch und durch Soldat, umgekehrt nur ganz ausnahmsweise — abgesehen von der Tracht des Jägers — bürgerliches Kleid trug. Es ist bekannt, daß im Anfang seiner Regierung der Kaiser, der sich stets in Generalsuniform zeigte, spöttisch der „rothosige Leutnant“ genannt wurde. Schließlich fand man sich auch damit ab und konnte sich den Monarchen gar nicht anders mehr vorstellen.

Will man sich die Vorliebe Franz Josephs für den Soldatenrock, die wieder nur der Ausdruck seiner hohen Einschätzung des Militärstandes war, richtig deuten, so muß

man sich in die eigenartige Lage des habsburgischen Reiches zur Zeit seiner Thronbesteigung versetzen. Die Armee war in dem damaligen Chaos, wie dies Franz Grillparzer in seinem Radetzky gewidmeten Gedicht betonte, das einzige, was den Völkerstaat zusammenhielt — von ihr ging die Erneuerung aus, die vielfach einer Wiedereroberung gleichkam. So kam die Polizei, die bei Kaiser Franz die erste Macht bedeutete, als deren obersten Chef er sich sozusagen mit Stolz und Behagen fühlte, ins Hintertreffen. Windischgrätz, Radetzky und Jellačić — dies waren die Männer, zu denen er als den vermeintlichen Rettern des Vaterlandes mit dankbarer Ehrfurcht und Bewunderung emporblickte.

Und wie nun der ganze Kaiserstaat militärischen Zuschnitt bekam, sogar der Ministerpräsident und Außenminister in der Charge eines Generals paradierte, so waren es auch die Soldatentugenden, die der Monarch hoch hielt und sich zu eigen machte. Es war ein sehr treffendes Wort, wenn Kübeck von dem Minister Bach sagte, er schmeichle dem kaiserlichen Jüngling, „der stark, kräftig und gefürchtet sein will". Um diesen Preis scheute Franz Joseph nicht den Vorwurf, der gerade in Wien, wo man von jeher viel Wert auf Gutmütigkeit und Gemütlichkeit legte, laut wurde — er habe „wenig Herz". Lieber zog er sich das Odium der Härte und Rücksichtslosigkeit zu, als daß er „zaghaft" erschienen wäre. Es sei hier an den traurigen Fall erinnert, der einem Sohne Kübecks sein junges Leben kostete. Der Monarch wollte — es war im März 1852 — mit fünf Kriegsschiffen von Venedig abfahren, als ein furchtbarer Sturm sich erhob. Der Kommandant des Geschwaders sah sich genötigt, die Verantwortung für die Fahrt abzulehnen — der Kaiser befahl sie aber, weil er die Rücksicht auf seine Person nicht gelten lassen wollte, und dabei ging die „Marianne" mit dem Seeoffizier Kübeck unter.

Indes ob der eine Monarch eine ausgesprochene Polizeinatur, der andere eine Soldatennatur war, gefürchtet wollten sie beide sein; die revolutionären Bestrebungen, die Kaiser Franz sein ganzes Leben lang leidenschaftlich bekämpfte, wurden auch vom Enkel, wie wir sehen werden,

hart und schonungslos niedergerungen — zu erbarmungslos, wie damals schon viele meinten.

So gar nicht franziszeisch war dagegen bei Franz Joseph I. die größere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an die Forderungen und Bedürfnisse der Zeit, das Bestreben, nicht starr an einem System festzuhalten. Nicht daß er gleich Joseph II. seiner Zeit vorausgeeilt wäre, aber es läßt sich doch deutlich verfolgen, wie er mit ihr geht, wie seine Regierung durch sein Eintreten für die unteren und untersten Gesellschaftsschichten ein mehr demokratisches Gepräge erhielt. Und doch — gerade da zeigt sich wieder eine verhängnisvolle Ähnlichkeit mit seinem Großvater Franz: der Mangel einer großzügigen Politik. Gewisse Richtlinien, an denen auch Kaiser Franz festhielt, wurden wohl immer — es waren die der habsburgischen Hauspolitik und der katholischen Kirche — getreulich beibehalten, im übrigen aber ließ er sich von den Ereignissen des Tages und von der öffentlichen Meinung treiben. Das Vorhandene wurde so lange zu erhalten gesucht, bis es nicht mehr ging und dann wurde oft plötzlich eine ganz andere, entgegengesetzte Richtung eingeschlagen, so daß der flüchtige Beobachter, der nicht die jeweils wirkenden Ursachen des Frontwechsels kennt, leicht den Eindruck der Grundsatzlosigkeit gewinnt. „Ich tröste mich nur damit," schrieb im Jahre 1881 der ungarische Unterrichtsminister Trefort dem General Horst, nachdem er die jenseits der Theiß an der Tagesordnung stehende Politik beklagt hatte, „daß man in Wien nie ein System konsequent durchgeführt hat — man wird daher auch das gegenwärtige an einem schönen Morgen fallen lassen." Am Abende seines Lebens versagte aber auch diese höhere Schmiegsamkeit und es trat wie im Staate des Kaisers Franz und Metternichs jene greisenhafte Versteinerung ein, in der die große politische Krise vor Ausbruch des Weltkrieges die Donaumonarchie zu ihrem Unglück überraschte.

Franz Joseph I. sollte zeitlebens der Gefangene der Eindrücke sein, die er als Prinz und als junger Herrscher empfangen hatte — es waren, wie gesagt, die Grundsätze der säbelrasselnden Generalspolitik, der Gewaltherrschaft, des

„Zuschlagens", das Kaiser Franz den Ungarn gegenüber empfahl. Daß nun bei seiner Thronbesteigung das Josephinische hervorgeholt wurde, um dem neuen Herrscher den Weg zu bahnen, war ein Kabinettstück des franziszeischen Systems — es war nicht echt, es war nur auf den Schein berechnet. Der junge, unerfahrene Monarch wurde von seinen Ratgebern verleitet, seine Regierung mit einer — Lüge zu beginnen; denn eine solche war die feierlich verkündete Ära der Konstitution. Auch in dem zufahrenden Bulldogg Schwarzenbergs steckte die lauernde Spinne Metternichs.

In dem Regierungsprogramm, mit dem sich Fürst Schwarzenberg am 27. November — wenige Tage vor dem Thronwechsel — dem Reichstag vorstellte, bekannte sich der Minister „aufrichtig und ohne Rückhalt" für die konstitutionelle Monarchie, deren Wesen und gesicherter Bestand, wie der Leser belehrt wurde, in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentantenkörper beruhe. Im Anschluß daran wurde von der „gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwicklung der Nationalitäten", von der „Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze" und von der „freien Gemeinde als der Grundlage des freien Staates" gesprochen, um sodann auch einige Andeutungen über das schwierigste Problem, die Frage, ob die Monarchie föderalistisch oder zentralistisch zu gestalten sei, zu machen. Man verhieß, um beiden Parteien gerecht zu werden: „Freie Gestaltung der Landesteile in allen inneren Angelegenheiten" — dies klang sehr föderalistisch — „im Bunde mit einer kräftigen Zentralgewalt" — dies konnte wieder die Anhänger des zentralistischen Einheitsstaates befriedigen. Die Regierung wolle nicht, ließ sich Schwarzenberg vielsagend vernehmen, hinter den Bestrebungen nach freisinnigen und volkstümlichen Einrichtungen zurückbleiben, sondern sich „an die Spitze der Bewegung" stellen.

Das Programm wandte sich hierauf kurz mit einigen allgemeinen Worten der italienischen und der ungarischen Frage zu. Das lombardo-venezianische Königreich, so wurde gesagt, wird nach Abschluß des Friedens „in der orga-

nischen Verbindung mit dem konstitutionellen Österreich die gesicherte Bürgschaft für die Wahrung seiner Nationalität finden". In Ungarn sei dieses „erste Recht der Nationen" verletzt worden; die Völker, die sich zum Kampf gegen die Unterdrückung erhoben, wollten „Aufrechterhaltung der Gesamtmonarchie", einen „engeren Verband mit Österreich, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität". Ihnen wird in diesem Ringen die nachdrücklichste Unterstützung versprochen. Aber — „nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern jenen, welche das Volk der Freiheit berauben wollen". Der Minister schließt dieses schmerzliche Kapitel des Nationalitätenstreites mit der Hoffnung, daß es gelingen werde, im Einverständnis mit den Völkern ein „neues Band" zu begründen, „das die Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen sollte".

Mit Bezug auf die brennend gewordene deutsche Frage verkündete Schwarzenbergs Programm, daß „nicht in der Zerreißung der Monarchie die Größe, nicht in ihrer Schwäche die Kräftigung Deutschlands liege", daß „Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis" sei, und er, „von dieser Überzeugung durchdrungen, der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses" entgegensehe. „Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

Das Programm des neuen Ministeriums, farblos und nichtssagend, die Gedanken der Regierung mehr verbergend als enthüllend, besonders jene, die sie, wie vor allem in der deutschen Frage, noch gar nicht hatte, war ganz nach dem famosen Rezept des Goethe'schen Theaterdirektors gemacht: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen — und fand allseitig großen Beifall. Sogar die demokratische Linke nahm daran teil und Franz Schuselka sprach ganz gerührt in ihrem Namen dem Ministerium den Dank aus. Die Tschechen frohlockten erst recht, weil sie in der An-

kündigung der freien Gestaltung der Landesteile schon ihren tschechischen Staat verwirklicht sahen.

Die wenigsten ahnten, daß das Ganze auf eine grobe Täuschung berechnet war. Zu ihnen gehörte der mährische Schriftsteller Adolf Franckel, der in seinem gelungenen Spottgedicht „Ein Programm" mit verblüffendem Seherblick die wahren Absichten des neuen Ministeriums enthüllte. Da läßt er es also sprechen: „Wir sind etwas liberal zwar, doch besonnen und verständig — Konstitutionell von außen, aber absolut inwendig, — Autonomisch werden alle Landesteile sich gestalten, — Doch zentrale Bajonette wird das Militär behalten ... — Die Regierung wurde vielfach der Parteilichkeit verdächtigt, — Alle Nationalitäten sind fortan gleich unberechtigt, — Alle Nationalitäten sind von nun an gleich geschätzet, — Nöt'genfalles wird die eine auf die andere gehetzet. — Solch ein Palliativverfahren flickt für heute das Zerwürfnis, — Flickt die Großmacht, die bekanntlich für Europa ein Bedürfnis. — ... Auf dem Boden der Verträge widerrufen die Kanonen, — Was man in der Angst versprochen den entfesselten Nationen, — Leider lassen sie nicht friedlich sich betrügen und versöhnlich, — Doch es wird die gute Sache siegen wie gewöhnlich — ... Dies Programm zu halten, geben wir einmütig das Versprechen, — „Sollt' es sich nicht ganz bewähren, werden wir es ehrlich brechen."

Fünf Tage später bekräftigte der junge Monarch, der den schönen Wahlspruch „Viribus unitis" angenommen hatte, die Verheißungen des Ministeriums. „Das Bedürfnis und den hohen Wert freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Überzeugung erkennend," heißt es vielverprechend in der Proklamation vom *2.* Dezember, „betreten wir mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Verjüngung der Gesamtmonarchie führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze sowie der Teilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe, aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Bau in den

Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zunge, welche unter dem Zepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält. Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesamtmonarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu teilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständnis mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen."

Aus der Verschwommenheit des kaiserlichen Manifestes ging doch eines deutlich hervor: in den „großen Staatskörper" sollte auch das Land der heiligen Stephanskrone eingezwängt werden. Das bedeutete also, daß der neue Herrscher die von seinem Vorgänger erteilte Aprilverfassung als nicht verbindlich ansah. Es wäre naheliegend, jedenfalls klug und großmütig gewesen, den Ungarn die Hand zu einer friedlichen Lösung zu bieten, Kossuth, der ja einst in seiner denkwürdigen „Taufrede" der Märzrevolution den jungen Franz Joseph als Hoffnungsstern begrüßte, wie Gustav Freytag meinte, ehrlich zu sagen: „Beide wollen wir das Wohl der Völker, Ungarn und Österreich gehören politisch zusammen; sehen wir zu, wie wir unsere Überzeugungen ausgleichen können."[202] Wie viele hervorragende Männer aus den Kreisen der Magnaten und der bürgerlichen Intelligenz wären mit tausend Freuden bereit gewesen, eine solche Ausgleichsaktion zu unterstützen. Möglicherweise wäre sie mißglückt, aber nicht einmal der Versuch wurde gemacht. — Schwarzenberg brachte diese „Größe" nicht auf, sondern zog es vor, die „zentralen" Bajonette des Revolutionsbändigers Windischgrätz, des „Herzogs Alba in der Taschenausgabe" in Bewegung zu setzen, um Ungarn — „mit vereinten Kräften", im Bunde mit den nichtmagyarischen Völkern niederzuringen.

Noch naheliegender aber, geradezu selbstverständlich wäre es gewesen, den Wirkungskreis des Kremsierer Reichstages, der sich nicht auf das Gebiet der Gesamtmonarchie erstreckte, der neuen Lage entsprechend auszudehnen, sie überhaupt klarzulegen. Die Regierung ver-

mied es, in den Gang der Parlamentsverhandlungen leitend einzugreifen — das heißt Graf Stadion wollte dies, wurde aber von Schwarzenberg an der Ausführung gehindert. Wie gut hatte doch Gustav Freytag, der damalige Schriftleiter der Leipziger „Grenzboten", die Situation in Österreich erkannt, als er auf die Nachricht von der Verlegung des Reichstages in das mährische Landstädtchen seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, daß es im Grunde ganz gleichgültig sei, wo „diese unglückliche Komödie zu Ende gespielt" werde. Er sah vor seinem geistigen Auge die Regierung, wie sie mit Schadenfreude die tollen Sprünge des Reichstages verfolgte, um ihm, bevor das Maß voll war, den Garaus zu machen.[203]

Wäre es dem neuen Ministerium mit dem Verfassungsleben wirklich ernst gewesen, so hätte dieses eine gedeihlichere Wendung nehmen können. Die demokratische Linke war nach dem unglücklichen Ausgang der Oktoberrevolution äußerst kleinlaut geworden. Der Pole Smolka, der Präsident des Reichtages, wurde, wie er im Dezember schrieb, von Mitleid und Verachtung erfüllt, wenn er die „Helden" sah, „wie das die Ohren hängen läßt, nicht ein Wörtchen zu sagen wagt". Das wäre für die Regierung der richtige Moment gewesen, durch engere Fühlungnahme mit den Volksboten besänftigend und beschwichtigend einzuwirken. Durch ihre passive Resistenz aber, die sie offen an den Tag legte, mußte sie das Mißtrauen der Opposition hervorrufen, und so kam bald wieder ein unnötig radikaler Ton in die Verhandlungen.[204] Die Beratung der Grundrechte gab den linksstehenden Demokraten Gelegenheit, ihrem Groll gegen die alten Gewalten, die Krone und die Privilegierten, freien Lauf zu lassen. Der Lehre von der Souveränität des Volkes wurde die denkbar schärfste Formulierung gegeben — so wurde der Krone bei Gesetzesvorschlägen des Reichstages kein unbedingtes Vetorecht zugebilligt; der Adel wurde abgeschafft — ohne Rücksicht darauf, daß er in keinem Lande, ausgenommen England, eine so große Rolle spielte, einer solchen Lebensfähigkeit sich erfreute wie gerade in Österreich, und die katholische Kirche verlor ihren Charakter als Staatsreligion. Die kostbarste Zeit ging

darüber wie in Frankfurt verloren — man hatte keine größeren Sorgen.

Erst spät, am 22. Jänner 1849, kamen die Volksvertreter zu dem Gegenstand, der wohl die schwierigste und lebenswichtigste Aufgabe darstellte — dem Verfassungswerk. Und gerade hier hat der zu diesem Zweck im August eingesetzte Ausschuß wahrhaft „Vorbildliches" geleistet. Das wichtigste Ergebnis der langwierigen, mitunter recht erbittert geführten Debatten war dies, daß man schließlich — im Wege eines Kompromisses — eine vollständig brauchbare Lösung des heiklen Problems fand. Sehr treffend hat man die Protokolle des Verfassungsausschusses, die eine Fülle von fruchtbaren Gedanken enthalten, einen „Beichtspiegel für die österreichischen Völker" genannt.

In der Kardinalfrage, ob Österreich zentralistisch oder föderalistisch aufgebaut werden solle, fällt uns zunächst — man darf sich darüber nicht wundern — eine große Unklarheit und Begriffsverwirrung auf. Von den Tschechen muß gesagt werden, daß sie von allem Anfang an bewußt und klarer auf den föderativen Gedanken hinarbeiteten, weil er ihnen als der beste Weg erschien, ihre staatsrechtlichen Pläne, die Slawisierung Österreichs, zu verwirklichen. Aber wie sich diese bundesstaatliche Idee im besonderen zu gestalten habe, darüber gab es auch bei ihnen verschiedene Meinungen. Man konnte an den alten historischen Grenzen festhalten und man konnte Österreich nach nationalen Gesichtspunkten in eine Anzahl neuer Staaten zerlegen. Den letzteren Standpunkt vertraten mit Vorliebe alle die Nationen, die sich in ihrem Lande in der Minderheit befanden und auf diese Weise ihre Selbständigkeit retten wollten, aber auch einer der größten des tschechischen Volkes — Franz Palacky.

Von Palacky rührt das wohl am meisten bekannte Projekt her, das die österreichische Monarchie nach ethnographischen Gesichtspunkten in acht nationale Ländergruppen aufteilte. Der tschechische Historiker leitete am 23. Jänner seinen Vorschlag mit den schönen Worten ein: „Wir müssen Österreich so konstruieren, daß die Völker gern in Österreich existieren, das sei die uns leitende Idee."

Sein Grundgedanke war nicht neu — ihn hatte kurz vorher ein Deutschböhme, Dr. Ludwig Löhner, der „feinste politische Kopf" unter den national denkenden Deutschen, in Anregung gebracht. Der von diesem am 18. November 1848 veröffentlichte Entwurf sah für Österreich — auf Ungarn bezog er sich nicht — eine Einteilung in fünf ethnographische Gruppen vor: eine deutsche, eine tschechische, eine slowenische, eine italienische und eine polnisch-ruthenische.

Nach Palacky sollten gebildet werden: ein Deutsch-Österreich, bestehend aus den Ländern Österreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Deutschtirol, Vorarlberg, Deutschböhmen, Deutschmähren und Deutschschlesien; ein Tschechisch-Österreich, das die tschechischen Teile der Sudetenländer und die Slowakei in Ungarn umfaßte; ein Polnisch-Österreich mit Galizien, der Bukowina und den ruthenischen Komitaten Ungarns; ein Illyrisch-Österreich mit Slawonien, den slawischen Bezirken von Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenland; ein Italienisch-Österreich mit Welschtirol, der Lombardei und Venezien; ein Südslawisch-Österreich mit Kroatien, Dalmatien und der serbischen Woiwodina; die magyarischen Länder in Ungarn und Siebenbürgen, und endlich das walachische Gebiet, zu welchem die Rumänen Ungarns, Siebenbürgens und der Bukowina zählten.

Nicht ohne Interesse ist es, daß Palacky selbst sein Projekt nicht ganz ernst genommen zu haben scheint, insofern er wenigstens die vorgeschlagene Trennung Deutschböhmens von Tschechien praktisch nicht für möglich hielt. „Ich bin," bemerkte er, „keineswegs gegen die Trennung Deutschböhmens und Tschechiens; wäre diese nur praktisch möglich, dann würde ich sie vorschlagen. Böhmen ist ein Kesselland, einen Kessel aber kann man, ohne ihn zu vernichten, nicht teilen", bei welchen Worten eine Stimme laut wurde: „Wohl aber flicken."

Für eine Umgruppierung Österreichs nach nationalen Gesichtspunkten trat auch der Slowene Kautschitsch ein.

„Eine unnatürliche Ehe," meinte er fein, „trug nie gute Früchte, deshalb ließ man die Ehescheidung zu; ebenso ist die unnatürliche Länderverbindung ein Fluch der Menschheit." Er zergliederte Österreich — ohne Ungarn — in vierzehn Gruppen: Tschechisch-Böhmen; Deutsch-Böhmen; Österreich ob und unter der Enns und Salzburg; Deutsch-Steiermark und Kärnten; Slawisch-Steiermark, Krain und Slawisch-Küstenland; Schlesien; Mähren; Deutsch-Tirol und Vorarlberg; Welschtirol; Italienisch-Küstenland; Dalmatien; Polen oder Masurisch-Galizien; Ruthenisch-Galizien und endlich die Bukowina.

Gewiß war dies alles leichter gesagt als ausgeführt. Nachdem einmal das Prinzip der historischen Einteilung fallen gelassen war, schossen die Sonderbestrebungen wild in die Höhe. Die Regierung selbst leistete ihnen in dem Chaos, das nach dem Umschwung des 13. März herrschte, vielfach Vorschub. So hatte sie zur Durchführung der Grundentlastung eine eigene Kommission für die welschen Kreise bestimmt und ausdrücklich von einem „nordtirolischen Landtag" gesprochen — begreiflich, daß jetzt die Welschtiroler, durch die Vorgänge in Italien in Unruhe versetzt, ihre Ansprüche auf nationale Autonomie stärker anmeldeten. Allein die Deutschtiroler wollten von solchen Separationsgelüsten nichts hören. Zähe hielten sie an der Einheit des Landes fest, und zwar dachten sie sich dasselbe so unabhängig wie möglich, wie sie denn neben den Tschechen die konsequentesten Föderalisten waren. „Wir Tiroler," erklärten sie trotzig, „haben eine eigene Regierung und stehen nicht unter dem Ministerium, sondern unter dem Grafen von Tirol, der auch Kaiser von Österreich ist." Die durch ihre Loyalität und Kaisertreue berühmten Tiroler führten eine Sprache, die mit jener der magyarischen „Rebellen" eine verzweifelte Ähnlichkeit besaß.

Nicht weniger heftig wehrten sich die Polen gegen die Ausscheidung Ruthenisch-Galiziens. Wieder wurde der Vorwurf laut, die Regierung habe absichtlich die Ruthenen „erfunden", und einer ihrer Sprecher, Borkowski, fand die bösen Worte: „Wie viele Nationalitäten wird man noch zur Nationaleitelkeit aufblasen, wie viele Nationalitäten wird

man noch erfinden, um sie dann zuletzt eine nach der anderen wie eine ausgepreßte Zitronenschale wegzuwerfen." In der Tat stand die große Masse der ruthenischen Bauern dem nationalen Gedanken durchaus ferne, während eigentlich nur die Geistlichkeit sich für ihn erhitzte. Doch vom Standpunkt der Gleichberechtigung der Nationen fanden die Ruthenen auch anderwärts, vor allem bei den Tschechen, Unterstützung. Nicht mit Unrecht warfen diesen die Polen vor, daß sie, nicht sehr folgerichtig, an der Einheit Böhmens festhielten, aber für die Zerschlagung Galiziens wirkten.

Um den Besitz der quarnerischen Inseln zankten sich Istrianer und Dalmatiner. Ein besonders lebhaft umstrittenes Kampfobjekt aber bildete Kärnten und Krain: bald sollten die zwei Länder selbständig, bald vereint, bald wieder anderen zugeschlagen werden. Aber auch ganz losgelöst von jedem nationalen Gedanken zeigte sich unverkennbar das Streben nach Selbständigkeit. Von Tirol war schon die Rede; ähnliche Wünsche machten sich in Vorarlberg, Salzburg und Görz geltend.

Bald war es klar: man hatte sich auf ein gefährliches Gebiet begeben. Die Erbteilung der Völker, einmal in Fluß gebracht, drohte zu einem Kampf aller gegen alle auszuarten. Ein Grund mehr für die Vertreter des zentralistischen Einheitsstaates, ihren Grundsätzen treu zu bleiben. Zu ihnen gehörte die Mehrheit der Deutschen — hatten sie doch im ganzen Bereich des Kaiserstaates deutschen Besitz, oft mitten in das Siedlungsgebiet fremder Nationalitäten eingestreut und daher in seiner Existenz arg gefährdet, zu verteidigen.

Die traurige Tatsache des Völkerstreites war es, die der Berichterstatter des Verfassungsausschusses Kajetan Mayer in seiner denkwürdigen Rede vom 25. Jänner zu beschwören suchte. Während der Debatte, führte er aus, sei Metternichs Geist über sie gekommen, seien die Drachenzähne, die er in Österreich gesät, aufgegangen. Das vom Absolutismus genährte Mißtrauen sei es, das hier zu so verschiedenen Wegen führte. Metternich habe in seinem Bestreben, die österreichischen Völkerfamilien mit eiserner Faust zusammenzuhalten, alles provinzielle und nationale Leben

unterdrückt. Aber es scheint, setzte er ironisch hinzu, daß es der alte Staatskanzler besser verstand, weil wir fast zeigen, daß wir anders nicht beisammen bleiben. Kautschitsch und Palacky wollen neue Länderkomplexe, neue staatliche Individuen schaffen, aber um aus Böhmen, Mähren und Schlesien ein neues Gebilde zu machen, müssen sie die alten zerstören? Ist das die Freiheit; ist das die ganze Frucht der Revolution? Das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationen ist in die Geschichte eingetreten — man möge daraus nur nicht eine Emanzipation der Slawen machen. Wenn es wahr ist, daß der Deutsche früher der Herr und der Slawe der Knecht war, so ist dies nur in dem Sinne wahr, weil die Regierung deutsch war und — beide knechtete. Die Regierung konnte nicht slawisch sein; die Organe der gemeinsamen Knechtung mußten daher deutsch reden. Wer den Haß gegen die Bureaukratie auf das Deutschtum überträgt, handelt nach Metternichs verderblicher Devise „Divide et impera" — damit aber komme man auf das Recht der Faust, was doch keiner wünsche.

Kajetan Mayer schlug nun einen Ausgleich vor, eine Verschmelzung des historischen und des nationalen Prinzipes. Wohl verhehlte er sich nicht die Schwierigkeit, zwischen der Zentralisation, „die den Provinzen den Todesstoß gibt", und der „zentrifugalen Föderation, die eine Zentralgewalt unmöglich macht", die rechte Mitte zu treffen. Wolle man die politische Freiheit, dann müsse man autonome Landtage und autonome Gemeinden, dort aber, wo das nationale Element erdrückt zu werden Gefahr laufe, auch autonome Kreistage schaffen.

Zum erstenmal sind hier in voller Klarheit die Wege gewiesen worden, auf denen ein freies Österreich gebildet werden und zu Dauer und Kraft gelangen konnte. So findet sich der glückliche Gedanke der Kreistage als einer Unterabteilung der Kronländer; sie hatten den Zweck, die Befugnisse der Landtage und ihrer nationalen Mehrheiten zu schwächen und den nationalen Minderheiten ein höheres Maß von Selbstverwaltung zu verschaffen, weshalb der Kreisgedanke von den tschechischen Föderalisten nicht gerne gesehen wurde. Dr. Pinkas nannte die Kreistage eine

Falle des Föderativsystems. Man brauche dann, meinte er, nur noch die Landtage wegzudekretieren, und der Zentralismus sei fertig. Als eine Art Gegenmine hatte der Tscheche Pinkas den nicht minder zukunftsreichen Gedanken der nationalen Kurie geprägt, der später — eine merkwürdige Ironie des Schicksals! — zum eisernen Bestand der politischen Ideen der Deutschen Österreichs werden, aber wieder auf Seite der Tschechen keine Gegenliebe finden sollte.

Heftige Zusammenstöße zwischen den Föderalisten und den Zentralisten gab es dann noch, als man daran ging, die Kompetenz des Reiches und der Länder festzustellen. Die Tschechen wollten die ganze Regierungsgewalt den Landtagen zuwenden, so daß das Spottwort fiel, das Glaubensbekenntnis der angeblich demokratischen Tschechen sei: „Alle Gewalten gehen nicht vom Volke, sondern von den Provinzen aus." Als sie mit ihrer Forderung auf energischen Widerstand stießen, drohten sie ihr Vaterland auf Grund des kaiserlichen Handschreibens vom 8. April 1848, das ihnen volle Staatlichkeit zugesichert hatte, selbständig zu konstituieren. „Ohne Gewalt," erklärte Rieger gereizt, „lassen wir uns den 8. April nicht nehmen, und wird Gewalt angewendet, so wird auch die Revolution nicht ausbleiben; wir haben verantwortliche Zentralbehörden im Lande und einen konstituierenden Landtag zugesagt erhalten und wollen nicht wieder um dieselben betrogen werden." Nicht mit Unrecht wurde ihnen erwidert, daß sie diese ihre Ansprüche auf einen eigenen Staat — abgesehen von dem Prager Pfingstaufstand — durch ihre Haltung den Ungarn gegenüber, als sie gegen deren Sonderstellung protestierten, verwirkt hätten; der Majestätsbrief vom 8. April ruhe auf dem gleichen Grunde wie die den Ungarn gemachten Zugeständnisse. Als der Antrag niedergestimmt wurde, trat Palacky aus dem Ausschusse aus.

Aber schließlich fand man sich auf einer mittleren Linie und so kam eine zentralistisch-föderative Verfassung zustande. Entgegen den Vorschlägen Palackys nach Bildung von national einheitlichen Verwaltungskörpern blieben die historischen Königreiche und Länder bestehen. Die größeren

Provinzen wurden in Kreise zerlegt, bei welcher Einteilung die Siedlung der Volksstämme maßgebend war. Der Reichstag sollte aus einer Volkskammer und aus einer Länderkammer bestehen. Für die Landesverwaltung wurden den Landtagen verantwortliche Statthalter ins Auge gefaßt. Die Gleichberechtigung aller Nationalitäten wurde unzweideutig als Grundsatz ausgesprochen und, um diesem Prinzip auch unter allen Umständen Rechnung zu tragen, für die Länder von gemischter Nationalität die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Entscheidung in allen Angelegenheiten rein nationaler Natur beschlossen. Als Symbol der Völkerversöhnung sollte das neue Österreich die Farben weiß-rot-gold erhalten.

Am 2. März traten die Mitglieder des Verfassungsausschusses, geschmückt mit der neuen Trikolore, in den Reichstag und der Präsident verkündete dem freudig bewegten Hause, daß der Verfassungsentwurf vollendet sei. Dieser sollte in der Zeit vom 7. bis zum 14. März in den Abteilungen zur Beratung und an dem historisch denkwürdigen 15. März, dem Jahrestage der Verheißung der Konstitution, im Hause zur ersten Lesung gelangen — allein dazu sollte es nicht mehr kommen.

Der Regierung war der Plan der Volksvertreter nicht entgangen. Spät am Abend des 6. März traf der Minister des Innern Graf Stadion, von dem Unterstaatssekretär Alexander Helfert begleitet, ganz unerwartet in Kremsier ein, um dem Reichstag mitzuteilen, daß er — aufgelöst sei. Die angesehensten Mitglieder der Regierungspartei, die der Minister zuerst ins Vertrauen zog, rieten entschieden von dem Staatsstreich ab und Stadion wurde schwankend. Er reiste noch in der Nacht nach Olmütz zurück, um die Zurücknahme des Gewaltaktes durchzusetzen — doch umsonst. Der „Barrikadenminister" Bach, an den er sich zuerst gewendet hatte, wies ihn brüsk ab, indem er sich auf den Beschluß des Ministerrates berief.

Am nächsten Tage wurde in aller Form die Volksvertretung nach Hause geschickt; Grenadiere waren aufgeboten, um die Abgeordneten am Betreten des Sitzungssaales zu hindern. Stadion, seelisch ganz gebrochen, konnte

nur so viel erwirken, daß einige der demokratischen Volksboten, die nach dem Befehle Schwarzenbergs hinter Schloß und Riegel gesetzt werden sollten, Gelegenheit zur Flucht fanden. Gleichzeitig mit der Auflösungsorder wurde eine Verfassung kundgemacht: es ist die oktroyierte Verfassung vom 4. März 1849, die bekanntlich niemals in Geltung war, sondern nur ins Leben trat, um nach kurzer Zeit formell wieder aufgehoben zu werden — „aufrichtig und ohne Rückhalt".

Der Plan, aus kaiserlicher Machtvollkommenheit eine Verfassung zu geben, war schon Monate vorher, um die Wende des Jahres 1848, im Ministerrat gefaßt worden. Wie recht hatte doch der Pole Smolka, der während der Beratung des Verfassungswerkes in Kremsier wiederholt seinem Mißtrauen in die ehrlichen Absichten der Regierung Ausdruck gab. „Wozu diese Anstrengung," so fragte er ironisch, „glauben Sie etwa, daß die Konstitution, welche immer wir in Antrag bringen, wirklich angenommen und zur Ausführung gelangen wird?" Eine wahrhaft groteske Situation: gleichzeitig wird in Kremsier und in Olmütz — ja, man könnte auch sagen in Frankfurt — eine Verfassung ausgearbeitet, von den Volksvertretern und von der Regierung, und als man endlich in Kremsier, nach langen, schwierigen Beratungen so weit war, mit einem, wie wir heute sehen, wohlgelungenen Entwurfe herauszukommen, fährt die Regierung mit einem brutalen Griff dazwischen und jagt das Parlament „aufrichtig und ohne Rückhalt" davon.

Den erstaunten Abgeordneten wird, gewissermaßen zur Rechtfertigung, ein langes Sündenregister vorgehalten, das sich wie der reinste Hohn ausnimmt. Nach mehrmonatigen Verhandlungen, so heißt es in dem famosen Schriftstück, sei das Verfassungswerk zu keinem Abschlusse gekommen — begreiflich, weil man diesem absichtlich zuvorkam, indem man den Reichstag sprengte! Nicht minder verlogen war der Hinweis, daß sich erst durch die „siegreichen Fortschritte" der kaiserlichen Waffen die unabweisliche Notwendigkeit herausgestellt habe, die Verfassung auf das ganze Reich auszudehnen — dieser Beschluß stand ja schon bei der Thronbesteigung, wie uns die kaiserliche

Proklamation vom 2. Dezember belehrt, vollkommen fest. Dagegen war es richtig, daß die Fortschritte des militärischen Diktators in Ungarn, der Erfolg der „zentralen Bajonette" bei Kapolna, die letzten Bedenken gegen den Gewaltstreich zum Schweigen brachten, und die Schlußworte des Manifestes: „Wir vertrauen auf die Tapferkeit und Ehre unserer ruhmwürdigen Armee" reden eine überaus verständliche, offene Sprache. Richtig war auch, daß sich der Hof im Namen der „wohlgesinnten Bürger" durch „Erörterungen aus dem Gebiete der Theorie, welche nicht nur mit den tatsächlichen Verhältnissen der Monarchie im entschiedenen Widerspruch stehen, sondern überhaupt der Begründung eines geordneten Rechtszustandes im Staate entgegentreten" — gemeint waren die in Kremsier beschlossenen Grundrechte wie die schon erwähnte Abschaffung des Adels, die radikale Verkürzung der Majestätsgewalt, die Beseitigung der Todesstrafe für politische Verbrechen und die Zivilehe — beunruhigt fühlte.

Nicht gesagt aber war, daß auch die kaiserliche Verfassung mehrere Monate in Beratung gestanden und die größten Fährlichkeiten zu überwinden hatte, ehe sie, im Grunde auch — nicht ganz zum Abschlusse gelangt, das Licht der Welt erblickte. Die Schwierigkeiten lagen vor allem in der verschiedenartigen Zusammensetzung des Ministeriums und in der — im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie gewiß befremdenden — Tatsache, daß bei dem Verfassungswerk, wie in allen politisch wichtigen Maßregeln, auch der militärische Diktator Fürst Windischgrätz verabredetermaßen sein Machtwort zu sprechen hatte.

Feldmarschall Fürst Windischgrätz und der Minister des Innern Graf Stadion zogen an verschiedenen, gerade entgegengesetzten Strängen und der Ministerpräsident sah, befriedigt lächelnd, dem interessanten Schauspiele zu, um bald dem einen, bald dem anderen helfend beizuspringen. Graf Stadion, der „Staatsmann der Mittelklasse", vertrat ehrlich den Standpunkt des deutschen, bürgerlichen Liberalismus, der, zum überwiegenden Teile großösterreichisch gesinnt, den Einheitsstaat auf freiheitlicher Grundlage anstrebte. Der militärische Diktator dagegen, der

sich so sehr als Aristokrat fühlte, daß ihm das Wort in den Mund gelegt wurde: „Der Mensch fängt erst mit dem Baron an," wollte ebenso ehrlich das von ihm gerettete und noch zu rettende Österreich auf ständisch-feudaler Basis aufbauen, das Schwergewicht auf die Landtage gelegt sehen.

Fürst Schwarzenberg teilte, wie wir schon wissen, im Innersten die Abneigung gegen die Konstitution, die er ebenso wie Windischgrätz für einen verbrecherischen Irrtum hielt, aber er hatte von seinen adeligen Standesgenossen die denkbar schlechteste Meinung und versprach sich daher von dem altständisch-aristokratischen Verfassungsplan seines Schwagers nicht viel Gutes. „Es wäre leicht," äußerte er sich wenig schmeichelhaft, „in die neue Verfassung eine aristokratische Färbung zu bringen, aber unserer Aristokratie wirkliches Leben und die nötige Widerstandskraft zu geben, halte ich für unmöglich, weil dazu nicht nur honette Leute gehören, sondern man eine politisch gebildete, wohlorganisierte und mutige Klasse braucht, die uns gänzlich ermangelt. Ich kenne in der ganzen Monarchie nicht zwölf Männer unseres Standes, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mit Nutzen in einem Oberhause Platz finden könnten, und ein Institut, welches seinem Zweck, das konservative Prinzip zu vertreten, nicht gewachsen wäre, halte ich nur für geeignet, die Regierung zu schwächen und derselben ihre Aufgabe zu erschweren."

Erschien dem Fürsten Schwarzenberg der österreichische Adel zur Vertretung der öffentlichen Interessen — er mag hier allzusehr an seinen Schwager Windischgrätz gedacht haben — durchaus unfähig, so war in seinen Augen die Aristokratie Polens und Ungarns der Rebellion verdächtig, daher ebenfalls keiner Begünstigung wert. In diesem Punkt durchaus zentralistisch-josephinisch gesinnt, bildeten für ihn die Bajonette, ein geschultes und gehorsames Beamtenheer, daneben das Bündnis mit dem Zaren die Hauptsache. Doch weil nun einmal auch wohlgesinnte Männer auf „zeitgemäße Lappalien", wie er meinte, Wert legten, so sollte in Gottes Namen Stadion mit seinem „Kram moderner Ideen" recht haben. War man einmal in Ungarn, Italien und in Deutschland Herr der Situation, so konnte man mit der in der Not

gewährten „Mistverfassung“ wieder aufräumen — habe doch, wie er mit dem Evangelisten zu sagen pflegte, „jeder Tag seine Sorge“.

So hatte sich im Schoße der Regierung wie in Kremsier ein erbitterter Kampf zwischen den beiden Weltanschauungen, die das ganze politische Leben der folgenden Jahrzehnte beherrschten, abgespielt, und erst als der Vertreter des aristokratisch-föderalistischen Prinzipes, dessen militärischer Ruhm zu erbleichen begann, zu dem „schlechten Machwerk“ Stadions seine Zustimmung gegeben hatte, konnte die oktroyierte „Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich“ den Hafen verlassen. Aber sie war, gleich ihrer Vorgängerin vom 25. April 1848, unfertig, „übereilt“, wie sich Graf Hartig ausdrückte, herausgekommen und machte auf den früheren Minister des Äußern, den klugen Wessenberg, den Eindruck einer „Improvisation“, die dem Ministerium die Möglichkeit bieten sollte, sich aus augenblicklicher Verlegenheit zu befreien — so etwas ähnliches hatte ein Ministerkollege auch von der ersten oktroyierten Verfassung Pillersdorffs gesagt. Schwarzenberg selbst gestand es offen ein, daß das Drängen der Zeit „weder lange Überlegung noch tiefer gehende Studien“ erlaubte, daß sie nur das Terrain bildete, auf welchem man die Autorität des Thrones wieder aufbauen wollte.

Im Grunde genommen, war es ja auch vollständig gleichgültig, wie sie in den Einzelheiten aussah — die Hauptsache war, daß man dem Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstages zuvorkam und den Dezentralisationsgelüsten gegenüber, wie sie dort und in Frankfurt laut wurden, klar und deutlich den Standpunkt des Einheitsstaates betonte, und dies ist auch geschehen. Die neue Verfassung, die sich auf den gesamten Kaiserstaat bezog, ist durchaus zentralistisch; das Schwergewicht liegt in der Wiener Zentralregierung und in dem Reichsparlament. Österreich und Ungarn — die wichtigste Frage — sollen nicht bloß ein einheitliches Reich, sondern auch ein einziges unlösbares Zoll- und Handelsgebiet bilden. Für das lombardo-venezianische Königreich ist nichts bestimmt worden —

offenbar wollte man da noch den Ausgang des Kampfes abwarten.

Wichtig, sehr wichtig war auch, daß Österreich an freiheitlichen Einrichtungen nicht hinter Preußen, das bereits seine Verfassung erhalten hatte, zu stehen kam, und in der Tat war die neue Konstitution hochliberal. Der Volksvertretung war nicht am Ende nur eine beratende Stimme, sondern das Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung und an der Steuerbewilligung zugesprochen. Es erschien nur selbstverständlich, daß auch für die Zeit vorgesehen wurde, wo der Reichstag nicht versammelt war und dringende Maßregeln mit Gefahr im Verzuge erforderlich waren: da sollte die vollziehende Gewalt befugt sein, alle ihr angemessen erscheinenden Verfügungen unter ihrer Verantwortung provisorisch zu treffen. Von diesem Notverordnungsparagraphen, dem später so berüchtigten § 14, sollte dann auch reichlich Gebrauch gemacht werden, weil die Reichsversammlung nicht tagte, und die Reichsversammlung wieder nicht tagte, weil die Landtage noch nicht versammelt waren. Denn die erste Kammer des Reichstages hatte auch aus Abgeordneten der einzelnen Landtage zu bestehen. Für die Landtage aber mußten erst Landesstatute entworfen werden — und darüber verstrichen viele, viele Monde. Die Einberufung der neuen Landtage sollte im Herbst 1850 stattfinden und im Frühjahr darauf die Reichsversammlung zusammentreten.

Wie man sieht, hatte es mit dem parlamentarischen Betrieb noch seine guten Wege. Mittlerweile aber entfalteten die Fachministerien eine, man kann nicht anders sagen, staunenswert intensive und fruchtbare Tätigkeit. Gleich einem Sturzquell ergoßen sich die neuen Gesetze und Verordnungen über das „verjüngte“ Österreich, wie als wollte man alles, was in den letzten fünfzig Jahren versäumt wurde, sozusagen mit einem Schlage nachholen. So war an dem Tage, an welchem die Märzverfassung erschien, das schwierige Werk der Grundentlastung, durch welches die Bauern befriedigt wurden, in die Wege geleitet worden. Es war der Arbeit des großen Reformkaisers würdig — Beweis dessen, daß Fürst Windischgrätz in einer eigenen

Beschwerdeschrift der Regierung eigentumsfeindliche Ziele vorwarf — „Der hervorragendste Kommunist hat noch nicht zu begehren gewagt, was Eurer Majestät Regierung praktisch durchführte".

Mit der Beseitigung des Untertänigkeitsverhältnisses fiel dem Staate die Pflicht zu, für den von den Gutsherrschaften bisher besorgten Polizei- und Gerichtsdienst und für die politische Administration vorzusorgen. Da wurden unter der Leitung des Justizministers Schmerling die Bezirksgerichte und als höhere Instanzen die Landes- und die Oberlandesgerichte, endlich ein Oberster Gerichtshof geschaffen. Schmerling führte ferner an Stelle des schriftlichen und geheimen Verfahrens die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und außerdem Geschworenengerichte ein. Für den Sicherheitsdienst auf dem Lande wurden nicht weniger als sechzehn Regimenter Gendarmerie errichtet. Ebenso Großartiges leistete Graf Stadion auf dem Gebiete der Verwaltungsreform. Da galt es Statthaltereien, Kreisbehörden und Bezirkshauptmannschaften zu errichten. Den Kreis- und Bezirksbehörden sollten sogar Volksvertretungen zur Seite gestellt werden. Auch die Unterrichtsverwaltung unter Thun verrichtete gewaltige, segensreiche Arbeit — so wurde durch Bonitz und Exner eine musterhafte Reform der Gymnasien durchgeführt, den Universitäten Lern- und Lehrfreiheit gegeben, den Studenten Freizügigkeit gewährt und das technische Studium ausgebaut. Endlich wurden auch auf dem Gebiete der materiellen Kultur, der stärkeren Seite des Vormärzes, wichtige Fortschritte erzielt — die Prohibitivzölle ermäßigt, Handels- und Börsenkammern errichtet, neue Eisenbahnen wie die Südbahn gebaut.

Fürwahr es wurde hier in der kürzesten Zeit, im Laufe weniger Monate, ein großes organisatorisches Werk geschaffen, das dem vom jungen Monarchen sich beigelegten Namen Joseph alle Ehre machte. Aber leider besaß diese neue Reformepoche auch alle die schweren Fehler und Mängel, die der Regierung des Volkskaisers anhafteten. Wir kennen sie schon: es war zu viel auf einmal, zu rasch und grundstürzend, zu revolutionär und ohne geringste Teilnahme des Volkes, so daß dieses nicht den Eindruck des

Segens, sondern den der — Gewalt empfing. Tatsache war, daß damals das alte Gebäude in seinen Grundfesten wankte und der Kaiser angesichts der allgemeinen Empörung von seinem Sterbelager aus einen großen Teil seiner Reformen zurücknahm. Er hatte den Gedanken des Einheitsstaates überspannt und überall die zentrifugalen Kräfte, in Ungarn und Belgien die offene Revolution, wachgerufen.

Alle diese Fehler Josephs II., schon von seinen Zeitgenossen richtig erkannt, wurden jetzt — wieder begangen, im erhöhten Ausmaße gemacht. Wir erinnern uns an das schöne Wort, mit dem Leopold von Toskana über das Werk seines Bruders aburteilte: „Es ist schwer, dem Volke gegen seine Überzeugung Gutes zu erweisen, weil es schwer ist, daß eine Regierung oder selbst der aufgeklärteste Minister besser wisse, was für die Nation paßt und ihr nützlich ist, als das Volk selbst, seine Individuen und seine Vertreter." Diese Kritik war nach mehr als einem halben Jahrhundert, nach den großen Errungenschaften des 13. März, im Zeichen des „Völkerlenzes", gewiß nicht weniger wahr geworden! Es kam noch hinzu, daß diese Teilnahme des Volkes von Kaiser Franz Joseph wiederholt feierlich zugesichert war, während sein Vorgänger, der aus innerster Überzeugung „aufgeklärter Despot" war, durch keinerlei Wort gebunden erschien.

Eine beispiellose Verwirrung entstand — niemand kannte sich aus, wohin eigentlich die Entwicklung des Kaiserstaates gehe. Wieder ging das Gespenst der Revolution, des Zerfalles Österreichs umher. Alle Maßnahmen der Regierung waren nur — provisorisch. Die Gegner des Verfassungslebens fürchteten, es werde, da alle Vorbereitungen dazu getroffen wurden, das kaiserliche Wort verpfändet war, schließlich doch dazu kommen; die konstitutionell Gesinnten wiederum besorgten, es werde bei den schönen Versprechungen bleiben.

Der alte Fürst Metternich, der aus seinem belgischen Exil die Geschicke der habsburgischen Monarchie mit größtem Interesse verfolgte und wieder daran — aktiv teilnahm, fragte sich bei Kübeck an: „Spielt der liberale Geist in unserem hartbedrängten Reiche eine Rolle oder ist die

Rolle nur ein Spiel?" Aber auch Kübeck kannte sich nicht aus, wußte sich das Rätsel nicht zu deuten. Auf der einen Seite, schrieb er dem Fürsten zurück, huldige man den liberalen Ideen durch den ganzen Apparat von Volksvertretungen in den Ländern, in den Kreisen, Bezirken und den Gemeinden, und andererseits mache es auf ihn den Eindruck, als wolle man „die repräsentativen Formen durch ihre Vervielfältigung... abnutzen". Metternich glaubte endlich die Lösung gefunden zu haben. Offenbar hoffe man, meinte er, „daß Glücksfälle Auswege aus dem Labyrinth, in das man sich vertiefe, bieten werden".

Andere drückten sich schärfer aus. Mit beißendem Spott gibt Franz Schuselka in seiner Schrift „Das provisorische Österreich" der Mißstimmung, wie sie in den weitesten Kreisen herrschte, beredten Ausdruck. Seit Österreich besteht, führt er da aus, haben bei jeder politischen Krise die „liebenswürdigen Nachbarn ringsum" und die inneren Feinde auf Österreichs Zerfall spekuliert — und eine solche ist jetzt wieder gekommen. Niemandem nämlich macht das neue Österreich den Eindruck einer festen, definitiv begründeten Macht. Alles bis auf die Fiakertaxe herab ist da provisorisch, und diese provisorische Gesetzgebung wird von Tag zu Tag mehr ein Gegenstand des Witzes und Spottes.

Dies stimmte. Joseph von Kalchberg erzählt, er habe auf der Reise nach Gastein den Postmeister nach seinem Befinden gefragt, worauf dieser zur Antwort gab: „Provisorisch gut." Auf Kalchbergs weitere Frage: „Warum nur provisorisch gut," erwiderte der Postmeister: „Ja bei uns ist alles nur provisorisch. Ich fürchte, daß bald auch der Kaiser nur provisorisch in Wien sein werde." Man fragte spöttisch: „Wo wird denn das neue Österreich gemacht?" und antwortete dann: „In der k. k. Hof- und Staatsdruckerei wird es gedruckt."

Bis heute, fährt Schuselka in seiner Anklageschrift fort, ist die so hoch und heilig zugesagte Verfassung nicht ins Leben getreten, und so regt sich der Verdacht, daß es der Regierung damit nicht ernst sei. Die wichtigste Aufgabe, die Versöhnung der Nationalitäten, ist noch ungelöst. In einem

Augenblick, wo die Völker die extremsten Folgerungen des Föderativsystems durchsetzen wollen, tritt das Ministerium diesem Extrem mit dem entgegengesetzten entgegen und will die vollste einförmigste Zentralisation durchführen — ein Vorhaben, das am wenigsten in Österreich gelingen kann. Jeder Denker sieht ein, daß Österreich nur durch eine glückliche Vereinigung des Föderativ- und Zentralisationssystems erhalten werden könne. Österreich soll ein Völkerstaat, ein auf der Freiheit und Eintracht beruhender Völkerbund sein. Das Ministerium aber will den alten Beamtenstaat wieder aufleben lassen. Diese „asiatische Staatsform", die dem Geist der neuen Zeit widerspricht, gerade jetzt, wo die Völker nach freier Entwicklung ringen, einzuführen, war kein großer staatsmännischer Gedanke. Nach den Ereignissen des Sturmjahres, wo man von Wien selbst bei einem Teil der Völker mit allen Mitteln das nationale Bewußtsein geweckt hat, läßt sich nicht auf einmal ein allgemeines österreichisches Bewußtsein oktroyieren.

Das ganze bisherige Verfassungswerk, so schließt Schuselka seine geistvolle Polemik, ist ein Werk des sogenannten „Scheinkonstitutionalismus", mit welchem man die Folgerungen der Revolution zu beseitigen glaubt, während gerade er in seinen notwendigen Konsequenzen zur Revolution führen muß. Das jetzige Österreich steht, weil es — die Armee hält. Es steht also nur provisorisch. Denn bei der unglücklichen äußeren Politik der Regierung muß man jeden Tag fürchten, diese Armee nach verschiedenen Seiten an die äußersten Grenzen der Monarchie marschieren zu sehen — und dann verliert der Staat seine einzige Stütze und muß in sich zusammenbrechen. Die Katastrophe kommt schon aus finanziellen Gründen, denn die Monarchie bewegt sich in einem gefährlichen Zirkel: die große Armee soll den Staat erhalten, aber der Staat wird die große Armee nicht erhalten können.

Gegen den bureaukratischen Zentralismus eiferten um die gleiche Zeit noch zwei andere einsichtsvolle, geistreiche Männer: der uns von früher schon bekannte Baron Andrian und der Historiker Anton Springer. Andrian verfocht in seinem anonym erschienenen Büchlein „Zentralisation und

Dezentralisation in Österreich" den Gedanken: Die Zentralisation ist in Österreich „antihistorisch und revolutionär". Sie wird, wenn sie gelingen sollte, nicht einen österreichischen Patriotismus, wohl aber einen allgemeinen politischen Indifferentismus erzeugen, wobei jeder sich gewöhnen wird, den Staat als etwas Fremdes, ihm Fernestehendes zu betrachten. Im Falle ihres Mißlingens aber wird der Versuch den Staat z e r s p r e n g e n.

Anton Springer, der andere, warnte in seiner gehaltvollen Broschüre „Österreich nach der Revolution" die Regierung vor der Zentralisation, diesem „Grab der politischen Freiheit".

Der österreichische Einheitsstaat sei nichts anderes als die Herrschaft des einen Stammes über den anderen. Dies ist der alte Zustand, wie er vor der Revolution war, ja ärger noch, weil er für das erwachte und aufgefrischte nationale Bewußtsein fühlbarer geworden ist. Den Nationalitäten die Gelegenheit zur Reibung zu nehmen, ist die erste Pflicht dessen, der Österreich erhalten will. Dem Einwurf gegenüber, daß dann der Streit auf die Landtage verschoben werde, macht er geltend, daß schon dadurch viel gewonnen sei, wenn der Streit vereinfacht wird, die Leidenschaft nicht den ganzen Staat erfaßt. Er will die Autonomie auch auf die Gemeinden und Kreise ausgedehnt sehen und schlägt die Errichtung nationaler Schiedsgerichte vor. Dem deutschen Element erwächst dadurch keine Gefahr. Wohl sei es richtig, daß die Föderation eine Grundbedingung für die Entwicklung der slawischen Nationalität sei, aber diese läßt sich nicht mehr aufhalten. Die Wendung, welche die orientalische Frage durch die größere Selbsttätigkeit der Slawen nehmen muß, wird auch auf die Deutschen wohltätig zurückwirken. Und dann — ist der Verlust so groß, wenn slawische Beamte die deutsche Sprache nicht mehr radebrechen, wenn dafür die wichtigste Ursache des Hasses, der die Deutschen in vielen Teilen Österreichs getroffen hat, behoben wird? Was reell am Deutschtum ist, das wird nicht untergehen; der Reichtum, die Tiefe des deutschen Geistes, die Schätze der deutschen Literatur — alles das wird durch die Föderativverfassung nicht geschmälert.

Die Föderativverfassung, so faßt Springer seine uns heute ganz eigentümlich berührenden Ausführungen zusammen, ist die nationale Freiheit und der politische Fortschritt, sie ist eine wohlfeile Regierung, die stets steigende Wohlfahrt des Volkes, die Herrschaft der Ordnung, des Vertrauens, und sie ist endlich der natürlichste Schluß der Revolution. Aber das Ministerium muß eilen, ehe noch die Dauer des Ausnahmszustandes das Gemeingefühl der Bürger völlig entkräftet und alles Vertrauen zerstört. Wenn die elfte Stunde einmal geschlagen hat, wer steht dann dafür, daß ein neuer Völkersturm ohne Schaden vorüberschreiten, die Bewegung hier halt machen werde?

Alle Mahnungen waren vergeblich! Der neue Herrscher fühlte sich nicht als Joseph den Volkskaiser, der dem Genius seiner Zeit Rechnung trug und eifrig auf die öffentliche Meinung lauschte, sondern als Joseph, den Despoten, den Soldatenkaiser, der den österreichischen Einheitsstaat erzwingen wollte und gleichzeitig nach außen hin eine großangelegte Machtpolitik betrieb. Doch Joseph II. lenkte, als in Ungarn die Revolution ausbrach, ein — sein Nachfahre auf Habsburgs Thronen, umgeben von Generalen und einem Ministerpräsidenten, der sich ebenfalls als General ansah, war kurz entschlossen, sie niederzuringen.

Der alte Minister Wessenberg hatte von der mit großen Worten hinausposaunten neuen Reichsverfassung gesagt, sie sei ein schönes Werk, aber sie habe einen Fehler — nur mit Gewalt könne sie durchgeführt werden. Die Berater des Monarchen und dieser selbst schreckten davor nicht zurück. Mit einem Gewaltakt, der Thronentsagung Ferdinands, war Franz Joseph der Weg gebahnt worden; mit einem Gewaltakt war der Reichstag von Kremsier, der in seinem Verfassungswerk die wahren Wünsche des Volkes zum Ausdruck gebracht hatte, beseitigt worden; mit Gewalt sollte auch die Konstitution, deren tieferer Sinn die Aufhebung der ungarischen Verfassung bildete,[205] durchgeführt und die drängende deutsche Frage zur Lösung gebracht werden.

„Viribus unitis" — wie schade, daß sich der neue Monarch nach diesem seinem Wahlspruch nicht verhalten hatte!

„Ein junger Kaiser und ein junges Reich — wie schön! Wie wäre die Zeit mit beiden dem Tempel des Ruhmes entgegengeeilt," so klang es wehmütig aus dem Herzen eines Deutschösterreichers, der gehofft hatte, Kaiser Franz Joseph werde, dem Genius der Zeit huldigend, der freien Entwicklung der Völker Raum geben und Österreich im föderativen Staatsprinzipe seine „vorgeschriebene Mission" erfüllen lassen.[206]

Es gab indes manchen, der nicht enttäuscht war, weil er sich von der neuen Regierung nichts anderes erwartet hatte. „Wir haben," so schrieben zu ihrer Begrüßung die Leipziger „Grenzboten",[207] „das alte Metternichsche System in zweiter Auflage, auf schlechterem Papier und mit schlechterem Druck."

5. MILITÄRISCHE UND DIPLOMATISCHE ERFOLGE. RÜCKKEHR ZUM ABSOLUTISMUS

Bald nach der Verkündigung der oktroyierten Märzverfassung verfiel ihr eigentlicher Schöpfer Graf Stadion, schon lange schwer leidend, in Geistesumnachtung. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn dieses traurige Ereignis von den Gegnern der neuen Reichskonstitution nicht in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht worden wäre. Der siebenbürgische Hofkanzler Baron Josika bezeichnete es als „eine traurige Ironie des Schicksals, daß der Erfinder der Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Sprachen über der Ausführung seines Systems Verstand und Sprache verlieren mußte."[208] Die föderalistischen Widersacher des Einheitsstaates, in erster Linie die Tschechen, werden nicht anders gedacht haben.

Mit dem Abgang des tüchtigen, ehrlichen Grafen Stadion hatte der freiheitliche Gedanke einen tödlichen Stoß erlitten. Innenminister wurde jetzt jener Mann, den Schwarzenberg schon bei der Bildung des Kabinettes für diesen Posten ausersehen hatte — der bisherige Justizminister Alexander Bach. Ehrgeizig und charakterlos wie er war, suchte er seine revolutionäre Vergangenheit durch eine „unbegrenzte

Nachgiebigkeit" gegenüber dem Hofe zu erkaufen.[209] Er ist denn auch zum rücksichtslosesten Vertreter des absolutistischen Einheitsstaates und der militärisch-polizeilichen Zwangsherrschaft geworden.

Hemmungslos konnte sich jetzt nach innen und nach außen die Politik des Fürsten Schwarzenberg austoben, die in der Tat etwas Wahnwitziges an sich hat — Ottokar Lorenz spricht mit Hohn von den „verblendeten Toren" und dem „Größenwahn" der Berater des jungen Monarchen, von der „toll gewordenen, außer dem Militärkodex jedes Recht verhöhnenden österreichischen Militärpartei".[210] Wer dieses Urteil zu hart findet, wird wohl einem anderen Geschichtsschreiber beipflichten, der den Geist der „Selbstüberschätzung" hervorhebt.[211] Den ganz gleichen Ausdruck gebrauchte damals Hofrat Karl Hummelauer, der mit beißenden Randglossen die Tätigkeit des neuen Ministeriums verfolgte und diesem in einem vertraulichen Schreiben an Metternich noch einen „gewissenlosen Leichtsinn" zusprach.[212] Wie Schwarzenberg gegenüber der Bewegung im Innern der Monarchie den brutalen Standpunkt vertrat, daß man „in jetziger Zeit auch ein Blutbad nicht scheuen" dürfe,[213] so glaubte er, ganz in den Traditionen der Machtpolitik eines Thugut befangen, alle Fragen der auswärtigen Politik unbedenklich auf die Spitze des Degens stellen zu können.

In der italienischen Frage sollte die Gewaltpolitik zunächst zu einem vollen Siege führen. Wenige Tage nach der Verlautbarung der Märzverfassung, die sich über die künftige Stellung des lombardo-venezianischen Königreiches gründlich ausgeschwiegen hatte, kündigte Karl Albert von Piemont-Sardinien, von der italienischen Bewegungspartei gedrängt, den im Herbst abgeschlossenen Waffenstillstand. Bei Novara, am 23. März, erhielt der König von Radetzky eine so fürchterliche Niederlage, daß er die Krone niederlegte und sein Nachfolger Viktor Emanuel sofort Friedensverhandlungen einleitete, die zur Anerkennung des alten Besitzstandes Österreichs in Italien führten. In der sinnlosesten Weise, mit barbarischer Härte, wurde die österreichische Fremdherrschaft über die Lombardei und

Venezien wieder aufgerichtet. Allein die Herzen der Italiener wurden durch das Wüten der Soldateska, vor allem des Generals Haynau, der in Brescia Weiber öffentlich auspeitschen ließ, durch Standgerichte und Kriegssteuern nicht gewonnen — der große Erfolg war, wie sich zeigen sollte, nur ein vorübergehender.

Weniger rasch und glücklich ging es auf dem ungarischen Kriegsschauplatz her. Fürst Windischgrätz hatte Mitte Dezember die Grenze überschritten und befand sich Anfang Jänner, ohne auf Widerstand zu stoßen, in der Hauptstadt Ungarns. Aber anstatt nun die Verwirrung in den Reihen der Aufständischen auszunützen und ihren Streitkräften, die vielfach erst organisiert werden mußten, energisch zu Leibe zu rücken, blieb er in Ofen „wie festgenagelt" so lange stehen, bis es Görgey, einem der Heerführer der Ungarn, gelang, den Kaiserlichen in den Rücken zu kommen, so daß Windischgrätz das Land räumen mußte. Der glorreiche Überwinder des Prager Juniaufstandes und der Wiener Oktoberrevolution hatte gezeigt, daß er dem Feldherrengenie Radetzkys in keiner Weise gewachsen, daß er als Heerführer ebenso beschränkt wie er als Diktator unbeschränkt war. Hätten die Aufständischen ihm den Gefallen erwiesen, sich alle in Ofen einsperren zu lassen, dann wäre es ihm vielleicht wie in Prag und Wien gelungen, der Revolution mit einem Schlage Herr zu werden. Wenn er wenigstens seinen langen Aufenthalt in der Landeshauptstadt dazu benützt hätte, um der diplomatischen Beilegung des Aufstandes zu dienen! An Versuchen von konservativer Seite, eine Versöhnung herbeizuführen, fehlte es nicht. Aber hier zeigte sich der tolle Übermut der Militärs. Einer Deputation des ungarischen Landtages, die aus dem Minister Graf Batthyány, Deák und dem Bischof Lonovics bestand, ließ Windischgrätz die barsche Antwort zuteil werden: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht."

Nun hatte den hochfahrenden Mann sein Schicksal ereilt. Ungarn war befreit und am 14. April wurde in Debreczin unter rauschendem Jubel die ungarische Republik ausgerufen, das Haus Habsburg-Lothringen der Stephanskrone für verlustig erklärt, und Kossuth erhielt das Amt des

Gouverneurs übertragen. Am selben Tage wurde Windischgrätz seines Oberbefehls enthoben. Es mag dem Monarchen nicht leicht gewesen, einen seiner Paladine, an die er felsenfest geglaubt hatte, fallen zu lassen.

Der Rückschlag in Ungarn berührte Schwarzenberg um so schmerzlicher, als er gerade jetzt ein starkes Interesse daran hatte, daß Österreich nach außen hin als ein innerlich gefestigter Einheitsstaat kraftvoll und imponierend dastand. Zwei Tage nach der Verkündigung der oktroyierten Märzverfassung richtete der Fürst an das Frankfurter Parlament eine sehr resolut gehaltene Note, worin er nicht weniger verlangte als den Eintritt Gesamtösterreichs in den deutschen Bund oder, mit anderen Worten, die Schaffung eines ganz Mitteleuropa umfassenden Siebzigmillionenreiches. Mit dieser „herrischen Herausforderung" hatte die deutsche Frage eine entscheidende Wendung bekommen, die aber, weil sie auf Kampf gestellt war, ein starkes Österreich voraussetzte.

Doch wir müssen uns in die Frankfurter Paulskirche zurück begeben.[214] Seit jenem 28. Juni 1848, da die Sympathien der deutschen Nationalversammlung für Österreich in der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser ihren Ausdruck fanden, war die von Haus aus schon äußerst schwierige Stellung der österreichischen Volksboten nicht einfacher geworden — im Gegenteil. Konnte man damals mit der Auflösung des habsburgischen Völkerstaates in ein buntes Gemengsel von Nationalstaaten rechnen, wodurch der Anschluß der deutschösterreichischen Länder an das neue Deutschland sich von selbst ergeben hätte, so hatte sich seit den Siegen Radetzkys in Italien und namentlich seit der Niederwerfung der Wiener Oktoberrevolution durch Windischgrätz die Lage gründlich geändert. Der österreichische Adler hatte gezeigt, daß er noch seine starken Fänge und seine scharfen Krallen besaß.

Am 27. Oktober wurden in Frankfurt die beiden schicksalsschweren Paragraphen des deutschen Verfassungsentwurfes, die auf Österreichs Stellung zu Deutschland zielten, zum Beschlusse erhoben. Der eine bestimmte, daß kein Teil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern

zu einem Staate vereinigt sein dürfte; der andere befaßte sich mit dem Fall, daß ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt besaß, und verfügte, daß dann das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach dem Grundsatz der Personalunion zu ordnen sei. Damit war die „Anfrage an Österreich" gestellt — der habsburgische Kaiserstaat hatte sich zu entscheiden.

Jetzt erst begann so recht das Ringen zwischen den „Kleindeutschen", den „Erbkaiserlichen", die ein engeres Deutschland unter preußischer Führung anstrebten, und den „Großdeutschen", die den Ausschluß Österreichs bekämpften. Es kam der kleindeutsche Plan Gagerns, der eigentlich auch großdeutsch war, insofern er nämlich ein „Deutsches Reich" und ein „Österreich", die zusammen einen mitteleuropäischen Großstaat, das „Deutschland", zu bilden hatten, vorsah. Gagerns zweites Projekt, das dann auch angenommen wurde, war schon weniger großdeutsch: Österreich war wohl mit Deutschland durch eine Union verbunden, aber es stand schon außerhalb Deutschlands. Gewiß hätte sich auch über diese Form der Vereinigung reden lassen, denn sie war besser als nichts. Aber in der Hitze des Kampfes übersahen die großdeutsch gesinnten Österreicher, daß der von Gagern vorgeschlagene Bund eine sehr weitgehende Gemeinsamkeit, die der militärischen, diplomatischen und zum Teil auch der wirtschaftlichen Angelegenheiten, zum Inhalt hatte. Sie bemerkten nur das eine, daß Österreich dann nicht mehr zu Deutschland gehörte und seinem Schicksal überlassen blieb — der Slawisierung. So konnte denn Moritz Hartmann von einem „Verrat" Gagerns sprechen, über den er die ganze Schale seines vaterländischen Ingrimms ausleerte.

Der Gagern ist ein Staatsmann, ein weiser,
Er schwärmt für einen märkischen Kaiser,
Und um seinem lieben Wilhelm von Preußen
Die Krone Karl des Großen zu kaufen,
Läßt er mit Schätzen die Donau laufen,
Ins Haus dem Kaiser aller Reussen,
Verkauft er neun Millionen Deutsche
Der slawischen Peitsche.

Allein über die schmerzlichen Gefühle, die diese kleindeutsche Lösung wachrief und über eine sehr heftige Bekämpfung derselben kamen die Österreicher, mit ganz wenigen Ausnahmen wie Mühlfeld, nicht hinaus. Von dem Geschichtsschreiber Droysen und anderen aufgefordert, doch einen anderen, konkreten Vorschlag zu machen, durch den die schwierige Frage besser wäre bereinigt worden, konnten sie, innerlich gespalten und zerrissen, politisch unreif und unklar, nichts vorbringen. Es kam als erschwerendes Moment hinzu, daß sie über die Pläne und Ziele ihrer Regierung völlig im ungewissen waren — begreiflicherweise, weil diese selbst noch nicht wußte, was sie eigentlich wollte und erst nach einer Lösung tastete.

Wir sind nun wieder bei Schwarzenberg angelangt. Sein Regierungsprogramm vom 27. November, mit dem er sich in Kremsier vorstellte, war so unbestimmt gehalten, daß die Slawen darin eine volle Absage an Deutschland erblicken zu können vermeinten, während die Anhänger Gagerns eine Zustimmung zu dessen Plan eines engeren und weiteren Bundes herauslesen wollten. Nur eines war doch schon deutlich ersichtlich: der Entschluß, Österreich als Staatspersönlichkeit voll und ganz aufrecht zu erhalten. In der Note vom 28. Dezember drückte sich Schwarzenberg schon etwas bestimmter aus. Mit großer Entschiedenheit wird das Gagernsche Projekt abgelehnt und dagegen erklärt: „Österreich wird in dem neu zu bildenden deutschen Staatskörper seine Stellung zu behaupten wissen." Als darauf Preußen in einer Zirkularnote vom 13. Jänner 1849 den engeren Bund als sein Ziel kundgab, hielt es Schwarzenberg für nötig, seine ablehnende Haltung noch stärker zu betonen.

In der österreichischen Note vom 4. Februar wird gegen jede Unterordnung unter eine Zentralgewalt, die von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabt werde, feierlichst Verwahrung eingelegt. Die österreichische Regierung, heißt es da, fühlt das Bedürfnis der Wiedergeburt Deutschlands durch einen engeren Verband der einzelnen Staaten, aber diese einheitliche Gestaltung darf nicht auf dem von der Nationalversammlung vorgezeichneten Wege erfolgen. Eine solche Form, ein engerer Bundesstaat, sei weder für Öster-

reich noch für Deutschland wünschenswert, denn sie würde die „moralischen und materiellen Interessen", die Überlieferung der Vergangenheit und die Ansprüche an die Zukunft auf das tiefste verletzen und die staatliche und persönliche Freiheit der Deutschen hemmen. Der österreichischen Regierung schwebe ein „nach außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland" vor, in dem alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landesteile Platz fänden. Diese Idee wolle sie ausführen, durch einen „stufenweisen Gang, der mit dem aufrichtigen Willen sich anzunähern beginnt und allmählich übergeht zum wirklichen engen Verband".

Diese österreichische Note, die so scharf gegen den preußischen Plan eines engeren Deutschlands Stellung nahm, wurde in den kleindeutschen Kreisen als ein unfreundlicher Akt empfunden und in der Presse mit höhnenden Randglossen versehen. Gustav Freytag, der mit regstem Interesse den schicksalsschweren Kampf verfolgte, bezeichnete sie in den „Grenzboten" als eine „Naivität" ersten Ranges, sprach von unklaren Köpfen, durch die Österreich „prinzipienlos zum Abgrund geführt" werde, und fand, daß das österreichische Ministerium noch zu sehr in „allgemeinen Redensarten" stecke. Aber bei aller sichtbaren Gehässigkeit, wie es sein kleindeutscher Standpunkt mit sich brachte, enthielt seine lieblose Beurteilung der Schwarzenbergschen Note viel Wahres. Sicherlich war sie ebenso schroff im Ton wie unklar in der Fassung und darauf berechnet, die deutsche Nationalversammlung „hinzuhalten".[215] Alle aufrichtigen Freunde der österreichischen Regierung in Frankfurt, von dem richtigen Gefühl geleitet, daß diese Zauderpolitik Wasser auf die Mühlen Preußens bedeute, drängten auf eine offene Erklärung zugunsten des Bundesstaates. Schmerling reiste selbst nach Olmütz, um den Vorstellungen der Großdeutschen Nachdruck zu geben und über die Absichten Schwarzenbergs größere Klarheit zu gewinnen — aber es war umsonst. Schmerling, dieser scharfe Kopf, kehrte so klug wie zuvor nach Frankfurt zurück; er ahnte nicht, daß Schwarzenberg das Frankfurter Parlament

als eine revolutionäre Schöpfung „zu allen Teufeln wünschte“ und von einem deutschen Volksstaat, welche Form immer er haben sollte, nichts wissen wollte.

Da brachte endlich die oktroyierte Märzverfassung und die zwei Tage später nach Frankfurt gesandte Note vom 9. März volle Klarheit. Sie wirkte in der Tat wie ein „Donnerschlag“. Mit ihr war den Anhängern des großdeutschen Gedankens das Grab geschaufelt. Nun trat ihr bisheriger Führer selbst, Professor Welcker aus Freiburg, für die kleindeutsche Lösung ein, indem er erklärte: „Jetzt ist Österreichs Ausschluß fertig, jetzt muß jeder Patriot in der Übertragung der erblichen Kaiserwürde an die Krone Preußens die Rettung des Vaterlandes wollen.“ Mit einer knappen Mehrheit von vier Stimmen — darunter auch Österreicher — siegte jetzt die erbkaiserliche Partei, und am 28. März wurde Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser ausgerufen. Wenige Tage darauf erhielten die österreichischen Abgeordneten von ihrer Regierung die barsche Weisung, „sofort“ in ihre Heimat zurückzukehren.

Der schöne Traum eines großen deutschen Volksstaates, dem sich die Deutschösterreicher hingegeben, war verflogen. Nicht leicht fiel ihnen der Verzicht auf ihren Platz in Frankfurt. „Schmerzerfüllt“ nahm Hans Perthaler in einem Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung Abschied, um zugleich Verwahrung einzulegen „im Namen des gesamten Deutschlands, welches ein Recht auf alle seine Teile, im Namen Österreichs, welches ein Recht hat, ein Teil zu sein des Ganzen“. Diese ihre feste Überzeugung, zum deutschen Vaterlande zu gehören, bildet den Grundton, der ergreifend durch alle Reden der Österreicher klang. „Deutschland,“ so sagte Schmerling, „hat ein heiliges Recht auf Österreichs deutsche Gebietsteile, auf jene Länder, die, auf Jahrhunderte zurückgezählt, zum Reiche gehören. Österreich, dessen Fürsten seit ihrem Ahnherrn beinahe ununterbrochen des Reiches Krone trugen, es kann, es darf sich nicht zurückziehen!“ Und ähnlich äußerte sich Giskra: „Dahin ist es gekommen, daß Länder, welche tausend Jahre bei Deutschland stehen, durch sechs Jahrhunderte dem Reich das Haupt gegeben, nun bei der Einigung von

Deutschland in Frage stehen, daß die Alpen, daß die Donau, daß die deutschen Berge, die deutschen Ströme vielleicht auf lange Zeit hin nicht mehr zu Deutschland gehören, daß acht Millionen der herrlichsten Söhne Germaniens ... nicht an ihrer Mutter Busen ruhen, daß sie von Deutschland ferngehalten, von Deutschland weggerissen werden."

Die Lösung der deutschen Frage im kleindeutschen Sinne, die Errichtung eines „heiligen römischen Reiches preußischer Nation", wurde als „Verrat" am deutschen Volke aufgefaßt. „Wenn Sie vorschnell," erklärte am 20. März Johann Nepomuk Berger, „Ihr Kleindeutschland abschließen und Ihren preußischen Kaiser machen — dann verraten Sie die deutsche Einheit, die deutsche Freiheit, die deutsche Zukunft." Und Hartmann gab seinen bitteren Empfindungen in der Anklage Ausdruck: „Was tuen wir? Wir sind Verräter! Wir weisen Brüder, treue, warme, die nach so langer Haft mit starkem Arme sich durchgekämpft zu uns — vom Haus der Väter."

Es war ein tragisches Verhängnis, daß die Volksboten, in deren Hände das Schicksal Deutschlands gelegt worden war, den gewaltigen Eindruck, den die Märzkatastrophe auf die Regierungen der deutschen Bundesstaaten ausübte, nicht besser ausnützten. „Wir lagen alle am Bauche" — gestand später der preußische König Friedrich Wilhelm IV. und bezeichnete damit sehr treffend die Lage unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution. Fünf volle Monate wurden in uferlosen Debatten über die Grundrechte verloren, und als man im Oktober endlich, in der hundertsten Sitzung, zur Beratung der Verfassung kam, hatten sich die Regierungen der beiden Vormächte von ihrem Schrecken erholt, war vor allem Österreich, das vor dem Zerfalle gestanden, wieder zu Kräften gekommen, und dieses neu erstarkte Selbstbewußtsein fand in dem großösterreichischen Plan, mit dem es am 9. März herausrückte, seinen sinnfälligen Ausdruck.

Man wird es verstehen, daß das Verlangen Schwarzenbergs, der deutsche Bund sollte das gesamte Österreich mit allen seinen nichtdeutschen Landesteilen aufnehmen, als eine unerhörte Zumutung aufgefaßt wurde. Nicht bloß der Vorsitz im Bunde war für Österreich gefordert worden,

sondern auch die Mehrheit in dem Staatenhause, das dem Direktorium zur Seite gestellt werden sollte. In dieser aus 70 Mitgliedern bestehenden Versammlung, die aus Delegierten der Landtage zu beschicken war, hätten neben 32 Vertretern Deutschlands 38 Delegierte des Habsburgerstaates Platz genommen, so daß in der erregten Phantasie eines märkischen Junkers die Schreckvorstellung platzgreifen konnte, wie in Frankfurt tschechische, polnische und ungarische Deputierte das große Wort führten.

Und doch entbehrte die Idee eines „Siebzigmillionenreiches" nicht einer gewissen „Größe" — es war der Gedanke eines starken Mitteleuropas, dessen Durchführung Deutschland wie Österreich namhafte Vorteile bot. In Frankfurt selbst war er von zwei Österreichern, von Deym und Möring, dem uns schon bekannten Verfasser der Sibyllinischen Bücher, angeregt worden, und im Ministerium fand er an dem Handelsminister Bruck, der auf diese Weise den Gegensatz zwischen der groß- und der kleindeutschen Richtung zu überbrücken dachte, einen warmen Anwalt. Der deutsch geleitete Einheitsstaat, den Schwarzenberg und Bach im Auge hatten, konnte nur durch engen Anschluß an das deutsche Mutterland verwirklicht werden. Auf der anderen Seite hatte auch Deutschland ein Interesse daran, daß das Habsburgerreich als deutscher Staat erhalten blieb und seine hohe Kulturmission nach dem Osten hin erfüllen konnte. Der Dichter Wilhelm Jordan sah, wie er in Frankfurt ausführte, Österreichs Aufgabe darin, alle seine Völker allmählich in Deutsche zu verwandeln, so daß die Küste des Schwarzen Meeres eine deutsche Küste werde. Man ersehnte die Stunde, da, wie es in einem Artikel der „Deutschen Zeitung" vom 31. Jänner heißt, das Banner von Habsburg von der Kuppel der Sophienkirche in Konstantinopel wehen werde. Auch Gustav Freytag forderte Österreich auf, Serbien und Bosnien an sich zu ziehen, damit der Balkan nicht in die Hände der Russen falle.[216]

Wer nun immer der eigentliche Anreger des Siebzigmillionenreiches gewesen sein mag, Schwarzenberg war Feuer und Flamme dafür. „Der Fürst Schwarzenberg," so drückte sich ein mit den Wiener Verhältnissen wohl-

vertrauter Diplomat sehr treffend aus, „sieht als österreichischer Minister nichts als Deutschland und die deutsche Frage." Sein Gedankengang, den er dieser Quelle zufolge zu entwickeln pflegte, war der: „Fürst Metternich hat seinerzeit in Deutschland alles politische und Handelsterrain gegen Preußen verspielt; es war unter ihm so weit gekommen, daß wir in unserem eigenen deutschen Hause, welches uns so gut als Preußen gehört, nicht mehr Herr waren, und alles dies, um Preußen in den europäischen Fragen für sich zu haben, allein gerade in diesen Fragen hat Preußen unserer mehr nötig als wir Preußens."[217] In der Tat hatte es Schwarzenberg darauf abgesehen, die Versäumnisse der deutschen Politik im Sturmschritte nachzuholen und mit Preußen, Österreichs Gegenspieler in Deutschland, abzurechnen. Gewiß, der Ausspruch „Avilir puis démolir" — zuerst Demütigung, dann Vernichtung Preußens — ist ihm von seinem Gegner Radowitz in den Mund gelegt worden, aber er kennzeichnet am besten den Standpunkt Schwarzenbergs.

Die verschiedenen von kleindeutscher Seite angestellten Versuche, Österreichs wiedererwachten Tatendrang und Ehrgeiz nach dem Osten abzulenken, verfingen bei Schwarzenberg nicht — Metternichs unselige Tradition, die ganze Aufmerksamkeit nach dem Westen zu konzentrieren, wirkte hier nach. Der ganze Unterschied war nur der, daß Metternich einem Kampf mit Preußen auszuweichen trachtete, während Schwarzenberg ihn nicht fürchtete, um nicht zu sagen — ihn suchte. Zweifellos bildete nun die Schaffung eines Siebzigmillionenreiches unter Österreichs Führung eine Herausforderung Preußens, das sich unmöglich mit dieser Lösung der deutschen Frage abfinden konnte.

So spitzte sich alles auf einen Machtkampf mit dem Hohenzollernstaate zu, als der Feldzug gegen das revolutionäre Ungarn eine für die Kaiserlichen so ungünstige Wendung nahm und im Lande der Stephanskrone die Republik verkündet wurde. Schwarzenbergs schönes Konzept wurde dadurch gründlich verdorben. Nichts lag näher als der Verdacht, daß das Wiener Kabinett an dem großen Deutschland mehr seine Streitkräfte interessierten, um mit deren Hilfe

den gefährdeten Besitzstand im Süden und Osten der Monarchie zu sichern und noch obendrein seine Hausmacht zu vergrößern. Dieser Argwohn, der ja immer rege war, lebte jetzt wieder im verstärkten Maße auf. In den „Grenzboten" wurde mit sichtlichem Behagen auf die „angestammte Habsucht der althabsburgischen Politik" losgehämmert und an die Fabel erinnert, wo auf die Frage: „Wozu nützt denn dies alles dir?" die Antwort kam: „Das weiß ich selbst nicht, sprach der Rabe, ich nehm' es nur, damit ich's habe."[218]

In Wien stand man jetzt vor einer der schicksalsschwersten Entscheidungen. Die siegreiche Revolution in Ungarn mit den eigenen Truppen niederzuwerfen — daran war, weil ein großer Teil in Italien gebunden war, nicht zu denken. Sollte man wirklich, wie es der nun zur Disposition gestellte Feldmarschall Windischgrätz anriet, die Hilfe Rußlands anrufen? Der Gedanke daran war schon früher aufgetaucht, aber aus gewichtigen Gründen des Prestiges zurückgewiesen worden. „Die Hilfe Rußlands," so erklärte General Welden, „von der österreichischen Regierung selbst erbeten, würde eine vollkommene moralische Niederlage der letzteren, das Bekenntnis der Ohnmacht vor ganz Europa sein, und könnte nur im alleräußersten Falle, wenn nämlich der Bestand der Monarchie auf dem Spiele stände, sich rechtfertigen lassen." Nun aber erschien dieser „alleräußerste" Fall gekommen.

Lange sträubte sich Fürst Schwarzenberg, den demütigenden Schritt zu tun; denn er verhehlte sich nicht, daß er „in dem gegenwärtigen, überaus wichtigen Augenblick", da der Friede mit Sardinien und die deutsche Frage in Verhandlung standen, von der übelsten Wirkung sein müßte. Aber schließlich ordnete er „seine persönlichen Gefühle", wie dies der Monarch anerkennend hervorhob, der „bitteren Staatsnotwendigkeit" unter, weil, wie er selber sehen mußte, die eigene Kraft nicht ausreichte. Der Zar ließ sich nicht lange bitten — zu sehr fühlte er sich, dank der Metternichschen Politik, als Vormund Österreichs und als Schutzherrn der monarchischen und konservativen Sache in Europa; der Kampf gegen die revolutionären Magyaren galt ihm als eigene Sache. Ohne sich irgendeine Gegenleistung

auszubedingen, ließ er sofort ein stattliches Heer in Ungarn einrücken.

Rasch vollzog sich nun das Schicksal der Aufständischen, die sich tapfer gegen die von allen Seiten auf sie losrückenden Gegner wehrten. Zwischen die Österreicher und die Russen eingekeilt, mußte Görgey am 13. August bei Világos bedingungslos die Waffen strecken. Es zeigte den Haß gegen Österreich, daß sich der Führer der ungarischen Armee nicht den Österreichern, sondern den Russen unterwarf. Siegesstolz meldete der russische Feldherr Paschkiewitsch dem Zaren: „Ungarn liegt zu Füßen Eurer Majestät." Die ungarische Erhebung war blutig zusammengebrochen.

Was nun folgte, gehört zu den Nachtkapiteln der österreichischen Geschichte. Mit drakonischer Strenge waltete die Strafjustiz dem unterworfenen Ungarn gegenüber. Der Geist der beiden Ferdinande, der Urheber der Blutgerichte von Wiener-Neustadt und Prag, der Geist Kaiser Franzens, der die Rädelsführer der Jakobinerverschwörung dem Galgen überlieferte, schwebte über dem Haupte des jungen Monarchen und seiner Berater. Ein warnendes Exempel sollte statuiert werden, und man hat dabei das häßliche Gefühl, daß neben den unerbittlichen Erfordernissen der vermeintlichen Staatsraison auch persönliche Rachegefühle ihre Befriedigung fanden. Man hätte um so mehr Grund gehabt, Milde walten zu lassen, als der ganze Aufstand eigentlich, wie der Großherzog Friedrich von Baden treffend bemerkte, nur durch die „schwankende Haltung und Unschlüssigkeit" der Wiener Regierung herbeigeführt worden war.

Schon der Name des Generals Haynau, der sich bei der Bezwingung des Aufstandes in Brescia durch seine Härte hervorgetan und nun das Oberkommando über die Kaiserlichen in Ungarn führte, verriet nichts Gutes. Radetzky hatte von ihm gesagt: „Haynau ist wie ein Rasiermesser; hat man es gebraucht, muß man es sofort in das Futteral legen." Aber dieses Rasiermesser wurde nicht gleich nach der Niederkämpfung der ungarischen Revolution, wobei Haynau sich als ein tüchtiger Heerführer erwies, ins Futteral

gelegt und so ward diesem brutalen Mann das Schicksal Ungarns anheimgegeben. Es wird immer ein beschämendes Zeugnis sein, daß der Zar Nikolaus und der russische Feldherr sich veranlaßt sahen, um — Milde zu bitten, und nicht viel ausrichteten.

Kaiser Franz Joseph erwiderte, er würde verzeihen, wenn er bloß seinem Gefühle folgen könnte, das Wohl des Staates aber lege ihm die Pflicht der Strenge auf. Haynau hatte es besonders auf die ehemaligen österreichischen Offiziere abgesehen und er wollte ursprünglich alle Chefs hängen, die übrigen Offiziere erschießen lassen, denn er glaubte dieses „schreckliche Beispiel", wie er sich bezeichnend ausdrückte, der Armee und der Welt „zum abschreckenden Beispiel" schuldig zu sein.

Am 6. Oktober, just am Jahrestage der Ermordung Latours — die Wahl dieses Tages war gewiß kein Zufall — wurden neun ungarische Generale gehängt, vier erschossen. Eines der Opfer, General Aulich, soll vor seinen Richtern den Ausspruch getan haben, der die ganze Verkehrtheit der Strafjustiz grell beleuchtete: „Der König befahl mir als Soldaten, auf die Achtundvierziger Konstitution zu schwören — ich schwur. Der König hielt seinen Schwur nicht, ich habe den meinigen gehalten." Mag sein, daß diese Erzählung eine „nationale Legende" ist, aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß manch einer, der befehlsgemäß den Eid auf die ungarische Verfassung leistete und dann mit seiner Bitte um Versetzung in ein österreichisches Regiment abgewiesen wurde, wie zum Beispiel Graf Karl Leiningen, ein Vetter der englischen Königin Viktoria, nun den Henkerstod erleiden mußte. Die übrigen Offiziere erhielten schweren Kerker. Darf man den ungarischen Quellen — und sie sind schließlich für die Stimmung und die Gefühle der Magyaren, der mitlebenden und der nächsten Generation, maßgebend — glauben, so wurden im ganzen 114 Todesurteile vollzogen und 1765 Freiheitsstrafen verhängt.

Aber nicht bloß auf die Offiziere der ungarischen Armee erstreckte sich die Verfolgung Haynaus, sondern auch auf alle jene Magnaten und Abgeordneten, die nach der vom früheren Monarchen verfügten Auflösung des Reichstages

am 3. Oktober 1848 am öffentlichen Leben irgendwie teilgenommen hatten. So wurden die Bischöfe von Großwardein und Czanad mit einer zwanzigjährigen Kerkerstrafe bedacht, Erzbischof Lonovics und Bischof Jekelfalussy strafweise in österreichische Klöster versetzt. Bischof Horwath, der Kultusminister im Ministerium Kossuth, rettete sich vor der ihm zugedachten Hinrichtung durch Flucht. Die Namen von etlichen dreißig Männern, die dem Arme der Justiz nicht erreichbar waren, wie Kossuth, Julius Andrassy und Teleky, wurden in Pest auf schwarzen Tafeln an den Galgen geheftet.

An demselben Tage, an dem die Arader Blutzeugen ihr Leben aushauchten, erlitt in Budapest einer der besten ungarischen Patrioten den Märtyrertod — Graf Ludwig Batthyány. Er hatte stets loyal zwischen dem Wiener Hofe und der Revolution zu vermitteln gesucht und war, als der Reichstag nach Debreczin floh, ruhig in der Landeshauptstadt verblieben. Der gegen ihn eingeleitete Prozeß gereichte der Wiener Regierung, wie der in seinem Urteil immer maßvolle Historiker Heinrich Friedjung bemerkt, „zur Schmach".[219] Seine Verurteilung erfolgte auf höheren Befehl, gegen das bessere Gewissen des Untersuchungsrichters. Auf keine einzige wirklich beweiskräftige Tatsache konnte sich das Todesurteil stützen; mit allgemeinen, nichtigen Redewendungen, wie daß er den durch die pragmatische Sanktion festgelegten Verband zwischen Ungarn und den kaiserlichen Erblanden gelockert habe, suchte man über den Mangel einer solchen hinwegzukommen. Der schändlichste Tod durch den Galgen war ihm zugedacht, den er zur gleichen Stunde wie die Generale in Arad erleiden sollte. Aber in der Nacht zum 6. Oktober schnitt sich Batthyány mit einem Rasiermesser die Adern durch und so wurde er, da man ihn in diesem Zustand mit verbundenen Wunden nicht dem Henker überliefern konnte, 40 Jahre alt, von einer Abteilung Jäger erschossen.

Batthyánys tragisches Ende wurde auch außerhalb Ungarns, ja selbst in dem Wiener Hofe nächststehenden Kreisen entschieden verurteilt. So schrieb die Fürstin Metternich, obzwar Ungarin, doch auch hier nur das getreue Sprachrohr des alten Staatskanzlers, das bezeichnende

Wort: „Die Nachricht von der Hinrichtung Ludwig Batthyánys — ohne alle Angabe der Gründe — versetzte Clemens in Aufregung... Mehr als sechzig Hinrichtungen wurden im unglücklichen Ungarn vollzogen und niemand, wir ebenso wenig wie das Publikum, wußten, warum man auf den A. statt auf den B. verfallen sei.. Dergleichen strenge Maßregeln, die leider nicht zu vermeiden sind, werden leicht unerträglich durch die Art und Weise ihrer Ausführung." Wie erst mögen die den Justifizierten Nahestehenden geurteilt haben!

Man hatte bis vor kurzem angenommen, daß der Oberkommandierende von Ungarn, Baron Haynau, auf eigene Faust an den dreizehn Generalen die Todesurteile vollstrecken ließ — heute weiß man, daß es mit Vorwissen und Zustimmung des jungen Kaisers und seiner Ratgeber geschah. Vor allem war es Fürst Schwarzenberg, der mit dem harten Kriegsmann, der „Hyäne von Brescia", ganz eines Sinnes war. Der Ministerpräsident dachte im Punkte des „abschreckenden Beispieles" und der Notwendigkeit einer „gerechten Sühne" nicht um ein Haar anders als der General; erzählt man sich doch, er habe auf die Mahnung, die Gemüter der Ungarn durch Gnade zu gewinnen, die zynische Antwort gegeben: „Das ist ganz gut, aber zuerst wollen wir ein bißchen hängen." Ihn trifft recht eigentlich die Klage des früheren Ministers Wessenberg, daß man den jungen Kaiser genötigt habe, sich „über Schafotte und Blutgerüste" den Weg zur Macht zu bahnen, statt ihm die Möglichkeit zu bieten, „mit dem Ölzweig in der Hand", mit dem Geiste der Versöhnung, der gewiß seinem Herzen eigen war, einen dauerhaften Frieden zu begründen. „Revolutionen," erklärte der wackere Staatsmann ein anderes Mal, „sind moralische Krankheiten, die nicht mittels des Schafotts allein geheilt werden können."[220]

Wie schade, daß nicht Wessenberg, sondern Schwarzenberg des Kaisers Ohr besaß! Politisch klug war es gewiß nicht, das gräßliche Schauspiel, das König Philipp II. und sein Feldherr Alba in den Niederlanden aufführte, drei Jahrhunderte später in Ungarn zu wiederholen. Die Welt war — nach dem Zeitalter der Humanität, das im Sturmjahre

wieder aufgelebt war — für solche Schreckenszenen empfindlicher geworden. Unmöglich konnte es einen guten Eindruck machen, wenn man erfuhr, daß der ungarische Edelmann Madersbach sich selbst den Tod gab, weil er die Schmach nicht überleben wollte, daß seine Gemahlin zum Auspeitschen verurteilt worden war — und das, weil sie ungarische Soldaten beherbergt hatte. Es ist leider richtig, was von Österreich gesagt wurde, daß sein Name „dies- und jenseits des Ozeans gleichbedeutend mit Willkür und Volksbedrückung war".[221] Durch Blut und Eisen — „viribus unitis" — war es wieder zusammengeschmiedet worden. Zahlreiche deutsche, ungarische, italienische und polnische Flüchtlinge brachten in die Fremde ihren Haß gegen einen Staat mit, von dem Moritz Hartmann sagte, er sei ein „Sklavenschiff, beladen mit unglücklichen Völkern", die erst befreit werden könnten, wenn es an einem Felsenriff gescheitert wäre.

Sicherlich aber war Schwarzenbergs und Haynaus Hausrezept, das Hängen und Erschießen, das Einkerkern und Auspeitschen, nicht das beste Mittel dazu, die Herzen der Magyaren zu gewinnen. In Ungarn, wo man in weiten Kreisen der Bevölkerung, besonders der Aristokratie, die Revolution von allem Anfang an als ein beklagenswertes Ereignis betrachtet hatte, wäre man nach ihrem Zusammenbruch froh und glücklich gewesen, wieder in ruhigen, geordneten Verhältnissen leben zu können; aber, wie Ernst Plener treffend sagte, die „gewalttätige Strafpolitik senkte einen tiefen Stachel in die ungarische Volksstimmung", der durch Agitation von seiten der Emigranten und der Revolutionspartei unablässig verschärft wurde. Das Andenken an die Blutzeugen von Arad wurde immer wach erhalten — es war genau so wie bei den Italienern, die das Märtyrertum der Spielberggefangenen nicht vergessen konnten und stets aufs neue aufwärmten. Plener sah noch in den neunziger Jahren, also nach mehr als vierzig Jahren, eine aufreizende Darstellung in Budapest zur Erinnerung daran veranstaltet.[223]

Aber die Hauptsache für Schwarzenberg war erreicht: der Aufstand war niedergerungen, Ungarn erschien reif für

die Segnungen des zentralistischen Einheitsstaates. Nicht nur daß jetzt in aller Form die Achtundvierziger Konstitution, die der Vorgänger auf dem Throne erteilt hatte, als verwirkt erklärt wurde, auch an die oktroyierte Märzverfassung, die Kaiser Franz Joseph I. gegeben und mit seiner Unterschrift bekräftigt hatte, hielt sich das Ministerium Schwarzenberg nicht mehr gebunden! Ausdrücklich war durch sie die Einheit Ungarns verkündet und die Berufung eines Landtages verheißen worden. Auch noch nach der Niederwerfung des Aufstandes wurde erklärt, daß es dabei bliebe und die Wahlen zum Landtag vorgenommen werden sollten, worüber eine solche Freude herrschte, daß man da und dort illuminierte. Aber dann warf die Regierung „im Gefühle ihrer unbeschränkten Macht", in einer Art von Machtrausch und absolutistischem Übermut, alle Abmachungen um, ohne Rücksicht darauf, daß sie dadurch auch den königstreuen Teil des Volkes, ihre ergebensten Anhänger unter den Konservativen, vor den Kopf stieß.

Zunächst wurde das Königreich, dessen Einheit und Unteilbarkeit als ein heiliges Palladium galt, zerschlagen. Daß die Murinsel Kroatien zugewiesen und drei ehemals siebenbürgische Komitate, die im Jahre 1836 zu Ungarn gekommen waren, wieder mit Siebenbürgen vereinigt wurden, ging noch an. Aber geradezu aufreizend wirkte es, daß — gewissermaßen zur Belohnung der Serben, die im Juni des Vorjahres das Signal zum Kampf gegen das selbständige Ungarn gegeben — aus vier südungarischen Komitaten und einem Teil des Syrmier Komitates ein eigenes Verwaltungsgebiet „Woywodschaft Serbien und Temescher Banat" gebildet wurde. Nicht ohne Interesse ist es zu erfahren, daß schon die Zeitgenossen diese Zerreißung Ungarns als ein gefährliches Experiment betrachteten. Die neue Woywodschaft Serbien, so heißt es in den „Grenzboten", wird ein Magnet sein, „welcher stark nach der Türkei hinüberzieht und für die Staatenbildung an der Donau verhängnisvoll werden muß."[223]

Allein das Ärgste, das Niederschmetterndste kam erst! Nachdem Ungarn in eine österreichische Provinz mit gleicher politischer Verwaltung und Justizverfassung ver-

wandelt worden war, sollte es auch seiner nationalen Eigenart entkleidet werden. Wie einst unter Joseph II. setzte mit Hochdruck das Werk der Germanisierung ein. Ein ganzes Heer von österreichischen Beamten, die, nach den Namen Prihoda, Popelka, Satala und Chrobaček zu schließen, vielfach Tschechen waren, wurde über die Theiß geworfen, um dort, nicht immer in der würdigsten Weise, die deutsche Verwaltung auszuüben — es waren das die berüchtigten, nach ihrem Schnürrock so benannten „Bachhusaren". In der Gedankenwelt der erregten Nation, der jeder Bureaukratismus fremd und verhaßt war, setzte sich die Vorstellung fest, daß ein „Heuschreckenschwarm über das Land sich ergieße, um es aufzufressen". Und wie als wollte das Wiener Kabinett die gedemütigten Magyaren noch mehr reizen, griff es, durch den Übereifer des Unterrichtsministers Thun veranlaßt, in das autonome Kirchen- und Schulwesen der Protestanten, den Kern der nationalen und freiheitlichen Opposition, mit rauher Hand ein und rief dadurch noch ältere unliebsame Erinnerungen wach — an die Gegenreformation.

Das Werk der Verschmelzung Ungarns mit den deutschen Erblanden vollendeten dann die wirtschaftlichen Maßnahmen des Handelsministers Bruck: die seit Jahrhunderten bestehende Zwischenzollinie, welche die beiden Reichshälften trennte, wurde beseitigt, das österreichische Tabakmonopol eingeführt, welche Maßregel unter der tabakbauenden Landbevölkerung böses Blut machte, weil sie nicht einsehen wollte, warum sie die Früchte ihres Fleißes nicht mehr auf den Markt bringen durfte.

Alle diese Maßnahmen der zentralistischen Wiener Regierung riefen bei den Magyaren, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, eine tiefe, nachhaltige Mißstimmung und Entrüstung hervor. Denn ob konservativ, liberal oder revolutionär, ein jeder betrachtete die Magyaren als das Herrenvolk, die Staatsnation, der sich die anderen Volksstämme des Landes unterzuordnen hätten. Einer der angesehensten Mitglieder des konservativen Adels, Baron Eötvös, sprach in seiner damals veröffentlichten Arbeit „Über die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Öster-

reich" warnend den Gedanken aus, daß in einem vielsprachigen Lande die unbeschränkte Durchführung der nationalen Gleichberechtigung ein Ding der Unmöglichkeit sei, und daher auch in Österreich auf eine babylonische Verwirrung hinauslaufen werde. Sobald man einmal den geschichtlichen Boden verlassen habe, breche über die Donaumonarchie das Chaos, der Untergang, ein. Fürstin Melanie Metternich nannte das Germanisieren eine „Absurdität" und bedauerte ihren Gemahl, daß er dieses Unglück noch erleben mußte. „Armer Clemens," schrieb sie, „er leidet viel, er sieht diese Monarchie, für welche er so lange gekämpft und gelitten, einer Illusion preisgegeben, welche er ihr so gerne hätte ersparen wollen." Und später, im Oktober 1851, klagt sie die Minister an, sie wollten mit Ungarn ein falsches Spiel treiben und den gänzlichen Ruin des Landes herbeiführen.

Aber auch vernünftigere Nichtmagyaren in der nächsten Umgebung des Wiener Hofes sahen das Wahnwitzige der absolutistischen Verschmelzungspolitik ein, und man kann nicht sagen, daß die Regierung ungewarnt dem Abgrund zusteuerte. Der alte Erzherzog Johann, der schon dem Kaiser Franz — leider immer vergebens — seine guten Ratschläge erteilt hatte, schrieb vor der Einleitung des unseligen Germanisierungswerkes, am 10. August 1849, die seherischen Worte an Wessenberg: Zentralisierung und Uniformierung, auf Ungarn angewendet, seien unglückliche Ideen. „Will man dort," so fuhr er fort, „germanisieren, so wird man nie zu Ende kommen. Das ist meine Ansicht — die Folge wird die Richtigkeit lehren." Der Erzherzog dachte sich die Gestaltung der Monarchie auf folgende bemerkenswerte Weise: Ungarn erhält, nach Abtrennung von Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien, eine Verfassung mit jener Abänderung, die das allgemeine Interesse der Monarchie verlangt. In Österreich wie in Ungarn sollten Selbständigkeit der Provinzen und liberale Einrichtungen herrschen. Im Mittelpunkt des Reiches, allen Teilen gemeinsam, sei eine Art Senat zur Beratung der Gesamtinteressen einzuberufen. Leider hatte der Erzherzog mit diesem klugen Vorschlag, für den nach dem Zusammenbruch der Revolution die

Magyaren sicherlich zu haben gewesen wären, kein Glück. Mit den vernichtendsten Argumenten aber hat der österreichische Hofrat Karl Hummelauer die unheilvolle Verschmelzungspolitik Schwarzenbergs wie überhaupt das System der Zentralisation verurteilt. Er wirft dem Ministerium nichts Geringeres vor, als daß es im vorhinein entschlossen gewesen sei, keine ausgleichende Lösung der Verwicklung mit Ungarn zu finden, um es als erobertes Land behandeln und alle geschichtlichen Grundlagen zerstören zu können. Eine solche „demokratisch-nivellierende" Politik berge indes für das Kaiserhaus die Gefahr, daß es dereinst — als „entbehrlich" angesehen werde. Bildet sich etwa Schwarzenberg ein, daß der Weg, der in Frankreich zur Republik führte, in dem Kaiserstaate zur Befestigung der Monarchie führen werde? Nein, ein „demokratisch-jakobinisches" Österreich trägt den Keim der „Auflösung" der Monarchie in sich. Wer systematisch alle historischen Mächte und Gewohnheiten zerstört, muß mit diesem unglücklichen Ausgang rechnen, denn die „Anhänglichkeit der Massen an die Herrscherhäuser beruht auch auf Gewohnheit". Das Ministerium Schwarzenberg ist also ein „revolutionäres und ein revolutionierendes". Durch die entschiedene Bevorzugung des deutschen Elementes muß die Regierung alle nichtdeutschen Völker abstoßen, die Deutschen selbst aber, die Träger des Verschmelzungssystemes, dem allgemeinen Hasse überliefern. Die einzige wahre Stütze kann schließlich nur mehr die Armee sein, die aber bei der nunmehr herrschenden „Demokratie" den zerstörenden politischen Einflüssen ausgesetzt ist und daher auch nicht mehr als ganz zuverlässig gelten kann. Schon fühlt man die Notwendigkeit, „die Truppen — der politischen Stimmungen wegen — nicht lange in derselben Gegend zu lassen, und doch wird ein Regierungssystem verfolgt, welches die Stimmungen immer schlechter machen muß".[224]

Das Schlimmste an Hummelauers scharfer Kritik des Systems Schwarzenberg war, daß sie in allen Punkten durch die Tatsachen selbst gerechtfertigt wurde. Die Völker waren einmal alle durch die Bank in einem Zustande schwerer und schwerster Gereiztheit. Bei den Magyaren, die um ihre

Selbständigkeit gekommen waren und unter dem Druck eines harten Militärregimentes seufzten, werden wir das ohneweiters selbstverständlich finden. Aber auch die nichtmagyarischen Völker des Landes der Stephanskrone, wie die immer treu an der Dynastie hängenden Siebenbürger Sachsen, beklagten den Verlust ihrer Autonomie. Besonders schwer verstimmt waren die Kroaten, die sich als das eigentliche Rückgrat der antimagyarischen Bewegung einen hohen Lohn, ein Großkroatien, die Verwirklichung ihrer illyrischen Träume, versprochen und nun, gleich den Magyaren, ihre Selbstverwaltung eingebüßt hatten. Es lag eine bittere Wahrheit in dem so überaus scherzhaft klingenden Wort, mit welchem ein magyarischer Gutsbesitzer einen Kroaten, der sich bei ihm über die neue Lage beschwerte, zu trösten suchte: „No jo, was wir als Straf' haben, das habt ihr als Belohnung." Die Führer der nationalen Bewegung, wie die beiden Slowaken Stur und Hurba und der Rumäne Jancu, wurden zum Dank für ihre Dienste verhaftet und interniert, denn ihr Nationalismus, der früher hochwillkommen war, erschien jetzt gefährlich.

Doch auch die Völker diesseits der Theiß zeigten sich über das Schwarzenberg-Bachsche System schwer enttäuscht. Wie gut hatte doch der Dichter, der das Programm des neuen Ministeriums verhöhnt hatte, die Sachlage vorausgesehen — „Alle Nationalitäten sind fortan gleich unberechtigt!" Bei den Slawen macht sich deutlich ein Anschwellen der panslawistischen Strömung bemerkbar. Der Tscheche Karl Havliček schrieb 1850 im „Slowan": „Wenn ich mich der Despotie schon nicht erwehren kann, ist mir die russische Despotie die liebste ... Wer nicht den kleinen Panslawismus Mitteleuropas will, der schaue, daß er sich nicht den großen an den Hals hetze."[225] Aber viele hielten es für geraten, überhaupt nicht zu schreiben. So verhielt sich Palacky vollkommen still, weil ihn — gewiß ein sehr liebenswürdiger Zug — seine Frau, die ihm die Unannehmlichkeiten mit der Polizei ersparen wollte, darum gebeten hatte. Die Deutschen aber waren wie immer verschiedener Meinung. Ein Teil mag es höchst unangenehm empfunden haben, daß sie als Schildträger der Reaktion und der nationalen

Unterdrückung benützt wurden; andere aber mögen in dem Hochgefühle geschwelgt haben, daß nun, nachdem der habsburgische Einheitsstaat kein leeres Phantom mehr war, von Wien aus großösterreichische und deutsche Politik gemacht wurde.

In der Tat konnte Fürst Schwarzenberg seinen kühnen Gedanken eines Siebzigmillionenreiches, den er nach dem Siege der ungarischen Revolution notgedrungen hatte zurückstellen müssen, nach der Schlacht von Világos weiter verfolgen. Er konnte jetzt, wie sich der sächsische Gesandte in Wien Graf Vitzthum fein ausdrückte, der preußischen Regierung — denn darauf lief ja die ganze Frage hinaus — sein „maintenant à nous deux!" zurufen.

Nach der Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser, die eine starke Niederlage für Schwarzenberg bedeutete, erlebte der österreichische Minister die Genugtuung, daß Friedrich Wilhelm IV. die Krone Karls des Großen, die ihm „von der Straße" angeboten war, in sehr entschiedener Weise ablehnte — der romantische König wollte kein Herrscher von Volkes Gnaden sein. Allein mit der Zurückweisung der Kaiserwürde war die Angelegenheit keineswegs erledigt. Die preußische Regierung griff den Gedanken eines engeren Deutschlands unter Führung des Hohenzollernstaates auf und verfolgte ihn — unbekümmert um die Haltung ihres Königs, der für seine Person Österreich für das einzig berufene Haupt Deutschlands hielt — mit zäher Energie weiter. Schwarzenberg, der bei dem langwierigen Duell mit Preußen in der angenehmen Lage war, den König gegen dessen eigene Regierung auszuspielen, setzte diesem Streben nach einer „Union" einen anderen Plan entgegen, der keineswegs neuartig war, aber eine gute Verteidigungsstellung bot: er stellte sich auf den Boden der alten Verträge von 1815 — auf jenen Boden, den er kurz vorher mit seiner Forderung des Eintrittes von Gesamtösterreich verlassen hatte. Man war also glücklich wieder beim alten Bundestag unseligen Angedenkens angelangt und das Originelle daran war nur, daß der gescheite Fürst diese Rückkehr zur Metternichschen Politik selbst als keine sehr lebensfähige, dauerhafte Lösung ansah; war er

doch innerlich überzeugt, daß die alte „gründlich erschütterte, sehr wackelnde Boutique", wie er sich auszudrücken beliebte, „beim nächsten Anstoß von innen oder außen zusammenrumpeln" werde.

Aber von dem Augenblick an, da die Gefahr eines starken Mitteleuropa, eines Siebzigmillionenreiches, verschwunden oder wenigstens in den Hintergrund getreten war, durfte Schwarzenberg, der Verteidiger der Verträge von 1815, auf die wohlwollende Haltung der anderen Mächte rechnen — und natürlich auf die Sympathien aller deutschen Fürsten, die ihre Selbständigkeit durch die Unionspläne bedroht glaubten. Der Unterstützung des mächtigen Zaren sicher, konnte Schwarzenberg Preußen gegenüber so kraftvoll und herausfordernd auftreten. Die Situation war aufs äußerste gespannt. Schon war es bei Bronzell, unweit von Fulda, zwischen österreichisch-bayerischen und preußischen Vorposten zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei der berühmt gewordene preußische Trompeterschimmel seinen Tod fürs Vaterland fand. Da lenkte der preußische König erschreckt ein und schlug eine Verständigung vor. Wäre es auf Schwarzenberg angekommen, so hätte er sie wohl ausgeschlagen. Aber Kaiser Franz Joseph, hinter dem wieder seine Mutter Sophie, eine Schwägerin des Preußenkönigs, steckte, und auch namhafte Generale, Radetzky an der Spitze, widerstrebten einer kriegerischen Lösung. Die Militärs kannten nur zu gut die unsichere Stimmung in Italien und mußten so mit einem Krieg nach zwei Fronten, im Norden und im Süden, rechnen.

So kam die denkwürdige Olmützer Tagung vom November 1850 im Gasthaus „Zur Krone" zustande, das „preußische Kanossa". Schwarzenberg setzte seinen Willen durch: der alte Bundestag, die „wackelnde Boutique", wurde wieder hergestellt, Österreichs Vormacht in Deutschland war aufs neue begründet. Damit hatte der österreichische Minister gewiß einen großen diplomatischen Erfolg errungen, der freilich mehr — „für den Augenblick blendete".[226]

Wie er selbst in seiner frivolen Art bekannte, war aber dadurch für Österreich kein dauerhafter Gewinn erzielt worden; das schwierige Problem der Neuordnung Deutsch-

lands hat durch seine oft „als kühn und groß bewunderte", in Wahrheit rein negative Politik weder eine Förderung noch eine Lösung erfahren. Ein Beweis dafür, daß der Sieg Schwarzenbergs nicht zu groß war, darf in der einen Tatsache gesehen werden, daß darüber der sächsische Staatsmann Beust, dieser große Gegner Preußens, aus Ärger einen Gallenerguß bekam. An den Höfen der deutschen Mittelstaaten sprach man schwer enttäuscht von einem Siege Preußens, denn niemals würde wieder eine so günstige Gelegenheit für Österreich kommen. Man hatte nur so gut abgeschnitten, weil es der Gegner auch nicht besser verstand. Grillparzer spottete damals:

> Wir baten dringend um Verstand
> Den Herrn der Fürsten und Gemeinden;
> Da dieser es aber zu schwierig fand,
> So nahm er ihn wenigstens unseren Feinden.

Man war auf „halbem" Wege stehen geblieben — das war Österreichs Verhängnis; ganze Arbeit war nur bei der blutigen Unterdrückung der Revolution gemacht worden. Der große Augenblick ging, wie Heinrich Friedjung abschließend sagte, „ungenützt" vorüber. Auch der zukunftsreiche Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses Deutschlands, den Minister Bruck immer verfochten, blieb stecken. Aber eines hatte Schwarzenberg mit seiner Politik der Demütigung Preußens, die in Olmütz triumphierte, voll und ganz erreicht: den unversöhnlichen, grimmigen Haß Preußens — „aus tausend Kehlen erscholl der zornige Schmerzensruf: zum zweitenmal sei das Werk Friedrichs des Großen vernichtet worden". In dieser Atmosphäre des tiefsten Grolles gegen Österreich ist jener Staatsmann aufgewachsen, der berufen war, für Olmütz Rache zu nehmen — Otto Bismarck.

Dem nachprüfenden Geschichtsschreiber, der die unglücklichen Schicksale Österreichs in der Folgezeit, das Jahr 1866 mit seinen verhängnisvollen Nachwehen, im Auge hat, fällt es schwer, die Bewunderung, welche vielfach der deutschen Politik Schwarzenbergs als einem Meisterstück staatsmännischer Geschicklichkeit gezollt

wurde, zu teilen. Daß sie in den Zeitstimmen, die von kleindeutscher Seite herkamen, die schärfste Verurteilung fand, wird uns nicht weiter wundernehmen — sie wurde aber auch, was nicht uninteressant ist, im eigenen Vaterlande als verderblich angesehen. In der 1850 veröffentlichten Schrift „Das provisorische Österreich" zerpflückte Franz Schuselka erbarmungslos die deutsche „Unpolitik" Schwarzenbergs, der getreulich die „unselige" Politik Metternichs fortsetze und einem „Bruderkrieg" — schon fällt dieses unheimliche Wort — zusteuere. Wie der alte Staatskanzler habe er Österreich in die schimpflichste Abhängigkeit von Rußland gebracht. „Dort, wo die Donaumonarchie nur zerstörende Feindschaft erwarten kann," erklärt er scharf, „sucht das Ministerium Hilfe und in Deutschland, wo Österreichs natürliche Stütze liegt, hat uns die Schwarzenbergische Politik nur neuen gesteigerten Haß zugezogen." Womit hat Schwarzenberg Deutschland beglückt? „Mit einem modifizierten Bundestag und mit einem Bürgerkrieg. Offenbar rechnet man dabei auf die Hilfe Rußlands, allein wenn es auch gelingen sollte, Deutschland mit Rußlands Hilfe zu besiegen, so würde der Siegesjubel gewiß nur von kurzer Dauer und die notwendige Folge davon der — Zerfall Österreichs sein."

Ebenso wenig glücklich findet Schuselka die italienische Politik Schwarzenbergs. „Der Sieg wurde erkämpft," meint er wahrhaft seherisch, „aber man versteht ihn nicht zu benutzen. Man verkennt durchaus die Bedeutung des einmal begonnenen Einheitsstrebens der Italiener; man rechnet in völliger Blindheit darauf, daß Frankreich sich gegen Italien stets so benehmen werde, wie unter seiner jetzigen ehrlosen Regierung. Es gibt nur einen Weg, um die Macht Österreichs in Italien zu erhalten und sie vielleicht gar noch zu vergrößern. Österreich muß an die Spitze der italienischen Bewegung treten. Ein freier Völkerbund unter dem schützenden Primat Österreichs muß das Ziel unserer Politik sein. Es ist möglich, daß wir dieses Ziel nicht erreichen, aber dann weichen wir ehrenvoll einem höheren Willen der Geschichte. Auf dem Wege der jetzigen Politik aber werden wir über kurz oder lang, mit Schimpf und

Fluch beladen, gezwungen sein, Italien aufzugeben." Kein Zweifel: der politische Schriftsteller Schuselka hat die Situation besser beurteilt als die zünftige Diplomatie. Österreich hätte sich, wäre es seinem Rate gefolgt, die Katastrophen von 1859 und 1866 ersparen können. Das Ganze, was Schwarzenberg mit seiner vielgepriesenen staatsmännischen Kunst erreicht hat, war dies: es gelang ihm die Volksbewegung in Deutschland und in Italien „um ein halbes Menschenalter zurückzudämmen"[227] — aber Österreich mußte die Kosten des Stauungswerkes und des Dammbruches bezahlen.

Nicht weniger katastrophal wie Schwarzenbergs Außenpolitik war ihre Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse der Monarchie und die ganze Innenpolitik selbst. Der deutsche Kurs, die Germanisierung in Ungarn und Galizien, mußte die Nationalitäten, denen die Märzverfassung die Gleichberechtigung zugesagt hatte, schwer verstimmen und gegen die Deutschen, das führende Volk, wie gegen den Staat selbst, den sie vertraten, mit Haß erfüllen. Und wiederum zeigte sich, daß eine Macht- und Gewaltpolitik die — teuerste ist. Hatten die Kosten für die Neugestaltung der Verwaltung, der Justiz und Polizei, für die Begründung des deutschen Beamtenstaates in Ungarn, für die Grundentlastung und die neuen Eisenbahnen an und für sich eine enorme Höhe erreicht, so erfuhren sie durch das ständige Anschwellen des Kriegsbudgets, der Auslagen für das Militär, eine weitere Steigerung, die in der Tat ans „Abenteuerliche" grenzte[228] und ein Staat auf die Dauer nicht aushalten konnte. Es war schon ein sehr bedenkliches Symptom der inneren Schwäche des so kraftvoll auftretenden Kaiserstaates, daß im Sommer 1850, auf dem Höhepunkt des Machtkampfes gegen Preußen, Österreich infolge finanzieller Erschöpfung eine Reduktion der Armee vornehmen mußte!

Tiefer blickenden Zeitgenossen war der bedenkliche Kreis, in welchem sich die „verjüngte" Donaumonarchie bewegte, keineswegs entgangen. Von Franz Schuselka, der die Besorgnis aussprach, der Staat werde die große Armee, die ihn aufrecht erhalte, eines Tages nicht mehr erhalten können, war schon die Rede. Wir lassen hier über die

„schmähligen" Zustände einen hohen Beamten, der mitten im politischen Getriebe stand, zu Worte kommen — den uns schon bekannten Hofrat Hummelauer. Er hatte, wie er am 31. Mai 1850 Metternich schreibt, mit den „gediegensten" finanziellen Autoritäten sich besprochen und die traurige Überzeugung gewonnen, daß das Ministerium Schwarzenberg nicht die Möglichkeit besitze, dem gesunkenen Kredite wieder aufzuhelfen, weil, wie er sich ausdrückte, „die Verschmelzungspolitik vom 4. März 1849 die Regierung zu allen Teilen der Monarchie in eine feindliche Stellung gebracht hat". „Mit einer inneren Politik," so fährt er fort, „bei welcher eine Armee von zirka 600.000 Mann benötigt ist, um die eigenen Länder niederzuhalten, ist kein annehmbarer Staatshaushalt denkbar." Und nun kommt der von uns bereits erwähnte scharfe Ausfall gegen die Ratgeber des jungen Monarchen: „Nur Leute von solcher Selbstüberschätzung und gewissenlosem Leichtsinn können vorgehen wie diese Minister." Das Ministerium schmeichelt sich mit der Idee, den Zentral-Reichstag — nie einzuberufen, aber die Zerrüttung der Finanzen wird jenem seine Einberufung aufdringen.

Karl Hummelauer verweist dann auf die unerfreuliche Tatsache, daß sich die Stimmung in der Hauptstadt wie in den Provinzen von Tag zu Tag zusehends verschlimmere — schon habe sie auch das dynastische Gefühl erschüttert. „Die anfänglich bestandene Sympathie für den jungen Kaiser," so vertraut er Metternich an, „ist gänzlich erloschen und bereits zeigen sich Spuren positiver Abneigung. Die unehrliche Politik in bezug auf Ungarn, welche die Minister dem jungen Kaiser als Staatsweisheit aufgeredet haben, ist eine tödliche Gefahr für Monarchie und Thron. Da wird von der Regierung Anarchie und Kommunismus geflissentlich hervorgerufen, reiner Jakobinismus getrieben. Betrug, Lüge, falsches Spiel haben die Grundlage dieses Ministeriums seit dessen Entstehung gebildet. Der junge Kaiser, in welchem man bisher nur eine unbedingte Beharrlichkeit in dem einmal ergriffenen Wege bemerkt hat. hätte mit den guten Anlagen, die er hat, vortrefflich gestellt werden können, wenn er in gute Hände gefallen wäre, und

so sind die größten Karten, welche zur Rettung der Monarchie gespielt werden konnten, auf das liederlichste verspielt worden."[229]

In dem „falschen Spiel" — denselben Ausdruck gebrauchte auch Melanie Metternich — lag wohl der Schwerpunkt des wuchtigen Angriffes Hummelauers gegen das System Schwarzenberg. Doch, man könnte einwenden, daß dem Hofrat bei seiner schweren Anklage die Abneigung gegen das aufgeklärte, liberale Regime des dem Volkskaiser nacheifernden Fürsten die Feder geführt habe. Der Vorwurf der „Unehrlichkeit" wurde indes auch von anderen Männern, die über allem Verdacht einer konservativen oder reaktionären Gesinnung erhaben sind, gegen Schwarzenberg erhoben. So von dem Wiener Advokaten Dr. Eduard Kafka, der sich bewogen fühlte, dem Ministerium in einer Denkschrift den Rat zu geben, doch endlich einmal den „Mantel der Scheinheiligkeit" von sich zu werfen und, wenn es schon sein müsse, offen den — Absolutismus mit einem sic volo, sic jubeo zu proklamieren. Die Hauptsache sei, daß man aus der quälenden Ungewißheit herauskomme, aus dem Zustande des Mißtrauens gegen alles, was von der Regierung geschehe, und der Verzweiflung, mit der jedermann in die nächste Zukunft blicke.

Der Advokat verhehlt dem Ministerium seine persönliche Meinung nicht, daß es allerdings einen merkwürdigen Eindruck machen müßte, wenn das „kaiserliche Wort, von zwei Kaisern gegeben", gebrochen würde — dieses Wort sei es, „woran die letzten Fäden der Hoffnung sich zur Seilesstärke knüpfen". Wolle man es halten, dann möge die Regierung ihr Werk vollenden und den verheißenen Reichstag einberufen. Mit diesem werde in Österreich das Vertrauen wieder einkehren, der Grundstein zur Einheit des Reiches gelegt werden. Aber — der kluge Mentor gibt dies zu — so ruhig werde es auf dieser ersten Reichsversammlung nicht hergehen. Es sei wohl nichts anderes zu erwarten, als daß der „erstickte Volksgeist" jener Länder, die am gesprengten Reichstag von Wien und Kremsier vertreten waren, durch die „antipathischen" Italiener und durch die „am gebrochenen Stolze leidenden" Ungarn verstärkt, eher ein

„Reichschaos", denn einen Reichstag vorstellen werde. Auch werde die Regierung dort keinen leichten Stand haben. Alles dies sei zugestanden, aber es gebe ein Mittel, diesen Gefahren vorzubeugen und sich einen „ganz anständigen" Reichstag, der „vor allem Patriotismus, dann Würde und endlich Kapazität" besitze, zu schaffen — und dieses Mittel will uns heute, nach fünfundsiebzig Jahren, nach dem gründlichen Versagen des Parlamentarismus in Österreich, hochbedeutsam erscheinen.

Alles in der Welt, meint Kafka mit Recht, muß erst gelernt werden und folglich auch — die Engländer haben es gelernt — das Wählen. Man möge zuerst auf Grund eines sehr rationellen Reichstagswahl-Gesetzes die Vertrauensmänner aller Kronländer zu einem Vorparlament wählen lassen und dieses erst nach und nach, wenn die Mitglieder desselben die „Probe der Mäßigung" bestanden hätten, in einen definitiven Reichstag verwandeln, der dann die Verfassung anzuerkennen und zu beschwören habe. Also eine Auslese der Besten![230] Der Rat war nicht schlecht. Aber eine solche parlamentarische Schulung, ein solcher gradus ad parnassum hätte sich auch erzielen lassen, wäre man auf die Vorschläge, die einst Andrian in seinem vielbesprochenen „Österreich und dessen Zukunft" gemacht hatte, zurückgekommen.

Graf Stadion hatte ja in der Tat mit der Selbstverwaltung in Land und Gemeinde Ernst gemacht und in seinem freiheitlichen Gemeindegesetze vom 7. März 1849 den Bezirks- und Kreisbehörden Volksräte beigegeben. Allein sein Nachfolger Bach sistierte einige Monate später, am 29. Oktober, das Gemeindegesetz und damit war dieser vielversprechenden Institution das Grab geschaufelt. Die Regierung fürchtete sich — mit Recht — vor einer konstituierenden Reichsversammlung, aber sie wollte auch nichts von einem stufenweise zu erfolgenden Aufbau der Selbstverwaltung und des Parlamentarismus wissen. Im übrigen war, als der Advokat Dr. Kafka dem Ministerium, am 18. Dezember 1850, seine Denkschrift überreichte, der Entschluß bereits gefaßt — es war jener Entschluß, der sozusagen schon bei der Thronbesteigung feststand.

Schwarzenberg hatte den konstitutionellen Aufputz, wie wir schon wissen, nur gewählt, um in dem Kampf mit Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland die öffentliche Meinung für sich zu haben. Niemals machte er aus seiner innersten Abneigung gegen die „Mistverfassung", mit der er im März 1849 hervortrat, ein Hehl. Aber auch dieser „Scheinkonstitutionalismus" erregte in der nächsten Umgebung des Monarchen Bedenken. Im Februar 1850 sprach man schon von einer Erschütterung der Stellung Schwarzenbergs. Das Unglaubliche geschah: in einer Druckschrift mit dem Titel „Bekenntnisse eines Soldaten" — sie erschien anonym, aber alle Welt wußte, daß dieser Soldat der Flügeladjutant des Kaisers, Major von Barbaczi war — wurden die Konstitution und die Minister in der heftigsten Weise angegriffen. Der Monarch soll sich, so wird hier gesagt, auf das Heer und nur auf das Heer stützen. Ganz verwerflich sei der Gedanke, die Regierungsgewalt zwischen Herrscher und den Ministern oder gar dem Reichstag, der doch nur die Revolution fortsetzen würde, zu teilen. Man reinige die alte Verwaltung von allen Mißbräuchen und Fehlern, aber kehre zur alten Ordnung, zum alten Gehorsam zurück. Der Finger Gottes habe sichtbar gewaltet, als das Gehirn Stadions der Zerrüttung anheimfiel.

Der Wink war deutlich. Fürst Schwarzenberg glaubte ihn nicht überhören zu dürfen. Der diplomatische Sieg über Preußen bot die willkommene Handhabe, die lästigen Rücksichten auf die öffentliche Meinung in Deutschland fallen zu lassen und den Weg zum vollen, uneingeschränkten Absolutismus zurückzufinden. Der eigentliche, von der Vorsehung bestimmte Führer auf dieser entscheidungsvollen Bahn war der uns wohlbekannte Baron Kübeck, ehemaliger Präsident der Hofkammer, nunmehr ein Mann von siebzig Jahren, aber von ungebrochener Kraft. Der feingebildete, aufgeklärte, einstmals so freiheitlich gesinnte Staatsmann hatte sich, wie wir wissen, schon vor dem Ausbruch der Märzrevolution zu einem unbedingten Anhänger der staatlichen Autorität gewandelt und die Ereignisse des Sturmjahres hatten ihn noch konservativer gemacht. Kübeck galt in der Umgebung des Kaisers immer mehr als der Vertreter

der unbeschränkten Selbstherrschaft des Monarchen und als Gegner des ministeriellen Despotismus. Niemals hatte er mit seiner Überzeugung zurückgehalten, daß die Verfassung für Österreich ein Unglück sei und man den Kaiser nicht hätte nötigen dürfen, eine solche zu versprechen.

Kurze Zeit nach dem Tage von Olmütz, anfangs Dezember 1850, wurde Kübeck, der „Vater des Neoabsolutismus", zum Präsidenten des neuen „Reichsrates", eines schon in der Märzverfassung vorgesehenen Staatsrates, ernannt und damit war schon die Richtung bezeichnet, auf der man zu gehen hatte — die Aufhebung der Verfassung durch einen Staatsstreich.

Einige charaktervolle Minister wie Bruck und Schmerling nahmen ihren Abschied. Ihnen folgte auch der Finanzminister Philipp Kraus, der auf die üblen Folgen für den Staatskredit, weil das Kapital Wert auf parlamentarische Kontrolle lege, hingewiesen hatte — vergeblich. Kübeck, der ehemalige Hofkammerpräsident, ließ diesen Einwand nicht gelten, und doch war es die allgemeine Meinung. Franz Grillparzer bemerkte damals bitter: „Der Reichsrat statt des Reichstags ist, ich meine — Der Reichtum vorgestellt durch Reichsschatzscheine." Graf Thun, der starke religiöse Bedenken hatte, schwankte, ebenso Bach, um schließlich wie dieser zu bleiben. Am letzten Tage des Jahres 1851 hob Kaiser Franz Joseph die Verfassung in aller Form auf.

Es war also so gekommen, wie es der boshafte Kritiker des Ministerprogramms vom November 1849 vorausgesagt hatte — „Dieses Programm zu halten, geben wir einmütig das Versprechen; sollt' es sich nicht ganz bewähren, werden wir es ehrlich brechen." Man war schon lange auf diesen Widerruf gefaßt, darum übte er in der Öffentlichkeit keine merkliche Sensation, und überdies war schon vorher wohlweislich für eine entsprechende „Mundsperre" gesorgt worden. So darf denn das dumpfe Schweigen, mit dem das „verhängnisvolle" Silvesterpatent, wie es Ernst Plener nannte, aufgenommen wurde, durchaus nicht als Zustimmung gedeutet werden, sondern besagte sehr viel. Die Geschichte hat über den „ersten Wortbruch", wie selbst der kon-

servative Alexander Helfert sich ausdrücken mußte, ihr Verdikt gefällt.

Durch diese Staatsumwälzung, so bemerkt treffend Josef Redlich, „ist das ganze Schicksal des Reiches und der Dynastie auf eine unablässig nach abwärts führende und schließlich in den Abgrund lenkende Bahn geführt worden". Und Heinrich Friedjung hebt in seinem Rückblick auf die Jahre der Revolution und der Reform hervor, daß der Augenblick, um das Reich durch eine neue Klammer, eine festgefügte Volksvertretung, zu umspannen und zu kräftigen, so günstig wie nie war. In dem neuen Österreich, so sagt er, befand sich alles im Werden, im Zustand der Kristallisation: „in diesem Zeitpunkt mußte das Zusammenschießen der Atome zu festen Gebilden gefördert werden." Eine Verschmelzung mit Ungarn im Wege einer zentralistischen Verfassung wäre nach dem unglücklichen Ausgang der Revolution möglich gewesen — und das fürchtete man in Ungarn. Als im Jahre 1867 die Teilung des Reiches stattfand und bei den Magyaren der Gedanke vollständiger Trennung immer tiefere Wurzeln schlug, „da mußten auch hartnäckige Gegner der parlamentarischen Formen zugeben, daß der Widerruf der Verfassung vom 4. März 1849 dorthin gehört, wo die größten politischen Mißgriffe in der Geschichte verzeichnet stehen — in die Reihe der versäumten Gelegenheiten."

Mit vollen Segeln steuerte jetzt das Staatsschiff in die Zeit des Kaisers Franz und seines Kanzlers Metternich zurück.

6. DIE JUBELJAHRE DES ABSOLUTISMUS. SOLFERINO

Drei Monate vor dem Staatsstreich des Silvestertages 1851, am 24. September, war Fürst Metternich aus dem Exil in Brüssel in sein schönes Heim auf dem Rennweg zurückgekehrt, von seinen Gesinnungsgenossen wie ein „Triumphator" begrüßt. Der Kaiser und sämtliche in Wien anwesende Erzherzoge besuchten ihn, um dem Alt-Staatskanzler ihre Dankbarkeit für seine der Monarchie geleisteten

Dienste zu bezeigen. Alexander Bach war einer der ersten Minister, die dem Fürsten ihre Aufwartung machten — mit der ihm eigenen feinen Witterung hatte der ehemalige Revolutionär erkannt, daß der gestürzte Kanzler wieder ein gewichtiger Faktor im Staatsleben geworden, bald der „allmächtige" Mann, mächtiger vielleicht als im vormärzlichen Österreich, werden sollte. Der „Genius von Brüssel", zu dem Kübeck, der nunmehrige „Gesetzgeber" Österreichs seine sehnsuchtsvollen Blicke gerichtet hatte, war unbestritten wieder der Genius von Österreich geworden.

Metternichs Geist schwebte sichtbar über dem Ballplatze. Auch Schwarzenberg, der scheinbar andere Wege gehen wollte, lenkt immer mehr in das Fahrwasser des alten Staatskanzlers ein. So wird der Berliner Gesandte Prokesch-Osten am 20. September 1851 von dem österreichischen Premierminister angewiesen, Preußen — man höre und staune — die Rückkehr zum Absolutismus nahezulegen. Auf diese taktlose und anmaßungsvolle Zumutung gab man dem Wiener Kabinett gar keine Antwort, aber dem Wiener Gesandten wurde zu dessen persönlicher Kenntnis vertraulich mitgeteilt, daß man über die Ratschläge, die man nicht gesucht habe, „höchst unangenehm überrascht" gewesen sei.[231] Diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates war echtester Metternich. Aus seiner Schule aber stammt vor allem die unselige Methode, bloße Haus- und Kabinettspolitik zu betreiben und die Macht der Volkskräfte zu verkennen — eine Methode, die sich gerade vor und bei Ausbruch des Weltkrieges auf traurige Weise betätigte. Wie wurde der alte König Karl von Rumänien mit Demarchen, die ihn an seine Bündnispflichten zu erinnern hatten, „zu Tode gemartert" und wie fruchtlos waren doch alle diese Bemühungen, wenn das Volk — das gleiche gilt von Italien — nicht gewonnen war!

Auch in der inneren Verwaltung schoß Metternichs Geist üppiger denn je, durch keinen Widerstand wie im Vormärz gehemmt, in die Halme. Hier hatte er zwei tüchtige Exponenten gefunden — in Kübeck, dem Präsidenten des Reichsrates, der in der Armee, in der Beamtenschaft und in der Kirche die „drei großen Hebel" der monarchischen Gewalt

erblickte, und in einer jüngeren Kraft, dem Innenminister Alexander Bach, der mit verständnisvollem Eifer und zäher Energie diesem großen Ziele zustrebte.[232] Die Mittel, die er dazu verwendete, waren, wie ein einstmaliger Gesinnungsgenosse witzig bemerkte, „ein stehendes Heer von Soldaten, ein sitzendes Heer von Beamten, ein kniendes Heer von Priestern und ein schleichendes Heer von Denunzianten“[233] — es war das bewährte Rezept Kaiser Franzens. Aber Bach war ein besonders gutes Werkzeug dazu, weil er als Renegat vieles gutzumachen hatte. Wie sagte doch unser Grillparzer?

> Wenn seine eigene Torheit erkennen
> Der Menschen höchste Weisheit zu nennen,
> Ist Deine heutige Weisheit nicht klein:
> Du siehst Deine Torheit von gestern ein.

Die große organisatorische Arbeit, die in den ersten zwei Jahren der neuen Regierung geleistet worden war, wurde nun wieder an die Hand genommen, um sie, den neuen Verhältnissen entsprechend, nach rückwärts zu revidieren. Wie Bach die Institution der Bezirks- und Kreisräte, diese schönen Anfänge der Selbstverwaltung, sistierte, ist schon gesagt worden. Die Trennung der Justiz von der politischen Administration, schon durchgeführt, wurde auf der unteren Instanz wieder aufgehoben, Bezirkshauptmannschaft und Bezirksgericht wieder zusammengelegt. Die Geschworenengerichte wurden wieder abgeschafft, dafür trat die Prügelstrafe, auch bei Frauen, wieder in Übung. Nur an dem großen Werk der Bodenreform wagte man nicht zu rütteln.

Wiederum sehen wir, wie nach dem Tode Kaiser Josephs II., das eigentümliche Schauspiel, wie sich ein modern und fortschrittlich eingerichtetes Staatswesen nach rückwärts weiter entwickelt, wie nun Altes und Neues in buntem Wirrwarr nebeneinander zu stehen kommt, ein Werk voll von inneren Widersprüchen und daher nach neuerlicher Veränderung drängend. Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens machte sich diese Halbheit besonders fühlbar. Man hatte an den Universitäten Lehr- und Lernfreiheit; aber sie bestand nur „provisorisch“, und es konnte

kein Geheimnis bleiben, daß man sie oben tief bereute, auch war sie vielfach mit dem „katholischen" Charakter der Hochschulen schwer vereinbar. Konnte man einem Lehrer der Naturwissenschaften zumuten, daß er die Schöpfungsgeschichte genau nach der Heiligen Schrift vortrug? Alles hing sozusagen in der Luft. Am 13. Juli 1852 verlangte der Kaiser ein Gutachten über die bisherigen Erfahrungen, die mit dem neuen Unterrichtssystem gemacht wurden. Dabei wurde — ein sehr deutlicher Wink! — die Frage aufgeworfen, ob der Grundsatz der Lern- und Lehrfreiheit nicht „allenfalls" zu beschränken wäre.[234] Die Universitäten wurden wie im Vormärz reine „Drillanstalten" für Beamte und Gelehrte. Die große Masse des Volkes aber sollte von der Bildung ferngehalten werden.[235]

Klarer und einfacher lagen die Dinge bei dem Polizeiwesen. Hier konnte man unbedenklich, durch keine Überbleibsel der freiheitlichen Ära gebunden, an die großen Traditionen der vormärzlichen Regierung anknüpfen. Wie Kaiser Franz gleich nach seiner Thronbesteigung, um schon nach außen hin die Wichtigkeit der Polizei zu bekunden, eine eigene Hofstelle schuf, so wurde auch jetzt die Polizeiverwaltung von dem Ministerium des Innern abgetrennt und eine selbständige „Oberste Polizeibehörde" aufgestellt, mit deren Leitung ein höherer Offizier, der General-Gendarmerie-Inspektor Feldmarschalleutnant Johann Kempen von Fichtenstamm, betraut wurde. Daß der neue Polizeichef ein General war, wird uns nicht weiter wundernehmen, wenn man weiß, daß auch an der Spitze der technischen Hochschule ein militärischer Kommandant stand — es herrschte ja noch immer Belagerungszustand, und dann hatte das ganze Staatswesen — siehe General Schwarzenberg als Außenminister! — einen militärischen Zuschnitt.

Nach allem, was man über diesen neuen Polizeiminister weiß, erscheint es als vollkommen sicher, daß Metternichs berühmter „Pudel", der gefürchtete Graf Sedlnitzky, bei Kempen hätte in die Lehre gehen können. Die so wichtige Überwachung der „Moral" konnte nicht strenger und sorgfältiger gehandhabt werden.[236] Niemand geringerer als der Erzbischof von Wien, der hier mitinteressiert war, bekam

dies sehr unsanft zu fühlen. Seine Eminenz hatte sich dem Polizeichef gegenüber einige abfällige Bemerkungen über den Lebenswandel von Gendarmerieoffizieren, die im Konkubinate lebten, erlaubt. Kempen gab ihm darauf grob den Rat, lieber das Verhältnis seiner Pfarrer zu den Köchinnen zu überwachen, und ein paar Tage später erhielt der Erzbischof eine ganze Liste von Geistlichen mit genauer Angabe ihrer Freundinnen zugestellt. Eine traurige Berühmtheit hat Kempens Moralpolizei durch den ebenso drakonischen wie unklaren Erlaß erhalten, der die Sicherheitsorgane verpflichtete, alle weiblichen Wesen, die abends nach Torsperre ohne „entsprechende" Begleitung auf den Straßen getroffen würden, im Verdachtsfalle zu „stellen" und bei nicht völlig ausreichender Legitimierung den Kommissariaten „zur weiteren Amtshandlung" zu übergeben.

Nicht minder streng waltete die politische Polizei ihres Amtes. Wenn sogar der Minister des Innern Baron Bach unter Polizeiaufsicht stand, so war es nur natürlich, daß von ihr alle die Männer des Kremsierer Reichstages, die sich erkühnt hatten, über die Neugestaltung Österreichs andere Ideen zu haben, betroffen wurden. Der tschechische Publizist Karl Havliček fand, in Tirol interniert, Zeit für seine „Tiroler Elegien" und kehrte erst als todkranker Mann heim. Saphir erhielt drei Monate Gefängnis. David Friedrich Strauß, der Verfasser des „Leben Jesus", der sich auf seiner Reise nach Italien in Wien aufhalten wollte, wurde angewiesen, gleich weiterzureisen. Mit Stumpf und Stiel sollte alles, was an die revolutionäre Zeit erinnerte, ausgerottet werden und die Polizei ging in dieser „goldenen Zeit", wie Hebbel spottete, so weit, daß sie auf offener Straße die verfemten Achtundvierziger Bärte schor und die deutschen Hüte — „Calabreser" genannt — vom Kopfe riß. Zu den damals Mißhandelten gehörte auch der Dichter Robert Hamerling.

Wieder füllten sich, wie einst unter Kaiser Franz, die Gefängnisse mit Männern, die im Verdachte standen, eine Revolution vorzubereiten. Unter ihnen befand sich auch der später berühmte Geologe Eduard Sueß. Andere wie der Techniker Cäsar von Bezard erlitten den Galgentod. Es war

fürwahr ein Schreckensregiment, mit dem verglichen die Ära Sedlnitzky wie eine Idylle anmuten mußte. Von welchen Vorstellungen und Gefühlen mußten die Träger dieser Polizei- und Säbelherrschaft befangen gewesen sein, wenn ein General — es war Fürst Khevenhüller — aus Prag nach Galizien versetzt, den Ausspruch tun konnte: „Prächtige Provinz das! — die schönste nach Ungarn; denn dort ist nicht bloß wie in Böhmen die Hauptstadt, sondern alles, alles im Belagerungszustand."

Die traurige Kehrseite dieses Militär- und Polizeiregimentes war eine von Jahr zu Jahr steigende Finanznot. In der Heeresverwaltung wurde eine beispiellose Verschwendung getrieben. Die Zahl der Generale und höheren Offiziere stieg auf das Doppelte. Dazu kam noch eine ganz sinnlose Mehrausgabe infolge der Mißwirtschaft, die in der Armee getrieben wurde und dieser dadurch geradezu eine Berühmtheit verschaffte. Friedrich Hebbel erzählt uns als Beleg dazu eine sogenannte „wahre" Geschichte, die jedenfalls gut erfunden und sogar in einer Militärzeitung aufgenommen worden war. Einem Soldaten paßt kein Paar der für das Regiment gelieferten Schuhe und er soll marschieren. Da man nach langem Hin- und Herberaten nicht den Mut fand, ohne höhere Ermächtigung einen Zivilschuster herbeizuziehen, so packte man den Mann mit den zu großen oder zu kleinen Füßen auf einen Wagen, als die Truppe sich in Marsch setzte, und zahlte 20 bis 30 Gulden Fuhrlohn, während die Stiefel nur 3 Gulden gekostet hätten!

Bei einer derart mutwilligen Ausgabenwirtschaft mußten die an und für sich nicht geringen Erfordernisse für die Heeresverwaltung — in Italien stand die Armee seit Jahren auf Kriegsfuß — eine so enorme Höhe erreichen, daß das größte Finanzgenie hätte versagen müssen. Alle Mehreinnahmen, die durch die Übertragung des österreichischen Steuersystems auf Ungarn und durch die im Oktober 1849 eingeführte Einkommensteuer einflossen, erwiesen sich als vollkommen wirkungslos. Wieder wie im vormärzlichen Österreich mußte man zu der unseligen Anleihewirtschaft seine Zuflucht nehmen. Wieder eröffnete sich der Börsen-

agitation ein ergiebiges Feld, wurde der ewig geldbedürftige Staat das Dorado der reichen Finanzbarone. Einfache Hausierer wurden über Nacht Besitzer von großen Vermögen — alles natürlich auf Kosten des „verjüngten" Gemeinwesens. Schon im Jahre 1851 hatte Grillparzer in seinem „Papiergeld" überschriebenen Epigramm die traurige Tatsache festgestellt:

Wer sagt, daß unser Österreich
Nicht reich vor allen ist?
Das Sprichwort schon bejaht es:
Wir haben Geld wie Mist.

Ein schlechter Untergrund für eine Macht- und Prestigepolitik! So schlecht wie die Stimmung, die in weitesten Kreisen der Völker Österreichs herrschte. Sie war schon — nach den uns bereits bekannten Worten Hofrat Hummelauers zu schließen — vor der Aufhebung der Verfassung nicht gut und wurde nach dem Staatsstreich nicht besser. So war der richtige Nährboden für die revolutionären Ideen geschaffen, die von den Sendlingen Mazzinis und Kossuths eifrig verbreitet wurden. Die ganze Gereiztheit und Verbitterung, wie sie sich seit Jahren angesammelt hatte, fand ihren elementaren Ausdruck in dem Mordanschlag, den der junge Schneidergeselle Johann Libenyi aus Stuhlweißenburg in Ungarn am 18. Februar 1853 gegen den Kaiser in Wien verübte. Die herrliche Votivkirche erinnert noch heute an die ruchlose Tat, die wohl ihr Ziel verfehlte, dem Monarchen aber ein langes Krankenlager eintrug und nicht ohne tiefe Wirkung blieb.

Fürs erste reifte jetzt die Erkenntnis, daß dieses System der brutalen Gewalt nicht der richtige Weg war. Der gefürchtete Polizeidirektor von Wien, Weiß von Starkenfels, eine der Säulen der Schreckensherrschaft, wurde von seinem Posten entfernt und die halbamtliche „Frankfurter Postzeitung" gab einen ganz merkwürdigen Kommentar zu dieser Maßnahme. Weiß von Starkenfels habe, so hieß es da, sein eigenes Polizeisystem verfolgt, „obschon er an mancherlei Symptomen erkennen mußte, daß die höchsten Kreise ein Einlenken gern gesehen hätten". Dieses „System

der Härte und Strenge, durch welches weder größere Sicherheit der Person und des Eigentums, noch ein Abnehmen der Polizeiübertretungen im allgemeinen herbeigeführt ward, hatte die Inkonvenienz, daß es gerade den ruhigen konservativen Bürger drückte". Der Polizeigewaltige mag sehr erstaunt gewesen sein, als er aus dieser Anklage seine Kurzsichtigkeit erfuhr; er für seine Person wird gewiß überzeugt gewesen sein, daß man oben das von ihm vertretene System der Strenge wünschte. Aber die Taktik war nicht neu, nach dem Rezepte Macchiavellis[237] für alle Entgleisungen und Fehler des Systems einen Sündenbock zu finden — Thugut, Colloredo, Stadion, Erzherzog Karl, Metternich und nun Weiß von Starkenfels. Am 1. September 1853 wurde, nach fünfjähriger Dauer, der Belagerungszustand in Wien und Prag aufgehoben, um diese Maßregel später auch für die „Provinzen" Ungarn, Galizien und Italien, die wie ein erobertes Feindesland behandelt worden waren, zu verfügen.

Nicht ohne inneren Zusammenhang mit dem Attentate Libenyis stand noch ein anderes Ereignis von folgenschwerer Bedeutung: das Konkordat mit Rom — die Verhandlungen dazu, auf einem toten Punkte angelangt, erhielten aus dem Krankenzimmer des Monarchen, der wie durch ein Wunder seinem Schicksal entronnen war, einen kräftigen Ruck nach vorwärts. Wir kommen damit zu einem Kapitel, das wohl am deutlichsten das Auswirken des Geistes Metternichs in reinster Prägung zeigt — die Rückwärtswandlung, um nicht zu sagen, die vollständige Umkehrung des Verhältnisses von Staat und Kirche.

Wir erinnern uns an das merkwürdige Schriftstück, in dem zwei Tage vor seinem Tode Kaiser Franz dem Nachfolger die Abkehr von den mit den Satzungen des Tridentinischen Konziles „nicht im Einklange stehenden" Grundsätzen der josephinischen Staatskirche ans Herz legte. Dieses religiöse Testament des Monarchen verriet mehr den Geist des Beichtvaters Bischof Wagner, der es geschrieben, und des Staatskanzlers Metternich, an dessen Rat König Ferdinand gewiesen wurde, als den des sterbenden Monarchen. Metternich und der Bischof säumten nicht, den letzten

Willen des Kaisers pietätvoll zur Ausführung zu bringen,[238] allein die Widerstände der Beamtenschaft, welche die Hoheitsrechte des Staates zähe verteidigen zu müssen glaubte, waren zu groß — das fein vorbereitete Werk blieb stecken. Das Sturmjahr schuf nun eine neue Situation.[239] Die Schlagworte der Freiheit hatten auch in der Kirche verfangen und die Bischofsversammlung in Wien, die am 30. April 1849 ihre Sitzungen eröffnete, heftete sie an ihre Fahne. „Alles ist neu geworden," klagte man da, „nur der katholischen Kirche gegenüber verharrt der Staat in seiner vorigen Stellung." Die Bischöfe verlangten also Freiheit der Kirche vom Staate, was in der Praxis so viel bedeutete wie Herrschaft der Kirche über den Staat, weshalb wieder die Bureaukratie, vor allem der Justizminister Schmerling, starke Einwände erhob.

Allein die Forderungen der Bischöfe fanden in der nächsten Umgebung des jungen Kaisers mächtige Fürsprecher. Die Kirchenfürsten hatten nicht umsonst die jüngste Revolution als Folge der Irrlehren bezeichnet — dies war ein Argument, das ohneweiters einleuchtete. Abgesehen von der Erzherzogin Sophie, die auf ihren Sohn einen starken Einfluß besaß, und dem Erzbischof Rauscher, dem einstigen Lehrer, waren es sogar staatliche Funktionäre, wie der Unterrichtsminister Graf Leo Thun, welche die Wünsche der Seelenhirten unterstützten. Von Alexander Bach war kein nachhaltiger Widerstand mehr zu befürchten. Der ehemalige Revolutionär war, wie man weiß, sehr kirchlich geworden. Man sah ihn täglich in der Kirche am Hofe auf den Knien liegen, und das boshafte Wort, das Kalchberg, als er beim Minister vorsprach, zugeraunt wurde: „Vergessen Sie nicht, jeder Zoll ein — Bischof," hatte seine gute Berechtigung. Die Aprilgesetze von 1850, die so recht auf den persönlichen Willen des Kaisers zurückgingen, räumten mit dem kirchlichen Josephinismus auf: die Geistlichkeit sollte wieder ungehindert mit Rom verkehren können, der Kirche wurde die frühere Disziplinargewalt zurückgegeben usw. Fünf Jahre später kam nach langwierigen Verhandlungen, am Geburtstage des Kaisers, der geheime Vertrag mit Rom zustande, durch den im ganzen und großen das kanonische Recht als

Richtschnur für die staatliche Gesetzgebung anerkannt wurde. Den Bischöfen wurde die Aufsicht über das ganze Volksschulwesen und auch die Ehegerichtsbarkeit übertragen; der Staat verpflichtete sich, die von ihnen geübte Zensur aller geistigen Produkte anzuerkennen.

Das Konkordat vom 18. August 1855, das „gedruckte Canossa", wie es Anastasius Grün nannte, war, wie man weiß, das persönliche Werk des Kaisers. Die Bureaukratie scheint im allgemeinen nicht sehr erbaut davon gewesen zu sein. Der frühere Staats- und Konferenzminister Graf Hartig, der aus seiner Meinung kein Hehl machte, daß nicht leicht ein „unglücklicherer" Vertrag hätte geschlossen werden können und seine Folgen erst in der Zukunft recht ans Tageslicht kommen würden, erzählt uns, eine hochgestellte Persönlichkeit habe dem Kardinal Rauscher Vorwürfe darüber gemacht, daß er ein solches, die Souveränitätsrechte des Kaisers tief verletzendes Übereinkommen zustandegebracht habe, worauf Rauscher erwiderte: „Was wollen Sie? Ich habe als Erzbischof gehandelt und die geistlichen Rechte vertreten, aber die politischen Behörden haben ja alles in dieser Weise Vorgeschlagene gebilligt — an ihnen wäre es gewesen, Anstände dagegen zu erheben."[240]

Der greise Fürst Metternich konnte mit Stolz in seinem Glückwunsch an den Kaiser darauf hinweisen, daß er von allem Anfang an auf diesen Bund mit Rom hingearbeitet habe. Mit Genugtuung mag er es begrüßt haben, daß seine Freunde, die Jesuiten, wieder ihren Einzug in die Monarchie hielten und ihnen, im Jahre 1857, die Innsbrucker theologische Fakultät ausgeliefert wurde. Weniger erfreut erzeigte sich die liberal und josephinisch gesinnte Intelligenz, die den „Vasallenvertrag mit Rom", der, wie Karl Stremayr bitter sich ausließ, „mit ehernem Griff den Flug der Geister auf Generationen hinaus zu hemmen bestimmt schien", wie einen Peitschenschlag empfand. „Wir haben nur noch Talent zur Musik und zum Konkordat", spottete Grillparzer. Wie tief auch in der Folge noch der Eindruck der kirchenpolitischen Neuerungen wirkte, das zeigt uns Ludwig Anzengrubers packendes Drama „Der Pfarrer von Kirchfeld".

In weiten Kreisen galt das Konkordat als eine „Art Absagebrief gegen das aufgeklärte Deutschland“ und die später im Kampf um die Vorherrschaft eingetretene Isolierung des Donaureiches wurde als eine Folge desselben bezeichnet.[241] Das war es, was unseren Dichter Franz Grillparzer zur ahnungsvollen Klage veranlaßte:

> Verkehrt ihr mit Moder und Schimmel,
> Mit Konkordat und Glaubensgericht,
> Gewinnt ihr die erste Stelle im Himmel,
> Aber in Deutschland nicht.

Als dieser Stoßseufzer dem Dichter sich entrang, erlebte gerade der verjüngte Kaiserstaat in der äußeren Politik eine überaus schmerzliche Niederlage, die als das Vorspiel zu dem Zusammenbruch seiner Vormachtstellung in Italien und Deutschland bezeichnet werden kann. Für keinen Staat aber war eine solche Schlappe empfindlicher als für Österreich, das ganz im Fahrwasser der Gewalt- und Staatsstreich-Politik steuerte. Als Bismarck im Frühling 1852 in Wien weilte, empfing er von dem im Donaureiche herrschenden System den Eindruck „bonapartisch“ — die Kennzeichnung war treffend. Aber ein Bonaparte benötigte unbedingt Erfolge, diplomatische wie militärische, und immer neue.

Felix Schwarzenberg, der einen so glücklichen Anlauf genommen, konnte sie nicht mehr bringen; denn er war am 5. April 1852 jäh aus seiner Bahn geschleudert worden — ein Schlaganfall hatte seinem Leben vorzeitig ein Ende gemacht. Was seine innere Politik anbelangt, will es scheinen, daß der Fürst allzulange gelebt hat. Die Hinrichtungen, die entschieden auf seine Rechnung gehen, haben, wie Heinrich Friedjung wohl mit Recht bemerkt, „eine Saat des Hasses ausgestreut, die bis zum heutigen Tage fortwuchert“. Um aber seine äußere Politik richtig zu beurteilen, hätte er länger auf dem Ballplatze verweilen müssen — dann erst wäre es offenbar geworden, ob diese kraftfrohe und energische Natur, die es zweifellos verstanden, den Glauben an die Macht Österreichs wieder zu beleben und wach zu halten, auch befähigt war, sein gewagtes Spiel gegen

Preußen zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Der Tag von Olmütz war kein Abschluß und auch da läßt sich schon ein Nachlassen seiner Kraft wahrnehmen.

Vielleicht wäre übrigens der „Mann der Einsicht und der Tat", wie Grillparzer den Fürsten in seiner Grabschrift bezeichnete, auch bei einem längeren Leben bald bemüßigt gewesen, die Staatskanzlei von außen sich anzusehen. Schwarzenberg war eine viel zu eigenmächtige, starke und herrische Natur, um nach oben nicht anzustoßen. Die Geschmeidigkeit seines Ministerkollegen Bach fehlte ihm vollständig, und es war in der Tat eine treffliche Charakteristik, wenn Eduard Bauernfeld, einen Vergleich zwischen dem Leiter des Innern und dem des Äußern ziehend, sagte: „Ein politischer Kopf! Im Umwenden — Richtet sich nach den Umständen — Noch mehr den andern bewund're ich — Richtet die Umstände gleich nach sich." Daß Kaiser Franz Joseph später, wie erzählt wird, die Äußerung tat, Schwarzenberg sei sein bester Minister gewesen, beweist nichts — solche Erkenntnis kam erst durch die Nachfolger des Ministerpräsidenten. So viel ist sicher, daß Schwarzenberg sehr mächtige, einflußreiche Gegner besaß. Zu diesen gehörte auch Fürst Metternich, der nach dem Hinscheiden seines Gegenspielers gehässig bemerkte: „In der Sache verändert das Ableben des Fürsten Schwarzenberg nichts, in der Wahl der Formen kann die Staatsgewalt eher gewinnen als verlieren."[242]

Fürst Metternich, der sich stets in der Rolle des Propheten gefiel, hatte leider nicht recht — die Staatsgewalt gewann nicht und in der Sache veränderte sich viel, sehr viel. Der Nachfolger Schwarzenbergs, Graf Buol-Schauenstein, Metternichs „gelehriger Schüler", der, wie es hieß, den größeren Teil seiner Dienstzeit in dem Palais auf dem Rennweg als in der Staatskanzlei verbracht hatte,[243] erbte von dem Dahingeschiedenen nur die Unkenntnis der großen Geschäfte, nicht aber seine bedeutenden Gaben, die feste Führung, die starke Hand. Otto Bismarck, der kurz nach der Übernahme des Amtes Gelegenheit hatte, mit Buol über die allgemeine Lage sich zu unterhalten, fand seine Unorientiertheit „wirklich unglaublich".[244] Vielleicht sprach aus dem

Urteil des preußischen Diplomaten allzusehr der Haß gegen Österreich. Doch hatte Buol sehr bald Gelegenheit, der Welt von seinem staatsmännischen Können Rechenschaft abzulegen — und das, was er da sich leistete, war auch „unglaublich".[245]

Zwischen Montenegro und der Türkei war ein Streitfall ausgebrochen. Fürst Danilo, der 1851 zur Herrschaft über das Fürstentum gelangt war, hegte den Ehrgeiz, im Lande der Schwarzen Berge eine Dynastie nach europäischem Muster, mit direkter Erbfolge, zu begründen. Die Pforte, in diesem Bestreben den ersten Schritt zur Unabhängigkeit witternd, überdies durch eine der üblichen Räubereien an der Grenze — die Montenegriner hatten die Bergfeste von Žabljak überfallen — schwer gereizt, beschloß den heiligen Krieg, um den Herd beständiger Unruhe stillzulegen. Ein türkisches Heer unter Omer Pascha, einem der erprobtesten Heerführer, rückte anfangs Februar 1853 mit überlegenen Streitkräften heran und stand kaum mehr einen Tagesmarsch von Cettinje entfernt — da gebot ihm Österreich Halt.

Alle Welt wunderte sich nicht wenig über diesen Schritt, der Montenegro vor dem Untergang rettete. Man glaubte nämlich, daß Österreich, das wiederholt — besonders in den Jahren 1814 und 1838 — von den Raubzügen des unruhigen Nachbarn unangenehm betroffen worden war, selbst ein Interesse haben müßte, von dem lästigen Störenfried befreit zu sein. Auch war man ja gewohnt, in der Donaumonarchie den Schutzherrn der Türkei gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der christlichen Balkanvölker zu erblicken. Hatte Österreich plötzlich wieder seine Mission nach dem Osten entdeckt und die Rolle eines Befreiers der Südslawen in die Hand genommen? Ein solcher Gedanke lag nahe, um so mehr als ja die Pflanzschule der Diplomatie den Namen „Orientalische Akademie" führte, und der Kaiserstaat gerade vor kurzem, als die Frage seiner Neugestaltung im Vordergrunde stand, auf diesen seinen Ostberuf nachdrücklichst aufmerksam gemacht worden war.

Niemand aber wäre so leicht auf die Idee verfallen, daß Österreich den Raubstaat, der als eines der festesten Bollwerke des Panslawismus, als einer der getreuesten Satrapen

Rußlands galt, gerade um dieses innigen Verhältnisses willen, gewissermaßen im übertragenen Wirkungskreise, zu schützen für gut fand. Und doch war es so — der hohe Orden, den Buol-Schauenstein aus Petersburg erhielt, war vollauf, ehrlich verdient. Natürlich hütete man sich, dieses Motiv laut werden zu lassen, und Feldmarschalleutnant Graf Leiningen, der im Auftrag des Wiener Kabinettes in Konstantinopel erschien, um Österreichs Vorgehen zu rechtfertigen, hatte zu sagen, daß die Monarchie nicht ruhig zusehen könne, wie an seiner Grenze ein christlicher Volksstamm ausgerottet werde. Zur Unterstützung der Forderung war unter dem Oberbefehl des Banus Jellačić, welchem Heß als Generalstabschef zugeordnet war, eine Armee aufgestellt, um nötigenfalls sofort in Bosnien einzumarschieren. Wie mag der begeisterte Pankroate auf die Gelegenheit gebrannt haben, das große Befreiungswerk in die Hand zu nehmen. Aber dazu kam es nicht, denn die Pforte gab nach.

Der Vorposten des Zarenreiches war gerettet und Fürst Danilo hatte alle Ursache, sich in Wien persönlich beim Kaiser zu bedanken. Die Rückreise erfolgte auf dem österreichischen Kriegsschiff „Taurus", das Kapitän Littrow befehligte. Der Kommandant hatte die Weisung erhalten, seinen Reisegast nach dem Zeremoniell für „kleine Souveräne" zu behandeln. Der mächtige Kaiserstaat hatte mit dieser Ehrung vor aller Welt bekundet, daß der Herr der Schwarzen Berge als souveräner Fürst anzusehen sei. Auf diese Tatsache, die nicht ohne Eindruck blieb, bezog sich Nestroy, als er seinem Theaterpublikum das Couplet auftischte:

> Merkwürd'ge Sachen kann man jetzt seh'n.
> Der Montenegriner ist auch souverän.
> Und wenn er hungrig ist, tut er seinem Minister befehl'n,
> Er soll in der Türkei ein Schöpsernes stehl'n.

Weniger lustig, obzwar possenhaft genug, war die Rolle, die Österreich bei dieser Balkankrise spielte. Es hatte mit der traditionellen Freundschaft zur Türkei gebrochen, aus Ärger darüber, daß die Pforte den ungarischen Revolutionären Unterschlupf gewährte, und die nicht un-

beträchtlichen Kosten der Mobilisierung auf sich genommen, um Rußland einen Dienst zu erweisen.

Um dieselbe Zeit rollte Zar Nikolaus die ganze orientalische Frage auf. Der alte Streit um die Aufsicht über das Grab Christi bot dem russischen Kaiser den willkommenen Anlaß, seine ehrgeizigen Pläne hervorzuholen, das „Testament" Peters des Großen zu verwirklichen. Ihm schwebte das große Ziel vor Augen, das russische Kreuz auf die Sophienkirche in Konstantinopel zu pflanzen und über die Donaufürstentümer wie über Serbien und Bulgarien die Schutzherrschaft zu üben. Den Engländern, die über eine solche Umstellung der ganzen Orientpolitik keine besondere Freude zeigten, bot er, im Februar 1853, großmütig Ägypten und die Insel Kreta an. Von Österreich war gar nicht die Rede. „Wenn ich Rußland sage," erklärte der Selbstherrscher dem englischen Gesandten Seymour, der neugierig war zu erfahren, wie sich die Donaumonarchie zu der ganzen Frage verhalten werde, „spreche ich ebensogut von Österreich; unsere Interessen bezüglich der Türkei sind identisch." Der Standpunkt erscheint gewiß unglaublich anmaßend, aber er war dank der jahrzehntelang von Metternich und, diesem nachstrebend, von Schwarzenberg und Buol befolgten Knappenschaft vollkommen berechtigt. Als der Zar bei der Bekämpfung des ungarischen Aufstandes rettend beisprang, betrachtete er dieses Eingreifen als eine gemeinsame Haus- und Familienangelegenheit und er fand es sicher nur recht und billig, daß Österreich ihm den kleinen Gefallen erwies, Rußlands montenegrinischen Freund vor dem Untergang zu bewahren. Warum, so konnte er füglich fragen, sollte ihm das zu ewigem Dank verpflichtete Österreich nicht auch die Gefälligkeit erzeigen, vollkommen ruhig zuzusehen, wie Rußland den ganzen Balkan in die Tasche steckte?

So rächten sich alte Sünden und Fehler — Gentz, Schuselka und wie sie alle heißen mögen, wußten, warum sie diese Abhängigkeit von Rußland ein „Verbrechen", eine „Todsünde" nannten. Es war eben für die Leiter der österreichischen Außenpolitik schwer geworden, dem russischen Übermut, den man selbst großgezogen, zu Jahren hatte kommen lassen,

entgegenzutreten, gar im ungünstigsten Momente, da für Österreich die Vormachtstellung in Italien und in Deutschland auf dem Spiele stand und in seinem Innern es gärte. Trotzdem wäre es Sache eines klugen Außenministers gewesen, dem russischen Freunde zu Beginn der Aktion offen und ehrlich zu sagen, daß Österreich auch noch auf der Welt existiere und seine Lebensinteressen auf dem Balkan besitze, die es nicht preisgeben könne, daß jeder Dank schließlich seine Grenzen haben müsse und dergleichen mehr. So hätte wohl Schwarzenberg gehandelt, in der richtigen Erkenntnis, daß die Donaumonarchie die im Vormarsch gegen Konstantinopel befindlichen Streitkräfte des Zaren in Flanke und Rücken bedrohte. Hatte die große Kaiserin Katharina II. mit Joseph II. eine Teilung der Interessensphäre verabredet gehabt, so hätte wohl auch Nikolaus mit sich reden lassen.

Was tat nun Graf Buol-Schauenstein? Das Ungeschickteste, was man nur tun konnte. Er spielte die klägliche Bedientenrolle weiter und ließ es ruhig geschehen, daß der Zar mit einem Heere die beiden Donaufürstentümer, das heutige Rumänien, als „Faustpfand" besetzte. Noch am Tage der Pruthüberschreitung durch die Russen, am 4. Juli 1853, betonte Buol in einer Zirkulardepesche die „innige Allianz" Österreichs mit Rußland als „eine der festesten Schranken gegen die Bestrebungen des revolutionären Geistes". Erst als die Okkupation der zwei Donauländer vollständig durchgeführt war, scheint dem Wiener Kabinett ein Licht über die Bedeutung des Donaustromes als der Pulsader des Kaiserstaates aufgegangen zu sein — Graf Buol wurde nervös, unfreundlich, er vergaß, daß die „innige Allianz" mit Rußland eine der festesten Schranken gegen das Vordringen des revolutionären Geistes sei, und wollte die Russen draußen haben.

Wie es vorauszusehen war, blieb der Kampf im Orient nicht auf die zwei Mächte, Rußland und die Türkei, beschränkt. Als die Pforte im Vertrauen auf den Beistand Englands und Frankreichs dem Zaren am 4. Oktober 1853 den Krieg erklärte, schlossen die Westmächte mit ihr ein Schutz- und Trutzbündnis. Österreich mußte nun zu dem

Ringen um Konstantinopel, wenn es nicht aus dem politischen Leben ausgeschaltet sein wollte, ebenfalls Stellung nehmen. Aber welche? Am Wiener Hofe standen sich nicht weniger als drei Parteien gegenüber. Die eine, größtenteils aus dem Hochadel und den Generalen, wie Windischgrätz bestehend, war durchaus russenfreundlich — es war die traditionelle Politik Metternichs — gesinnt. Die zweite, die gerade in dem Ministerium des Äußern ihre meisten Anhänger zählte, vertrat den ganz entgegengesetzten Standpunkt: sie wollte an der Seite von England und Frankreich eine durchgreifende Balkanpolitik betreiben.

Der Gedanke, die Donaufürstentümer, weiters Bosnien und Serbien zu erobern, dabei aber die Vorherrschaft in Deutschland und in Italien aufrecht zu erhalten, war zweifellos groß, aber ebenso kühn, von jenem „Geist der Selbstüberschätzung" getragen, wie er seit Metternichs Kanzlerschaft, namentlich aber seit Schwarzenberg, die Politik des Ballplatzes beherrschte. Daß diesen Plan der Außenminister Graf Buol selbst sich zu eigen gemacht hatte, verlieh ihm gewiß ein starkes Gewicht; doch hätte er auch vom Finanzminister empfohlen werden müssen. Hier kommt man zu dem wundesten Punkt des bedeutsamen Zieles: der so rasselnd und klirrend auftretende Kaiserstaat, der einen Kampf gegen Rußland, gegen Preußen und Italien und vielleicht auch gegen Frankreich nicht zu scheuen schien und dabei jedenfalls auch mit einer Erhebung in Ungarn rechnete — besaß kein Geld, schon jetzt kein Geld, ehe der Strauß noch angehoben hatte. Um sich notdürftig zu rüsten, mußte ein Zwangsanlehen aufgenommen werden, mußten die Staatsbahnen zu einem Spottpreis an eine französische Gesellschaft verkauft werden.

Dann gab es noch eine dritte Gruppe, die, weder russenfreundlich noch nach dem Westen hin orientiert, eine selbständige, neutrale, durchaus deutsche Politik eingeschlagen wissen wollte. Österreich, Preußen und der deutsche Bund sollten sich darnach fester zusammenschließen, um die Übergriffe Rußlands wie der beiden Westmächte zurückzuweisen. Es war der großdeutsche, mitteleuropäische Gedanke, der hier nach Verwirklichung drängte, und die Träger dieser

politischen Richtung waren der frühere Handelsminister Bruck, der nun in Konstantinopel als Botschafter wirkte, und der nach Radetzky angesehenste Offizier, der Generalstabschef Freiherr von Heß, der einem Waffengang gegen Rußland auszuweichen bestrebt war. Bruck, der eine sehr scharfe Sprache gegen Buol führte, behauptete, Schwarzenberg hätte sich für diese Politik der Neutralität entschieden.

Der junge Monarch hatte nun zwischen diesen drei ihm empfohlenen Wegen zu wählen. Wäre es auf seine persönlichen Gefühle allein angekommen, so hätte die Dankesschuld gegen den Zaren ihn auf die Seite Rußlands treten lassen. Entschieden aber widerstrebte ihm die von Buol verfochtene Politik, die zum offenen Konflikt mit seinem Gönner geführt hätte. So lag es nahe, den dritten, zugleich vorsichtigsten und ungefährlichsten Weg einzuschlagen. Es traf sich gut, daß Friedrich Wilhelm IV. von Preußen dem Kaiser ein Bündnis anbot, um die nötige Freiheit des Handelns nach Osten und nach Westen zu erlangen. General Heß wurde nach Berlin gesandt und brachte von dort ein Angriffs- und Abwehrbündnis der beiden Vormächte des deutschen Bundes, das die Verteidigung der unteren Donau zum Ziele hatte, mit nach Hause. Gestützt darauf, richtete Österreich an den Zaren die Forderung, die Donaufürstentümer zu räumen, und zog unter dem Oberbefehl des Freiherrn von Heß Truppen in der Stärke von 200.000 Mann an der Ostgrenze zusammen. Schweren Herzens gab der Zar dem Drucke nach und erteilte den Befehl zum Abzug seiner Streitkräfte. Wenige Wochen später rückten die Österreicher in das geräumte Gebiet ein, um es sich dort häuslich einzurichten. In Wien schwelgte man in dem Gefühl, einen großen Erfolg errungen zu haben. „Wir haben die Donaufürstentümer in der Tasche," so äußerte sich selbstgefällig Graf Buol.

Allein Graf Buol wollte besonders schlau sein — und verdarb das ganze Spiel. Noch bevor die Mitteilung über die Order zur Räumung der Donaufürstentümer in Wien einlangte, hatte der Minister hinter dem Rücken Preußens mit den Westmächten Verhandlungen eingeleitet und Abmachungen getroffen, die schließlich, am 2. Dezember 1854,

zu einem regelrechten Bündnis führten. Aber als Buol glücklich so weit war und den erklärten Feinden Rußlands mit Haut und Haaren sich verschrieben hatte, stieg ihm ein Licht auf über das gründlich Verfehlte seiner Extratour. Napoleon III. verlangte als Preis für die Besitznahme der Moldau und Walachei die Aufgabe der italienischen Provinzen Lombardei und Venezien und außerdem offene Parteinahme gegen den Zaren. Dafür aber war Buol nicht zu haben — die Folge war, daß die Westmächte gegen Österreich schwer verstimmt wurden. Lord Palmerston, der englische Premierminister, scheute sich nicht, im Parlament die Donaumonarchie zu höhnen. „Österreich geht mit uns bis zu einem gewissen Punkte," erklärte er — dann nach einer Pause: „Es geht mit uns, aber nur moralisch." An Napoleon schrieb er: „Sind wir in der Krim siegreich, so werden wir über die Freundschaft, vielleicht über den Degen Österreichs verfügen. Wenn der Erfolg ausbleibt, werden wir nicht einmal seinen Degen für uns haben." Der Franzosenkaiser aber zieh Österreich in seiner Thronrede ganz offen des Vertragsbruches.

Noch schlechter aber auf Österreich zu sprechen war begreiflicherweise Zar Nikolaus. Infolge der unsicheren Haltung des Wiener Kabinettes, die von einer wohlwollenden Neutralität sehr weit entfernt war, sah er sich genötigt, einen Teil seiner Streitkräfte zurückzuhalten, die ihm dann, als es in der Krim zur Entscheidung kam, fehlten. In seinem wild aufschäumenden Zorn schenkte er die Büste des Kaisers Franz Joseph, die er auf seinem Schreibtische stehen hatte, seinem Kammerdiener. Die Mißerfolge der russischen Waffen zehrten an dem Lebensmark des kraftstrotzenden, hünenhaften Selbstherrschers. Am 2. März 1855 raffte ihn eine Lungenentzündung hinweg. In Petersburg sagte man, der Undank der habsburgischen Monarchie habe ihm das Herz gebrochen. Damals wurde auch das Wort geprägt: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien."

Das Vorgehen des Grafen Buol gegen Rußland fand aber auch in Österreich selbst die schwerste Mißbilligung. Namentlich Bruck war es, der sich dem Außenminister gegenüber kein Blatt vor den Mund nahm. Daß der Kaiser-

staat den Abzug der Russen von der unteren Donau verlangte, war vom Standpunkt seines Lebensinteresses gewiß ein berechtigtes Verlangen. Nachdem aber diese Forderung von Seite des Zaren restlos erfüllt war, hätte Buol einen Weg suchen müssen, Nikolaus wieder versöhnlich zu stimmen. Dieser Weg wäre gefunden gewesen, wenn Rußland die gewünschte Bürgschaft erlangt hätte, daß die Österreicher nicht sein Gebiet betreten, ihm in seinem Kampf gegen die Alliierten vielmehr freie Hand lassen würden. Vollständig überflüssig aber war es, daß sich Österreich im Bunde mit Frankreich und England auf Kriegsziele festlegte, die weit über die österreichisch-deutschen Interessen hinausliefen. Buol hat diese klugen Mahnungen in den Wind geschlagen. Um Rußland dann noch mehr zu reizen, ließ er am 16. Dezember 1855 an dasselbe ein Ultimatum ergehen, das den für das Zarenreich so verlustreichen Frieden zur unmittelbaren Folge hatte.

Der Pariser Kongreß, der am 30. März 1856 seine Verhandlungen schloß, bedeutete auch für Österreich einen schweren Schlag — denn es ging vollkommen leer aus. Der Kaiserstaat, der durch seine schwächliche, unschlüssige und zweideutige Haltung alle Mächte ohne Ausnahme enttäuscht und vor den Kopf gestoßen hatte, mußte seine Truppen aus den Donaufürstentümern zurückziehen. Ganz umsonst hatte er Riesensummen für die Kriegsrüstung und die Besetzung des Landes ausgegeben, und das schlimmste war, daß man diese dafür verwendeten Gelder gar nicht hatte, sondern durch Anleihen unter den ungünstigsten Bedingungen decken mußte. Damals war es, daß der Finanzminister bei einem Festmahle, wie erzählt wird, den Trinkspruch ausbrachte: „Gott erhalte die österreichische Armee, der Finanzminister kann es nicht mehr!“ Zweifellos hat diese Finanzmisere, wie seinerzeit in der unglücklichen Orientkrise von 1828, viel zu der schwächlichen Politik Österreichs beigetragen. Völlig isoliert, mit dem traurigen Rufe der Unzuverlässigkeit behaftet, in seinen Finanzen wie in seinem moralischen Kredit erschüttert, ging das Donaureich aus dem großen Ringen um das Schwarze Meer hervor.

Franz Grillparzer zog für dasselbe die bittere Lehre:

> Für Österreich bleibt's bei der Regel, der alten:
> Rekonvaleszenten sollen sich ruhig verhalten.

Die Schwäche, die Österreich in dem Krimkrieg an den Tag legte, ließen, wie man weiß, in Otto Bismarck, der seit August 1851 als Bundesgesandter in Frankfurt wirkte, seinen für den Rivalen so verhängnisvollen Plan reifen. Dem französischen Gesandten Gobineau, dem berühmten Schriftsteller, teilte er unter dem frischen Eindruck der Niederlage seine Überzeugung mit, daß Österreich in spätestens zwei Jahren Bankerott machen werde. Als der preußische Gesandte zwei Jahre darauf, im April 1857, in Paris weilte, enthüllte ihm Kaiser Napoleon seine Absicht, den Italienern gegen Österreich zu Hilfe zu kommen. Die Beziehungen mit Frankreich waren so gut und jene zu Österreich so schlecht, daß Bismarck Napoleon als seinen besten Bundesgenossen bei der Abrechnung mit dem Donaureiche bezeichnen konnte. Von Frankreich kam auch der Anstoß zur Katastrophe von 1859.

Napoleon III. hatte im Krimkrieg die Vormachtstellung Rußlands, die es seit dem Wiener Kongreß in Europa einnahm, niedergerungen und dafür seine eigene gesetzt. Der große Erfolg spornte den ehrgeizigen Fürsten nur zu neuen Taten an. Der „Neffe als Onkel" spielte die Partie, die der größere Napoleon verloren, mit anderen Karten gewinnreich weiter. Sein Oheim hatte nur mit den Kabinetten, nicht mit den Völkern gerechnet, und daran war seine Weltpolitik gescheitert. Erst in St. Helena sah er den Irrtum ein und empfahl seinem Sohne ein nationales System im Innern und nach außen. Der „König von Rom", der spätere Herzog von Reichstadt, starb als österreichischer Stabsoffizier, aber Napoleons Neffe verstand den Wink und brachte es glücklich zuwege, den so verlockend klingenden Fahnenspruch „Selbstbestimmung der Völker", die der Oheim mit Füßen getreten, seiner neuen Politik der „Gloire" dienstbar zu machen. Mit dem habsburgischen Völkerstaat sollte der Anfang gemacht werden.

Es bedurfte wohl keines besonderen Scharfblickes, um die wunde Stelle der Vorherrschaft Österreichs in Italien herauszufinden. Gutmeinende Männer hatten daher, wie wir schon wissen, dem Wiener Kabinett den Rat erteilt, seine im Zeichen des Völkerlenzes unhaltbar gewordene Stellung in der Lombardei und der Lagunenstadt freiwillig aufzugeben oder sich wenigstens an die Spitze der Einheitsbewegung zu stellen. Solche Ratschläge waren natürlich leichter gegeben, als befolgt. Wo in aller Welt hätte jemals eine Großmacht freiwillig auf seinen Besitzstand verzichtet, und wo wäre, hätte die Donaumonarchie einmal damit angefangen, seine Herrschaft zu liquidieren, das Ende gewesen? Indes über den zweiten Weg, die Einheitsbestrebungen unter ihre Fittiche zu nehmen, hätte sich doch wohl reden lassen. Auf jeden Fall aber war es ganz gründlich verfehlt, nach den Erfahrungen, die man im Vormärz gemacht hatte, die Herzen der Italiener durch eine Steigerung aller gehässigen Maßnahmen zur höchsten Potenz, durch Blutgerichte und Kerkerstrafen, durch Kriegssteuern und Gütereinziehungen gewinnen zu wollen.[246]

Die Herrschaft, die Österreich nach dem Revolutionsjahre in den italienischen Provinzen frei nach Herzog Alba ausübte, war ein Regiment des Schreckens — an die Stelle der „bureaukratischen" Ära des Vormärzes war die „standrechtliche" Epoche getreten. Die „Märtyrer von Belfiori", Tazzoli und seine zehn Genossen, dann Piero Calvi, die in Mantua hingerichtet wurden, die sechzehn Blutopfer der Mailänder Revolte — sie alle riefen im Vereine mit den alten, niemals ausgestorbenen Erinnerungen an die Spielberggefangenen eine so giftige Saat des Hasses hervor, daß auch die „versöhnliche" Ära, die der hochsinnige Erzherzog Maximilian, ein Bruder des Kaisers, in die Wege leitete, ihre Wirkung verfehlte. Es war zu spät. — „Wir verlangen nicht," so sagte Manin, „daß Österreich menschlicher werde, wir verlangen, daß es seiner Wege gehe."

Stärker denn je richteten sich die Hoffnungen der italienischen Patrioten auf den Staat, der berufen war, jene Führerrolle beim Einigungswerk zu spielen, die Österreich ausgeschlagen — das halbfranzösische Piemont-Sardinien.

In dem zu Turin neu begründeten Nationalverein saß an leitender Stelle neben Manin Graf Pallavicino, einer der Märtyrer des Brünner Spielberges. Es war ein Glück für Italien und ein Unglück für Österreich, daß sich im Königreich in der Person des Grafen Cavour der richtige Staatsmann fand, der mit zielbewußter Energie und Klugheit das große Ziel der Italia unita verfolgte. Man kann sich keinen ärgeren Gegensatz vorstellen als zwischen dem Piemontesen, der sich ehrlich auf den Boden der Verfassung stellte und den Grundsatz der Unterdrückung, mit der, wie er sich etwas derb ausdrückte, die größten Esel regieren könnten, weit von sich wies, und dem Fürsten Schwarzenberg, dem Vertreter einer rücksichtslosen Gewalt- und Staatsstreichpolitik. Sardinien nahm unter ihm im Innern einen großen Aufschwung und gewann auch nach außen an Ansehen.

Es war ein geschickter Schachzug Cavours, daß das italienische Preußen in den Krimkrieg an der Seite der Westmächte aktiv eingriff, sich damit den Dank des französischen Kaisers erwarb und bei den Pariser Verhandlungen im Rate der Großmächte saß.

Cavour war indes ein viel zu kluger Realpolitiker, um an der Lösung „Italia farà da se", an der König Karl Albert zugrunde gegangen war, festzuhalten. Er suchte die schützende Hand Napoleons, die ihm gerne dargereicht wurde. Was für eine dankbare Rolle eröffnete sich doch da dem tatenlustigen Franzosenkaiser! Er konnte als der ersehnte Befreier von der österreichischen Fremdherrschaft auftreten und nebenbei, dem Beispiel seines großen Oheims folgend, Land und Einfluß in Italien gewinnen, die dem habsburgischen Reiche entrissene Vormachtstellung auf Frankreich übertragen — also die Befreiung sollte, wie dies so oft vor und nach ihm der Fall war, in Wirklichkeit eine Schutzherrschaft bedeuten.

Der Bombenanschlag des Italieners Felice Orsini auf Napoleon, der selbst in seiner bewegten Jugend Cabonaro war, gab den sozusagen willkommenen Anlaß, das Befreiungswerk in die Hand zu nehmen. Im Sommer 1558 trafen sich Napoleon und Cavour in dem Vogesenbad Plombières, um die Kur an dem kranken Italien vorzunehmen,

den Grundriß zu einem französisch-piemontesischen Bündnis zu entwerfen — ganz Italien sollte frei sein.

Als alles gut vorbereitet war, wurde der Franzosenkaiser gegen Österreich auffallend unfreundlich. Beim Botschafterempfang zu Neujahr 1859 überraschte er den Vertreter der Donaumonarchie Baron Hübner mit der brüsken Eröffnung: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind wie in der Vergangenheit; melden Sie indes Ihrem Kaiser, daß sich meine Gefühle für ihn nicht gewechselt haben." Das klang wie eine Kriegsfanfare und wurde auch so in ganz Italien, wo die Ansprache Napoleons begeisterten Widerhall auslöste, aufgefaßt. Wenige Tage darauf sprach König Viktor Emanuel bei der Eröffnung des Parlaments mit Nachdruck von einem „Schmerzensschrei", der aus so vielen Teilen Italiens nach Turin gedrungen und für den er nicht unempfindlich sei. Cavour begann zu rüsten. Der berühmte Freischärler Garibaldi bildete Freikorps. Frankreich selbst bereitete sich ebenfalls zum Waffengang vor.

In dieser plötzlich herangerückten schweren Krise bot der Kaiserstaat an der Donau wiederum das traurige Bild völliger Zerrissenheit. Die Militärpartei war keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die Neujahrsrede Napoleons den Krieg bedeutete und drängte zum raschesten Handeln, weil jeder Tag der Verzögerung den Feinden zugute käme. Die Diplomatie hingegen suchte zu beruhigen. Baron Hübner stellte in der Presse den so unfreundlichen Neujahrsempfang als eine kordiale Herzensergießung hin, wie sie gerade unter guten Freunden vorkommen könne. Verkannte sie wirklich den Ernst der Situation oder wollte sie ihn nur verkennen, um Zeit für eine friedliche Lösung zu gewinnen? In der Tat schlagen England und Rußland eine allgemeine Abrüstung vor. Napoleon schwankt und befiehlt Piemont die Entwaffnung. Cavour muß sich zähneknirschend fügen; er kann mit der Hilfe Napoleons nur dann rechnen, wenn Österreich der angreifende Teil war — und diesen Gefallen erwies ihm das Wiener Kabinett.

Über den Kopf des Grafen Buol hinweg erging am 23. April ein Ultimatum nach Turin, das die Zusicherung verlangte,

binnen drei Tagen abzurüsten. Die Note war, wie man heute weiß, unmittelbar von der Militärkanzlei des Kaisers, an deren Spitze Graf Grünne stand, abgesandt worden. Daß auch, wie es heißt, der Wiener Erzbischof Kardinal Rauscher auf des Kaisers Entscheidung Einfluß nahm,[247] würde für die vielfach geäußerte Annahme sprechen, daß dabei auch katholische Interessen, die Gefahr des Verlustes der weltlichen Herrschaft des Papstes, mitwirkten. So viel aber ist sicher, daß der Finanzminister — auf diesem dornigen Posten saß jetzt Bruck — auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die mit der Mobilisierung einer großen Armee verbunden wären, hinwies, aber mit seinen Bedenken nicht durchdrang. Buol suchte um seine Entlassung an und wurde auf den Rat des greisen Metternich, mit dem der Kaiser drei Stunden lang über die Lage sich unterredet hatte, durch den Grafen Rechberg ersetzt. Mit der Entfernung Buols war der letzte Schimmer von Hoffnung auf Erhaltung des Friedens endgültig dahin.

Alles kam nun auf die Schlagfertigkeit der österreichischen Armee an — allein damit war es nicht am besten bestellt. Seit den letzten Feldzügen in der Revolutionszeit hatten sich die Verhältnisse gründlich geändert: das Heer hatte auf den Lorbeeren Radetzkys geschlafen. Die geistlose Paschawirtschaft des Grafen Grünne, die Ära der „groben Oberste", in der alles Ehrgefühl und jeder selbständige Gedanke, jedwedes höhere Streben unterdrückt wurde und die Ausbildung des Paradewesens als oberster Zweck des Kriegsdienstes galt, war nicht ohne verheerende Folgen geblieben. Als General Mollinary kurz vor Ausbruch der neuen Verwicklung, im Jahre 1858, nach Mailand kam, sah er mit Schrecken, was aus der musterhaften Armee Radetzkys geworden war. Unter dem Eindruck der großen Manöver, die damals abgehalten wurden, äußerte er sich zu einem Kameraden besorgt: „Wenn wir jetzt in einen Krieg mit den Franzosen geraten, so ist uns, bei unserer verfehlten taktischen Ausbildung und Führung, die Niederlage sicher."[248]

Zu allem Unglück trat an die Spitze des Heeres nicht der General, den die ganze Armee und die Volksstimme als den berufensten Führer bezeichnete, der tüchtige Feldzeug-

meister Heß, sondern Graf Gyulay, ein Günstling des Grafen Grünne, ohne jede höhere militärische Begabung. Zu seiner Rechtfertigung muß gesagt werden, daß er sich selber der Aufgabe nicht gewachsen fühlte und daher seine Bedenken äußerte, die aber Graf Grünne mit den kernigen Worten beschwichtigt haben soll: „Was der Radetzky, der alte Esel, zusammengebracht hat, wirst du doch auch können."[249] Allein Gyulay war, wenn auch weit jünger an Jahren, kein Radetzky. Hätte er nur etwas von dem Schlachtengenie des greisen Feldmarschalls besessen, so wäre es wohl ein leichtes gewesen, mit seinen 100.000 Mann die nur ungefähr halb so starke sardinische Armee über den Haufen zu rennen, bevor noch die Franzosen mit ihrer gesamten Macht im Lande waren. Gyulay aber blieb, nachdem er verhältnismäßig rasch den Tessin — am 29. April — überschritten hatte, unschlüssig stehen, weil er sich zu schwach fühlte und eine Überflügelung durch die Franzosen fürchtete, und verlor so kostbare vier Wochen, die von dem Gegner dazu benützt wurden, seine Rüstungen zu vollenden und sich bei Alessandria zu vereinigen. Mit überlegenen Streitkräften rückten die Verbündeten heran und erschienen, die rechte Flanke der Österreicher umgehend, bei Magenta, wo es am 4. Juni zu einem heißen Kampfe kam, der mit dem Rückzug Gyulays endete. Die Österreicher räumten die Lombardei und zogen sich in das Festungsviereck zurück.

Jetzt übernahm Kaiser Franz Joseph selbst das Oberkommando über die Armee, die nun beträchtliche Verstärkungen erhielt, und Feldzeugmeister Heß wurde — zu spät — aus der Versenkung hervorgeholt, um unter den ungünstigsten Verhältnissen den Kampf wieder aufzunehmen. Bei Solferino, südlich vom Gardasee, erfolgte am 24. Juni der Zusammenstoß mit der sardinisch-französischen Armee. Benedek, der am rechten Flügel befehligte, rettete die Ehre des Tages, aber an anderen Punkten versagten einzelne Heerführer und Korps, wie das des Grafen Clam-Gallas, gründlich. Die Österreicher mußten neuerdings in das Festungsviereck zurückweichen.

Aber der Feldzug wäre für Österreich keineswegs verloren gewesen. Napoleon hatte bei Solferino gleich den

Österreichern grauenhafte Verluste erlitten und hätte nun diesen in das höchstgefährliche Festungsviereck folgen sollen. Dazu kam aber noch etwas anderes, das seine Situation wenig beneidenswert erscheinen ließ. In Deutschland regte sich die öffentliche Meinung stark für ein Eingreifen des deutschen Bundes. Preußen verfügte die Mobilmachung seiner Streitkräfte — Napoleon mußte damit rechnen, daß er auch vom Rhein her angegriffen werde.

Allein so weit sollte es nicht mehr kommen. Der Hohenzollernstaat hatte sich — zögernd — gerüstet und wäre auch bereit gewesen, sein Schwert zu ziehen, aber nicht um der schönen Augen der Austria willen. Der Österreich so treu ergebene König Friedrich Wilhelm IV. war mittlerweile in geistige Umnachtung gefallen und mit dem Prinzregenten Wilhelm, seinem Bruder, hatte eine schärfere Tonart eingesetzt. Wollte die habsburgische Monarchie Preußens militärische Unterstützung haben, dann hätte sie ihrem deutschen Rivalen gewisse Vorteile, wie den Oberbefehl am Rhein und Teilung des Vorsitzes im Bunde, einräumen müssen. Doch dazu wollte sich der Wiener Hof nicht verstehen.

Es kam hinzu, daß Österreich innerlich vollständig zusammengebrochen war.[250] Der Monarch war durch das, was er auf dem Schlachtfelde mit eigenen Augen hatte sehen müssen, tief erschüttert. „Lieber eine Provinz verlieren, als noch einmal so gräßliche Dinge erleben," so soll er gesagt haben.

Aber auch wenn er noch so kampfesfroh gestimmt gewesen wäre, so hätte er für den neuen Feldzug am Rhein keine Armee mehr auf die Beine bringen können. Fast die Hälfte des gesamten Heeres bestand aus ungeschulten Truppen, die Zeughäuser und die Proviantkammern waren leer. Von den zwölf Armeekorps, über die der Kaiserstaat verfügte, befanden sich neun schon in Italien eingesetzt, zwei weitere sollten dorthin abgehen; das letzte noch verfügbare benötigte man für — Ungarn. Große Unterschleife, die während des Krieges in der Heeresverwaltung entdeckt wurden, vollendeten das düstere Bild der Monarchie, die einstmals nach jahrelangem Ringen, nach verschiedenen

Fronten kämpfend, immer noch eine Armee hatte aufstellen können.

So zog es denn Kaiser Franz Joseph vor, um seine Position in Deutschland zu retten, mit Napoleon, der selbst die Initiative ergriffen hatte, abzuschließen. In Villafranca trafen die beiden Monarchen zusammen, und hier trat der Habsburger die Lombardei, um deren Besitz so viele Opfer an Gut und Blut gebracht worden waren, an Napoleon ab, der sie dann seinerseits wieder an Viktor Emanuel abgab. Die Donaumonarchie hatte damit ihre Vormachtstellung in Italien eingebüßt. Noch blieb ihr Venetien — aber auf wie lange? Zwei Jahre nach dem Frieden von Villafranca schrieb warnend Karl Rodbertus Jagetzow: „Es ist Leichtsinn, Täuschung und geflissentliche Mißachtung ausdrücklicher Erklärungen, zu glauben, daß die Italiener, wenn sie einen Teil erhalten, sich ihrer Prätentionen — auf den Rest des Uferlandes begeben würden."[251] Doch auch für die Vorherrschaft Österreichs in Deutschland, auf die Franz Joseph nicht hatte verzichten wollen, war der unglückliche Ausgang des italienischen Feldzuges von böser Bedeutung — dem deutschen Volke mußte dadurch, wie Fischhof sagt, der Gedanke, der Führung des Kaiserstaates sich anzuvertrauen, „immer weniger verführerisch" erscheinen.

Kein Zweifel — die erste Kraftprobe hatte der auf dem Selbstherrschertume Franz Josephs und dem Machtgedanken aufgebaute Militär- und Konkordatstaat Österreich schlecht bestanden. Wieder ging das Gespenst des Zerfalles drohend herum. Man hörte nach Solferino unseren Grillparzer wiederholt in dem Sinne sich äußern: „Österreich ist halt die christliche Türkei. Wenn man keine Familie hat, weiß man nicht, warum man jetzt noch leben soll." Und wie der Dichter dachten viele der Besten.

Bittere Klagen gegen die Kriegsverwaltung, die „furchtbaren" Mängel der Verpflegung, und gegen die Führung wurden laut und ganz offen erhoben. Ein Wiener Witzblatt brachte das allgemeine Urteil über die Armee dadurch zum Ausdruck, daß es die Offiziere mit Löwenköpfen, die Generale mit Eselsköpfen und den unglücklichen Oberbefehlshaber Gyulay — ohne Kopf darstellte. Die Österreicher.

hatten bei Magenta wie bei Solferino mit altbewährter Tapferkeit gekämpft, aber die ungarischen Regimenter des Korps Clam-Gallas erwiesen sich als unzuverlässig. In Wien sprach man von Verrat. Ludwig Anzengruber läßt die „Schatten von Solferino" klagen, „wie sie gekämpft so heldenkühn, wie sie Verrat gebohrt zum Grunde". Beim Morgengrauen tauchen die Geister hinab, „bis auf die Zeit gebannt, wo einst lebend'ger Geist nicht scheuen die Sonne muß in Österreichs Land". Und Hermann Gilm sieht in der Niederlage ein „göttliches Strafgericht". Zorndurchglüht entfuhr dem Tiroler Freiheitsdichter das harte Wort:

Es donnern bei Magenta die Geschütze,
Und Gott erwacht und sendet seine Blitze
Und wirft der Freiheit Henkersknechte nieder.

Anastasius Grün aber sah in dem Unglück von Solferino die Morgenröte einer besseren Zeit. Das alte Sprichwort „Durch Schaden wird man klug" dichterisch ausgestaltend, läßt er den „Tambour von Ulm" sprechen:

Denn nur aus Unglück kommt Dir Heil,
So will's Dein alt Verhängnis,
Dem Volk erblüht das Segensteil
Aus seiner Herrn Bedrängnis.

Immer lauter erhob sich in Wien der Ruf nach durchgreifenden Änderungen. „Das Wort ‚Konstitution'," so bekannte der Statthalter von Niederösterreich am 30. Juni, „ist so wie im Jahre 1848 im Munde aller."[252] Auch aus den höchsten Kreisen der Beamtenschaft machte sich dieses Verlangen nach einer gründlichen Reform der ungesunden Zustände geltend. Wir greifen hier zwei Stimmen heraus, weil sie von berufenster Seite herstammten und ihren Weg zu des Kaisers Ohr fanden: eine Denkschrift des Finanzministers Bruck[253] und ein Memoire des „Unglücksministers" Grafen Buol,[254] der dasselbe bei seinem Abschied vom Ballplatz verfaßt hat.

Bruck, der eine, bezeichnet in seiner geistreichen, klaren Art die „Aufgaben Österreichs", die leider nur in seinem

genialen Kopfe folgerichtig vorgezeichnet erschienen und in Wirklichkeit niemals zur Durchführung kamen. Der Kaiserstaat an der Donau, so führt er da aus, hat seinen bestimmten Beruf, der sich aus seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung ergibt und mit seinem gesamtstaatlichen wie mit dem Kulturinteresse sich deckt — es ist der deutsche. Jede Stärkung des deutschen Elementes und der deutschen Bildung in Österreich bedeutet eine Stärkung des Staates. Die klare Einsicht in die Grundbedingungen seiner Existenz muß Österreich unter allen Umständen die innigste Vereinigung mit Deutschland suchen und festhalten lassen. Nur das deutsche Element kann berufen sein, im Zusammenhang mit dem großen Mutterlande jenen gesamtstaatlichen Prozeß glücklich durchzuführen. Damit soll keineswegs dem sogenannten „Germanisieren" das Wort geredet sein — im Gegenteil! Wir wünschen allen Volksstämmen in Österreich die vollständige Entfaltung ihrer Eigenart und Kraft. In dem Maße, als das Donaureich die Einigung mit Deutschland vollzieht und mit deutschem Geist sich durchtränkt, werden sowohl die separatistischen Gelüste hinschwinden, als auch die fremden Hoffnungen, die sich darauf richten, durch nationale Sympathien im Trüben fischen zu können, zu schanden werden.

Österreich muß daher, so rät Bruck, den Ausbau des Bundes in die Hand nehmen, das Ziel unablässig verfolgen, die deutsche Zoll- und Handelseinigung auf bundesrechtlicher Grundlage herzustellen und damit zugleich eine großzügige Bundesreform zu bewirken — aber, wie er mit feiner Beziehung hinzufügt, nicht etwa aus dem Gesichtspunkt einer bloß abwehrenden, negativen Politik, aus bloßem „Antagonismus gegen die andere deutsche Großmacht". Die Donaumonarchie hat an dieser wirtschaftlichen Einigung mit Deutschland noch ein ganz besonderes Interesse wegen des Orients. An der unteren Donau kann sie nur mit Hilfe vordringender deutscher Bildung die große Kulturfrage, die hier — und nicht das nationale Moment — zu entscheiden hat, zur Lösung bringen. Je mehr ihre eigenen Ostprovinzen sich mit deutschem Leben sättigen und in der Kultur fortschreiten, desto zuversichtlicher kann sie der Entwicklung

der Dinge in den Nachbarländern ins Auge sehen, eine desto größere, freie und natürliche Anziehung wird sie auf dieselben ausüben. Das Gesetz der Schwere gilt in der geistig-sittlichen wie in der physischen Welt und wie die größeren Körper die kleineren, so zieht die höhere Bildung die mindere zu sich.

Also höhere Bildung, höhere Kultur, ein freiheitlicher Geist — dahin zielen die goldenen Worte des fortschrittlich denkenden Ministers. Um die Einigung mit Deutschland zu erlangen und festzuhalten, muß Österreich trachten, in allem die gleiche Kulturhöhe zu erklimmen. Dringend nötig erscheint die Beseitigung aller Hemmnisse der materiellen und geistigen Güter. Alle einigenden Bemühungen auf anderen Gebieten werden die wachsende Entfremdung der Gemüter nicht aufhalten können, wenn die Überzeugung um sich greift, daß Schule, Erziehung und Literatur in Österreich Gefahr laufen, von dem bisherigen System der Staatspolizei nun in das Schlimmere fallend, der Kirchenpolizei überantwortet zu werden. In erster Linie muß den Protestanten volle Religionsfreiheit und Gleichberechtigung mit den Katholiken gewährt werden. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die der Protestantismus in Deutschland besitzt, müßte eine fortdauernde Zurücksetzung desselben gegenwärtig in der öffentlichen Meinung doppelt schaden. Der Staat darf sich mit der römischen Kirche nicht schlechtweg identifizieren, und dieses Gebot — ein Moment von „größter Wichtigkeit" — gilt auch gegenüber den Balkanländern. „Einseitig römisch-katholisch, tritt Österreich in den schroffsten religiösen Gegensatz zu allen in der ungeheuren Mehrheit der griechischen Kirche zugewandten Volksstämmen jener Länder, verzichtet im vorhinein auf das wirksamste Prinzip der geistigen Affinität auf die wichtigsten zukunftsreichen Gebiete und verleiht Rußland dort freiwillig das unbestrittenste Übergewicht."

Nach diesem leider sehr berechtigten Ausfall gegen die Konkordatherrschaft wendet sich Bruck einem anderen traurigen Kapitel zu: der wirtschaftlichen Arbeit in Österreich. Der Holzhacker Lorenz in Nestroys Schwank „Die verhängnisvolle Faschingsnacht", der sich über den Arbeits-

eifer der Sepherl lustig macht und mitleidig bemerkt: „Die hat's g'nötig! Soll sich ein Beispiel an mir nehmen; i hab' auch alle Händ' voll zu tun und laß mir doch Zeit; d'Arbeit ist kein Has', die lauft nicht davon" — dieser biedere Lebenskünstler war leider in Österreich eine typische Figur, wie sie das System des Kaisers Franz förmlich künstlich großgezogen hatte. Mit diesem Schlendrian, mit der leidigen Gewohnheit, nur einige Stunden Arbeit zu leisten, die übrige Zeit „in träger Dummheit oder im Wirtshaus" zu vergeuden, muß, so meint Bruck, aufgeräumt werden, und nach dieser Richtung hin verspricht er sich von der engeren Verbindung mit Deutschland eine aufrüttelnde, erfrischende, geistig belebende Wirkung. Die Produktivkräfte müssen entfesselt werden, um dadurch die Kräftigung der Mittelstände als der Hauptträger des Gesamtstaatsprinzipes herbeizuführen.

Nicht zuletzt muß in der Frage der Verfassung etwas Entscheidendes geschehen, ein „Neubau" begründet werden, um den Mut und das Vertrauen des Landes zu stärken, die Kräfte zu heben und den Staatshaushalt dauernd ordnen zu können. Schwer wird es von den loyalsten Herzen empfunden, daß das feindliche Ausland höhnisch auf das Schweigen der öffentlichen Meinung in Österreich über die wichtigsten Fragen der Politik hinweist — um so schmerzlicher, als das verfassungsmäßige Leben im übrigen Deutschland ungehindert sich entwickelt. Wenigstens die loyale Erfüllung der in der deutschen Bundesakte gegebenen Verheißung, Aktivierung der landständischen Verfassungen, sollte gewährt werden. Aber die Verfassung darf sich nicht auf die alten Stände; sie muß sich auf den Mittelstand, die Träger der Produktion, stützen. Die Geschichte lehrt nachdrücklich, daß jedes wahre Vertrauen der Regierung in die Völker sich früher oder später lohnt. „Es ist leider wahr: eine so gewaltige Verwaltungsmaschine, wie die des zentralisierten Staates, ohne Läuterung durch volksmäßige Institutionen, ohne die schärfste und freieste Kontrolle der Presse, lauft Gefahr, sich immer mehr zu komplizieren, immer kostspieliger, pretiöser, abstoßender zu werden..." Nicht weniger interessant ist die Denkschrift des anderen,

des Grafen Buol-Schauenstein, des zurückgetretenen Außenministers, die einen scharfen Blick für die inneren Übelstände der Monarchie bekundet. Buol stellt einleitend die Tatsache fest, daß dem jungen Monarchen bei seinem Regierungsantritte alles zujubelte, jeder in ihm das „Prinzip der allgemeinen Versöhnung" begrüßte und seinen Ernst bei der Erfüllung der Regentenpflichten anerkannte, worüber man selbst die „allzu stark" bezeichnete Vorliebe für das Militär nachzusehen bereit war. Woher erklärt sich nun die „so wenig günstige" Stimmung für den Monarchen und die Regierung, die nur mit großer Besorgnis in die Zukunft blicken läßt? „Die dynastischen Gefühle sind in einigen Kronländern nicht zu entdecken, in anderen äußern sich diese nur in dem Tadel, in dem man sich frei über die Regierungsangelegenheiten ausspricht. Die militärische Umgebung des Kaisers wird scharf und lieblos beurteilt und den hohen Zivilbeamten gebricht das nötige Ansehen, weil man wohl weiß, daß keiner das volle Vertrauen seines Herrn besitzt. Niemand vermag sich Rechenschaft abzulegen, wohin eigentlich die Regierung steuert."

Einen der ersten Übelstände findet Buol in der Vorenthaltung „feierlichst gegebener Zusicherungen". Daß die Konstitution, die den Bedürfnissen einer national und kulturell so vielgestaltigen Monarchie nicht entspricht, unausgeführt blieb, darf den damaligen Staatsmännern eher als Verdienst angerechnet werden. Warum aber nach langen zehn Jahren noch immer nicht die Gemeindeordnung funktioniert, warum noch nicht die verschiedenen Landesvertretungen bestehen — darüber weiß niemand Aufschluß zu geben. Aber man darf sich nicht wundern, wenn sich in den Völkern immer mehr die Meinung einwurzelt, daß es mit dem Versprechen nicht ernstlich gemeint war oder daß man doch wenigstens gerne die Schwierigkeiten, die sich bei der Ausarbeitung ergaben, zum Vorwand nahm, um die Verheißung zu umgehen. Eine Landesvertretung aber ist ein Bedürfnis. Eben bei der eigenartigen Gestaltung der österreichischen Monarchie, bei dem Umstande, daß sich in ihr so verschiedene Teile zusammengewürfelt finden, sind solche Organe unerläßlich notwendig, um die Bedürfnisse der ein-

zelnen Teile kennen zu lernen und diesen, soweit es mit der Aufrechterhaltung der Einheit vereinbar ist, gerecht zu werden. Aber je länger man mit der Durchführung wartet, desto schwieriger wird sie sich gestalten, namentlich in Ungarn, wo heute der Geist der Opposition, der früher nur bescheiden auftrat, durch die ungünstigen Kriegsereignisse ermutigt, sich stärker fühlbar macht.

Als zweiten Mißstand bezeichnet Buol die gegenwärtige Organisation des Reichsrates und die Stellung der Minister. Das wichtigste — wir werden damit an die alten Klagen, die schon unter Kaiser Franz immer laut wurden, erinnert — fehlt: der gemeinsame Mittelpunkt, der so notwendige Zusammenhang der Minister untereinander. In den Ministerkonferenzen „wird nicht viel mehr als leeres Stroh gedroschen". Das Kriegsdepartement ist völlig ausgeschieden und untersteht nicht der mindesten Kontrolle — kein Wunder denn, daß die allgemeine Stimme diese Ausnahmsstellung laut tadelt und man Unterschleife wittert, die vielleicht gar nicht stattfanden. Der Wirkungskreis der Minister wird noch durch geheime, unkontrollierbare Einflüsse eingeengt: es sind hohe Militärs, ein „großer Herr, dem es nur um die Rückkehr zur guten alten Zeit zu tun ist" — damit ist wohl Metternich oder Windischgrätz gemeint — dann die religiöse Partei, „die glaubt, daß nur durch die Religion regiert werden kann und die Verdrängung jeder anderen Religion als der katholischen als oberstes Staatsprinzip hinstellt", und nicht zuletzt die kaiserliche Familie.

Es handelt sich also, erklärt Buol zusammenfassend, darum, die gegebenen Verheißungen zu erfüllen und Landesvertretungen ins Leben treten zu lassen. Dann müßte ein Ministerrat unter einem Chef — seit dem Tode Schwarzenbergs bestand kein solcher mehr — organisiert werden und die Verantwortung von der Krone auf die Minister gelenkt werden. Vor allem aber ist nötig, daß der schöne Wahlspruch „Viribus unitis" volle Wahrheit werde. Es genügt nicht, daß alle Volksstämme Österreichs in seinem tapferen Heere geeinigt sind; es sollen alle Stände, alle Konfessionen zusammenwirken, um der Monarchie Kraft und Ansehen zu verleihen.

Die Mahnungen der beiden Minister und die Äußerungen der allgemeinen Unzufriedenheit blieben nicht ohne Wirkung auf den Monarchen. Aus dem Laxenburger Manifest vom 15. Juli klang es wie ein „reuevolles" Bekenntnis, daß der Weg, den man bisher gewandelt, nicht der richtige war. „Leider," so heißt es in dieser merkwürdigen Kundgebung, „ist es unvermeidlich gewesen, den größten Teil der Lombardei von der Gesamtheit des Kaiserstaates auszuscheiden. Dagegen muß es Meinem Herzen wohl tun, Meinen geliebten Völkern die Segnungen des Friedens wieder gesichert zu sehen und sind Mir diese doppelt wertvoll, weil sie Mir die nötige Muße gönnen werden, meine ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt nunmehr ungestört der erfolgreichen Lösung der Mir gestellten Aufgabe zu weihen: Österreichs innere Wohlfahrt und äußere Macht durch zweckmäßige Entwicklung seiner reichen geistigen und materiellen Kraft wie durch zeitgemäße Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung dauernd zu begründen."[255]

Man war, nach einer Kette von Irrungen, glücklich wieder da angelangt, wo man angefangen hatte — beim Thronbesteigungsmanifest vom 2. Dezember 1848. An die Erteilung einer Konstitution aber dachte der Monarch auch jetzt, da er durch die traurigen Ereignisse des Jahres 1859 in seinem Selbstvertrauen tief getroffen war, noch nicht. In dem Ministerrat vom 25. August erklärte er, daß alles sorgfältig zu vermeiden sei, was den „seit einiger Zeit häufiger auftretenden konstitutionellen Gelüsten" Nahrung geben könnte, vielmehr müsse solchen Wünschen entgegengetreten werden.[256] Das sah noch nicht sehr konstitutionell aus! Nur langsam, zögernd, „höchst widerwillig", kam der Monarch den Volkswünschen entgegen. Es mußte ihn noch ein zweiter, noch größerer Schicksalsschlag treffen, bevor er endgültig in die neue Ära einlenkte.

7. ABBAU DES ABSOLUTISMUS. KÖNIGGRÄTZ

Der greise Fürst Metternich war auf die Kunde von der Niederlage bei Magenta zusammengebrochen; wenige Tage

darauf, am 11. Juni 1859, verschied er. Ihm war die Genugtuung beschieden, daß er bis zum letzten Augenblick das vollste Vertrauen der Krone genoß — seine Grundsätze blieben auch nach seinem Tode in Geltung.

Zunächst, nach der Katastrophe von Solferino, sah es freilich danach aus, als wollte man mit dem durch Schwarzenberg, Kübeck und Bach neu aufgelegten System Metternichs brechen. Die alten, bewährten Stützen desselben wurden entlassen, neue Männer zogen ins Kabinett ein. Buol-Schauenstein war, wie wir schon wissen, nach einer dreistündigen Unterredung des Kaisers mit dem Fürsten durch den Grafen Rechberg, den bisherigen Präsidenten am Frankfurter Bundestage, der zu seinem engeren Kreise gehörte, ersetzt worden. Für seine Wahl war, wie Ottokar Lorenz aus „gutbeglaubigter" Quelle hörte, seine einzige Leistung maßgebend, scharfer Widersacher Preußens in Frankfurt gewesen zu sein.[257] Der gefürchtete Chef der kaiserlichen Militärkanzlei, Graf Grünne, wie der berüchtigte Leiter des Polizei- und Gendarmeriewesens, Kempen von Fichtenstamm, erhielten ihren Abschied. Auch Alexander Bach, der langjährige Minister des Innern, wurde fallen gelassen und durch den Grafen Agenor Goluchowski, den Statthalter von Galizien, ersetzt.

Am 22. August trat unter dem Vorsitze des Grafen Rechberg das neue Ministerium ins Amt. „Ernst ist die Lage," erklärte dasselbe offen, „groß sind die Schwierigkeiten, tief die Wunden, welche ererbte Übelstände, ein Zusammentreffen ungünstiger Umstände und ein unglücklicher, wenn auch ruhmvoller Feldzug dem gesamten Vaterlande geschlagen hat." Dieser trübseligen Einleitung folgte das übliche Programm mit einem ganzen Bündel verheißungsvoller Zusagen: es sollte eine Gemeindeordnung geschaffen, ein Teil der jetzt von den landesfürstlichen Behörden besorgten Geschäfte an autonome Organe überwälzt und in den verschiedenen Kronländern ständische Vertretungen ins Leben gerufen werden — lauter Zusagen, die schon zehn Jahre früher gemacht worden waren, aber jetzt nach dem ganzen Charakter des Ministerprogrammes ernst genommen werden mußten. Denn in dieser Kundgebung war, wie Hans

Perthaler treffend bemerkt, „mit deutlichen und trockenen Worten die Erkenntnis ausgedrückt, der Zeitraum von 1851 bis 1859 sei eine Episode des Irrtums gewesen".[258] Es schien also jetzt wirklich so, als ob der Veränderung der Personen auch ein Wechsel des Systems folgen sollte.

In der Tat vollzog sich eine Abkehr vom Bachischen System des deutschen Einheitsstaates, aber nicht im Sinne der freiheitlichen Entwicklung. Es war schon kein gutes Symptom, daß der Kardinal-Erzbischof Othmar Rauscher bei einem Festmahl, das am 18. August zu Ehren des Geburtstages Franz Josephs gegeben wurde, der Hoffnung Ausdruck gab, daß es dem Kaiser gelingen werde, die über die Welt hereingebrochene Revolution erfolgreich zu bekämpfen. Wir wissen noch näheres, was das große Publikum nicht erfahren haben dürfte: einige Tage später gab der Monarch im Ministerrat die von uns schon erwähnte Erklärung ab, daß man den „konstitutionellen Gelüsten" entgegentreten müsse. Auffallend war auch, daß der Kultus- und Unterrichtsminister Graf Thun, einer der Mitschöpfer des Konkordates, im Amte blieb.

Indes das Allerbedenklichste war wohl die Person des neuen Ministers des Innern. Graf Agenor Goluchowski, Aristokrat durch und durch und Vollblutpole, gehörte der ultramontanen Partei an und genoß den Ruf eines ausgesprochenen Föderalisten. Böse Zungen erzählten sich, er habe, als ihm der Monarch den Zweck seiner Berufung nach Wien mitteilte, hocherstaunt ausgerufen: „Aber ich bin ja Slawe!" — worauf ihm Franz Joseph huldvoll erwiderte: „Die Slawen sind meine treuesten Untertanen!"[259] Also slawischer Kurs statt des seit Schwarzenberg festgehaltenen deutschen Charakters der Regierung und — was innig damit im Zusammenhange steht — föderalistische Richtung statt des Stadion-Bachischen Zentralismus; nicht zuletzt statt des bürgerlich-demokratischen Grundzuges, den Schwarzenberg und Bach vertraten, eine unverhüllt feudale Gesinnung, ganz im Stile eines Windischgrätz und Metternich.

Aber es war wieder — „etwas anderes" als das System Bach, das sich verhaßt gemacht hatte, und irgend etwas mußte geschehen. „Nicht drei Minuten," schrieb Perthaler

am 6. Februar 1860, „können ernste Männer beieinander sein, ohne daß ihr Gespräch auf den Zustand des Staates gerät,“[260] und Bauernfeld vertraute um dieselbe Zeit seinem Tagebuch den bemerkenswerten Stoßseufzer an: „Die politische Situation weit schlimmer als vor einem Jahr. Österreich droht zu zerfallen. Das Venezianische ist meiner Meinung nach so gut verloren wie das Mailändische. In Ungarn ist beinahe offene Revolution, die Böhmen lauern und die deutschen Provinzen sind unzufrieden — wo will das hinaus?“ Die Periode der „konstitutionellen Versuche“ begann. „Bis jetzt hat man,“ so äußerte sich boshaft der „Landsknecht“ Fürst Friedrich Schwarzenberg, „Soldaten gespielt, nun kommt das Verfassungsspiel an die Reihe.“[261]

Zunächst wurde das bereits vor Jahren unter dem Namen „Reichsrat“ geschaffene Beamtenkollegium durch einige Vertrauensmänner verstärkt — das war ein Gedanke, den Metternich schon im Jahre 1817 dem Kaiser Franz mundgerecht hatte machen wollen. Zu dieser etwas antiquierten Idee nahm man jetzt Zuflucht, um dem gesunkenen Staatskredit emporzuhelfen; denn das bildete den tieferen Grund der ganzen Aktion. Ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 enthielt die näheren Bestimmungen zur Bildung dieses „Verstärkten Reichsrates“. Er sollte aus den ständigen, vom Kaiser ernannten Reichsräten, ferner aus achtunddreißig Vertretern der Länder, die auf Grund eines Ternavorschlages des Landtages vom Kaiser erwählt wurden, bestehen und die Aufgabe haben, den Staatsvoranschlag herzustellen, Gutachten zu erstatten und anderes mehr. Es war eine Notabelnversammlung, in welcher der Adel und die hohe Beamtenschaft das entschiedene Übergewicht besaßen — eine Volksrepräsentanz war es nicht.

In diesem neuen, vorsichtig ausgesuchten Reichsparlament, das unter dem Vorsitze des Erzherzogs Rainer stand, traten alsbald die zwei großen politischen Gegensätze grell zutage: die eine Partei, die liberal-zentralistische, vom deutschen Großbürgertum vertreten, wollte einen Reichstag mit einer freiheitlichen Verfassung und nur eine beschränkte Autonomie der Länder; die andere, die autonomistisch-föderalistische, unter Führung des böhmischen Feuda-

len Heinrich Clam-Martinitz und des ungarischen Grafen Anton Szécsen, legte das Schwergewicht auf die Landtage. Der Kaiser hatte zwischen den beiden Richtungen zu wählen. Etwas überstürzt hat er sich für die Vorschläge der föderalistisch-autonomistischen Mehrheit ausgesprochen. Daß er sich mit seiner Entscheidung so beeilte, hatte seinen Grund darin, daß er im Oktober nach Warschau zu einer Zusammenkunft mit dem Zaren und dem preußischen Prinzregenten sich zu begeben vorhatte und dort als Beherrscher einer innerlich konsolidierten, vollständig beruhigten und nicht von revolutionärem Fieber geschüttelten Monarchie auftreten wollte.

So kam das „Oktoberdiplom" vom 20. Oktober 1860 zustande. „Nach mühevollen staatsrechtlichen Studien und als Lohn für die überstandenen strengen Prüfungen erhielten die Völker ein — Diplom," so spottete Adolf Fischhof.[262] Dem früher nackt sich präsentierenden Absolutismus wurde ein kleines Feigenblatt umgehängt. Das Oktoberdiplom, das ausdrücklich als „beständiges und unwiderrufliches" Staatsgrundgesetz erlassen wurde, anerkannte das Recht der „historisch-politischen Individualitäten", den Sieg der altkonservativen Adelspolitik, wie sie Metternich und Windischgrätz vertreten hatten. Es bestimmte, daß „nur solche Institutionen und Rechtszustände, welche dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein der bestehenden Verschiedenheit der Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen kräftigen Verbandes gleichmäßig entsprechen, die nötigen Bürgschaften für die Machtstellung des Reiches zu bieten imstande seien."

Die neue „Konstitution" legte ganz im Geiste ihrer Urheber das Schwergewicht in die Landtage der einzelnen Kronländer, für welche eigene Landesstatute ausgearbeitet werden sollten. Gewisse Gegenstände der Gesetzgebung, die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich waren, sollten der verfassungsmäßigen Mitwirkung des „Reichsrates" vorbehalten bleiben — das war der zentralistische Aufputz. Um den Magyaren, deren „Aussöhnung" der eigentliche Zweck des Oktoberdiploms war, entgegenzukommen, wurde angeordnet, daß die Länder der un-

garischen Krone ihre alten Landtage, wie sie vor dem März 1848 bestanden, „im Sinne ihrer früheren Verfassungen", zurückerhielten. Sie bekamen ihre alten Hofkanzleien, die ungarische und die siebenbürgische, wieder eingeräumt und die Kanzler sollten neben dem Vertreter Kroatiens im Ministerium sitzen. Außerdem wurde — ein wichtiges Zugeständnis, vor dem General Benedek gewarnt hatte — die alte Komitatsverwaltung wiederhergestellt. Baron Nikolaus Vay, der seinerzeit vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, zog sozusagen direkt aus dem Gefängnisse als Hofkanzler in das Wiener Kabinett, und der Monarch scheint ganz stolz auf diese Berufung gewesen zu sein. Denn als ihn Bischof Lonovics zur Wahl der neuen Regierungsmänner beglückwünschte, bemerkte Franz Joseph rasch: „Besonders der Vay" — man konnte in dieser Bemerkung eine gründliche Abkehr vom absolutistischen System erblicken. Wenige Jahre vorher noch hatte der Monarch auf seiner Reise nach Ungarn die Petition von 131 Patrioten um Milderung des Absolutismus brüsk zurückgewiesen. Auch die Selbständigkeit der serbischen Woywodschaft, die bei den Magyaren bittere Gefühle ausgelöst hatte, wurde beseitigt.

Wien veranstaltete am Abend des 20. Oktober zum Zeichen der Freude über die Verfassung eine festliche Beleuchtung. „Was sagen Sie zu dem allen?" so fragte spöttisch Baron Hock seinen deutschfreiheitlichen Gesinnungsgenossen Baron Bernhard Mayer, und dieser erwiderte mit der bitteren Gegenfrage: „Was kann man anderes von einem Volke, wie die Wiener sind, erwarten, als daß es zur Feier des Beginnes der Zersplitterung der Monarchie noch eine Illumination veranstaltet."

Zu ihrer Entschuldigung kann wohl gesagt werden, daß sie offenbar schon die Abkehr von dem verhaßten, abgewirtschafteten System des Absolutismus freudig empfanden und außerdem das Diplom in einer etwas unverständlichen Sprache, in einem „Dämmerlichte", wie man klagte, abgefaßt war. Nur ganz besonders einsichtige Köpfe erkannten sofort die wahre Bedeutung der sogenannten Verfassung — den Sieg des Föderalismus oder, wie Dessewffy

sich bezeichnend ausdrückte, einen „Staatsstreich des hohen Adels gegen die regierende Wiener Bureaukratie". Bei den anderen kam die Einsicht etwas später — um so ärger äußerte sich dann bei diesen Enttäuschten die Stimme der Unzufriedenheit.

Noch weniger erfreut war man über das „großmütige" Geschenk in Ungarn, trotzdem hervorragende Mitglieder des ungarischen Hochadels dabei Pate gestanden. Unmittelbar nach der Niederwerfung des Aufstandes hätte man sich dort vielleicht, wie Ernst Plener meint, damit abgefunden, aber nach dem Schicksalsjahre 1859 nicht mehr.[263] Zu sehr erinnerte die neue Verfassung, die an dem Grundsatze der gemeinsamen Vertretung im Reichsrate festhielt, an den im Lande der Stephanskrone allezeit lebhaft verwünschten Einheitsstaat. Sie nahm dem ungarischen Landtag eine der am eifersüchtigsten gewahrten Befugnisse der alten Konstitution: das Recht zur Bewilligung von Rekruten und Steuern, das nun dem Reichsrat übertragen wurde. Die Besorgnis tauchte auf, daß Ungarn, sobald es die ihm aufoktroyierte Verfassung angenommen und ihr zufolge in den nunmehr einzuberufenden „weiteren Reichsrat" Abgeordnete entsandt hätte, wiederum nichts anderes als eine österreichische Provinz sein würde. Die Liberalen vertraten den Standpunkt, daß die Achtundvierziger Verfassung zur Gänze wiederhergestellt werden müsse.

Wirklich befriedigt waren eigentlich nur die Slawen und die Feudalen, die ihr altes föderalistisches Ziel, die Zertrümmerung des Einheitsstaates und die Länderautonomie, erreicht sahen. Die Anerkennung der „historisch-politischen Individualitäten", die eigentlich ungarischen Ursprunges ist,[264] rief in den Hauptnationen die Vorstellung wach, daß sich ihnen als den „Herrenvölkern" die Minderheiten unbedingt unterzuordnen hätten.[265] Namentlich die Tschechen wurden, wie der Rumäne Aurel Popovici sagt, von der „schier unheilbaren Krankheit, dem historisch-staatsrechtlichen Krampf, dem Tschechisierungswahn" erfaßt[266] und glaubten mit der Verwirklichung des böhmischen Staatsrechtes die Stunde gekommen, da sie an das „Aufsaugen" der deutschen Landesbewohner schreiten konnten. Die

neuen Landesstatute sahen in der Tat den alten Ständen „zum Verwechseln ähnlich". Ja sogar die historische Uniform, die roten Fräcke, tauchten wieder aus der Versenkung der Geschichte empor; denn die neuen Landesvertreter durften sich dieses „üblichen" interessanten Kleidungsstückes bedienen.

Allein ebenso plötzlich wie das „unwiderrufliche" Oktoberdiplom in die Welt gesetzt worden war, sollte es auch wieder verschwinden. Die Erwartungen, die Kaiser Franz Joseph an dasselbe geknüpft hatte, erfüllten sich nicht. Die Ungarn waren, wie gesagt, alles eher als versöhnt, und die Wiederherstellung der Komitate schuf für die heftige Opposition gegen das Wiener System den gesetzlichen Boden. Überall wurden die Beamten und Ausschüsse wiedergewählt, die in der Revolutionszeit wirksam waren, in vielen Komitaten wurden die Namen Garibaldi, Napoleon III., Cavour und Mazzini in die Listen der Ausschußmitglieder eingetragen. Die Altkonservativen, auf deren Einfluß der Monarch gebaut, hatten vollständig versagt. In den deutschen Erblanden aber zeigte sich das mangelhafte Vertrauen in die neue Staatsform auf eine nicht weniger bedenkliche Weise: der Kurs der Staatspapiere fiel, das Silberagio dagegen stieg um vierzig Prozent höher, als es selbst während des italienischen Feldzuges gestanden hatte.

Der Monarch erkannte, daß er wieder auf einen Irrweg geraten war, und berief im Dezember 1860 an Stelle des polnischen Grafen Goluchowski — seine Herrlichkeit hatte nur vier Monate gewährt — den großdeutschen Minister außer Dienst Anton Schmerling, den einstigen Präsidenten des Frankfurter Reichsparlamentes, den „Vater des Zentralismus", und zwei Monate später trat das neue Ministerium mit einer neuen Verfassung heraus — es ist das „Februarpatent" vom 26. Februar 1861. Wien beleuchtete wiederum; denn der Kaiserstaat war durch dieses Patent, wie Friedrich Hebbel höhnend bemerkte, „aufs neue in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingetreten". Aber diesmal konnte wirklich von einer Konstitution gesprochen werden, insoferne als der Reichsrat, der aus zwei Kammern, dem

Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus, bestand, gegenüber dem Reichsrat des Oktoberdiploms, das nur ein Kronrat war, auch das Recht der „Zustimmung" erhalten hatte.

Die Februarverfassung war das gerade Gegenteil des vier Monate vorher als „unwiderruflich" in die Welt gesetzten Oktoberdiploms. Streng zentralistisch, legte sie das Hauptgewicht auf das Zentralparlament in Wien und rief auch sofort den erbitterten Widerstand der Föderalisten hervor. Von ihrem Standpunkt aus hatten sie natürlich vollkommen recht. Um den Deutschen, den eigentlichen Trägern des Einheitsgedankens, die Vorherrschaft zu sichern, wurde eine ganz eigenartige Wahlordnung ersonnen. Auf Schmerling und seine Mitarbeiter, Perthaler und Lichtenfels, geht das später so viel verlästerte „Kuriensystem" zurück. Die Landtage, auf denen sich wiederum der Reichsrat aufbaute, bestanden nämlich aus vier Interessengruppen: dem Großgrundbesitz, den Handelskammern, den Städten und Märkten sowie den Landgemeinden. Sehr demokratisch war diese Verteilung der Stimmen gewiß nicht, denn sie trug nicht mechanisch der Kopfzahl, sondern der kulturellen und wirtschaftlichen Überlegenheit der Deutschen, ihrer höheren Steuerleistung und der Intelligenz Rechnung. Etwas von den alten Ständen hatte somit auch diese Volksrepräsentanz, und Ferdinand Kürnberger konnte füglich von „Provinziallandtagen mit ein paar Advokaten und Fabrikanten verstärkt" sprechen.[267]

Die späteren deutschfeindlichen Beurteiler des habsburgischen Donaureiches, wie die beiden Franzosen Eisenmann und Chéradame, haben es sich nicht nehmen lassen, auf das „unglückselige" und „scheinheilige" — Chéradame gebraucht den Ausdruck „hypocrite" — Wahlsystem Schmerlings die Schale ihres Unmutes auszuschütten und ihm zum Vorwurf zu machen, daß es den nationalen Hader in Österreich potenziert und verewigt, das schon in seinem Ursprung gefälschte Parlament zur Ohnmacht verdammt, und das ganze öffentliche Leben zersetzt habe. Das Urteil ist gehässig und einseitig. Richtig ist, daß der deutsche Zentralismus und ein freiheitliches System in dem Völkerstaate Österreich einen schwer zu überwindenden Widerspruch

bedeuteten; er war nach dem Völkerlenz von 1848 nur in der Art, wie ihn Schwarzenberg und Bach durchzuführen suchten, möglich — mit Gewalt. Gewalt und Verfassungsleben, Vorherrschaft der Deutschen und Gleichberechtigung der Nationen sind indes nicht gut zu vereinen. Nach dem Oktoberdiplom, das die Hoffnungen der Föderalisten, der tschechischen Staatsrechtler, mächtig hatte wiederaufleben lassen, mußte die Schmerlingsche Verfassung mit ihrer den Deutschen „künstlich" die Herrschaft sichernden Wahlordnung auf die anderen Nationalitäten doppelt herausfordernd, aufreizend wirken.

Das Verhängnisvolle der ganzen Entwicklung lag eben in der einen schwerwiegenden Tatsache, daß im Österreich des Kaisers Franz Joseph niemals ein System konsequent bis zum Ende geführt wurde. Die Lehre Bismarcks, daß man in der Politik nicht wie im gewöhnlichen Leben plötzlich umkehren dürfe, wenn man des Weges überdrüssig sei — sie erscheint wie auf die Regierung Franz Josephs gemünzt. Der Kremsierer Verfassungsentwurf, der einen schönen Ausgleich von Zentralismus und Föderalismus schuf, wäre der richtige Weg gewesen, die auseinanderstrebenden Völker zu versöhnen, zu gemeinsamer Arbeit zu erziehen. Der Monarch hat es aber vorgezogen, „viribus unitis", mit Hilfe der Bajonette eines Windischgrätz und Jellačić, welch letzterer für seine Person die Deutschen als Nation in ein Narrenhaus verwies, zu germanisieren und den Einheitsstaat in schroffster Form aufzurichten. Nachdem der Absolutismus gründlich abgewirtschaftet hatte und den Deutschen als den unfreiwilligen Trägern des Gewaltsystems allseitiger Haß zuteil geworden war, setzte mit den „historisch-politischen Individualitäten" des Oktoberdiploms ein slawisch-föderalistischer Kurs ein, um nach wenigen Monaten wieder einem deutsch-zentralistischen System Raum zu geben. Diese ungeduldig zwischen den beiden Extremen hin und her pendelnde Politik im Zick-Zack war es, welche die Völker so unversöhnlich feindlich stimmte und in das Innenleben der Monarchie eine derart heillose Verwirrung brachte, die schon erleuchteteren Zeitgenossen als der Anfang vom Ende erschien. Anton Schmerling — um

wieder auf das harte Urteil der beiden Franzosen zurückzukommen — hat mit seinem Zentralismus gewiß nichts zur Versöhnung der schon stark aufgewühlten Parteileidenschaften beigetragen; er war ein starrer Doktrinär wie alle deutsch-liberalen Zentralisten, ohne deshalb im geringsten, wie der arme Graf Stadion, der Schöpfer der Einheitsverfassung von 1849, an Gehirnerweichung zu leiden. Nur darf man eines nicht vergessen: dieser straffe Zentralismus war — französischen Ursprunges.

Was Kaiser Franz Joseph bestimmte, den deutschen Kurs wieder aufzunehmen, war ja ganz klar: der Verlust der italienischen Stellung ließ ihn um so mehr an die Erhaltung der Vorherrschaft in Deutschland sich klammern. Durch den italienischen Krieg von 1859 war auch die deutsche Frage ins Rollen gekommen. Erregt hatte die öffentliche Meinung in Deutschland für und wider Österreich oder Preußen Stellung genommen. Die Einigungsbestrebungen auf der apenninischen Halbinsel, die jetzt eine festere Gestalt gewonnen hatten, verfehlten nicht ihre anspornende Wirkung auf die Deutschen. Auch im Habsburgerreiche nahm nun der großdeutsche Gedanke wieder einen starken Aufschwung. Diese Tatsache zeigte sich bei der großen Schillerfeier, die in Wien am 10. November 1859 zu Ehren seines fünfzigsten Todestages in glänzender Weise begangen wurde. Schmerling hielt dabei eine schwungvolle Rede, die in den Wunsch ausklang: „Der Gedanke eines starken Bundes des herrlichen einigen Deutschland, des alten Reiches, mit dem neuen Österreich verwirkliche sich!“[268] Wäre diese nationale Kundgebung dem Wiener Kabinette unbequem gewesen, so hätte es dieselbe gewiß ebenso verboten, wie es jeden Angriff auf das absolute Regierungssystem sorgfältig zu unterdrücken verstand. Die Regierung hatte vielmehr ein Interesse, das Habsburgerreich als einen deutschen Staat erscheinen zu lassen, und man versteht nur nicht recht, warum der Kaiser an die Stelle Alexander Bachs nicht — gleich Anton Schmerling berief, sondern erst das slawisch-föderalistische Experiment machte, das der Wirksamkeit des deutsch-zentralistischen Februarpatentes einen schweren Block des Widerstandes in den Weg legte.

Kurze Zeit nach dem Erscheinen der neuen Verfassung, am 1. Mai 1861, trat der neue Reichsrat in einer rasch hergerichteten Bretterbude vor dem Schottentore, unter den ungünstigsten Auspizien — es regnete, schneite und hagelte — zusammen. Die Sitzreihen wiesen große Lücken auf, die nicht auf die Wetterunbilden des Eröffnungstages allein zurückzuführen waren. Venetien, die „gefangene Tochter Italiens", war einmal nicht vertreten. Auch aus Ungarn war niemand erschienen. Die Magyaren zürnten, weil durch das Februarpatent, wie sie sagten, die „Integrität der ungarischen Krone" verletzt worden war; denn Kroatien und Siebenbürgen hatten als selbständige Länder Abgeordnete in den neuen Reichsrat zu entsenden gehabt. Außerdem war die Legislative über eine ganze Reihe wichtiger Agenden, wie das Finanz- und Militärwesen, als gemeinsamer Angelegenheiten der Kompetenz des Wiener Reichsrates überwiesen worden, so daß ihrer Meinung nach der Bestand eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums wenig Sinn besaß. Die Serben grollten ob der Wiedervereinigung ihrer Woywodschaft mit Ungarn und die Kroaten waren ebenfalls schwer verstimmt, weil sie trotz der großen Opfer, die sie bei der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes gebracht hatten, ihre illyrischen Träume noch unverwirklicht sahen. Schmerling blieb unter solchen Umständen nichts anderes übrig, als den „weiteren" Reichstag zum „engeren" zu erklären. Hochfahrend sprach der Minister sein berühmtes: „Wir können warten."

Dagegen waren die Tschechen erschienen — aber in welcher Stimmung! Sie hatte sich schon auf dem Landtag, der noch vor dem Zusammentritt des Reichsrates in Prag versammelt war, deutlich und lebhaft ausgesprochen. Einmütig wurde dort von den Feudalen wie von den Demokraten gegen den „verderblichen" Akt des Februarpatentes Sturm gelaufen und ihm gegenüber das „böhmische Staatsrecht" ausgespielt. Dem Kaiser wurde die Bitte, sich zum König von Böhmen krönen zu lassen, unterbreitet; die Krönung wurde auch zugesagt, ohne daß sie dann wirklich erfolgt wäre. Ursprünglich wollten sie, dem Beispiel der Magyaren folgend, überhaupt gar nicht das „Schmerling-

theater", wie diese wenig respektvoll den Reichsrat nannten, besuchen, aber dann erschienen sie doch, von dem festen Vorsatz geleitet, den Kampf in Wien energisch fortzusetzen und Schmerling sein Dasein so sauer als möglich zu machen. Gleich im ersten Monat ihrer reichsrätlichen Tätigkeit kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit den Deutschliberalen; die Reibungen und Konflikte häuften sich, bis sie endlich im Jahre 1863, schwer gereizt, mit den ebenfalls verstimmten Polen das „hohe" Haus verließen. In ihrer Heimat angelangt, entfalteten die Tschechen eine eifrige Propaganda für den nationalen Gedanken, wie denn in diesem Jahre das Turnwesen der Sokolen ins Leben gerufen wurde.

Der Anfang des parlamentarischen Lebens war, wie man sieht, nicht gut. Einer der Hauptzwecke der neuen Verfassung, die Aussöhnung der Magyaren, war nicht erreicht. Im Gegenteil — ihre Mißstimmung gegen Wien verschärfte sich, und der Landtag, der auch hier vor der Eröffnung des Reichsrates nach Pest einberufen worden war, gab ihnen Gelegenheit, ihren staatsrechtlichen Standpunkt offen vor aller Welt darzulegen und die Gärung im Lande zu verstärken. Anton Schmerling trat der magyarischen Auffassung von dem Rechtsbestande der Achtundvierziger Verfassung schroff entgegen und betonte, daß Ungarn sie durch die Revolution verwirkt habe. Durch den Historiker Ottokar Lorenz ließ er ihre Adresse in einer eigenen Broschüre widerlegen. Am 23. August wurde der ungebärdige Landtag aufgelöst, und das unkonstitutionelle Regiment setzte abermals ein. Bald sollte wieder das Kossuthlied und die ins Magyarische übersetzte Marseillaise erklingen. Ludwig Kossuth, wieder der Abgott der Nation, arbeitete Hand in Hand mit der internationalen revolutionären Demokratie, vor allem mit den italienischen Patrioten wie Mazzini, an der Zertrümmerung des Habsburgerreiches als des eigentlichen Hindernisses und Hemmschuhes der Freiheit Ungarns und der Einigung Italiens. In einer 1861 zusammen mit dem Italiener Canini veröffentlichten Denkschrift vertrat er den Gedanken einer Donaukonföderation, welche Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Bosnien, Serbien, Bulgarien und

Rumänien als selbständige Staaten, mit dem Französischen als gemeinsamer Sprache, zu umfassen hatte.[269]

Franz Deák, der „Weise der Nation", und Graf Julius Andrassy, die mit leidenschaftlicher Hingebung für die Idee eines selbständigen nationalen Ungarns eintraten, erlebten damals ihre Glanzzeit. Andrassy sprach seine feste Zuversicht aus, daß das Land der Stephanskrone nicht überwältigt werden könne und es vielmehr Österreichs Lebensinteresse sei, dasselbe zu befriedigen. „Herr von Bach und Schmerling," äußerte er sich, „haben nicht nur einen politischen, sie haben einen arithmetischen Fehler begangen; sie haben die Monarchie auf eine Basis gestellt, für die sechs Millionen gegen dreißig Millionen waren: sie stellten die Pyramide auf den Kopf". Man sieht: den Magyaren erschien die freiheitliche Ära Schmerlings als eine Fortsetzung der absolutistischen Gewaltherrschaft Bachs — nicht ganz mit Unrecht.

Der halsstarrigen und autoritären Natur des Staatsministers Schmerling hätte es vollkommen entsprochen, im Kampfe gegen die Magyaren auszuharren, und der Feldmarschalleutnant Graf Moritz Palffy, den er zum Statthalter von Ungarn ernannte, war getreu seinem Lieblingsspruch: „Man muß dem Terrorismus der Ungarn ein Ende machen," der richtige Mann, um „Ordnung" zu schaffen. Er soll, wie Fürst Chlodwig Hohenlohe erzählt, sogar mit einem neuen Aufstand, den man wieder niederwerfen müsse, gerechnet haben. Aber in Wien selbst, und sogar im Kreise der Freunde und Parteigänger Schmerlings, bereitete sich ein Umschwung vor — man redete einer Politik der Versöhnlichkeit das Wort. In einer Adreßdebatte von 1863 erklärte Johann Nepomuk Berger: Es gibt nur vier Wege, um mit Ungarn zu einem erträglichen Verhältnis zu gelangen: „Exequieren, Kontumazieren, Temporisieren, Transigieren — die einzig verständige Politik ist die Transaktion."

So war also die innere Position des habsburgischen Kaiserstaates alles eher denn geklärt und gefestigt, als eine der schwierigsten Fragen sich wiederum anmeldete und zur Entscheidung drängte — der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland.[270]

Es ist schon erwähnt worden, wie die mit dem Kriegsjahre 1859 in Italien stärker einsetzende Einheitsbewegung auch auf Deutschland zurückwirkte. Schützen- und Sängerfeste standen auf der Tagesordnung und zeigten, daß die deutsche Frage wieder in Schwung gekommen war und eine Lösung erheischte. Das Berliner Kabinett hielt so den Zeitpunkt für gekommen, den alten Unionsgedanken, ein engeres Deutschland unter Preußens Führung, wieder auf die Bahn zu bringen. Der Kaiserstaat wollte nicht zurückstehen und trat in Frankfurt mit einem Vorschlag zur Bundesreform hervor, der vielfach Zustimmung fand. Damit war die Angelegenheit, welche die Kabinette von Wien und Berlin in den letzten Jahren so eifrig beschäftigt hatte, aufs neue ins Rollen gekommen — alles spitzte sich wieder auf eine große Kraftprobe zwischen dem Staate der Hohenzollern und jenem der Habsburger zu. Mit lebhaftestem Interesse nahm die öffentliche Meinung in Deutschland, schon durch den Feldzug Österreichs angeregt, zu der brennend gewordenen Frage Stellung und die Leidenschaften griffen auch auf die wissenschaftliche Geschichtsschreibung über. Heinrich von Sybel scheute sich nicht in einer Erwiderung auf eine 1861 veröffentlichte Arbeit Julius Fickers über das deutsche Kaiserreich mit der Anwendung von „Waffengewalt" zu drohen.[271]

In diesem kritischen Moment, da die deutsche Frage so hohe Wellen warf und einer endlichen Entscheidung zutrieb, trat Otto von Bismarck, am 23. September 1862, als Ministerpräsident ins preußische Kabinett, der „bestgehaßte Mann" in Deutschland, und mit ihm zog der eiserne Wille in die Friedrichstraße ein, das stachelige Problem ein für allemal zugunsten Preußens — und wenn es nicht anders ging — durch Blut und Eisen zu lösen. Und leider ging es nicht anders. Österreich war nicht gewillt, dem Rat, den Bismarck einmal dem österreichischen Gesandten gab, die Donaumonarchie möge ihren Schwerpunkt nach Ofen verlegen, Folge zu geben. Auch für eine „zweiköpfige Spitze" des Siebzigmillionenreiches, eine Teilung der Führung zwischen Österreich und Preußen, woran auch Bismarck ursprünglich gedacht hatte, zeigte man sich in Wien wenig

geneigt. So blieb allerdings nur die gewaltsame Lösung übrig, die Bismarck in seinen Kalkül zog und bei der ihm, wie uns der guteingeweihte Ottokar Lorenz bezeugt, am Wiener Ballplatze nur allzu bereitwillig „in die Hand gespielt" wurde — freilich nur, wie wir hinzufügen wollen, von einem Teile der verantwortungsvollen Lenker des Staates.

Zum Unglück für Österreich stand just damals dem geschlossenen, stahlharten Willen des preußischen Premiers keine feste einheitliche Richtlinie gegenüber — wiederum bekämpften sich in der Umgebung des Monarchen zwei entgegengesetzte Strömungen, so daß die Wiener Politik von allem Anfang an etwas Schwankendes und Schwächliches an sich trug. Während des für den Kaiserstaat so ominösen Krimkrieges hatte der Berliner Gesandte Prokesch-Osten dem Freiherrn von Hübner gegenüber geklagt: „Was man bei uns in Wahrheit will, habe ich noch zu erfahren." Dieses lähmende Gefühl der Unsicherheit beherrschte auch jetzt das gesamte öffentliche Leben. „Wo sind bei uns die Kräfte," so bemerkte Minister Schmerling bitter zu Fröbel, „und wo ist der gute Wille, um etwas Großes auszuführen? Es arbeitet ja in Österreich einer immer gegen den anderen."

An der Spitze des Auswärtigen Amtes stand noch Graf Rechberg, der nach Ausbruch des italienischen Krieges von 1859 den unglückseligen Grafen Buol abgelöst hatte. Aus Bismarcks Lebenserinnerungen ist bekannt, wie scharf und leidenschaftlich ihm in Frankfurt Rechberg als Bundestagsgesandter entgegengetreten war, und doch stand der preußische Staatsmann nicht an, dem ehrenwerten Charakter seines Gegners ein glänzendes Zeugnis auszustellen. Graf Rechberg war in der Tat eine ehrliche, redliche Natur und, seitdem er den Wiener Ballplatz bezogen, alles eher als eine kriegerische Natur. Ganz im Sinne Metternichs arbeitete er auf eine Verständigung mit Preußen hin. Sein Ziel war ein sehr enges, beileibe kein himmelstürmendes: es war die Aufrechterhaltung der alten Verträge von 1815 — also der Standpunkt, auf den Schwarzenberg, nachdem er mit seinem großdeutschen oder besser gesagt großösterreichischen Programm Schiffbruch erlitten, gelandet war.

Rechberg war von diesem konservativen Gesichtspunkt aus auch gegen die Abtretung von Venetien, die damals von mancher Seite, namentlich vom Finanzminister Ignaz Plener dem Monarchen — kein schlechter Rat! — empfohlen wurde.

Demgegenüber wollte der Staatsminister Schmerling wieder Schwarzenbergs ursprüngliches Ideal, den großdeutschen und zugleich großösterreichischen Gedanken, verwirklicht sehen. Wiederum sollte die innere wie die äußere Politik dazu dienen, das deutsche Element zu stärken und damit den Staat selbst auf eine feste Grundlage zu stellen. Ein ausgesprochen deutschnationaler Zug kam in die österreichische Regierung, so daß man sich in die Zeiten Josephs II., in das Kriegsjahr 1809 oder in die Märztage von 1848 versetzt glaubte. Zum Präsidenten des Juristentages, der seine Beratungen in Wien abhielt, bemerkte der Monarch im September 1862: „Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland." Und diese großdeutsche Politik Schmerlings fand auch an dem Referenten für die deutschen Angelegenheiten im Ministerium des Äußern, dem Hofrat Baron Biegeleben, eine kräftige Stütze — kräftig insoferne, als er des Kaisers Ohr besaß. Biegeleben war ein erklärter Ultramontaner — O. Lorenz nennt ihn und Blome „zwei in der Wolle gefärbte Jesuiten im Frack" — und ebenso preußenfeindlich wie franzosenfreundlich gesinnt. Er gehörte also zu der nicht unansehnlichen Partei, die im Bunde mit Frankreich und namentlich auf die Sympathien unter den süddeutschen und rheinländischen Katholiken gestützt, nötigenfalls im Kampfe gegen das protestantische Preußen, den alten Kaisergedanken wieder aufzuleben bemüht war. Ihr gehörte auch — was gewiß nicht ohne Bedeutung war — der ehemalige Lehrer des Kaisers, der Schöpfer des Konkordates Kardinal Rauscher an.

Graf Rechberg hatte so gegen seinen ihm unmittelbar unterstellten Hofrat keinen leichten Stand. Den Ausschlag gaben dann zwei Männer, von denen der eine unser besonderes Interesse verdient — Julius Fröbel. Er war als Abgesandter der Frankfurter Linken im Oktober 1848 neben Hartmann und Robert Blum nach Wien gekommen und nur

durch eine wunderbare Fügung dem Henker entronnen. Der hochbegabte Schriftsteller nahm dann eine Gräfin zur Frau und wandelte sich immer mehr zu einem Mann von sehr gemäßigt liberaler Gesinnung, dessen Wort in Wien gerne gehört wurde. Fröbel war es nun, der in einer Denkschrift dem Monarchen den Gedanken eingab, einen Fürstentag einzuberufen, um dort die Neugestaltung Deutschlands vorzunehmen. Dieser Gedanke war gewiß groß und mag dem Ehrgeize des jungen Herrschers, besonders nach dem traurigen Tag von Villafranca, nicht wenig geschmeichelt haben, aber doch auch gewagt. Da, in diesem Moment griff der zweite Mann schicksalbestimmend ein, indem er Fröbels Plan wärmstens unterstützte und alle Bedenken niederschlug — es war der mit dem Kaiser verschwägerte Erbprinz von Thurn und Taxis, das Haupt der ultramontanen Bewegungspartei. Franz Joseph war bald Feuer und Flamme für das Projekt eines Fürstentages.

Der Augenblick war insoferne nicht ungünstig gewählt, als die preußische Regierung durch Bismarcks schroffes Auftreten gegen die Liberalen im Berliner Landtag, die seine Militärvorlagen bekämpften, bei den Vertretern des freiheitlichen Gedankens in ganz Deutschland höchst unbeliebt sich gemacht hatte. Aber trotzdem trat Graf Rechberg mit aller Entschiedenheit gegen den geplanten Fürstentag auf, weil er sich sagte, daß diese Politik zum Kriege mit Preußen führen mußte. Die Bedenken des Außenministers kamen indes schon zu spät, denn er wurde erst dann in den Plan eingeweiht, als er bereits beschlossene Sache war und es sich nur mehr um die Ausführung handelte. Der charaktervolle Staatsmann reichte darauf um seine Entlassung ein, die aber nicht angenommen wurde — mit einer allerdings merkwürdigen Begründung: „Ich kann es mir nicht gefallen lassen," erklärte Franz Joseph, „daß ein Minister mir sofort den Stuhl vor die Türe setzt, wenn er mit einer Maßregel nicht einverstanden ist." Man ersieht aus dieser Äußerung, wie wenig konstitutionell — trotz der Verfassung — der Monarch im Innersten dachte.

Graf Rechberg blieb also und hatte das Vergnügen, eine Politik mit seinem Namen zu decken, die er aus ganzer Seele

verurteilte. Er wird nicht erstaunt gewesen sein, als die Ankündigung des Fürstentages in Deutschland scharfe Stimmen der Mißbilligung auslöste. „Das ganze Vorgehen," so schrieb in den „Grenzboten" Gustav Freytag, „ist nicht frei von einer kecken Waghalsigkeit, welche die Zukunft auf eine unsichere Karte setzt." Er sprach tadelnd von einer „kecken und übermütigen Eroberungslust" und einem jugendlichen, geräuschvollen Gebaren, wie es in der österreichischen Politik ganz unerhört sei.[272] Ebendies war gewiß auch Rechbergs Meinung.

Am 16. August 1863 wurde die Fürstenversammlung zu Frankfurt mit großem Pomp eröffnet und dem jungen Kaiser ein rauschender Empfang bereitet. Aber in der glänzenden Versammlung von Königen und Fürsten, die in dem altehrwürdigen Römersaal tagte, fehlte gerade jene Persönlichkeit, die durch ihre Anwesenheit und Zustimmung am meisten zum Gelingen des großen Werkes hätte beitragen können — Wilhelm, der frühere Prinzregent und nunmehrige König von Preußen. Persönlich hatte ihn Franz Joseph eingeladen gehabt, und als er dann trotzdem nicht in Frankfurt erschien, übernahm König Johann von Sachsen die Aufgabe, den Hohenzollerfürsten, der in Baden-Baden weilte, zum Erscheinen zu bewegen. Wilhelm schwankte. „Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier" — da war es schwer nein zu sagen; allein Bismarck gelang es, seinen König zum Bleiben zu bewegen. Mit dieser Weigerung war der ganze Fürstentag, den der Kaiser mit großem Geschick leitete, hinfällig geworden. Eine Änderung der deutschen Bundesverfassung erforderte Einmütigkeit, und diese war eben nicht zu haben. Auf einen Kampf mit Preußen es ankommen zu lassen, das wollten die wenigsten, und außerdem war bei näherem Zusehen Österreichs Reformprogramm doch recht dürftig — kurz, der so glanzvoll in Szene gesetzte Frankfurter Tag endete für den Kaiser mit einem großen Fiasko. Diese eine traurige Genugtuung hatte Graf Rechberg.

Der Kaiser erkannte jetzt, daß er auf eine falsche Fährte gelockt worden war, und eine der Folgen dieser Erkenntnis war, daß der Einfluß Rechbergs wieder stieg und jener

Schmerlings entsprechend sank. Der Monarch ließ seinem Außenminister, als nach dem Tode des dänischen Königs Friedrich VII. die schleswig-holsteinische Frage aufgerollt worden war, freie Hand.

Rechberg nahm es auf sich, gemeinsam mit Preußen für die Erhaltung der Selbstverwaltung der beiden Herzogtümer einzutreten, obwohl die öffentliche Meinung in Österreich diesen Schritt scharf verurteilte — leider, wie die späteren Ereignisse zeigen sollten, mit Recht. Aus der gemeinsamen diplomatischen Aktion entsprang im Jahre 1864 der gemeinsame Feldzug gegen Dänemark, der, wie nicht anders zu erwarten stand, mit einem Siege der beiden Verbündeten endete. Der Kaiserstaat an der Donau bedeckte sich unter der tüchtigen Führung des Generals Gablenz ebenso mit Ruhm wie er sich mit neuen Schulden belastete. Aber schwieriger noch als der keineswegs völlig harmlose Krieg gegen die Dänen sollte sich die Teilung der Beute unter die Sieger gestalten. Wohl bestimmte der Gasteiner Vertrag, der am 14. August 1865 unterzeichnet wurde, daß Schleswig von Preußen und Holstein von Österreich verwaltet werden sollte, doch mit dieser Vereinbarung war der Streit nur aufgeschoben, aber keineswegs bereinigt, denn der Hohenzollernstaat wollte — beide Herzogtümer für sich einstecken.

Allein bevor dieses unglückselige Abkommen mit dem preußischen Rivalen geschlossen wurde, hatten sich im Innern der Monarchie und in der Zusammensetzung des Kabinettes wichtige Änderungen und Verschiebungen vollzogen. Unmittelbar nach dem dänischen Feldzuge kam König Wilhelm mit Bismarck nach Wien, um persönlich mit dem Kaiser über das Schicksal der beiden Elbeherzogtümer zu verhandeln. Am 22. August 1864 traten die beiden Herrscher, Bismarck und Rechberg in Schönbrunn zu einer Konferenz zusammen, die sich bis Mitternacht ausdehnte. Es zeugt für den staatsmännischen Blick des Grafen Rechberg, daß er sich bereit fand, Schleswig und Holstein Preußen zu überlassen, dafür aber von ihm Garantien für Österreichs Stellung in Italien verlangte. Es lag nahe, den Fall eines gemeinsamen Krieges gegen Frankreich und

Italien zu besprechen, und Bismarck wäre, wie es heißt, für ein festes Bündnis mit Österreich zu haben gewesen. Rechberg eilte zum Referenten, dem Freiherrn von Biegeleben, um einen Vertragsentwurf zu machen, aber der Hofrat, sein Untergebener, weigerte sich, mit der merkwürdigen Begründung: „Weil wir sonst keine Reibungspunkte mit Preußen haben."

Graf Rechberg erhielt drei Monate darauf, am 27. Oktober, seinen Abschied und an seine Stelle trat der Statthalter von Galizien, der Feldmarschalleutnant Graf Mensdorff-Pouilly, ein ehrenwerter Kavalier, aber eine „politische Null", wie sich Ottokar Lorenz ausdrückt, schwächlich, ohne Selbstvertrauen, kein Wunder also, daß Biegeleben unter ihm noch größeren Einfluß gewann. Unwillkürlich fragt man sich, warum man den Freiherrn nicht gleich zum Außenminister machte und auf Mensdorff verfiel, der förmlich gezwungen werden mußte.

Dem Sturze Rechbergs folgte bald auch der Schmerlings, des Schöpfers der Februarverfassung. Seine Stellung war schon lange schwer erschüttert. Der Kaiser hatte ja, wie wir wissen, zur Verfassung und ihren Tempelhütern, den Deutsch-Liberalen, nie ein inneres Verhältnis gewonnen und die Parteigenossen Schmerlings gaben sich redliche Mühe, alles zu tun, um sich beim Monarchen möglichst unbeliebt und sich als Regierungspartei unmöglich zu machen. Die Tschechen und Feudalen mögen sich herzlich gefreut haben, als die Deutsch-Liberalen im Reichsrat gegen das Konkordat, das für sie das rote Tuch bildete, Sturm liefen und am Kriegsbudget Abstriche machten. Dies war gewiß sehr gesinnungstüchtig, aber sie zeigten damit, daß sie schlechte Politiker waren; sie schaufelten sich damit selbst das Grab. Der eigentliche Anstoß zu ihrem Sturz aber kam von Ungarn her.

Es ist schon erzählt worden, wie schwer die Magyaren über die Februarverfassung Schmerlings und seine „Verwirkungstheorie" erzürnt waren; wie sie sich weigerten, den Wiener Reichsrat zu besuchen und wie Schmerling den Landtag, der eine so scharfe Sprache führte, nach Hause schickte. Selbst die Anhänger der sogenannten „Adreß-

partei" — von den Unversöhnlichen, der „Beschlußpartei", gar nicht zu reden — zeigten bedenkliche Symptome wachsender Entfremdung. Fast schien es, als triebe das Land der heiligen Stephanskrone wieder der Revolution zu. Da kam der berühmte „Osterartikel" des „Pesti Napló" vom 16. April 1865, worin zur allgemeinen Sensation der „Weise der Nation" deutlich die Friedensschalmei blies und beziehungsreich von der Weisheit und Gerechtigkeit des Monarchen sprach, die „es wiederholt schon hintangehalten habe, wenn dessen Minister dazu rieten, Ungarn zu absorbieren." Von der „freudigen Überraschung" des Kaisers über diese „spontane" Friedenskundgebung Franz Deáks, die den unmittelbaren Anstoß zum Ausgleich von 1867 bilden sollte, ist im Laufe der seither verflossenen fünf Jahrzehnte viel geschrieben worden. Heute weiß man, daß Franz Joseph nicht sonderlich überrascht gewesen sein kann; denn dieser angeblich spontane Artikel kam nach langwierigen Verhandlungen mit einem Mittelsmann der Krone, dem Freiherrn von Auguß, zustande.[273]

Dem Monarchen waren also die Bedingungen, unter welchen die Aussöhnung mit Ungarn erfolgen sollte, aus den Berichten seines Vermittlers wohlbekannt und sie waren von ihm gebilligt worden. Nach der Anschauung Deáks bildete die Pragmatische Sanktion von 1723 die Grundlage, die „politische Bibel" des österreichischen Kaiserstaates, und insoferne diese durch die Februarverfassung willkürlich geändert wurde, mußte das Werk Schmerlings einer Revision unterzogen werden. Zu einer solchen wäre der Staatsminister wohl kaum zu haben gewesen. Da der liberale Parteimann auch sonst bei Hofe sich mißliebig gemacht hatte, so entschloß sich Franz Joseph ihn fallen zu lassen. Es kam dem Monarchen zugute, daß sich, wie schon erwähnt, die eigenen Gesinnungsgenossen von Schmerling abgewendet hatten und seine Ungarn gegenüber befolgte Politik nicht billigten. „Sein Selbstvertrauen," so sagte Kaisersfeld, der das böse Wort vom „Marasmus der Nichterfolge" geprägt hatte, „ist Hochmut, seine Zuversicht Leichtsinn, seine Festigkeit Starrsinn." Anton Schmerling hatte mit zäher Leidenschaftlichkeit für die Aufrecht-

erhaltung des theresianisch-josephinischen Staates gekämpft, aber er hatte mit Schwierigkeiten von oben und von unten zu tun. Am 30. Juli 1865 wurden er und sein Kabinett verabschiedet.

Nun trat wieder wie nach dem Sturze Bachs ein gründlicher Systemwechsel ein: dem deutsch-zentralistischen Kurse folgte ein slawisch-föderalistischer. War damals, im Jahre 1859, ein polnischer Feudaler, der Statthalter von Galizien Graf Goluchowski, gekommen, so kam jetzt ein tschechischer Junker, der Statthalter von Böhmen Richard Graf Belcredi, ans Ruder. Die Worte, die ihm in den Mund gelegt wurden: „Hat Schmerling Österreich fünf Jahre ohne die Slawen regiert, so werde ich diesen Deutschen zeigen, daß man es ebenso lange ohne sie regieren kann,"[274] kennzeichnen die Richtung, in welcher das neue Ministerium mit vollen Segeln steuerte. Es wurde, weil im Kabinette neben Belcredi noch zwei Grafen — Graf Mensdorff (Äußeres) und Graf Larisch (Finanzen) — ein Portefeuille inne hatten, das „Drei-Grafen-Ministerium" benannt. Der interessanteste und einflußreichste Graf des neuen Kabinettes war aber entschieden der Minister ohne Portefeuille Graf Moritz Esterhazy, ein ausgesprochener Ultramontaner und Reaktionär, der im Fürsten Metternich seinen Meister verehrte und die Wiederkehr des vormärzlichen Zustandes herbeisehnte. Nach allem, was man über ihn weiß, muß der kleine, von Körper unansehnliche Mann über Gaben des Geistes verfügt haben, die ihn befähigten, seine Umgebung — in erster Linie den Außenminister Grafen Mensdorff — zu fesseln. Man vergaß darüber die Absonderlichkeiten seines Wesens, in denen offenbar schon der Wahnsinn, der später zum Ausbruch kam, vorschattiert war. So war er, als er in Rom Gesandter war, monatelang nicht dazu zu bringen, auch nur eine Zeile an seinen Minister nach Wien zu berichten, und mußte abberufen werden. Wie seinerzeit Kaiser Rudolf II. schloß er sich zu jener Zeit wochenlang in ein dunkles Gemach ein, ohne einen Menschen zu empfangen. Erst als er seine Frau verprügelte und sein Schloß in Brand steckte, kam er ins Irrenhaus. Aber bevor seine Geisteskrankheit offen ausbrach und seine Internierung erfolgte, sollte der

Graf im öffentlichen Leben noch viel Unheil anrichten — auf ihn vor allem fällt die Schuld am Ausbruch des traurigen Krieges von 1866.

Graf Belcredi, eine Kreatur Esterhazys, hat dadurch eine traurige Berühmtheit erlangt, daß er schon im dritten Monat seiner Amtswirksamkeit die als „unverbrüchlich" erklärte Verfassung — sistierte. Da dem Grafen die zweifache Aufgabe oblag, die Magyaren sowohl wie die Slawen der westlichen Hälfte der Monarchie zu versöhnen und beiden Volksstämmen, so verschieden sie sonst dachten, der Reichsrat ein Dorn im Auge war, so ergab sich von selbst der Weg, den er zu gehen hatte: der Reichsrat mußte fort. Schwieriger war die Begründung der an und für sich gehässigen Maßregel — und sie ist merkwürdig genug. Das Manifest vom 20. September 1865 bezog sich auf die beiden Grundgesetze, das Oktoberdiplom von 1860 und das Februarpatent von 1861, um dann zu erklären, daß die Ungarn diesen Verfassungsgesetzen bisher nicht entsprochen hätten. Man habe sich daher entschlossen, ihren Vertretern beide Gesetze zur Annahme vorzulegen. Da es aber rechtlich unmöglich sei, in einem Teile der Monarchie über eine Sache erst zu verhandeln, die in den anderen bereits den Charakter eines bindenden Reichsgesetzes habe, so werde das Februargesetz über die Reichsvertretung außer Kraft gesetzt. Sollte es bei den Verhandlungen mit Ungarn zu einer Abänderung der beiden Grundgesetze kommen, dann würde das Ergebnis den legalen Vertretern der anderen Länder noch vor der kaiserlichen Entschließung vorgelegt werden, um „ihren gleichgewichtigen Ausspruch zu vernehmen und zu würdigen". Mittlerweile sollte die Regierung das Recht haben, die „unaufschiebbaren" Maßregeln zu treffen.

Aus den gewundenen Erklärungen des Septembermanifestes mit dem darin angebrachten Kernworte: „Die Bahn ist frei!" geht eines klar hervor: Graf Belcredi stand mit seinen Sympathien mehr auf der Seite des föderalistischen Oktoberdiploms, dessen Grundgedanke war, „die Einheit des Reiches in der Mannigfaltigkeit seiner Bestandteile und ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung gesichert zu

wissen"; weniger zog ihn dagegen das deutsch-zentralistische Februarpatent an, das jenes zur Seite geschoben hatte. Zwei Tage vorher waren die siebzehn Landtage für den November einberufen worden.

Schön sah die Sache gewiß nicht aus. Die Verfassung war wohl nicht, wie das im Jahre 1851 geschehen, aufgehoben worden, sondern nur sistiert; aber ziemlich allgemein fühlte man, daß damit nur dem Kinde ein anderer Name gegeben war, im Wesen aber sich nichts geändert habe. Allein gerade diesen Vorwurf des Staatsstreiches hat der „Sistierungsminister" später mit Entschiedenheit abgelehnt und auch der Monarch hat, als das Septembermanifest mit den berüchtigten Ordonnanzen Karls X. von Frankreich verglichen wurde, ganz entrüstet ausgerufen: „Ich bin kein Charles dix!" Zugegeben, daß der gesamtstaatliche Reichsrat, der „weitere", infolge des Ausbleibens der Ungarn, eine „Fiktion" war — warum hat man dann nicht wenigstens den „engeren" Reichsrat bestehen lassen? Trotz aller Schönfärberei kommt man nicht darüber hinweg, daß Belcredi, wie er selbst sagte, die Notwendigkeit erkannte, „auf jede Weise" ein Verfassungsgesetz zu beseitigen, das angeblich die Entzweiung der Völker hervorgerufen hatte, wozu nur noch zu bemerken ist, daß das Oktoberdiplom, das er gelten ließ — mit Ausnahme der Slawen — ebensowenig befriedigte.

Alles kam nun auf die Haltung des ungarischen Landtages an, der im Dezember 1865 von dem noch ungekrönten Herrscher eröffnet wurde.

Um die Magyaren günstig zu stimmen, war schon vorher die Vereinigung mit Siebenbürgen vollzogen worden. Die Thronrede sprach nicht mehr von der „Verwirkung" der Achtundvierziger Verfassung, sondern nur von ihrer „Revision", da sie, so wie sie sei, mit der Erhaltung der Monarchie unvereinbar wäre, deren Einheit und Großmachtstellung kraft der Pragmatischen Sanktion gewahrt bleiben müsse. Mit der Anerkennung der Pragmatischen Sanktion als Grundlage des Kaiserstaates, die Franz Deák in seinem Osterartikel als die „politische Bibel" bezeichnet hatte, war der Boden zur Verständigung gegeben. Daß der Union

Siebenbürgens auch die Kroatiens folgte, machte einen guten Eindruck.

Wohl war das alte Mißtrauen nicht verflogen, und die übermäßige Betonung der Einheit und der Großmachtstellung wie das Schweigen über das Inslebentreten eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums mag es genährt haben — die Hauptsache aber war: die Verhandlungen wurden in versöhnlichem Geiste geführt und nicht abgebrochen. Der Landtag wählte eine große, aus 67 Mitgliedern bestehende Kommission, die gewisse „Hauptprinzipien" für die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten festzulegen hatte, und einen engeren Ausschuß zur Ausarbeitung des Operates. Kaiser Franz Joseph hatte alle Ursache, nicht zu scharf zu machen, denn die Monarchie stand am Vorabend eines großen Krieges, der Abrechnung mit — Preußen.

Seit dem Ausscheiden Rechbergs im Oktober 1864 trieb die deutsche Frage rasch dem unseligen „Bruderkriege" zu, den Andrian und andere schon vor einem halben Menschenalter, aus der ganzen Politik des Wiener Kabinettes, hatten kommen gesehen. Sie hatte sich leider nicht geändert: Fürst Schwarzenberg hieß jetzt Baron Biegeleben und Graf Moritz Esterhazy, aber der Gedanke, Preußen um jeden Preis zu demütigen und niederzuringen, war am Ballplatze herrschend geblieben — es war der heillose Standpunkt Kaiser Franzens: „Den Einfluß in Deutschland sichern mir meine Bajonette." Nicht daß der neue verantwortungsvolle Leiter des Auswärtigen, Graf Mensdorff, obwohl General, zum Kriege gedrängt hätte — im Gegenteil, er war von dem lebhaften Bewußtsein der „Ungeheuerlichkeit" des Bruderkampfes durchdrungen, aber er war eben eine „politische Null" und ließ sich von der Kriegspartei am Wiener Hofe schieben. Eine solche bestand, und man hat das bittere Gefühl, daß ohne die aufreizende Wühlarbeit dieser „seltsamen Gesellschaft", wie sie Ottokar Lorenz nennt, Bismarck es vielleicht nicht gelungen wäre, den König, der sich heftig gegen die kriegerische Auseinandersetzung sträubte, herumzukriegen. Nur „mit blutendem Herzen", so berichtete später Beust auf Grund einer persönlichen Äußerung Wilhelms, nach langem Kampfe mit dem Minister-

präsidenten, nach acht schlaflosen Nächten, „weil die Rüstungen Österreichs dazu zwangen", griff er zum Schwerte. Der Hohenzoller mußte schließlich einsehen, daß Bismarck recht hatte, wenn er ihm schrieb: „Wer wie Eurer Majestät alleruntertänigster Diener seit sechzehn Jahren mit der österreichischen Politik zu tun gehabt hat, kann nicht zweifeln, daß in Wien die Feindschaft gegen Preußen zum obersten, man möchte sagen, alleinigen Staatszwecke geworden ist."

Graf Belcredi hat nach dem Kriege Esterhazy und Biegeleben ausdrücklich als die Urheber des Krieges bezeichnet. Er selbst aber dürfte dabei redlich mitgewirkt haben. Die wachsenden Schwierigkeiten im Innern der Monarchie waren, wie Heinrich Friedjung sich fein ausdrückte, „nicht etwa ein Grund mehr, um vor dem Kriege zurückzuschrecken; leichtsinnigerweise erblickte man darin den einzigen Ausweg". Der schwere Vorwurf des Leichtsinnes wird auch vom Grafen Mensdorff in einer erst kürzlich veröffentlichten Denkschrift, die Heinrich Friedjung noch nicht kannte, erhoben.[275] „Nie wurde," so erklärte der Minister des Äußern, „von ernsten Männern eine Frage von so großer Tragweite mit mehr Leichtfertigkeit behandelt..." Mensdorff setzte, wie er sagt, die Überlegenheit der Gegner, gestützt auf die Ausweise des Evidenzbureaus des k. k. Generalstabes auseinander und sagte noch wörtlich: „Mit fünf Bataillons Reserve fängt man keinen Krieg an." Zu denken gab auch die Rückständigkeit der österreichischen Armee in bezug auf Ausrüstung und Organisation. Das preußische Heer war mit Zündnadelgewehren versehen, während die Österreicher noch Vorderlader hatten. Es waren dies Mängel und Schwächen, die niemand besser kannte als die einsichtigeren Militärs an verantwortungsvoller Stelle, und deshalb waren gerade sie nicht für den Krieg. Aber trotzdem gab es eine „Militärkamarilla", als deren Haupt der erste Generaladjutant des Kaisers, Graf Crenneville, bezeichnet wurde, die der ultramontanen Kriegspartei eifrig in die Hand arbeitete. In diesen Kreisen lebte ein fanatischer Haß gegen Preußen, da war, wie uns Ottokar Lorenz bezeugt, „der Marsch nach Berlin und die

notwendigen Prügel der aufgeblasenen Berliner ein Dogma von Jahrzehnten her". Dieser Haß, der übrigens, wie es scheint, auch im Volke gut verankert war, ließ die bedenkliche Lage im Innern der Monarchie, namentlich in dem von revolutionären Leidenschaften aufgewühlten Ungarn, übersehen — eine ruhigere Betrachtung hätte diesen „grundschlechten Ratgebern", wie Lorenz sich ausdrückt, sagen müssen, daß unter solchen Verhältnissen auf eine volle Entfaltung der Streitkräfte nicht zu rechnen war.

Nicht weniger schlimm sah es mit der diplomatischen Vorbereitung des Waffenganges aus. Wir erinnern uns daran, wie im Jahre 1850, als Schwarzenberg die deutsche Frage mit dem Schwerte zu lösen bereit stand, hervorragende Generale wie Radetzky deutlich abwinkten, weil sie eine Erhebung Italiens besorgten und einen Kampf auf zwei Fronten vermieden sehen wollten. Genau dasselbe stand auch jetzt zu befürchten. Italien wollte das ihm noch fehlende Venetien haben und bot dem Wiener Kabinette vier Millionen als Kaufsumme an. Es verlangte dann noch Welschtirol, aber dafür hätte sich Österreich in Rumänien schadlos halten können. Das Angebot wurde ebenso glatt abgewiesen wie das gleichzeitige Offert Preußens, ihm die Ansprüche auf die Elbeherzogtümer zu verkaufen — das war gewiß sehr stolz, vornehm, aber nicht klug. Der frühere Finanzminister Plener wußte sicherlich sehr genau, warum er seinerzeit dem Kaiser den Verkauf Venetiens angeraten hatte.

Mit Österreichs Weigerung, Venetien abzutreten, war das Bündnis zwischen Preußen und Italien sozusagen eine Naturnotwendigkeit geworden und es kam auch unter der wohlwollenden Patronanz des Franzosenkaisers Napoleon zustande. Die österreichischen Minister, in erster Linie Graf Esterhazy, der führende Mann, rechneten aber darauf, daß Napoleon Italien zur Neutralität bestimmen werde. Das fiel indes dem Franzosenkaiser gar nicht ein, weil im Falle des Ausspringens Italiens möglicherweise der ganze Krieg zwischen Preußen und Österreich ins Wasser fiel und damit auch — die Rheinlande, die er als Preis für seine Mühleistungen ins Auge gefaßt hatte. Als dann das Wiener Kabinett merkte, daß es einem schweren Irrtum verfallen

war, dann entschloß es sich, Venetien preiszugeben, dem Franzosenkaiser es zu überlassen, um dafür Schlesien wieder zurückzuerlangen. Allein Italien wollte das Land nicht als Geschenk aus der Hand Frankreichs erhalten — es war zu spät. Zuletzt, als diplomatisch schon das Spiel für den Kaiserstaat verloren war, beging das Wiener Kabinett noch das Ungeschick, vor der Welt sich als den angreifenden Teil hinzustellen. Es hatte sich durch die Einberufung der Stände Holsteins, die über das Schicksal ihres Landes entscheiden sollten, eines Bruches des mit Preußen abgeschlossenen Gasteiner Vertrages schuldig gemacht, und es hatte zuerst die Mobilisierung angeordnet.

Noch einmal, knapp vor dem Losbruch des Bruderkrieges, bot sich dem Kaiserstaate eine Gelegenheit, den Frieden zu retten und die deutsche Frage auf gütlichem Wege zu ordnen. Am 22. Mai 1866 traf Anton Freiherr von Gablenz in geheimer Sendung in Wien ein, um dem Kaiser im Auftrag der preußischen Regierung Vorschläge zu erstatten. Preußen und Österreich sollten sich darnach in die Herrschaft über Deutschland teilen; Preußen den Oberbefehl über die Streitkräfte im Norden übernehmen, Österreich über die im Süden. Gablenz regte auch einen gemeinsamen Waffengang gegen das durch das mexikanische Unternehmen geschwächte Frankreich an. Österreich konnte sich dann Straßburg nehmen.

Die Audienz beim Kaiser fand am 25. Mai statt. Franz Joseph muß doch die Vorschläge, die in letzter Stunde eine ehrenvolle Lösung des Streites gewährten, ernst genommen haben, denn er übergab sie dem Ministerrat zur Prüfung. Aber hier fanden sie keine gute Aufnahme. Der Kriegsminister Franck erklärte, daß Österreich nach den großen Rüstungen der letzten Monate unmöglich einlenken könne, weil es sonst in den Ruf käme, pulverscheu — diesen Verdacht hatte es allerdings nicht zu fürchten — zu sein; vielleicht lasse sich darüber nach der ersten Schlacht sprechen. Noch entschiedener aber sprach sich — merkwürdigerweise — der Finanzminister Graf Larisch aus. Die Finanzen Österreichs, meinte er, gebieten geradezu den Krieg: gehe derselbe gut aus, dann bekomme der Staat von Preußen eine

große Kriegsentschädigung; schließe er mit einer Niederlage, dann könne man seine Schulden mit Anstand liquidieren. Dies war allerdings schon mehr als „Leichtsinn"!

Gablenz reiste unverrichteter Dinge von Wien ab. Preußen konnte jetzt beim besten Willen nicht weiter verhandeln. Aber im letzten Moment legten sich die Großmächte ins Mittel. Napoleon im Verein mit England und Rußland schlug eine Konferenz vor. Preußen und Italien nahmen den Vorschlag an, aber Österreich brachte ihn dadurch zum Scheitern, daß es verlangte, es dürfte dabei von keinem Gebietszuwachs die Rede sein. Das Wiener Kabinett hätte schon deshalb alle Ursache gehabt, auf den Gedanken einer Konferenz einzugehen, um Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen; denn da gab es viel zu vervollkommnen. Aber nun geschah das, was der spätere Minister Beust nicht mit Unrecht als das „Unglaublichste" bezeichnet hatte. Nachdem die Konferenzidee in den Brunnen gefallen war, schloß das Wiener Kabinett mit Napoleon die „Geheime Konvention" vom 12. Juni ab, worin es sich verpflichtete, Venetien an Frankreich auch dann abzutreten, wenn Österreich in Deutschland siegte! Dafür erhielt das Wiener Kabinett von Frankreich die Zusicherung, daß — dem Papst sein weltlicher Besitz nicht nur erhalten bleiben, sondern unter Umständen auch seine ihm entrissenen Gebiete wieder zurückerstattet werden sollten. Der Staatsvorteil wurde, wie Heinrich Friedjung dazu bemerkt, „geringer angeschlagen als die Interessen der Kirche". Siegte der Kaiserstaat aber in Deutschland, dann sollte Napoleon für einen etwaigen Gebietszuwachs in Schlesien auch einen solchen erhalten — natürlich die Rheinlande.

Einen Tag vor dieser merkwürdigen Konvention, am 11. Juni, hatte Österreich in Frankfurt den Antrag auf Mobilisierung des Bundesheeres gestellt, der bei der drei Tage später erfolgten Abstimmung angenommen wurde, was Preußen als Kriegserklärung auffaßte — die Waffen hatten nun zu sprechen. Der Kampf war, solange seine Vorbereitung gedauert hatte, ebenso rasch zu Ende und noch rascher wollen wir über dieses traurige Kapitel hinweggleiten. Alles gestaltete sich von allem Anfang an

für Österreich katastrophal. Es war ein Verhängnis, daß der Kaiserstaat, obwohl er in Deutschland einen starken Anhang fand, auch gegen Italien das Schwert ziehen mußte, für Venetien, das es bereits — abgetreten hatte. Es war weiter ein Verhängnis, daß der Onkel des Kaisers, Erzherzog Albrecht, den Ehrgeiz hatte, den Schlachtenlorbeer seines Vaters, des Siegers von Aspern, den sich dieser gerade in Deutschland errungen, im Süden gegen die Italiener zu erwerben. Die Folge davon war, daß der tüchtigste Offizier, Franz Freiherr von John, ihm als Generalstabschef beigegeben wurde.

Auf dem südlichen Kriegsschauplatz ging auch alles vortrefflich vonstatten. Erzherzog Albrecht erfocht am 24. Juni über die Italiener, obwohl sie fast dreimal so stark waren, den glänzenden Sieg bei Custoza. Aber auf dem eigentlichen Hauptkriegsschauplatze im Norden versagten die Österreicher vollständig. Den Oberbefehl führte hier Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, der in Italien, wo er bis zum Ausbruch des Feldzuges kommandierte, jeden Baum kannte, oben aber, seinen eigenen Worten gemäß, ein „Esel" war, wie er denn tatsächlich nicht einmal gewußt haben soll, wo die Elbe liege. Benedek, der Held von Solferino, war ein tapferer Haudegen, aber von den höheren Aufgaben der Kriegskunst verstand er nichts, und weil er dies selbst am besten wußte, so befiel ihn von dem ersten Tage des Oberkommandos über die Nordarmee, das er nur widerwillig, von düsteren Ahnungen erfüllt, auf sich nahm, ein alle Operationen lähmendes Gefühl der Unsicherheit und Unschlüssigkeit. Die ihm beigegebenen Generalstäbler Krismanič und Henikstein aber scheinen auch nicht das, was dem Oberfeldherrn fehlte, in genügendem Maße besessen zu haben. Der Vorteil der inneren Linie wurde nicht ausgenützt und die drei zum Einmarsch nach Böhmen bestimmten Armeen des Gegners konnten das gefährliche Hindernis der aus Schlesien führenden langen Engpässe glücklich überwinden und in Böhmen sich vereinigen.

Die Österreicher hatten bei diesen unglücklichen Operationen riesige Verluste erlitten und zogen sich, namentlich durch die Wirkung des Zündnadelgewehres entmutigt,

auf die Hauptstellung bei Königgrätz zurück, wo am 3. Juli die Entscheidungsschlacht geschlagen werden sollte. Zwei Tage vorher telegraphierte Benedek, seelisch vollkommen niedergebrochen, dem Kaiser: „Bitte Eure Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schließen; Katastrophe für Armee unvermeidlich." Der Monarch stellte wieder den Standpunkt der militärischen Ehre voran — auch er aber scheint an einen glücklichen Ausgang nicht mehr gedacht zu haben. Am Tage, an dem das Schicksal der deutschen Frage entschieden wurde, mußte er seinen Bundesgenossen, den König von Sachsen, auf dem mit Blumen geschmückten Nordbahnhof erwarten, und des Herrschers Antlitz soll dabei „weißer wie sein Waffenrock" gewesen sein. Die große Schlacht endete, nachdem die Armee des preußischen Kronprinzen Chlum genommen und, die längste Zeit unbemerkt, dem Gegner in Flanke und Rücken gekommen war, mit einer vollständigen Niederlage der Österreicher und ihrer Verbündeten. Auch an diesem Unglückstage bewährte sich die Tapferkeit der kaiserlichen Armee; namentlich die Artillerie, die bis zum letzten Augenblicke standhielt, um den Rückzug zu decken, hatte ihren Ehrentag. Aber an dem Ausgang des mörderischen Ringens konnten alle Heldentaten, die einzelne und ganze Truppenkörper verrichteten, nichts ändern — sie scheiterten alle an der besseren Führung und der größeren Schlagkraft des preußischen Heeres.

Rasch nahte nun das Ende des Feldzuges. Wohl sah es eine Weile so aus, als wollte der Kaiserstaat den auf Wien losrückenden Preußen an der Donau noch einmal die Spitze bieten. Franz Joseph trat Venetien an Napoleon ab und die siegreiche Armee des Erzherzogs Albrecht eilte aus dem Süden herbei, aber auf ein aktives Eingreifen Napoleons, der selbst durch den von ihm nicht erwarteten Ausgang ganz die Fassung verloren hatte, war nicht mit Sicherheit zu rechnen. In der nächsten Umgebung des Kaisers waren die Meinungen geteilt — Erzherzog Albrecht war für die Fortsetzung des Krieges, John für den Frieden. Der Monarch, tief erschüttert, stimmte dem Generalstabschef bei und entschloß sich denn, den bitteren Weg nach Nikolsburg zu

gehen, wo über die Friedenspräliminarien verhandelt wurde. Dank dem entschiedenen Auftreten Bismarcks gegen die preußische Militärpartei, die auch Gebietsabtretungen in Böhmen forderte, fielen die Bedingungen glimpflicher aus, so daß eine wirkliche Aussöhnung möglich erschien — doch waren sie hart genug.

Der habsburgische Kaiserstaat schied von Deutschland aus, er hatte nun auch die Vorherrschaft in Deutschland verloren — das war das welthistorisch bedeutungsvolle Ergebnis des kurzen, erbitterten Feldzuges von 1866. Gegenüber diesem Verlust wog die Einbuße von Venetien nicht viel, obwohl auch sie schmerzlich empfunden wurde. Vor allem fand man es „unerhört in der Geschichte", daß man nach so vielen Opfern an Gut und Blut und nach einem vollständigen Siege eine große Provinz „ohne Bedingung" wegschenkte.[276] Im Norden wie im Süden hatte es seine mächtigen Vorwerke eingebüßt. Nur die Brücke nach Italien, Welschtirol, blieb erhalten. Die Italiener waren dort, als die Südarmee an die Donau abzog, eingebrochen, vermochten es aber trotz dreifacher Übermacht nicht zu „erlösen".

Der großdeutsche Traum war ausgeträumt. Das engere Deutschland, das sich nun bildete, wie der Kaiserstaat an der Donau gingen fortab ihre eigenen, getrennten Wege — zum Schaden beider.

Die Deutschen Österreichs freilich waren die unmittelbaren Leidtragenden. Ohne den starken Rückhalt am deutschen Mutterlande sahen sie sich dem Untergange geweiht. Franz Grillparzer, stets ein guter Österreicher, aber auch ein guter Deutscher, fragte schmerzlich: „Als Deutscher bin ich geboren, bin ich noch einer?" Den „Siegern von 1866" aber ruft er anklagend zu: „Ihr glaubt, ihr habt ein Reich geboren, und habt doch nur ein Volk zerstört!"

Wiederum, drohender denn je, ging das Gespenst des Zerfalles der Donaumonarchie am hellichten Tage umher. „Finis Austriae!" klagte Anastasius Grün am 26. Juli, „Wer wie ich, seit er patriotisch zu fühlen und zu denken begann, ein großes, durch Freiheit geeinigtes, durch Kultur mächtiges, durch Wohlstand glückliches, durch Arbeit blühendes

Österreich im Sinne und Herzen trug und dazu noch die Überzeugung, daß dieses hohe Ziel mit sehr einfachen, aber ehrlich angewandten Mitteln zu erreichen sei, der wird mit mir die ganze Bitterkeit und Trostlosigkeit des obigen Ausspruches fühlen. Und doch kann ich zu keiner anderen Anschauung gelangen. Nicht die Größe des Unglücks und der Schmach, die uns betroffen, sondern die tiefe Überzeugung von der Unverbesserlichkeit der Lenker unserer Staatsgeschicke ist es, die mir jene trostlose Überzeugung aufnötigt."

Wie nach der Katastrophe von Solferino sah man auch jetzt in der Niederlage der österreichischen Nordarmee auf dem Schlachtfelde von Sadowa nicht etwa das blinde Spiel des Zufalles, eine bloße Laune des Kriegsglückes, sondern das unerbittliche Walten einer höheren Gerechtigkeit, einer Art „Gottesgerichtes". Was Heinrich Friedjung, der meisterhafte Darsteller des Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland, in seinem Rückblick auf die traurigen Ereignisse des Jahres 1866 sagt: „In der Flucht zur Elbe kam das System der Bevormundung zu Fall, das in Österreich freie Geistesarbeit und auf sich gestellte Tatkraft gelähmt hatte", diese Überzeugung lebte in den Herzen der besten Patrioten von damals. Als der Erzbischof von Wien öffentliche Gebete zur Abwendung der Feindesgefahr anordnete, bemerkte Franz Grillparzer bitter:

> Die Hilfe Gottes, muß ich vermuten,
> Liegt für uns heut ein wenig im weiten;
> Denn nach diesem Leben hilft er den Guten,
> In diesem Leben aber — den Gescheiten.

Mit Wehmut mag der Dichter an seine Worte gedacht haben, die er fünfundzwanzig Jahre früher nach dem Erscheinen des berühmten Buches Andrians „Österreich und dessen Zukunft" als Lesefrucht verzeichnet hatte. Er stimmte dem Verfasser vollkommen bei, daß die österreichische Regierung die Geistesfesseln lösen solle; dann würden die deutschen Staaten, die Preußen an sich gezogen, wieder zur alten Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches sich zurückwenden. Mit dieser friedlichen Lösung der

deutschen Frage war seiner Überzeugung nach auch das schwierige österreichische Problem aus der Welt geschafft. „Die deutschen Provinzen," sagte er damals, im Jahre 1841, „werden durch ihren Zusammenhang mit dem gebildeten Deutschland eine solche Oberhand erhalten, daß alle diese slawischen und magyarischen Bestrebungen dagegen wie Seifenblasen zerplatzen werden. Ist Wien einmal der geistige Mittelpunkt der Monarchie, so wird es der politische sein und bleiben." Ein weiteres Mittel gegen diese Sonderbestrebungen, so fügte er hinzu, sei eine „weise" Verfassung, welche die Regierung den deutschen Erbländern gibt — dann, und nur dann würde sich Ungarn enger anschließen, aus seinem gegenwärtigen „absurden" Zustand sich herausreißen lassen.

Der Rat, den österreichischen Einheitsstaat dadurch zu schaffen, daß die ständischen Verfassungen der deutschen Erbländer auch eine der ungarischen Konstitution entsprechende freiheitliche Ausgestaltung erhielten, war, wie wir uns zu erinnern wissen, schon zu Beginn des Jahrhunderts wiederholt dem Kaiser Franz unterbreitet worden — freilich umsonst. Der autokratische Monarch war wohl auch sehr für eine Angleichung der zwei grundverschiedenen Ländergruppen, aber er dachte sich die Lösung der Frage gerade umgekehrt: Ungarn sollte, um mit den deutschen Erblanden auf gleichen Fuß gestellt zu sein, seine Konstitution verlieren. Gewiß auch eine sehr einfache Regelung des Verhältnisses zu Ungarn, das immer mehr der Kernpunkt des österreichischen Problems werden sollte; aber sie war nur durch Kampf, mit Gewalt herbeizuführen, und in diesem Kampfe erlag er. Sein Neffe Franz Joseph stand vor der gleichen Aufgabe und, anstatt durch die Mißerfolge seiner beiden Namensvetter, des Kaisers Joseph II. und des Kaisers Franz, gewitzigt zu sein, machte er es gerade so und — unterlag ebenfalls.

Der österreichische Staatskarren war im Jahre 1866 schon gründlich verfahren, die Stimmung im Inneren nichts weniger als gut und der böhmische Feldzug hatte die Wunden, die hier klafften, unbarmherzig aufgedeckt. Die ungarischen Truppen, wenigstens die Infanterie, hatten wie im Jahre

1859 matt gekämpft; von dem ungarischen Landtag waren keine größeren Kraftanstrengungen zu erwarten. Die „Legion Klapka", die Otto Bismarck aus kriegsgefangenen Ungarn bilden ließ, war ein eindrucksvolles Zeichen dafür, daß er die innere Schwäche des habsburgischen Völkerstaates wohl erkannt hatte und sie auszunützen entschlossen war. Er hat auch, wie man weiß, in einer Proklamation an die Bewohner des „glorreichen" Königreiches Böhmen die tschechischen Leidenschaften aufgerufen und obendrein eine großrumänische Agitation eingeleitet.

Alles das waren bedenkliche Symptome, die nicht nach „Versöhnung" aussahen, wie sie das Sistierungsmanifest des Grafen Belcredi mit den Worten „die Bahn ist frei" angekündigt hatte. Aber die schweren Schäden, die der unglückliche Krieg enthüllte, regten unwillkürlich zu Betrachtungen über ihre Ursachen an — Betrachtungen, die für uns unendlich lehrreich sind. Wir führen hier eine solche aus der Feder Ferdinand Kürnbergers an, die unmittelbar unter dem Eindruck der Königgrätzer Katastrophe, am 11. Juli, geschrieben wurde und zunächst ungedruckt blieb. Sie stellt eine scharfe, aber leider verdiente Kritik der Regierungspolitik dar, die Kaiser Franz Joseph in den seit seiner Thronbesteigung verflossenen achtzehn Jahren befolgt hatte. Der geistvolle Schriftsteller leitet sein Sündenregister, „Historische Poststationen" überschrieben, mit einer Gegenüberstellung der „unvergeßlichen", hoffnungsreichen Märzwoche des Sturmjahres und der eben schaudernd miterlebten Juliwoche des Jahres 1866 ein.

Hätte die österreichische Regierung, so führt nun Kürnberger aus, nach den Bombardements von Prag und Wien, nach den Tagen von Villágos und Arad für den aufgelösten konstituierenden Reichstag von Kremsier eine zweite Konstituante berufen, so wären in diese ohne alle Frage endlich auch die Ungarn gekommen, die besiegten, zertretenen, verbluteten Ungarn; denn wer möchte sich nicht auf die Bänke von Gesetzgebern niederlassen, der soeben noch hoffnungslos auf der Galgenleiter gestanden? Unter den Kanonen der Sieger wäre dieses Zentralparlament bescheiden gewesen und hätte sich an Bescheidenheit gewöhnt. „Die Regierung

konnte in diesem Parlament die Freiheitsentwicklung mit ihren eigenen Anträgen auf lange Zeit hin beherrschen, und über den Kopf gewachsen wäre sie ihr vielleicht niemals, denn ein Parlamentarismus bekommt seinen Stempel von den Umständen, unter denen er entsteht, und entstanden unter der eisernen Hand eines Siegers, in Buße und Reue, in Maß und Zucht, hätte sich der unsrige an jenen schrittweisen und ruhigen Fortschritt gewöhnt, welchen wir als die Gesundheit des englischen Parlamentarismus beneiden. Mit einem Worte, damals wären aus den in Österreich wohnenden Völkern ‚Österreicher' geschaffen worden, — damals und nicht wieder!" Die große Gelegenheit war „versäumt".

So also hätte, meint Kürnberger, das Haus Österreich handeln sollen. Leider aber verachtete es seine „Rebellen" allzumal und verließ sich auf seine Bajonette. „Es stützte sich, es setzte sich auf sie." Nach zehn Jahren fingen sie an durchzueitern. Im Jahre 1848 hatte der Staat in allen Fugen gekracht, war aber noch ganz geblieben. Im Jahre 1859 wurde schon ein Glied aus dem Leibe gerissen. „Der gedemütigte, in seiner Schwäche bloßgestellte Militärstaat kam jetzt dem Volksstaat entgegen — getrippelt. Langsam, zaudernd, widerwillig." Die beiden Verfassungen, das Oktoberdiplom und das Februarpatent, führten zu ewigen Kompetenzreibungen und zu staatsrechtlichen Zänkereien mit Ungarn. Da wurde im vorigen Jahre der babylonische Schutt hinweggeräumt und die Verfassung „sistiert". Das neue Ministerium rühmte sich seiner „freien Bahn". Die Völker warteten, wer auf dieser „freien Bahn" nun einziehen werde. Aber nichts zog einher. Endlich kamen aus Italien einige vertriebene Jesuiten und vom Norden her „sehr viele und sehr gut geführte Preußen, welche die Bahn so außerordentlich frei finden, daß der Türmer vom Stephansturm nächstens mit ihnen Blicke wechseln wird".

Wir haben es bisher mit rein vertraulichen Äußerungen der Unzufriedenheit zu tun gehabt. Der Unwille kam aber auch offen und laut zum Ausdruck. Ein Spottvers, der an einer Ecke der Hofburg angeschlagen gewesen sein soll, ging um:

Die Freiwilligen haben kein' Knopf,
Die Generäle haben kein' Kopf,
Die Minister haben kein Hirn —
So müssen wir alles verliern.

Bei einer Ausfahrt des Kaisers nach Schönbrunn, so erzählt uns Beust, sammelte sich auf der Mariahilferstraße eine Menschenmenge, die ihm nachschrie: „Es lebe Kaiser Maximilian!" — damit war der jüngere Bruder Franz Josephs gemeint, der bald darauf auf so tragische Weise in Mexiko enden sollte. Im niederösterreichischen Landhause rief ein Abgeordneter aus: Österreich und die Türkei hätten ein und dasselbe Regierungssystem — das der Willkür. Der Bürgermeister der Stadt Wien überreichte dem Monarchen eine Adresse, welche die Bitte um Wiederherstellung der Verfassung enthielt, mit scharfen Ausfällen über die „unglückliche Politik, welche die Ratgeber der Krone, zum Teil schon durch eine Reihe von Jahren, sowohl im Innern als nach außen befolgen". Der Kaiser möge zur Leitung des Reiches Männer berufen, deren Tatkraft und Gesinnung den Völkern Vertrauen einflöße. Kaiser Franz Joseph gab darauf eine sehr ungnädige Antwort, die bei der Bürgerschaft geradezu „Bestürzung" hervorrief. Der Monarch zürnte nämlich den Wienern, weil sie beim Herannahen der Preußen zunächst an die Sicherung ihrer Habe dachten.

Gewiß, die Wiener hatten sich in diesem schicksalsschweren Kampf, wie seinerzeit in den Franzosenkriegen, keineswegs als Helden benommen, und nicht viel Opfersinn an den Tag gelegt. Eine ganze Fülle von traurigen Beispielen des Gleichmutes ließe sich hier anführen. Für die Bürgerwehr, die auf zweihunderttausend Mann berechnet war, hatten sich nach drei Tagen ganze dreitausend Personen gemeldet. Eigentümlich, widerlich, berührt es, wenn man weiters hört, wie an dem Tage, an dem die Unglücksbotschaft von Königgrätz eintraf, Tausende von Wienern bei einem Sommermaskenfeste vereinigt waren und in den Gasthofgärten lustig gesungen und gezecht wurde. Aber — so darf man fragen, wer trug denn die Schuld an dieser Entfremdung vom Staate, an dieser vollständigen Gleichgültigkeit breiter Massen des Volkes an seinen Geschicken?

Doch nur das seit Jahrzehnten befolgte unselige System der Absperrung vom öffentlichen Leben. „Der Mensch soll lustig sein usw., aber um die Politik sich nicht kümmern" — das war der von einsichtigen Männern wie Andrian schon oft und lange vorher gerügte gefährliche Standpunkt der franziszeischen Regierung.

Gegenüber solchen Zeichen der vollständigen Teilnahmslosigkeit an dem Wohl und Wehe des Staates berührt es schon wohltuend, daß ein Teil des Volkes seinem Interesse wenigstens in einem kräftigen Anklagen und Schimpfen auf die Maßnahmen der Regierung Ausdruck verlieh, und davon scheint in diesen und den folgenden Tagen ausgiebig Gebrauch gemacht worden zu sein. Ludwig Anzengruber läßt in seinem 1867 verfaßten Lustspiel „Der Reformtürk" den Herrn Bügelberger, der eine „sistierte" Vergnügungsfahrt nach Jerusalem unternahm, an sein Weib, die ins österreichische Vaterland zurückkehren will, folgende vom Dichter gewiß tief empfundene Frage richten: „Haben wir überhaupt ein Vaterland?" Und dann ergeht sich Bügelberger in bitteren Betrachtungen über Vergangenheit und Gegenwart. „Aber jetzt, wenn sechs in ein Wirtshaus beisamm' g'sessen sein, so hab'n immer drei geschimpft und die andern drei geraunzt, und wenn ich nicht schimpfte mit den Schimpfenden und nicht raunzte mit den Raunzenden, so hab'n mich die g'fragt: Sein Sie a Patriot?"

Die Regierung glaubte aber solche „patriotische" Äußerungen des Unwillens doch nicht ruhig einstecken zu dürfen. In der offiziösen „Wiener Abendpost" vom 9. Juli antwortete sie mit Gegenvorwürfen, die teilweise nicht ganz ungerechtfertigt waren. Soweit die Anklagen die Führung der Nordarmee betrafen, konnte sie sagen, die öffentliche Meinung selber habe den Kaiser zur Übertragung des Oberbefehles an Benedek förmlich gedrängt. Das war so wahr, daß böse Zungen behaupteten, man habe diesem Drucke absichtlich nachgegeben, um dem Kaiser zu beweisen, „ein wie wenig verläßlicher Faktor" die öffentliche Meinung sei. Der Artikel warf dann der Presse vor, sie habe durch ihre übermütige Sprache zuerst schädliche Siegeszuversicht hervorgerufen und nähre jetzt wieder den Kleinmut. Was die übermütige

Sprache anbelangt, so leisteten sich die Zeitungen allerdings manch starkes Stück. So war es, einem Wiener Blatte zufolge, nur der „affenartigen Beweglichkeit" der Preußen zu danken, daß sie sich gleich zu Beginn des Feldzuges den Besitz Norddeutschlands sicherten.

Die also angegriffene Presse ließ diese Anwürfe auch wieder nicht auf sich sitzen und behauptete, sie wäre von der Regierung zu derlei „lebhaften Zeichen patriotischen Hochgefühls" angefeuert worden, und sie hätte diesem Zwang Folge geleistet, obwohl „das Publikum sich durchaus nicht verhehlte, daß ein deutscher Krieg unter einem tschechischen Ministerium geführt werde, daß der Schöpfer des Sprachenzwanges in Böhmen — damit war Belcredi und sein Gesetz vom Frühjahr 1864, das die deutschen Schüler zum Erlernen des Tschechischen, umgekehrt auch die tschechischen zum Studium des Deutschen verhielt, gemeint — und die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Bundespalais in Frankfurt sich nicht gut miteinander vertragen..."

So überhäufte man sich gegenseitig mit Liebenswürdigkeiten aller Art, und doch wäre es wichtiger gewesen, gemeinsam über die Mittel zu beraten, wie dem zusammengebrochenen Staate wieder auf die Beine geholfen werden könnte. So viel war ja ohneweiters klar, daß das System des Selbstherrschertums und des Säbelregimentes, wie es namentlich seit 1851 betrieben wurde, sich nicht bewährte: zwei verlorene Feldzüge und zwei verlorene Provinzen; allgemeine Unzufriedenheit und Zwietracht der Völker und schwer erschütterte Finanzen — das alles gab doch zu denken! Aber was nun? War der habsburgische Staat wirklich schon hoffnungslos verloren, wie einige Schwarzseher unter dem frischen Eindruck der Katastrophe von Königgrätz glaubten?

Daß man aus dem Unglück lernen kann, das hatte die Kaiserin Maria Theresia gezeigt — der Zusammenstoß mit Preußen führte zu einer inneren Erneuerung des morsch gewordenen Staates. Gerade in Österreich lebte weitverbreitet und tiefverankert die Überzeugung: „Es muß das Reich ein großes Unglück treffen, dann wird es besser werden." Es war dies ein Hoffnungsstrahl, dem der Dichter

des „Tambour von Ulm", der nach Solferino zu Worte kam, nun auch jetzt in dem zu Allerseelen 1866 verfaßten stimmungsvollen Gedicht „Auferstehen" Ausdruck gab. Altösterreich, so meint er da, sei noch nicht begraben; zu früh umkrächzten es die Raben.

> Denn das blieb dein Los, daß stets im Fallen
> Dir zu neuem Schwung der Fittig sprießt,
> Daß, wenn sich des Unheils Wetter ballen,
> Deiner Saat nur milder Regen fließt.

Durchaus hoffnungsfroh ist das, was Adolf Fischhof in der Flugschrift „Ein Blick auf Österreichs Lage", im September geschrieben, seinen über Österreichs Ausscheiden aus Deutschland „bestürzten" Landsleuten vorzuhalten weiß. Nie war, führt er da aus, eine so günstige Gelegenheit, wie nach Königgrätz, aus dem Labyrinth der Verfassungswirren herauszukommen. Österreich kann sich jetzt nach Aufgabe der Machtstellung in Italien und Deutschland, die allzu schwer seine Schultern belasteten, seiner eigentlichen „vitalen" Aufgabe widmen: der orientalischen Frage. Statt vieler Rivalen hat es nunmehr nur einen — Rußland. „Wenn Österreich sich beeilt, die inneren Fragen im Sinne der Freiheit und der Gerechtigkeit zu lösen, wird es unter der Zustimmung von Europa und dem freudigen Zuruf seiner eigenen Völker das Protektorat über die Rumänen und Südslawen in der Türkei übernehmen und in den Besitz der politisch und ökonomisch so wichtigen Mündungen seines größten Stromes gelangen." Und Deutschland, das den Kaiserstaat während des Bestehens der Bundesverträge im Kampf gegen zwei Gegner mit apathischer Ruhe ringen und untergehen ließ, wird nun als Grenznachbar Rußlands und als Ost- und Nordseemacht zum Schutze seiner wichtigen Handelsinteressen in der Levante freudig sich ihm anschließen und zu einer Defensiv- und Offensiv-Allianz sich gerne bereit finden lassen. Auch die Ungarn fühlen die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses. Die Beratung über die Verfassung soll aber nicht auf einem konstituierenden Reichstag stattfinden, sondern diese soll in einer Privat-

konferenz der Parteiführer, in einer kleinen Versammlung hervorragender, besonnener und einsichtsvoller Männer aller Parteien zur Reife gebracht werden, bevor sie im Parlament zur Diskussion gelangt. Eine Verständigung der Völker ist schon einmal gelungen, in Kremsier, und sie wird auch jetzt gelingen.

Wir sehen: die öffentliche Meinung regte sich wieder stark und forderte mit Ungestüm einen Wandel des Regierungssystems.

Die große Frage war nun, wie sich dazu der Monarch stellen werde. Und da war es nun wichtig, daß wieder wie in der Krise von 1859 aus dem Kabinette selbst mahnende Stimmen zur Umkehr sich erhoben. Unmöglich konnte es auf den Kaiser ohne tiefen Eindruck bleiben, daß der Außenminister Graf Mensdorff-Pouilly, der ein Gegner des Krieges war, als Apostel des Gedankens einer gründlichen Staatsreform auftrat. In Österreich, so stellt er dem Kaiser vor, ist jetzt die innere Aufgabe die wichtigere. In dem Maße als der Kaiserstaat im Innern sich kräftigt, nimmt seine Macht nach außen zu. Die nicht geordneten Verhältnisse im Innern zwangen Österreich auch diesmal zur Nachgiebigkeit. Seine Absicht war es, nach einer Reform seines Ministeriums dem Orient seine entschiedenere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zunächst müßte das Verhältnis zu Ungarn geregelt, das Finanzwesen geordnet, die Verwaltung in allen Zweigen vereinfacht und der Kredit durch eine verfassungsmäßige Kontrolle neu belebt werden. Nur auf diese Weise könne man aus dem gegenwärtigen „Marasmus“ herauskommen; jeder andere Weg führe „zur gänzlichen Auflösung“. Mensdorff warnt ausdrücklich vor einer Politik der „Rache“.

Aber vielleicht mehr noch als diese Worte des Ministers, der durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, dem er sich widersetzt hatte, im Ansehen gestiegen war, mußte die Katastrophe selbst wirken. Der Monarch war durch die zwei Schicksalsschläge, die ihn rasch hintereinander getroffen, in seinem Selbstvertrauen tief erschüttert worden. Man sieht ihn schwanken und neue Wege suchen.

8. DER DUALISMUS: DIE ZWEITEILUNG DES REICHES

Kurze Zeit nach der schicksalsschweren Schlacht von Königgrätz — im Oktober 1866 — zog auf dem Ballplatz ein neuer Mann ein: Ferdinand Freiherr von Beust.

Die Berufung dieses Staatsmannes, der bisher in Sachsen gewirkt hatte und auf Bismarcks Geheiß aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden war, wirkte auf die politische Welt als eine große Überraschung.[277] Daß die Wahl, gegen die übrigens der Ministerrat vorher protestiert hatte, aus dem Grunde erfolgte, weil sich etwa der Monarch von dem „importierten" Staatsmanne besonders tiefe Kenntnisse über die schwierigen Verhältnisse und die Bedürfnisse des Kaiserstaates erwartete, war nicht gut anzunehmen. Näher lag schon die Vermutung, daß dafür Beusts weltbekannte Gegnerschaft zu Bismarck ausschlaggebend war, und der preußische Ministerpräsident war sich über die tiefere Bedeutung des Ministerwechsels von allem Anfange an im klaren. „Von Ochsen," meinte er grob, „kann man nichts anderes erwarten als Rindfleisch, von Beust nichts anderes als eine ehrgeizige, intrigante sächsische Hauspolitik."

Allem Anscheine nach also sah der Kaiser die durch die Katastrophe von Sadowa geschaffene Lage noch nicht als endgültig an. Der durch Beust verdrängte Graf Mensdorff hatte, wie wir wissen, dem Kaiser dringend geraten, den Gedanken an Rache gegen Preußen aufzugeben und sich lieber ganz der Ordnung im Innern der Monarchie zu widmen — nur der zweite Teil des Ratschlages wurde befolgt, und auch der wohl nur, weil eine Revanchepolitik, nach all den blutigen Erfahrungen der letzten Jahre, ohne die innere Festigung des Kaiserstaates wenig Sinn besaß. Unmöglich konnte man vor der Tatsache die Augen schließen, daß Ungarn grollend abseits stand und ein großer Teil des Landes reif für eine neue Erhebung war. Hier vor allem galt es also, Wandel zu schaffen.

Kaiser Franz Joseph hatte auch, gleich nach dem Zusammenbruch der Nordarmee, die durch den Feldzug unterbrochenen Verhandlungen mit den Magyaren wieder aufgenommen. Man kann sich vorstellen, wie angenehm der

Monarch überrascht war, als er aus dem Munde Deáks, der am 18. Juli in Wien eingetroffen war, erfuhr, daß ihre Forderungen, jetzt nach der Niederlage, nicht härter wären, als vor dem Kriege. Immerhin waren sie „stark genug", um das alte Reich in zwei Staaten zu teilen und die seit der Thronbesteigung Franz Josephs scharf betonte Reichseinheit für immer zu beseitigen.[278] Und ein Unterschied, noch dazu ein gewaltiger, der sich freilich erst später so elementar herausstellen sollte, bestand doch: was damals, als ein freiwilliges Geschenk erscheinen konnte, ward jetzt, nach Königgrätz, als das Mindestmaß notwendigen Zugeständnisses angesehen.[279]

Leicht fiel es Franz Joseph gewiß nicht, von seinem zu einer Art heiliger Überzeugung ausgereiften Standpunkt abzugehen, und Graf Belcredi, der tschechische Föderalist, verstand es vortrefflich, die Bedenken des Kaisers zu stärken. Hieß es nicht, diesem die Hölle heiß machen, wenn der Staatsminister auf die eminente Gefahr hinwies, daß die Magyaren mit dem Erreichten sich nicht zufrieden geben und auf die Personalunion zusteuern würden? Das aber, meinte er, wäre „nicht bloß der Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst"; das Reich wäre dann in Wahrheit „ein Koloß mit tönernen Füßen, der durch die geringste innere Erschütterung oder eine leise Berührung von außen zusammenstürzen und in seine Teile zerfallen müßte".

Ein gütiges Geschick aber kam den Magyaren in Gestalt einer hohen Frau von blendender Schönheit und bestrickendem Liebreiz zu Hilfe — es war die Kaiserin Elisabeth, die bei ihrem jüngsten Aufenthalt in Budapest die Magyaren lieben und schätzen gelernt hatte und einen ihrer klügsten und geschmeidigsten Führer, den Grafen Julius Andrassy, bestimmte, nach Wien zu kommen, um mit dem Monarchen persönlich zu verhandeln. Der ungarische Graf wußte wohl, was er sagte, als er in seinem Tagebuche vom 30. Juli vermerkte: „Sicher ist, daß, wenn ein Erfolg erreicht wird, Ungarn der schönen Vorsehung, welche über ihm wacht, mehr zu danken haben wird, als es ahnt" — diese schöne Vorsehung war niemand anderer als die Kaiserin.

Der Anfang war gut, aber der Klippen gab es noch viele. Die Bedenken, die Graf Belcredi gegen den ungarischen Ausgleich erhoben, waren nur der getreue Abklatsch der Gefühle, die sich der Slawen, insbesondere der Tschechen, bemächtigt hatte. Der große Tschechenführer Palacky hatte schon früher, im Jahre 1865, als die ersten Nachrichten von Verhandlungen mit Ungarn in die Öffentlichkeit gedrungen waren, in mehreren Zeitungsartikeln sehr energisch dagegen protestiert und wieder das Gespenst des Panslawismus aufmarschieren lassen. „Der Tag der Ausrufung des Dualismus," rief er der Wiener Regierung drohend zu, „wird mit unabwendbarer natürlicher Notwendigkeit zugleich auch der Geburtstag des Panslawismus in seiner am wenigsten wünschenswerten Form werden". Was daraus folgen werde, könne jeder selbst ermessen. „Wir Slawen werden dem mit aufrichtigem Schmerz, aber ohne Furcht entgegensehen. Wir waren vor Österreich und werden auch nach ihm sein."[280] Die Sprache der Tschechen wurde nach der Katastrophe von Königgrätz nicht milder und der Landtag, den Belcredi für den November einberufen hatte, gab ihnen wieder Gelegenheit, gegen den geplanten Ausgleich mit Ungarn Sturm zu laufen.[281] Palackys Schwiegersohn, Dr. Rieger, forderte volle Gleichberechtigung mit den Magyaren — wie Böhmen seine Schlacht am weißen Berge, so habe das Land der Stephanskrone sein Világos gehabt. Der Dualismus müsse, erklärte er seherisch, zum Zerfalle Österreichs führen.

Zeigten sich also die Tschechen über den ungarischen Ausgleich nichts weniger als erfreut, so gab es auch unter den Deutschen, die ihrer überwiegenden Mehrheit nach am Einheitsstaate festhielten, eine starke Opposition. So kam es, daß die Verhandlungen mit den Magyaren nur langsam, schrittweise vorwärtsgingen. Das königliche Reskript vom 17. November, das den ungarischen Reichstag einberief, fand im Lande nicht die beste Aufnahme. Man hätte gerne weniger schöne Worte, gute Grundsätze und mehr „Taten" gesehen, so vor allem die faktische Herstellung der Verfassung und die Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums. Deák mußte es sich gefallen lassen, von der

Opposition als ein „Schwarz-Gelber" bezeichnet zu werden. Aber wiederum wurden die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern in Wien fortgesetzt, und da ist es denn auch in den denkwürdigen Jännerkonferenzen zu den entscheidenden Vereinbarungen gekommen, die dann die Grundlage des Ausgleichswerkes, des Dualismus, werden sollten.

Die Staatsmänner, die für die Krone die Debatten führten, mußten darauf bedacht sein, daß sie nicht wieder wie im Jahre 1848 übertölpelt wurden. Nur der großen Eile, mit der damals aus Rücksicht für den Krieg in Italien die Verfassung unter Dach gebracht wurde, war es wohl zuzuschreiben, daß die königliche Gewalt zum „Kinderspott" herabsank und Ungarn nur mehr durch das schmale Band der Personalunion mit Österreich verknüpft erschien. Der Fehler der Überstürzung durfte nicht mehr begangen werden — und er wurde wieder gemacht. Nachdem man in Wien anfänglich ein allzu langsames, bedächtiges Vorgehen gewählt hatte, wurden auf einmal die für die Zukunft der Monarchie so schicksalschweren Beratungen überhastet. Überstürzt, mit allen Merkmalen der Oberflächlichkeit behaftet, wurde der Ausgleich geschlossen, der mit seinen unklaren und zweideutigen Bestimmungen die Quelle beständiger, staatsrechtlicher Reibereien, der nimmer ruhende Zankapfel zwischen den beiden Reichshälften werden sollte.

Beust hatte nur die Wiedervergeltung der Niederlage von Königgrätz vor Augen; ihn interessierten die den Gegenstand der Beratungen bildenden Fragen, vielleicht auch weil er als Fremdling davon nichts verstand, so wenig, daß er, wie erzählt wird, bei einer Verhandlung über die gemeinsame Bank einschlief. Ohne Übertreibung konnte der Franzose Eisenmann, der über den Ausgleich ein gründliches Buch geschrieben hat, von Beust sagen: Er habe es so eilig gehabt, sein Duell gegen Bismarck wieder aufzunehmen, daß er sich kaum die Bestimmungen des Ausgleiches besah, als er dem Kaiser riet, sie anzunehmen.[282] Nur aus dieser „nervösen Hast" ist es zu erklären, daß die Magyaren aus dem langen Ringen als Sieger hervorgingen. Gewiß, sie hatten nicht alles erreicht, was ihnen die Ver-

fassung von 1848 eingeräumt hatte, aber sie hatten doch ein sehr ausgiebiges Maß von Selbständigkeit errungen. Es war schon viel Wahres daran, wenn der preußische Gesandte seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, daß die Magyaren mit diesen Verabredungen, wenn sie zur Ausführung kämen, mehr erreicht hätten, als „ihre kühnsten Träume" vor Jahresfrist noch zu hoffen wagten. Vollkommen richtig aber ist die Bemerkung, die er daran knüpfte: Die kaiserliche Regierung werde sich der bitteren Erkenntnis nicht verschließen können, daß sie allein durch ihre Zögerungspolitik es dahin gebracht habe, jetzt einen so teueren Preis für die Verständigung mit Ungarn zahlen zu müssen. Vor 1859 hätte man den Ausgleich bedeutend billiger haben können!

Sehen wir uns nun die wichtigsten Ergebnisse des in Wien zustande gebrachten „Reichsteilungspaktes" an, so ist das bedeutsamste wohl das, daß die Einheit der Monarchie aufgegeben, der alte Kaiserstaat in zwei Staaten auseinandergerissen wurde. Diese zwei getrennten und voneinander unabhängigen Staaten haben ihre besondere Gesetzgebung, ihr besonderes Parlament, ihre besondere Regierung und Verwaltung. Aber nach außen hin bilden sie eine Einheit: das zeigt sich in der Gemeinsamkeit der Wehrmacht und der diplomatischen Vertretung. Dazu brauchte man nun drei Regierungen: eine für Österreich, eine für Ungarn und ein Reichsministerium, das die den beiden Reichshälften dauernd gemeinsamen Angelegenheiten zu besorgen hatte; drei Armeen: ein gemeinsames Heer, eine österreichische und eine ungarische Landwehr; drei Parlamente — die vielen Landtage nicht eingerechnet — eines in Wien, eines in Budapest, und die österreichisch-ungarischen Delegationen. Diese zuletzt aufgeführte Körperschaft war aber nicht am Ende ein Reichsparlament, wie es in der Natur der Sache gelegen wäre und wie es auch ursprünglich von Seite der Krone beantragt war, sondern eine ganz famose Institution, deren Idee dem Grafen Andrassy auf einem Spazierritte gekommen sein soll und über deren Wesen die Ansichten der Gelehrten gerade so auseinandergingen, wie über die juristische Natur des Dualismus überhaupt. Nur um die

staatliche Selbständigkeit zu wahren und jeden Anschein eines Oberstaates zu vermeiden, griff man zu dieser sonderbaren Einrichtung, die keine gemeinschaftliche Beratung kannte und daher zu den groteskesten Weitläufigkeiten führte.

Außerdem war vereinbart worden, daß gewisse öffentliche Angelegenheiten, deren Gemeinsamkeit nicht aus der Pragmatischen Sanktion sich ergab, aus Gründen der Zweckmäßigkeit, von Fall zu Fall, einverständlich geordnet werden sollten. Die Minister des Kaisers hatten sich in den Wiener Verhandlungen redlich bemüht, der Monarchie ihr einheitliches Wirtschaftsgebiet zu erhalten, das heißt auch das Handelsressort und die Zollgesetzgebung als gemeinsame Angelegenheiten festzulegen; aber die Magyaren wollten davon nichts wissen und erklärten sich nur bereit, in den gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Fragen „von Zeit zu Zeit" mit der anderen Reichshälfte ein Abkommen über die Grundsätze zu treffen, nach denen sie während eines bestimmten Zeitraumes einverständlich zu behandeln wären. Der Handelsminister Baron Wüllerstorf, der diese Bestimmungen nicht verantworten konnte, gab im April 1867 seine Demission. Andrassy aber, der sie durchsetzte, hat später, nachdem er Minister des Äußern geworden war, in welcher Stellung er überhaupt ganz anders dachte, denn als ungarischer Ministerpräsident, es als den „größten Fehler, den man damals begehen konnte", bezeichnet, die handelspolitischen Gegenstände dem Bereiche der im engsten Sinne gemeinsamen Angelegenheiten entzogen zu haben.[283]

Indes mag es der Kaiser als einen Erfolg gebucht haben, daß ein Rest von Gemeinsamkeit gewahrt war. Er blieb vor allem der oberste Kriegsherr; er hatte die freie Disposition über die gemeinsame Armee. Sieht man freilich etwas näher zu, so stellt sich der Erfolg als ein in vieler Hinsicht sehr problematischer dar. Alle die schönen Abmachungen waren mehr oder weniger auf Schrauben gestellt und ließen je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtete, eine verschiedenartige Auslegung zu. Der Kaiser sah alles durch die Brille der staatlichen Einheit und Gemeinsamkeit, die Magyaren wieder beurteilten alles

aus dem Gesichtswinkel der staatlichen Sonderstellung, der „Staatlichkeit" Ungarns. Wenn auch Deák und Andrassy gewiß ehrlich sich auf den Boden der Gemeinsamkeit gestellt haben mögen, aber schon einem großen Teil ihrer Zeitgenossen wird das Erreichte zu wenig vorgekommen sein, und ihre Nachkommen arbeiteten immer mehr auf die volle Selbständigkeit hin. Zu unangenehm waren — wir betonen das — die Erinnerungen an die Zeiten des absolutistischen Einheitsstaates, an das gemeinsame Heer, das im Feldzuge von 1849 gegen die Magyaren gekämpft, an das gemeinsame Zollgebiet, das in der Ära der „Bachhusaren" aufoktroyiert worden war. Daher denn der Wunsch, das Heer nicht zu stark werden zu lassen und einen ungarischen Teil zu schaffen, der sich nicht als Werkzeug der Wiener Regierung gebrauchen ließ; daher ferner das Bestreben nach wirtschaftlicher Trennung, die gewiß nicht im Interesse Ungarns lag.

In der Folge erst sollten sich die Sünden der leichtsinnigen Übereilung, die unklaren und zweideutigen Bestimmungen des Ausgleichswerkes rächen. Unverständlich wird es immer sein, wie sich z. B. in den später oft berufenen Gesetzesartikel XII der Ausdruck „Ungarisches Heer" verirren konnte. Deák selbst war darüber erstaunt, noch mehr natürlich der Kriegsminister John, der es nicht unterließ, seine Bedenken dagegen anzubringen. Allein auf Andrassys Drängen blieb dieser ominöse Ausdruck stehen. Daß damit nicht ein selbständiges ungarisches Heer gemeint sein konnte, beweist der Zusatz „als integrierenden Teiles des gesamten Heeres", allein die zwei unglückseligen Worte genügten gerade, um den Ansprüchen auf eine selbständige Armee den Schein einer verfassungsrechtlichen Grundlage zu geben.

Das böseste und unheilvollste Moment am Dualismus war aber wohl der wirtschaftliche Ausgleich, der nur für eine kurze Zeit, für zehn Jahre, zu gelten hatte und immer gekündigt werden konnte. Das von Ignaz Plener geprägte Scherzwort „Monarchie auf Kündigung" hatte leider eine tiefe, sehr traurige Berechtigung. Kam einmal das Zoll- und Handelsbündnis — der Fall war sehr gut denkbar — nicht

zustande, dann erreichte Ungarn fürerst sein eigenes Zollgebiet und dann mußte auch die gemeinsame diplomatische Vertretung in der Luft hängen, weil das Land der Stephanskrone als Agrarstaat andere Interessen besaß als Österreich, der Industriestaat. Durch die Möglichkeit der wirtschaftlichen Trennung aber, wie auch durch die Selbständigkeit der Wehrgesetzgebung, war überhaupt die ganze Einheit auf ein gefährliches Rutschterrain gestellt. Nicht zuletzt war das Feilschen um einen möglichst günstigen Ausgleich die nie versiegende Quelle des Streites der beiden Reichshälften, „die Ursache des Sinkens des Ansehens der Monarchie im Auslande".

Der vielgepriesene Ausgleich war also streng genommen gar kein solcher, sondern der Ausgangspunkt für neue ergänzende Forderungen, die tief an das Lebensmark des Reiches greifen mußten. Eine fromme Täuschung, um nicht zu sagen Lug und Trug, war es auch, wenn ausgemacht worden war, daß zwischen der westlichen und der östlichen Reichshälfte „vollständige Parität" zu herrschen habe. Sie bestand von allem Anfang an nicht, zum mindesten nicht im Punkte der beiderseitigen Lasten. Die westliche Reichshälfte trug zu den Bedürfnissen der Gesamtmonarchie ungleich mehr bei als Ungarn, so daß Heinrich Friedjung direkt von einer „Tributpflichtigkeit" Österreichs an den ungarischen Staat sprechen konnte. Die Ungarn selbst gaben dies rückhaltlos zu — nicht bloß in camera caritatis, sondern ganz öffentlich brüsteten sie sich mit ihrem Sieg. „Wenn jemand behauptet," erklärte Graf Andrassy am 16. Jänner 1869, „die Bedingungen der Institution sind für Ungarn nicht günstig, so erwidere ich ihm: „Wir zahlen gegenwärtig zu den gemeinsamen Kosten 30 Prozent und genießen so viel Rechte wie jene, die 70 Prozent zahlen."

Allein das ursprünglich schon nicht völlig paritätische Verhältnis verschob sich im Wandel der Zeiten immer mehr zugunsten der transleithanischen Hälfte, so daß nicht mit Unrecht die Frage aufgeworfen wurde, warum die Monarchie „Österreich-Ungarn" und nicht umgekehrt „Ungarn-Österreich" genannt werde.[284] Ungarns entschiedenes Übergewicht wurde ebenfalls von seiten der Magyaren offen ein-

bekannt. „Wir haben," so schrieb Andrassys Sohn in seinem 1897 erschienenen Buche über den Ausgleich, „den uns im Sinne des Ausgleichs zuteil gewordenen Einfluß gehörig ausgeübt. Ja, infolge unseres mehr entwickelten konstitutionellen Lebens, infolge der Einheitlichkeit unserer öffentlichen Meinung ist unser Wert bisher mit größerem Gewichte in die Wagschale der Gemeinsamkeit gefallen als der Wert des politisch weniger einheitlichen Österreich." Diese rückschauende Betrachtung war vollkommen richtig. Die Magyaren waren dadurch, daß sie seit Jahrhunderten ihre Verfassung und ihre Selbstverwaltung hatten, politisch geschulter und reifer; sie bildeten, wie man ganz zutreffend sagte, das eigentliche „männliche Element" in der Monarchie; sie wußten, was sie wollten, nämlich das ungarische Interesse, während Österreich meist wirklich das gemeinsame Interesse vertrat, soweit man sich da über ein gemeinsames Ziel — einigen konnte.

Wir kommen zu einem der wundesten Punkte des Dualismus, auf den die Bemerkung des jüngeren Andrassy bereits angespielt hat: der Mangel an Einheitlichkeit in der zisleithanischen Hälfte, die Schwäche infolge des Völkerstreites, der hier sozusagen einen chronischen Zustand bildete, der ab und zu durch akute Anfälle deutlicher in die Erscheinung trat, wie sich ja eine solche gefährliche Krise gerade infolge des Dualismus ergeben hatte. Aber so sehr diese innere Schwäche der westlichen Hälfte zur Stärkung Transleithaniens beitragen sollte, in den Absichten der magyarischen Begründer des Ausgleichswerkes war sie gewiß nicht gelegen — im Gegenteil. Diese wollten — natürlich in ihrem eigenen ungarischen Interesse — Zisleithanien einen einheitlichen, deutsch-zentralistischen Charakter geben: Wie in Ungarn die Magyaren, so sollten hier die Deutschen das herrschende Staatsvolk sein. So war es gemeint — aber es war eben auch eine der vielen inneren Lügen des Dualismus.

Wir wissen bereits, wie wenig günstig und vielversprechend die Dinge im westlichen Teile der Monarchie, der damals noch Österreich hieß, sich entwickelten. Graf Belcredi, der Hand in Hand mit Beust — oder auch gegen ihn — an der Verständigung mit Ungarn arbeitete, hatte an dem

ganzen Ausgleichswerk, das er nicht mehr zu verhindern vermochte, nur das eine Interesse, die Vorteile, welche die Magyaren daraus zogen, den westlichen Slawen zuzuschanzen. Wie in der seligen Zeit des Oktoberdiploms sollte eine slawisch-föderalistische Neuordnung ins Leben gerufen werden, und die Sistierungsära hatte den slawischen Föderalisten den Kamm schwellen lassen. Nach der Niederlage von Königgrätz und dem Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bunde jubelten die Anhänger des bundesstaatlichen Gedankens, die „Autonomisten", wie sie sich nannten, über ihren endlichen Sieg. Nun sei, so meinten sie, die Stunde zur Verwirklichung des austroslawischen Programms gekommen.

Unmittelbar nach dem Kriege, im August 1866, fand in Wien eine Versammlung der Führer der österreichischen Slawen statt, ein zweiter „Slawenkongreß", wobei die Tschechen vornehmlich durch Palacky und Rieger, die Kroaten durch Bischof Stroßmayer und die Polen durch Graf Goluchowski vertreten waren. Die Slowenen, die man dem geschichtlichen Rechte zuliebe den Deutschen Innerösterreichs opfern zu müssen glaubte, waren nicht geladen worden. Es wurde eine föderalistische Gliederung des Kaiserstaates im Interesse der Slawen erörtert, die sich sowohl gegen den deutschen Zentralismus als auch gegen den von den Magyaren geforderten Dualismus richtete. Österreich sollte danach in fünf Ländergruppen zerfallen, und zwar in eine altösterreichische, eine innerösterreichische, eine böhmische, eine ungarisch-kroatische und eine polnische, die sogenannte „Pentarchie", mit je einem Generallandtag über den Einzellandtagen. Über den Generallandtagen baute sich wiederum der Reichskongreß auf, dessen Wirkungskreis auf die gemeinsamen Angelegenheiten des Äußern, des Krieges, des Handels und Zollwesens wie der Finanzen beschränkt sein sollte. Jede dieser Ländergruppen war von einem eigenen Landesministerium mit einem Hofkanzler an der Spitze zu leiten. Die fünf Hofkanzler wieder saßen in dem zu bildenden Reichsministerium.

In den Landtagen, die Graf Belcredi für den Herbst 1866 ausgeschrieben hatte, fanden diese föderalistischen

Wünsche einen oft recht lauten und heftigen Ausdruck. Die Tschechen, denen Bismarcks Aufruf an die Bewohner des „glorreichen" Königtums Böhmen in den Kopf gestiegen war, forderten die Einberufung eines Generallandtages der Länder der böhmischen Krone und die Krönung Franz Josephs zum König von Böhmen. „In alle Ewigkeit," erklärte Rieger, werden sich die Tschechen weigern, den engeren Reichsrat zu beschicken. Und darin, fügte er hinzu, sind alle slawischen Völker Österreichs solidarisch; sie werden in dieser Beziehung immer ihr „Non possumus!" rufen. Österreich aber wird nur so lange bestehen, als die slawischen Völker zu ihm halten. Man sieht: sie fühlten sich wieder wie einst in Kremsier recht gut zu Hause. Aber auch die Slowenen, die auf der Slawenversammlung in Wien nicht vertreten waren, hatten sich ein staatsrechtliches Programm zurecht gelegt. Ein Generallandtag sollte alle slowenischen Landesteile vereinigen und den Anschluß an die Stammesbrüder in Kroatien beschließen. Für diese slowenische Ländergruppe sei eine Hofkanzlei zu errichten, für die Angelegenheiten des Gesamtstaates aber im Sinne des Oktoberdiplomes aus den Delegierten der Generallandtage ein Reichsparlament zu bilden. Die Welschtiroler verlangten wieder die Autonomie und einen eigenen Landtag in Trient. Dagegen wurde im niederösterreichischen Landtag schleunige Wiederherstellung der Verfassung, womit aber gewiß nicht das Oktoberdiplom gemeint war, gefordert.

So lagen die Dinge, als der Fortgang der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn das Kabinett in die Notwendigkeit versetzte, dem im Septembermanifest von 1865 gemachten Versprechen zufolge die legalen Vertreter der Königreiche und Länder des engeren Österreich zusammenzuberufen, um noch vor der kaiserlichen Sanktion, wie es dort so schön hieß, ihre „gleichgewichtige" Meinung zu äußern. Der „engere Reichsrat" bestand nicht mehr, weil die Verfassung „sistiert" war. Ihn wieder einzuberufen, hätte bei den Slawen einen Entrüstungssturm hervorgerufen. So verfiel man auf die famose Idee, mit kaiserlichem Reskript vom 2. Jänner 1867 zur Beratung des Ausgleichs-

werkes eine „außerordentliche" Reichsratsversammlung auszuschreiben. Darob waren wieder die Deutschliberalen schwer verstimmt, die den „verfassungsmäßigen" Reichsrat forderten. Nach allen Vorbereitungen, die der Sistierungsminister Graf Belcredi für diesen außerordentlichen Reichsrat traf, konnte mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß er ein ausgesprochen föderalistisch-slawisches Gepräge haben werde.

Wiederum standen sich Föderalismus und Zentralismus schroff und feindlich gegenüber, und die großen Gegensätze griffen auch in das Kabinett über. Beust stellte sich nach anfänglichem Schwanken auf die Seite der deutschen Verfassungspartei. Der Kaiser hatte nun zu entscheiden. In einem vierstündigen Kronrat fanden Belcredi und Beust Gelegenheit, ihren Standpunkt zu vertreten. Des Monarchen Entscheidung fiel zugunsten Beusts aus. Belcredi wurde am 7. Februar seines Amtes enthoben, unter allen Zeichen der kaiserlichen Gunst — mit Tränen im Auge soll Kaiser Franz Joseph die Demission angenommen haben. Allein er war nicht zu halten, wollte man nicht das ganze Ausgleichswerk in Frage stellen; denn hinter Beust stand Graf Andrassy, der nachdrücklichst sich dafür einsetzte, daß Zisleithanien seinen deutsch-zentralistischen Charakter beibehalte. Man könne nicht, meinte er, in der einen Hälfte der Monarchie diejenigen Tendenzen bekämpfen, die man in der anderen künstlich zu erhalten trachten müßte. Ein vereinigtes Ungarn neben einem zerstückelten Österreich wäre wie ein großer Stein neben Kieseln, der diese bald zum Nachteil des ganzen Reiches auseinanderdrücken würde.

Rasch ging nun der Ausgleich, nachdem das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt war, seinem Abschluß entgegen. Mit königlichem Reskript vom 17. Februar wurde die ungarische Verfassung wieder hergestellt und drei Tage darauf die neue Regierung ernannt, an deren Spitze Graf Andrassy, der 1849 in effigie Gehenkte, trat. Im nächsten Monat wurde das „Elaborat", nachdem es im Ausschuß ordentlich durchgehechelt worden war, auch im Plenum des ungarischen Reichstages angenommen. Die Opposition unter Führung Tiszas, die für eine bloße Personalunion ein-

trat, war nicht unbedeutend. Aus den Reden, mit denen die Führer der Mehrheit die Argumente ihrer Gegner bekämpften, verdienen einige Sätze unser besonderes Interesse — sie zeigen, daß die Fahnenträger des Ausgleichsgedankens das richtige Gefühl dafür hatten, daß Ungarn nicht der allein gebende Teil war. So erklärte Baron Eötvös: „Die Verbindung Ungarns mit Österreich ist eine notwendige Folge des Gesetzes der Bildung europäischer Großstaaten, da Ungarn daran interessiert ist, daß die Monarchie eine Großmacht ist." Franz Deák fand Tisza gegenüber das treffende Wort: „Man darf seine Kräfte nicht überschätzen und muß zugeben, daß man für sich allein kein großer Staat ist."[285] Der Sturm war abgeschlagen. Das Elaborat wurde dann noch in Gesetzesform gebracht und am 8. Juni fand, als feierlicher Schlußakt des Ausgleichswerkes, in Budapest die Krönung Franz Josephs mit der Krone des heiligen Stephan statt.

Beust war am Ziele. Nur stimmte seine Rechnung nicht ganz, wenn er meinte, nunmehr für seine Vergeltungspolitik den günstigen Boden gewonnen zu haben. Einer der einflußreichsten ungarischen Magnaten, Graf Csáky, sagte schon im Mai 1867 zu Theodor von Bernhardi: Preußen könne jetzt Österreichs wegen ruhig sein, nachdem Beust „das Reich und seine Politik von Ungarn abhängig gemacht habe"; denn die Ungarn wollten keinen Krieg, der geführt würde, um Österreichs Suprematie in Deutschland wiederherzustellen, da sie wüßten, daß sie wieder der alten Untertänigkeit verfallen würden, wenn Österreich seine frühere Macht in Deutschland zurückgewänne.[286] Kaiser Franz Joseph wird diese Stimmung nicht unbekannt geblieben sein, und vielleicht trug er ihr Rechnung, als er in seiner Wiener Thronrede vom 22. Mai vorschauend die schönen Worte sprach: „Nicht der geheime Gedanke der Wiedervergeltung sei es, der unsere Schritte leitet; eine edlere Genugtuung sei uns beschieden, wenn es uns mehr und mehr gelingt, durch das, was wir leisten und was wir schaffen, Ungunst und Feindschaft in Achtung und Zuneigung zu verwandeln." Der Gedanke an Wiedervergeltung sollte allerdings erst 1871 verschwinden.

Zu was war also der ganze Dualismus, der dem Kaiser so große Opfer an seiner innersten Überzeugung auferlegte? Diese Frage mag sich Franz Joseph gestellt haben, als er mit der eben erwähnten Thronrede den neuen Reichsrat eröffnete, der berufen war, seine Verhandlungen, noch ehe das denkwürdige Jahr zur Rüste ging, mit einem solennen Verfassungswerk auch für die zisleithanische Hälfte zu schließen — der Konstitution vom 21. Dezember 1867. Die Besiegten von Világos und die Sieger in den Wiener Jännerkonferenzen diktierten dem Monarchen diese konstitutionelle Neuordnung, die sie ja, wie wir wissen, zur Sicherung des eigenen Verfassungslebens immer verlangt hatten. Die Dezemberverfassung war das große Geschenk, das die Deutsch-Liberalen aus der Hand der Magyaren empfingen. Um diesen Preis mußten sie freilich vieles in den Kauf nehmen, was ihnen recht wenig zusagte und wogegen sie vergebens ankämpften, weil — nun weil den Vertretern Zisleithaniens das Ausgleichswerk vorgelegt wurde, als nichts mehr zu ändern war. Mit dem „gleichgewichtigen" Ausspruch, mit dem sie im Sistierungsmanifeste geködert worden waren, war es nämlich nichts — sie wurden einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt und durften nur die Rolle spielen, die in der antiken Tragödie dem Chor zufiel: Über das Schicksal zu klagen. So fing die „paritätische" Behandlung an!

Von diesem Rechte, zu klagen, machten sie allerdings ausgiebig Gebrauch und es gereicht ihrem Scharfsinn — oft war dieser freilich gar nicht notwendig — zur Ehre, daß sie schon damals die wunden Punkte des Dualismus in ihrer ganzen folgenschweren Bedeutung erkannten. Scharf und treffend hob Anton Schmerling die Zwangslage hervor, in der sich das Wiener Parlament dem Ausgleich gegenüber befand. „Wir haben," erklärte der geistvolle Politiker, „bereits ausgesprochen, daß wir die Verantwortlichkeit für Akte, an denen wir nicht teilgenommen, in keiner Weise teilen wollen, sie vielmehr von uns ablehnen. Tatsache ist es, daß die ungarische Verfassung vom Jahre 1848 eingesetzt ist; Tatsache ist es, daß eine unabhängige Regierung in Ungarn sich konstituiert hat: Tatsache, daß Seine Majestät

den Akt durch die Krönung zu besiegeln geruht hat; Tatsache ist es insbesondere, soweit es den heute in Beratung stehenden Gegenstand betrifft, daß das vom ungarischen Landtag votierte Delegationsgesetz von Seiner Majestät bereits die Sanktion erhalten hat, für Ungarn daher zurzeit in Gültigkeit ist..." Schmerling gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß aus den Delegationen sich dereinst eine Reichsvertretung entwickeln werde, die alle Teile des Kaiserstaates umfasse.

Gerade das Institut der Delegationen, die nicht Fisch und nicht Fleisch waren, die ein Reichsparlament hätten sein sollen, es aber nicht sein durften, hatte die heftigsten Anfechtungen zu bestehen. „Ich für meine Person," erklärte höhnend am 13. November Skene, „sage ganz offen, ich kann mir ein sonderbareres Bild in parlamentarischer Beziehung nicht vorstellen, als diese Delegationen es bieten würden. Dieses Projekt ist nur noch einer Verbesserung fähig, nämlich man sollte noch ein Amendement stellen, daß die Versammlung im Finsteren tage, da könnte die Sache unendlich ruhig und gemütlich ablaufen; denn eine Versammlung, die schweigend tagt und schweigend stimmt, ist eben nur eine Abstimmungsmaschine. Ich glaube, mit einer Pferdekraft könnte man dieselbe in Bewegung setzen und das käme den beiden Ländern viel billiger. Im ganzen erinnert diese neue politische Gestaltung . . . an ein Kinderspiel, welches in unserer Jugend uns allen sehr bekannt war, bei dem ein jeder seine Anwesenheit durch ein leises Piepsen kundgibt, es ist das bekannte ‚Munkezen'." Weniger witzig, aber umso schlagkräftiger war das, was Ignaz von Plener über das „ganz ungesunde und künstliche Prinzip" der Delegationen sagte.

Selbstverständlich fanden auch die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Ausgleiches, die alles eher als paritätisch erschienen, ihre Zurechtweisung. „In den materiellen Auseinandersetzungen," erklärte Skene, „gehen die Anträge dahin, die hier vertretenen Länder zugunsten der ungarischen unnatürlich zu belasten, das unbedeckte Defizit einzig und allein auf diese Länder zu schieben und diesen Ländern endlich die Schmach eines Staatsbankerottes in nächster Perspektive zu bieten. Das sind die Früchte

der Anträge für den materiellen Ausgleich. In der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten, da liegt die Unterordnung der diesseitigen Länder unter Ungarn, das Aufgeben des Budgetrechtes, welches Recht der einzige wahre Hebel ist, um einen freiheitlichen Zustand zu entwickeln, endlich als Schlußstein des Gebäudes ein ruhiger Absolutismus, dem man eben die Delegation als Maschine beigibt, die wirken wird wie eine gewöhnliche Orgelpfeife. Im Handelsvertrag aber liegt die unnatürliche Einschränkung des Verfügungsrechtes in den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen." Prophetisch sprach Skene die Besorgnis aus, die Ausgleichsdeputation werde „das Königgrätz für den Parlamentarismus" sein.

Wie richtig sind hier schon die schwächsten Seiten des Ausgleiches gekennzeichnet: vor allem die Unterordnung der zisleithanischen Hälfte! Sehr fein ist später der Reichsrat ein „Submissionsorgan der österreichischen Völker gegenüber den staatsrechtlichen Postulaten Ungarns" genannt worden.[287] Aber nur durch eine solche Unterwerfung Zisleithaniens war es überhaupt möglich, den Dualismus, diese unmögliche Staatsform, aufrecht zu erhalten, und, wie Skene ebenfalls richtig bemerkte, durch den — Absolutismus. Nicht zwei souveräne Parlamente hatten die gemeinsamen Angelegenheiten zu behandeln, nicht der König von Ungarn und der Kaiser von Österreich hatten sich auf Grund des Einverständnisses beider Staaten zu einigen, sondern es verhielt sich die Sachlage tatsächlich so: Allein das ungarische Parlament und Ministerium legen der ganzen Monarchie, also auch Österreich, ihren Willen als Gesetz auf, der König von Ungarn als Vollstrecker des magyarischen Nationalwillens bleibt für Österreich im wesentlichen der absolute Herrscher. „Und nur so lange dieser halbe oder ganze Absolutismus des ungarischen Königs in Österreich dauert, ist der Dualismus möglich. Aber keinen Tag länger."[288]

Daß nun die Deutsch-Liberalen mit dem Dualismus trotz seinen von ihnen erkannten Mängeln und Gebrechen mit ihm sich abfanden, hatte seinen guten Grund. Sie hatten durch ihn, wie schon erwähnt, eine Verfassung, und zwar mit sehr

weitgehenden Staatsgrundgesetzen erhalten und das wog für sie nicht wenig. Vor allem aber boten die Magyaren eine Garantie dafür, daß diese Verfassung nicht wieder wie früher schlankweg aufgehoben oder — was dasselbe war — sistiert werden konnte. „Der Dualismus," erklärte Johann Nepomuk Berger im Reichsrat, „wird bewähren, daß es unmöglich sein wird, zwei dualistische konstitutionelle Verfassungen zu vernichten, zwei Verfassungen in den Absolutismus zu verkehren und ihren konstitutionellen Wirkungskreis, ihre konstitutionelle Funktion zu beseitigen. Die alten Zeiten werden nicht wiederkehren, wo man jenseits der Leitha konstitutionell, so gut es ging, und diesseits absolut sein konnte."

Es war diese Annahme, wie sich später herausstellen sollte, eine Täuschung, aber die Worte des deutschfortschrittlichen Abgeordneten geben uns die Erklärung für ihr Verhalten dem Dualismus gegenüber. Nicht zuletzt war ihnen auch die deutsche Vorherrschaft in Zisleithanien verbürgt — auch das war natürlich eine Täuschung.

Hatten die freiheitlichen Deutschösterreicher den Dualismus im ganzen mit gemischten Gefühlen aufgenommen, so gerieten die Slawen darüber vollends außer Rand und Band. Das verhaßte System des Zentralismus grinste ihnen in verdoppelter Gestalt entgegen — in Zisleithanien sollten die Deutschen, in Transleithanien die Magyaren das herrschende Staatsvolk sein. Von allem Anfang an richtete sich daher ihr Sturmlauf gegen den Dualismus. Die Tschechen verurteilten ihn als einen Gewaltakt, aber sie wollten ihn für die Länder der Wenzelskrone haben. Kramař der kein Hehl daraus machte, daß die Verfassung von 1867 als ungültig anzusehen sei, formulierte sein böhmisches Staatsrecht, das, stark in den magyarischen Gedankengängen wandelnd, auf einen staatsrechtlichen Trialismus hinarbeitete, auf eine Selbständigkeit der böhmischen Länder und natürlich die Herrschaft der Tschechen über die anderen Völker. Niemals vermochten sie einzusehen, warum die Magyaren, die im Jahre 1526 gleichzeitig, unter gleichen Bedingungen, an Österreich gekommen waren, eine Sonderstellung besitzen sollten — sie nicht.

Der tiefe Groll der Slawen fand seinen Ausdruck in der berühmten „Pilgerfahrt" nach Moskau, die sie in demonstrativer Weise im Mai 1867, gerade in dem Monat also, da der österreichische Reichsrat zusammentrat, veranstalteten.[289] Eine Anzahl von Tschechen — darunter Rieger und Palacky — Kroaten, Ruthenen und Slowenen reisten in die alte Hauptstadt des Moskowiterreiches, angeblich um die dort eröffnete ethnographische Ausstellung zu besichtigen, in Wirklichkeit aber um vor aller Welt das Zeugnis abzulegen, daß sie seit dem Siege des Dualismus nur mehr in Rußland das Heil der Zukunft erblickten. „Prag," so erklärte Rieger selbstbewußt, „bereitet die slawische Zukunftsidee vor und wir, seine hier versammelten Kinder, bringen diese Idee aus Prag nach Mütterchen Moskau." Die slawischen Brüder wurden in Moskau mit ausgesuchter Herzlichkeit empfangen und gefeiert, wobei sich die Reisegesellschaft, die größtenteils nicht das Französische beherrschte, wie auf dem großen Slawenkongreß von 1848, vor die Notwendigkeit gestellt sah, sich der verhaßten deutschen Sprache zu bedienen.

Praktischen Nutzen hatte die Pilgerfahrt nach Moskau, so viel man sieht, nicht eingebracht. Die Tschechen behaupteten zwar, Rußland habe ihnen Schutz gegen die Eroberungssucht Preußens, das im letzen Kriege bewiesen habe, daß es Böhmen nehmen wollte, zugesagt. Dagegen waren die Polen über diesen Huldigungszug der Slawen nach Rußland schwer verstimmt. Sie legten alsbald ein Bekenntnis zum dualistischen Staat und zur Krone ab und verbanden sich mit den Deutschen. Von diesen wie den Magyaren wurden die Moskaupilger als Landesverräter angesehen, und auch in ganz Europa — von Rußland abgesehen — verurteilte man das Vorgehen der Tschechen. Aber als Symptom der Verbitterung erscheint die Moskauer Pilgerfahrt ebenso bedeutungsvoll wie die Abstinenz vom Reichsrat, der von vornherein zu einem Rumpfparlament gestempelt wurde.

Von einer „Versöhnung" der Völker im Habsburgerreiche war man also noch weit entfernt — vielleicht weiter denn je. Wohl waren die Magyaren, das heißt nur ein Teil, be-

friedigt, aber auf wie lange? Der Völkerstreit des alten Österreich war geblieben, er hatte sich gerade durch den Dualismus verschärft und versteift, aber die Einheit des Kaiserstaates Österreich, der jetzt nicht mehr so genannt werden durfte, war dahin. Wieder wurde vom Zerfall Österreichs gesprochen. Der Dualismus, so erzählt uns Eduard Bauernfeld, wurde als der „Anfang des Endes" bezeichnet und ein geistreicher, witziger Kopf schlug vor, den Freiherrn von Beust, an dessen Namen sich die Zweiteilung des Reiches knüpfte, zum Grafen „finis Austriae" zu ernennen.

Vom einstigen Lehrer des Kaisers, Baron Lichtenfels, fiel das treffende Wort: Er hätte es begriffen, wenn man v o r dem Kriege mit Preußen den Ausgleich geschlossen hätte. „Denn," so fügte er zur Erklärung hinzu, „wenn mir die Reichseinheit auch als ein hohes Gut gilt, so sehe ich ein, daß es notwendig gewesen wäre, Ungarn zu versöhnen, um unterstützt durch die öffentliche Meinung Ungarns in den Krieg zu gehen, der über die Zukunft Österreichs entscheiden konnte. Was ich aber nicht zugebe, das ist, daß nach dem Verluste der Stellung Österreichs in Deutschland und Jtalien, also zu einer Zeit, da wir unsere inneren Aufgaben lediglich nach dem Gesichtspunkte der Staatsnotwendigkeiten zu lösen haben, diese großen Opfer gebracht werden sollen."

Wie wenig hoffnungsfreudig der Anbruch der „Neuen Ära" begrüßt wurde, zeigt die von einem „Deutschösterreicher" im März 1867 verfaßte Schrift mit dem ominösen Titel „D e r Z e r f a l l Ö s t e r r e i c h s". Der Grundgedanke dieser als Stimmungsbild überaus interessanten Broschüre ist kurz der: Der Kaiserstaat befindet sich in einem „Verwesungsprozeß"; schon kann man aus dem Völkerchaos die Gruppen erkennen, „die sich ruhig wie in einem unabwendbaren Naturprozesse im gegebenen Augenblick den stamm- und interessenverwandten Staatenbildungen assimilieren werden". Also nicht bloß eine Änderung des Ministeriums oder etwa ein Wechsel in der Dynastie! — „auf dem Zerfall Österreichs beruht das Leben und der Friede der Nationen und der Staaten Europas".

Nachdem der Verfasser alle Sünden und Versäumnisse der absolutistischen Ära, der „Pfaffen- und der Säbelherrschaft", der „gebrochenen" Kaiserworte, der unglücklichen äußeren und inneren Politik, die Österreich zu einem „Bettlerstaat" gemacht, unbarmherzig bloßgelegt hat, stellt er die zwei neuen Tatsachen fest, daß erstens die Monarchie mit dem Austritt aus dem deutschen Bund als deutsche und europäische Großmacht zu bestehen aufgehört habe und daß zweitens der Ausgleich mit Ungarn „um jeden Preis" die Zweiteilung des Reiches, der Staatsbankerott Österreichs sei — die Revolution, aus deren Asche aber kein verjüngter Phönix Neu-Österreich, sondern eine neue Staatenorganisation Europas hervorgehen wird. Denn in demselben Momente, in dem man jenseits der Leitha den Magyaren die Hegemonie über alle Nationalitäten der Osthälfte überträgt, wird sich das Schauspiel wiederholen, welches das Jahr 1848 in wilden Schauern geboten: Gegen die Magyaren stehen die Serben, die Kroaten, die Rumänen und die Slowaken auf, auch die Deutschen Siebenbürgens und die Ruthenen; die Tschechen und die Polen erheben gleiche Forderungen, und glaubt man diesen verweigern zu müssen, was man „im blinden Verkennen" der inneren Lage einseitig den Magyaren gewährte, so mehren sie die Reihen der Feinde Ungarns, für welches die Regierung mit der Dynastie eintritt. In dichter Kette umschließt dann die Opposition die Magyaren von der Militärgrenze angefangen im großen Halbkreise, Galizien im Rücken, bis hinauf nach Böhmen, während im Innern Ungarns selbst die süd- und nordslawischen Stämme ihre Keile hineintreiben in die zersprengten Reihen der Magyaren. Das krause Völkergemetzel ist dann fertig. Alle bisherigen Systeme, der Absolutismus, der Zentralismus, der Föderalismus und der Dualismus haben es nicht vermocht, eine Konsolidierung der polyglotten Elemente zustande zu bringen. Der Satz von dem Bestande Österreichs als einer europäischen Notwendigkeit ist zur inhaltlosen Phrase herabgesunken, die nur noch bei den wundersüchtigen Diplomaten Glauben findet.

Dann fährt der Verfasser nachdrucksvoll fort: „Der deutsche Einheitsstaat wird erst dann begründet sein, wenn

in ihm auch die deutschen Provinzen Österreichs die gebührende Stellung gefunden haben. Wie die Konsolidierung des italienischen Einheitsstaates den Abfall Venedigs erheischte, so bedingt der des deutschen Einheitsstaates naturgemäß den Abfall der deutschen Provinzen Österreichs." Zu den deutschen Provinzen gehört auch Böhmen und Mähren, „altes deutsches Kulturland", und aus wirtschaftlichen Gründen Triest und Istrien. Alle übrigen Länder der Monarchie sollen sich zu einem großen Donaureiche verbinden, das die von Österreich „so gründlich verkannte" Mission im Osten zu erfüllen hat. Die zahlreichen Stämme der Südslawen werden da in einer freien Völkerkoalition auf föderativer Grundlage zu einem Staatswesen vereinigt sein. Die Ungarn, ohne Unterschied der Partei, verfolgen die vollständige Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihres Landes, in letzter Konsequenz also den Abfall von Österreich.

So harren sie denn, wie die Südslawen, nur des ersten Zeichens, das ihnen den Beginn der Lösung der orientalischen Frage verkündet. Die Russen werden sich dem Schmerzensschrei der Ruthenen nicht widersetzen und in Galizien einrücken, das nicht geschützt ist. So bilden sich aus dem österreichischen Völkerchaos drei große Gruppen: das Donaureich, Italien und Deutschland. Der Ausbau aber ist unmöglich, so lange Österreich besteht. „Soll demnach dem Zustand des bewaffneten Friedens in Europa ein Ende gemacht werden, so müssen sich alle Großmächte gegen den Bestand Österreichs wenden. Der Zerfall Österreichs ist eine europäische Notwendigkeit."

Vom drohenden „Zerfalle" Österreichs ist auch in jener Schrift Heinrich Friedjungs die Rede, die, zehn Jahre nach der Teilung des Reiches erschienen, vom Ausgleiche handelt und in anschaulicher Weise zeigt, wie tief die Entrüstung über die „gewaltsame" Aufdrängung des Dualismus, diesen „Schlag ins Gesicht", bei den Deutschösterreichern nachwirkte.

„Kein ehrlicher Deutscher," so heißt es da, „wird die dermalige Übervorteilung des westlichen Staates anders als mit Schamröten erzählen." Mit Bitterkeit spricht Friedjung

von der politischen „Hegemonie" eines an Bildung und wirtschaftlichem Sinne tief unter den Deutschen stehenden Volkes und der faktischen Tributpflichtigkeit Österreichs an den ungarischen Staat. Warum hat das Parlament, so fragt er, gegen diese Abmachung keine Verwahrung eingelegt, warum hat es stumm und gehorsam diesen „Fußtritt" von seiten der Magyaren hingenommen? Seit dieser selbstverschuldeten Niederlage ist in die österreichische Bevölkerung jener „verheerende Pessimismus" eingezogen, der jede Bürgschaft auf eine bessere Zukunft abgeschnitten zu haben scheint.

Das Vertrauen in die Monarchie sank immer tiefer. „In allen öffentlichen Lokalen, in jedem gesellschaftlichen Zirkel wird unverhüllt der Zerfall des Staates diskutiert und Provinzen werden unter den Nachbarstaaten verteilt."

„Dieses Übel," so fährt Heinrich Friedjung erklärend fort, „ist aber nichts anderes, als daß wir einfach nicht wissen, welchem Staate wir angehören und für welche Prinzipien wir eintreten müssen. Seitdem der Zentralismus in Österreich aufgegeben ist, seitdem der Gedanke an ein großes, Ungarn umfassendes Österreich ein Irrwahn ist, welcher durch die unabhängige staatliche Stellung Ungarns in das Reich der Fabel gewiesen ist, seitdem wir zudem von Deutschland getrennt sind und der deutsche Gedanke nur nebenbei festgehalten wird, seitdem schwanken wir und haben wir kein Vaterland." Sind wir überhaupt österreichische Bürger? „Die offizielle Terminologie kennt nur ein Österreich-Ungarn, ferner ein Ungarn, aber kein Österreich." Der Österreicher ist jetzt ein „Bürger der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder", wie der amtliche Ausdruck für Österreich lautet.

Auch Kaiser Franz Joseph soll später oft Anwandlungen der Reue darüber, daß er 1867 mit den Zugeständnissen an Ungarn zu weit gegangen sei, gehabt haben — doch erfuhr man davon erst nach seinem Tode.[290] Man kann sagen, es war eine tragische Schuld, die der Monarch und seine beiden unmittelbaren Vorgänger auf sich geladen, daß Ungarn jetzt in demselben Maße zu viel erhielt, als ihm vordem zu wenig

gegeben wurde. Der Dualismus, der tatsächlich, wie vor dem Feldzuge von 1866 Bismarck geraten hatte, das politische Schwergewicht nach Ofen verlegte, war eine Ausgeburt des tiefen Mißtrauens, das die Magyaren — nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts war es leider nicht unberechtigt — gegen das Wiener Kabinett in vollstem Maße hegten. Sie wollten nunmehr einen maßgebenden Einfluß darauf erhalten — und dies sollte ihnen auch gelingen.

Möglich, daß der Kaiser, wie so vieles früher, auch den Ausgleich nur als ein Provisorium ansah. Aber gerade hier, obwohl doch die Grundvoraussetzung, das Zusammengehen gegen Preußen, rasch hinfällig wurde, hielt er, so lange er lebte, ehrlich und unverbrüchlich an dem einmal geschlossenen Pakte fest.

In weiten Kreisen übrigens wurde der Dualismus als der Grundpfeiler der Großmachtstellung der Monarchie angesehen. Der Aufschwung, den unzweifelhaft die Donaumonarchie in der „Neuen Ära" wirtschaftlich und kulturell genommen hat, gab dieser Auffassung recht.

Allein gerade das Aufblühen der geistigen und materiellen Kultur wurde zum Verhängnis! Wären die nichtdeutschen Völker in der westlichen Hälfte der Monarchie wirklich, wie naive Leute sich einreden ließen, „unterdrückt" worden, so hätte sich die Herrschaft der Deutschen, eine der Voraussetzungen des Ausgleichs, vielleicht behaupten lassen. Aber es geschah nicht und die wirtschaftliche und geistige Kräftigung der bisherigen „Bedientenvölker" steigerte auch ihre politische Bedeutung — die innere Lüge des Dualismus, der staatsrechtlich ein „Unding" war, trat immer stärker ans Tageslicht.

In der Tat geht der innere Zersetzungsprozeß, schon lange dem feineren Auge und Ohr vernehmbar, nun mit unheimlicher Stetigkeit vor sich. Der Dualismus war, wie es die Folge lehren sollte, nicht der starke Grundpfeiler der Monarchie, sondern ihr — Grab. Heute, nach dem Zusammenbruch des alten Kaiserstaates, dies zu erkennen, fällt nicht schwer; aber schon die Zeitgenossen hatten das richtige Gefühl dafür, daß die kräftige Stütze nur eine Krücke war.

Das sagte uns Anastasius Grün in seinem „Dualismus“ überschriebenen Gedicht:

Austria, man schnitt Dir zwei kunstgedrehte Stäbe,
Stützen, daß Dein Körper frei sich vom Fall erhebe,
Doch nicht will das Vorwärtsschreiten, kann das Stillsteh'n glücken,
Denn die Stäbe, recht besehen, nennt man, mein' ich — Krücken.

II. BUCH

DIE NEUE ÄRA — AUFLÖSUNG DES REICHES

1. KATASTROPHENPOLITIK IM INNERN UND NACH AUSSEN. AUSGREIFEN NACH DEM OSTEN

Das alte Österreich war in zwei Teile auseinandergerissen worden, aber es war — nunmehr endgültig — in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingerückt. Die Dezemberverfassung von 1867 bildete den Preis, den Kaiser Franz Joseph für den Ausgleich mit Ungarn bezahlen mußte. Gerne hat er es nicht getan — begreiflich. Nicht einmal Beust, der des Monarchen Bedenken zu überwinden hatte, scheint sich davon viel Segen für das Donaureich versprochen zu haben, sagte er ihm doch zur Begründung seines Drängens: Konstitutionelle Einrichtungen seien eine Notwendigkeit, so sehr sie auch für die Regierung unbequem und — so unvereinbar sie mit der Vielgestaltigkeit der Monarchie erschienen. Aber je größer die Schwierigkeiten seien, um so unabweislicher sei es auch, die Verantwortung für sie mit einer aus dem Volke hervorgehenden Vertretung zu teilen.[291]

Die Anfänge der „Neuen Ära" waren nicht gut. Beust brauchte ein halbes Jahr, um ein Kabinett zusammenzubringen. Der Reichskanzler legte Wert darauf, in dem Ministerium die glänzendsten Vertreter der deutschen Verfassungspartei vereinigt zu sehen; allein sie zeigten wenig Lust dazu, sie ließen sich bitten und traten nur unter vielen Wenn und Aber in die Regierung ein. Das gilt in erster Linie von Eduard Herbst, der ob seiner überragenden Stellung den Spottnamen „König Eduard von Deutschböhmen" erhalten hatte. Ihm mag Johann Nestroy aus der Seele gesprochen haben, wenn er warnend meinte: „In Österreich hat sich jeder zu hüten, daß er nicht eines Tages Minister wird." Der Volkswitz erzählte sich von dem Grafen Potocki, der auf der Suche nach einem Ministerium einem Einspännerkutscher zuwinkte. Der biedere Mann rührte sich nicht; neuerdings angerufen, schrie er entrüstet dem Grafen

zurück: „Um ka G'schloß komm' i, i will ka Minister werden." Hinter dieser sehr lustig klingenden Erzählung verbarg sich eine tiefernste Tatsache. So wenig erfreulich auch die in der Folge oft zutage tretende Jagd nach einem Ministerportefeuille war, ebenso bedenklich war doch auch dieses heftige Widerstreben, in die Regierung zu gelangen. Man darf darin ein deutliches Zeichen dafür erblicken, daß sich die Deutsch-Liberalen der Schwierigkeiten, die ihrer harrten, vollkommen bewußt waren und — vielleicht auch — daß sie sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen fühlten. Man darf sagen: Es fehlte ihnen der Wille zum Herrschen, und dahinter barg sich wieder als tieferer Grund — eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem Staate. War aber eine solche Partei befähigt, die Führerrolle in der westlichen Hälfte der Monarchie, die ihr durch die dualistische Neuordnung zugefallen war, mit Erfolg durchzuführen?

Das neue, sogenannte „Bürgerministerium", das im Dezember nach schweren Geburtswehen ins Leben trat und an dessen Spitze ein — Hocharistokrat, Fürst Carlos Auersperg, stand, zeigte gleich zu Beginn seines Wirkens alle die Fehler und Mängel, die den Deutsch-Liberalen bis zu ihrem Sturze anhafteten und die diesen auch herbeiführten. Sie liegen heute klar zutage, und wenn wir sie hier wieder, gleichsam im Fluge, aufdecken, so geschieht es beileibe nicht in der Absicht, ihre Verdienste um den Staat, um die Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Kultur der Monarchie, herabzusetzen, sondern um diese Schwächen als Folge der vorausgegangenen und als Ursache der späteren, gleich verhängnisvollen Entwicklung der politischen Lage des Donaureiches zu erklären.

Es ist von den Deutsch-Liberalen gesagt worden, sie seien mehr liberal als deutsch gewesen — daran ist viel Wahres. Sie sahen nur die Sünden der langen Ära des Absolutismus, die Schäden der politischen und kirchlichen Zwangsherrschaft. Die Macht des Staates und der Kirche war für sie das rote Tuch, in dem Gegensatz von Fürst und Volk erblickten sie den Inhalt alles politischen Lebens, die Regierung war der „böse Feind", der bekämpft werden mußte. Doktrinär, starrsinnig, rechthaberisch — ihre Führer waren

meist Advokaten — faßten sie die großen politischen Fragen des Tages als einen Rechtsprozeß auf, der gegen die Regierung zu gewinnen war. Gegen die Minister, die sich immer wie auf der Angeklagtenbank fühlen mußten, wurde ein förmliches „Scheibenschießen" veranstaltet — und das Merkwürdige dabei war, daß es die „Regierungspartei" war, von der diese Opposition kam. „Unentwegt" hielten sie an ihren Prinzipien fest, nach oben und nach unten, duldeten kein Kompromiß und schufen sich überall Feinde. Volkstümlich sind sie nie geworden und legten anscheinend auch gar keinen Wert darauf. Der Kampf für die „freie Schule" und die „freie Gemeinde" nahm sie so sehr in Anspruch, daß sie darüber alle anderen Interessen vergaßen, auch — das Deutschtum.

Ob die Deutsch-Liberalen wohl eine Ahnung davon besaßen, daß durch die mit aller Macht in die Wege geleitete freiheitliche Entwicklung, aus der gerade die kulturell zurückstehenden nichtdeutschen Nationen den größten Vorteil zogen, den Deutschen der Boden entzogen wurde und sie sich selber das Grab schaufelten? Es war schließlich derselbe traurige Zirkel, in dem sich auch die Aufklärungsarbeit Joseph II., „des Deutschen", bewegte – und sie hätten ihn auch bewußt wieder gemacht, weil sie so sehr von der Überlegenheit der deutschen Bildung und von ihrer großen Bedeutung als Staatsvolk überzeugt waren, daß sie sich gar nicht vorstellen konnten, es könnte einmal anders werden. Sicherlich lebten sie in dem guten Glauben, auf der Plattform des „Fortschrittes" alle anderen Nationen vereinigen zu können, weshalb ihnen eine Gleichstellung der Verfassungspartei mit dem Deutschtum direkt als verpönt gelten mußte. Es kam hinzu, daß sie als echte Kinder der Aufklärung und des Weltbürgertums die Bedeutung des nationalen Momentes unterschätzten, vielleicht absichtlich gering schätzten, weil sie mit unserem Grillparzer die nationale Bewegung als einen Rückfall „von der Humanität zur Bestialität" erblickten.

So waren sie denn allerdings mehr liberal als deutsch — nur darf man dabei nicht übersehen, daß in ihren Gedankengängen beides eng verbunden nebeneinander ging. Es war

ihre ehrliche Überzeugung, daß die „Entfremdung Österreichs von Deutschland", wie dies Mühlfeld einmal zum Ausdruck brachte, aus der Zeit der Ferdinande herstamme und Königgrätz dieselbe nur durchgeführt habe. Hier galt es also für sie, den Hebel anzusetzen, und so stürzten sie sich alsbald in den Kampf gegen das Konkordat, das übrigens schon durch die Staatsgrundgesetze schwer erschüttert war. Es mußte sie überdies schwer verdrossen haben, daß Papst Pius IX. — derselbe Papst, der seinerzeit den Römern eine Verfassung gegeben und nicht wenig zur Erhebung der Italiener gegen Österreich im Sturmjahre beigetragen hatte! — die Dezemberverfassung als „verdammenswert" und als „durchaus nichtig und ungültig" erklärte. Die interkonfessionellen Gesetze, die dem Staate die ihm durch das Konkordat entzogenen Rechte zurückgaben, riefen, als sie im Jahre 1868 dem Parlamente vorgelegt wurden, leidenschaftliche Debatten hervor und regten die öffentliche Meinung lebhaft an. Man weiß, wie sich damals der alte Grillparzer auf einem Tragsessel ins Herrenhaus führen ließ, um seine Stimme abzugeben, worauf ihm die Studenten vor seiner Wohnung eine Freudenkundgebung bereiteten. Die freiheitlichen Gesetze erhielten die Sanktion des Kaisers, aber der Episkopat eröffnete gegen die Maigesetze von 1868 einen Sturm, der nicht ohne Wirkung blieb. Breite, kerndeutsche Bevölkerungsschichten in den Alpenländern wandten sich von der deutschen Verfassungspartei ab — so war in die Deutschen selbst ein Keil getrieben, der, sich immer tiefer in den Volkskörper bohrend, ihre Herrschaft erschütterte.

Und gerade jetzt wäre ein festes Zusammenhalten, ein geschlossenes Vorgehen der Nation, die zur Führung in Österreich berufen war, notwendig gewesen; denn der nationale Gedanke war keineswegs eingeschlafen, sondern lebte im Zusammenhange mit den autonomistischen Tendenzen kräftig auf — selbst bei den weltbürgerlichen Deutschen. Das Schützenfest, das im Sommer 1868 unter lebhafter Beteiligung der Süddeutschen in Wien abgehalten wurde, gestaltete sich zu einem großen Verbrüderungsfeste des deutschen Volkes, zu einer solennen Kundgebung für die großdeutsche Idee. „Wir waren eins, wir bleiben eins", so

erscholl es in vielen Variationen. Aber in den Festesjubel mischt sich ein trauriger Ton — es ist die Frage nach dem Schicksal der Deutschösterreicher. Ergreifend wirkt es, wenn da Kuranda über den „furchtbaren" Wandel der Lage klagt, seitdem, wie er meint, die nichtdeutschen Nationalitäten nicht mehr das Bewußtsein hätten, daß hinter den Deutschen in Österreich eine große und mächtige Nation stehe.

Nirgends äußerte sich das nationale Bewußtsein stärker als bei den Tschechen, den Hauptveranstaltern der Moskauer Pilgerfahrt vom Mai 1867. Gleich zu Beginn des nächsten Jahres kam es anläßlich eines Bankettes zu Ehren Doktor Herbsts, der ins Kabinett berufen worden war, zu Straßenkundgebungen. Im Frühjahr 1868 weilte Prinz Jerôme Napoleon auf der Durchreise ein paar Tage in Prag und empfing den Besuch Palackys und Riegers. Die Tschechen fühlten sich nicht wenig geschmeichelt. „Die Augen Europas sind auf Prag gerichtet," hieß es stolz in einem der tschechischen Blätter. Als kurze Zeit darauf Kaiser Franz Joseph zur Einweihung der neu erbauten Elisabeth-Brücke nach Prag kam, machte die tschechische Bevölkerung demonstrativ Ausflüge in die Umgebung der Moldaustadt. Durch Plakate war jeder, der sich an dem Empfang des Monarchen beteiligte, zum Verräter an der tschechischen Nation gestempelt worden. So konnte denn in der Tat Kaiser Franz Joseph sagen: „Die Stadt macht einen völlig deutschen Eindruck." Vielleicht war auch der Zeitpunkt der Feier — es war der 21. Juni — nicht glücklich gewählt, denn die Tschechen erinnerten sich, daß an diesem Tage das Prager Blutgericht von 1620 stattfand. Mit sichtlichem Nachdruck erklärte der Kaiser einer Deputation der deutschen Studentenschaft gegenüber: „Mögen Sie tüchtige Staatsmänner werden, denn ich rechne auf die deutschen Studenten; ich muß auf sie rechnen."

Kaiser Franz Joseph war für den Augenblick auf die Tschechen nicht gut zu sprechen. War er doch nicht bloß wegen der Einweihung der Moldaubrücke nach Prag gekommen, sondern auch um eine Verständigung mit ihnen herbeizuführen — und sie war gescheitert: die Be-

sprechungen, die der Reichskanzler mit Rieger und Palacky abhielt, führten zu keinem Ergebnis. Aber eine andere Folge hatten sie gezeitigt. Der Ministerpräsident Graf Auersperg, hinter dessen Rücken dieser Versöhnungsversuch gemacht wurde, war so verstimmt, daß er Hals über Kopf die böhmische Hauptstadt verließ und sich von den Geschäften zurückzog, bis er durch Taaffe ersetzt wurde. Auf dem für den Sommer einberufenen Landtag in Prag regnete es Proteste gegen die Dezemberverfassung. Die Tschechen, die ihm fern geblieben waren, überreichten eine feierliche „Deklaration," worin sie ihre staatsrechtlichen Forderungen bekanntgaben. Sie gipfelten in dem alten Verlangen nach Wiederaufrichtung des dreieinigen Königreiches Böhmen, Mähren und Schlesien. Nur eine Übereinkunft des Königs mit der „historisch-politischen" Nation der Tschechen könne aus den durch das Februarpatent geschaffenen Wirren herausführen. Auch die Tschechen in Mähren stellten sich mit einer staatsrechtlichen Verwahrung ein. Als diese Deklarationen zurückgewiesen wurden, kam es zu Demonstrationen und Straßenexzessen, so daß sich die Regierung genötigt sah, im Oktober 1868 über Prag den Ausnahmszustand zu verhängen.

Glücklicher als die Tschechen waren die Polen. Sie erhielten als Lohn dafür, daß sie ihre föderalistischen Ansprüche aufgaben und sich auf den Boden der Dezemberverfassung stellten, für Galizien die innere polnische Amtssprache und die Autonomie des Schulwesens eingeräumt, was einer Polonisierung des Landes gleichkam. Aber damit hatten sie keineswegs auf ihre großpolnischen Wünsche Verzicht geleistet. Als in der Landtagssitzung vom 24. September 1868 Smolka eine Nationalregierung für Galizien, das durch Personalunion mit den übrigen Ländergruppen der Monarchie verbunden sein sollte, verlangte, trat ihm der Statthalter Goluchowski entgegen, und die Begründung aus dem Munde des Vertreters der Staatsgewalt ist interessant genug. „Denn wir stehen hier doch," erklärte er, „als Teil Polens, und einen föderativen Organismus schaffen, das hieße eben unserer zwar nebelhaften, aber doch immer möglichen Zukunft auf immer den Weg verrammeln." Der

österreichische Staat war so wirklich nur ein „leidlich behagliches Notunterkommen".[292] Eine sehr feste, zuverlässige Stütze für den Fall der Not war nicht gewonnen, aber eines wurde mit unfehlbarer Sicherheit erreicht: die Ruthenen, die anfänglichen Schoßkinder der Wiener Regierung, wurden der russischen, panslawistischen Propaganda in die Arme getrieben. Außerdem mußte die den Polen gewährte Sonderstellung auf die Stimmung der Tschechen noch aufreizender wirken.

Auch in den anderen gemischtsprachigen Provinzen gärte es. In Dalmatien, das in der Theorie einen Teil Ungarns bildete, tatsächlich aber — in staatsrechtlicher Hinsicht auch ein Unikum! — unter österreichischer Verwaltung stand, kam es zum offenen Aufstand. Die Bocchesen weigerten sich, ihre Söhne in die österreichische Landwehr eintreten zu lassen. Auch hier mußte der Ausnahmszustand und schließlich das Standrecht verhängt werden. In Triest gab es blutige Zusammenstöße zwischen Italienern und Slowenen, in Laibach solche zwischen Deutschen und Slowenen. Die Welschtiroler, die den Innsbrucker Landtag nicht beschickt hatten, forderten wiederum volle Autonomie und veranstalteten irredentistische Kundgebungen. Kurz, überall machten sich die zentrifugalen Bestrebungen geltend, und der spottlustige Johann Nepomuk Berger, jetzt Minister, durfte bei einem Bankett am 17. September 1868 sagen: „Heute will jede Nation, ja, jedes Natiönchen seinen Ausgleich haben — nach dem Ausgleich. Selbst die bescheidenen Gottscheer werden schließlich eine Pragmatische Sanktion über gemeinsame Orangen verlangen." Die Situation aber war gar nicht zum Scherzen!

Der Ausgleich mit Ungarn, die dualistische Gestaltung des Habsburgerreiches, hatte — so viel war schon zu sehen — geradezu verheerende Wirkungen gezeitigt. Es war schon so, wie der Minister Berger ironisch bemerkt hatte, daß jetzt jede Nation, auch die kleinste, ihren besonderen „Ausgleich" haben wollte. Das Bedenklichste an der Lage war wohl, daß sich das Ausland mit dem „österreichischen Problem" wieder stark zu beschäftigen anfing und dafür aus den verschiedensten Teilen und Kreisen der Monarchie

selbst interessiert wurde. Im März 1869 war Dr. Rieger in der Absicht nach Paris gekommen, die tschechischen Wünsche zu einer zwischenstaatlichen Angelegenheit zu stempeln. Dem Kaiser Napoleon überreichte er eine Denkschrift, worin er ihm das tschechische Staatsrecht ans Herz legte — als das geeignetste Mittel, den preußischen Ehrgeiz und die deutsche Einheitsbewegung niederzuhalten. Ein germanisiertes Böhmen würde gewiß die Beute des preußischen Deutschland werden, ein slawisches niemals. Frankreich müsse wünschen, daß das Haus Österreich das föderalistische Programm annehme. Dieser Appell Riegers, dann die Alarmrufe, die von den Ufern der Moldau und der Donau kamen, verfehlten nicht ihre Wirkung. Die Franzosen interessieren sich für die tschechische Frage, wie dies der Artikel Saint René Taillandiers „L'Autriche et la Bohême en 1869" in der „Revue des Deux Mondes" deutlich zeigt. „Österreich," so heißt es da mit Nachdruck, „wird eine Föderation werden oder es wird kein Österreich mehr geben."

Die großen Gegensätze, die das gesamte öffentliche Leben in so stürmische Bewegung versetzten, machten sich bald auch im Kabinette fühlbar. Die Harmonie unter den Mitgliedern desselben, fast durchwegs „starken Persönlichkeiten", wie man milde die Eigenschaft der Unverträglichkeit zu umschreiben pflegt, war ohnehin von allem Anfang an nicht die beste. Auf diese ebenfalls bedenkliche Tatsache der Uneinigkeit im Ministerium spielte der immer sarkastische Minister Berger an, als er auf den Segensspruch, den der Ministerpräsident Graf Auersperg bei der Eröffnung der Sitzungen kundgab: „Alle für Einen, Einer für Alle", die spitze Bemerkung machte: „Wie sollen wir füreinander einstehen, wenn wir uns nicht ausstehen können?" Aber ehe noch zwei Jahre um waren, konnten sie wirklich nicht mehr füreinander einstehen. Während Plener, Hasner, Giskra, Herbst und Brestel als „Verfassungstreue" an der einmal eingeschlagenen Bahn des Zentralismus festhielten, vertraten Potocki, Taaffe und der eben erwähnte deutschbürgerliche Berger die Anschauung, daß es auf diesem Wege nicht mehr weiter gehe und mit der gesamten nationalen Oppo-

sition eine Verständigung erzielt werden müsse. Beide Gruppen überreichten dem Monarchen im Dezember 1869 eine Denkschrift, in der sie ihre Ansichten auseinandersetzten. Die schon lange schleichende Ministerkrise war akut geworden; man war wiederum an einem Scheidewege angelangt.

Just in diese Zeit der Kabinettskrise fällt das Erscheinen einer Schrift, die ungeheures Aufsehen machte — „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" — aus der Feder Adolf Fischhofs, des „Weisen von Emmersdorf". Gleich Andrian, Anton Springer und Mühlfeld tritt hier der Verfasser mit dem ganzen Rüstzeug seiner reifen politischen Erkenntnis für die Föderalisierung des habsburgischen Völkerstaates ein. Er erinnert eingangs an ein von ihm unter dem Eindruck des Ausgleiches von 1867 niedergeschriebenes Wort: „Keine der großen Nationalitäten Österreichs kann für sich allein den Bestand der Monarchie sichern, aber jede derselben vermag durch ihren Widerstand das Reich zu gefährden; destruktiv einwirken kann jede einzeln, konstruktiv vorgehen können nur alle vereint."

Überall, so führt Fischhof aus, ist nationaler Hader, und doch ist Österreich im Besitze einer freiheitlichen Verfassung, an deren Bau Männer von hohem Ernst und sittlicher Begabung beteiligt waren. Und doch erscheint dieses Gebäude trotz seiner gerühmten Architektur für die Mehrzahl derer, die sich darin häuslich niederlassen sollen, unwohnlich. Irgend etwas muß da nicht in Ordnung sein. Auffallend ist es schon, daß, während die einen Österreich als die sicherste Bürgschaft des europäischen Gleichgewichtes preisen, die anderen ihm den sicheren Zerfall voraussagen. Ein Aggregat von Volksindividualitäten wie Österreich, so sagen diese, sei dem Untergang geweiht; „es werde ein Teil nach dem anderen aus dem losen Gefüge sich herausbröckeln oder während eines Sturmes der ganze morsche Bau plötzlich aus den Fugen gehen." Österreich zeigt eben eine ganz eigentümliche Doppelnatur: neben Regungen der größten Kraft stehen — ganz unvermittelt — solche der ärgsten Schlaffheit. „Es schnellte sich nie so rasch zu ungeahnter Höhe empor, als wenn es am tiefsten gesunken

schien und war nie dem Sturze so nahe, als wenn es sich scheinbar im Zenith seiner Macht befand." Der große Haufe schreit bald ein „Hosianna", bald ein „De profundis". Allein so heftige und jähe Sprünge im Charakter und Leben eines Staates wie in dem Urteil der öffentlichen Meinung sind höchst bedenklich; „denn außer der zweifellosen Lebensunfähigkeit gibt es für den Staat kaum etwas Gefährlicheres als der häufig wiederkehrende Zweifel an seiner Lebenskraft; er entmutigt die Freunde, ermutigt die Gegner und untergräbt das Vertrauen in die eigene Kraft."

Österreich muß, so betont der Verfasser, allen Nationalitäten gerecht sein, weil keines seiner vielen Völker mächtig genug erscheint, die anderen Volksstämme zu unterwerfen und dem Staate dauernd sein Gepräge zu geben. Gerechtigkeit — das ist die große sittliche Idee, die ihm zugrundeliegen muß. „Es ist daher ein Lebensinteresse des Nationalitätenstaates, die Gefühle seiner Völker zu schonen, alles von ihnen ferne zu halten, was sie an Fremdherrschaft mahnt, und ihre Wünsche soweit zu erfüllen, als seine eigene Sicherheit es ihm gestattet. Er muß ihnen somit die Garantie bieten, daß eines dem anderen nicht subordiniert, sondern koordiniert sei, daß sie nicht als Parteien gegen-, sondern als Verbündete neben- und miteinander gehen: denn was die Volkseinheit für den Nationalstaat, das ist die Völkereinigkeit für den Nationalitätenstaat." Den Deutschen bleibt, auch ohne daß sie wie bisher auf die nichtdeutschen Völker durch die deutsche Sprache einen Zwang ausüben, eine hohe Aufgabe. „Wenn wir mit deutscher Humanität die Rechte der anderen Nationen achten, ihre Sprach- und Kulturentwicklung fördern, dann werden wir die Völker Österreichs zwar nicht besiegen, aber gewinnen, nicht unterwerfen, aber unterweisen, nicht beherrschen, aber führen."

Fischhof sieht gerade in den Einrichtungen der blühenden Schweiz den glänzenden Beweis, wie man mit einem Minimum von Zentralisation auskommen kann. Er erinnert an einen Gedanken, den schon zwanzig Jahre vorher das Rotteck-Welckersche Staatslexikon aussprach: „Die Schweiz ist ein republikanisches Österreich en miniature,

wie Österreich eine monarchische Schweiz im großen ist." Nirgends in ganz Europa findet man bei gleicher Schonung der Steuerträger eine gleich kräftige Förderung des öffentlichen Wohles. Mit sichtbarem Nachdruck stellt Fischhof die Tatsache fest, daß in der Schweiz 20 Prozent der Gesamtausgaben auf das Budget des Kultus und Unterrichts entfallen, während in Österreich nur 1¼ vom Hundert darauf verwendet werden.

Aber auch mit Rücksicht auf Österreichs staatliche Zukunft, erklärt Fischhof, ist die Monarchie auf eine bundesstaatliche Verfassung angewiesen. „Österreich muß, seiner geschichtlichen Entwicklung entsprechend, als Missionär des Abendlandes gegen Osten vordringen. Seine europäische Bedeutung liegt in dieser Sendung, die es aber nur als föderatives Reich zu erfüllen vermag. Bliebe es zentralisiert, so entspräche ein Machtzuwachs an der unteren Donau, im illyrischen Dreiecke, weder den Interessen seiner, noch denen der anzufügenden Länder; denn die zuwachsenden, halb zivilisierten Völker würden sich unseren höher entwickelten wie ein Bleigewicht an die Fersen hängen, jeden Fortschritt in der Gesetzgebung und Verwaltung erschweren und Österreich daran hindern, sich mit den übrigen Staaten Europas auf gleicher Kulturhöhe zu erhalten; aber auch die Nachbarvölker, deren Anschluß stattfinden soll, würden sich scheu von einem zentralistischen Staate fernhalten, der nur einem Volksstamme auf Kosten der anderen Raum zur nationalen Entwicklung gönnt... Mit Rußland rivalisierend, würde ein föderiertes Österreich bei weitem größere Chancen des Erfolges haben, da es nicht, wie jenes, die Völker gewaltsam absorbieren, sondern als Genossen in den freien Bund seiner Nationen einreihen würde. Selbst Polen würde sich dem österreichischen Staatenverein anschließen. Auch der von den Deutschösterreichern so sehnlich herbeigewünschte Anschluß an Deutschland würde im föderierten Österreich nicht, wie bisher, auf den hartnäckigen Widerstand der Nationalitäten stoßen."

Mit dem glänzenden Bilde eines starken Mitteleuropas schließt Fischhof seine tiefen Gedanken über Österreichs große Mission im Osten, die uns heute ganz eigentümlich

berühren. „Sind die Nationalitäten Österreichs," erklärt er, „in ihrer Existenz gesichert, dann werden sie zu einer näheren volkswirtschaftlichen und später selbst zu einer militärischen Verbindung, die ihrem Wohle entspricht, gerne die Hand bieten, und diese Anknüpfung kann, nach völlig beseitigter Furcht vor Germanisierung, allmählich zur mitteleuropäischen Föderation führen."

„Nur die Zentralisation," versichert Fischhof mit Nachdruck, „macht die Völker zentrifugal; man dezentralisiere Österreich, und sie werden zentripetal." Die Deutschen seien ihrer Vorherrschaft bisher nicht froh geworden. Seit zwanzig Jahren legte kein leitender Staatsmann sein Portefeuille nieder, ohne seinen staatsmännischen Ruf und die Interessen Österreichs geschädigt zu haben. „Wollen die jetzigen Lenker unserer Geschicke gleich Schmerzliches erfahren? Der gegenwärtige Moment ist ein geschichtlicher. Unsere Politiker stehen am Scheidewege; sie können auf dem bisherigen breitgetretenen Pfade österreichischer Staatskunst fortwandeln und das altehrwürdige Reich an den Rand des Abgrundes führen oder, die von der Natur vorgezeichnete Bahn verfolgend, eine staatsrechtliche Aufgabe lösen, an deren Größe keine unseres Jahrhunderts reicht. An ihnen ist es zu wählen."

Fischhofs gedankenreiche Studie fand in der Presse, die sich mit ihr angelegentlichst beschäftigte, eine sehr gemischte Aufnahme. Die offiziöse „Presse" hielt wohl seine Vorschläge für „nicht durchaus praktisch", aber sie räumte dem Verfasser wenigstens das „Verdienst" ein, die für die Monarchie so lebenswichtigen Fragen wieder in den Bereich der Diskussion gezogen zu haben. In den Organen der deutsch-zentralistischen Parteirichtung wurde Fischhof mehr oder weniger respektvoll als „Doktrinär" und „Phantast" abgetan. Die „Neue Freie Presse", die seinem Buche mehrere Artikel widmete, bezeichnete ihn als einen slawischen „Reaktionär" und beschuldigte ihn, er habe es unternommen, „die Deutschösterreicher ins Unrecht zu versetzen". Die „Konstitutionelle Vorstadtzeitung" sprach ihre „innerste Überzeugung" aus, daß das, was Fischhof als Rettung vorschlage, nichts anderes als der Weg zum Ver-

derben sei, und fügte grob hinzu: „Hätte Fischhof dieses Buch ungeschrieben gelassen, man hätte ihn für einen Staatsmann gehalten."

Heute weiß so ziemlich jedermann, wer in Wahrheit der „Staatsmann" war. Allein damals war den Deutschen Österreichs die von der absolutistischen Ära her gehegte zentralistische Auffassung schon derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß auch die intelligentesten Liberalen — und sie verfügten gewiß über sehr viel Intelligenz — nicht einsehen wollten, daß der Zentralismus mit der Vorherrschaft der Deutschen und der Magyaren, zu denen nun auch die Polen gekommen waren, nach der Epoche des Völkerfrühlings und nach dem Verlust der Vorherrschaft in Deutschland, ein Ding der Unmöglichkeit, daß der in der Verfassung verkündete Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten und die Suprematie eines Volksstammes ein innerer Widerspruch sei. Aber wenn man auch die Macht der ererbten Ideen noch so hoch einschätzt, muß es doch verwunderlich erscheinen, daß ein so demokratisches Blatt wie die „Konstitutionelle Vorstadtzeitung" vollkommen vergaß, daß in Kremsier der Volkswille sich für einen Mittelweg zwischen Zentralismus und Föderalismus ausgesprochen hatte und in dem damals zustande gebrachten Verfassungsentwurf viele Ideen niedergelegt waren, die jetzt als „philosophisch" und unstaatsmännisch verhöhnt wurden.

Kaiser Franz Joseph entschied sich indes, am 15. Jänner 1870, für die zentralistische Mehrheit des Kabinettes und so erhielten Taaffe, Potocki und Berger ihren Abschied. Schade, daß wir nicht wissen, was für eine boshafte Bemerkung Berger beim Auszug aus dem Kabinett gemacht hat — sie war sicher sehr treffend; vielleicht sagte er nur kurz: „Auf Wiedersehen!" Nun wurde ein neues Ministerium unter Hasner gebildet, doch es wollte nicht mehr vorwärts gehen. Ein von Giskra eingeleiteter Versuch, mit den Tschechen zu einer Verständigung zu gelangen, scheiterte. Die Polen, Rumänen, Slowenen und Italiener schlossen sich der Verschwörung gegen das Bürgerministerium an, die Klerikalen hatten schon früher

das Haus verlassen — man stand wieder an einer Schicksalswende.

Der polnische Magnat Potocki, ein höchst ehrenwerter Mann, wurde nun wieder, am 11. April, herbeigeholt, um, wie es im Programm des neuen Ministeriums hieß, „die Schwierigkeiten in der inneren Frage zu beseitigen und die Widersprüche zu versöhnen, welche der allseitigen und lebendigen Ausübung des verfassungsmäßigen Rechtes bisher entgegentraten". Aber auch ihm war kein Erfolg beschieden. Die Tschechen, kühner denn je, verlangten völlige Gleichstellung mit den Magyaren. In dem neuen Reichsrat — der alte war aufgelöst worden — fehlten sie wieder. Die deutsche Verfassungspartei und die Föderalisten hielten sich darin ungefähr die Wage. Wiederum fanden Neuwahlen statt, die den Verfassungstreuen eine Mehrheit verschafften. Sie wurde alsbald benützt, um dem föderalistisch gesinnten Grafen Potocki das Mißtrauen des Parlaments auszudrücken. Potocki erbat sich, schwer verbittert, am 24. November, die Entlassung, die aber erst nach Ablauf eines Vierteljahres angenommen wurde.

Mittlerweile hatten sich im Westen Europas grundstürzende Ereignisse vollzogen, die auch in der Donaumonarchie einen vollständigen Systemwechsel zur Folge haben sollten. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges gab dem „Revanchekanzler" Beust, der nach dem Abschlusse des Ausgleichs mit Ungarn in den Grafenstand erhoben worden war, die große Gelegenheit, die Absichten, die seiner Berufung auf den Ballplatz zugrunde lagen, der Verwirklichung zuzuführen. Man scheint wirklich in Wien an eine Vergeltung für Sadowa gedacht zu haben. Die Beziehungen zwischen Franz Joseph und Napoleon waren die besten; auch nach der Katastrophe von Queretaro, der Erschießung des Erzherzogs Maximilian, die doch geeignet gewesen wäre, eine Entfremdung der beiden Höfe herbeizuführen. Im Frühjahr 1870 weilte der Sieger von Custoza, Erzherzog Albrecht, in Paris, um, wie man bald erfuhr — denn daß der ernste Habsburger nur zum Vergnügen hingereist war, glaubten die wenigsten — mit dem französischen Generalstab einen gemeinsamen Operationsplan zu ent-

werfen. Dann kam der französische General Lebrun nach Wien, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Als am 15. Juli der Krieg erklärt war, nahm Österreich-Ungarn eine abwartende Stellung an. Aber die Depesche, die Graf Beust fünf Tage später nach Paris richtete, worin er erklärte, daß die Donaumonarchie Frankreichs Sache als die ihrige ansehe und zum Erfolge der französischen Waffen beitragen wolle, zeigte nur allzu deutlich, gegen wen die von ihr getroffenen militärischen Vorbereitungen gerichtet waren. Wohl gab die Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Andrassy, der in dem entscheidenden Kronrat vom 18. Juli die Rachegelüste mit aller Entschiedenheit bekämpft hatte, zu denken. Aber bevor das Wiener Kabinett zu einem Entschlusse kam, ob es die Neutralität weiter bewahren oder im Sinne der Abmachungen mit Frankreich sechs Wochen nach der Kriegserklärung gegen Preußen losschlagen sollte, fiel der vernichtende Schlag bei Sedan. Der preußische Gesandte, der im Auftrage Bismarcks der Hoffnung Ausdruck gab, daß sich Österreich-Ungarn und Deutschland „zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hände reichen" würden, fand jetzt offene Türen. Auch Beust machte, wie Ottokar Lorenz spitz bemerkt, „in der graziösen Art", die seine widerspruchsvolle Laufbahn immer kennzeichnete, eine plötzliche Schwenkung und riet dem Monarchen, in die dargebotene Hand freundschaftlich einzuschlagen. „Die österreichisch-deutschen Provinzen mit einer sympathisierenden Bevölkerung," konnte er sagen, „sind ein besserer Erwerb als die französisch-deutschen mit einer renitenten französisch gesinnten Bevölkerung."[293]

Von Sedan nach Paris war es nicht mehr weit. Unter den Klängen des preußischen Fahnenmarsches wurde am 18. Jänner 1871 in Versailles, dem Lustschlosse Ludwigs XIV., der Deutschland so gedemütigt, das deutsche Kaiserreich gegründet. Der Bruder Friedrich Wilhelms IV., der die ihm einst vom Frankfurter Volkstage angebotene deutsche Kaiserkrone zurückgewiesen, nimmt sie nunmehr aus der Hand der Fürsten. Mit diesem feierlichen Akt der Kaiserkrönung „senkte sich endgültig der Sargdeckel auf

die mitteleuropäische Monarchie Kaiser Karls V. und Ferdinands II".[294] Der Weg nach Deutschland war für die Habsburger versperrt, die Rachepolitik, um derentwillen Kaiser Franz Joseph den sächsichen Staatsmann nach Wien beordert und die Zweiteilung des Kaiserstaates vorgenommen hatte, in sich zusammengebrochen. Der Monarch sucht eine neue Orientierung.

Die Deutschen in Österreich hatten den Waffengang ihrer Stammesbrüder gegen Frankreich mit großer Spannung, ja vielfach mit Begeisterung verfolgt. Die Siege von Wörth und Sedan wurden wie eigene Ehrentage gefeiert, und Robert Hamerling durfte in einem stimmungsvollen Gedicht sagen:

> Dort fragen deutsche Brüder: „Wo gewesen
> Seid ihr, als die Entscheidungsstunde schlug? . . .
> Wir sagen, frei die Stirn von Schamerröten:
> Deutschösterreich war mitten unter euch.

Auch der achtzigjährige Grillparzer bekannte, daß er „sich als Deutscher über den Erfolg des Krieges freuen müsse", drückte aber seine Besorgnisse aus, daß der auf seinen Kriegsruhm eitle Franzose sich die Niederlage nicht gefallen lassen und es noch lange blutige Kriege geben werde. Der Dichter fürchtete die „Präponderanz Preußens". „Bismarck werde nun," meinte er gesprächsweise, „nach allen Ländern, wo noch ein deutsches Wort gesprochen werde, seine Hand ausstrecken." Diese Bemerkung ist bezeichnend, denn wie der Dichter dachten viele. Auch in des Kaisers Seele mag dieser Argwohn Wurzel gefaßt haben, und die unverhohlen zum Ausdruck gelangten Sympathien der Deutschösterreicher mit den Siegern von Königgrätz konnten dieses Gefühl der Sorge nur verstärken.

Ohnehin war ja am Wiener Hofe, wie wir uns zu erinnern wissen, die Auffassung, daß die Slawen die „Allerösterreichischesten" seien, schon förmlich zur Tradition geworden. Die spöttische Bemerkung in der 1849 veröffentlichten Reimchronik Moritz Hartmanns über das „tschechisch redende Prinzenkindlein" zu Olmütz war nicht so unangebracht. Wohl hat sich Franz Joseph wiederholt als deutschen Fürsten ausgegeben, doch war er im Grunde so

deutsch wie es Fürst Schwarzenberg oder Fürst Windischgrätz war — man brauchte die Deutschen, solange der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland noch im Gange war. Er war nun entschieden, und damit fiel das Moment der Rücksichtnahme auf sie weg. Dagegen war es jetzt die Überzeugung nahezu sämtlicher Mitglieder des Kaiserhauses, daß es im Interesse des Bestandes der Monarchie gelegen sei, die Deutschen in zwei Hälften zu teilen und ihren sudetischen Stamm „dem sicheren Gewahrsam eines böhmisch-tschechischen Staates" anzuvertrauen.[295] Dem Hohenzollernstaat sollte durch eine Slawisierung der böhmischen Länder deren Besitznahme weniger erstrebenswert erscheinen.

Am 7. Februar 1871, also kaum vierzehn Tage nach der Begründung des deutschen Kaiserreiches, ernannte der Kaiser ein neues Ministerium, an dessen Spitze der Statthalter von Oberösterreich Graf Karl Siegmund Hohenwart stand. Diese Berufung wirkte als eine große Überraschung — auch Graf Beust wußte nichts vorher. Das Kabinett, das aus lauter politisch nahezu unbekannten Personen zusammengesetzt war, sollte, wie es hieß, „über den Parteien" stehen, in Wirklichkeit aber verfolgte es eine ganz bestimmte Parteirichtung. Graf Hohenwart wie die nach ihm prominenteste Persönlichkeit im neuen Kabinett, der Universitätsprofessor Albert Schäffle, waren ausgesprochene Föderalisten und leidenschaftliche Gegner der deutschen Verfassungspartei. Die Zermürbung und Vernichtung der Deutsch-Liberalen bildete die eigentliche Aufgabe dieses „über den Parteien" stehenden Ministeriums.

Die Deutschen spotteten anfänglich über das „Faschingsministerium", mußten indes bald erkennen, daß es auf einen Kampf auf Tod und Leben abgesehen war. Nachdem Graf Hohenwart die Machtbefugnisse der Landtage erweitert, sich in den wichtigsten Provinzen ergebene Statthalter gesichert und durch Herabsetzung des Wahlzensus — die „Zehnguldenmänner" — die Volksmassen aufgeboten hatte, schritt er an die Verwirklichung des tschechischen Staatsrechtes. Das nämlich war der Sinn der berühmt gewordenen „Fundamentalartikel", die Schäffle mit den Führern der

Tschechen in Prag vereinbart hatte. Im böhmischen Landtag kam ein kaiserliches Reskript vom 12. September 1871 zur Verlesung, worin Franz Joseph, „eingedenk der staatsrechtlichen Stellung der Krone Böhmens und des Glanzes und der Macht bewußt, welche diese den Habsburgern verliehen haben", das Versprechen gab, die Anerkennung der Rechte Böhmens mit seinem Krönungseide zu erneuern. Wie sich die Tschechen diese Rechte dachten, das war in den Artikeln sehr klar zum Ausdruck gebracht. So bestimmte der neunte Punkt derselben: „Alle das Königreich Böhmen betreffenden Angelegenheiten, welche nicht als allen Königreichen und Ländern der Monarchie gemeinsam erklärt sind, gehören grundsätzlich der Gesetzgebung des böhmischen Landtages, beziehungsweise der böhmischen Landesregierung an." Es gab somit zwischen dem Gesamtreich, der Monarchie, und den Landtagen kein Zwischenglied mehr — der österreichische Staat hatte zu bestehen aufgehört.[296]

Um den Deutschen die bittere Pille der Fundamentalartikel zu versüßen und ihre Zustimmung zu erlangen, wurde dem Landtag gleichzeitig ein Nationalitätengesetz vorgelegt, das in Ergänzung des nichtssagenden Artikels 19 der Dezemberverfassung die volle Gleichberechtigung des deutschen und des tschechischen Volksstammes aussprach. Kein Beamter oder Richter sollte angestellt werden, der nicht beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig sei. Dies war im Grunde nur recht und billig; aber weil die wenigsten Deutschen tschechisch sprechen konnten, so wäre eine Überflutung des Landes mit tschechischen Beamten zu besorgen gewesen. Sehr gesund aber war der Gedanke, zum Schutze der Unverletzlichkeit des gleichen Rechtes der beiden Volksstämme, den Landtag in nationale Kurien zu teilen.[297] Wie oft mögen sich die Deutschen in der Folge diese Bestimmung herbeigewünscht haben! Auch über die viel verschrienen, berüchtigten Fundamentalartikel hätte sich reden lassen, wenn sie der Ausgangspunkt zu einer allgemeinen Revision des Ausgleichs von 1867 gewesen wären.

Allein der jahrelange Kampf hatte die nationalen Leidenschaften geweckt, das Mißtrauen in die Absichten des

Gegners verschärft. Das Beschwichtigungsmittel verfing nicht, sondern warf nur Öl ins Feuer. Eine grenzenlose Erregung erfaßte die Deutschen in Österreich. Man wollte in den „Fundamentalartikeln" — „Zerstörungsartikel" nannte sie empört der Finanzminister Holzgethan — und in dem Nationalitätengesetz die Absicht des Hofes erkennen, das deutsche Element endgültig von der Führung in der westlichen Reichshälfte abzudrängen und in den gemischtsprachigen Ländern die Slawisierung durchzuführen. Da die Tschechen gleichzeitig alle Anstalten zu einer slawischen Propaganda machten, wie sie denn in Brünn eine tschechische Lehrerbildungsanstalt errichteten, so waren die Besorgnisse der Deutschen, daß es den andern nicht um nationale Gleichberechtigung, sondern um unbedingte Herrschaft zu tun sei, in der Tat nicht unbegründet. Bitter empfand man diese Hinwendung des Hofes zu einer so „treuen" Nation, die kurz vorher durch Vermittlung Dr. Riegers an den russischen Gesandten Novikow sich gewandt hatte, um dem Zaren für den Fall eines Kampfes gegen das überhandnehmende Germanentum die tschechische Hilfe anzubieten. Der alte Grillparzer gab nur dem allgemeinen Gefühl der Entrüstung Ausdruck, wenn er mit Hohn an die entscheidungsvolle Marchfeldschlacht zwischen dem Begründer der habsburgischen Dynastie und dem Böhmenkönig Ottokar erinnerte:

> Marchfeld! So ist dein Sieg nicht wahr
> Aus unser's Herrscherhauses jüngsten Tagen;
> König Přemysl Ottokar
> Hat den Rudolf von Habsburg geschlagen.

Am 17. September erklärten die verfassungstreuen Abgeordneten, den Reichsrat, der nunmehr nach dem — gut vorbereiteten — Ausgang der Landtagswahlen eine klerikalföderalistische Mehrheit gehabt hätte, nicht beschicken zu wollen. Bei einer Feier der Wiener Universität am 9. Oktober zwangen die Studenten den Unterrichtsminister Jireček durch Pereatrufe zum Verlassen des Festsaales, während dem gleichfalls anwesenden Reichskanzler Beust

stürmisch zugejubelt wurde. Als am nächsten Tage, am 10. Oktober, die Annahme der „Fundamentalartikel" im böhmischen Landtag in Abwesenheit der deutschen Abgeordneten beschlossen wurde, ging der Sturm erst recht los. In Wien herrschte eine geradezu revolutionäre Stimmung. Graf Beust und vor allem die Ungarn im Kabinette, die Grafen Andrassy und Lonyay, die den Ausgleich von 1867 bedroht sahen, setzten nun mit einer kräftigen Verwahrung gegen die Politik Hohenwarts ein.

Wiederum geschah jetzt das Merkwürdige: Kaiser Franz Joseph, von dem doch die ganze Ausgleichsaktion Hohenwarts mehr oder weniger ausgegangen war und der in einem Ministerrat die Äußerung getan hatte: „Es gibt kein Zurück mehr!", konnte sich nicht entschließen, bis ans Ende zu gehen. Im kritischen Augenblicke „versagte der Herrscherwille", Hohenwart wurde fallen gelassen und erhielt am 30. Oktober seinen Abschied.[298] Im Monat darauf folgte ihm auch sein glücklicherer Gegenspieler, der Reichskanzler Graf Beust, in die politische Verbannung. Im Augenblick seines Sieges — es war das etwas, worüber die „Breslauer Zeitung" ihre Verwunderung ausdrückte. Darauf erhielt diese von dem führenden deutschliberalen Blatt in Wien den erklärenden Bescheid: „Das Breslauer Blatt wird Österreich verstehen lernen, wenn es sich stets gegenwärtig hält, daß Österreich das Land der Unwahrscheinlichkeiten, der Unbegreiflichkeiten ... sei." „Österreich, das Land der Unwahrscheinlichkeiten" — ist ein geflügeltes Wort geworden. Der Sturz Beusts aber kam den Eingeweihten nicht überraschend; seine Stellung galt schon seit langem als erschüttert, wie er denn nach dem Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges und der damit herbeigeführten Wendung der äußeren Politik wirklich nicht mehr in die neue Situation „hereinpaßte".[299] Beust selbst hatte das Ende seiner Herrlichkeit geahnt; denn er schrieb in Gastein einem Freunde ins Stammbuch:

1867, 1868 Jahre hellsten Glanzes,
Ließen 1869 kaum den Schein verblichenen Kranzes.
1870 war das Jahr des Leidens,
1871 wird vielleicht das Jahr des Scheidens.

Das Ergebnis des Hohenwartschen Zwischenspieles war ein sehr trauriges: Die nationalen und politischen Gegensätze hatten sich ganz beträchtlich verschärft, die Völker standen einer „Versöhnung" ferner denn je. Die Tschechen, die sich schon so nahe der Verwirklichung ihrer staatsrechtlichen Wünsche sahen, gerieten in eine unbeschreibliche Wut. „Das tschechische Volk," erklärte Dr. Rieger nach dem Scheitern des böhmischen Ausgleiches drohend, „hat einen schweren Schlag erlitten. Wir gehen neuen schweren Kämpfen entgegen und in diesen dürfte der Unwille gegen den Monarchen selbst wach werden." Es kam in Böhmen tatsächlich zu antidynastischen Kundgebungen.

Kaiser Franz Joseph griff nun wieder — gerne sicherlich nicht — auf die deutsche Verfassungspartei zurück. Nach einem kurzen Übergangsministerium Holzgethan wurde Adolf Auersperg, der Bruder des früheren Ministerpräsidenten Carlos Auersperg, mit der Bildung eines Kabinettes betraut. Ihm war eine bisher noch nicht erreichte Lebensdauer von ganzen sieben Jahren beschieden — ein wahrhaft staunenswerter Erfolg, an welchem die tschechischen Gegner insoferne ihren redlichen Anteil hatten, als sie während dieser Zeit von Wien sich ferne hielten. Unleugbar haben die Deutsch-Liberalen in dieser Periode ihrer parlamentarischen Herrschaft, wie dies auch von maßvoller gegnerischer Seite anerkannt wurde, eine „reiche" legislatorische Tätigkeit, namentlich auf dem Gebiete der Justiz und des Unterrichtes, entfaltet. Soweit sie mit der Durchführung ihres fortschrittlichen Programmes Ernst machten, konnte es nicht an Verstimmung auf Seite ihrer Parteigegner fehlen. Die Parlamentsreform, die Einführung der direkten Wahlen führte die Autonomisten und Konservativen auf den Kampfplatz. Selbst Anton Springer rief jetzt zur Gründung einer konservativen Partei auf. Die im nächsten Jahre eingebrachten kirchenpolitischen Gesetze, welche die durch die Aufhebung des Konkordats — sie war unter Potocki erfolgt — notwendige Neuordnung vornahmen, riefen in weiten Kreisen, obwohl durch diese gesetzliche Regelung ein Kulturkampf vermieden wurde, schwere Mißstimmung hervor, nicht zuletzt bei Hofe selbst.

Kluge Selbstbeschränkung lag nicht im Wesen der deutschen Verfassungspartei. Es war im Grunde nur ein enger Interessenkreis, den sie vertraten, den der Großbourgeoisie. Die große Börsenkrise, der „Krach", der nach der Wiener Weltausstellung in dem unheilvollen Frühjahre 1873 ausbrach, zeigte in erschreckender Weise, daß der „Aufschwung des volkswirtschaftlichen Lebens und die stetige Zunahme des Staatskredites", wovon kurz vorher stolz die Thronrede gesprochen, eine hohle Phrase war. Der Staat mußte gegen das Gründerunwesen, das er selbst großgezogen, einschreiten. Der „Ofenheimprozeß", der noch lange im Gedächtnis der Menschen fortleben sollte, brachte traurige Symptome einer schweren Korruption zutage — und die Fäden gingen vom Parlament selber aus. Der da von allen Seiten aufgedeckte Schmutz war beileibe nicht geeignet, den Glauben an die Heilkraft des Liberalismus in der öffentlichen Meinung zu befestigen. Der kleine Gewerbetreibende, der sich von der Großindustrie und dem Kapital an die Wand gedrückt sah, scharte sich bald um die Fahne des christlichen Sozialismus, und Feudale, wie der Freiherr von Vogelsang, standen dabei Pate. Auch für die Arbeiterbewegung und die Gedanken einer Sozialreform zeigten die Liberalen wenig Verständnis. So schuf sich die deutsch-liberale Partei überall Gegner. Aber die größten und unmittelbar gefährlichsten Gegner erwuchsen dem Kabinett Auersperg doch aus ihren eigenen Parteifreunden.

Die Liberalen waren, wie das hier schon gesagt wurde, trotz ihrer Fülle von Intelligenz und Arbeitskraft die denkbar schlechtesten Politiker. Vor allem waren sie keine Regierungspartei. Das Schreiben, das einer ihrer treuesten Anhänger, Baron Chlumecky, an Alois Czedik am 10. September 1879 richtete, ist äußerst lehrreich. Es enthält ein langes Sündenregister und am Schlusse die Feststellung, daß die Krone mit einer solchen Partei unmöglich regieren könne.

„Das Nörgeln gegen das Ministerium der eigenen Partei," sagt er da, „begann sozusagen mit dem Tage unserer Aktivierung... In Ausschuß- und Haussitzungen zeigte sich ein fortwährendes Sturmlaufen gegen die Mini-

ster ... Die Verfassungspartei hat den Kampf nach allen Seiten aufgenommen, Kampf gegen das eigene Ministerium, Kampf gegen die Verfassungsgegner, Kampf gegen Ungarn, Kampf gegen die Militärpartei, gegen die Hofpartei, Kampf gegen die Parteigenossen — sie führte den Krieg ‚aller gegen alle', um sich schließlich selbst zu zersetzen, zu vernichten." Den Ministern wurde täglich versichert, daß man zu ihnen kein Vertrauen habe; auch — und gerade — diesen gegenüber übten sie ihre Politik der Negation aus. „Wenn ich nun", erklärte der geistreiche, bahnbrechende Geologe Sueß in seiner Rede vom 6. Dezember 1876, „die Frage stelle: Sollen wir die Regierung durch die Budgetverweigerung zwingen, sofort zurückzutreten, so sage ich — nein, und wenn Sie mich fragen, ob ich glaube, daß die Regierung geeignet sei, die Verhandlungen mit Ungarn fort- und zu einem gedeihlichen Ende zu führen, dann sage ich auch — nein." Man kennt das Spottwort Bismarcks von den „Herbstzeitlosen", auf die doktrinären Gesinnungsgenossen Dr. Herbsts gemünzt, weil sie, zeitfremd, immer nur Opposition, „nie etwas zur rechten Zeit getan". Also eigentlich ein getreues Spiegelbild der Politik der österreichischen Regierung, die immer, wie Napoleon einst sagte, mit einer Idee oder mit einem Heere zu spät kam. Dieses „Zuspät!" sollte sich auch wieder in wahrhaft tragischer Weise bei jener Frage bewähren, die den eigentlichen Anlaß zum Sturze der Verfassungspartei gab — es war eine Frage der äußeren Politik: die Okkupation Bosniens und der Herzegowina.

Es ist ein in seinen Folgen verhängnisvolles Kapitel, das wir hier berühren. Seitdem Prinz Eugen von Savoyen in voller Erkenntnis der großen Bestimmung Österreichs als Ostreiches siegreich auf der Balkanhalbinsel vorgedrungen war, bildete die Orientpolitik der Donaumonarchie eine einzige lange Kette von getäuschten Hoffnungen, versäumten Gelegenheiten und Mißgriffen jeder Art. Der erste große Fehler wurde gleich damals begangen: Der Sieg gegen die Türken wurde nicht voll ausgenützt, die Balkanfrage nicht restlos bereinigt, denn just zur Zeit der größten Erfolge schloß der letzte spanische Habsburger seine Augen und das spanische Erbe nahm nun die Aufmerksamkeit des

Wiener Hofes stärker in Anspruch. Wie als wäre mit der Vertreibung der Türken der Daseinszweck der habsburgischen Monarchie geschwunden — es wollte nicht mehr weiter gehen, man wußte nicht mehr was man wollte, und das wieder, weil man es nicht mehr konnte.

Wir erinnern uns an den Gegensatz zwischen der großen Kaiserin und ihrem Sohne Joseph II. — er ist für die ganze österreichische Orientpolitik der Folgezeit typisch geworden. Maria Theresia bedankte sich feierlichst für jeden Zuwachs an „kulturlosen, entvölkerten oder von unzuverlässigen Griechen bewohnten Provinzen, die die Kräfte der Monarchie nicht steigern, sondern erschöpfen würden". Kaiser Joseph war gerade der entgegengesetzten Anschauung; er wollte, im Bunde mit Rußland, die Türken aus Europa verjagen und auf dem Balkan sich festsetzen. Allein der Ausgang des Krieges brachte der Donaumonarchie wenig Ansehen und Gewinn. Fürst Metternich vertrat dann wie die Kaiserin Maria Theresia, nur aus anderen Gründen, vom Standpunkt seiner Politik der Erhaltung, zähe die Ansicht, daß im Osten gar nichts geschehen sollte. Den Gedanken einer Zerstückelung des Osmanenreiches, in welchem er seinen „besten Freund" erblickte, wies er weit von sich und so versäumte Österreich die schönsten Gelegenheiten zu einem aktiven Eingreifen, das damals, in der Zeit des nationalen Erwachens der christlichen Balkanvölker, von diesen selbst wiederholt erbeten wurde.

Metternichs Status-quo-Theorie beherrschte im großen und ganzen auch die Politik seiner Nachfolger auf dem Ballplatze; doch gelegentlich spielte auch der andere, entgegengesetzte Gesichtspunkt herein, und es begann jenes bedenkliche Schwanken, wie wir es unter Buol-Schauenstein unseligen Angedenkens wahrzunehmen Gelegenheit hatten. Nachdem er zuerst für Rechnung Rußlands Montenegro gegen die Türkei gestützt und gerettet hatte, wußte Österreich im Krimkriege nicht recht, ob es mit den Westmächten gegen Rußland oder mit Rußland gegen die Türkei marschieren, oder ob es neutral bleiben sollte — es ging der Reihe nach alle drei Wege und zog sich die bittere Feindschaft des Zaren zu, ohne die Freundschaft der Westmächte

und der Türkei zu gewinnen. Die Donaufürstentümer, die es besetzt hatte, mußte es wieder herausgeben.

Mit dem Unglücksjahre 1866 war für den Habsburgerstaat eine neue Situation gekommen. Metternichs Standpunkt, daß das Schwergewicht der Monarchie im Westen, nicht im Osten, zu suchen sei, konnte nach dem Verluste der Vorherrschaft in Deutschland und Italien nicht gut mehr maßgebend sein. Eindringlicher denn je wird Österreich gemahnt, seine eigentliche Mission im Osten aufzunehmen. Prokesch-Osten, der in Metternichs Schule ergraute Diplomat, immer schon ein warmer Freund des Orients, stand jetzt nicht an, öffentlich in der „Allgemeinen Zeitung", gegen die österreichische Diplomatie die Anklage zu erheben, daß sie, wie als ob der Fatalismus des Islams auf sie übergegangen wäre, die Hände in den Schoß gelegt habe und „plan- und widerstandslos" der Zukunft entgegentreibe. Österreichs deutscher Beruf muß den neuen Minister — er meinte Beust — „gen Osten" weisen. Hat man auch Österreich aus Deutschland hinausgewiesen, an der Donau und an der Adria sind deutsche und österreichische Interessen identisch. Die Tage dürften nicht ferne sein, wo eine Ostmark dem Reiche nottun werde.

Der Revanchekanzler Beust hatte, wie wir wissen, seine Gedanken wieder stark nach dem Westen gerichtet, da blieb für den Orient nicht viel übrig. Erst seinem Nachfolger, der im November 1871 den Ballplatz bezog, sollte es beschieden sein, eine Neuorientierung der Außenpolitik vorzunehmen. Dieser neue Mann war der bisherige ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrassy. Mit Bismarck, dem „diplomatischen Säugling", hatte der ungarische Magnat das eine gemeinsam, daß er ebenfalls als „Dilettant" in das Ministerium des Äußern kam und von den zünftigen Diplomaten mit unverhohlenem Mißtrauen angesehen wurde. Indes, ohne Andrassys Bedeutung als Staatsmann zu überschätzen, muß anerkannt werden, daß unter seinem Regiment in die Außenpolitik wieder ein frischer, vorwärtsdrängender Zug hineinkam und die Donaumonarchie in einer der schwierigsten Krisen Europas, inmitten einer Schar auserlesener Staatsmänner,

eine geachtete, führende Stellung einnahm. Er war vor allem, wie dies auch Ernst Plener, der an Andrassys Politik vieles auszusetzen wußte, rühmend hervorhob, eine „bedeutende Persönlichkeit“[300] und er hatte gute, große Ideen, die sich freilich nicht alle zur Gänze durchsetzten, so daß auch seine Politik mit dem Makel der „Halbheit“ belastet erscheint. Die Schwierigkeiten, die sich ihm auf Schritt und Tritt entgegentürmten, waren zu groß — hier hätte wohl auch ein Bismarck versagt.

Daß der Einfluß der Donaumonarchie im Orient gehoben werden müsse, das war gewiß einer der Hauptleitsätze, die Andrassy beim Eintritt in das Außenministerium vorschwebten. Er war noch ungarischer Ministerpräsident, als ihm bei der Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1869, der er beiwohnte, die Bedeutungslosigkeit des habsburgischen Reiches in der Levante so recht zum Bewußtsein kam. „Nun hat die österreichisch-ungarische Monarchie,“ schrieb er mißmutig in sein Tagebuch, „das geringste Ansehen im Osten.“ Diese leidige Tatsache war eine der traurigsten Folgen der argen Verwahrlosung des Staatswesens, deren sich die Ära des Kaisers Franz und Metternichs schuldig machte. Wenn Maria Theresia sich gegen eine territoriale Vergrößerung des Kaiserstaates nach dem Osten hin aussprach, so meinte sie sicherlich nicht eine friedliche, wirtschaftliche Durchdringung des Orients, für die sie unermüdlich alle nur möglichen Vorbedingungen schuf. Auch Andrian, der in seinem Buche „Österreich und dessen Zukunft“ das Problem „Mitteleuropa“ aufrollte und Österreich auf seine eigentliche Bestimmung im Osten energisch verwies, stellte sich diese Eroberung durchaus friedlich vor, auf Grund der höheren geistigen und materiellen Kultur; ebenso Bruck, der geistvolle Verfasser der 1859 niedergeschriebenen Denkschrift „Die Aufgaben Österreichs“.

Auch Graf Andrassy mag sich die Erreichung seines großen Zieles, die Kräftigung der Stellung Österreich-Ungarns im Orient, zunächst auf friedlichem Wege vorgestellt haben. Als Ungar dachte er jedenfalls nicht an einen Kampf gegen die Türkei, eher an einen solchen gegen Rußland, das sich in der Zeit der ärgsten Passivität Öster-

reichs unter Kaiser Franz und Metternich leider zu einem derartigen Machtfaktor auf dem Balkan aufgeschwungen hatte, daß jedes Emporstreben der Donaumonarchie von Seite des Zarenreiches wie eine Bedrohung aufgenommen werden mußte. So dachte Andrassy — aber neben ihm spielten noch andere Faktoren eine Rolle, mit denen der Staatsmann rechnen mußte und die ihm sein schönes Konzept verdarben.

Es ist ein interessantes Schauspiel, zu verfolgen, wie Graf Andrassy, dieser Feuergeist mit dem Aussehen eines schönen Zigeunerprimas, langsam, aber unaufhaltsam in die traditionelle Politik des Wiener Hofes hineingezerrt wird. Der Gegner Rußlands und seiner panslawistischen Hetzer wird der Mitschöpfer des sogenannten „Dreikaiserverhältnisses" vom Jahre 1873, einer Neuauflage der „Heiligen Allianz" von 1815. Andrassy hatte nur eine Verbindung mit Berlin gesucht und sah sich nun auch an Petersburg gebunden. So wollte es Bismarck und so wollte es eine starke, einflußreiche Partei am Wiener Hofe haben, nicht zuletzt wohl der Kaiser selbst. Diese „mächtige Clique", wie sie Heinrich Friedjung damals bezeichnete, wollte aber noch mehr. Es war ihr darum zu tun, die Waffenehre, die in den letzten Feldzügen einen starken Stoß erlitten, wieder herzustellen, nach den vielen schweren Niederlagen in der äußeren Politik wiederum einen Erfolg buchen zu können. Die Militärs dachten an eine Besitznahme Bosniens und der Herzegowina und der Kaiser mag nicht vergessen haben, daß sie ihm schon von Radetzky und Tegetthoff angeraten worden war; denn die weitgestreckte dalmatinische Küste hing ohne Hinterland sozusagen in der Luft. Zu diesen rein militärischen Beweggründen kam aber nun ein politisches Motiv hinzu — man wollte das slawische Element stärken, den Dualismus erschüttern und den Absolutismus wieder einführen. Man wollte also so ziemlich in allem das Gegenteil von dem, was der Außenminister anstrebte.

So lagen die Dinge, als im Sommer 1875, als reife Frucht der panslawistischen Wühlarbeit, in Bosnien und der Herzegowina Unruhen ausbrachen, die bald den ganzen

Balkan in Flammen setzten. Die österreichisch-ungarische Monarchie war dadurch, daß Flüchtlinge in großer Zahl die Grenze überschritten und nun von ihr erhalten werden mußten, unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen worden. Hätte sie jetzt rasch zugegriffen und die beiden türkischen Provinzen aus dem Titel der Grenzsicherung besetzt, so wäre Europa nicht weiter erstaunt gewesen, denn man hatte schon seit langem mit dieser Besitznahme gerechnet, und die Monarchie hätte für alle Fälle ein Faustpfand in der Hand gehabt. Sie konnte sich dann noch immer entscheiden, was sie tun sollte, ob sie die Türkei erhalten oder mit Rußland sich über eine Aufteilung des Balkans verständigen oder ganz neutral bleiben wollte.

Allein dieser energische Griff unterblieb. Andrassy wählte — die Vorakten dazu waren in der alten Staatskanzlei reichlich vorhanden — eine dilatorische Behandlung des unangenehmen Zwischenfalles. Unangenehm, höchst unangenehm deshalb, weil durch die Balkanunruhen auch das ganze Donaureich in Brand geraten war und leidenschaftlich für und gegen eine Aktion Partei nahm. Zu einem klaren Bilde über das, was die Monarchie wollte und was ihr frommte, war nicht zu kommen. In Ungarn jubelte man demonstrativ den Türken zu und verlangte den Krieg gegen Rußland, in Österreich waren die Stimmen sehr geteilt. Die Slawen feierten begeistert den in die Nähe gerückten Zuwachs an „Brüdern", die Deutsch-Liberalen dagegen, die Regierungspartei, bedankte sich für diese Bereicherung der Monarchie, für welche noch obendrein Geld- und Blutopfer zu bringen waren. Die Militärs wieder wollten Eroberungen machen, wollten sich Lorbeeren holen, aber nicht um den Preis eines Krieges mit Rußland, nur also wenn man sich mit dem Zaren vorher verständigt hätte.

Nur eines war völlig klar geworden: eine beispiellose Aufregung hatte die habsburgische Monarchie erfaßt und die ganze Öffentlichkeit aufgewühlt. Die Minister wurden in den Parlamenten hüben und drüben und in den Delegationen interpelliert, was geschehen werde, ob die Gerüchte von einer Okkupation der türkischen Provinzen —

wie die einen fürchteten, die anderen wünschten — auf Wahrheit beruhten oder nicht. Die deutsche Linke im österreichischen Parlament tobte gegen die abenteuerliche und gefahrdrohende Politik Andrassys; Baron Walterskirchen sprach ganz aus dem Herzen der gesamten Regierungspartei, wenn er seiner Überzeugung dahin Ausdruck gab, daß die Besetzung von Balkanländern eine Quelle fortwährender Opfer und Lasten, die der Monarchie keinen Nutzen brächten, bedeuten würde. Die Regierung hatte so sicherlich keinen leichten Standpunkt, aber ob es klug war, alle Absichten einer Besitznahme rundweg oder manchmal auch in vorsichtigerer Formulierung zu leugnen, ist eine andere Frage — geglaubt wurde es ja doch nicht und somit fiel auch das Moment der Beschwichtigung hinweg. Noch im März 1878 — also nach einem Zeitraume von drei Jahren — erklärte Graf Andrassy in einer Sitzung des Delegationsausschusses: „Wir denken absolut an keine Okkupation als Ziel unserer Politik," und in seinem folgenden Exposé sagte er noch deutlicher: „Okkupation oder Annexion sei niemals Zweck oder Absicht der Regierung gewesen und werde es auch in Zukunft nicht sein." Allerdings besagte dann etwas einschränkend ein Nachsatz: „Solange nicht unsere eigene Sicherheit bedroht wird, glaube ich eine solche Maßregel als durchaus ausgeschlossen bezeichnen zu können."

Allein die Gegner einer Annexionspolitik hielten ein aktives Vorgehen der Monarchie für durchaus nicht ausgeschlossen und ein Wort aus einer Rede, die Andrassy einmal, im Budgetausschuß der österreichischen Delegation im Mai 1876, gehalten, entstellt in Umlauf gebracht, gab den nimmer ruhenden Besorgnissen einen starken Anhaltspunkt. Nach dieser unglücklichen Version hatte sich der Minister selbst zu einer „Politik von Fall zu Fall" bekannt. Die Darstellung war, wie gesagt, unrichtig; denn er hatte von einer Einigung der Kaisermächte und dem Vorhaben, „sich auch fernerhin von Fall zu Fall zu verständigen", gesprochen, aber das ominöse Wort drang immer weiter und man glaubte auch die Berichtigung nicht. Andrassy war nun einmal der Staatsmann, der von „Fall zu Fall" — böse Zungen übersetzten es dann in „chute en chute" —

seine Politik machte, und leider hatte die „cummunis vox", die von einer geheimen Verabredung wissen wollte, nicht so unrecht. Was Andrassy für einen „Unsinn" erklärt haben soll, die Besitznahme der beiden türkischen Provinzen, war wirklich eine beschlossene Sache geworden.

Im Juli 1876 war Kaiser Franz Joseph mit dem Zaren auf dem kaiserlichen Schlosse von Reichstadt in Nordböhmen zusammengekommen, um sich über die zukünftige Gestaltung des Balkans — die Serben standen vor dem Losschlagen gegen die Türkei — zu beraten. Hier in Reichstadt wurde nun wirklich, für den Fall einer Niederlage der Türken, Österreich-Ungarn der größte Teil von Bosnien und der Herzegowina zugesagt. Als aber die Türken nicht unterlagen, sondern den Serben einen Schlag nach dem anderen versetzten, begann Rußland mit der Donaumonarchie neue Unterhandlungen zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion gegen die Türkei. Allein dazu war Andrassy nicht zu haben, ohne freilich den Russen eine kategorische Ablehnung zuteil werden zu lassen. Er hoffte, die beiden Provinzen auch so, ohne Krieg, einstecken zu können. Aber haben wollte er sie. Die Serben hatten bei Eröffnung des Feldzuges in einem Manifeste die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina als ihr Kriegsziel bezeichnet. Andrassy sah da vor den Toren der Monarchie ein Großserbien erstehen und wollte diesem Plan dadurch einen Riegel vorschieben, daß sie selbst die beiden Länder in Besitz nahm. Denn es stand zu besorgen, daß ein um diese vergrößertes Serbien seine Propaganda in Südungarn wieder aufnehmen und, um den Zugang zum Meere zu erreichen, auch auf Dalmatien seine begehrlichen Blicke werfen werde. Auch in den späteren Abmachungen mit Rußland vom 15. Jänner und 18. März 1877 wurden Bosnien und die Herzegowina der österreichisch-ungarischen Monarchie zugesprochen.

Alle diese Konventionen wurden streng geheim gehalten und das große Publikum war lediglich auf Vermutungen angewiesen. Was aber nicht verborgen werden konnte, war der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Türkei im Frühjahr 1877. Nun ging der Sturm in den Parlamenten

und in der Presse erst recht los. Als die Russen den Donauübergang vollzogen hatten, fragten die einen, warum man sie nicht jetzt in der Flanke oder, wenn man noch warte, im Rücken überfalle; die anderen wieder, warum man nicht in der allgemeinen Verwirrung auf Teile der Türkei die Hand lege; oder wiederum andere, warum man nicht die Serben am Losschlagen verhindere und dergleichen mehr. Andrassy erlebte jetzt böse Stunden und Tage; er suchte sich durch nichtssagende und zweideutige Redensarten, so gut es ging, vor den zudringlichen Interpellanten Ruhe zu verschaffen, die darnach ebenso gut glauben konnten, daß Österreich-Ungarn demnächst gegen die Russen, wie daß es gegen die Türken marschieren würde. Der schmerzlichste Augenblick aber kam für ihn dann, als man um die Jahreswende in Wien erfuhr, daß die Russen, die nach unsäglichen Schwierigkeiten endlich gegen Adrianopel vorgedrungen waren, in ihren Friedenspräliminarien auf die Österreich-Ungarn gemachten Zugeständnisse einfach vergessen hatten.

Andrassy sah sich „dupiert" und schäumte auf. Er dachte jetzt, wie es scheint, wirklich an einen Krieg gegen Rußland. Dazu kam es wohl nicht, aber die Frage lag nahe, ob es nicht doch klüger gewesen wäre, für die Erhaltung der Türkei einzutreten. Die Osmanen hatten sich wieder viel widerstandskräftiger erzeigt, als man allgemein annahm; nur durch das Zusammenarbeiten der Serben und Montenegriner, der Bulgaren und Rumänen konnten sie endlich niedergerungen werden. Aus dem „Spaziergang" nach Konstantinopel, wie Gortschakow, der die Türken „mit den Mützen erschlagen" zu können vermeinte, gesagt hatte, war ein äußerst hartnäckiges und langwieriges Ringen geworden. Indes, solche Gedanken der Reue kamen jetzt, da die Türkei niedergebrochen war, die Heere der Verbündeten, kampfgestählt und siegestrunken, unweit von Konstantinopel standen und das ganze Balkanslawentum von einem Taumel der Begeisterung erfaßt war, etwas zu spät. Vom Standpunkt einer höheren Gerechtigkeit war übrigens das Schicksal der Monarchie verdient, denn die Politik des Wiener Hofes entbehrte von allem Anfang an wieder den

kräftigen Zug, der für gewöhnlich doch allein Erfolg verspricht. Auf dem Ballplatz wußte man nicht, ob man die Tradition des Prinzen Eugen als Balkanbefreier oder die des Fürsten Metternich als Erhalter der Türkei befolgen solle, schob die Entscheidung hinaus und kam schließlich zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

Der Friedensvertrag von San Stefano, den Rußland am 3. März 1878 mit der Türkei geschlossen hatte, war ein großer Erfolg des Zarenreiches, denn er bedeutete die Auflösung der Türkei, deren europäischer Besitz in zwei Teile zerrissen war, und die Russifizierung des Balkangebietes. Aber er war zu groß, um nicht die Eifersucht der anderen Großmächte, vor allen Englands, zu erregen. So fand Graf Andrassy bei den Kabinetten offene Türen, als er gegen den Vertrag Verwahrung einlegte. Rußland sah sich gezwungen, den bitteren Weg zum Berliner Kongreß anzutreten, der eine Revision der Friedensbestimmungen vornahm. Es erhielt wohl Bessarabien zugestanden, aber den Plan eines bis ans Ägäische Meer reichenden Groß-Bulgarien, das eine russische Satrapie geworden wäre, mußte es fallen lassen. Rumänien, Serbien und Montenegro erhielten ihre Unabhängigkeit und die beiden serbischen Länder noch obendrein einen namhaften Gebietszuwachs. Ob dieser Rollentausch, ein verkleinertes Bulgarien und ein vergrößertes Serbien, für die Donaumonarchie ein besonderer Gewinn war, ist freilich die Frage. Ein ganz gerissener Staatsmann hätte vielleicht damals schon sagen können, daß je größer Bulgarien, um so geringer die Wahrscheinlichkeit sei, sich in Abhängigkeit von Rußland zu erhalten. Aber ein vergrößertes Serbien war auf jeden Fall eine Gefahr für Österreich-Ungarn, gar, wenn es nicht jene Gebiete erhielt, auf deren Besitz es ganz besonderen Wert legte, die seine Kriegsziele waren, und — auf die nun die Donaumonarchie selber die Hand legte.

Das war nämlich der anscheinend große Erfolg des Grafen Andrassy, daß Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden sollten. England selbst stellte diesen Antrag und dem Vorschlage Lord Salisburys stimmten alle Mächte zu, mit Ausnahme der

Türkei, deren Vertreter sofort sehr energisch protestierten und bei ihrer ablehnenden Haltung auch verharrten. Dieselbe Zähigkeit, welche die Truppen der Osmanen bei Plewna den Russen gegenüber bewährt hatten, zeigten jetzt auch ihre Diplomaten in Berlin. Aber während Osma Pascha Plewna schließlich doch aufgeben mußte, behaupteten sich die Unterhändler am Kongresse mit Erfolg. Andrassy wurde weich, als die Türken mit dem „Zorn" des Sultans und mit der Sprengung des Kongreßwerkes drohten. So machte er denn in einem geheimen Abkommen der Pforte das verhängnisvolle Zugeständnis, daß die „Okkupation" der beiden türkischen Provinzen lediglich einen vorübergehenden, „provisorischen" Charakter haben und dem Sultan die Souveränität gewahrt bleiben sollte. Der Sandschak Novi-Bazar, der Serbien von Montenegro trennte, verblieb in türkischer Verwaltung, nur sollte Österreich-Ungarn dort das Recht haben, Garnisonen zu halten.

Die habsburgische Monarchie konnte nun, im Auftrage der Mächte, an die Okkupation Bosniens und der Herzegowina schreiten. Aber die Besetzung gestaltete sich bei weitem schwieriger, als man es sich gedacht hatte. Wenn Andrassy wirklich den Ausspruch getan haben soll, „mit einer Kompagnie (!) Husaren" und einer Musikbande die Besetzung durchführen zu können, so sollte er bald eines anderen belehrt werden. Aus dem „Parademarsch", wie sich Andrassy ausdrückte, wurde ein regelrechter Feldzug, der sehr große Opfer an Gut und Blut erforderte. Trotz den unangenehmen Erfahrungen, die man wenige Jahre vorher bei der Expedition in die Krivošije gemacht hatte, wurde der Einmarsch in das zu okkupierende Gebiet mit völlig unzulänglichen Mitteln und Streitkräften unternommen. Der Mangel an jedweder Vorsorge war, wie ein Mitkämpfer, Baron Holtz, sich ausdrückte, „verblüffend". Die ganze Ausrüstung für einen Gebirgskrieg bestand darin, daß die in Bewegung gesetzten Brigaden den Namen „Gebirgsbrigaden" erhielten. Auch die Zahl der Kombattanten, die man anfangs einsetzte, war viel zu gering, und wenn in der vom österreichisch-ungarischen Generalstab verfaßten Geschichte der bosnischen Okkupation erklärend gesagt

wurde, daß bei einem Aufgebot größerer Truppenmassen die Kämpfe noch blutiger ausgefallen wären, weil sich die Zahl der Zielscheiben vermehrt hätte, und der Widerstand der durch eine Übermacht eingeschüchterten Bosniaken später um so verderblicher zum Vorschein gekommen wäre, dann merkt man diesen qualvoll hervorgesuchten Argumenten die Absicht einer nachträglichen Rechtfertigung des Kriegsministeriums nur zu deutlich an.

Man könnte bei dieser mangelhaften Vorbereitung der militärischen Aktion — es ist das Wort „Leichtsinn" gefallen — schon von einer förmlichen Tradition sprechen, insoferne es bei den ersten Franzosenkriegen und den Feldzügen von 1859 und 1866 auch nicht viel besser war, aber in diesem Falle treffen die Versäumnisse weniger die Heeresverwaltung und Leitung, als vielmehr das Ministerium des Äußern. Andrassy wollte, wie berichtet wird, alles vermeiden, was der Okkupation den Charakter eines Eroberungszuges geben konnte, daher mußte jede größere Entfaltung militärischer Kräfte hintangehalten werden. Aber selbst wenn man diesen Grund gelten lassen wollte, so ist nicht recht einzusehen, warum für die Verproviantierung auch dieser geringen Streitmacht so wenig vorgesorgt war. Wohl hatte sich in diesem traurigen Okkupationsfeldzug die Tapferkeit und Ausdauer der österreichisch-ungarischen Truppen wieder glänzend bewährt, aber die Donaumonarchie hätte, wie es den Anschein hat, doch weit mehr Ansehen gewonnen, wenn sie mit einer imponierenden und gut ausgerüsteten Armee aufgetreten wäre.

Vor allem aber war der Einmarsch zu spät begonnen worden. Noch in letzter Stunde — offenbar hoffte man noch auf eine friedliche Beilegung — wurde den Truppen Halt geboten, so daß die Insurgenten Zeit gewannen, sich zu sammeln und sich bis auf die Zähne zu bewaffnen. Hätte man nicht so drei kostbare Wochen ungenützt verstreichen lassen, dann wären vielleicht die zu Beginn eingesetzten Streitkräfte ausreichend gewesen. Auch nach der finanziellen Seite hin war die ganze Unternehmung weit unterschätzt worden. Als die Regierung in den Delegationen, die

im März 1878 tagten, einen Sechzig-Millionen-Kredit verlangte und der Verdacht laut wurde, daß er für eine Okkupation benötigt werde, glaubte sie die Unrichtigkeit dieser Behauptung mit dem Hinweis dartun zu können, daß die verlangte Summe für die Operation zu groß wäre — und man benötigte dann zweihundert Millionen.

Wie wir die Dinge heute zu überblicken vermögen, hatte wohl Ernst Plener recht, wenn er in seiner Parlamentsrede vom 21. Jänner 1879 gewissermaßen als Epilog auf den Berliner Vertrag sagte: „Wir haben die Okkupation Bosniens und der Herzegowina so lange verschoben, bis wir sie unter äußerst ungünstigen und unvorteilhaften Verhältnissen vollziehen mußten. Wenn wir im Jahre 1875, als der erste Aufstand in der Herzegowina stattfand, als die Not die Flüchtlinge über unsere Grenze trieb und wir zu einer raschen und energischen Maßregel schon berechtigt waren, hinübergegangen wären und aus Gründen unserer eigenen Sicherheit jene Länder besetzt hätten, so hätten wir mit weit geringeren Opfern und mit größerer Leichtigkeit dies erreicht, und der Berliner Kongreß hätte den faktischen Zustand in einen völkerrechtlich anerkannten verwandelt, während wir heute mit dem unklaren Berliner Mandat bedroht sind." Plener kannte, als er diese Worte sprach, noch nicht das spätere Abkommen Andrassys mit der Türkei vom 21. April, wodurch die Lage noch unklarer werden sollte.

Allein trotz den unverhältnismäßig großen Opfern, welche die Okkupation erforderte, war man in weiten Kreisen der Monarchie, als die Truppen endlich in Sarajewo einzogen, sehr zufrieden, und es trat sogar vielfach ein Stimmungsumschwung ein. Es war schließlich, nach so vielen Mißerfolgen der äußeren Politik, der erste greifbare Erfolg; nach so vielen territorialen Verlusten der erste Gebietszuwachs. Man konnte auf deutscher wie auf magyarischer Seite sagen, daß man durch die Besetzung der beiden türkischen Provinzen die Bildung eines serbischen Nationalstaates verhindert habe. Die Serben hatte man sich von diesem Moment an zu den erbittertsten Todfeinden gemacht. Ob das ein Gewinn, ein wirklicher Erfolg war, das mußte

erst die Zukunft lehren. So viel war sicher, daß die vollzogene Okkupation von den Slawen mit Frohlocken und Jubel begrüßt wurde. Wie ein Hoffnungsstrahl ging es durch die ganze slawische Welt. Ganz begeistert schrieb der Tscheche Rieger, daß sich die Lage der Slawen im Reiche durch den neuen nationalen Zuwachs verbessert habe. Der Berliner Friede sei nur der erste Akt im orientalischen Drama, der zweite müsse bald folgen. Die Okkupation ward als eine Anweisung auf eine große Zukunft angesehen.

Weniger begeistert waren die Mitglieder der deutschen Verfassungspartei, die nach wie vor behaupteten, daß die Okkupation ein Unglück sei. Vielleicht hatten sie recht.

Die große Tat Andrassys, durch die er sich und mittelbar den Magyaren den Dank des Kaisers erwarb, war, genauer besehen, eine der berühmten „Halbheiten". Bosnien und die Herzegowina waren — provisorisch — im Besitze der Habsburger-Monarchie, aber eigentlich gehörten die beiden Länder der Türkei. Geradezu unmöglich war auch ihre staatsrechtliche Stellung innerhalb der Monarchie. Sie wurden weder Österreich noch Ungarn zugeteilt, weil weder die Deutschen noch die Magyaren einen slawischen Gebietszuwachs wünschten, die letzteren aber ihre Ansprüche darauf doch aufrecht erhielten. Es konnte auch kein Reichsland sein, weil es nach magyarischen Begriffen keinen Oberstaat gab. Als ein drittes, gleichberechtigtes Gebilde wollte man sie auch nicht angliedern, weil dies den Widerstand der Magyaren und die Begehrlichkeiten der Tschechen wachgerufen hätte. So ließ man denn die ganze Frage einfach offen — ein Zustand, der sich in der Folge schwer rächen mußte.

Aber auch diese „halbe" Tat genügte, um die Slawen innerhalb und außerhalb der Donaumonarchie in die größte Aufregung zu versetzen und ihr auf allen Seiten Gegner zu schaffen. Abgesehen von den Serben, welche die beiden von Österreich-Ungarn okkupierten Länder als ihren rechtmäßigen Besitz ansahen, war es die Vormacht der Slawen, das Zarenreich, das der Monarchie nicht verzeihen konnte, daß es um die Früchte des Friedens von San Stefano gekommen war, und das mit Argwohn ihr Ausgreifen nach

dem Balkan verfolgte. Das stolze Wort, das Graf Andrassy seinem Monarchen aus Berlin sandte: „Die Tore des Orients sind Eurer Majestät geöffnet," hatte eine gewisse Berechtigung, die niemand besser fühlte, als der russische, bisher glücklichere Rivale, der den Balkan als seine ausschließliche Domäne betrachtete. Zunächst freilich bekam Fürst Bismarck, der „ehrliche Makler" und Hausherr des Berliner Kongresses, die ganze Schale des Unmutes über Rußlands Demütigung zu kosten. Drohend wurde gesagt: „Der Weg nach Wien führe über Berlin."

Die sichtbare Verstimmung Rußlands gegen das Deutsche Reich hatte die bedeutsame Folge, daß der Reichskanzler eine Annäherung an die Donaumonarchie suchte. Daß er sie auch alsogleich fand, das ist Andrassys unbestreitbares Verdienst, seine „ruhmreichste" Tat, wie Ernst Plener bemerkt. Am 7. Oktober 1879 wurde im Wiener Hotel Imperial der Zweibundvertrag „zur Sicherstellung des europäischen Friedens" unterzeichnet. Der brausende Jubel, mit dem der deutsche Reichskanzler auf seiner Fahrt von Gastein, wo die grundlegenden Verhandlungen geführt worden waren, nach Wien und in der Residenz selbst begrüßt wurde, bewies den beiden Staatsmännern, daß das Bündnis einem aufrichtigen Herzensbedürfnis der Deutschen in Österreich entsprach — das Band, das durch den unseligen Bruderkrieg von 1866 zerrissen wurde, war, wenigstens notdürftig, wieder angeknüpft. Daß es nicht fester geschlungen wurde, daran war, wie man weiß, nicht Bismarck die Schuld. Er dachte daran, ihm auch einen staatsrechtlichen Inhalt zu geben und es zu einem „pragmatischen" Bündnis zu gestalten, das in die Verfassungen der beiden verbündeten Reiche aufgenommen werden sollte — doch er drang nicht durch.

Immerhin, auch in der losen Form des Zweibundvertrages zwischen dem alten Kaiserstaate und dem neuen Deutschland, war für die Monarchie an der Donau eine feste Grundlage ihrer weiteren Politik geschaffen worden. Die Hauptsache war doch, daß auf beiden Seiten ehrlich daran festgehalten wurde — der weitere Ausbau war dann Sache der Zukunft. Was Bismarck anbelangte, so hegte er die

innerste Überzeugung, daß Deutschland an dem Bestande Österreich-Ungarns selbst interessiert sei. Auch ganz Europa — die Donaumonarchie war, wie der Schwede Kjellén sich so schön ausdrückte, Europas Wachtposten im Osten und sein Puffer gegen niedrigere Kulturen. Bismarck hatte nur die eine Sorge, daß in dem verbündeten Nachbarreiche „antideutsche Richtungen nationaler oder konfessioneller Natur" erstarken könnten.

Bismarcks Besorgnis war leider berechtigt. Nicht, daß Kaiser Franz Joseph jemals das Sorgenkind gewesen wäre — er hat, wenn es ihm auch innerlich nicht leicht gefallen sein mag, die Erinnerungen an das Jahr 1866 niedergekämpft und an dem Bündnis, wie dies von Friedjung und Plener mit Recht betont wird, „mit lauterer Treue" festgehalten. Aber die innere Lage in der österreichischen Hälfte der Monarchie hatte sich just in dem Augenblick, da Andrassy das Bündnis abschloß, in ganz eigenartiger, katastrophaler Weise umgestaltet. Wenige Monate vorher, im August, war Taaffe, ein Jugendfreund des Kaisers, an die Spitze der Regierung getreten und mit ihm setzte eine ausgesprochen tschechische Ära ein. Diese Wandlung war der eigentliche Grund, warum Graf Andrassy — schon im August sprach man von seinem bevorstehenden Rücktritte — amtsmüde wurde und die bittere, für das Habsburgerreich so bezeichnende Äußerung tat, es sei „kein Vergnügen, in Österreich-Ungarn Minister zu sein". Andrassy hat schon als demissionierter Minister den bedeutsamen Zweibundvertrag abgeschlossen. Am nächsten Tage, am 8. Oktober, verließ er das Palais am Ballplatz — es war ein bedenkliches, ominöses Symptom.

Die Slawen machten aus ihrer Abneigung gegen das Bündnis mit Deutschland kein Hehl — das Kesseltreiben gegen den Zweibundvertrag setzte gleich von allem Anbeginne ein und sollte nicht mehr ruhen. Aber eben diese Slawen werden jetzt die herrschende Macht. Die Slawisierung Österreichs beginnt und immer stärker tritt auf Seite der Deutschen der Verdacht auf, daß sie planmäßig in die Wege geleitet werde, um die deutschen Teile, auf die sich angeblich die Annexionsgelüste des Deutschen Reiches

richteten, den „Magnetberg", möglichst „ungenießbar" zu machen.

Eine wahrhaft groteske Situation: Österreich-Ungarns innere und äußere Politik schlugen von nun an getrennte Wege ein. Auf der einen Seite sollte man mit dem Deutschen Reiche gehen, um sich mit seiner Hilfe vor der russischen Gefahr zu schützen, auf der anderen Seite wird das bisherige Staatsvolk der Deutschen — diesmal für längere Zeit — in den Hintergrund gedrängt und damit auch die Grundlage des Bündnisses mit Deutschland erschüttert — aber auch die Grundpfeiler des Dualismus, der Großmachtstellung des habsburgischen Reiches. Und das zu einer Zeit, da mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina das „Ausfallstor nach dem Osten" geöffnet worden war und alles auf ein kraftvolles, imposantes Auftreten der Donaumonarchie ankam. Kraus und verworren genug hatte die „Neue Ära" begonnen. In dem verwirrenden Durcheinander der politischen und nationalen Gegensätze läßt die Regierung die feste Führung, die Stetigkeit vollständig vermissen. Schon sehen wir deutlich die Fäden sich knüpfen, die zur inneren Zersetzung der Monarchie, zur Katastrophe führen sollten.

2. INNERE ZERSETZUNG DER MONARCHIE. KRISE DES DUALISMUS

Wie sich in der westlichen Reichshälfte der Monarchie die Dinge entwickelt hatten, wäre es auch dem größten staatsmännischen Genius nicht leicht gefallen, den Knoten, welchen die vorausgegangene unselige Zick-Zackpolitik geschlungen, zu entwirren. Graf Eduard Taaffe, der anfangs August 1879, nachdem er schon wiederholt in den letzten Jahren im Kronrate gesessen war, an die Spitze des Kabinettes trat, war dieser hervorragende Staatsmann nicht.[301] Er zeigte nur eine sehr große Geschicklichkeit, über die Schwierigkeiten des Tages hinwegzukommen, „fortzuwursteln", wie er sich einmal öffentlich und offen ausdrückte, und er wurstelte sich in der Tat volle vierzehn

Jahre fort — ein für einen österreichischen Premier ganz ungewöhnlich langer Zeitraum.

Das Geheimnis dieser langen Lebensdauer der Regierung Taaffes erklärt sich wohl daraus, daß er in seltenem Ausmaß das Vertrauen des Monarchen, seines Jugendgespielen, genoß und dasselbe auch vollauf rechtfertigte. Der „Kaiserminister", wie der Graf sich bezeichnend nannte, hatte nur ein Bestreben, dem Kaiser „zu Willen zu sein". Es glückte ihm auch, einen Zustand herbeizuführen, der Franz Joseph ganz vergessen ließ, daß die Zeiten des Selbstherrschertums vorbei waren und es gesetzlich eine Verfassung gab. Die „Ära Taaffe" ist dadurch gekennzeichnet, daß wieder, wie in den idealen Zeiten des franziszeisch-metternichischen Systems, das persönliche Regiment vorherrschte. Der Abgeordnete Dr. Eduard Gregr konnte auch mit gutem Grunde einmal, bei der Budgetberatung im Jahre 1888, sagen: Österreich sei etwas Ärgeres als ein absolutistischer Staat; es sei „ein Staat der ministeriellen, bureaukratischen Willkür unter dem Deckmantel des Konstitutionalismus" — und Gregr als Tscheche gehörte wahrhaftig nicht zu den Stiefkindern des Taaffeschen Systems.

Bei seinem Streben, die Macht der Krone zu heben, kam Taaffe die allgemeine Zeitströmung des Imperialismus, die eben damals einsetzte, zugute, aber er hatte sich zudem eine gewisse Taktik, ein System, zurechtgelegt, das geradezu originell genannt zu werden verdiente, wenn es nicht just in Österreich schon förmlich traditionell gewesen wäre — es war das alte Hausmittel, die habsburgische Erbmaxime: „Divide et impera." Dieses „Teile und Herrsche" hat Graf Taaffe jahrelang mit einer unnachahmlichen Virtuosität angewandt. „Man muß alle Nationalitäten," so äußerte sich der witzige Mann, „in gleichmäßiger wohltemperierter Unzufriedenheit erhalten." Auf diese Weise fiel allerdings der Krone die ausschlaggebende Macht zu, und der geistvolle Abgeordnete Pernerstorfer durfte die boshafte Bemerkung machen, daß Österreich im Grunde „der am leichtesten zu regierende Staat" sei. Aber das war eben nur eine Ironie — in Wirklichkeit mußte diese leichte oder, sagen wir besser, leichtsinnige Art zu

regieren, die schwersten Folgen für den Staat nach sich ziehen, und sie blieben auch nicht aus. Dem rückschauenden Betrachter kann es heute nicht schwer fallen, die verheerende Wirkung des Taaffeschen Systems der Systemlosigkeit festzustellen, aber uns liegen Stimmen von hochstehenden Zeitgenossen vor, die das Verderbliche desselben gleich anfangs erkannten. Es waren noch nicht zwei Jahre seit dem Beginn der Ära Taaffe vergangen, da sprach erbittert der Landesverteidigungsminister des ersten Kabinettes, General Horst, von dem „politischen Wahnsinn" seiner Politik, von den „immer unleidlicher und gefährlicher" für die Gesamtmonarchie sich gestaltenden Verhältnissen.

Graf Taaffe führte sich mit einem Programm der „Versöhnung" ein — das war nicht neu. Wie er sich dieselbe dachte, das sagte er nicht, und doch wäre dies äußerst interessant gewesen.

Kurz vorher hatte ein Verständigungsversuch, den einige Führer der Tschechen und der Deutsch-Liberalen unternommen, ein klägliches Ende gefunden, und Adolf Fischhof, der im Mittelpunkt dieser Aktion stand, stellte die leidige Tatsache fest, daß für eine Versöhnung die conditio, sine qua non fehlte, die „Versöhnlichkeit" — die Gemüter, so sagte er, seien für den Ausgleich „noch nicht vorbereitet". Hatte der neue Ministerpräsident vielleicht eine solche Vorbereitung der Gemüter im Wege der offiziösen Presse ins Auge gefaßt, um die Verständigung von Volk zu Volk, die schon einmal in Kremsier gelungen, aber jetzt, nach dem jahrelangen verbitternden Kampf, beim ersten Anlauf gescheitert war, unter günstigeren Verhältnissen zu erneuern? Der Weg führte offenbar zu sehr in die Weite. Graf Taaffe aber wollte einen raschen Erfolg haben, und in der Tat war die Lösung sehr einfach. Zu „versöhnen" waren ja nur die Tschechen, die seit zwölf Jahren in ihrem böhmischen Schmollwinkel saßen und den Reichsrat boykottierten, und nicht die Deutschen, die bisher in dem unbestrittenen Besitz der Macht gewesen waren — man brauchte also nur das Verhältnis umzukehren, und die Versöhnung war gemacht.

Wohl war das erste Kabinett, wie offiziös versichert wurde, eine sogenannte Koalitionsregierung, aber sie war es doch nur zum Scheine. Graf Taaffe, der in der Kunst der Verstellung wohl bewandert war — General Horst nennt ihn die „personifizierte Falschheit" — legte es von Haus aus auf den Sturz der deutschen Verfassungspartei an. Die Thronrede vom 8. Oktober 1879, die im großen und ganzen die tschechische Rechtsanschauung anerkannte, mußte von den Deutsch-Liberalen als eine Kriegserklärung angesehen werden. Dazu kam eine ganze Reihe von gewiß nicht unabsichtlichen Reizungen; so war die erste Ministerliste, auf der auch Pražak, einer der Wortführer des tschechischen Staatsrechtes, prangte, mit der Rechten vereinbart worden, mit der Verfassungspartei aber nicht. Wären die Deutsch-Liberalen bessere Politiker gewesen, so hätten sie nicht gleich in gekränktem Stolz das Feld geräumt, sondern im Interesse der Sache auf ihrem Posten ausgeharrt. Aber wahrscheinlich würde ihnen auch das nicht viel genützt haben. Graf Taaffe hatte nun einmal den Ehrgeiz, als „Bändiger" der deutschen Verfassungspartei, die sich bei Hofe so gründlich mißliebig gemacht hatte, zu erscheinen, und so verwandelte sich die angebliche Koalitionsregierung sehr rasch in ein Kabinett der Rechten; es kam der aus den Slawen, Feudalen und Klerikalen gebildete „eiserne Ring".

Nachdem diese erste Etappe auf dem Wege der „Versöhnung" glücklich erreicht war, konnte man rüstig weiter schreiten. Die Sprachenverordnung des Justizministers Stremayr vom Jahre 1880, welche die tschechische Sprache im Parteienverkehr bei den Behörden in Böhmen und Mähren einführte, bildete den Auftakt zur systematischen Slawisierung der Sudetenländer. Es kam den Tschechen zugute, daß sie sich der mächtigen Bundesgenossenschaft des Adels zu erfreuen hatten. Deutsche Herrengeschlechter wie die Schwarzenberg und Thun wurden die Bannerträger der nationaltschechischen Idee und mit ihnen ein großer Teil des deutschen Klerus. Die Tschechen erhielten 1882 eine eigene Universität und waren bald im Besitze von zwei technischen Hochschulen, einer eigenen Akademie der Wissenschaften und einer Unzahl von niederen Schulen —

so sah es mit der „Unterdrückung" des tschechischen Volkes in Österreich aus. Wie gerne hätten sich die Deutschen auch derart „unterdrücken" lassen! Der Fackelzug, den die deutschen Studenten im Februar 1881 auf ihrem eigenen Boden, in Wien, zu Ehren des hundertsten Todestages des Dichters Lessing veranstalten wollten, wurde untersagt; verboten ward ihnen auch das Lied zu singen „Deutsche Worte hör' ich wieder". Schwer verdrossen verließ 1883 der namhafte Historiker der Wiener Universität Ottokar Lorenz, der sich durch seine „prononciert" deutschnationale Gesinnung mißliebig gemacht und eine Rüge erhalten hatte, den Kaiserstaat, dem Beispiel des Literaturhistorikers Wilhelm Scherer folgend, der nach der Hohenwartkrise im Jahre 1872 aus dem gleichen Anlaß nach Deutschland gezogen war. Der Ministerrat vom 11. Dezember 1884 beschäftigte sich bereits mit der Frage der Aufhebung der Burschenschaften.

Es war also dahin gekommen, daß die Deutschen ihre nationale Gesinnung nicht betätigen durften, während die Slawen unter der Patronanz der Wiener Regierung ihr Volkstum offen, demonstrativ zur Schau trugen und eine rücksichtslose Propaganda für ihre nationale Idee entfalteten. Von den Deutschen verlangte man, daß sie sich als „Nurösterreicher", als die „österreichische Nation" fühlten, als das Staatsvolk, das sie in Wirklichkeit nicht mehr waren. Kaiser Franz Joseph hatte nur so lange, als der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland im Vordergrunde des politischen Interesses stand, mit Vorliebe seine Zugehörigkeit zum Deutschtum bekannt; nach dem Ausscheiden Österreichs aus dem Bunde und der Gründung des Deutschen Reiches galt am Wiener Hofe das Bekenntnis zum Deutschtum als eine gefährliche Sache. So sah man es denn dort gerne, wenn Taaffe, der treue Diener seines Herrn, die „Denaturierung" der Deutschen betrieb. Es war ein trauriges Symptom des tiefen Wandels der politischen Entwicklung in Österreich, daß das zum „Aschenbrödeldasein" verurteilte einstige Herrenvolk der Deutschen sich gezwungen sah, zur Erhaltung ihres Volkstums Schutzvereine zu gründen.

Die Folgen dieser ausgesprochen deutschfeindlichen Haltung der Wiener Regierung blieben nicht aus. Schon vor dem Beginn der Ära Taaffe — die slawenfreundliche Tendenz der österreichischen Regierung war ja seit langem bemerkbar — hatte sich unter den Deutschen ein radikaler Flügel gebildet, der mehr oder weniger bewußt seine innerliche Abkehr von dem Habsburgerreiche vollzogen hatte und im Anschlusse an Deutschland das hellstrahlende Licht einer schöneren Zukunft erblickte. Der Führer dieser anfangs sehr kleinen Partei, Georg Ritter von Schönerer, scheute sich nicht, in seiner Reichsratsrede vom 18. Dezember 1878 das Bekenntnis abzulegen: „Wenn wir nur schon zum Deutschen Reich gehören würden!" So begann denn auch bei den Deutschen das „Schielen" über die schwarz-gelben Grenzpfähle, und es war für die Wiener Regierung ein schwacher Trost, wenn ihr von einem deutschnationalen Sänger versichert wurde: „Wir schielen nicht, wir schauen — wir schauen unverwandt, wir schauen voll Vertrauen ins deutsche Vaterland."

Dieses „Schauen" über die Grenze aber wurde jetzt unter Taaffe, je offener und brutaler er die Slawisierung des Staates betrieb, um so intensiver. Die Partei des „Ritters Georg" fand, namentlich in den akademischen Kreisen, einen von Jahr zu Jahr steigenden Zuwachs. Mit Recht konnte so der Exminister Taaffes, General Horst, 1881 sagen: „Was tausend preußischen Agenten nicht gelungen wäre, das hat das Ministerium Taaffe mit virtuoser Geschicklichkeit und Raschheit zustande gebracht — wir haben jetzt auch eine deutschnationale Partei, an der es uns bisher fehlte..." Vier Jahre später stellte der General die Tatsache fest, daß Schönerer von Tag zu Tag mehr eine politische Macht werde, mit der man rechnen müsse. „Das ist," so fügt er bitter hinzu, „der Fluch des heraufbeschworenen Nationalitätenschwindels und des mehr als naiven Glaubens, der deutsche Michel mit der Zipfelmütze existiere noch und werde allein sich von dem Betreten der nationalen Bahn abhalten lassen." Die Kornblume, schrieb er ein andermal, hätte niemals ihren heutigen Wert bekommen, wenn die leitenden Staatsmänner nicht von der

„fixen Unglücksidee" besessen gewesen wären, daß man den Deutschen zeigen müsse, man könne auch ohne sie regieren.

Die Lage der Deutschen wie ihr Verhältnis zur Regierung, die nur die Erscheinung, die wachsende Erbitterung, und nicht auch ihre Ursache sah, gestaltete sich immer unleidlicher. Den Tschechen gegenüber, die nach Moskau gepilgert waren, drückte man wohlwollend beide Augen zu, die Deutschen hingegen, die in ihrer nationalen Bedrängnis hilfesuchend nach Deutschland blickten, galten als Hochverräter.

Dem Monarchen entrang sich im Unmut das böse Wort von der „faktiösen" Partei, was so viel wie aufrührerisch bedeutete. Immer mehr mag ihm so der slawisch-feudale Kurs, den sein Premierminister eingeschlagen, als staatsrettende Tat erschienen sein.

Die gründliche Wandlung der Stellung der Deutschen in dem Habsburgerreiche zeigt grell das im Jahre 1882 unter Mitwirkung alter Burschenschafter und gesinnungsverwandter Parteimänner wie Viktor Adler, Pernerstorfer und Friedjung zustande gekommene Linzer-Programm. Dasselbe enthielt als die wesentlichsten Punkte die Forderung der Personalunion mit Ungarn und eines engeren Zusammenschlusses der ehemaligen deutschen Bundesländer, ferner die Sonderstellung Galiziens, Dalmatiens und der Bukowina. Man darf in den zu Linz entwickelten Forderungen ein Symptom der Abkehr von der Staatsgesinnung zugunsten einer rein nationalen Politik erblicken. Der alte Zentralismus ist aufgegeben, man hat sich zu dem Gedanken einer teilweisen Föderalisierung bekannt. Die Wünsche der Polen und der Kroaten werden befriedigt, die der Tschechen dagegen abgewiesen und ein engerer Anschluß der einstigen Bundesländer an das Deutsche Reich wird gefordert. Auch wird die Anerkennung des Deutschen als Staatssprache verlangt — ein Antrag, der gut um ein Jahrzehnt zu spät kam. Trotz allem äußerlich scharf betonten Festhalten an der alten Herrscherstellung geht doch durch das Programm etwas wie müde Resignation — die Deutschen hatten sich in eine Verteidigungsstellung zurückgezogen: Deutschösterreich,

das Vaterland, muß kleiner sein, um ihm eine deutsche Mehrheit zu sichern.

Als Graf Taaffe mit seiner slawisch-föderalistischen Politik der „Völkerversöhnung" einsetzte, begegnete er noch einem großen, geschlossenen Widerstande von seiten der zentralistisch gesinnten staatserhaltenden Elemente, wie sie in der Industrie und Finanz, in der Armee und selbst in der Kirche — man denke an Rauscher und Kutschker — vor allem aber in der Beamtenschaft vertreten erschienen. Noch lebte in der Verwaltung — man kann sagen — ungebrochen der theresianisch-josephinische Geist der strengen, unparteilichen Erfüllung der Pflicht und der treuen Staatsgesinnung. Hier galt es also die Brecheisen anzusetzen und das feste Gefüge des Staates zu lockern. Systematisch wurde die Slawisierung der Ämter betrieben; in die Zentralstellen, in denen bisher meist nur die Amtsdiener Söhne der tschechischen Nation waren, drang eine Flut von slawischen Beamten ein, die nicht für das Interesse des Gesamtstaates, sondern für ihr Volkstum arbeiteten. Schon im Jahre 1885 bei der Budgetdebatte konnte Dr. Herbst darüber Klage führen, „daß in der österreichischen Bureaukratie sich die alten Traditionen immer mehr verflüchtigen, daß der Geist der Nationalität und der Parteigeist immer mehr in die Bureaukratie eindringt und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung immer mehr schwächt." Wenn der einstige Führer der Deutsch-Liberalen bei dieser Gelegenheit die zunehmende „Blasiertheit" der jungen Generation gegen den österreichischen Staatsgedanken wehmütig hervorhob, so stimmt diese Bemerkung mit dem überein, was der jüngere Plener rückschauend die „kühle Verdrossenheit", die „Abkehr vom Staate" nannte.

Die erschreckende Frucht des Taaffeschen Regierungssystems war, wie Ernst Plener sagt, ein „Sinken des öffentlichen Geistes und ein Aufschwung der radikalen Strömungen bei allen nationalen Parteien". Man weiß, daß es auch am Wiener Hofe eine Partei gab, die mit Sorge diese unheilvolle Entwicklung der Dinge verfolgte. Der begabte, hochgebildete Sohn des Monarchen, Kronprinz Rudolf, trat in eine ausgesprochene Opposition zu der Politik seines Vaters

und dieser tägliche Kleinkrieg mag nicht wenig zu der Zerrüttung der Nerven dieses unglücklichen Prinzen, die zu dem erschütternden Drama in Mayerling führte, beigetragen haben.

Noch sind die Schleier über die Tragödie des Kronprinzen, der am 30. Jänner 1889 zuerst seine Geliebte, die Baronin Marie Vetsera und dann sich selbst erschoß, nicht gelüftet. Aber sicherlich handelte es sich dabei um keine reine Liebesaffäre. Heinrich Friedjung dürfte schon, wie Oskar Mitis auf Grund seiner bisherigen Forschungsergebnisse betont, recht haben, wenn jener behauptet: „Die Gemeinschaft des Sterbens mit dem jungen Mädchen war gewiß nur ein Begleitumstand der in tieferen Gründen wurzelnden Tat."[302] Hat es sich wirklich, wie die Freiin von Wallersee, Gräfin Larisch, die Vertraute der beiden, in ihrem bekannten Buche „Meine Vergangenheit" erzählt, um ein Komplott zur Erlangung der ungarischen Königskrone gehandelt — wer könnte das sagen? Auf jeden Fall war der unglückliche Prinz zu jener Zeit geistig nicht mehr normal. Ein zügelloses Leben hatte den Krankheitskeim, der ihm von seiner Mutter her, der Wittelsbacherin Elisabeth, im Blute lag, zur Reife gebracht.

Aber es hätte vielleicht nicht so kommen müssen. Auch Rudolf gehörte in die Reihe jener tragischen Thronfolger, die, weil „unbeschäftigt", am Hofe des regierenden Fürsten sich unglücklich fühlen und auf Abwege geraten. Seine naturwissenschaftlichen Studien, die Herausgabe des großangelegten Kronprinzenwerkes „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild", die dem geistig regsamen Erzherzog eine wahre Herzenssache war, füllten ihn ebenso wenig wie die Jagd, die er leidenschaftlich liebte, völlig aus — dazu war er eben zu sehr Thronfolger und Habsburger. Der Kronprinz interessierte sich, wie man weiß, sehr lebhaft für die großen Fragen der Politik, wurde aber von seinem kaiserlichen Vater von jeder Betätigung auf diesem Felde ferngehalten. Dies war entschieden ein Fehler, und nicht ohne Bewegung liest man die Worte, die der General Graf Latour, einer der Erzieher des Kronprinzen, ein „kluger und wohlgesinnter Mann", wie ihn uns

Ernst Plener schildert, später, als ihn Albert Margutti über die Ursachen der Katastrophe auszuholen suchte, gebrauchte. Der Graf erwähnte die unselige Heirat mit Stephanie, um dann nachdenklich hinzuzufügen: „Zu diesem Zeitpunkte hätte der Kaiser mit viel Erfolg eingreifen können, wenn er den Kronprinzen beschäftigt, in die Regierungsgeschäfte eingeführt und ihn bleibend an sich herangezogen hätte. Ernste, ersprießliche Arbeit würde den Kronprinzen vollauf in Anspruch genommen haben, und bin ich fest überzeugt, daß er — wenn noch rechtzeitig in diesem Sinne unterwiesen — sich solchen Aufgaben mit allem Ernste gewidmet hätte, wie er dies auch immer bei seinen naturwissenschaftlichen Privatstudien getan. Es hätte aber eine Beschäftigung sein müssen, die seiner Intelligenz und seinem Selbstbewußtsein angemessener gewesen wäre, als die militärischen Kommandoführungen, welche für die Erzherzoge doch immer nur auf eine vornehme Spielerei ausliefen, wie auch das für den Kronprinzen erfundene General-Infanterie-Inspektorat bloß den Deckmantel für Nichtstun abgab."

Diese Kritik des Grafen Latour gewinnt noch größere Berechtigung, wenn man aus derselben Quelle erfährt, daß der Kronprinz, seinem Vater, welcher sich stets als Soldat fühlte, vollständig ungleich, für diesen Stand recht wenig übrig hatte, ja den militärischen Zwang haßte. Es dürstete Rudolf nach anderen Taten, als die Burggendarmerie, die nun in eine „Leibgarde-Infanterie" umgetauft wurde, an Stelle der altherkömmlichen weißen Säbel- und Patrontaschenriemen mit einem schwarzen Lackriemen auszustatten. Da er zur staatsmännischen Beschäftigung, wie gesagt, keinerlei Gelegenheit fand, so betätigte er sich bald als Frondeur der unangenehmsten Sorte — um so unangenehmer, als sein Tadel meist ins Schwarze traf. Daß er das Taaffesche Regime wiederholt als ein schweres Unglück für den Staat bezeichnete und mit vernichtenden Worten abkanzelte, dies können wir ihm heute nicht verargen.

Auch über die äußere Politik des Donaureiches fällte der Kronprinz Urteile, die von der Weite und Schärfe seines Blickes zeugen. Er mißbilligte entschieden die am Ballplatze

beliebte Taktik, um jeden Preis einem Konflikt mit Rußland, der ja doch, so lange Österreich-Ungarn auf seine Balkaninteressen nicht verzichtete, kommen mußte, auszuweichen. Die steten Rüstungen, Neuformationen und Änderungen in der Bewaffnung, meinte er, erfordern eine ungeheure Geldsumme, der Steuerdruck wächst, und „auf diese Weise wird die soziale Frage mit aller Gewalt von den Regierenden selbst herbeigezerrt" — und deshalb war er für eine Abrechnung mit Rußland, an dessen Seite damals wohl kaum England gestanden hätte. Er sieht die ganze europäische Kultur vom Untergang bedroht. Österreichs Zukunft im besonderen erscheint ihm im trübsten Licht. „Neugierig bin ich nur als stiller Beobachter," schreibt er einmal seinem Freunde, dem Journalisten Moritz Szeps, „wie lang ein so alter und zäher Bau wie dieses Österreich braucht, um in allen Fugen zu krachen und zusammenzustürzen."[303]

Nun, Graf Taaffe hat sich redlich Mühe gegeben, das Habsburgerreich zu Tode zu regieren. Aber bald nach der Tragödie von Mayerling, die, wie Ernst Plener in warmem Gedenken an den Kronprinzen, dem er persönlich nahegestanden, niederschrieb, „nicht bloß ein erschütterndes Ereignis, sondern auch ein Verlust für den Staat" war, kam auch für Taaffe die Stunde, da der Meister des „Fortwurstelns" an der Weisheit und Wunderkraft seines Systems irre wurde.

Er hatte geglaubt, durch das gegenseitige Ausspielen der Nationalitäten alle in der Hand zu haben, indes erging es ihm wie dem Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr zu bannen vermochte. Für jeden halbwegs gereiften Politiker mußte es klar sein, daß die Tschechen in ihrem nationalen Größenwahn und Fanatismus mit dem Erreichten sich nicht zufrieden geben würden. Sie wollten die volle staatliche Selbständigkeit Böhmens, und wenn sie diese erlangt hätten, die Personalunion, die bekanntlich, wie Plener sagt, gewöhnlich zur völligen Trennung führt. Es war ihnen nicht um die Gleichberechtigung mit den Deutschen zu tun, sondern um die volle Herrschaft — deshalb wiesen sie das Verlangen nach einer Zweiteilung des Königreiches, das Palacky noch 1849 gestellt hatte, brüsk ab.

Schon Andrian hatte in seiner 1841 veröffentlichten Schrift „Österreich und dessen Zukunft" die verhängnisvollen Folgen geschildert, die für die Donaumonarchie hereinbrechen würden, falls die Regierung den ersten Forderungen der Nationalitäten nachgäbe — diese werden dann an sie „immer steigende, immer dringendere" Ansprüche stellen. Franz Grillparzer sprach vier Jahrzehnte später, kurz vor seinem Tode, denselben Gedanken aus: „Die Polen und Tschechen wird man nie befriedigen — je mehr man ihnen gibt, um so mehr werden sie verlangen." „Sie haben recht," so fügte er hinzu, „man hat den Ungarn auch alles bewilligt. Wir brauchten fünf Jahre einen Bismarck — der würde schon mit ihnen fertig werden."

Nimmer ruht der Wünsche Spiel,
Immer weiter rückt das Ziel!

Es kam alles so, wie es vorausgesagt wurde. Die Slawen, die verhätschelten Schoßkinder des Taaffeschen Regimentes, empörten sich gegen die „Brosamenpolitik". Allen voran wieder die Tschechen. Tschechische Turner verbrüderten sich im Juni 1892 in Nancy mit den Franzosen. „Unsere Feinde," erklärte ihnen Podlipny feierlich, „sind auch die eueren, eure Feinde auch die unsern ... Es lebe Frankreich!" Im nächsten Monat kam es in Prag zu schweren Ausschreitungen gegen die Deutschen, und dabei zeigte sich, daß die Tschechen doch nicht jene guten Österreicher waren, wie man am Wiener Hofe immer wähnte, und die Erregung der Deutschen über die Bevorzugung der „Landesverräter", die aus ihren Sympathien zu Rußland und Frankreich nie ein Hehl machten, nicht unberechtigt war — der Doppeladler wurde verhöhnt und zerschlagen, Militär mußte einschreiten und schließlich wieder, im September 1893, der Ausnahmszustand verhängt werden.

Schon vorher, als die nationalen Wirren in Böhmen immer bedrohlicher sich zuspitzten, hatte Graf Taaffe sich veranlaßt gesehen, nun wirklich einen Versuch zu machen, die Tschechen und Deutschen zu versöhnen. Im Jänner 1890 wurde eine Verständigungsaktion eingeleitet, die aber an

dem geharnischten Einspruch der Jungtschechen, in welchen der demokratische Geist des Hussitentums in Reinkultur sich fortgepflanzt erhalten hatte, scheiterten. Die gemäßigteren Alttschechen, die bisher die Herrschaft innehatten, wurden unsanft aus dem Sattel gehoben, und damit war der Taaffeschen Regierung der Boden entzogen. Das ganze Ausgleichswerk war übrigens so mangelhaft, so leichtfertig in Szene gesetzt worden, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, Taaffe habe die Versöhnung gar nicht ernstlich gewollt. So waren die Jungtschechen, diese kräftig aufstrebende Partei, gar nicht herangezogen worden, welcher Umstand allein schon genügte, die ganze Aktion zu Fall zu bringen. Von einer planmäßigen Vorbereitung der Verständigung, die allein zum Ziele hätte führen können, war auch nicht die leiseste Spur zu entdecken.

Nun, nachdem hüben und drüben die radikalen Elemente Oberwasser bekommen hatten, griff Taaffe in seiner Bedrängnis zu einem letzten Mittel, das ihm offenbar nur die Verzweiflung eingegeben hatte. Es sollte durch eine Wahlreform, welche die breiteren Schichten des Volkes zur Mitbestimmung heranzog, der nationale Streit erstickt, die Parteien sollten „zu Brei" geschlagen werden. Als aber Graf Taaffe, der „Sozialist", im Oktober 1893 die von Steinbach entworfene Wahlreform dem Hause vorlegte, gab es bei den konservativen wie bei den bürgerlichen Parteien einen ungeheuren Sturm. „Du mußt dich hängen lassen" — rief ihm entrüstet Graf Hohenwart zu. Ernst Plener und der Pole Jaworski sekundierten ihm eifrigst.

Der Kaiser war von dem Ausgang der Wahlreform, die man nicht erwartet hatte, peinlichst betroffen. In der Ministerratssitzung vom 29. Oktober 1893, die unter seinem Vorsitze stattfand, kam die schwere Enttäuschung zu dramatischem Ausdruck — man hatte sich „über das Maß der Wirkung derselben geirrt". Aber was nun? Über diese Frage entspann sich eine lebhafte Wechselrede, in die auch der Monarch eingriff. Es stand die Frage eines Koalitionsministeriums, aus den Parteien, die Taaffe gestürzt hatten, gebildet, zur Diskussion. Der Kaiser machte kein Hehl daraus, daß ihm diese Lösung, durch die mit Ernst Plener

wieder die Deutsch-Liberalen ins Kabinett eingezogen wären, nicht sympathisch sei. Auf die Bemerkung des Ackerbauministers Graf Falkenhayn, daß eigentlich auch das gegenwärtige Kabinett ein Koalitionsministerium sei, erwiderte Franz Joseph mit merklichem Nachdruck, daß er sich ein solches Koalitionsministerium gerne gefallen lasse, denn es sei „kein parlamentarisches Ministerium, sondern das Ministerium des Kaisers", und er bedauere, daß es „für einige Zeit" damit vorüber sein dürfte.[304] Diese Äußerung des Monarchen ist für seine Gedankenrichtung und für die Gefühle, die Taaffes Sturz in ihm auslöste, überaus bezeichnend. Aber der Graf war nicht zu halten, er erhielt am 11. November 1893 seinen Abschied. Besonders schmerzlich mußte es den „Kaiserminister" berühren, daß ihm der Monarch auch seine Gnade entzog.

Die traurige Hinterlassenschaft der vierzehnjährigen Ära Taaffe war eine Verschärfung des Völkerstreites, war die völlige Zerrüttung des Staatswesens. Minister kommen und gehen, während das Chaos bleibt und immer ärger wird. Die feinst gedrechselten Regierungsprogramme erweisen sich schon nach kurzer Zeit als unausführbar. Wäre Graf Taaffe nicht bald nach seinem Sturze verschieden, so hätte er die Genugtuung gehabt, zu sehen, wie sein System des „Fortwurstelns" das einzige Bleibende in der Erscheinungen Flucht darstellte. Das Hauptrequisit seiner Regierungskunst, die Slawisierung Österreichs, das gegenseitige Ausspielen der Nationen, und sein Gedanke einer Wahlreform verschwanden nicht mehr aus dem Gesichtskreise seiner Nachfolger.

Die Freude der Deutschen über das Verschwinden Taaffes sollte indes nicht von langer Dauer sein. Nach dem kurzen Bestand eines Koalitionsministeriums unter Fürst Windischgrätz und eines Verlegenheitsministeriums unter Graf Kielmannsegg betrat im Oktober 1895 der polnische Graf Kasimir Badeni, Statthalter von Galizien, die politische Arena.[305] Er galt schon seit langem als „kommender Mann", wie denn sein Name bereits nach dem Sturze Taaffes aufgetaucht war. Der neue Staatsmann, dem eine „eiserne Hand" nachgerühmt wurde, war vom Monarchen dazu ausersehen, die

Sprachenfrage in Böhmen im Verordnungswege zu regeln — auch gegen den Willen der Deutschen. Daß er sich zu dieser Rolle, die ihm in der Geschichte Deutschösterreichs ein so trauriges Angedenken verschaffen sollte, hergab, daran war, wie man jetzt weiß, weniger seine gewalttätige Natur, als vielmehr eine vollständige Unkenntnis der politischen Verhältnisse außerhalb des Bereiches von Galizien schuld. Als er sah, daß seine Sprachenverordnungen auf den Widerstand der deutschen Parteien stießen, bot er — am 4. April — dem Monarchen die Demission des Kabinettes an, die indes abgelehnt wurde. Kaiser Franz Joseph erklärte vielmehr, das Ministerium müsse auf der nun einmal eingeschlagenen Bahn entschieden weiterschreiten. Die Minister hätten die Sprachenverordnungen mit den Tschechen vereinbart und würden doch nicht jetzt ausscheiden wollen, weil es einem Teile der Deutsch-Liberalen einfalle, Opposition zu machen.

So wurde denn von Badeni tags darauf die famose Sprachenverordnung vom 5. April 1897 für Böhmen erlassen, die, wie selbst der spätere polnische Minister Loebl zugab, für die Deutschen etwas Drückendes besaß. Die Behörden und Gerichte wurden darnach verpflichtet, jede Eingabe in ihrer Landessprache zu erledigen, jede dazu nötige Amtshandlung in dieser Sprache vorzunehmen und mit jeder Partei in ihr zu verkehren. Wenn es einem Tschechen z. B. in Czaslau einfiel, etwa einen Deutschen in Eger tschechisch zu belangen, so hatte das Gericht in Eger die ganze Verhandlung in tschechischer Sprache durchzuführen, ob sie nun der Beklagte verstand oder nicht. Noch mehr aber erbitterte die Bestimmung, daß alle Beamten nach dem 1. Juli 1901 die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen hatten. Da in den seltensten Fällen die deutschen Beamten in rein deutschen Gegenden die für einen Nichtslawen schwer erlernbare tschechische Sprache beherrschten, so wären die Verwaltungsbehörden und Gerichte bald den Slawen anheimgefallen.

Die Tschechen frohlockten, der Deutschen aber bemächtigte sich eine beispiellose Wut. Diese sprachen von einem Akt sarmatischer Willkür und ihr Unmut wurde dadurch

nicht beschwichtigt, daß noch im selben Monat — am 22. April — eine gleiche Sprachenverordnung für Mähren erging. Gegen den ganz ungehörigen Vorgang, eine so tief in das innere Leben des Staates einschneidende Maßnahme, über den Kopf des Parlaments hinweg, im Verordnungswege zu treffen, setzte nun im Reichsrat eine heftige Obstruktion ein, an der sich — entgegen der Rechnung Badenis — alle deutschen Parteien geschlossen beteiligten. Allein auch für diesen Fall war bereits vorgesorgt worden. Die Obstruktion sollte auf dem Boden des Parlaments gewaltsam niedergekämpft werden. Die berüchtigte „Lex Falkenhayn", durch welche die Opposition im abgekürzten Verfahren mundtot gemacht werden sollte, war nicht am Ende in der Aufregung des sehr heiß entbrannten Kampfes zustandegekommen, sondern seit Monaten im Einverständnis mit dem Monarchen vorbereitet worden. Wie aber dann schon am Tage nach der Annahme des Rechtsbruches die obstruierenden und als ausgeschlossen erklärten Abgeordneten durch die Polizei aus dem Sitzungssaale weggeschleppt wurden, brach ein Sturm der Entrüstung aus, wie er in Wien seit den Revolutionstagen des Jahres 1848 nicht erlebt wurde. Es kam zu den Straßenkundgebungen vom 27. und 28. November, die einen derart bedrohlichen Charakter annahmen, daß der Kaiser sich sofort entschloß, Badeni fallen zu lassen. Es war nur recht und billig, wenn das kaiserliche Handschreiben vom 30. November, das den Ministerpräsidenten verabschiedete, mit warmen Worten ihm den Dank für seine hingebungsvolle Treue bekundete. Wenn ihm hingegen der Monarch, wie es heißt, unter vier Augen mit schroffen Worten die Schuld an den Novemberereignissen beimaß, so hätte diese Ungnade der polnische Graf keineswegs verdient; denn er hat eigentlich mehr als „treuer Diener seines Herrn" im höheren Auftrag gehandelt.

Der 28. November 1897 war in der Tat ein „historischer Wendepunkt".[306] Mit Gewalt war, so viel war zu ersehen, die nationale Frage nicht mehr zu lösen, mit Gewalt, mit einer sorgfältig zusammengeklaubten Mehrheit, ließ sich nicht gegen die Deutschen regieren. Aber was nun? Der Karren war noch gründlicher verfahren, die nationalen Ge-

müter noch leidenschaftlicher erhitzt als beim Abgange des Grafen Taaffe. Die Deutschen bestanden auf der Beseitigung der Badenischen Sprachenverordnungen — eine Forderung, der schließlich willfahrt wurde. Das Kabinett des Grafen Clary stellte am 14. Oktober 1899 den Zustand wieder her, wie er vor Badeni war. Aber nun fingen wieder die Tschechen zu toben an. Eine wilde Obstruktion mit dem üblichen Pultdeckel- und Kindertrompetenkonzert und Straßenexzessen gegen die Deutschen in Böhmen setzte ein. Förmlich mechanisch wurden von den verschiedenen, in raschem Wechsel berufenen Verlegenheitsministerien Verständigungsversuche unternommen, Autonomievorlagen ausgearbeitet, die „den Eindruck der Unparteilichkeit dadurch erwecken sollten, daß sie weder den Beifall der Deutschen noch den der Tschechen erlangten".[307] Um ja nicht den Eindruck einer gewaltsamen Lösung zu erwecken, gebärdeten sich die Männer der Regierung so, als ob sie die Sache eigentlich gar nichts anginge und man nur im Interesse der streitenden Parteien ein übriges tue.

Graf Thun war nur sehr aufrichtig, wenn er seine Meinung über einen Ausgleich der beiden Volksstämme in die Äußerung zusammenfaßte: „Ich weiß nicht, ob er ein Glück für Österreich wäre!"[308] Der böhmische Hochadel, der seit den Tagen Kaiser Franzens am Wiener Hofe tonangebend war, fürchtete, bei einer ehrlichen Verständigung von Volk zu Volk seine politische Stellung einzubüßen. Die Regierung hielt es wieder vom Standpunkt der Autorität der Staatsgewalt für bedenklich, sich ausschalten zu lassen, aber zu einem energischen Eingreifen zeigte sie nicht die geringste Lust mehr. Man wollte sich nicht, wie einmal Graf Aehrenthal meinte, die Finger einklemmen lassen. Der mittlerweile altgewordene Monarch aber erklärte verdrossen, es werde ohnehin nichts dabei herauskommen. Im Grunde hatte er wohl recht — der günstige Augenblick für eine aufrichtige Versöhnung der Völker, wie er sich bei der Volkstagung in Kremsier darbot, war versäumt worden. Die Ära der Schwarzenberg, Belcredi, Taaffe und Badeni hatte eine Situation geschaffen, der auch der größte Staatsmann, wenn sich ein solcher gefunden hätte, nicht mehr gewachsen war.

Auch Ernst Körber, übrigens mehr ein tüchtiger Verwaltungsbeamter als ein Staatsmann, zu dem man in den letzten Jahren wiederholt wie zu einem Rettungsanker griff, zeigte sich außerstande, in das Chaos Ordnung zu bringen. Es war vergebens, wenn er, bald nach seinem Regierungsantritt im Februar 1900, an das „hohe" Haus den warmen Appell richtete, den „Streit wenigstens so weit einzudämmen, daß daneben ein Weg frei bleibe für die geistige und wirtschaftliche Entwicklung des Staates, denn der Staat muß leben, er ist der Hort seiner Bürger". Wenige Monate später, am 8. Juni, kam es im Reichsrat zu einer förmlichen Schlacht. Der Ministerpräsident fuhr noch nachts nach Schönbrunn, um vom Monarchen, der geweckt werden mußte, die Ermächtigung zur Schließung der Session zu erwirken. Das neu gewählte Haus zeigte sich wohl etwas arbeitswilliger, denn der von der Regierung projektierte Bau neuer Wasserstraßen und Bahnen bot zu große wirtschaftliche Vorteile und Verdienstmöglichkeiten, als daß es die Volksboten gewagt hätten, auch gegen diese gemeinnützigen Vorlagen zu obstruieren. Aber nach diesem kurzen Aufflackern des Daseinswillens verfiel das Parlament wieder in seine trostlose Obstruktion, und als der wackere Ernst Körber Ende 1904 seinen Abschied nahm, waren die Zustände womöglich noch verwickelter als beim Beginn seiner Regierung. Die Jahre von 1899 bis 1905 waren, wie Heinrich Friedjung treffend bemerkt, „die schlimmste Zeit der parlamentarischen Obstruktionen" — nur mit Hilfe des berüchtigten Notverordnungsparagraphen 14 konnten die dringendsten Staatsnotwendigkeiten erledigt werden.

Eine allgemeine Parlamentsmüdigkeit machte sich nun fühlbar. Der Leitartikler der „Arbeiter-Zeitung" vom 18. Mai 1902 konnte die höhnende Bemerkung machen: „Von dem noch immer so genannten Parlament redet man nicht mehr. Das existiert nur, weil sich niemand darum bekümmert." Politiker und Historiker beschäftigten sich mit den Ursachen dieser traurigen Erscheinung und schlugen allerlei Heilmittel vor. In demselben Jahre, da Kaiser Franz Joseph dem Abgeordneten Dr. Pacak gegenüber mit sichtlichem Unmut — im Mai 1900 — erklärte: „Wir sind zum Gespött der

ganzen Welt geworden, es ist eine Schande," widmete Graf Ottokar Czernin dem „Nationalitäten- und Sprachenstreit in Österreich" eine eigene Broschüre. Der später als Minister des Äußern bekannter gewordene Staatsmann stellte fest, daß die dem österreichischen Parlament anhaftende Krankheit einen sozusagen epidemischen Charakter zeige, weil sie keinen der mit dem Segen moderner Zivilisation bedachten Staaten gänzlich verschone, Österreich aber als das „spezifische Völkerkonglomerat" mit ganz besonderer Heftigkeit befallen habe. Czernin kam zum Schlusse: Das beste wäre eine temporäre Sistierung der Verfassung — dann würden sich die Leidenschaften abkühlen und eine ruhigere, vernünftigere Auffassung der Lage Raum gewinnen.

Zwei Jahre später bestätigte der Leipziger Historiker Karl Lamprecht in einem vielbesprochenen Osterartikel der „Neuen Freien Presse", daß es sich beim „Verfall des Parlamentarismus" um eine allgemein europäische Erscheinung handle. Die wüsten Szenen, die sich nachgerade in allen Parlamenten abspielten, seien keineswegs als veranlassende Momente des Verfalles zu betrachten, sondern als Symptome eines schon weit vorgeschrittenen Rückganges, Anzeichen fliehenden Lebens. „Der Parlamentarismus alten Schlages," so schloß er, „wird also noch lange sterben, aber das gewöhnliche Schicksal von lebendig Todgesagten erleben und wieder gesund werden — das wird er voraussichtlich nicht." Demgegenüber vertrat Friedrich Wieser in seinem Aufsatz „Über Vergangenheit und Zukunft der österreichischen Verfassung" eine etwas optimistischere Auffassung. Es handelt sich nicht, meinte er, um eine Alterserscheinung, sondern um eine Kinderkrankheit.[309] Doch gibt selbst Wieser zu, daß schwächliche Konstitutionen auch an Kinderkrankheiten — zugrunde gehen können.

Allein, ob es sich um eine Alterserscheinung oder um eine Kinderkrankheit handelte, die Zustände im Innern Österreichs waren höchst unerquicklich und unhaltbar — schon sprach man offen von dem „Politischen Morphinismus", von der „Agonie" der Gesamtmonarchie. Mit erschreckender

Deutlichkeit zeigte sich die vollständige Gleichgültigkeit gegen das Wohl und Gedeihen des Staates, der Mangel jedweden Gemeingefühles, den schon Baron Andrian im Jahre 1841 als den Krebsschaden des Habsburgerreiches bezeichnet hatte und der jetzt noch greller in die Erscheinung trat. Nur mehr die bekannten „Parteisekretärsinteressen" gaben im Volkshause den Ausschlag. Das Parlament war, wie der Abgeordnete Graf Coronini treffend bemerkte, seit Taaffe zu einem „Luogo di traffico continuo", zu einem „Tandelmarkt" geworden, auf dem wirtschaftliche und nationale Vorteile verhandelt wurden. Nicht einmal die dringendsten Staatsnotwendigkeiten blieben von der Obstruktion befreit, wurden ohne entsprechende Gegenleistung bewilligt, und es war ein trauriges Kennzeichen dieser Katastrophenpolitik, daß auch die Deutschen, die Stützen des Dualismus, die Verlängerung des Ausgleichsprovisoriums bekämpften. Wenn der nachmalige tschechische Minister Stribal zu Spitzmüller die Bemerkung machte, er habe die Empfindung, daß die Deutschen „Totengräberarbeit" an der Monarchie vollzogen hätten,[310] so mag das schon richtig sein. Aber ebenso richtig ist, daß die Tschechen schon viel früher, und in einem weit intensiveren Ausmaße, mit dieser Totengräberarbeit einsetzten.

Es war ein leichtes, für diese desolaten Verhältnisse vom Standpunkt der Partei oder der Nationalität einen oder den anderen Sündenbock herauszufinden — so hat Karl Renner das „Kuriensystem" für die Ausbildung des Sonderinteresses verantwortlich gemacht.[311] Die Wurzel des Übels lag doch tiefer. Der Sprung vom alles bevormundenden Polizeistaat in das konstitutionelle Leben war zu unvermittelt, es fehlte — worauf hier schon öfter hingewiesen wurde — die politische Schulung und Reife. Unser Franz Grillparzer hatte leider nicht so unrecht, wenn er im Juni 1848, nach den ersten Gehversuchen des „souveränen" Volkes, die harte Äußerung tat: „Das Volk ist und war und wird dumm bleiben, außer wir haben einmal achtzig oder hundert Jahre eine Konstitution." Zu einer derart langen Bewährungsfrist ist es, wie wir wissen, leider nicht gekommen. Kaum daß sich die Völker nach den seltsamen Bocksprüngen

des ersten Wiener Reichstages in Kremsier zu ernster, sachlicher Arbeit zusammengefunden hatten, setzte wiederum der Absolutismus ein und mit ihm auch die verhängnisvolle Methode des Auseinanderregierens, der gegenseitigen Verhetzung der Volksstämme, des hilflosen Hin- und Herschwankens von einem Extrem ins andere: vom deutschen Zentralismus zum slawischen Föderalismus und von der Anerkennung der „historisch-politischen Individualitäten" wieder zurück zum deutsch geleiteten Einheitsstaat. Als dann endlich das Verfassungsleben begann, waren die Völker Österreichs schon derart durcheinander gebracht, daß an eine gedeihliche Zusammenarbeit nicht mehr zu denken war.

Indes, der Völkerstreit hatte auch seine erfreuliche Kehrseite, die freilich, wie sich herausstellen sollte, nicht der Gesamtmonarchie zugute kam. Der Wettbewerb der Nationalitäten zeitigte unzweifelhaft einen großen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung, für den die rege Verwaltungstätigkeit der nachmärzlichen Regierung, namentlich unter Bruck, die festen Grundlagen geschaffen hatte. Als Gustav Freytag drei Jahre nach der Begründung des Dualismus seinen „Die Verlegenheit Österreichs" betitelten, lehrreichen Aufsatz schrieb, durfte er auf diese reiche Entfaltung der produktiven Kräfte der Donaumonarchie, die Steigerung des Wohlstandes und der Industrie, anerkennend hinweisen, aber trotz diesen hoffnungsvollen Ansätzen verhehlte er sich doch nicht die bedeutenden Schwierigkeiten, die einem nachhaltigen Aufblühen des alten Kaiserstaates entgegenstanden. Er sah „das Auseinanderstreben der Teile, bei der großen Mehrzahl der Bevölkerung völligen Mangel an Wärme, ja unverhüllte Abneigung gegen die alte Staatsidee", und er sah an Stelle der untergehenden alten Einheit, die in der Hofburg ihren Mittelpunkt hatte, eine neue, von den Kapitalzentren der Stadt Wien ausgehende Macht, die in der aufstrebenden Produktion ihre Stütze besaß, in die Höhe kommen, aber er fand diese neue Macht noch lange nicht stark genug, um überall ihre Ansprüche gegenüber den Wünschen der Nationalitäten siegreich durchzusetzen. Darin liegt, so meinte er, in Wahrheit

die Gefahr Österreichs. Nur eine straffe und intelligente deutsche Verwaltung, die in den einzelnen Ländern mit Nachdruck die Interessen des Staates vertrete und mit eiserner Festigkeit und Energie den Trennungsgelüsten steuere, könnte sie beschwören.

Ein Menschenalter später lagen die Dinge im Grunde nicht anders. Der Volkswohlstand entwickelte sich mit Riesenschritten weiter, und er dehnte sich immer mehr auch auf die nichtdeutschen Nationalitäten, in erster Linie auf die industriell begabten und rührigen Tschechen aus — gerade die Ära Taaffe brachte diesen einen kräftigen Aufschwung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Da auch die Staatseinnahmen stiegen, wie denn der Voranschlag für das Jahr 1906 sogar das namhafte Mehr von 146 Millionen Gulden aufwies, so konnte das Bild des mächtig aufstrebenden Staates in den Köpfen Ungezählter, deren Herz an dem alten Kaiserstaat hing, frohe Hoffnungen auf eine bessere Zukunft erwecken. Allein andererseits hatte sich auch die innere Zersetzung des Völkerstaates in einem rapiden Tempo weiter entwickelt. Und just das, was der Schöpfer der „Verlorenen Handschrift" als Grundbedingung einer Wandlung zum Besseren bezeichnete, was auch dem Dichter Grillparzer vorschwebte, als er, sonst kein besonderer Freund des Preußentums, einen Bismarck für Österreich sich herbeisehnte, — die „energische" Hand, die den auseinanderstrebenden Kräften entgegenzuwirken hatte, die fehlte jetzt mehr denn je.

Ein tiefer Pessimismus, um nicht zu sagen, Verzweiflung bemächtigte sich der Staatslenker in Österreich. Nach Taaffe, der das trübselige Wort vom „Fortwursteln" prägte, und nach Körber, der von dem „Sorgenstuhle" der Sprachenfrage redete, kam Wladimir Beck, der sich mit dem berühmten Seiltänzer Blondin verglich und die traurige Aufgabe eines österreichischen Ministerpräsidenten beklagte, „acht Nationen, siebzehn Länder, zwanzig parlamentarische Körperschaften, siebenundzwanzig parlamentarische Parteien, zwei komplizierte Weltanschauungen, das verwickelte Verhältnis zu Ungarn und die Kulturunterschiede von achteinhalb Breite- und Längengraden überwinden zu müssen".

Der Pessimismus der am Ruder stehenden und tiefer in das österreichische Problem eingeweihten Staatsmänner fraß nach unten weiter und durchsetzte wie ein schleichendes Gift den ganzen Staatsorganismus. Der Volkswitz wußte von einem hohen staatlichen Funktionär zu erzählen, der, auf die Meldung von einem Verwaltungsgebrechen hin, lebhaft, entschieden erklärte: „Da muß etwas geschehen," um sodann nach einer längeren Pause resigniert zu sagen: „Da kann man nichts machen." Jede wichtigere Angelegenheit mündete schließlich in diese „österreichische Schicksalsfrage". Auch in der Verwaltung schwand, wie uns Kleinwächter, der Verfasser des höchst lesenswerten Buches über den „Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie" aus seinen eigenen Erfahrungen als Staatsbeamter versichert, immer mehr der österreichische Staatsgedanke. Die einen dienten nur um rasche Beförderung, Orden und Einfluß und fühlten sich sehr wohl dabei, die anderen, und gerade die ehrlichsten litten unter dem Gefühl der vollständigen Aussichtslosigkeit ihrer Arbeit. Den Mangel einer Staatsidee und den immer mehr um sich greifenden Pessimismus hatte Baron Andrian in seiner Warnungsschrift „Österreich und dessen Zukunft" als die untrüglichen Vorboten der nahenden Katastrophe bezeichnet — alles deutete darauf hin, daß man auch jetzt einer solchen entgegenging. Der alte Stremayr klagte Carneri im Jahre 1898: „Von unseren politischen Zuständen schweige ich lieber. Mir blutet das Herz, ich sehe keinen Ausweg, und wenn es so weiter geht, kommt noch Österreichs Zerfall und Untergang..."

Wir sehen: in der offiziell namenlosen Hälfte der Doppelmonarchie — die amtliche Bezeichnung lautete „Die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" — hatten sich in der Ära des Dualismus die Dinge nicht am besten entwickelt. Die Herrschaft der Deutschen, eine der Grundvoraussetzungen des Ausgleiches mit Ungarn, hatte einer solchen der Slawen Platz gemacht; der Völkerstreit, der sich hier entsponnen und immer mehr sich verschärfte, bot alles eher denn das Bild einer geschlossenen Einheit und lähmte jede Aktion nach innen und nach außen — diese

Schwäche Österreichs nützte, wie bei der Begründung des Dualismus, der andere „Staat" weidlich aus.

Ungarn hatte sich, der dualistischen Idee getreu, wirklich in einen einheitlichen magyarischen „Nationalstaat" umzugestalten verstanden oder, wenn man will, auf diesem Wege weitere namhafte Erfolge erzielt.[312] Die Magyaren zählten mit den Juden, die sich fast durchwegs zum Magyarentum bekannten, etwa acht Millionen, während die nichtmagyarischen Nationen insgesamt sechzehn Millionen stark waren. Allein trotzdem gelang es ihnen, dank einer kräftigen, zielbewußten Politik, namentlich auf dem Gebiete der Erziehung, deren Etappen durch das Volksschulgesetz von 1879, das Mittelschulgesetz von 1883 und das Kindergartengesetz von 1891, welch letzterem zufolge die Magyarisierung schon bei den dreijährigen Kindern zu beginnen hatte, gekennzeichnet sind, dann durch andere Methoden wie die berühmt gewordenen „ungarischen Wahlen", über die der Engländer Seton-Watson ein eigenes Buch schrieb, die „Kulturvereine" und nicht zuletzt durch eine schonungslos betriebene Zügelung der Presse immer mehr die unbedingte Herrschaft zu gewinnen und nach außen die Fiktion eines ungarischen Nationalstaates aufrecht zu erhalten. Mit den äußeren Erfolgen der Magyarisierung, die vielfach als „brutal" bezeichnet wurde, wuchs allerdings im Innern der Haß und die Erbitterung der unterdrückten Volksstämme.

Allein die Nation, die seinerzeit die Germanisierungstendenzen Kaiser Josephs II. als einen Gewaltakt verurteilt hatte, hielt eine solche Politik der Entnationalisierung und der Führerschaft aus verschiedenen Gründen für eine politische Notwendigkeit — einmal wegen ihrer Stellung als Völkerscheide zwischen den Nord- und Südslawen und dann, weil sie sich als das Rückgrat der Gesamtmonarchie betrachtete. „Die Kräfteverhältnisse der Monarchie," so sagte 1897 Andrassy der Jüngere, „machen es natürlich und die Interessen derselben machen es wünschenswert, daß in politischer Hinsicht in derselben wir, die Magyaren, die leitende Rolle spielen. Wir bilden einen einheitlichen Staat von großer Vergangenheit. Österreich ist ein Natio-

nalitäten- und Provinzenmosaik ohne innere Einheit."[313] In der Tat konnte die Entwicklung, welche das Nationalitätenproblem in der österreichischen Hälfte genommen, als ein Schulbeispiel dafür gelten, wie man es nicht zu machen habe — eine Politik der Schwäche und der Nachgiebigkeit nach allen Seiten, des Hin- und Herlavierens ohne feste Richtlinien hat noch immer zum Schiffbruch geführt. Doch bewegte sich die Magyarisierungspolitik insoferne in einem bösen Kreise, als die Erfolge der Slawen in der zisleithanischen Hälfte dem Widerstand der nichtmagyarischen Völker in dem transleithanischen Teil der Doppelmonarchie zusehends den Nacken steifte.

Der nationale Chauvinismus, der zur Schaffung des ungarischen Nationalstaates führte, drängte indes das Herrenvolk der Magyaren dazu, die Errungenschaften des Ausgleiches von 1867 weiter auszudehnen. Der „Ausbau" des magyarischen Staates wurde die patriotische Formel, die auf die Gemüter jenseits der Leitha ihre berauschende Wirkung nicht verfehlte. Es kam dieser zugute, daß in Ungarn jeder Magyare, ob alt oder jung, ob Mann oder Frau, „staatsrechtlich" dachte. Immer wird einem hier die lehrreiche Erzählung von jener ungarischen Dame einfallen, die dem vierjährigen Söhnchen einer befreundeten österreichischen Familie eine Karte mit der Ansicht der Ofner Burg sandte, worin der Adressat die staatsrechtliche Belehrung erhielt: „Dies ist das Schloß, in dem Dein Kaiser wohnt, wenn er nach Ungarn kommt, um als König zu regieren."

An ihrer „Staatlichkeit" krampfhaft festhaltend, strebten die Magyaren von Jahr zu Jahr nach größerer Selbständigkeit. Ihr Ziel war mehr oder weniger offen ausgesprochen — die Personalunion oder völlige Trennung. Der Unabhängigkeitsgedanke gewann immer breiteren Boden und die Hochrufe, die nach der Lostrennung Norwegens von Schweden im Parlament erschollen, wie die begeisterten Kundgebungen bei der Aufstellung eines Washington-Denkmales in Budapest waren da recht bezeichnende Symptome. In dem Ausgleichselaborat vom Jahre 1867 war noch ausdrücklich vom „Reiche" Seiner Majestät („birodalom")

die Rede, und siehe da: als das neue Jahrhundert anbrach, galt der Gebrauch dieses Wortes als ein Hochverrat an der Nation. Graf Tisza wendet sich entrüstet gegen das „wahnsinnige Verbrechertum" der österreichischen Gelehrten, weil sie sich in ihren Schriften des in Ungarn verpönten Wortes „Gesamtmonarchie" bedienten. Der Erlaß des Kultusministers Grafen Apponyi an die Schulbehörden vom 1. Oktober 1909, der die Ersetzung der Aufschrift „Österreichisch-ungarische Monarchie" durch „Ungarn und Österreich" in Büchern, auf Landkarten und Globen anordnete, zeigte deutlich, daß man aus der veränderten Gesinnung auch die praktischen Folgerungen zu ziehen entschlossen war. Man steuerte auf die Zoll- und Banktrennung los, wobei die einsichtigeren Köpfe im Innersten mit blassem Schrecken an die Möglichkeit einer Verwirklichung dieses nationalen Wunsches dachten, weil er so gar nicht im Interesse Ungarns lag. Und nicht zuletzt lief man gegen die Gemeinsamkeit der Wehrmacht Sturm. In diesem Punkte freilich, der die Großmachtstellung der Monarchie in Frage zog, setzte der greise Monarch den Forderungen der Magyaren einen zähen, hartnäckigen Widerstand entgegen. Er mag in jenen Jahren und Tagen des erbitterten Ringens seine frühere, oft allzuweit gehende Nachgiebigkeit tief bereut haben — principiis obsta.

Man kann den Magyaren die Anerkennung nicht versagen, daß sie bei der Durchsetzung ihres auf volle Selbständigkeit gerichteten nationalen Programmes geschickt und zielbewußt zu Werke gingen. So hatten sie schon 1889 die Umwandlung der Bezeichnung „kaiserlich-königliche Armee" in eine „kaiserliche und königliche Armee" durchgesetzt, wobei in der Tat das „unscheinbare Bindewort zu einem vielsagenden Trennungswort" geworden ist. Sämtliche österreichische Minister mit Taaffe an der Spitze hatten sich damals, wie dies hervorgehoben zu werden verdient, mit Entschiedenheit gegen die Abänderung des Titels ausgesprochen. Der Minister des Äußern Graf Kalnoky wies darauf hin, daß man diesseits der Theiß in ihr „den ersten Schritt zur Zweiteilung der Armee erblicke und mit dem dort herrschenden P e s s i m i s m u s zugleich den ersten

Schritt zum Zerfall unserer militärischen Macht und Großmachtstellung". Er gab auch zu bedenken, was für einen üblen Eindruck diese Maßnahme auf die Alliierten machen werde. Gebe man in diesem Punkte den separatistischen Bestrebungen der Unabhängigkeitspartei nach, so werden sie darin eine „Ermunterung" sehen, nach diesem Erfolge in der Agitation für das selbständige ungarische Heer fortzufahren, und „keck" mit neuen Forderungen hervortreten. Allein der Monarch ließ sich durch das von magyarischer Seite gebrauchte Argument umstimmen, daß die Veränderung nur eine logische Folgerung des vom Monarchen geführten Titels „Kaiser und König" sei und mit der von allen Parteien gewünschten Lösung ein für allemal die Armeefrage aus der Welt verschwinden werde.[314]

Allein die Armeefrage verschwand nicht aus der Welt, wenigstens nicht aus Ungarn, sondern zog immer weitere Kreise. Die Unabhängigkeitspartei verlangte für die ungarischen Regimenter die magyarische Dienst- und Kommandosprache und obstruierte die Wehrvorlagen. Als der Kampf um die Armee am heftigsten tobte, erließ Franz Joseph am 17. September 1903 den berühmt gewordenen Armeebefehl von Chlopy, einem kleinen Dorf in Galizien, wo die Kaisermanöver abgehalten wurden, um mit aller Entschiedenheit und nachdrucksvollem Ernst seinen Standpunkt festzulegen: „Mein Heer," so heißt es da, „... möge wissen, daß ich nie der Rechte und Befugnisse Mich begebe, welche seinem obersten Herrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll Mein Heer bleiben, die starke Macht zur Verteidigung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen jeden Feind..." Der Monarch hatte seinen Willen zur Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit des Heeres kundgegeben — aber schon das bald darauf von der liberalen Partei aufgestellte und vom Kaiser genehmigte „Neunerprogramm" bedeutete ein nicht unwesentliches Zurückweichen der Krone, insofern nämlich seitdem die gemeinsame Armee tatsächlich in der Luft hing. Das für die weitere Zukunft Bedenklichste aber war doch dies, daß die liberale Partei kurz nachher — nicht ohne Zusammenhang mit der Armeefrage — gestürzt wurde und nun unter

Führung Kossuths des Jüngeren die Unabängigkeitspartei, die den Feldzug gegen die Gemeinsamkeit auf ihre Fahne geschrieben hatte, ans Ruder kam.

Aber schon bevor sich dieser schicksalsschwere Wandel vollzog, hatte sich die Zersetzung des Dualismus vor aller Welt kund getan. In der Brüsseler Zuckerkonvention vom 5. März 1902 ereignete sich das Merkwürdige, daß Österreich und Ungarn, die nach außen hin eine Einheit zu bilden hatten, als zwei gesonderte Staaten auftraten; denn dort heißt es: „Österreich und Ungarn wird jeder für sich als vertragschließender Teil betrachtet." Die völkerrechtliche Persönlichkeit der Monarchie war damit in verhängnisvoller Weise vernichtet worden; Österreich und Ungarn erschienen als zwei wirtschaftliche Einheiten, obwohl das ungarische Ausgleichsgesetz (§ 8) die kommerziellen Angelegenheiten als gemeinsam erklärt hatte. Von der wirtschaftlichen Trennung zur diplomatischen Scheidung Ungarns, das ganz andere Interessen hatte als Österreich, war dann nur ein weiterer Schritt.

Zwei Jahre vorher war auch auf ganz eigentümliche Art das staatsrechtliche Fundament des Ausgleiches von 1867 zerstört worden — durch den ungarischen Gesetzesartikel 24 über die Unebenbürtigkeit der Ehe des Erzherzogs Franz Ferdinand mit Gräfin Sophie Chotek. Aus der von Koloman Szell formulierten Erklärung erfuhr die Öffentlichkeit mit Erstaunen, daß „die ungarische Pragmatische Sanktion kein mit Österreich gemeinsames Thronfolgerecht begründe". Damit wurde die Wechselseitigkeit der Pragmatischen Sanktion preisgegeben und in unzweideutiger Weise erklärt: Ungarn habe die Pragmatische Sanktion selbständig gegeben, Ungarn kann sie auch selbständig wieder nehmen.

Die Entfremdung der beiden Reichshälften wuchs von Jahr zu Jahr. Österreich wurde ganz offen als „Ausland" bezeichnet und im Jahre 1903 bot sich der Welt das unerfreuliche Schauspiel, daß der ungarische Ministerpräsident Stephan Tisza in öffentlicher Sitzung des Parlaments den österreichischen Kabinettchef als „Fremden von Distinktion" bezeichnete, dessen „dilettantenhaften" Äußerungen — Körber hatte sich eine der ungarischen Auffassung entgegen-

stehende Meinung über das Ausgleichsgesetz erlaubt — jede politische Bedeutung abzusprechen sei. So standen also die Dinge, als die für den Beginn des Jahres 1905 ausgeschriebenen Neuwahlen die Partei der Liberalen, die seit 1876 regierte, zu Fall brachten und der Unabhängigkeitspartei die Herrschaft verschafften.

Man kann sich vorstellen, mit welchen Gefühlen der greise Monarch die aus den Unabhängigen und den Überläufern der Liberalen gebildete „Koalition" und deren Regierung, in der auch Franz Kossuth, der Sohn des großen Führers der Achtundvierziger-Revolution, seinen Platz haben sollte, begrüßt haben mag. Er war aber diesmal, vom Thronfolger Franz Ferdinand aufgestachelt, der aus seinem Unwillen über die Politik der Nachgiebigkeit kein Hehl machte, kurz entschlossen, der Partei, die seit Jahren offen auf die Lostrennung hinarbeitete, gewisse Bedingungen — das war die Bedeutung der „Fünf-Minuten-Audienz" — zu stellen und, als die Koalition auf sie, wie zu erwarten stand, nicht einging, sie durch das ihm gefügige Ministerium Fejérvary niederzukämpfen. Es kommt zu der denkwürdigen Szene vom 19. Februar 1906, da ein rumänisches Honvedbataillon in den Sitzungssaal des ungarischen Parlamentes einmarschierte, um die Auflösung des Reichstages vorzunehmen. Die Ruhe, mit der dieser Gewaltakt im Lande aufgenommen wurde, durfte in Wien als ein Symptom dafür aufgefaßt werden, daß die Koalition auf nicht zu festen Füßen stand, als eine Ermunterung, auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortzufahren — und man schien den festen Willen dazu zu haben.

Die von dem Minister des Innern Kristoffy ausgearbeitete Wahlreform, die auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhte und durch eine königliche Verordnung ins Leben treten sollte, erschien als das geeignete Mittel, dem künstlichen, vielfach durch das Alter morsch und brüchig gewordenen Gebäude der magyarischen Adelsoligarchie und ihrer nationalen Vorherrschaft den Boden gründlich abzugraben. Niemand wußte dies besser, als die Koalition selbst — sie lenkte daher rasch ein und es kam mit der Krone ein Pakt zustande, worin sich jene verpflichtete, die Wahlreform

durchzuführen. Indes, die Einbringung derselben wurde auf jede mögliche Weise verschleppt und der Kaiser, welcher mit Rücksicht auf die damalige äußere Lage einen offenen Konflikt vermieden wissen wollte, ließ sich die so wirksame Waffe gegen die Herrschaftsstellung der Magyaren aus den Händen entwinden. Die im ersten Schrecken über die Wahlreform regierungsfromm gewordene Koalition erhob wieder den Kopf und obstruierte die neuen Wehrvorlagen, welche die immer drohender sich zuspitzende Balkankrise notwendig gemacht hatte. Wieder entbrannte ein heißer Kampf der Krone mit der Unabhängigkeitspartei, bis es endlich, nachdem Neuwahlen die Liberalen zur neuerlichen Herrschaft gebracht hatten, am 4. Juni 1912, der „eisernen" Hand Tiszas gelang, die Annahme der Armeevorlagen zu erzwingen.

Das fast zehn Jahre währende Ringen zwischen der Krone und der Partei Kossuths war beendet. Allein seine Spuren hatten sich tief in das Antlitz des alten Kaiserstaates eingegraben.

Die militärische Entwicklung der Doppelmonarchie war in einer Zeit der schwersten äußeren Krise aufgehalten worden — zum unwiederbringlichen Schaden des Ansehens und der Großmachtstellung der Doppelmonarchie. In die Zeit der Koalitionsregierung fällt der Verzweiflungsschrei des Kriegsministers Schönaich, der die ganze traurige Lage kennzeichnet — „Die Armee verdorrt." Was in diesen Jahren des Streites versäumt wurde, das ließ sich nicht so bald wieder gut machen. Und das Bedenklichste war wohl dies: Der Streit, der so schwer an dem Lebensmark des habsburgischen Reiches zehrte, konnte jeden Augenblick aufs neue losbrechen. Das alte Mißtrauen, das sich bei den Ungarn in den Tagen Kaiser Franzens geregt und ihre Beziehungen zu Wien vergiftet hatte, der Verdacht, der Selbstherrscher wolle ihre Verfassung angreifen — dieser böse Argwohn gewann wieder stark an Boden, seitdem es bekannt war, daß am Kaiserhofe eine mächtige Partei, die des Thronfolgers, den Gedanken einer „Revision" des Dualismus verfolgte und auch nicht vor einem offenen Kampf, vor einer neuerlichen „Eroberung" Ungarns, zurückschreckte.

Eine wichtige Folge des Kampfes um die Armee war auch, daß der Gedanke des allgemeinen Wahlrechtes, der Demokratisierung des Staates, als Schreckmittel und als Waffe gegen Ungarn gedacht, nunmehr in — Österreich zur Durchführung kam. Graf Taaffe war, wie wir wissen, an ihm zugrunde gegangen, aber die Idee, den nationalen Gedanken durch den sozialen zu überwinden, die radikalen nationalen Parteien durch die Sozialdemokratie zu bekämpfen, verschwand nicht mehr aus dem Gesichtskreise der leitenden Staatsmänner. Vor allem waren es die Sozialdemokraten selbst, die durch die im Streit mit Ungarn ausgegebene Parole des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in lebhafte Aufregung gekommen waren und nun seine Verwirklichung in lärmenden Kundgebungen forderten. Der Monarch aber stand dieser wichtigen Frage, wie es scheint, von allem Anfang an sympathisch gegenüber. Baron Gautsch, der im Kronrate gegen das ungarische Wahlreformprojekt gestimmt hatte, gab bei der Eröffnung des Reichsrates am 26. September 1905 die bedeutungsvolle Erklärung ab, daß „der Heranziehung neuer Bevölkerungsschichten zur Bildung des Volkswillens grundsätzlich die Berechtigung nicht abgesprochen werden könne."

Aber erst seinem zweiten Nachfolger, Baron Beck, der anfangs Juni 1906 die Regierung übernahm, war es vorbehalten, das schwierige Problem der Wahlreform, das Jahre hindurch so viel Staub aufgewirbelt, unter Dach und Fach zu bringen — nicht freilich ohne die heftigsten Kämpfe. Nicht alle sahen nämlich mit dem Rechtsgelehrten Inama in dem allgemeinen Stimmrecht ein „Erziehungsmittel ersten Ranges", um die Massen mit staatlichem Bewußtsein und gemeinnütziger Gesinnung zu erfüllen. Vielmehr besorgten viele, daß die ganze Aktion im Grunde nichts anderes bedeute, als den Teufel mit Belzebub austreiben oder, daß es noch ärger werde. Nur ein „naives Publikum", meinte der südtirolerische Abgeordnete Dr. Grabmayr spitz, wird glauben, daß durch den Hinauswurf des Großgrundbesitzes eine Gesundung des politischen Lebens herbeigeführt werden könne. „Nein, meine Herren," so setzte er ahnungsvoll fort, „nicht auf dem Boden des gleichen Stimmrechtes, sondern

auf dem Boden nationaler Verständigung kann die Auferstehung des österreichischen Parlamentes erfolgen. An dieser Verständigung, nicht an was immer für Wahleinrichtungen hängt Österreichs Schicksal, und diese Verständigung werden Sie nicht fördern, sondern erschweren, wenn nicht für immer unmöglich machen, durch eine Wahlordnung, welche die Reihen der nationalen Chauvinisten verstärkt und den Slawen im Parlament eine starke und dauernde Mehrheit gegenüber den Deutschen einräumt."

Fürst Auersperg bestritt lebhaft, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht wirklich, wie man sage, der einhellige Wunsch der Bevölkerung sei; dies gelte nur von der industriellen Arbeiterschaft, soweit sie sozialdemokratisch organisiert sei. Diese Partei aber leugne das Zurechtbestehen des Staates und der Gesellschaft und wolle nur zur Erreichung ihrer Ziele durch das allgemeine Stimmrecht die Macht gewinnen. Die ganze Reform trage deutlich den Stempel einer Flickarbeit und es sei ganz überflüssig, sich mit dem Mantel großer Taten zu drapieren. Aber gefährlich sei es, von den Grundsätzen, auf denen Österreich und überhaupt jede Monarchie ruhe, einen nach dem anderen in die Luft zu sprengen. Wenn der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhause erklärt habe: „Wer heute die Wahlreform ins Wanken bringt, der rüttelt an dem Schicksal des Reiches," so entgegne er: „Das Schicksal des Reiches haben jene in Bewegung gesetzt, die ohne Vorbereitung und jeden Ernst diese Frage aufgerollt und dadurch ein Schicksal entfesselt haben, das sie jetzt nicht mehr in der Hand haben."

Ernst Plener wandte sich in einer längeren, gehaltvollen Rede gegen die übliche Scheidung von Volksvertretung und Interessenvertretung. Einheitliche Volksinteressen auf der ganzen Linie gebe es überhaupt nicht; auch künftig würden sich Klassen- und Interessenunterschiede fühlbar machen. Auch in den ganz demokratischen Gemeinwesen Australiens sehe man einfach eine Klassengesetzgebung zugunsten der Arbeiter; dort herrschten die Führer der Gewerkvereine, so wie einst im alten Europa der Adel geherrscht habe. Das Kuriensystem habe nie diesen ausschließlichen, unduldsamen Charakter gehabt. Der Zug zur Demokratie bestehe heute

in allen europäischen Staaten und kein vernünftiger Politiker werde von ihm absehen wollen; aber sei es notwendig, die ganze politische Gewalt der Demokratie auszuliefern und das in einem Lande, wo der Boden zur Herrschaft derselben noch viel weniger vorbereitet sei als in den westlichen Staaten? Das neue Wahlsystem räume der großen Masse der unteren Schichten das Feld bedingungslos ein. Das künftige Abgeordnetenhaus werde im wesentlichen aus drei Gruppen bestehen: einer bäuerlich-agrarischen, einer kleinbürgerlich-radikalen und einer sozialdemokratischen — er zweifle, ob in dieser Zusammensetzung eine Bürgschaft für die parlamentarische Arbeitsfähigkeit gelegen sei. Schon die Erweiterung des Wahlrechtes im Jahre 1882 habe die Arbeitswilligkeit des anderen Hauses beträchtlich verringert. In nationaler Hinsicht aber sei eine Verkürzung des deutschen Elementes zugunsten des slawischen zu befürchten.

Die von der Wahlreform erwartete Auferstehung und Gesundung des österreichischen Parlamentes kam indes nicht — wohl aber stellten sich mit einer geradezu verblüffenden Promptheit alle die von verschiedener Seite besorgten Folgen ein. Die Slawen erfuhren eine Vermehrung, die Deutschen eine entsprechende Verminderung der Sitze im neuen Hause und es trat immer deutlicher die für diese unvorteilhafte Tatsache in die Erscheinung, daß von der Sozialdemokratie, die aus der neuen Lage einen starken Vorteil gewonnen, die deutschen Mitglieder programmgemäß wirklich international und sozial dachten und fühlten, während die Slawen sich in erster Linie als Angehörige ihres Volkstums betrachteten. Der Kampf der Nationen gestaltete sich heftiger und erbitterter denn je. In Galizien ging es drunter und drüber und die Ermordung des Statthalters Grafen Potocki durch den ukrainischen Studenten Siczynski im April 1908 bekundete den hohen Grad der Erregung, die zwischen den beiden großen Volksstämmen dieses Landes herrschte. Nicht besser ging es in Böhmen. In Prag tagte im Juli desselben Jahres unter Vorsitz Dr. Kramařs wieder, wie vor sechzig Jahren, aber diesmal unter viel stärkerer Beteiligung Rußlands, ein allslawischer Kongreß, der die

üblichen Ausschreitungen gegen die Deutschen einleitete. Im September darauf fand in Laibach, gewissermaßen als Fortsetzung des Prager Slawenkongresses, ein slawischer Journalistentag statt, der ebenfalls für den festeren Zusammenschluß aller Slawen eifrig Stimmung machte.

Die Arbeitswilligkeit des neuen Hauses hatte sich auch nicht gehoben — es wurde wie im alten Kurienparlament weiter obstruiert. Dies bedeutete wiederum, daß die Regierung, die den traurigen Standpunkt der Parteien, „ohne Preis kein Gesetz", wohl kannte, gewöhnlich erst, um den Reichsrat in guter Stimmung zu erhalten, tief und immer tiefer in die Taschen greifen mußte. Der frühere „Kleinverschleiß" wurde, wie Grabmayr bitter bemerkte, zu einem „Großhandel", der sich nun offen vor aller Augen abspielte. So mußte Beck, um den ungarischen Ausgleich durchzusetzen, den Christlichsozialen ein neues Ministerium, das für öffentliche Arbeiten mit Geßmann als Minister, als Geschenk präsentieren, und die Tschechen erhielten die Einführung der tschechischen Sprache im inneren Dienst der Postverwaltung in Böhmen. Eine der gewöhnlichsten Gegenstände des Kuhhandels bildete die Verleihung von Beamtenstellen an Volksgenossen, wodurch die innere Zersetzung der staatlichen Verwaltung weitere Fortschritte machte. Die Überschwemmung mit Beamten, die sich daraus ergab, wirkte wiederum in verheerender Weise auf die Finanzen des Staates zurück. Seit etwa 1906 verschlechterte sich zusehends die finanzielle Lage und bald setzte auch in der Volkswirtschaft eine stark rückläufige Bewegung ein. Seit dem Herbst 1909 machte sich die Teuerung immer stärker fühlbar — alles nichts weniger als Zeichen einer inneren Gesundung und Kräftigung des Staates.

Allein das Bedenklichste war wohl das zunehmende Schwinden der Staatsgesinnung. Die Sozialdemokraten, die im neuen Parlament die stärkste Partei darstellten, hatten bisher nicht den Ehrgeiz gezeigt, als staatserhaltendes Element zu gelten. Das Bekenntnis, das im September 1903 der Abgeordnete Daszynski in die derben Worte kleidete: „Unseretwegen, das sage ich ganz offen, soll dieses alte Österreich krepieren, wir werden dem Ungeheuer keine

Träne nachweinen", war auch im neuen Parlament im ganzen und großen maßgebend geblieben — auch jetzt lautete die Devise: „An Österreichs Erhaltung ist uns nichts gelegen."[315] Auch bei den Deutschnationalen hatte die Entfremdung vom Staate weitere Fortschritte gemacht. Und selbst die Christlichsozialen, die stärkste bürgerliche Partei, waren eigentlich staatsfeindlich gesinnt, insofern sie nämlich mit männlicher Energie auf ein „Großösterreich" hinarbeiteten — jenes Staatsgebilde, das die Auflösung der dualistischen Verfassung zur inneren Voraussetzung, den Sieg des alten Kaisergedankens zum Ziele führte.

Mag sein, daß das allgemeine Wahlrecht, das als „Erziehungsmittel ersten Ranges", um die breiten Massen mit staatlichem Bewußtsein und gemeinnütziger Gesinnung zu erfüllen, gedacht war, später, nach vielen Jahren und Jahrzehnten, seine guten Früchte gezeitigt hätte — vorderhand war eher das Gegenteil wahrzunehmen. Dr. Grabmayr durfte in seiner Rede vom 21. Dezember 1911 die sonderbare Unterscheidung von „Staats- und Volksnotwendigkeiten" brandmarken und dem neuen Parlament den gewichtigen Vorwurf machen, daß nicht Staatspolitik, sondern Wählerpolitik betrieben werde. Die leidigen Parteisekretärsinteressen verschwanden nicht aus dem Gesichtskreis der Volksboten, der Streit um Nichtigkeiten setzte nicht aus. Mit dem Anschwellen der klerikalen Partei waren auch wieder die kulturkämpferischen Neigungen gewachsen, so daß man sich — man denke nur an die „Los-von-Rom-Bewegung" — in die Zeiten der großen Religionskämpfe zurückversetzt wähnen konnte.

Es war im Juni 1908, als die bekannte Affäre des Innsbrucker Kirchenrechtslehrers Wahrmund auch im Parlament eifrigst durchgedroschen wurde — da erhob Ernst Plener die Klage darüber, daß die öffentliche Meinung über solchen „Kleinkram" sich aufrege und die großen Probleme, die an die Pforten der habsburgischen Monarchie pochten, ganz übersehe, die südslawische Frage, die sich immer drohender entwickle und die volle Aufmerksamkeit des Parlamentes und aller politischen Kreise mit Recht beanspruche.

In der Tat wäre es höchste, allerhöchste Zeit gewesen, das südslawische Problem, das wieder mit der ganzen Frage einer gründlichen Neugestaltung des alten Kaiserstaates innig zusammenhing, einer Lösung zuzuführen. Schon seit langem war es scharfsichtigeren Politikern klar geworden, daß die Politik des Wiener Hofes auf Irrwegen wandle und der Dualismus nicht eine Heilung, sondern eine Verschärfung der alten Schäden bedeute — diese Erkenntnis hatte, je trostloser sich die öffentlichen Zustände in der Monarchie entwickelten, immer größere Kreise erfaßt. Nichts zeigt deutlicher die Wichtigkeit dieses Problems, als daß der Thronfolger selbst, jener Prinz, der in absehbarer Zeit dazu berufen erschien, die Leitung des Habsburgerreiches zu übernehmen, an die Spitze jener Bewegung trat, die eine Neuordnung der Donaumonarchie ernstlich anstrebte.

3. NEUBAUPLÄNE. DIE SÜDSLAWISCHE FRAGE

Die düsteren Schatten des Todes schwebten über dem alten Kaiserstaate an der Donau — seit der Wende des neuen Jahrhunderts mehrten und verstärkten sich die Unkenrufe von seiner nahe bevorstehenden Auflösung. Wie eine böse Vorbedeutung konnte es gelten, daß über dem mit seinen Geschicken so eng verbundenen Hause Habsburg sichtbar ein eigener Unstern waltete. Der Kaiser hatte auf die denkbar entsetzlichste Art seinen einzigen, hoffnungsvollen Sohn, dann seine Gemahlin verloren, und nun wurde ihm auch der Lebensabend verbittert durch einen langen, heftigen Zwist mit dem Thronfolger Franz Ferdinand, seinem Neffen, der nach der Tragödie von Mayerling an die Stelle des Kronprinzen Rudolf gerückt war.

Gleich die Wahl seiner Lebensgefährtin, der Gräfin Sophie Chotek, die Franz Ferdinand im zweiten Jahre seiner Thronfolgerlaufbahn im Hause des Erzherzogs Friedrich, wo sie Hofdame war, kennen und lieben gelernt hatte, bedeutete für den Monarchen einen „furchtbaren" Schlag.[316] Jahre hindurch setzte Franz Joseph der ehelichen Verbindung den hartnäckigsten Widerstand entgegen, um schließlich, da der

Erzherzog zähe auf seinem Willen beharrte, nachzugeben. Aber gerne hat es der Kaiser nicht getan und er bestand darauf, daß sein Neffe sich eidlich verpflichtete, die Ehe mit Sophie Chotek als eine morganatische anzusehen und auf das Sukzessionsrecht der aus dieser Heirat stammenden Kinder zu verzichten. Im Juni 1900 fand die Schwurleistung statt, die auf alle, die der Zeremonie beiwohnten, den Eindruck einer „bitterernsten Trauerhandlung" machte. Der Kaiser war, wie uns Ernst Plener erzählt, sehr ernst und mißgestimmt, er verlas mit fast drohender Stimme vor den versammelten Erzherzogen und Hofwürdenträgern eine Ansprache an den Erzherzog, um ihn zur Eidesleistung aufzufordern, worauf dieser die Eidesformel gepreßten Tones nachsprach.

Mit dieser feierlichen Erklärung des Thronfolgers, der sich eifrigst, freilich vergebens, bemüht hatte, eine mildere Form zu erwirken, waren aber die Bedenken des alten Kaisers keineswegs zur Ruhe gebracht. Er wie seine Umgebung waren, wie es scheint, fest überzeugt, daß die Gemahlin des Thronfolgers, hochstrebend und ehrgeizig wie sie war, alle Hebel in Bewegung setzen werde, um ihr und ihren Kindern die Ebenbürtigkeit zu erringen; man wußte auch, daß die Gräfin, die bald zur Herzogin erhoben wurde, auf Franz Ferdinand einen starken Einfluß hatte. Die Besorgnisse des Monarchen erfuhren durch die Haltung der Unabhängigkeitspartei in Ungarn alsbald ihre Bestätigung. Sie erklärte nachdrücklichst, daß das ungarische Recht den Begriff der Ebenbürtigkeit nicht kenne. Noch waren die Unabhängigen nicht die führende Partei, aber schon nach wenigen Jahren sollte die Opposition zur Herrschaft gelangen — was dann? Der Sympathien der Tschechen konnte der Thronfolger, dessen Gemahlin aus dem böhmischen Hochadel stammte, ebenfalls sicher sein. Die Situation war in der Tat nicht behaglich, und von diesem Standpunkt aus wurde das erste Hervortreten des Thronfolgers in die Öffentlichkeit auch außerhalb der Hofkreise verurteilt. Man hätte es, wie Ernst Plener bemerkt, verstanden, wenn der Erzherzog, der Neigung seines Herzens folgend, ins Privatleben sich zurückgezogen hätte, aber sobald er an seiner

Stellung als Thronfolger festhielt, so hätte er die Pflicht gehabt, angesichts der schweren Gefahren für die Zukunft des Reiches seine privaten Gefühle zurückzustellen.

Erzherzog Franz Ferdinand wollte indes nicht nur nicht auf seine öffentliche Stellung als Thronfolger verzichten, sondern er nahm es sehr ernst damit und kam so bald in einen neuen Konflikt oder besser, in eine ununterbrochene Reihe von Konflikten mit seinem kaiserlichen Oheim. Es war der alte typische Kampf zwischen dem Träger der Krone und seinem Erben, der sich in der Geschichte unzählige Male abgespielt: der eine strebt zur Macht, er will noch zu Lebzeiten des Herrschers etwas dreinzureden haben und Geltung besitzen; der andere wieder will von seinen Herrscherbefugnissen nichts preisgeben, er will sich nichts dreinreden lassen und will dem „Jungen" keinen Einfluß gewähren, der, wie es dann gewöhnlich heißt, mit seinen „neuen" Ideen das Reich zugrunderichten würde. Der Stoßseufzer, der sich dem jungen Joseph, dem Sohne der Kaiserin Maria Theresia, in einem vertraulichen Schreiben an seine Schwester Marie Antoinette entrang: Er sei „das fünfte Rad am Wagen", ist für die Seelenstimmung des Thronfolgers, der sich zu wenig beachtet fühlt, so überaus bezeichnend — er begegnet uns, in etwas geänderter Form, auch jetzt, wenn Franz Ferdinand darüber klagte, daß er beim Monarchen „nicht mehr gelte, wie der letzte Hausknecht in Schönbrunn". Der alte Kaiser stellte sich auf den Standpunkt: „Solange er regiere, habe niemand anderer hineinzusprechen," und der Erzherzog wieder vertrat die Anschauung: „Er werde einmal für die jetzt begangenen Regierungsfehler büßen müssen." Da es nun nicht in der Wesensart des Thronfolgers, der in seinem Sammeleifer und scharfen Verstand wie in seinen Zornesausbrüchen, die eine pathologische Grundlage gehabt haben sollen, an die düstere Gestalt Rudolfs II. erinnert, gelegen war, seine anders gearteten Ansichten in liebenswürdiger Weise zu vertreten, und andererseits der nicht minder eigenwillige Kaiser einen Widerspruch nur schwer vertrug, so nahm der Kampf zwischen Schönbrunn und dem Belvedere derart leidenschaftliche Formen an, daß er vor der

Welt nicht mehr geheimgehalten werden konnte. Beiderseits fehlte es nicht an geschäftigen Händen, die aus persönlichen Gründen den Zwist noch schürten.

Was nun den eigentlichen Gegenstand der erbitterten Fehde zwischen dem Kaiser und dem Thronfolger anbelangt, so weiß man, daß Franz Ferdinand eine Neuordnung der Monarchie in Gestalt eines „Großösterreich", also die Rückkehr zu dem alten Kaisergedanken von 1804, vor Augen schwebte. „Wenn ich könnte," bemerkte er zu Conrad von Hötzendorf, „würde ich die ganze Monarchie schwarz-gelb anstreichen." Den Dualismus mit der den Magyaren dadurch gesicherten Vorherrschaft hielt er, wie er sich einmal drastisch ausdrückte, für einen „Unsinn". Wie sich nun dieser Neubau des Donaureiches in seinem genaueren Umriß vollziehen sollte, ist schwer zu sagen, da der erzherzogliche Baumeister seine Pläne wiederholt änderte.

In der ersten Phase, da der Thronfolger noch stark unter tschechischen Einflüssen stand, war er ganz Föderalist, wollte er die Monarchie in eine Reihe von mit gleichen Rechten ausgestatteten Staaten zerlegt sehen, aber zusammengehalten durch eine starke Zentralgewalt und ein gemeinsames Heer. Dieser Plan lag schon, wenigstens in seinen großen Linien, fix und fertig im Kopfe Franz Ferdinands ausgearbeitet vor, als Alfred Margutti, welcher als Generalstabsoffizier der vom Erzherzog befehligten Infanteriebrigade Nr. 38 in Budweis zugeteilt worden war, im Juli 1895 Gelegenheit hatte, seine staatlichen Reformpläne kennen zu lernen. Der Thronfolger hatte damals als Vorbild die bundesstaatliche Verfassung der nordamerikanischen Union im Sinne, deren innere Struktur, wie er meinte, viele Ähnlichkeit mit dem habsburgischen Völkerstaate habe. Als Margutti skeptisch meinte, daß sich diese Umformung der Monarchie auf legislatorischem Wege nicht werde durchführen lassen, erwiderte der Erzherzog rasch: „Dann eben mit Gewalt." Franz Ferdinand verglich die dualistische Gestaltung der Monarchie mit einem menschlichen Körper, in dem sich ein Organ auf Kosten der anderen hypertrophisch entwickelt hätte. „Wird dieser anormale, krank-

hafte Zustand," meinte er, „nicht rechtzeitig durch energische medizinische Mittel bekämpft, gegebenenfalls durch operative Eingriffe behoben, so führt er unfehlbar zum Siechtume und dann zum Tode." Seiner Ansicht nach sollte Ungarn in vier oder fünf Teile, Böhmen und Galizien in je zwei Teile usw. zergliedert werden.

In einem späteren Zeitpunkte, als die südslawische Frage stärker in den Vordergrund trat, wurde der Erzherzog-Thronfolger ein Anhänger des trialistischen Gedankens: es sollte aus den südslawischen Gebieten der Doppelmonarchie ein selbständiger Staat gebildet werden, der dieselbe Stellung wie Österreich und Ungarn eingenommen hätte. Dieses Südslawenreich im Rahmen der Donaumonarchie wäre berufen gewesen, die Balkanstaaten, vor allem das Königreich Serbien, wirtschaftlich und politisch anzuziehen — aber es konnte auch der umgekehrte Fall eintreten: Belgrad der Magnet sein. Diese Sorge scheint denn auch den Thronfolger, als die großserbische Bewegung immer bedenklichere Formen annahm, befallen zu haben; denn er wandte sich, von dem ungarischen Minister Kristoffy beeinflußt, wieder dem Dualismus zu. Allerdings hätte dieser insoferne ein anderes Gesicht bekommen, als von Franz Ferdinand die Einheit der Monarchie stärker betont war. Die Delegationen sollten in ein Zentralparlament, in dem auch Bosnien und die Herzegowina ihre Vertretung gehabt hätten, umgewandelt werden — ein Gedanke, den einst Erzherzog Johann erwogen hatte, auch sollte die deutsche Staatssprache zur Anwendung kommen. Er dachte auch an die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes in Ungarn, wodurch sich von selber grundstürzende Änderungen ergeben hätten, weil dann die magyarische Adelsoligarchie zu Fall gekommen wäre. Eine imposante Krönung zum „Kaiser von Österreich" war geplant, und ihr sollten dann Krönungen in Ungarn und auch in Böhmen folgen. Den Krönungseid in Ungarn wollte er erst nach vollständiger Durchführung der Neuordnung leisten, um nicht wieder wie seine Vorgänger der „Gefangene" seines Schwures zu sein.

Freilich ob es dann im Falle des Thronwechsels wirklich zur Ausführung dieses Planes gekommen wäre, wer kann

das sagen? Es ist eine bekannte Tatsache, daß Kronprinzen, wenn sie zur Regierung gelangen, oft durch die Macht der Tatsachen gezwungen sind, die herkömmliche Politik, die sie früher bekämpft, weiter zu verfolgen. Auch Franz Ferdinand hätte mit dem Prinzen Heinz sagen können: „Glaubst du, ich sei das Ding noch, was ich war?" Gerade die intensive Beschäftigung mit dem Verfassungsproblem mag jenem die großen Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden gewesen wären, deutlich vor Augen gerückt haben, und so ist er denn auch tatsächlich, wenn wir gut unterrichtet sind, schließlich beim alten Zustand, den er so leidenschaftlich bekämpft hatte, gelandet.

Vielleicht hat er, wie dies später bei dem Grafen Ottokar Czernin, einem seiner Vertrauensmänner, der Fall war, gezweifelt, ob man an dem siechen Körper der Donaumonarchie überhaupt noch eine schwerere Operation vornehmen könne. Mit dieser Vermutung würde wohl stimmen, was Baron Margutti über ein Gespräch, das er mit dem Erzherzog im April 1913 hatte, uns erzählt. Franz Ferdinand fragte seinen ehemaligen Ordonnanzoffizier, nunmehr General, ob er noch weiter mit der Frage, die sie vor vielen Jahren in Budweis besprochen, sich beschäftigt habe, und als Margutti dies bejahte, erwiderte er: „Ich ebenfalls, und vieles, viel zu vieles, habe ich seitdem darüber gelesen und gehört. Aber klüger bin ich daraus nicht geworden. Es ist ein in heilloser Verwirrung untertauchendes Problem. Heute begegne leider auch ich Ihren einstigen Zweifeln." Aus weiteren Bemerkungen des Thronfolgers aber war zu erkennen, daß er in seinem Innersten nach wie vor ein überzeugter Gegner des Dualismus und des zentralistischen Systems war.

Franz Ferdinand hatte mit zunehmendem Alter ein schärferes Auge für die Gefahren einer radikalen Operation, für die „Tücke des Objektes" erhalten. Allein, bis er sich zu dieser schmerzlichen Erkenntnis durchgerungen, hatte er mit seinem kaiserlichen Oheim manch bitteren Strauß zu bestehen. Und nicht bloß um die Frage der staatlichen Neuordnung drehte sich der Streit. Der Thronfolger redete auch einem aktiveren Vorgehen in der Außenpolitik, Italien

und Serbien gegenüber, das Wort. Der Devise getreu: „Si vis pacem, para bellum", war er eifrig für die Ausgestaltung des Heerwesens und der Marine, für welch letztere der Monarch nicht zu viel Verständnis gehabt hatte, tätig und bemühte sich, jüngere, energischere Kräfte an die leitenden Posten zu bringen. Da der Kaiser an seinen alten Generälen mit zäher Liebe hing, so gab es auch hier reichliche Ärgernisse und Kämpfe, die auf den ganzen Gang der obersten Staatsverwaltung lähmend und zersetzend einwirkten. Doch ließ der Monarch seinem Neffen in militärischen Dingen einen verhältnismäßig freien Spielraum, während er ihn von den eigentlichen Staatsgeschäften möglichst fernhielt.

Wie unheilvoll verfahren und verworren die Dinge in der Doppelmonarchie lagen, das zeigt sich in der tiefen Gegensätzlichkeit der Befürchtungen und Hoffnungen, die sich in der öffentlichen Meinung an den Ausgang des Ringens zwischen Kaiser und Thronfolger knüpften. Ging die eine, weitverbreitete Meinung dahin, das alte Reich werde noch, solange Franz Joseph lebe, sich behaupten, nach seinem Tode aber unfehlbar zugrunde gehen, so meinten die anderen, daß nur die von Franz Ferdinand vertretenen Ideen die Donaumonarchie vor dem sicheren Untergang zu retten vermöchten. Der greise Monarch und seine Ratgeber wie der Thronfolger und seine Partei rangen in letzter Linie um die Existenz, um Leben und Tod des Kaiserstaates.

Im Grunde war es der alte Gegensatz von Zentralismus und Föderalismus, der in dem nervenaufwühlenden Kampf zwischen Schönbrunn und dem Belvedere zum Ausdruck kam. Der Streit hatte ja niemals geruht, aber seit jenen traurigen Novembertagen des Jahres 1897, da ein Straßenauflauf das deutschfeindliche Regiment Badenis hinwegfegte, und dem nun in verschärftem Maße einsetzenden Völkerstreit war er besonders aktuell geworden. Die Erkenntnis, daß etwas geschehen müsse, um dem Siechtum des Donaureiches abzuhelfen, erfaßte immer weitere Kreise. Man hatte, wie Richard Charmatz sagte, das tieftraurige Gefühl, daß der Staatskarren gründlich verfahren sei und mit normalen Kräften nicht mehr aus dem Sumpfe gezogen werden könne — „nicht vorwärts, nicht rückwärts vermag sich dieses

Österreich zu bewegen; es steckt im Schlamm und kann sich nicht rühren". Oder man wähnte mit Baron Alfred Offermann das österreichische Parlament wie jenes bekannte Tier in Goethes Faust im Kreise herumgeführt —

> Ist wie ein Tier auf dürrer Heide,
> Von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt,
> Und rings umher liegt schöne, grüne Weide.

Man erinnerte sich jetzt an einen Ausspruch, den Franz Deák einmal getan haben soll: „Einen schlecht zugeknöpften Rock muß man vor allem wieder aufknöpfen, wenn man ihn gehörig geschlossen haben will." Auch das Rezept des deutschfortschrittlichen Abgeordneten Lienbacher, das er im Jahre 1873 dem Parlamente vorlegte, fand Gefallen. „Recipe," erklärte er, „nimm einen Schwamm, tauche ihn in das Wasser und fahre auf der Tafel kräftig hin und her, die man die Verfassung des Staates und seiner Königreiche und Länder nennt; dann nimm eine Kreide und schreibe drauf, was dein Herz verlangt." In gleichem Sinne hatte zwanzig Jahre später der Tscheche Gregr an derselben Stelle geraten, aus den derzeitigen staatsrechtlichen Verhältnissen eine tabula rasa zu machen und ein neues konstitutionelles System auf Grund föderativer Grundsätze einzuführen.

Die Slawen waren ja, wie wir uns zu erinnern wissen werden, von vornherein fast durchwegs überzeugte Anhänger der föderalistischen Idee, aber bei den Deutschen gehörten die Föderalisten zu den weißen Raben. Wenn Graf Stadion, der Schöpfer der zentralistischen Märzverfassung von 1849, den Föderalismus eine „schmerzliche Verirrung" nannte und Fürst Anton Auersperg in seiner Herrenhausrede vom 16. Dezember 1870 von „seltsamen" Männern sprach, die den Staat Maria Theresias und Josephs in seine Nationalitätenpartikeln zerlegen wollten, so entsprach dieses mitleidig-verächtliche Urteil nur der Auffassung, wie sie ziemlich allgemein unter den Deutschen herrschte. Indes, die traurigen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts waren geeignet, auch sie für den bundesstaatlichen Gedanken zu gewinnen.

Gleich in das ominöse Jahr 1897, diese Schicksalswende, fallen zwei interessante Stimmen aus dem Lager der Deutschen, die mit aller Entschiedenheit gegen das zentralistische System, wie es in der Verfassung von 1867 doppelt verankert war, Front machten. Julius Patzelt, einer der begabtesten politischen Schriftsteller, erklärte den Zentralismus rundweg für unhaltbar, weil er mit dem politischen und kulturellen Fortschritt der Völker unvereinbar sei. Nur im Rahmen einer föderalistischen Verfassung könne dieser seine Verwirklichung finden. Wer sich dieser Erkenntnis verschließe, verkenne den großen Zug, der durch das gesamte politische und wirtschaftliche Leben gehe und auf Bildung tunlichst großer Assoziationen unter möglichster Wahrung der Selbständigkeit des einzelnen abziele. Nur in dieser Richtung könne sich die innerpolitische Entwicklung der Donaumonarchie vollziehen, weil in ihr allein die Garantien ihres Bestandes lägen. Man möge an dem österreichischen Problem herumdoktern soviel man wolle, am Ende werde man immer vor dem Föderalismus stehen. „Wir Deutsche aber," schloß er mit einem Gedanken, den ähnlich einst Schuselka in seiner 1850 geschriebenen Broschüre „Das provisorische Österreich", ausgesprochen hatte, „haben ihn zuletzt zu fürchten."[317] Otto Lang, die zweite Stimme, verlangt in seiner Schrift „Grundzüge für die endgültige Lösung der Nationalitätenfrage in Österreich" die Errichtung von Kulturparlamenten für jede Nation bei Aufrechthaltung der historisch-politischen Länderteilung. Das Verhältnis Österreichs zu Ungarn müsse einer „Revision" unterzogen werden.

Zwei Jahre später auf dem Parteitag der Sozialdemokratie, der Ende September 1899 in Brünn stattfand, wurde der Grundsatz ausgesprochen, daß Österreich nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein könne, der sich in autonome Selbstverwaltungsgebiete gliedere, und in demselben Jahre erschien aus der Feder eines ihrer intelligentesten, kenntnisreichsten Führer, Karl Renner oder wie er sich nannte „Synopticus" und „Rudolf Springer", das interessante Buch „Staat und Nation", dem dann, den gleichen Grundgedanken behandelnd, seine drei Aufsehen erregenden

Schriften „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“ (1902), „Die Krise des Dualismus“ (1904) und „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie“ (1906) folgten. Das Jahr 1899 brachte auch eine feine Studie Ernst Pleners „Eine Kreisordnung für Böhmen“, die dem fruchtbaren Gedanken der nationalen Kreise, wie er seinerzeit in Kremsier erörtert worden, gewidmet war.[318]

Die Frage der Neuordnung der Doppelmonarchie war glücklich in Gang gebracht und nun überstürzten sich förmlich die Vorschläge zu ihrer Umgestaltung. Um aus der Fülle von Broschüren nur einige der wichtigsten in der zeitlichen Aufeinanderfolge zu nennen: Alfred Freiherr von Offermann, „Die Bedingungen des konstitutionellen Österreichs“ (1900); Stephan Radić, „Die slawische Politik in der Habsburgermonarchie“ (1902); Rudolf von Scala, „Was uns nottut“ (1903); Ludwig Eisenmann, „Le compromis Austro-Hongrois de 1867“ (1904); Richard Charmatz, „Der demokratisch-nationale Bundesstaat Österreich“ (1904); Otto Lang, „Das österreichische Staatsproblem und seine Lösung“ (1905); Aurel Popovici, „Die vereinigten Staaten von Großösterreich“ (1906); André Chéradame, „L'Europe et la question d'Autriche“ (1906); Seton-Watson (Scotus Viator), „The future of Austria-Hungary and the attitude of the great powers“ (1907); Richard Charmatz, „Deutsch-österreichische Politik“ (1907); Walter Schücking, „Das Nationalitätenproblem“ (1908); Ludwig Graf Crenneville, „Großösterreich? Betrachtungen über unsere staatliche Zukunft und die Möglichkeit nationaler Versöhnung“ (1908) und Paul Samassa, „Der Völkerstreit im Habsburgerstaat“ (1910).

Der Kerngedanke aller dieser Broschüren, die sich mit dem österreichischen Problem beschäftigen, ist der gleiche: Österreich-Ungarn ist auf eine falsche Bahn geraten; es muß, wenn es dem sicheren Untergang entgehen will, andere Wege suchen. Über diese Wege gehen noch die Meinungen auseinander, aber bei einigem guten Willen hätten sie sich ohne Zweifel, wie dies seinerzeit in Kremsier geschehen, überbrücken lassen. Eine andere Frage ist freilich, ob der

durch den langen Völkerstreit im Innern zerwühlte, entkräftete Staat einen größeren operativen Eingriff ausgehalten hätte — die Frage ist bekanntlich von Ottokar Czernin verneint worden. Nach der Volkstagung von Kremsier im Jahre 1849 wäre die Lösung des österreichischen Problems jedenfalls einfacher gewesen. Aber den guten Glauben muß man den Heilkünstlern, die jetzt das Krankenlager der Donaumonarchie umstanden und zu einer radikalen Operation dringend rieten, in vollstem Maße zubilligen: Unterließ man diese, so war das Reich ganz sicher verloren, und der langsamer sich vollziehende Tod konnte unter Umständen ein qualvoller sein; nahm man sie dagegen vor, so riskierte man allerdings auch einen tödlichen Ausgang, nur daß er wahrscheinlich weniger schmerzhaft gewesen wäre — aber der Patient konnte auch gesund werden. Von diesem nicht unberechtigten Standpunkte aus sind die Aufbaupläne, die sozusagen unter dem Protektorate des Thronfolgers standen, zu beurteilen. Doch versuchen wir, in Kürze über sie Rechenschaft abzulegen.

In der Hauptsache lassen sich dabei zwei Gruppen unterscheiden. Die eine, als deren bedeutendste Vertreter unstreitig Richard Charmatz, ein Schüler Heinrich Friedjungs, und der ungarländische Rumäne Aurel Popovici gelten dürfen, knüpft an den zuerst von Ludwig Löhner im Jahre 1848 angeregten und dann bald darauf in Kremsier namentlich von Palacky weiter ausgeführten Gedanken an, die Monarchie nach dem ethnographischen Gesichtspunkt in eine Anzahl von autonomen Ländergruppen zu teilen. So umfassen Popovicis „Vereinigte Staaten von Großösterreich" sechzehn „national-politische Individualitäten": drei deutsche Nationalstaaten (Deutsch-Österreich, Deutsch-Böhmen, Deutsch-Mähren und -Schlesien), zwei tschecho-slowakische (Tschechisch-Böhmen und die Slowakei), drei serbisch-kroatische (Kroatien, Ungarisch-Serbien und Bosnien-Herzegowina), einen rumänischen (Siebenbürgen), einen polnischen (Westgalizien), einen ukrainischen (Ostgalizien), einen slowenischen (Krain), zwei italienische (Trento und Triest) und zwei magyarische (Ungarn und das Szeklerland oder Magyarisch-Siebenbürgen). Richard Charmatz, der

Ungarn bloß durch das Band der Personalunion mit dem demokratisch-nationalen Bundesstaat Österreich verknüpft wissen wollte, unterscheidet auf ähnliche Weise fünfzehn autonome Einheiten.

Der Vorschlag Popovicis — das von Charmatz ausgearbeitete Projekt fand merkwürdigerweise wenig Beachtung — wurde in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Karl M. Danzer veranstaltete über dieses Thema eine Rundfrage, deren Beantwortung in einer eigenen Broschüre „Das neue Österreich" (1908) niedergelegt ist. Es fehlte nicht an Zustimmung, aber noch weniger an Widerspruch. Entschiedene Gegner des Gedankens der nationalen Abgrenzung waren die Magyaren, die Popovicis Buch auf den Index setzten, die Polen, die von einer Zweiteilung Galiziens niemals etwas hören hatten wollen, und nicht zuletzt die Tschechen, die zu dieser Zeit nicht nur stärker denn je den Gedanken der Unversehrtheit des alten Wenzelsreiches vertraten, sondern bereits an Eroberungen fremden Gebietes wie in Niederösterreich und in Wien dachten. Aber auch bei den Deutschen — wie wäre dies anders denkbar gewesen — fand das ethnisch-territoriale Prinzip eine sehr geteilte Aufnahme. Eigentlich nur die von der Tschechisierung unmittelbar bedrohten Sudetenländler stimmten dafür; die Alpendeutschen dagegen hielten an der „Einheit und Unteilbarkeit" ihrer Kronländer fest und ihnen fiel die noch immer große Zahl von zentralistisch Gesinnten bei, die — weil nun einmal die Deutschen die weitaus größte Diaspora hatten — aus Furcht vor einer Vergewaltigung der nationalen Minderheiten den Sprung ins Ungewisse scheuten.

Es gab indes noch einen anderen gangbaren Weg ins Freie, den des Personalitätsprinzips, der nationalen Matriken — und diesen hat uns vor allem Karl Renner gezeigt. Im Zeitalter des wandernden Proletariats, so führt der sozialdemokratische Abgeordnete aus, sollen keine nationalen Bundesstaaten mehr bestehen, der Staat vielmehr vom Zentrum bis zur Lokalverwaltung international sein und die Bürger, wie sie neben der staatlichen Organisation kirchlich organisiert sind, auf Grund eines Katasters über die Nationalität überall auch zu nationalen Personalverbänden

für völkische Angelegenheiten zusammengeschlossen werden. Die einzelnen nationalen Personenverbände sollen dann weiters innerhalb des ganzen Reiches für je eine Nation miteinander verbunden werden in sogenannten Nationsuniversitäten, wie die Siebenbürger Sachsen schon eine derartige Organisation bilden. Die Bundesstaaten und Nationsuniversitäten sollen ihre Vertretungen und ihre Regierungen besitzen und Anteil an der Zentralgewalt in Bundesregierung und Reichsparlament haben. Die verbündeten Regierungen setzen im Verein mit der Krone die Reichsexekutive ein: den Bundeskanzler mit seinen Reichssekretären des Krieges, der Finanzen und des Handels. „So sind die überlieferten, heute faktisch bestehenden gemeinsamen Institutionen rechtlich basiert auf dem übereingestimmten Willen der Völker und Territorien, welche die Monarchie faktisch zusammensetzen — die Tatsachen und das Recht liegen nicht mehr in unablässigem Hader, es kann Friede werden in den Gauen um die Donau."

Die Ideen, die hier Karl Renner in geistvoller Weise entwickelte, fanden auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei, deren Programm sie darstellten, Anklang. Sie wurden von allen denen begrüßt, die des langen nationalen Haders müde waren und mit Sorge den Niedergang des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der an natürlichen Hilfsmitteln aller Art so reichen Monarchie verfolgten. Die nationale Matrikelführung und nationale Autonomie in allen nationalen und kulturellen Fragen, äußerte sich anerkennend der Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung" Dr. Hugo Ganz, das ist der einzige Weg zur Lösung des Problems, zu welchem Österreich berufen ist, des Problems „eines Kulturwohlfahrtsstaates, der jeder Nation ohne Benachteiligung der anderen vollständiges Sichausleben garantiert."

So verschieden in den Neubauplänen Renners und Popovicis die Konstruktion der Monarchie auch war, in einem bedeutsamen Punkte kamen die beiden zusammen: das österreichische Verfassungproblem sollte im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Der Sozialdemokrat Karl Renner war wie der ungarländische Rumäne Aurel Popovici und wie die stärkste bürgerliche Partei, die Christ-

lichsozialen, auf den großösterreichischen Gedanken gestimmt. Hier winkte also die große Gelegenheit, die Sozialdemokratie, die aus ihrer Gleichgültigkeit oder Abneigung gegen den dualistischen Staat kein Hehl machte, für die österreichische Staatsidee zu gewinnen und den zentrifugalen Bestrebungen einen Riegel vorzulegen. Schon war von alldeutscher Seite ein Bauprojekt in die Öffentlichkeit gedrungen, das wieder für den Anschluß der ehemaligen deutschen Bundesländer an das Deutsche Reich Stimmung machte. Die 1899 in München erschienene Broschüre „Österreichs Zusammenbruch und Wiederaufbau" gibt die österreichisch-ungarische Monarchie, die „vor dem Zusammenbruch" stehe, auf, will auch von der habsburgischen Dynastie nichts mehr wissen, sondern verlangt die Verwirklichung der mitteleuropäischen Idee, die staatliche Zusammenfassung des deutschen Sprachgebietes und die Gewinnung des Zuganges zum Adriatischen Meere. Schlesien und Mähren sollten zu Preußen, Böhmen zu Sachsen, die Alpenländer zu Bayern geschlagen werden usw.

Gewiß — die Gelegenheit war groß, aber nicht minder groß war der Widerstand, den Ungarn dem großösterreichischen Programm entgegensetzte. Ihre Vorherrschaft aufzugeben, dafür waren sie nicht zu haben. Mit zäher Beharrlichkeit hielten sie an der Fiktion des „ungarischen Nationalstaates" fest, obwohl sie aus verschiedenen Zeichen der Zeit hätten merken müssen, daß sie einem Phantom nachjagten. In der ganzen Welt begannen die Sympathien für das „ritterliche" Volk der Magyaren zu schwinden, wurden ihre „brutalen" Methoden der Entnationalisierung der nichtmagyarischen Völker mißbilligt. Der Engländer Seton-Watson gab dem letzten Kapitel seiner Broschüre „Die Zukunft Österreich-Ungarns", das über das Verhältnis Österreichs zu Ungarn handelt, das vielsagende Motto: „Quem deus vult perdere, prius dementat" — Wen Gott ins Verderben stürzen will, dem nimmt er vorher den Verstand. Auch der große Norweger Björnson erhob seine Stimme zugunsten der Opfer der magyarischen Nationalitätenpolitik. Maximilian Harden erinnerte in einem Artikel der „Zukunft" vom 13. Oktober 1905 mit deutlicher Absicht-

lichkeit an einen Ausspruch Goethes aus dem Jahre 1821, der einen Staatsstreich gegen Ungarn empfiehlt. Da jeder König von Ungarn, erklärte er da zu Rat Gruner, die Aufrechterhaltung der Konstitution beschworen, so läßt sich auch das Gute und Nützliche leider mit Gewalt ihnen nicht aufdrängen — „es dürften aber doch einmal Zeiten kommen, wo, wie unter Kaiser Joseph, das für das Land Nützliche mit Gewalt aufgedrungen werden wird."

Nirgends wäre ein solcher Staatsstreich gegen den Dualismus und die Vormachtstellung Ungarns freudiger begrüßt worden als in Österreich. Die große Partei der Christlichsozialen, die „Thronfolgerpartei", hatte den Kampf gegen die „Judäomagyaren" auf ihre Fahne geschrieben. Die Sozialdemokraten hegten, wie wir schon wissen, nicht die geringsten Sympathien für den Dualismus. Auch die Deutschvölkischen grollten wegen der Unterdrückung der Deutschen Ungarns. Man wird es also begreifen, daß man hier in weiten Kreisen an jenen Februartag des Jahres 1906, da ein Honvedbataillon den ungarischen Reichstag auflöste, die Erwartung knüpfte, es werde dieser energische Zugriff nur das Vorspiel zu einer größeren Aktion sein — allein diese kam nicht. Und doch mußte unbedingt etwas geschehen. Abgesehen davon, daß, solange die Magyaren eine solche bevorrechtete Stellung in der Monarchie einnahmen, die staatsrechtlichen Forderungen der Tschechen und der anderen Slawenvölker nicht zur Ruhe kamen, war es vor allem die Haltung der Südslawen, die für die Wiener Regierung eine ernste Sorge, eine schwere Verlegenheit bedeutete und dringend eine Änderung des Systems erheischte.

Keine Nation hatte unter den Folgen des Ausgleiches von 1867 mehr zu leiden gehabt als die Kroaten, dieses kaisertreue Volk, das im Jahr 1848 die Geschäfte der Krone besorgte, das ein so vortreffliches Soldatenmaterial für die Armee und die Kriegsmarine stellte. Einsichtige Magyaren selbst gaben das den Kroaten zugefügte Unrecht zu, so wenn Baron Benjamin Kallay im Jahre 1903 erklärte: „Meine Landsleute haben Kroatien schlecht behandelt, seine Entwicklung verhindert und es finanziell ausgebeutet, dafür werden sie einmal zahlen müssen."[319] Kroatien ist in den

ganzen langen Jahren seit dem Bestande des Dualismus, wie Paul Samassa richtig bemerkt, „nur mit Gewalt" regiert worden.

Wohl hatten die Kroaten in dem ungarisch-kroatischen Ausgleich von 1868 ihre nationale Autonomie erhalten, aber an und für sich schon beschränkt, wurde sie in den folgenden Jahren immer weiter zugestutzt. Die Magyarisierung setzte auch in Kroatien ein und das Land wurde durch magyarische Bahnhofaufschriften, Anbringung ungarischer Wappen und Einführung der ungarischen Dienstsprache bei den Eisenbahnen beständig gereizt. Der Banus Rauch, besonders aber Graf Khuen-Hédervary, der zwanzig Jahre, von 1883 bis 1903, im Amte war, bediente sich dabei des Gegensatzes, der zwischen den feindlichen Brüdern der Serben und Kroaten bestand, indem er sich auf die serbische Minderheit stützte und sie sichtlich bevorzugte. Die Serben durften sich ihrer Trikolore, der Fahne des Königreiches Serbien, bedienen, ihre Schulen wurden vom Staate ausgiebig gefördert, das von Belgrad aus subventionierte serbische Blatt blieb trotz seiner oppositionellen Haltung unbehelligt, während die kroatischen Zeitungen Tag für Tag konfisziert wurden. Kurz, die Serben wurden systematisch zu einem bedeutsamen Faktor im kroatischen Königreich entwickelt, wie man denn noch im Weltkrieg deutlich die Nachwirkung dieser serbenfreundlichen Haltung der ungarischen Regierung erkennen sollte.

Tiefer Schmerz und dumpfe Verzweiflung erfaßten die Kroaten. Sie sahen, wie sie, unter den Südslawen unstreitig das einstmals höchststehende Volk mit einer großen Vergangenheit, an die noch der zahlreiche Adel gemahnte, mit einer reichen Kultur, die in den Gesängen eines Peter Preradović ihren bleibenden Niederschlag gefunden, gegenüber dem Bauernvolk der Serben auf wirtschaftlichem wie auf geistigem Gebiete ins Hintertreffen gerieten. Nicht wenig zu diesem Verfall, der sich seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts dem aufmerksamen Beobachter bemerkbar machte, trug der Umstand bei, daß die Kroaten in drei Territorien, von denen jedes eine andere staatsrechtliche Stellung innehatte, auseinandergerissen waren. Sie

wurden durch die Macht der Verhältnisse selbst dazu gedrängt, die Vereinigung mit ihren Stammesgenossen in Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina anzustreben und gegen den Dualismus, der sie so hart betroffen, zu arbeiten. Die Folge war wieder, daß sie, von dem herrschenden Volk der Magyaren als Verschwörer scheel angesehen, den ganzen offiziellen Regierungsapparat gegen sich hatten. Wie blutiger Hohn klang es, wenn der serbische Landtagspräsident im kroatischen Landtag seine im Dezember 1902 gestellte Forderung nach voller Gleichberechtigung mit den Kroaten damit begründete, daß die Serben ein „staatserhaltendes Element" im Königreiche Kroatien-Slawonien seien.

Ließ sich noch vom magyarischen Standpunkt aus diese schnöde Behandlung der Kroaten rechtfertigen, so erscheint es — für den ersten Blick wenigstens — nur schwer verständlich, daß die Wiener Regierung ihre treuen Helfershelfer von 1848 schlankweg fallen ließ und ruhig zusah, wie sie der Verelendung und Verbitterung preisgegeben wurden und die großkroatische Idee immer weiter von Wien abrückte. Für den Eingeweihten, der wußte, daß die Magyaren das tonangebende Element in der Doppelmonarchie bildeten, war freilich diese sonderbare Politik keine Überraschung. Die ungarische Regierung steckte auch dahinter, als im Jahre 1903 eine Deputation der kroatischen Abgeordneten von Dalmatien und Istrien, die dem Kaiser Franz Joseph in der Ofner Burg ihre Beschwerden wider das drakonische Regiment Khuen-Hédervarys, das an die ärgsten Zeiten der österreichischen Polizeiherrschaft erinnerte, überreichen wollte, gar nicht vorgelassen wurde.

Die schroffe Abweisung der kroatischen Abordnung goß Öl ins Feuer — sie ist auch als ein „Wendepunkt" in den Beziehungen des Wiener Hofes zu den Südslawen bezeichnet worden. Diese sahen in dem Vorgehen des Kaisers einen untrüglichen Beweis für dessen „feindselige" Gesinnung gegen sie. Im dalmatinischen Landtag fielen heftige Worte gegen „Wien" und Österreich. Infolge einer merkwürdigen Verdrehung der Tatsachen wurden die Henkersknechte des Banus als Sendlinge Wiens gebrandmarkt. Italienische Gedankengänge, wie Seton-Watson meint, der Reiz des

Risorgimento spielten herein — kurz, sie, die von Budapest aus drangsalierten Kroaten, fühlten sich auf einmal als Schicksalsgenossen, als Leidensgefährten der „unterdrückten" Magyaren. Italien, das die kroatischen Vorgänge mit wohlwollendem Interesse verfolgte, Ungarn und das neue „Jugo-Slawien" sollten die „drei Bollwerke eines verjüngten Südeuropa gegen germanische wie russische Angriffe" bilden.

Haß gegen Wien war es auch, der die Kroaten in der sogenannten „Fiumaner Resolution" vom 3. Oktober 1905 mit ihren bisherigen Todfeinden, den kroatenfressenden Magyaren und den Serben eine Waffenbrüderschaft eingehen ließ. Es war gewiß kein Zufall, daß die Anregung dazu hauptsächlich von dalmatinischen Abgeordneten ausging. Die Angliederung Dalmatiens an das Königreich Kroatien-Slawonien bildete auch einen wichtigen Punkt bei den Abmachungen mit der magyarischen Unabhängigkeitspartei. Einer der Führer derselben, Graf Apponyi, säumte nicht, in einem kroatischen Blatte für den Gedanken der Resolution Stimmung zu machen, indem er den Südslawen einredete, die Magyaren wären in allen Kämpfen mit Österreich schließlich immer Sieger geblieben, weshalb ein Bündnis mit ihnen größere Vorteile biete als ein solches mit Wien. Wohl begegnete die Fiumaner Resolution in Kroatien, wo der Gedanke eines föderativ organisierten Großösterreichs noch viele und mächtige Freunde besaß, starkem Widerspruch, ja sie konnte sogar bald als abgetan gelten — aber sie ist trotzdem die Plattform für die ganze politische Entwicklung im Süden der Monarchie geworden: gemeinsame Abneigung gegen Österreich führte die feindlichen Brüder, die Serben und Kroaten, immer mehr zusammen. Supilo und Trumbić, die Hauptakteure der Resolution, sind später beim Ausbruch des Weltkrieges ins Ausland geflohen und haben dann eifrigst für die Zertrümmerung des Donaureiches gewirkt.

In Wien war die Fiumaner Resolution als ein deutlich sprechendes Symptom der Abkehr der Südslawen von Österreich doch nicht ohne Eindruck geblieben. Man suchte jetzt in Eile nachzuholen, was man in langen Jahren ver-

säumt hatte — und es war viel versäumt worden. Die Klagen der Dalmatiner über Vernachlässigung der geistigen und materiellen Interessen ihres Landes seitens der Wiener Regierung, die in der serbischen Presse hämischen Widerhall fanden, waren leider nicht aus der Luft gegriffen. Dalmatien hätte seiner unvergleichlichen Naturschönheiten und seiner noch unbehobenen Kunstschätze wegen schon längst ein internationales Reiseziel sein können. Doch dazu wären bessere Verkehrswege nötig gewesen. Der Fall stand, wie mit Recht gesagt wurde, „wohl einzig" da, daß die Hauptstadt des Landes nicht einmal eine Eisenbahnverbindung mit dem Reiche besaß, dem es angehörte.[320] Nach Zara konnte man nur zur See oder, wenn man den Landweg benutzen wollte, mit dem Wagen gelangen. Ein Passagier, der aus dem Westen Europas mit der Bahn Dalmatien erreichen wollte, mußte über Ungarn oder Kroatien tagelange Reisen unternehmen. Und warum das? Weil Ungarn sich weigerte, die durch sein Gebiet führende Bahnstrecke selbst zu bauen, und auch nicht gestattete, daß sie durch eine österreichische Unternehmung gebaut werde; denn ein engerer Anschluß Dalmatiens, auf dessen staatsrechtliche Zugehörigkeit die Magyaren nicht verzichtet hatten, an Österreich mußte verhindert werden. Die Wiener Regierung aber war zu schwach, dieser engherzigen Politik entgegenzutreten.

Doch es war nicht diese schwächliche Rücksicht auf die Magyaren allein schuld an der stiefmütterlichen Behandlung der südlichen Länder — der Grund war ein tieferer und reicht weit in die Zeiten Metternichs zurück. Es fehlte auf Seite der Regierung an dem Verständnis für die Bedeutung der ganzen südslawischen Frage. Von der Erkenntnis eines Napoleon, der die illyrischen Provinzen als den für Österreich wichtigsten Landesteil erklärte, war man in Wien noch sehr weit entfernt und die Unkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der südlichen Monarchie, wie sie an den zuständigen Stellen der Regierung herrschte, stammte eben aus dieser geringen Einschätzung der ganzen südslawischen Frage. Mit vollem Recht hat Ernst Plener von einer „sträflichen Vernach-

lässigung" derselben gesprochen. Auch die geistige Verbindung der südslawischen Länder mit Wien war viel zu spärlich. Daß die Beamten des Ministeriums des Äußern oder des gemeinsamen Finanzministeriums den ihnen gebührenden Urlaub lieber im Salzkammergut verbrachten, mag man menschlich — schon von wegen der besseren Verbindung und der höheren Bequemlichkeit — begreiflich finden, aber im Dienste hätten sie Gelegenheit haben müssen, öfter und gründlicher an Ort und Stelle sich die nötige Kenntnis der Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung zu verschaffen. Wenn man gar nach Agram oder Zara einen Erzherzog als Statthalter gesetzt hätte, wäre wohl vieles anders gekommen.

Was Ministerpräsident Beck unter dem Eindruck der Fiumaner Resolution für die wirtschaftliche Hebung der südlichen Länder anbahnte, genügte nicht mehr. Es mußte in politischer Hinsicht etwas Entscheidendes geschehen und der Weg dazu wurde in zahlreichen Broschüren eifrig erörtert. Es handelte sich darum, die von der dualistischen Gestaltung der Monarchie so schwer betroffenen Südslawen in einem eigenen Verbande zu vereinigen, aus Kroatien-Slawonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina einen autonomen serbokroatischen Staat unter dem Zepter Habsburgs zu formen. Aus dem zweiteiligen Staat sollte — es war davon schon flüchtig die Rede — ein dreiteiliger werden: den beiden Staaten Österreich und Ungarn hätten sich die südslawischen Länder als ein dritter gleichberechtigter Staatskörper zugesellt. Die national, politisch und wirtschaftlich zufriedengestellten Serbokroaten in der ansehnlichen Stärke von fünf Millionen hätten dann, anstatt nach Belgrad zu gravitieren, in Wien ihre Stütze gehabt — darin lag die große Bedeutung der „trialistischen" Idee, die der verdiente Politiker Baron Chlumecky die „einzig rationelle" Gestaltung — „tres faciunt collegium" — genannt hat.[321] Den beiden serbischen Nationalstaaten wäre dann unter Umständen der Anschluß an das südslawische Wirtschaftsgebiet der Donaumonarchie — und im weiteren Verlauf auch eine politische Verbindung — ein erwünschtes Ziel gewesen. An Bestrebungen dazu fehlte es nicht;

Dr. Wladan Georgevic, der unter König Milan eine große Rolle spielte, hat jahrelang in diesem Sinne gearbeitet.

Indes, die trialistische Idee blieb nicht auf das literarisch-publizistische Gebiet beschränkt. Es ist vor allem das Verdienst der Christlichsozialen, daß sie mit politischem Weitblick die Bedeutung dieses trialistischen Gedankens und der südslawischen Frage überhaupt erkannten und dafür auch im öffentlichen Leben wirkten. Ihre ganze Politik war ja auf die Zurückdrängung des Magyarentums eingestellt und sie fand auch — die Christlichsozialen galten lange als die „Thronfolgerpartei" — in der nächsten Umgebung des Kaisers, wie wir bereits wissen, eifrige Unterstützung. Erzherzog Franz Ferdinand war ein aufrichtiger, überzeugter Freund der Südslawen und es war sicherlich keine leere Redensart, wenn er im Frühjahr 1909, als sich der Konflikt mit Serbien bereits drohend zugespitzt hatte, zum Grafen Bombelles, dem einstigen Erzieher des Kronprinzen Rudolf, die Äußerung tat: „Sagen Sie Ihren Kroaten, sie mögen nur noch diesmal ihre traditionelle Treue bewahren. Sobald ich auf den Thron komme, werde ich all das Unrecht, das ihnen widerfahren, gutmachen."

Allein alle diese Bemühungen scheiterten, wie wir ebenfalls schon wissen, an dem Widerstande des alten Kaisers und der Magyaren — es geschah nichts, um die Südslawen politisch zu saturieren. „Gäbe es doch für die Regierungen eine Erfahrung!" — so hatte einst Kübeck im stillen ausgerufen.

Österreich hatte die Vorherrschaft in Italien verspielt, dann die in Deutschland, und nun, da die brennendste Frage sich nach dem Südosten verschoben hatte, zeigte sich auch jetzt in den leitenden Kreisen die verhängnisvolle Passivität und Verständnislosigkeit. Vielleicht wäre es schon zu spät gewesen, war wiederum der richtige Moment versäumt worden, aber versuchen hätte man wenigstens sollen, noch in letzter Stunde das drohende Unheil abzuwenden. Während man in Österreich schwankte und deliberierte, während der Monarch und der Thronfolger in erbittertem Kampfe lagen, war man in Belgrad nicht untätig geblieben, das hohe Ziel, die Vereinigung der Slawen des Balkans in

einem großen nationalen Staat — aber unter Serbiens Führung zu verwirklichen.

Die großserbischen Bestrebungen reichen, wie man weiß, weit zurück. Es ist schon erzählt worden, wie die Serben, die wiederholt hilfesuchend ihre Blicke nach Wien gerichtet hatten, dank der schwächlichen, passiven Politik Metternichs und seiner Nachfolger auf dem Ballplatz immer mehr dazu gedrängt wurden, ihre Befreiung vom Türkenjoch ohne den Kaiserstaat, ja im Gegensatz zu diesem, unter den schützenden Fittichen des Zaren in die Hand zu nehmen. Bald nach dem unseligen Krimkrieg, der Österreichs Ohnmacht aller Welt zum Bewußtsein brachte, zu Beginn der sechziger Jahre, setzt bereits die Bewegung der „Omladina" ein, die zielbewußt auf die „Befreiung und Vereinigung des Serbentums" hinarbeitete. Fürst Michael wird im Jahre 1868 ermordet, weil er den serbischen Patrioten zu wenig rührig erschien. Schon verbreitete man damals von Belgrad aus — ein Symptom der österreichischfeindlichen Gesinnung — geflissentlich das Ammenmärchen, Österreich habe bei dem Verbrechen die Hand im Spiele gehabt. Jovan Ristić, ein ausgesprochener Russenfreund, der diese Lüge in alle Welt ausstreute, vertrat auch in Wort und Schrift den Gedanken, daß Serbien dazu berufen sei, das „Piemont des Balkans" zu sein. Die Einigung Italiens und Deutschlands übte auf die Geister eine tiefe Wirkung aus. Schon taucht auch als das offen erklärte Ziel dieser „Piemontesen" auf — die Zertrümmerung der Donaumonarchie.

So lagen also die Dinge, als in der Mitte der siebziger Jahre die bosnischen Wirren ausbrachen und Österreich-Ungarn die Okkupation der beiden türkischen Provinzen vollzog — die Aufregung der Serben und der Haß gegen Österreich nahmen nun bedenkliche Formen an. Auch der Nachfolger des ermordeten Fürsten Michael, sein Neffe Milan, stand zu Beginn seiner Regierung noch im Zeichen dieser österreichfeindlichen Stimmung. Erst nach den Erfahrungen des Friedens von San Stefano, der Bulgarien so sichtbar bevorzugt hatte, zu Beginn der achtziger Jahre schwenkte König Milan ein und bekämpfte den Radikalismus, aber populär machte er sich nicht damit. Die Un-

zufriedenheit mit dem König im Lande wuchs und man klagte über die liederliche Wirtschaft am Belgrader Hofe, die Liebesabenteuer des Königs. Milan denkt ans Abdanken, wird aber von Wien aus gehalten.

Im Frühjahr 1885 erreichte der Konflikt zwischen König und Volk den Höhepunkt. Die Königin Natalie, eine Russin, wirft Milan nicht nur Untreue als Ehemann vor, sondern auch Verrat an dem serbischen Volke. König Milan, des Herrschens überdrüssig, reist jetzt nach Wien und bietet der österreichisch-ungarischen Regierung — ein Fall, der wohl einzig in der Weltgeschichte dasteht — die Einverleibung Serbiens in die Monarchie und die militärische Besetzung an.[322] Wäre Österreich-Ungarn wirklich der „ländergierige" und „unersättliche" Raubstaat gewesen, für den es seine Gegner, und in erster Linie die Serben auszugeben beliebten, so hätte man in Wien sicherlich nicht lange gezögert, in die Hand des Königs einzuschlagen und seine Bataillone in Bewegung zu setzen. Allein Graf Kalnoky, der Minister des Äußern, erklärte Milan rundwegs heraus, daß die Monarchie an keine Annexion Serbiens denke. „Ein ruhiges und blühendes, unabhängiges Serbien, welches in freundschaftlichem Verhältnis zu uns steht," so versicherte er dem König, „entspricht unseren Wünschen und Interessen am besten, jedenfalls mehr als der Besitz einer unbotmäßigen Provinz." Österreich-Ungarn würde in ein feindseliges Land kommen, da der König, wie dieser selbst sage, den einzigen Serben vorstelle, der Österreich gegenüber freundlich gesinnt sei.

Bald nach diesem eigentümlichen Zwischenfall brach der Kampf Serbiens mit dem bulgarischen Rivalen aus. Die Serben werden nach anfänglichen Erfolgen von dem Battenberger Alexander bei Slivnitza entscheidend geschlagen; schon nähern sich die Bulgaren der feindlichen Hauptstadt — da erscheint im Lager des siegreichen Bulgarenfürsten der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Khevenhüller und gebietet dem Vordringen Bulgariens Halt. Dank für die freundschaftliche Intervention hat die Donaumonarchie von Seite Serbiens nicht geerntet. Als nach König Milans Abdankung sein Sohn Alexander zur Regierung gelangte,

kamen die österreichfeindlichen Radikalen wieder ans Ruder, und das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten trübte sich zusehends von Jahr zu Jahr. Den politisch-nationalen Gegensätzen gesellte sich als verschärfendes Moment ein erbitterter Wirtschaftskrieg hinzu.

Von den „Schweinekriegen", wie man kurz und bezeichnend den handelspolitischen Konflikt nannte, ist viel gesagt und geschrieben worden.[323] Daß die Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Einfuhr von serbischem Vieh unter allen möglichen Vorwänden zu verhindern, nur um den Agrariern in Ungarn und auch — siehe Hohenblum — in Österreich durch Ausschaltung des Wettbewerbes die Möglichkeit zu bieten, ihr eigenes Vieh teurer an den Mann zu bringen, eine wahnwitzige war, darüber kann heute wohl kein Zweifel herrschen. In Österreich stiegen demgemäß die Fleischpreise derart in die Höhe, daß man an die Einfuhr von argentinischem Fleisch denken mußte. Serbien aber, das mit seiner ausgedehnten Viehzucht auf die Ausfuhr seiner berühmt gewordenen Schweine und Ochsen angewiesen war, wurde durch die Sperrung der Grenzen zur Verzweiflung getrieben. Das alles ist richtig — leider richtig, wobei allerdings, will man gerecht sein, nicht übersehen werden darf, daß die Radikalen in Serbien selbst, in bewußter Absicht, „angefangen" hatten, die handelspolitischen Beziehungen zur Nachbarmonarchie zu stören. Um so mehr freilich hätten die Regierungen in Wien und in Budapest darauf bedacht sein müssen, alles zu vermeiden, was der radikalen, auf den Kampf gegen Österreich-Ungarn lossteuernden Partei den Wind in die Segeln trieb, was sie veranlaßte, nunmehr den Ruf nach einem Zugang zum Meer, nach dem „Korridor" durch Bosnien und Dalmatien, zu erheben. Sie hätten es vermeiden müssen, daß vor der Welt die Donaumonarchie in der Rolle des seinen kleinen Nachbarn drangsalierenden Störenfrieds und das serbische Volk mit dem Glorienscheine des stillen Dulders und Märtyrers umgeben erschien. Von den beständigen Sticheleien und der systematischen Wühlarbeit der Serben erfuhr man dagegen nichts, weil die Wiener Regierung, die eben die ganze Frage unterschätzte,

es die längste Zeit unterließ, die Öffentlichkeit über diese unerhörten Quertreibereien aufzuklären.

Als im Juni 1903 König Alexander mit seiner Gemahlin Draga Maschin einer Offiziersverschwörung zum Opfer fiel und die ganze Welt unter dem erschütternden Eindruck dieser grauenhaften Hinschlachtung stand, war wieder für Österreich-Ungarn der große Augenblick gekommen, da es sich durch einen raschen Zugriff des hartnäckigen und unversöhnlichen Feindes hätte entledigen können. An aufmunternden Ratschlägen von innen und von außen, in dem unruhigen Nachbarlande endlich Ordnung zu machen, fehlte es nicht. Alle psychologischen Voraussetzungen für den erfolgreichen Ausgang der „Strafexpedition" erschienen gegeben. In ganz Europa war man über das verbrecherische Treiben der radikalen Partei, die in der Zeit von 1884 bis 1895 nicht weniger als 368 politische Morde verübte und Serbien in den traurigen Ruf eines „Mörderstaates" brachte, aufs tiefste empört. In Serbien selbst mit seiner im Kerne tüchtigen und aufstrebenden Bevölkerung regte sich ein Gefühl des Abscheus über die anarchischen Zustände. „Das freie Serbien," so ließ sich der serbische Pressechef Doktor Branko Petrović vernehmen, „wandelt schon seit zwei Jahrzehnten im Geiste einer störrigen Bauernanarchie einher. Es wird von einer abscheulichen Rotte halbintelligenter, charakterloser Proletarier gelenkt und geht mit Riesenschritten seinem unabwendbaren Verderben entgegen . . . Die einstigen reichen Hilfsquellen des Landes sind teils verpfändet, teils erschöpft. Das Volk hat den Glauben an sich selbst verloren, im Heere herrscht helle Anarchie, die sogenannte Intelligenz ist vollkommen verrottet, entnervt... Der letzte Königsmord hat die erbärmliche Lage des Landes in das wahre Licht gerückt."

Die „nie wiederkehrende" Gelegenheit, Belgrad dauernd zu besetzen, wurde indes versäumt. Graf Goluchowski wollte so wenig, wie achtzehn Jahre vorher Graf Kalnoky, sich in ein „Abenteuer" einlassen, das übrigens nicht so groß gewesen wäre. Denn Rußland, das am Vorabend des Krieges mit Japan stand, hätte sich damals wohl durch anderweitige Konzessionen abfinden lassen. Den blutbefleck-

ten Thron bestieg jetzt Peter Karageorgevic, den die öffentliche Meinung — ebenso wie den russischen Gesandten Hartwig — der Mitwisserschaft an dem Königsmorde beschuldigte. Kaiser Franz Joseph kam trotzdem dem neuen Monarchen freundlich entgegen und bekundete in einem an ihn gerichteten Schreiben den guten Willen, getreulich mitzuhelfen, dem von einer Reihe innerer Stürme schwer heimgesuchten Lande den Frieden, die Ruhe und die Achtung wiederzugeben und dasselbe nach dem tiefen Fall, den es durch das verabscheuungswürdige Verbrechen erlitten, wieder aufzurichten. Er sprach weiters die Hoffnung auf die Aufrechterhaltung und Befestigung der zwischen den benachbarten Ländern bestehenden „freundschaftlichen" Beziehungen aus. Als eine stimmungsvolle, vielverheißende Einleitung zur freundschaftlichen Ausgestaltung der Beziehungen konnte die von dem englischen Journalisten Henry W. Steed berichtete Szene gelten, die sich bei der Abfahrt des neuen Königs vom Westbahnhof abspielte. Es erschollen Rufe: „Heil dir, König von Kroatien!" Die serbische Regierung selber hat später, während des Weltkrieges, ganz offiziell bekannt, daß sie seit dem Jahre 1903, also seit der Thronbesteigung Peters, alle Fäden der serbokroatischen Einheitsbestrebungen in Händen hielt.

Literarisch war der Boden für diese großserbische Bewegung, die jetzt mit Volldampf einsetzte, gut vorbereitet worden. Vier Jahre vorher (1899) war in Paris eine der gefährlichsten Brandschriften „La Bosnie et l'Hercégovine" erschienen. Der Verfasser Miroslaw Spalajkovic, Stipendist der serbischen Regierung und Schüler an der École diplomatique in Paris, sucht hier Frankreich für eine Revision des Berliner Vertrages, dieser Frucht der „gewaltigen" Politik Bismarcks und Andrassys, zu gewinnen. Bosnien und die Herzegowina sind, so führt er da aus, serbische Länder, in denen der schönste Teil der serbischen Rasse lebe, und dieselben wieder zu erwerben, ist für Serbien wie für Montenegro der „wahre, einzige Daseinszweck". Allein das Hindernis liegt bei Österreich-Ungarn, das den Ehrgeiz hat, eine Balkanmacht zu sein. „Die Agitation, welche in Serbien herrschte, wenn sie auch momentan sich

gelegt hat, könnte in nicht allzu weiter Ferne ernste Verwicklungen befürchten lassen, denn in Belgrad wie in Cetinje nährt man die Hoffnung, alle Slawen der Balkanhalbinsel in einer verhältnismäßig starken Nation zu vereinigen." Die Stellung Österreich-Ungarns ist nur die eines Mandatars der Signatarmächte des Berliner Kongresses. Die Donaumonarchie darf daher ihre Machtsphäre in Bosnien nicht ausdehnen. Jede Annexion ist ausgeschlossen, aber die ganze Tendenz ihrer Politik ist mit der tatsächlichen Rechtslage im Widerspruch. Sie trachtet durch List und Gewalt die Schranken des Rechtes zu überschreiten. Österreich-Ungarn ist nur ein Pionier des „deutschen Dranges nach Osten". Es verfolgt die Serben mit einem unversöhnlichen Haß und arbeitet an deren Untergang. Das Nationalitätenprinzip ist die Grundlage des modernen Völkerrechtes. Man überlasse die slawischen Völker sich selbst. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist kein lebensfähiger Staat. „Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina," so prophezeite der große Russe Fürst Gortschakow, „wird der Orientpolitik Österreich-Ungarns das Grab bereiten."

Diese Propagandaschrift für den großserbischen Gedanken, die sich in derart leidenschaftlich gehässiger Weise gegen die österreichisch-ungarische Monarchie und gegen das mit ihr verbündete Deutschland aussprach, wurde von der „Faculté de droit de Paris" — preisgekrönt. Wie für die tschechische Frage legten die Franzosen auch für das südslawische Problem das lebhafteste Interesse an den Tag. Ein Jahr vorher (1898) hatte Ch. Loiseau in seiner Broschüre „Le Balcan Slave" seinen Landsleuten wie dem verbündeten Rußland die Errichtung eines großen Südslawenreiches ans Herz gelegt — es sollte das Bollwerk gegen den Ausdehnungsdrang der Deutschen sein.

Nicht mit Unrecht hat Heinrich Friedjung Spalajković, der dann in Serbien rasch Karriere machte, Sektionschef und Gesandter wurde, als die Seele der Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn bezeichnet. Sein Werk fand in dem von politischen Leidenschaften aufgewühlten Serbien begeistertes Echo. Seine Ideen lassen sich deutlich in dem Aktionspro-

gramm erkennen, das im März 1904 für den neuen König Peter abgefaßt wurde. Da prangt neben dem Plan eines Bündnisses mit Montenegro, dessen Fürst sich verpflichten sollte, eine gemeinsame von Belgrad aus geleitete Außenpolitik zu machen, neben der Forderung nach wirtschaftlicher Emanzipation von den Märkten Österreich-Ungarns und nach zielbewußter Förderung der handelspolitischen Interessen Rußlands, Italiens und der Westmächte — auch die Anregung, die Koalitionsidee der serbischen und serbophilen Parteien in Kroatien zu fördern, um auf diese Weise die ungarische Unabhängigkeitspartei in ihrem Kampfe gegen die Wiener Regierung zu unterstützen. Auch sollte in Bosnien eine rege Agitation zum Zwecke des Anschlusses an Serbien und der Diskreditierung der österreichisch-ungarischen Verwaltung durch eine planmäßige publizistische Propaganda und Aufhetzung der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung entfaltet werden.

Die Richtlinien waren gegeben. Bei der Krönung Peters im September wurde der Korrespondent des „Courier Européen", André Barre, zum König gerufen und mit der Herausgabe eines Werkes über Bosnien betraut. Zu Beginn des nächsten Jahres 1905 erschien dieses Buch — es war eine aufgelegte Schmähschrift, die mit einer Verhöhnung des greisen Kaisers Franz Joseph begann, um dann die angeblich bestehende Mißwirtschaft in Bosnien zu beleuchten. Und das gleiche Thema wurde in zahllosen Flugschriften behandelt. Ein ganzes Heer von serbischen Agitatoren durchschwärmte das Land, um den Kampf gegen die verhaßten Österreicher und Magyaren zu predigen. „Schlagt sie," so hören wir da, „wie Hunde nieder und ruhet nicht, bis der letzte Fremdling das serbische Bosnien verlassen hat... Serbien steht bei euch und wird euch nicht verlassen." König Peter wird als der zukünftige „serbische Kaiser" gepriesen. Im Oktober 1904 erklärte der Kronprinz Georg dem Schriftsteller Leopold Mandl gegenüber: „Bosnien ist unser," indem er auf die panslawistischen Neigungen der Slawen in Österreich-Ungarn anspielte. Zwei Jahre später (1906) verhandelt Vesnić in Paris mit den Jungtürken über eine Revolutionierung Bosniens.

In Serbien selbst aber brannte alles, alt und jung, Mann und Frau, auf den Krieg mit Österreich-Ungarn. Die Geistlichkeit stand dabei nicht zurück. Zu englischen Berichterstattern, die im Jahre 1905 nach Serbien gekommen waren, äußerte sich der Bischof von Nisch überaus christlich: „Schickt uns keine Bibeln, wir brauchen sie nicht; schickt uns lieber Gewehre und Kanonen." Die großserbische Propaganda bedrohte auch den Bruderstaat Montenegro. Bei der Eröffnung der Skupschtina in Cetinje sollte der König Nikita mit seinen Söhnen ermordet werden. Der scheußliche Plan mißlang, aber er war für die giftige Atmosphäre, wie sie in Serbien herrschte, nur zu bezeichnend. Das montenegrinische Amtsblatt „Glas Crnogortza" wies auf den serbischen Ministerpräsidenten Pasić als den Urheber des Mordplanes hin. Pasić lehnte die Verantwortung dafür ab, indem er stolz erklärte: „Wir können auch ohne Morde unsere Ziele erreichen." Ferdinand von Bulgarien zog es aber trotzdem vor, über Rumänien nach Wien zu reisen.

Angesichts eines derart fanatisierten Gegners gestaltete sich die Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie immer bedrohlicher. Die Fiumaner Resolution vom Oktober 1905, welche die Serben und Kroaten, die sich bisher heftig bekriegten, mit der Unabhängigkeitspartei in Ungarn zusammenführte, mußte in Wien wie ein Flammenzeichen wirken. Die südslawische Frage war die große Sorge des alten Kaiserstaates geworden — sie bildete den empfindlichen Punkt, da seine innere Politik mit der äußeren zusammenschlug. Die auswärtige Lage aber hatte sich nicht gut gestaltet. Just in dem Jahre, da sich die Kroaten den Serben näherten, war in Rußland im Gefolge des unglücklichen Krieges gegen Japan die große Revolution ausgebrochen. Von bangen Sorgen für die Zukunft erfüllt, schrieb damals ahnungsvoll einer unserer feinsten Politiker: „Nur jetzt keine innere Zerrüttung Österreich-Ungarns! Die russische Revolution ist die Entfesselung der Kraft des Slawentums und dieses ist vor allem deutschfeindlich. Die Möglichkeit eines Zusammenstoßes ist näher gerückt."[324]

Die innere Zerrüttung des alten Kaiserstaates machte aber, wie wir wissen, gerade jetzt reißende Fortschritte, und es

dauerte nicht lange, so brach über ihn die große äußere Krise herein, die schon lange in der Luft lag.

4. WETTERLEUCHTEN

Graf Andrassy hatte mit der Besetzung von Bosnien und der Herzegowina der Donaumonarchie das „Tor zum Orient" geöffnet. Allein diesem ersten verheißungsvollen Schritt folgte kein zweiter nach. Mit dem Scheiden Andrassys entschwand wieder der aktive Zug, der seine Außenpolitik beseelte. Unter seinen drei nächsten Nachfolgern, Baron Haymerle, Graf Kalnoky und Graf Goluchowski, zieht aufs neue der Geist Metternichs, die Politik der Passivität und Unentschlossenheit, auf dem Ballplatz ein.

Eine Art „fortschreitende Paralyse" beginnt, wie der ausgezeichnete Kenner der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik Theodor Sosnosky fein bemerkt. Die Monarchie denkt nicht mehr an eine Erweiterung der Macht; sie bleibt beim „Ausfallstore" stehen, ohne den Ausfall selbst zu wagen. Sie hat nur ein Bestreben, den Frieden zu erhalten, den Frieden um jeden Preis; sie hat nur mehr einen Ehrgeiz: „der gemütliche, beliebte Allerweltsonkel zu sein, der allen gefällig ist, allen Platz macht und für sich nichts mehr beansprucht, sondern mit freundlichem Lächeln zusieht, wie sich's die anderen auf seine Kosten wohlergehen lassen", wie die großen Mächte untereinander die Welt aufteilten, ohne daß er „auch nur entfernt" Miene machte, selbst einen Teil daran zu verlangen.[325] Andrassy war wohl berechtigt, Kalnoky vorzuwerfen, daß er allzusehr von dem Bestreben geleitet sei, sich an Rußland zu ketten, anstatt selbständige Politik zu machen. Österreich-Ungarn müsse, so riet er, als Hort der Unabhängigkeit des Balkans auftreten, um sich so dessen Völkerschaften enger an sich zu knüpfen.

Andrassys scharfe Kritik an der Balkanpolitik war gewiß am Platze, ebenso am Platze, wie es seinerzeit die Anklagen waren, die Metternichs Rolle als russischer Trabant erfahren. Indes, die Gerechtigkeit erfordert es, auch der ganz besonderen Schwierigkeiten zu gedenken, die Kalnoky von

allen Seiten sich entgegentürmten. „Man erwartet von mir," klagte er einmal, „ich solle marschieren und man bedenkt nicht, daß bald mein rechter, bald mein linker Fuß gebunden ist." Die Schwierigkeiten kamen im Innern vom Grafen Taaffe, gegen dessen völkerverhetzende Taktik Graf Kalnoky Stellung zu nehmen sich genötigt sah; sie kamen auf dem auswärtigen Gebiet nicht zuletzt vom verbündeten Deutschen Reich, das hier ganz andere Interessen als die Donaumonarchie vertrat. Bismarck dachte naturgemäß zunächst an die Sicherung seiner Westgrenze und sah ein schroffes Vorgehen seines Alliierten gegen Rußland nicht gerne. Er wollte nicht in die Orienthändel hineingezogen werden, welche die Knochen eines pommerischen Grenadiers nicht wert waren; er wollte, wie er in seiner berühmten Rede vom 11. Jänner 1887 bemerkte, „sich nicht das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren." War ihm Bulgarien „Hekuba", so besaß die habsburgische Monarchie das größte Interesse, in dem zwischen Alexander von Bulgarien und dem Zaren ausgebrochenen Konflikt den Battenberger zu stützen, für die Selbständigkeit Bulgariens einzutreten.

Rücksichten auf Deutschland waren es auch in erster Linie, die Kalnoky bewogen, auf den „unseligen" Artikel VII des Dreibundvertrages von 1887 einzugehen, worin sich Italien für den Fall des Vordringens Österreich-Ungarns auf dem Balkan territoriale „Kompensationen" ausbedang. Kalnoky wehrte sich wie ein Verzweifelter gegen diesen in der Tat verhängnisvollen „Trinkgelderparagraphen", der auch nicht glücklich abgefaßt war, allein er gab schließlich dem Drängen des deutschen Verbündeten nach. Unter dem Drucke des Deutschen Reiches wurde damals der Dreibundvertrag erneuert, so wie er fünf Jahre vorher hauptsächlich auf Bismarcks Zureden zustandegekommen war.

Die Erweiterung des Zweibundes zum Dreibund im Jahre 1882, die auch noch auf Kalnokys Schuldkonto fällt, gereichte, wie man weiß, der Donaumonarchie nicht zum Segen. Es war in der Tat so: „Seltsamere Bundesgenossen als diese beiden Staaten hatte die Welt wohl kaum gesehen." Es zeugt von der klugen Voraussicht der österreichisch-

ungarischen Diplomatie, daß sie nur mit innerstem Widerstreben den Pakt mit Italien abschloß, freilich auch von ihrer rückgratlosen Schwäche, daß sie ihre starken Bedenken Bismarck zuliebe zurückstellte.

Man weiß heute, daß es Italien war, das sich dem Zweibund anbiederte und die Bitte aussprach, im Bunde der Dritte sein zu dürfen. Die Italiener befanden sich im Jahre 1881, als ihnen die Franzosen Tunis, das alte Karthago, vor der Nase weggeschnappt hatten, just in keiner sehr freundlichen Stimmung gegen die „lateinische Schwester", die in allen Tonarten „perfid" gescholten wurde, und in dieser schwer verdrossenen Seelenverfassung, auch von Sorgen vor den Republikanern im Innern bedrückt, entdeckten sie plötzlich ihr Herz für die Mittelmächte. Baron Sidney-Sonnino — eben derselbe Staatsmann, der ein Menschenalter später den schändlichen Treubruch an den Verbündeten begehen, den dreißigjährigen Dreibund in dem Augenblick, da er seine Probe zu bestehen hatte, sprengen sollte — fand mit seiner Bemerkung Beifall, daß die Freundschaft Österreich-Ungarns eine „unabweisliche" Vorbedingung ihrer fruchtbaren politischen Arbeit sei, das einzige Mittel, Frankreichs „Machtgier" zu zügeln. Die Isolierung, so wurde erklärt, sei gleichbedeutend mit der Vernichtung Italiens.

Ein Besuch König Humberts in Wien leitete die Verhandlungen ein. Allein hier wie in Berlin zögerte man, in die dargebotene Hand einzuschlagen. Man sah zunächst mehr Nachteile als Nutzen aus der neuen Schicksalsgemeinschaft erblühen. Bismarck prägte damals das wenig schmeichelhafte Wort von der „Schakalspolitik" der Italiener, verglich sie mit „aasfressenden Krähen" auf dem Schlachtfelde, die andere für ihre Nahrung Sorge tragen ließen. „Unstet und scheuen Blickes," so urteilte der Reichskanzler mit wahrem Seherblick, „schweift das unersättliche Italien von einer Seite nach der anderen, instinktmäßig angezogen vom Leichengeruch und Unheil, immer bereit, jemand von rücklings anzufallen und ein Stück Beute davonzutragen." In Wien ließ Bismarck durch seinen Botschafter zu besonderer Vorsicht mahnen, weil jede Ab-

machung mit Italien, wie auch die Fassung sein möge, „im Wesen immer ein einseitiges Geschäft zum Vorteil Italiens sein werde, um so einseitiger, als der unruhige und unverläßliche Charakter der italienischen Politik Italiens Freunde leicht in Händel verwickeln könne."

Graf Kalnoky bedurfte solcher Warnungen nicht; denn auch er zeigte nicht die geringste Lust, auf den unsicheren Handel einzugehen. Langsam und schleppend wurden die Verhandlungen mit Italien geführt, das immer stärker zum Abschlusse eines Bündnisses drängte. Allein in Berlin hatte sich mittlerweile eine entscheidende Wendung vollzogen, Kalnoky wurde weich und so kam der unglückliche Pakt zustande. Alsbald stellte sich heraus, daß nicht der Bittende den Preis bezahlte. Gerade Italien zog von allem Anfang an den größten Vorteil daraus, weil es sich in der günstigen Lage befand, in dem Ringen der beiden Mittelmächte gegen Frankreich und Rußland das Zünglein an der Wage darzustellen. Nicht daß Bismarck ernstlich damit gerechnet hätte, Italien werde im gegebenen Fall mit seiner ganzen Macht auf Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns kämpfen — er war schon zufrieden, daß dann „ein italienischer Korporal mit der italienischen Flagge und einem Trommelschläger an der Seite die Front gegen Westen, das heißt gegen Frankreich, und nicht gegen Osten, das heißt gegen Österreich, nahm."

Allein war man so sicher, daß Italien im entscheidenden Augenblick auch diesen bescheidenen Dienst von wohlwollender Neutralität versehen werde? Es verdient hervorgehoben zu werden, daß man sich namentlich auf österreichisch-ungarischer Seite über die Bündnistreue Italiens keinerlei Illusionen hingab. In jenem für die Monarchie so unglücklichen Jahre 1887, da der Dreibundvertrag zum erstenmal erneuert wurde, war es, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin Graf Széchenyi dem Minister Kalnoky vertraulich seine Meinung über den famosen Artikel VII, der die „Kompensationen" betraf, mitteilte, um sodann über den Wert des Bündnisses mit Italien ein vernichtendes, aber leider, wie die Zukunft lehrte, äußerst treffendes Urteil zu fällen. „Ärgerlich bliebe es

aber immerhin," schrieb er da gereizt, „daß die Wellischen, die nach jeder Niederlage eine Provinz erworben haben, jetzt sogar in die Lage kommen sollten, Beute zu machen, ohne einen Schuß abzufeuern. Und am Ende werden sie die Neutralität, zu der sie sich verpflichtet haben, gar nicht halten. Von einem Lande, wo der Pöbel den Szepter führt, kann man sich dergleichen wohl gewärtigen."

Die Zweifel mußten sich in Wien wie in Berlin verstärken, als der italienische Bundesgenosse eine von Jahr zu Jahr wachsende Lust zu „Extratouren" bekundete. Noch bevor das Jahrhundert zur Neige ging, war der Groll über Frankreichs „Machtgier" vergessen, war die Annäherung an die „perfide" lateinische Schwester so weit vorgeschritten, daß der italienische Außenminister Prinetti von einer „vollständigen Übereinstimmung" mit den Anschauungen der französischen Regierung sprechen konnte. Auf der Algeciraskonferenz von 1906 war es bereits aller Welt klar geworden, daß Italien Arm in Arm mit den Gegnern Deutschlands und Österreich-Ungarns ging, und die Entrüstung über die „zweideutige" Haltung machte sich da und dort in scharfen Worten Luft. Kaiser Wilhelm II. äußerte in zornvollen Worten dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber, es würde ihm eine große Genugtuung bereiten, bei Gelegenheit den Italienern, „eventuell auch mit den Waffen in der Hand, eine heilsame Lektion zu erteilen".

Italien war in der Tat schon seit 1902 vertragsmäßig an Frankreich gebunden — diese Tatsache erfuhr man allerdings erst gelegentlich eines Besuches, den König Viktor Emanuel am 19. Dezember 1918 dem Präsidenten Poincaré abstattete. Der Präsident der französischen Republik betonte auch, daß diese Bindung der Initiative des Königs entsprang. Man versteht jetzt vieles, was man sich früher nur daraus erklären konnte, daß die römische Regierung zu schwach war, um dem Volkswillen entgegenzutreten. Populär war ja allerdings das Bündnis mit Österreich-Ungarn niemals gewesen. Die Erinnerung an die „tyrannische Fremdherrschaft" der Österreicher wollte nicht schwinden und lebte bei jedem Anlaß wieder auf.

Auch nach der Abtretung der Lombardei und Venetiens gab es Gebiete, auf die sich die Augen der Italiener sehnsuchtsvoll lenkten. Schon gelegentlich der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina schäumte ihre Begehrlichkeit wild und mächtig in die Höhe.[326] In der Presse und in Volksversammlungen wurde stürmisch die „Erlösung" der noch unter österreichischem Joche schmachtenden Brüder verlangt, Triest und Südtirol als „Entschädigung" gefordert. Die irredentistische Bewegung schwoll von Jahr zu Jahr an und unter den vielen, ungezählten Blättern, die offen gegen Österreich hetzten, gab es sogar ein militärisch-politisches Blatt, das den bezeichnenden Titel „La Preparazione" führte. Die italienische Regierung sah diesem Treiben wohlwollend durch die Finger und billigte es sogar öffentlich, so wenn General Avezzano, der die Förderung der Irredenta als seine Lebensaufgabe betrachtet hatte, auf Staatskosten beerdigt wurde. Sie ließ es geschehen, daß fast in allen Elementarschulen Italiens Lehrbücher in Verwendung waren, in denen Istrien und Tirol als schöne Länder bezeichnet wurden, die — „noch" zu Österreich gehörten.

Dieser unverhüllt betriebenen Hetze gegenüber nahm die Wiener Regierung eine ganz merkwürdige Haltung an. Sie ließ aus Rücksicht auf den „Bundesgenossen" die Irredenta ungestraft walten, wie sie denn bekanntlich im Vormärz das italienische Element geradezu großgezogen hatte, — und auf der anderen Seite, aus dem gleichen Grunde der Schwäche und Entschlußlosigkeit, zögerte sie, den berechtigten Wünschen der österreichischen Italiener stattzugeben. Sie richteten sich vor allem auf die Gewährung der Autonomie für Welschtirol, ein Verlangen, das, wie wir bereits wissen, im Sturmjahre so gut wie schon erfüllt war, und auf die Errichtung einer eigenen Universität, wie sie eine solche bereits andere, kulturell sicher nicht höher stehende Nationalitäten erreicht hatten. Es war vergebens, wenn der südtirolische Abgeordnete Dr. Grabmayr im Jahre 1901 in warmer Weise der Erfüllung dieser Wünsche das Wort redete. Nach langem Studium der schwierigen Frage gab die Wiener Regierung der einen Forderung, jener nach einer Universität, nach. Da sie aber Bedenken hegte, sie auf

italienischem Boden, in Triest oder in Trient, zu errichten, so wurde in Wilten bei Innsbruck eine italienische Rechtsfakultät ins Leben gerufen. Diese Lösung befriedigte nicht die Italiener, noch weniger aber behagte sie den deutschen Studenten, die schon in Unfrieden mit den italienischen Hörern lebten. Im Herbst 1904 kam es in Innsbruck zu einer regelrechten Schlacht, wobei die neue Fakultät buchstäblich in Trümmer ging. Die Universitätsfrage stand jetzt wieder auf dem alten Flecke, nur daß sie jetzt noch schwieriger zu lösen war.

Dr. Grabmayr traf leider das Richtige, wenn er in seiner Rede vom 28. Juni 1910, einen Rückblick auf die italienische Universitätsfrage werfend, sagte: „Die Frage der italienischen Universität ist ein wahrer Schulfall für die Maxime: principiis obsta, sero medicina paratur. Hätte die Regierung 1900 . . . sofort in Innsbruck die italienische Fakultät errichtet, dann hätte die Regierung Dank und Anerkennung von beiden Seiten geerntet... Aber echt österreichisch — tat man nichts, solange die Lösung leicht war. Man zögerte und deliberierte, man ließ den Hetzern auf beiden Seiten Zeit, die Stimmung solange zu vergiften, bis der zur Fieberhitze gesteigerte chauvinistische Wahn ein friedliches Nebeneinander der beiden Nationen in der gemeinsamen Landeshauptstadt ausschloß."

Die unglückliche Lösung oder vielmehr Nichtlösung der italienischen Universitätsfrage aber hatte wieder zur Folge, daß auch in Italien die Stimmung gegen Österreich-Ungarn sich wesentlich verschärfte. Die stürmischen Vorfälle in Innsbruck weckten überall jenseits der Alpen ein leidenschaftliches Echo und wurden für die Zwecke der irredentistischen Bewegung weidlich ausgenützt. Alle Zusammenkünfte der Staatsmänner, alle Versicherungen der „Herzlichkeit" der Beziehungen konnten an der Tatsache nichts ändern, daß das italienische Volk nahezu in seiner Gesamtheit den Krieg gegen die „maledetti Austriaci" oder die „Tedeschi" als die große nationale Sache, als etwas Heiliges ansah und laut forderte. „Unter je hundert Leuten bei uns," schrieb im Jahre 1911 Marchese Capelli, der erste Vizepräsident der Deputiertenkammer, „haben etwa neun-

undneunzig immer an die Möglichkeit eines Krieges gedacht."[327]

Die Abtretung des welschen Südtirols, des sogenannten „Trento", die nicht nur von Pazifisten wie Berta Suttner, sondern auch z. B. von dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Steinwender befürwortet wurde, war jetzt in den Augen der Italiener schon viel zu wenig — sie schweiften weiter, auf den Balkan, auf die Ostküste des Adriatischen Meeres. In dem 1906 zu Rom erschienenen Buche Battista Pellegrinis „Verso la Guerra?" wurde es offen herausgesagt: „Wenn es einen Politiker, eine Regierung geben könnte, die darauf eingehen wollte, sie würde von der ausbrechenden Revolution hinweggefegt werden, denn wir wollen Trient, das ohnehin bei der nächsten politischen Konstellation an uns fallen wird und muß, nicht als Almosen; wir müssen aus geographischen, ethnographischen, historischen und militärischen Gründen unbedingt Trient, Triest und Istrien besitzen, überdies der Entsagung Österreichs auf dessen Balkanaspirationen sicher sein — dies und nur dies ist die unerläßliche Voraussetzung eines friedlichen Übereinkommens mit Österreich." In der „Tribuna" wurde von der Adria als einem „italienischen See" geredet und Gabriele d'Annunzios „La nave" machte den Gedanken des „mare nostro" jedermann in Italien geläufig.

Daß ein großes Reich wie Österreich-Ungarn nicht nur auf namhafte, vielfach auch gar nicht rein italienische Gebiete, auf seinen Handels- und Kriegshafen, sondern auch auf seine Großmachtstellung verzichten sollte, war wohl nicht anzunehmen — also konnte Pellegrini, wie dies auch schon der Titel seiner Broschüre zeigt, es nur auf den Krieg abgesehen haben. In der Tat begann um diese Zeit ein förmliches Wettrüsten der beiden Bundesgenossen, bei dem Italien insofern im Vorteile war, als die Militärkredite von der Bevölkerung mit heller Begeisterung bewilligt wurden, während in den Volksvertretungen der Donaumonarchie um jeden Heller gefeilscht werden mußte. Bis zu einem gewissen Grade hatten die Volksboten sogar ganz recht, wenn sie keine besondere Lust an den Tag legten, für die Befestigung von Südtirol große Summen zu bewilligen; denn die Re-

gierung verkündete bei jeder Gelegenheit feierlich, daß im allgemeinen die Beziehungen zu den Mächten die „besten", im besonderen die zu Rom die „herzlichsten" seien. In Wirklichkeit gestaltete sich damals das Verhältnis zu Rußland geradezu herzlich — bei der nach der Mürzsteger Tagung vom September 1903 abgehaltenen Tafel in Schönbrunn gebrauchte Zar Nikolaus die vielverheißenden Worte: „Notre cordiale entente et l'harmonie parfaite." Bald darauf wurde Rußland ganz von dem Krieg gegen Japan in Anspruch genommen. Das militärische Schwergewicht begann sich in der Tat allmählich vom Nordosten nach dem Südwesten zu verlegen.

Schon beginnt man in Italien ganz offen auch gegen den dritten Verbündeten, das Deutsche Reich, zu hetzen und für ein Bündnis mit den Südslawen zu arbeiten. In der 1907 veröffentlichten Schrift „Il pericolo tedesco" führt Luciano Magrini Klage über den deutschen Imperialismus, welcher der natürlichen Ausdehnung Italiens entgegenarbeite. Diesen alldeutschen Gelüsten gegenüber empfiehlt Magrini ein Zusammengehen der Italiener mit den Slawen, die sich bisher im österreichischen Küstenlande und in Dalmatien befehdeten. Von panslawistischer Seite kam man solchen Bestrebungen mit offenen Armen entgegen. Der Präsident der slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft in Moskau, General Czerep-Spiridowicz, begründet in Paris die „Ligue celto-latino-slave" mit Zweigstellen in Rom und Triest. Zur Pflege der slawischen Einheitstendenzen wird im Jahre 1906 eine eigene Monatsschrift „La Revue slawe" geschaffen.[328]

Unter solchen Verhältnissen war es für die leitenden Männer auf dem Ballplatz allerdings nicht leicht, im Orient aktive Politik zu treiben. Jeden Schritt, den die Donaumonarchie dort unternahm, erregte nicht nur den Argwohn des Zarenreiches und der Balkanstaaten, sondern löste auch beim italienschen Bundesgenossen sofort lebhafte Gegenbestrebungen aus. Man wußte in Wien sehr genau, daß die Gedanken vom „mare nostro" keine leeren Träume und Phantasien von Dichtern waren, sondern vom offiziellen Italien auf die Fahne geschrieben standen. Nach der diplomatischen Niederlage in Tunis und nach dem schweren

Fiasko, das sich die Italiener in Abessynien geholt hatten, suchte man für die koloniale, imperialistische Betätigung ein neues Feld in — Albanien. Fürst Bismarck selbst soll Francesco Crispi, einen gebürtigen Albanesen, im Jahre 1877 dazu ermuntert haben, Albanien oder irgendein anderes türkisches Gebiet an der Adria sich anzueignen, falls die Donaumonarchie Bosnien nehme. Kurz — Italien hatte den Ehrgeiz, als Balkanmacht aufzutreten, und entfaltete bald in Albanien eine eifrige Propaganda, der merkwürdigerweise Österreich-Ungarn selbst wirksam in die Hände arbeitete, indem es Missionäre hinunterschickte, die — italienische Schulen errichteten.

Gegen die Rührigkeit, welche die Italiener in Albanien betätigten, stach scharf die beispiellose Passivität und Indolenz der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik ab. Auf den darob vielgeschmähten Grafen Kalnoky folgte Graf Goluchowski, der, nachdem sich sein erster Eifer abgekühlt hatte, keinen anderen Ehrgeiz besaß, als die Ruhe im Orient zu erhalten und alle Streitfragen korrekt und kameradschaftlich mit Rußland gemeinsam auszutragen. Zu der Schwäche, die Goluchowski hier an den Tag legte, gesellte sich eine unglückliche Art der Bevormundung und Schulmeisterei, welche die Serben wie die Bulgaren erbitterte, so wie seinerzeit die Italiener der Lombardei und Venetiens das pedantische Wesen der österreichischen Verwaltung abgestoßen hatte. Man bedachte in Wien nicht, daß Kleinstaaten meist weit empfindlicher seien als Großmächte. Es klang wie ein schmerzlicher Epilog auf die Balkanpolitik der Donaumonarchie, wenn Josef Baernreither, ein gründlicher, gediegener Kenner unserer orientalischen Verhältnisse, die Tatsache feststellte: „Österreich-Ungarn hat sich leider auf dem Balkan bisher nicht beliebt zu machen gewußt." Die Beziehungen zu den Balkanvölkern waren also nicht, wie Andrassy mahnte, enger geworden, und das gute Verhältnis zu Rußland, wie es in dem Mürzsteger Reformprogramm zum Ausdruck kam, war im Grunde doch nur eine „Vertagung" des großen Problems.

Indes, im Oktober 1906, trat ein neuer Mann an die Spitze des Auswärtigen Amtes und mit ihm schien wieder der

energische Wille eines Schwarzenberg und eines Andrassy in das Palais auf dem Ballplatz einzukehren: Baron Aehrenthal. Er hatte als Botschafter der österreichisch-ungarischen Monarchie am Zarenhofe gerade zur Zeit des russisch-japanischen Krieges und der ihm folgenden Revolution Gelegenheit, die Schwäche und Zerrüttung des nordischen Kolosses gründlich kennen zu lernen. Jetzt oder nie erschien der Augenblick gekommen, die Versäumnisse seiner Amtsvorgänger wieder gut zu machen, da zu beginnen, wo Graf Andrassy aufgehört hatte; aber leider — seine aktive Politik kam gut um dreißig Jahre zu spät.

Ende Jänner 1908 machte Aehrenthal den Delegationen die Mitteilung, daß er die Weiterführung der Bahnlinie Sarajevo-Uvac bis Mitrovitza beabsichtige, um dadurch den Anschluß an den türkischen Schienenweg nach Saloniki zu gewinnen. Der Minister unterließ nicht, einleitend zu erwähnen, daß die Wiener Regierung treu ihrer Balkanpolitik dort keine territorialen Erwerbungen verfolge. Nach dem Wortlaut des Berliner Vertrages — „jusque au delà de Mitrovitza" — war sie zu diesem Schritt vollkommen berechtigt. Aber sie war ihn auch dem wohlverstandenen Interesse der Donaumonarchie schuldig; der Weg zum Ägäischen Meere mußte gesucht werden; denn es war schon so weit gekommen, daß ihre gangbarsten Erzeugnisse aus der Levante verdrängt wurden. „Der schmale Küstenstrich längs des Adriatischen Meeres genügt nicht mehr, um Österreich eine achtunggebietende Stellung im See- und Welthandel einzuräumen" — so schrieb ein Serbe, der frühere Chef des Belgrader Pressebureaus Petrovic, der mit Recht auf die steigenden Schwierigkeiten des Absatzes auf dem Landwege hinwies.

Auch vom militär-politischen Gesichtspunkt war eine solche Verbindung nötig, wenn die Monarchie einmal — und die Notwendigkeit lag ja immer nahe — Truppen über das Limgebiet hinaus auf türkischen Boden werfen wollte. Alles in allem trug die angekündigte Aktion nichts Überraschendes an sich; verwunderlich war nur, daß man sie nicht schon längst unternommen hatte. „Eine so schwerwiegende Unterlassungssünde," erklärt uns Theodor Sos-

nosky, „war nur in einem Lande möglich, dessen maßgebende Faktoren, Regierungen und Parlamente sich über die Ziele der auswärtigen Politik völlig im Unklaren befanden."

Aber was vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Monarchie selbstverständlich, weil lebensnotwendig, und was auch als solches zur Zeit des Berliner Kongresses von England anerkannt worden war, das erschien jetzt nach einem Menschenalter als ein förmlicher Rechtsbruch, als ein imperialistischer Vorstoß und Gewaltakt. Die Auslandpresse tobte. Der „Matin" vom 11. Februar sah in dem Vorgehen Aehrenthals den Beweis erbracht, „daß die Völker glücklich leben könnten, wenn sie die Gewohnheit ablegen wollten, die Leitung ihrer Angelegenheiten Staatsmännern anzuvertrauen, ohne sie vorher mit einem Maulkorb zu versehen. Diese in Freiheit gelassenen Staatsmänner sind fortwährend in Aufregung, zeigen Übereifer und schaffen Fragen, die gar nicht existieren und ihr Land in Verlegenheit setzen." Ähnliche Stimmen der Mißbilligung ertönten aus England, aus Rußland und auch aus dem „verbündeten" Italien.

Die Aufregung war um so unbegreiflicher, als Aehrenthal einige Tage vor der offiziellen Ankündigung in den Delegationen alle Mächte von seinem Vorhaben verständigt und keine derselben dagegen Einsprache erhoben hatte, was auch schwer möglich gewesen wäre, da sich Österreich-Ungarn vollkommen auf dem Rechtsboden bewegte. Aus den verschiedenen Bahnprojekten, die nun als Gegenschlag von serbisch-russischer und von italienischer Seite auftauchten, war deutlich zu ersehen, woher die Verstimmung kam: Österreich-Ungarn, beziehungsweise das dahinter stehende Deutschland, sollte keine wirtschaftlichen Vorteile ziehen, der „Drang nach dem Osten" mußte unterbunden werden. Indes, die ganze Frage wurde bald überholt durch die Ereignisse in dem Osmanenreich. Es brach im Juli, wenige Wochen nach der Zusammenkunft König Eduards von England mit dem Zaren in Reval, wo mit Ausschluß Österreichs die türkische Frage verhandelt wurde, die jungtürkische Revolution aus, die den ganzen Orient in Brand

setzte, und die Donaumonarchie sah sich plötzlich vor eine neue Aufgabe gestellt.

Baron Aehrenthal tat jetzt den Schritt, den Graf Andrassy dreißig Jahre früher hätte tun sollen: die „provisorische" Besetzung von Bosnien und der Herzegowina wurde in eine definitive umgewandelt, die Souveränität ging vom Sultan auf Kaiser Franz Joseph über, die Ungewißheit der völkerrechtlichen Situation wurde in einen klaren Zustand verwandelt; die Okkupation wurde, wie ja das damals schon von England beantragt worden war, zur Annexion. Es mußte verhindert werden, daß die Jungtürken, die eine Erneuerung des osmanischen Staatswesens, die Errichtung eines kräftigen Einheitsstaates anstrebten und ihm eine Verfassung gegeben hatten, die beiden Provinzen kurzerhand für sich reklamierten. Es konnte nicht geduldet werden, daß die auf die Lostrennung der beiden Länder gerichteten großserbischen Bestrebungen aus der Unklarheit des staatsrechtlichen Verhältnisses Nahrung zogen. Am 6. Oktober brachten die Blätter den Wortlaut des Staatsaktes, der am nächsten Tage in der amtlichen „Wiener Zeitung" mitgeteilt erschien. Die Nachricht löste überall in der Welt die größte Sensation aus. Man schrie Zeter und Mordio — und warum? Weil Österreich-Ungarn durch die Annexionserklärung gezeigt hatte, daß es noch lebte und leben wollte, daß es nicht vergeblich seinerzeit eine Armee von 250.000 Mann aufgeboten, nicht vergeblich in dreißigjähriger Arbeit mit großen Kosten Bosnien verwaltet und emporgebracht hatte.

Wie sich die Sache, die so viel Staub aufwirbelte, vom Standpunkt der Vernunft und der ruhigen Überlegung ausnahm, das sagte — wir wählen absichtlich einen Artikel der Auslandpresse — A. Wilson in der englischen Zeitschrift „Inverstons Review". Da heißt es ehrlich: „Zu erwarten, daß Österreich die Früchte vieler Jahre eifriger, fähiger Verwaltung, großer Geldanlagen und emsiger Bemühungen zur Beilegung von Differenzen aufgeben würde, heißt einen Don Quichotismus erwarten, den kein großer Staat je gezeigt hat, England am allerwenigsten. Die formelle Annexion Bosniens durch Österreich war daher immer sicher. Österreich hat entschieden, daß dieses Wann jetzt

sei, und damit ist die Sache für Westeuropa erledigt. Sind wir Engländer bereit, Ägypten zurückzugeben? Wird England ruhig sitzen und zugeben, daß die arabische Seite des Roten Meeres unter die tatsächliche Herrschaft Konstantinopels komme?"

Allein die Stimme der Vernunft und der Gerechtigkeit muß nicht im politischen Leben maßgebend sein. Gerade in England geriet die öffentliche Meinung außer Rand und Band. Bereits am 7. Oktober, am Tage nach dem Bekanntwerden der Annexionserklärung, warf Sir Edward Grey im Unterhaus dem Wiener Kabinett nichts Geringeres vor, als daß es die Berliner Verträge gebrochen habe. König Eduard fühlte sich seinerseits gedrungen, dem Kaiser Franz Joseph sein Bedauern über die Annexion auszudrücken und ihn zu belehren, daß die Verträge nur mit Zustimmung aller Signatarmächte geändert werden könnten. Aus den englischen Blättern aber sauste ein Sturm von Angriffen auf Baron Aehrenthal nieder. „Daily Graphic" bezeichnete die Annexion als ein „Beispiel von Brigantentum, für das selbst in den räuberischen Zeiten der europäischen Geschichte nur schwer eine Parallele zu finden wäre. Der „Daily Telegraph" aber schrieb: „Wenn die Herren im Privatleben die Karten in der Manier gemischt hätten, die die Hauptakteure in dieser Intrige gewählt haben, würden sie aus ihren Klubs ausgeschlossen werden. Die Annexion ist ein tödlicher Schlag gegen die Moral."

Sir Edward Grey und die lärmende Presse hatten einen wunden Punkt der Annexionserklärung berührt: die Mächte, die den Berliner Vertrag unterzeichneten, waren tatsächlich nicht um ihre Zustimmung angegangen, sondern vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Aehrenthal glaubte genug getan zu haben, wenn er sich mit dem Hauptbeteiligten, mit Rußland, das übrigens schon durch sein Abkommen von 1877 gebunden war, ins Einvernehmen setzte, und zu diesem Zwecke war er im September in dem mährischen Schlosse Buchlau mit dem russischen Botschafter Iswolski zusammengekommen. Dort wurde vereinbart, Österreich-Ungarn solle Rußland die Öffnung der Dardanellenstraße zugestehen, wofür dieses der Annexion Bosniens und der

Herzegowina zustimmen werde. Rußland hätte dabei kein schlechtes Geschäft gemacht; aber die Entscheidung über die für das Zarenreich so lebenswichtige Meerengenfrage hing nicht von Österreich-Ungarn allein ab, und in London holte sich Iswolski, als er deswegen anklopfte, natürlich einen abschlägigen Bescheid.

Es war klar, daß er der Genasführte war; denn Österreich-Ungarn hatte seine Annexion erhalten, Rußland aber nicht die Meerengen. Iswolski rächte sich nun damit, daß er sich im „Foreign Office" über die Perfidie Baron Aehrenthals beklagte, der ihn hintergangen habe. Nun scheint während der Unterredung in Buchlau hinsichtlich des Zeitpunktes der Annexion tatsächlich ein Mißverständnis unterlaufen zu sein, an dem aber Iswolski sicherlich mitschuldig ist — denn er hätte eben auf völlige Klarstellung drängen müssen. Im richtigen Gefühl dafür, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen war, schalt man ihn in Rußland einen „Dummkopf". Der russische Diplomat wurde jedenfalls, wie es ausgemacht worden war, vorher verständigt. Die Nachricht traf ihn am 2. Oktober in Paris, also einige Tage vor der Veröffentlichung der Annexionserklärung. Er hätte somit, wenn er den Vorgang für vertragswidrig hielt, vier volle Tage Zeit gehabt, um dagegen zu protestieren. Das tat er nicht — aber hinterher, als er in London weilte, fing er auf einmal zu toben an und fand dort liebevolles Verständnis.

Kein Zweifel — die herkömmlich guten Beziehungen des Habsburgerreiches zu England bestanden nicht mehr, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten hatte sich seit den Tagen des Berliner Kongresses gründlich verändert. Man weiß auch warum. Österreich-Ungarn war der Verbündete des Deutschen Reiches, und der von Jahr zu Jahr sich verschärfende deutsch-englische Gegensatz ließ die alte Freundschaft nicht mehr aufkommen. Der 13. August 1908, da König Eduard den greisen Monarchen in Ischl besuchte und diese Gelegenheit dazu benützte, um durch dessen Vermittlung eine Einschränkung der deutschen Flottenrüstung zu erlangen, aber eine ablehnende Antwort erhielt — nach einer anderen Version versuchte es der König sogar, Österreich-Ungarn dem Bündnis mit Deutschland abspenstig

zu machen — dieser Augusttag ist in der Tat ein „Merktag" geworden. Es war den beiden Westmächten, die vier Jahre vorher ihre Entente cordiale geschlossen hatten, klar geworden, daß die österreichisch-ungarische Monarchie für die von Eduard eifrigst betriebene Einkreisungspolitik nicht zu haben sei. Sie betrachteten sie als das „gebundene Element in dem von Deutschland beherrschten mitteleuropäischen Block", und die Annexion war in ihren Augen nichts anderes als die Auswirkung des „Dranges nach dem Osten", von dem die ganzen Jahre so viel geredet und geschrieben worden war.

Baron Aehrenthal hatte geglaubt, er werde den Sturm, den er kommen sah, dadurch beschwören können, daß er gleichzeitig mit der Verkündung der Annexion den Verzicht auf die Besetzung des Sandschaks aussprach. Konnte Österreich-Ungarn nachdrücklicher seine friedlichen Absichten kundgeben, als durch die Preisgabe dieses wichtigen Rechtes, wodurch auch die Frage der Sandschakbahn, des Weges nach Saloniki, die er kurz vorher angeschnitten, von der Tagesordnung verschwand? In weiten Kreisen der Monarchie, namentlich in der Armee wurde der Verzicht auf den Sandschak als ein schmachvoller Rückzug schmerzlich empfunden, und wie wichtig sein Besitz war, das sollte sich sehr bald im Balkankriege zeigen. Aehrenthal aber, gestützt übrigens auf das Zeugnis einiger hoher Militärs, die von einer Mausefalle sprachen, glaubte der Staatsraison dieses Opfer bringen zu müssen. „Die Beibehaltung unserer Garnisonen im Sandschak," ließ sich der Minister vernehmen, „würde nur dazu dienen, der Legende von unserem Vormarsch nach dem Ägäischen Meere immer wieder neue Nahrung zuzuführen."

Baron Aehrenthal irrte, und unter den vielen Fehlern, die er begangen, war dieser wohl der schwerste. Die „Legende" vom Vormarsch des Kaiserstaates, der nun einmal durchaus als „eroberungslustig" und „unersättlich" gelten mußte, wurde durch das Preisgeben des Sandschaks keineswegs zerstört; aber es wurde als ein Zeichen der Schwäche angesehen. Der Lebenswille, der sich in der Annexionserklärung aussprach, erfuhr dadurch wieder einen Dämpfer.

Aehrenthals ehrlich gemeinte Versicherung, die Donaumonarchie sei „saturiert", reizte nur ihre Gegner, die großen und die kleinen, zu einer maßlosen Kampagne gegen den alten „Raubstaat" Österreich.

Vor allem geriet Serbien außer Rand und Band. Seit Jahren befand sich ja dieses Land, wie wir sahen, in einer förmlichen Kriegspsychose. Nun schrie alles „Krieg gegen den Räuber!"

Man strömte in die Versammlungen, die gegen die Annexion Protest erhoben. Frauen veranstalteten Meetings, in denen sie ihre Bereitschaft kundgaben, im Kriege nach Kräften Dienste zu leisten. Die Kirchenfürsten erklären von der Kanzel herab, daß die Nation in Gefahr sei und, wenn ihre gerechten Forderungen nicht erfüllt würden, jeder orthodoxe Serbe sein Leben für die nationale Unabhängigkeit und Zukunft einsetzen solle. Die Reserven werden einberufen. Tausende bieten sich als Freiwillige an.

Die allgemeine Erregung fand in der serbischen Skupschtina ein lautes Echo. Der Minister des Äußern Dr. Milovan Milovanović, der uns von Wladan Georgević als „sehr friedlich" gesinnt geschildert wird, erdreistete sich zu behaupten, daß Österreich-Ungarn das Volk der zwei serbischen Länder Bosnien und Herzegowina „zu Sklaven" gemacht habe. Den Balkanvölkern, erklärte er, drohe nur von der Doppelmonarchie Gefahr, und das Gleichgewicht müsse gegen dieselbe verteidigt werden. Österreich-Ungarn müsse der Weg zum Ägäischen Meere versperrt werden, es müsse aufhören, ein Balkanstaat zu sein. Andere Redner legten sich noch weniger Zurückhaltung auf. Stojan Protić, der bald darauf Minister wurde, führte in einer längeren Rede aus: „Zwischen Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten könne es erst dann Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn die Donaumonarchie sich dazu entschließe, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen. Solange sie weiter die Großmacht spielt, wird sie immer neue Eroberungen auf der Balkanhalbinsel machen wollen. Die Verzichtleistung auf den Sandschak ist ein Betrug, der nur politische Kinder täuschen kann." Und Bojinović forderte unter stürmischem Beifall im Namen der Nationalpartei zum Kampfe gegen die

österreichisch-ungarische Monarchie auf. „Alle Serben und alle Slawen," rief er aus, „sollten sich jetzt zusammentun, um mit vereinten Kräften diese Macht zurückzudrängen... Die Serben werden nicht vergessen, daß in Bosnien und der Herzegowina die Knochen unserer Väter liegen, die im Jahre 1876 hingegangen sind, um für die Befreiung dieser Länder zu kämpfen. Das ganze serbische Volk wird sich wie ein Mann auf die Brustwehr seiner Rechte stellen und wird nicht erlauben, daß die österreichische Tatze über die Save und die Donau gestreckt werde. Es ist die Pflicht unser aller, an dieser Stelle unser Nationalprogramm auszusprechen, und das lautet: Die Serben dem Serbentum!"

Es ist klar, daß die Serben nicht eine so dreist herausfordernde Sprache hätten führen können, wären sie nicht von dem Bewußtsein getragen gewesen, daß hinter ihnen die Entente, die sich in Reval zur Tripelentente zusammengeschlossen hatte, zu ihrem Schutze bereit stand. Rußland und Frankreich hatten ja schon seit langem für die Geschicke Serbiens ein lebhaftes Interesse gezeigt — nunmehr war ihnen auch das Wohlwollen der englischen Regierung und eines großen Teiles der Presse Albions sicher. Der tiefe Groll, den England noch vor kurzem in der serbischen „Königsmörderfrage" empfunden, war verschwunden; man sah nur das arme, von dem großen Nachbarstaat drangsalierte und an seiner Freiheit bedrohte Serbien, das überdies noch ein ausgesprochener Agrarstaat war — wie sagte doch Grillparzer 1854 von den Briten: „Ihr schwärmt entzückt mit begeisterten Blicken — Für die Freiheit der Länder, die ohne Fabriken" — kurz Serbiens Sache hatte auch an England einen mächtigen Anwalt gefunden.

Schon war in London der Gedanke einer Mächtekonferenz, offenbar dem Kopfe des Rache brütenden Iswolski entsprossen, angeregt worden. Auch für einen minder gewiegten Staatsmann, als wie es Aehrenthal war, wäre es klar gewesen, daß es sich dabei um die Frage der „Kompensationen" gehandelt hätte, um den „Korridor zum Meere", den Serbien als die „Luftröhre", ohne die es ersticken müsse, bezeichnete. Dieser besagte Korridor sollte durch Bosnien und die Herzegowina gehen und noch ein Stück Dalmatiens

in sich schließen. Es war das aber eine Forderung, die Aehrenthal unannehmbar erschien.

Baron Aehrenthal trat fest und entschieden auf und stellte sich auf den — unter den gegebenen Verhältnissen — einzig richtigen Standpunkt, daß die ganze Frage der Annexion zunächst mit der Türkei auszutragen sei. Die Pforte hatte gegen diese Protest eingelegt und, von England aufgehetzt und unterstützt, gegen die Donaumonarchie eine Boykottbewegung in Szene gesetzt, die einen nicht unbedenklichen Umfang annehmen sollte. Die Verhandlungen mit der Türkei führten zu dem Vertrag vom 26. Februar 1909, in welchem sich Österreich-Ungarn zur Zahlung einer nicht unbedeutenden Entschädigungssumme — es waren zweieinhalb Millionen Pfund — verstand. Damit war für Aehrenthal eigentlich die schwierige Angelegenheit bereinigt.

Baron Aehrenthal konnte jetzt, mit diesem unzweifelhaften Erfolg in der Tasche, um so beherzter Rußland entgegentreten. Er wurde dabei von Deutschland tatkräftigst unterstützt. Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, führte Iswolski gegenüber eine sehr energische Sprache und gab ihm nicht undeutlich zu verstehen, daß ein Angriff Rußlands gegen Österreich-Ungarn auf die gesamte deutsche Kriegsmacht stoßen werde. Er bestand darauf, daß Serbien seinen Widerstand gegen die Annexion unverzüglich aufgebe, denn, wenn dies nicht geschehe, so bedeute dies den Krieg. „Alors c'est la guerre," erklärte er und meinte natürlich die Abrechnung Österreich-Ungarns mit Serbien. Vielleicht wäre es von Deutschland diplomatischer gehandelt gewesen, weniger drohend aufzutreten oder die Intervention überhaupt ganz zu unterlassen. Denn der Schritt wurde nicht, wie es wohl beabsichtigt war, als sein gutgemeinter Wille, Rußland seinen Rückzug aus einer ohnedies verlorenen Situation zu erleichtern, sondern als Herausforderung und Demütigung empfunden. Rußland hätte nämlich, aller Voraussicht nach, auch ohne dieses geharnischte Eingreifen für Serbien nicht das Schwert gezogen, weil es Frankreich nicht auf seiner Seite hatte, das zum Ärger und Verdruß der panslawistischen Partei für die Erhaltung des Friedens arbeitete.

Diese versöhnliche Haltung des Quai d'Orsay hatte seine besonderen Gründe, und nur kindliche Seelen werden in dieser Zusammenarbeit von Paris und Berlin ein Aufgeben der alten Revancheidee erblicken. Seit André Chéradame in dem 1902 veröffentlichten Buche „L'Allemagne, la France et la question d'Autriche" die Vernichtung des Deutschen Reiches als das Ziel Frankreichs hingestellt und alle Chancen eines Weltkrieges wie die Aushungerung Deutschlands und die Sympathien der Slawen Österreich-Ungarns in Rechnung gestellt hatte, war man an der Seine um kein Haar gegen Deutschland und seinen Verbündeten besser gestimmt. Die Sache lag aber so, daß Rußland, drei Jahre nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges mit Japan, nicht in der Verfassung sich befand, gegen die damals gut gerüsteten Mittelmächte aufzutreten, und überdies hatte Frankreich just seine Interessen in Marokko im Auge.

So wurde denn von Paris und Petersburg aus zum Rückzug geblasen und Serbien zur Ruhe verwarnt. Zähneknirschend lenkte es ein. Sein Gesandter in Wien gab am 31. März 1909 eine feierliche Erklärung des Inhalts ab, daß durch die Annexion die Rechte Serbiens nicht berührt seien und dieses fortan mit Österreich-Ungarn in freundnachbarlichen Beziehungen leben wolle. Der Kronprinz Georg, die Seele der Kriegspartei, verzichtete auf die Rechte des Thronfolgers — ein Erfolg, der für den Eingeweihten nicht viel bedeutete, denn der Kronprinz hatte sich durch eine ganze Reihe von Skandalaffären — gerade war einer seiner Diener durch Fußtritte so mißhandelt worden, daß er starb — in Belgrad unmöglich gemacht.

Der Friede war gerettet. Die österreichisch-ungarische Monarchie hatte zweifellos einen Erfolg erstritten. Aehrenthal wurde als „der österreichische Bismarck" gefeiert. Der Abgeordnete Dr. Baernreither sprach vielen aus der Seele, wenn er in den Delegationen die Situation kennzeichnete: „Wir haben einen Aufschwung des öffentlichen Geistes erlebt, eine Zuversicht in unserer Zukunft und ein Selbstbewußtsein, das uns lange abgegangen ist und das für uns ein bleibender Nutzen sein wird." Der Engländer Seton-Watson gestand: „Bis zur internationalen Krise des

Jahres 1908 hielt mancher oberflächliche Beurteiler Österreich-Ungarn für einen im Niedergang begriffenen Staat; man sah jetzt das Gegenteil — Österreich ist lebensfähig."

Allein es gab in der Doppelmonarchie viele andere, die Aehrenthals Erfolg in der Annexionskrise niedriger einschätzten, die sich des Gefühles nicht entschlagen konnten, daß hier wieder nur etwas — „Halbes" geleistet wurde. Wie die Dinge lagen, war auf die Friedensschalmeien, die aus Paris ertönten, und auf das erzwungene Einlenken in Belgrad nicht viel zu geben. Jeder Kenner der Verhältnisse wußte, daß das serbische Volk auf Rache brütete, den Krieg mit Österreich-Ungarn noch leidenschaftlicher als früher herbeisehnte. Die „Politika" vom 6. Februar 1909 hatte drohend geschrieben: „Entweder muß Europa unseren Ansprüchen nachgeben oder es wird zu einem schrecklichen und blutigen Krieg kommen" — diese Ansprüche waren keineswegs aufgegeben, die Abrechnung also nur verschoben worden.

Die Abrechnung mit Serbien! Es gab einmal einen anderen Weg, die serbische Frage zu lösen — mit dem Nachbarstaate, der förmlich von der Natur auf einen innigen Wechselverkehr mit der Donaumonarchie angewiesen erschien und ihr in den ersten Anfängen seines staatlichen Daseins gewiß viel Gutes zu verdanken hatte, in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten. Dieser Weg war durch eine beiderseits verfehlte Politik ungangbar geworden — so blieb eben nur der andere Weg über: den haßerfüllten und unversöhnlichen Gegner unschädlich zu machen. Auch Europa hätte, so will es scheinen, ein Interesse gehabt, den Herd der beständigen Unruhe aus der Welt zu schaffen. Etwas von dieser Erkenntnis scheint auch in den Köpfen der ausländischen Staatsmänner gedämmert zu haben, gar wenn sie den heißen Boden, auf dem sich die politischen Vorgänge abspielten, aus eigener Beobachtung kennen gelernt hatten. Von dem englischen Botschafter Sir Cartwright wurde ein Ausspruch bekannt, der vielleicht nur seine Privatmeinung war, aber nichtsdestoweniger sehr lehrreich erscheint. „Machen Sie," soll er sich zum Chefredakteur des halbamtlichen „Fremdenblatt" geäußert

haben, „den Krieg und schlagen Sie schnell und stark, damit die Sache ein Ende habe, bevor Ihnen andere in den Arm fallen. Das Verschwinden Serbiens wäre ein Glück für Europa."

Daß damals, da Serbien durch seine Rüstungen und Drohungen aller Art in unerhörter Weise die Nachbarmonarchie reizte und herausforderte, der richtige Augenblick gekommen war, durch einen raschen Eingriff das eiternde Geschwür, das immer mehr ihren ganzen Organismus zu vergiften drohte, zu beseitigen — dies war die Überzeugung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung und der Armee sich mehr oder weniger laut äußerte. Man weiß, daß auch der vom militärischen Standpunkt in erster Linie verantwortliche Chef des Generalstabes Conrad von Hötzendorf diese Meinung teilte und sie dem Außenminister und dem Kaiser gegenüber energisch vertrat, aber nicht durchdrang. Damit war die beste — und wie man heute sieht — die letzte gute Gelegenheit versäumt worden. Der Friede war nur scheinbar gerettet: in Wirklichkeit bereitete sich jetzt erst so recht der Weltkrieg vor, den Aehrenthal vermieden zu haben wähnte.

Die ganze panslawistische Welt schäumte vor Wut über die Serbien und seinem großen Beschützer widerfahrene Demütigung auf und schrie nach Vergeltung. Im Dezember 1909 schloß der Zar mit Bulgarien einen Vertrag, in welchem es hieß, daß die Ideale der Balkanstaaten nur durch einen Sieg Rußlands über die Mittelmächte verwirklicht werden könnten! In den nationalistischen Kreisen Frankreichs fühlte man nicht anders, und England empfand den diplomatischen Sieg Österreich-Ungarns als eine schwere Niederlage seiner imperialistischen Politik. Die Lebenskraft, welche die Doppelmonarchie in der Annexionskrise an den Tag gelegt und die dem englischen Gelehrten Seton-Watson das Geständnis entlockte, daß er Österreich nicht für dem Untergang geweiht halte, hatte dort in vielen Kreisen unangenehm überrascht. Wie zur Sühne sollte gerade Seton-Watson zehn Jahre später dazu ausersehen sein, diese Lebenskraft des alten Kaiserstaates planmäßig zu vernichten.

Auch im „verbündeten" Italien löste die Annexionskrise ganz merkwürdige Kundgebungen des Hasses aus. Der frühere Ministerpräsident Fortis erklärte im Parlament, ganz in serbischen Gedankengängen sich bewegend: Österreich-Ungarn sei zur Annexion nicht berechtigt, der Verzicht auf den Sandschak biete keinerlei Garantie dafür, daß es nicht bei passender Gelegenheit nach Saloniki vordringe. Die „übermäßigen" Rüstungen der Doppelmonarchie", so führte er weiter aus, „stellten eine Bedrohung Italiens dar, das durch ihr Auftreten vor die Möglichkeit gestellt werde, gerade mit einer verbündeten Macht Krieg führen zu müssen." Darob großer Beifall — auch auf den Bänken der Republikaner und Sozialisten. Der Marineminister Mirabello ging auf den Redner zu und umarmte ihn. Es war wirklich „ganz Italien, das da applaudierte". Nachdem in der nächsten Kammersitzung der Außenminister Tittoni, der kurz vorher mit Österreich-Ungarn ein Herz und eine Seele war, ohne wohlweislich seinen Brief, den er am 4. Oktober an Aehrenthal geschrieben, zu erwähnen, die Tatsache einer Abmachung dreist in Abrede gestellt, seine Sympathien für Serbien und Montenegro hervorgehoben und das gute Einvernehmen mit Rußland herausgestrichen hatte, hielt sich der Ministerpräsident Giolitti für verpflichtet, zur Ruhe zu mahnen. Er tat es auf eine merkwürdige Weise, indem er, die innersten Gedanken der Italiener verratend, von einer — „verfrühten Ungeduld" sprach. Das hieß so viel wie: jetzt noch nicht, aber später.

Die Annäherung Italiens an die Mächte der Entente machte weitere Fortschritte. Iswolski konnte in seiner Dumarede vom 25. Dezember 1908 als eines seiner Ziele das innige Zusammengehen mit Italien bezeichnen und im Herbst des nächsten Jahres erfolgte der Besuch des Zaren in Racconigi, wobei der Zar, der dorthin, in einem großen Bogen um die Donaumonarchie, gefahren war, mit demonstrativem Jubel begrüßt wurde. Bald darauf ereignete sich der mit Recht einiges Aufsehen erregende Vorfall, daß der Korpskommandant von Mailand General Asinari in Brescia anläßlich der Standartenweihe eines neuen Kavallerieregiments die Hoffnung aussprach, es möge ihm vergönnt sein, seine Soldaten

gegen Österreich zu führen. In Udine wurde eine Strohpuppe, die den alten Kaiser Franz Joseph vorstellte, den Monarchen, der kurz vorher für die Opfer der Vesuvkatastrophe eine Spende geschickt hatte, unter dem Jubel der Menge verbrannt. Die Verhimmelung Wilhelm Oberdanks, der den Kaiser hatte ermorden wollen und 1882 als Deserteur hingerichtet worden war, nahm einen immer größeren Umfang an — in Venedig wurde ihm ein Denkmal gesetzt, in der Hauptstadt Rom eine Straße nach ihm benannt.

Umgekehrt zeigte man in Wien, je schamloser am hellichten Tage diese Hetze gegen die Donaumonarchie betrieben wurde, den Empfindungen des italienischen Verbündeten gegenüber oft eine Feinfühligkeit, die schon ans „Servile" grenzt. Noch wird vielen in Erinnerung sein, wie im Sommer 1910 im Wiener Lunapark ein Diorama zu sehen war, das die Seeschlacht bei Lissa darstellte. Auf einen „Wink von oben" wurde die Bezeichnung in „Marineschlacht" verwandelt. Auf der anderen Seite freilich ließ es auch das Wiener Kabinett nicht an Reizungen fehlen, die tief in seiner ganzen inneren und äußeren Politik ihren Grund hatten. Die italienische Universität war ebenso wie die Autonomie in Südtirol noch immer ein unerfüllter Wunsch, und im November 1908 gab es eine lärmende Demonstration vor der Wiener Universität, wobei es sogar zu Revolverschüssen kam, die wieder ein lautes Echo in Italien fanden.

Auch noch eine andere Frage spielte hier verstimmend herein: das Verhältnis zum Vatikan. König Humbert hatte dem Monarchen einen Antrittsbesuch gemacht, der nicht erwidert wurde. Die Unterlassung dieser Höflichkeitspflicht hatte seine Ursache darin, daß Italien Wert darauf legte, den Kaiser in Rom zu sehen, dieser aber als katholisches Staatsoberhaupt auf die Empfindungen des Papstes, der in dem Besuch des „kirchenräuberischen" Königs eine schwere Beleidigung erblickte, Rücksicht nahm. Die leidige Besuchsfrage wurde immer und wieder, bei jedem Ministerwechsel, auf das Tapet gebracht und eifrigst in Erwägung gezogen. Allein es kam dabei nie etwas heraus: der Besuch in Rom unterblieb und die Verstimmung

wuchs, je mehr man im Quirinal Anzeichen dafür zu sehen glaubte, daß sich am Wiener Hofe ultramontane Einflüsse geltend machten. Die Sorge vor einer Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes, von der ja die Rede nie verstummte, schwand nicht aus den Köpfen der Italiener, und dieser Verdacht erhielt gerade wieder Nahrung, als der Innsbrucker Kirchenrechtslehrer Wahrmund, der — von ihm war hier schon flüchtig die Sprache — durch seinen Vortrag über „Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft" in kirchlichen Kreisen Ärgernis erregt hatte, über Einschreiten des Wiener Nuntius Granito di Belmonte gemaßregelt wurde.

Mag dieser oder ein anderer Fall stark überschätzt worden sein — der Verdacht bestand nun einmal, und dabei spielte die Erinnerung an den Staat Kaiser Franzens und Metternichs in verhängnisvoller Weise mit. Man glaubte auch jetzt noch das Walten des „reaktionären, von Jesuiten geleiteten Polizeistaates Österreich" zu erkennen. Graf Aehrenthal — er war nach der Annexionskrise in den Grafenstand erhoben worden — wußte, was er sagte, wenn er 1910 in den Delegationen an Italien den Appell richtete, es möge doch endlich einmal zur Erkenntnis gelangen, daß der Charakter Österreich-Ungarns sich geändert habe und dasselbe ganz andere Wege wandle, als die waren, die sich unsere Staatsmänner der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vorgezeichnet hatten."

Unfreundlich genug hatten sich also die Beziehungen zu Italien gestaltet. Nach dem feindseligen Verhalten, das dieser Staat schon seit Jahren, namentlich aber in der schweren Zeit der Annexionskrise an den Tag legte, mußte es klar sein, daß auf den Verbündeten nicht mehr zu rechnen sei, daß man Gefahr lief, im Ernstfalle von seinem eigenen Alliierten im Rücken angegriffen zu werden. Man versteht es daher, daß sich auch in Wien eine sogenannte „Kriegspartei" bildete, die bestrebt war, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen. Vor allem war es Conrad von Hötzendorf, der seit seiner Ernennung zum Chef des Generalstabes im November 1906 die Notwendigkeit einer „rechtzeitigen" Abrechnung mit Italien verfocht, dem „un-

getreuen" Bundesgenossen, der, wie er mit bitterem Hohne bemerkte, „die kluge Politik verfolge, stets zwei Eisen im Feuer zu haben, nämlich die angeblich loyale Regierung mit dem angeblich loyalen und die angeblich schwer zu zügelnde nationale Partei mit großitalienischem Programm." Conrad von Hötzendorf hatte das richtige Gefühl, daß das Kräfteverhältnis der Mächte mit jedem Jahre mehr zu ungunsten Österreich-Ungarns und seines deutschen Verbündeten sich verschiebe. Was er vermeiden wollte, war, daß alle Gegner des Donaureiches „vereint, nach Fertigstellung ihrer Kräfte, und zu einem von ihnen gewählten Zeitpunkt mit erdrückender Übermacht den Schlag gegen Österreich-Ungarn führten". Aus diesem Grunde war er bestrebt, die „Verwundbaren" unter ihnen ehestens aus dem Felde zu schlagen, und zu diesen rechnete er Italien, auf dem noch der Druck der Niederlage von Adua lastete.

Allein Graf Aehrenthal war gegen alles, was Italien als Provokation auffassen konnte. Von einem Präventivkrieg wollte der übervorsichtige Staatsmann nichts wissen. Ein solcher, so meinte er, „entspricht nicht nur nicht den österreichischen Traditionen, sondern er würde auch in unserer Zeit, wo Kriege mit Volksheeren geführt werden müssen, nicht verstanden werden. Die unbedingt notwendige moralische Wechselwirkung zwischen Armee und Volk wäre damit nicht vorhanden. Ich frage mich auch nach dem Objekt eines solchen Krieges. Größere territoriale Erwerbungen in Italien wären für die Monarchie, wie die Geschichte lehrt, ein Unglück." Und so wie Graf Aehrenthal dachten, nur noch in verstärktem Maße, die deutschen Staatsmänner Bülow und Bethmann-Hollweg, denen das Bündnis mit Italien als etwas Heiliges, als das feste Bollwerk gegen König Eduards Einkreisungspolitik und Frankreichs Revancheidee galt, und nicht zuletzt der alte Kaiser Franz Joseph. Er hatte in jungen Jahren die Schrecken eines Feldzuges mitgemacht und hegte keine Lust, an seinem Lebensabend mit der Verantwortung für die Entfesselung eines Weltkrieges sich zu beladen. Als etwas später, während der Balkankrise von 1912/13, ein militärischer Minister dem Monarchen gegenüber die Möglich-

keit eines Krieges besprach, schaute dieser den Sprecher über seine Hornbrille hinweg ernst an und fragte ihn: „Haben Sie schon einen Krieg mitgemacht?“ „Aber ich,“ setzte er nachdrucksvoll hinzu, „ich weiß, was das heißt!“ Es war die Tragik dieses Herrschers, dem, wie er von sich sagen durfte, „nichts erspart blieb“, daß er den Ausbruch des Weltkrieges doch noch erleben sollte — und daß er dann unter weit ungünstigeren Verhältnissen, so wie es Conrad vorausgesehen, aufgenommen werden mußte.

Das „verbündete“ Italien war es auch, das kaum drei Jahre nach dem Abschluß der Annexionskrise durch seinen Überfall auf Tripolis den unmittelbaren Anstoß zu dem für Österreich-Ungarn so verhängnisvoll gewordenen Balkankrieg gab. Italien wollte, nachdem Frankreich zuerst Tunis genommen und nun alle Anstalten traf, auch in Marokko es sich häuslich einzurichten, bei der Teilung Afrikas nicht ganz leer ausgehen und verfiel so auf den Gedanken, in Tripolis sich festzusetzen. Der Augenblick, der Türkei eine Provinz abzujagen, erschien nicht ungünstig gewählt. In den Bergen Albaniens war ein Aufstand ausgebrochen, an dem sich auch italienische Freiwillige wie Ricciotti Garibaldi beteiligten, und im Jemen hatten sich die Araber gegen die Türken erhoben — alles in allem ganz ermutigende Momente für das Unternehmen, zu dem die Westmächte Italien bereits ihren Segen gegeben hatten.

Im Juni 1911 klopfte der italienische Außenminister Marchese di San Giuliano in Wien wegen der tripolitanischen Angelegenheit an. Graf Aehrenthal verhehlte ihm nicht seine Sorge, daß eine gegen die Türkei gerichtete militärische Unternehmung die Balkanvölker in Aufruhr bringen werde. Anzeichen für eine gesteigerte Unruhe unter ihnen waren bereits vorhanden und Aehrenthal nicht entgangen. In Rom aber ging man rasch über diese Bedenken des Wiener Kabinettes hinweg und würdigte sie erst einer Antwort, als die Aktion gegen Tripolitanien beschlossene Sache war und der Wiener Botschafter Herzog von Avarna am 26. September Aehrenthal von dem gefaßten Entschluß in Kenntnis setzte. Die Verständigung wäre, so sagte er, früher erfolgt, aber man wollte die österreichisch-

ungarische Regierung — sehr feinfühlig! — nicht in die unangenehme Lage bringen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Gefahr einer Rückwirkung auf den Orient bestünde wohl kaum, da Italien, dessen Politik immer auf die Erhaltung des status quo auf dem Balkan gerichtet war, bestrebt sein werde, das Unternehmen auf das Mittelländische Meer zu beschränken. Daß dies aber alles nur schöne Worte waren, sollte man in Wien sehr bald erkennen.

Wäre wirklich die Aussicht vorhanden gewesen, daß Italien nach Erfüllung seiner mittelländisch-afrikanischen Pläne, wie der Herzog von Avarna verlockend andeutete, ein „saturiertes" Reich und damit auch ein „wertvollerer" Bundesgenosse werde, so hätte man in Wien allerdings alle Ursache gehabt, das tripolitanische Abenteuer kräftigst zu fördern, und um diesen Preis das Risiko eines Aufruhrs der Balkanvölker in den Kauf nehmen können. Indes um zu glauben, die Italiener würden dann ihre alten Ansprüche auf österreichisches Gebiet und auf den Balkan aufgeben, dazu gehörte ein gehöriges Maß von Hoffnungsfreudigkeit, das gerade jene Persönlichkeiten nicht aufzubringen vermochten, die mit ihrer Eigenart näher vertraut waren. Zu diesen gehörte in erster Linie der Chef des Generalstabes Conrad von Hötzendorf, der in seiner früheren Eigenschaft als Militärstationskommandant in Triest und als Divisionär in Innsbruck reichlich Gelegenheit besaß, ihre aggressiven Tendenzen kennen zu lernen.

Conrad von Hötzendorf war vollkommen überzeugt, daß die Italiener ihre alten Aspirationen keineswegs zurückstellen, sondern sie in einem günstigen Moment wieder aufrollen würden. So warf er denn, ehe noch Italien seinen Raubzug begann, die schicksalsschwere Frage auf, ob die österreichisch-ungarische Monarchie „diese auf sukzessive Erreichung seiner weiten Ziele gerichtete Politik Italiens durchkreuzen will oder nicht; also im vorliegenden Falle, ob sie sich den italienischen Aspirationen in Tripolis feindlich gegenüberstellen, sie dadurch verhindern, oder ob sie, sobald Italien in Tripolis verwickelt ist, selbst mit Italien abrechnen will, um Italiens Aussichten hinsichtlich der italienischen Gebiete der Monarchie, der Herrschaft in der

Adria und der Stellung am Balkan für eine lange Epoche zu vereiteln." Conrad war dafür, daß Österreich-Ungarn sich dem Schritte Italiens in Tripolis entschieden ablehnend entgegenstelle und im Falle der italienischen Aktion entweder gegen Italien aktiv eingreifen oder sich auf einem anderen Gebiete in mindestens gleichwertigem Maße schadlos halten solite." Die Frage stand allerdings zu erwägen. Das Mindeste wäre gewesen, daß Österreich-Ungarn, wie Baron Chlumecky, dieser feine Politiker, der die italienischen Verhältnisse so gut kannte, riet, als Preis für das nachsichtige Gewährenlassen einen feierlichen Verzicht auf jedwede Betätigung Italiens auf dem Balkan forderte.

Graf Aehrenthal antwortete auf die von dem Chef des Generalstabes aufgeworfene Frage mit einem kategorischen Nein. „Wir sind," erklärte er korrekt, „an den Vertrag gebunden, dürfen in Tripolis Italien nicht gegenübertreten. Die schwarzen Pläne gegen uns sind in Italien nicht vorhanden. Sie wollen den Dreibund bis 1920 mit uns verlängern." Wie zur Ironie kam man gerade damals einem wahrhaft unerhörten Vorfall auf die Spur. Anläßlich des Tripolis-Feldzuges fanden italienische Einberufungskarten auch nach Österreich ihren Weg. Diese Karten waren bereits im Jahre — 1909, während der Annexionskrise, gedruckt und durch Überklebung der Jahreszahl für den neuen Zweck adaptiert worden. Italien scheint demnach schon 1909 bereit gewesen zu sein, dem Bundesgenossen den Dolchstoß in den Rücken zu versetzen!

Graf Aehrenthal hielt an seiner bundestreuen, versöhnlichen Gesinnung während des ganzen tripolitanischen Feldzuges fest — und er dauerte lange, länger als man dachte. Die Türken und Araber, von dem tapferen Enver Bey geführt, leisteten einen heroischen Widerstand, auf der anderen Seite zeigte sich wieder die geringe Schlagkraft der italienischen Armee. Je mehr er sich aber in die Länge zog, desto mehr wuchsen die Unannehmlichkeiten infolge der Schädigung des Levantehandels und die Gefahren für die Monarchie. Entgegen der Zusage, die Italien zu Beginn des Unternehmens gegeben, wurde der Krieg auf das Ägäische

Meer ausgedehnt, und als nun die österreichisch-ungarische Regierung versuchte, aus der Kompensationsklausel des Dreibundvertrages für sich Vorteile zu ziehen, hatte sie kein Glück. Der Lohn für Österreich-Ungarns bis zur Selbstlosigkeit bewährte Bundestreue blieb also aus, aber die vom Grafen Aehrenthal besorgte Beunruhigung des Orients trat prompt in die Erscheinung. Ganz im geheimen bereitete sich unter Rußlands Patronanz der Balkanbund vor, der nicht nur gegen die Türkei gerichtet war, sondern auch auf die Zertrümmerung der Donaumonarchie hinzielte.

Dem Grafen Aehrenthal war es nicht mehr beschieden, in diese neue, drohend aufziehende Entwicklung der Balkanfrage aktiv einzugreifen — am 17. Februar 1912 wurde der Staatsmann, der sich trotz seines Leidens mit hingebungsvollem Eifer der Arbeit widmete, vom Tode hinweggerafft, wenige Monate nachdem Conrad verbittert aus dem Amte geschieden war. Seinem Nachfolger auf dem Ballhausplatz, dem Grafen Berchtold, fiel die unangenehme Aufgabe zu, den Sturm, der jetzt, als Nachwirkung der Annexionskrise und des italienischen Beutezuges, verheerend über dem Balkan losbrach, zu beschwören. Graf Berchtold, der wie Aehrenthal früher Botschafter in Petersburg war, nahm das Amt nur schweren Herzens an, gleichsam einem Befehl des Monarchen folgend. Er war, wie Ernst Plener ihn uns schildert, eine „passive und indolente Natur, nichts weniger als kriegerisch veranlagt", unklar und schwankend in seinen Zielen, und der Stempel seiner Persönlichkeit prägte sich der Politik auf, die das Wiener Kabinett in den nun folgenden Wirren betrieb. Die Situation war allerdings — dies muß betont werden — so kritisch wie möglich, zum Verzweifeln verworren.

Österreich-Ungarn stand vor der Wahl, rasch und energisch der bedrängten Türkei beizuspringen und den Balkanbund, der die Donaumonarchie selbst am Leben bedrohte, zu bekämpfen oder zu versuchen, sich gewissermaßen an die Spitze der Balkanbewegung zu stellen, so wie es offenbar Conrad von Hötzendorf meinte, wenn er in einer Denkschrift vom 28. Oktober 1912 den Gedanken entwickelte, der ihn „Tag und Nacht beschäftigte", nämlich mit den be-

nachbarten Balkanländern in ein Bundesverhältnis zu treten — ein Gedanke, der gewiß sehr großzügig, aber für dessen Verwirklichung es wohl schon zu spät war, so daß es ohne Kampf auch kaum abgegangen wäre. Graf Berchtold tat weder das eine noch das andere. Wohl verkündete er: „Der Balkan den Balkanvölkern," aber über die Art, wie dies zu geschehen habe, scheint man sich auf dem Ballhausplatze nicht viel den Kopf zerbrochen zu haben, weil, wie ein genauer Kenner dieser Vorgänge, der sie sozusagen handelnd miterlebte, uns erklärt, das ganze Bestreben der maßgebenden Faktoren auf die — Erhaltung der Türkei gerichtet war.[329]

Man erwartete, Österreich-Ungarn werde Ansprüche auf Saloniki erheben — indes zankte man sich um ein Paar unbekannter albanischer Ortschaften herum. „Als man nichts verlangte," so erzählt unser diplomatischer Gewährsmann, „begriff man unsere Aufregung wegen einiger albanesischer Dörfer nicht. Wir wurden mit dem Hunde verglichen, der sein Futter selbst nicht fressen, aber keinen anderen Hund zum Troge lassen will." Man würde für die Ansprüche und Wünsche Österreich-Ungarns, so meint er mit Recht, ein größeres Verständnis gezeigt haben, wenn es anfangs mehr verlangt hätte. Das geschah aber nicht, weil man es vermieden hatte, gleich von allem Anfang an ein bestimmtes Programm aufzustellen. Es war das alte Lied: Österreich-Ungarn schwankte, weil es nicht wußte, was es tun sollte, und weil es auch nicht das tun konnte, was es wollte.

Die Gerechtigkeit erfordert es, die großen Schwierigkeiten, die einer aktiven Politik im Wege standen, hervorzuheben. Das Deutsche Reich fühlte sich durch seine Potsdamer Abmachungen, die es im Jahre 1910 mit Rußland eingegangen war, gebunden und widerstrebte sichtlich einer Intervention zugunsten der Türkei. Damit war auch der Politik der männlichen Tat, der Conrad von Hötzendorf wiederholt und energisch das Wort redete, der Boden entzogen. Er hatte, wie dies aus seiner Denkschrift vom 20. Jänner 1913 hervorgeht, das sichere Gefühl, daß jetzt die letzte Gelegenheit gekommen war, die unvermeidliche Kraftprobe zwischen Dreibund und Tripelentente mit Aus-

sicht auf Erfolg zum Austrag zu bringen und die Abrechnung mit dem „für die Monarchie so gefährlichen, aggressiven" Nachbarstaate Serbien vorzunehmen. Der greise Monarch wurde durch das passive Verhalten des deutschen Verbündeten in seiner Friedensliebe bestärkt. Als Conrad bei einem Vortrag die Bemerkung machte, man müsse auch den Krieg mit Rußland in Erwägung ziehen, aber dazu scheine Deutschland keine Lust zu haben, fiel ihm der Kaiser mit der Bemerkung ins Wort: „Ja, die Pflicht der Regenten ist es auch, den Frieden zu erhalten."

So nahmen denn die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel ihren ungestörten Verlauf. Die Türkei erlag rasch dem gemeinsamen Ansturm der Balkanvölker, über der Teilung der Beute kam es dann zwischen diesen selbst zur kriegerischen Auseinandersetzung und der Ausgang des blutigen Ringens war für Österreich-Ungarn der denkbar ungünstigste — nicht die Bulgaren, sondern die Serben, sein haßerfüllter Gegner, triumphierten. Den Übermut der siegreichen Serben, der, wie Czernin richtig bemerkte, „jeder Beschreibung spottete", bekam alsbald die Donaumonarchie — man denke nur an die Prochaska-Affäre — empfindlich zu fühlen. Wiederum spitzt sich alles auf einen kriegerischen Zusammenstoß zu. Aber die Mächte, die nicht haben wollten, daß Österreich-Ungarn — es war für sie noch zu früh — gegen Montenegro und Serbien losschlage, legen sich ins Mittel. Das groteske Satirspiel beginnt, wie der montenegrinische Zwergstaat, insgeheim von den Sympathien der Entente gestützt, monatelang den verschiedenen „Kollektivdemarchen" und Flottendemonstrationen der sechs Großmächte trotzt, bis es endlich, als man Angst bekommen hatte, Österreich-Ungarn könnte doch eines Tages die Geduld reißen, gelingt, den widerhaarigen König Nikita zur Preisgabe Skutaris zu bewegen.

Im Frühjahr 1913 war der Friede wieder gerettet. Die Doppelmonarchie hatte, wenn man so will, einen neuerlichen Erfolg zu verzeichnen. Die Bildung eines selbständigen Staates Albanien, der den eigentlichen Zweck hatte, die Festsetzung Serbiens an der adriatischen Küste zu verhindern, war gesichert — aber um welchen Preis! Der

Balkan war nichts weniger als beruhigt. Serbien, durch dessen Siege über die Türken und Bulgaren in seinem ohnehin nicht gering entwickelten Selbstbewußtsein ins Maßlose gestärkt, dachte nur noch daran, seine in den Kriegen gewonnene Schulung gegen die verhaßte Donaumonarchie zur Anwendung zu bringen. Rumänien war darüber verstimmt, daß sich Österreich-Ungarn vorbehielt, den Bukarester Frieden zu „überprüfen", und beschuldigte dasselbe der Parteinahme für die Bulgaren. Diese wieder hatten das Gefühl, daß sich die große Monarchie ihrer stärker hätte annehmen können.

Die Schaffung eines selbständigen Albaniens bedeutete auch eine schwere Reizung Italiens, das dadurch um sein „mare nostro" gekommen war. Zwar in den offiziellen Beziehungen zwischen Rom und Wien merkte man nichts. Der italienische Außenminister San Giuliano, der durch das Vorbrechen der Serben an die Adria höchlich beunruhigt war, vertrat — noch im April 1914, als er in Abbazia mit Berchtold zusammentraf — den Standpunkt, daß Italien ohne den Halt an Österreich-Ungarn dem Ansturm der slawischen Flut preisgegeben wäre. Am 1. November 1913 kam als Antwort auf die im Vorjahr zwischen Frankreich und Rußland und zwischen Frankreich und England geschlossenen Militärkonventionen ein Marineabkommen zustande, als dessen Ziel bezeichnet wurde — die „Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeere durch Niederkämpfung der feindlichen Flotten" — ein Abkommen, das in der Tat „unglaublich klingt", aber im authentischen Wortlaute uns vorliegt. Allein die Stimmen der italienischen Presse, die immer lauter und dringender die Lösung des Dreibundes und den Anschluß an die Entente forderten, standen mit den herzlichen Kundgebungen der römischen Regierung in einem schreienden Widerspruch.

Alles in allem also keine Entspannung, sondern der Auftakt zu neuen und größeren Verwicklungen. Die Haltung des deutschen Bundesgenossen während der Balkankriege, die den Anschein erwecken mußte, als wäre man in der Wilhelmstraße nicht gesonnen, wegen des Balkans oder gar eines albanischen Hafens in einen Krieg sich zu stürzen, das

heftige Fingerziehen, welches zwischen Berlin und Wien über die Frage sich entspann, wer der bessere Bundesgenosse sei, Rumänien, wie der deutsche Kaiser meinte, oder Bulgarien, wie das Wiener Kabinett annahm — all dies war leider geeignet, die Todfeinde der Monarchie zu einem letzten, entscheidenden Schlage zu ermutigen. Noch mehr aber die innere Lage Österreich-Ungarns, wie sie in dieser großen Krise, trostloser denn je, sich darstellte.

Die Tschechen veranstalteten nach der Annexionserklärung, Ende November, lärmende Straßenkundgebungen; „Hoch Serbien!" wurde gerufen und die kaiserliche Fahne unter wüstem Beifallsgejohle in den Kot gezerrt. Just am 2. Dezember 1908 — der Kaiser beging sein sechzigstes Regierungsjubiläum — mußte über Prag der Ausnahmszustand erklärt werden. Wie wenig Vertrauen die Regierung in die staatliche Gesinnung der Volksboten setzte, dies zeigt am besten die Tatsache, daß sie Bedenken hegte, während der Annexionskrise die Delegationen einzuberufen, um nicht die ohnehin gespannte Lage noch mehr zu verwirren.

Sie traten erst im Herbst 1910 zusammen, denn der Minister des Äußern konnte es füglich erwarten, der Welt das unerquickliche Schauspiel zu geben, wie er im eigenen Hause vom Abgeordneten Kramař, der übrigens ursprünglich die Annexion gebilligt hatte, des „Vertragsbruches" geziehen und aufgefordert wurde, den Welteroberungsplänen der Deutschen, dem „Drang nach dem Osten" sich zu widersetzen und dafür slawische Politik zu machen. Er konnte es erwarten, aus demselben Munde zu hören, daß der „Draht mit Rußland abgeschnitten" sei, der Dreibund, dieses „überspielte Klavier", vollständig überflüssig sei und sich alle Slawen zusammenschließen müßten. Mit Recht bemerkte Fürst Karl Schwarzenberg, daß die von einzelnen Abgeordneten gehaltenen Reden eher in der Duma oder in der serbischen Skupschtina zu erwarten gewesen wären und die Grenzen überschritten hätten, die durch die Zugehörigkeit und die Treue zum eigenen Staat geboten seien. Selbstverständlich blieben die Serben und die Serbophilen in der Hetze gegen Aehrenthal nicht zurück. Der bekannte „Fried-

jung-Prozeß" wurde aufgewärmt, um den Nachweis zu liefern, daß das Auswärtige Amt einem Fälscher aufgesessen sei. Wie gut man auf dem Ballhausplatze über die Beziehungen der Koalition zu Belgrad informiert war und wie richtig man die Sachlage durchschaute, das sollten die späteren Ereignisse zur Genüge zeigen.

Traurig und trübselig hatten sich auch die Verhältnisse im Reichsrat gestaltet. Nur die Obstruktionsleistungen erreichten eine anerkennenswerte Höhe. Der Abgeordnete Baczynski brachte das Kunststück zuwege, dreizehneinhalb Stunden zu reden und den bisherigen Rekord des Abgeordneten Kotlarz um volle zwölf Minuten zu schlagen. Als die Versuche, die 1910 und 1913 unternommen wurden, um zwischen den Tschechen und Deutschen einen Ausgleich herbeizuführen, den gewöhnlichen negativen Erfolg hatten und auch die „Staatsnotwendigkeiten" nicht mehr zur Verhandlung zugelassen wurden, sah Graf Stürgkh keinen anderen Ausweg als den Reichsrat — im März 1914 — zu vertagen, um mit Hilfe des Paragraphen 14 die Kosten für das Heer, die in diesen kritischen Jahren beträchtlich angeschwollen waren, durchzubringen. Und zu allem übrigen tauchte jetzt als eine Folge der Orientkrise und einer verfehlten Wirtschaftspolitik, wie schon erwähnt, das Gespenst der Teuerung und der Finanznot drohend auf. Unverändert blieb auch die greisenhafte Erstarrung und Stagnation in den obersten Regionen der Monarchie und der erbitterte Kampf zwischen den zwei „Höfen", dem von Schönbrunn und dem vom Belvedere, der auf die Tätigkeit und Entschlußkraft der leitenden Stellen lähmend einwirkte.

Das südslawische Problem, das im Mittelpunkt dieses Ringens zwischen dem Monarchen und dem Thronfolger stand, war durch die Annexionskrise und die darauffolgenden Wirren auf dem Balkan in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt worden. Der schmerzliche Gedanke war nicht von der Hand zu weisen, daß sich vielleicht alles ganz anders abgespielt hätte, wenn die südslawische Frage im Sinne des Trialismus bereits gelöst gewesen wäre, als der Balkanbrand ausbrach. Conrads Idee von dem großen Bunde der Monarchie mit den Balkan-

staaten, so phantastisch sie im Jahre 1912 anmuten mochte, hätte sich, so will es scheinen, verwirklichen lassen, wäre damals bereits der Boden geschaffen gewesen.

Wieder stürmten von allen Seiten die mahnenden Stimmen ein, noch in letzter Stunde das südslawische Problem raschestens zu lösen. In seinem 1913 erschienenen Buch über die „Südslawische Frage" schrieb Seton-Watson: „Österreich, dessen Hände durch das dualistische System und die magyarische Oligarchie, aber auch durch eigene Inertie gebunden sind, hat das große, psychologische Moment verpaßt, in dem es die Führung am Balkan hätte an sich reißen können; jetzt muß vor allem verhindert werden, daß der Brand beim Nachbar auf sein eigenes Haus übergreife. Der wachsenden Anarchie im Süden muß ein baldiges Ende bereitet werden. Es muß endlich an die gründliche Lösung der südslawischen Frage geschritten und gleichzeitig müssen die Völker Ungarns vom Joche der magyarischen Oligarchie befreit werden. Wenn einer korrupten und chauvinistischen Clique zuliebe die heutigen unhaltbaren Zustände noch lange geduldet werden sollten, liefe Österreich ernste Gefahr, dieselbe Strafe für seine Versäumnisse den Südslawen gegenüber zu erhalten wie bei der Lösung der deutschen und italienischen Fragen im vergangenen Jahrhundert..."

Die große Sorge wegen der weiteren Gestaltung der Dinge in der Donaumonarchie kam auch in den Herrenhausdebatten des Jahres 1913 zu lebhaftem Ausdruck. Eine wirkliche Balkanpolitik, meinte Graf Ottokar Czernin, könne nur geführt werden, wenn man den Mut habe, an die kroatische und die ganze südslawische Frage in ihrem Zusammenhang mit dem Schicksal Bosniens heranzutreten. Josef Baernreither stellte die Tatsache fest, daß der Schlüssel zur südslawischen Frage in den Händen Ungarns liege und nur im Zusammenhange mit dem Dualismus dauernd gelöst werden könne. Man müsse Serbien gegenüber eine geschickte Handelspolitik betreiben. Aber Ernst Plener, der nach ihm das Wort ergriff, vermochte dem hoffnungsfreudigen Ausblick in die Zukunft nicht sich anzuschließen. Die Londoner Botschafterkonferenz war, er-

klärte er, keine Betätigung eines allgemeinen guten Willens, der Haß der Serben hat zugenommen und wird auch durch eine noch so kluge Handelspolitik nicht aus der Welt geschafft werden können; ebenso hat die Spannung mit Rußland sich verstärkt, die vermehrten Rüstungen in Frankreich, Deutschland und Rußland zeigen den Ernst der Lage, die leider die Aufforderung enthält, auf alles gefaßt zu sein und für die Sicherheit der Monarchie zu sorgen — „bereit sein ist alles".

Schweres Gewölk lag düster über dem politischen Horizont des alten Kaiserstaates. In diese gewitterschwüle Atmosphäre fiel plötzlich als zündender Blitz die Bluttat von Sarajewo.

5. DER WELTKRIEG

Ein tragisches Geschick wollte es, daß der Thronfolger die politische Rolle, die er im Leben vergeblich anstrebte, durch seinen Tod zu spielen berufen war. Der 28. Juni 1914, da Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo den Kugeln des serbischen Studenten Princip erlag, ist der Ausgangspunkt des Weltkrieges geworden — er war der „erste Tote" dieser grauenhaften Katastrophe.[330]

Franz Ferdinand ist in der Tat einem „Prinzip" zum Opfer gefallen. Der Erzherzog, von dem bekannt war, daß er die Kroaten liebte und von ihnen wieder geliebt wurde, vertrat in seiner Person die Lösung der südslawischen Frage im Rahmen der Donaumonarchie. Er bedeutete also für die großserbische Propaganda eine nicht zu unterschätzende Gefahr, und nach den politischen Hausmitteln, wie sie in Serbien Jahrzehnte hindurch empfohlen und gehandhabt wurden, ergab sich die Abhilfe förmlich von selbst. Merkwürdig nur, wie gering anscheinend die Gefahr, in die sich der Thronfolger begab, als er im Auftrage des Kaisers in die Hauptstadt Bosniens reiste, an den maßgebenden Stellen eingeschätzt wurde. Der Erzherzog war von den verschiedensten Seiten gewarnt worden, und er wollte auch nicht hinunterfahren, aber seine Bedenken, die er höchsten

Ortes vorbrachte, wurden mit einem Appell an sein Pflichtgefühl beantwortet. In der Tat hätte die Absage der Reise des Thronfolgerpaares vor der Welt die böse Tatsache enthüllt, daß sich unter dem Regime des Feldzeugmeisters Oskar Potiorek, des Landeschefs der annektierten Provinzen, die politischen Verhältnisse, wie es auch wirklich der Fall war, verschlimmert hatten — der General war aber persona gratissima des Kaiserhofes; seine Stellung durfte nicht erschüttert werden.

Unverständlich, geradezu unfaßbar aber wird es wohl immer bleiben, wie man es unter solchen Verhältnissen, noch dazu nach all den blutigen Erfahrungen der letzten Jahre, wagen konnte, den Erzherzog-Thronfolger, ohne genügende polizeiliche Vorkehrungen, sozusagen „in eine Allee von Attentätern spazieren zu führen", wo doch in der nächsten Nähe Manöver abgehalten wurden und Truppen genug für ein Spalier zur Verfügung standen. Noch dazu wurde just zu der Zeit, da der Besuch Sarajewos durch den Thronfolger in Aussicht genommen war, in Serbien ein Nationalfest, der „Vidov-Dan", gefeiert, das ganz naturgemäß eine Erhitzung der Gemüter zur Folge haben mußte. Man sieht: die Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, welche die ganze südslawische Frage so verhängnisvoll gestaltet hatte, spielte auch hier in katastrophaler Weise herein. Vielleicht hätte sich das Unglück auch ereignet, wenn die Straßen Sarajewos durch einen sechsfachen Truppenkordon abgesperrt worden wären, oder es wäre ein anderes Mal bei einer anderen Gelegenheit geschehen — aber der Vorwurf der Sorglosigkeit hätte nicht erhoben werden können.

Während man in gewissen Kreisen der Donaumonarchie, wo sich der Thronfolger nicht beliebt gemacht hatte, wie von einer schweren Sorge befreit, aufgeatmet haben mag, herrschte bezeichnenderweise dieses Gefühl der „Erleichterung" auch in den Ländern der Entente; denn der Ermordete war als Vertreter einer kräftigeren, aktiveren Politik gefürchtet. In Serbien machte sich diese Empfindung da und dort auf eine äußerst laute, demonstrative Weise geltend. In befreundeten Staaten aber, wie in Schweden, er-

hob sich ein bedenkliches Raunen von dem bevorstehenden Zerfall des Habsburgerstaates — „finis Austriae", so hieß es wörtlich in einem Blatte.

Wahrhaftig — die Schüsse, die den Thronfolger töteten, hätten nicht wirksamer das von den serbischen Patrioten verfolgte Ziel, die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie, erreichen können. „Die Glocken Sarajewos, welche eine halbe Stunde nach dem Morde zu läuten begannen," so sagt Ottokar Czernin, „waren das Grabgeläute der Monarchie." Zunächst freilich läuteten sie den Ausbruch des Weltkrieges ein.

Wir sind hier bei der in den letzten Jahren viel erörterten Frage der Schuld am Ausbruch dieser unseligen Katastrophe angelangt. Sie ist, wie man weiß, durch das Diktat von Versailles auf ungemein einfache Weise dahin entschieden worden, daß Deutschland der Missetäter, der Brandstifter war. Diese gewaltsame Entscheidung, die von einem wehrlosen Volke wie so viele andere Unbilden hingenommen werden mußte, wird in der Geschichte ein Kuriosum bilden, auch dann noch, wenn der Vertrag schon längst in tausend Fetzen zerrissen sein wird. Allein so lächerlich dieser erpreßte Urteilsspruch auch sein mag, so ist er im Grunde doch nur die Bestätigung einer sehr alten Tatsache.

Es ist bekannt: Den Krieg hat immer derjenige angefangen, der ihn verloren. Dies war schon die Weisheit des kleinen Hansl, des Wirtssohnes in Ludwig Anzengrubers Volksstück „Der Pfarrer von Kirchfeld", der dreist behauptete: „Ja freilich, wer d' Schläg' kriegt, hat allmal unrecht," wobei er in seinem jugendlichen Unverstand nicht ahnen konnte, daß man auch einen Strauß verlieren kann, wenn der als Sieger hervorgehende Teil ebensoviel oder noch mehr Schläge bekommen hat.

Die Urheber dieses famosen Schuldspruches können sich allerdings auf ein Zeugnis berufen, das für naive Gemüter etwas geradezu Zwingendes hat: in Deutschland selbst wurden in „masochistischer Haltlosigkeit", wie Hermann Oncken sagt, die eigenen Monarchen und ihre Ratgeber für den Krieg verantwortlich gemacht — nämlich von jener

Partei, die durch den Umsturz zur Macht gekommen war und, vielfach in frommem Glauben, der Sache ihres Volkes zu nützen hoffte, indem sie sich von den bisherigen Führern abwandte. Daß die im ersten Eifer, in einem Anfall von Enthüllungsmanie zutage geförderten Geheimdokumente der Staatsarchive manch belastendes Material erbrachten, ist nur natürlich und beweist so lange nichts, als nicht auch die in den Geheimarchiven der Gegner schlummernden Schätze — sie werden sich hüten! — gehoben sind. Das Wenige, was meist auf unfreiwillige Weise aus serbischen, belgischen und russischen Quellen bisher bekannt wurde, sagt schon sehr viel und bildet die aktenmäßige Bestätigung der mündlichen Enthüllungen, die seitens der Staatsmänner der sogenannten Siegerstaaten gemacht wurden. Bei festlichem Mahle, von der Größe des Augenblicks berauscht, schrieben sie, stolz in die Brust sich werfend, sich selbst oder in zuvorkommender, höflicher Bescheidenheit dem anderen das Verdienst zu, „seinen" Krieg gemacht und erlebt zu haben. Clemenceau, der, wie er bekannte, „neunundvierzig Jahre auf den Augenblick deutscher Schmach gewartet" hatte, und Iswolski konnten sich in schönem Wetteifer um die Palme, als „Vater" des Krieges zu gelten, herumstreiten.

Natürlich wollten die Serben auch nicht zurückstehen. Der serbische Konsul in Odessa, Marko Zernović, nahm für seine Landsleute das hohe Verdienst in Anspruch, den Weltbrand entzündet zu haben. In seiner 1915 mit Erlaubnis der russischen Zensur veröffentlichten Schrift „Der Friede und die internationale Gleichberechtigung" bekennt er ganz aufrichtig: „Vom Jahre 1908 bis 1914 hat der hilflose, kleine slawische Staat es gewagt, an dem schwerbewaffneten europäischen Frieden zu rütteln. Die Südslawen hörten nicht auf, den Ungarn und den Deutschen zuzurufen: ‚Wir fürchten uns nicht vor euch, denn hinter uns steht Serbien, hinter Serbien Rußland und seine Freunde!' Die Südslawen haben das kleine Serbien in den Krieg mit Österreich-Ungarn gezwungen, indem sie den Vorfall in Sarajewo herbeiführten. Die Schüsse in Sarajewo setzten die ganze Welt in Brand." Auch die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand hatten, wie sie selbst eingestanden, ihre grauen-

hafte Tat in der Absicht vollbracht, den Krieg herbeizuführen.

Wahrhaftig ein edler Wettstreit, der freilich sofort verstummte, als es sich darum handelte, unter dem gleißnerischen Schlagworte „Gerechtigkeit", „Sühne für das Verbrechen des Überfalles" imperialistische Ziele zu verfolgen.

In Wirklichkeit ist die Frage nach der Schuld oder, sagen wir besser, nach den tieferen Ursachen eines Krieges für den gewissenhaften Geschichtsforscher immer ein ebenso schwieriges wie reizvolles Problem. Wer kann da — wir denken hier an die beliebte Schulfrage nach dem Ursprung des Siebenjährigen Krieges oder der späteren Franzosenkriege — entscheiden, was Ursache und was Wirkung, was Abwehr und was Angriff ist! Wer kann behaupten, daß derjenige Staat, der zuerst die Mobilisierungsorder erläßt, der angreifende Teil sei, wenn dieser damit nur dem anderen, der ihn überfallen wollte, zuvorgekommen ist — er war nur der Geschwindere, der dann auch, wenn er Erfolg hat, von der Geschichte belobt wird. In unserem Fall kann man sagen: Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges ist der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie, Kaiser Franz und Metternich wie seine Nachfolger, die daran ihren redlichen Anteil hatten; aber natürlich auch, in noch höherem Maße, alle diejenigen Mächte, die begierig darauf lauerten, ihr Erbe antreten zu können, und auf ein schnelleres Ende, auf ihre Vernichtung, hinarbeiteten, nicht zuletzt auch jene Staaten, die sie zu diesem Raubzug ermunterten.

Niemals aber wird ein unparteiischer Areopag der Weltgeschichte jene Männer verurteilen dürfen, die in der Schicksalsstunde der alten Monarchie, da durch die Ermordung des Thronfolgers das Signal zu ihrer Zerstörung gegeben erschien, das Äußerste wagten, um den tödlichen Streich abzuwehren. Kein Staat, gar mit einer so großen Vergangenheit wie Österreich, wird freiwillig sein Todesurteil aussprechen und seine Aufteilung vornehmen, weil ein kleiner Nachbar dieselbe beschlossen hatte. Und daß es darauf abgesehen war, dies wußte man auf dem Ballhausplatze schon lange und wurde jetzt nur wieder bestätigt. „Das Attentat in Sarajewo," so berichtete der Gesandte Freiherr

von Giesl am 21. Juli 1914 aus Belgrad, „hat den Serben den bevorstehenden Zerfall der habsburgischen Staaten, auf welchen man schon früher seine Hoffnungen gesetzt, als in kürzester Zeit zu erwarten vorgegaukelt." Die Wünsche der Serben wären bei Bosnien und der Herzegowina nicht stehen geblieben, sie hätten sich — der Appetit kommt bekanntlich beim Essen — sofort auch auf das südliche Ungarn ausgedehnt. Und das Beispiel der Serben würde das Signal zu einer allgemeinen Aufteilung gegeben haben: das „verbündete" Italien hätte seine Ansprüche auf die italienischen Gebiete, Rumänien auf Siebenbürgen und die Bukowina, Rußland aber auf Galizien usw. angemeldet.

Es bestand für die leitenden Männer kein Zweifel: während es sich in den entscheidungsvollen Jahren 1859 und 1866 nur um die Erhaltung von Außenposten handelte, so galt es jetzt, die inneren Werke des alten Kaiserstaates zu verteidigen — es galt die ganze Existenz der Monarchie. Hätte diese die unerhörte Herausforderung von Seite Serbiens ruhig eingesteckt, so wäre ihr Schicksal von vornherein besiegelt gewesen. Das passive Verhalten wäre als ein Zeichen der Schwäche, als ein Verzicht auf den Lebenswillen aufgefaßt worden und hätte die Feinde im Inneren wie jenseits der Grenzen zu neuen Angriffen ermutigt, bis endlich doch die Auflösung — und auch nicht ohne gewaltige Kämpfe — erfolgt wäre.

Es kam noch eines hinzu: Die serbischen Krisen der letzten Jahre bedeuteten für die Bevölkerung eine schwere Belastungsprobe, die sie auf die Dauer unmöglich ausgehalten hätte. Handel und Industrie stockten; die Einziehung von Reservemännern zum Waffendienste und die damit verbundenen Störungen des Wirtschaftslebens wurden um so mehr als ein Opfer empfunden, als „niemand begreifen konnte, warum sich ein Großstaat von seinem kleinen Nachbar jahrelang gleichsam auf der Nase herumtanzen" ließ. Auch in der Armee hatte die Jahre hindurch währende Kriegsbereitschaft, ohne daß es zum Schlagen gekommen wäre, begreiflicherweise Mißmut ausgelöst, wurden die fortgesetzten Herausforderungen seiner unruhigen Nachbarn als Demütigungen gefühlt. Es war so-

zusagen die allgemeine Meinung, daß dieser Zustand nicht lange dauern könne, allerdings auch die, daß nach der Annexion, im Jahre 1908, die beste Gelegenheit, an der südlichen Grenze sich Ruhe zu verschaffen, versäumt wurde. In seiner großen Mehrheit waren die Völker Österreichs von der herrschenden Vorstellung, Österreich sei ein zerfallender Staat, die auch von einem so namhaften Historiker wie Kjellén vertreten wurde, noch nicht angekränkelt — sie wollten, daß die Monarchie lebe. Man mußte zeigen, daß man noch keine „Leiche" sei, wie man dies, mit und ohne böse Absicht, herumerzählte. Die Stimmung, wie sie im Donaureiche herrschte, drückt wohl am besten das Wort aus, das damals einer der führenden Staatsmänner gebrauchte: „Besser ein schreckliches Ende, als ein Schrecken ohne Ende."

Im Generalstab der österreichisch-ungarischen Armee war man der festen Überzeugung, daß die Monarchie, wollte sie nicht als Großmacht abdanken, den von Serbien geführten Schlag nicht ruhig einstecken dürfe und jetzt die letzte Stunde geschlagen habe, wo das 1908 Versäumte, noch mit einiger Aussicht auf Erfolg, nachgeholt werden konnte. Rußland strebte mit Macht und vor allem mit französischem Kapital dahin, die Wunden, die ihm der japanische Krieg und die Revolution geschlagen, zu heilen. Eben erst, im Februar 1914, hatte es von Frankreich ein Darlehen von zweieinhalb Milliarden erhalten, um seine strategischen Bahnen auszubauen, so daß es dann in der Lage gewesen wäre, seinen letzten Mann von den entferntesten Steppen des russischen Asiens an die Westfront zu bringen. Dagegen wäre die Position der Mittelmächte immer schwächer geworden. Italien zählte nur mehr dem Namen nach zum Dreibund und um Rumänien hatte eben ein heftiges Liebeswerben von Seite Rußlands begonnen. Bei einem Besuche in Constanza im Juni 1914 war der Zar mit Begeisterungskundgebungen überhäuft worden, und die Reden, die aus diesem Anlasse gewechselt wurden, ließen keinen Zweifel darüber zu, daß die Freunde des Dreiverbandes in Bukarest die Oberhand gewonnen hatten. Um dieselbe Zeit erhob der dortige Vertreter der Monarchie Graf Ottokar Czernin

seine warnende Stimme: Österreich-Ungarn stehe vor der Gefahr, von einem neuen Balkanbund unter Führung Rußlands und Frankreichs umringt zu werden. Unter dem Eindruck dieser Hiobsbotschaften hatte Conrad von Hötzendorf am 22. Juni, wenige Tage vor der Ermordung des Thronfolgers, ein Memorandum, das für das Berliner Kabinett bestimmt war, entworfen, worin er eine energischere Politik gegen Serbien, einen Balkanbund unter dem Schutze der Zentralmächte befürwortete. Hätte man die Bluttat von Sarajewo ruhig hingenommen, so wäre diese neuerliche Betätigung von Langmut als ein bedenkliches Zeichen der Ohnmacht ausgelegt worden — Österreich-Ungarn hätte seine letzten Freundschaften auf dem Balkan eingebüßt, das Schicksal eines Gegenbundes wäre unwiderruflich besiegelt gewesen.

Denn kein klar und vernünftig denkender Mensch, der die Vorgänge im serbischen Nachbarlande aufmerksam verfolgte, konnte sich darüber im Zweifel sein, daß die Spuren der Mordtat nach Belgrad wiesen. Auch wenn es nicht durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt worden wäre, daß die von dem Attentäter und seinen Komplicen verwendeten Revolver und Bomben aus dem königlichen Waffendepot in Kragujevac stammten und jenen von serbischen Offizieren und Beamten, die der „Narodna Odbrana" angehörten, geliefert wurden, so war es schwer zu glauben, daß die Regierung von diesem Treiben keine Ahnung gehabt haben sollte. „Wird derjenige, der auch nur einigermaßen die serbischen Verhältnisse kennt," schreibt der serbische Geschäftsträger in Berlin Dr. M. Bogičević, „annehmen können, daß die serbische Regierung über die konspiratorische Tätigkeit gewisser Offiziers-, Professoren- und Komitadschikreise in Bosnien und über die Vorbereitungshandlungen des Attentates auf das österreichische Thronfolgerpaar in Serbien gar nicht unterrichtet gewesen ist?"[331] Aber so viel war doch sicher, daß sie für die Saat des Hasses, die in der Ermordung des Thronfolgers aufgegangen war, in vollstem Maße verantwortlich war. Dem Attentate auf Franz Ferdinand waren kurz vorher zwei von Serben verübte Anschläge auf das Leben hoch-

gestellter Funktionäre der Monarchie — des bosnischen Landeschefs Varešanin und des königlichen Kommissärs Cuvaj in Agram — vorausgegangen, und die Mörder wurden unter den Augen der Regierung als Nationalhelden gefeiert. Am 10. Juni 1913, anläßlich der ersten Wiederkehr des Jahrestages des Attentates in Agram durch den Studenten Jukić, schrieb die Belgrader „Pravda": „Es muß aus tiefster Seele wehe tun, daß nicht jeder so gehandelt hat, wie unser Jukićs. Wir haben keinen Jukić mehr, aber wir haben den Haß, wir haben den Zorn, wir haben heute zehn Millionen Jukićs. Wir sind fest überzeugt, daß Jukić bald durch seine Arrestfenster den letzten Kanonenschuß der Freiheit vernehmen wird."

Trotz des feierlichen Versprechens, das die Belgrader Regierung am 31. März 1909 gegeben hatte, daß sie die Annexion von Bosnien als rechtmäßig vollzogen ansehe und ein „freundschaftliches" Verhältnis zu Wien pflegen wolle, duldete sie nach wie vor, daß sozusagen täglich in den Blättern gegen das „räuberische" und „verbrecherische" Österreich gehetzt und seine Vernichtung gefordert wurde. Der „Piemont" vom 8. Oktober 1913 schrieb zu dem Gedächtnistage der Annexion: „Das Volk legt das Gelübde ab, Rache zu üben, um durch einen heroischen Schritt zur Freiheit zu gelangen... Eine Türkei verschwand. Der gute serbische Gott wird geben, daß auch die ‚zweite Türkei' verschwindet." Das „Mali Journal" vom 12. Mai 1914 verkündete: „Was im Privatleben Verbrechen heißt, nennt man in Österreich Politik. Die Geschichte kennt ein Ungeheuer und dieses Ungeheuer heißt Österreich." In solch wenig „freundschaftlichem" Tone ging es fort, ohne daß die Regierung dieser schamlos, am hellichten Tage betriebenen Wühlarbeit ein energisches Halt geboten hätte.

Ob nun der grauenhafte Mord in Sarajewo auf einen großangelegten Plan, in dem Thronfolger die Monarchie zu treffen, zurückging oder nicht, ob hier Beamte und Offiziere selbständig oder mit Vorwissen der serbischen Regierung handelten — unmöglich konnte man diesen verbrecherischen Umtrieben der „Narodna Odbrana" weiter geduldig zusehen. Kein Staat der Welt, der noch auf Ehre und An-

sehen oder gar auf den Rang einer Großmacht Anspruch erhebt, hätte sich diese allgemein in der Monarchie als Herausforderung empfundene Tat ruhig gefallen lassen, am allerwenigsten Frankreich oder England.

Als seinerzeit der Präsident Carnot von einem Italiener ermordet wurde, waren die in Frankreich weilenden Volksgenossen des Mörders den ärgsten Verfolgungen ausgesetzt; aber die Bluttat stand mit keinerlei antifranzösischen Agitation in Italien im Zusammenhang. Was geschehen wäre, wenn in Paris nur der leiseste Verdacht einer solchen bestanden hätte — diese Frage läßt sich leicht beantworten, wenn wir an das Verhalten Italiens denken, als im letzten Sommer eine italienische Militärmission hart an der Grenze Albaniens, aber schon auf griechischem Boden, ermordet wurde. Für die der Nation zugefügte „Beleidigung", den „Schimpf" wurde sofort eine „Sühne" verlangt, und die römische Regierung ließ alsbald die Insel Korfu besetzen, ohne überhaupt zu wissen, wer die Täter waren. Und dies waren dieselben Italiener, die neun Jahre vorher aus dem Munde San Giulianos dem Wiener Kabinett dessen „violentes" Vorgehen gegen Serbien ausstellten! Und die Engländer? Im Jahre 1911 erklärte Lloyd-George, daß er, falls der Friede nur um den Preis der Entehrung der britischen Nation aufrecht erhalten werden könnte, nicht einen Augenblick zögern würde, zu den Waffen zu greifen.

Für die habsburgische Monarchie stand indes mehr als seine bloße Ehre auf dem Spiele, seine ganze Existenz war in Frage gestellt. Sollte sie zuwarten, bis der neue Balkanbund unter der Ägyde der Entente sich gebildet hätte und alle Feinde und Rivalen des Donaureiches, Italien nicht zuletzt, über dasselbe hergefallen wären, um dann noch, da über der Teilung der Beute voraussichtlich erst ein europäischer Krieg würde ausgebrochen sein, den Kampfplatz abzugeben?

Gleich Österreich-Ungarn befand sich auch das verbündete Deutsche Reich — darüber kann heute bei keinem unparteiisch und vernünftig denkenden Menschen ein Zweifel vorwalten — im Zustande der Notwehr. Der Bestand der Donaumonarchie galt den verantwortlichen

Staatsmännern in Berlin als eine Lebensfrage. Man hatte dort nicht das Wort des eisernen Kanzlers vergessen: „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichtes in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann." Diese „Notwendigkeit" war nun eingetreten — nicht durch die dreiste, brutale Herausforderung von Seite Serbiens allein, sondern weil man wußte, daß hinter dem unausgesetzt provozierenden Balkanstaat eine ganze Reihe von Großmächten stand, welche die Losung ausgegeben hatten: „Gegen das Deutsche Reich über Österreich-Ungarn."[332]

Über die Vorstellung, die jahrelang alltäglich dem harmlosen, geduldigen Zeitungsleser von der „gelben" Presse eingehämmert wurde, daß Deutschland, namentlich der bekannte „preußische Junker", durch seine kriegerischen Gelüste die friedliebende Welt nicht zur Ruhe kommen ließ und schließlich eines Tages die völlig arglos dahinlebenden Franzosen und Belgier „überfiel", worauf dann Großbritannien in heiliger Entrüstung über den Bruch der Verträge seinerseits zum Schwerte griff — über diese mehr als kindliche Vorstellung wird man, wenn nicht schon jetzt, so sicher später nicht lächeln, sondern hellauf lachen. In Wahrheit verfolgte man in Deutschland so wenig wie in Österreich-Ungarn Eroberungstendenzen; man war hier und dort, wie sich nach der Gründung des Deutschen Reiches Bismarck ehrlich ausdrückte, „saturiert". Das Wort, das der Altkanzler in seiner denkwürdigen Unterredung mit dem Zaren am 18. November 1887 prägte: „Heute ist es das Interesse der großen Monarchien mehr als in jeder anderen historischen Epoche, Krieg zu vermeiden" — dieses seherische Wort galt auch unter seinen Nachfolgern als großes Vermächtnis. Die Partei der Alldeutschen, in deren Köpfen imperialistische Gedanken Platz gefunden haben mögen, gewann erst während des Krieges Macht und Bedeutung. Aber auch über diese kleine Gruppe der nationalen Heißsporne hinaus empfand man das beständige Zurückweichen Deutschlands, wie es sich gerade

in der Marokkofrage gezeigt hatte, als eine Schmach, und Kaiser Wilhelm II., der trotz seiner gelegentlichen, recht kriegerisch klingenden Kundgebungen zähe, bis zur Selbstentäußerung, an der Erhaltung des Friedens hing, bekam die Mißstimmung darüber deutlich zu fühlen.

Es war schon eine bedeutsame Abkehr von dieser nachgerade landläufig gewordenen, für Deutschlands Stellung im Weltkriege so verderblichen Meinung, wenn Lloyd-George nach dem Kriege in einer vielbemerkten Rede erklärte, es habe eigentlich keiner der im entscheidenden Moment am Ruder befindlichen Staatsmänner den Krieg gewollt. Mag sein — aber Serbien wollte die serbo-kroatischen Gebiete, Italien die italienischen Gebiete der Donaumonarchie, Rußland die Herrschaft über die Meerengen und die Balkanvölker nebst einem Stück von Galizien, Ungarn und der Bukowina, Rumänien ebenfalls ein Stück Ungarns und der Bukowina, Frankreich dürstete nach Revanche, worüber Jaurès in seinem Schreiben an Vandervelde kurz vor seiner Ermordung höchst wichtige Mitteilungen gemacht hat, und England unterstützte alle diese Wünsche, weil es die Konkurrenz des mächtig aufstrebenden Deutschland bekämpfen wollte.

Wie man in England schon im Jahre 1897, fünf Jahre bevor König Eduard in Paris den Grundstein zur Entente und zu seiner Einkreisungspolitik legte, über das deutsche Volk dachte, das bekundete der später oft zitierte Artikel der „Saturday Review" mit dem freundlichen Kernsatz: „Wäre Deutschland morgen vernichtet, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre . . . Caeterum censeo, Germaniam esse delendam." Dieser Gedanke der „Vernichtung" Deutschlands lebte damals gewiß nur in einigen Kreisen Englands, aber unzweifelhaft gewann er in den nächsten Jahren an Umfang und Kraft. Wir kommen damit zu dem schmerzlichsten, aber auch dem eigentlich entscheidenden Punkt in dem großen Kapitel der Vorbereitung des Weltkrieges — dem deutsch-englischen Gegensatz.

Der Gegensatz zwischen den beiden germanischen Ländern, um den sich dann die übrigen europäischen Streit-

fragen gruppierten, reicht in seinen Wurzeln weit zurück. Wir wissen uns zu erinnern, wie sehr schon die Bestrebungen der Paulskirche, einen deutschen Einheitsstaat zu errichten, nicht nur die slawische Welt in Aufregung brachten, sondern auch von den Westmächten mit scheelen Augen verfolgt wurden — der Gedanke eines starken „Mitteleuropas" hatte dort geradezu erschreckt. Wenige Jahre später, im Jahre 1853 — die deutsche Gefahr war schon vorübergezogen, aber die orientalische Frage drohend herangerückt — hatte Franz Schuselka eine deutliche Anwandlung des „cauchemar des coalitions", der Bismarck so drücken sollte. „Wenn Österreich," schrieb er ahnungsvoll, „das wird, was es werden kann und soll, so wird es überall und ganz besonders im Orient auf den Widerstand Englands stoßen." Er hielt daher eine russisch-englisch-französische Allianz für „höchstwahrscheinlich".[333] Nun — England brauchte keine Angst zu haben — Österreich wurde nicht das, was es hätte werden können und sollen. Aber Deutschland sollte ihm gefährlich werden. Der deutsche Einheitsstaat, der 1815 und 1848 hintertrieben worden war, kam nach dem Kriege mit Frankreich endlich zustande und die bloße Tatsache seiner Begründung wirkte wie eine Bedrohung. Zürnte Frankreich darüber, weil ihm Elsaß-Lothringen, das es Deutschland geraubt hatte, wieder genommen wurde, so sah Albion mit wachsendem Groll, wie dieses junge Reich, das sich aus dem weichen Kerne des europäischen Kontinentes gebildet, in raschem Anstieg politisch und wirtschaftlich mächtig sich entfaltete.

Das Tempo war leider zu rasch. Mit dem bekannten „Handelsneid" der Briten ist die Frage nach den tieferen Ursachen der traurigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland nicht abgetan. Gewiß, er bestand, so wie er einst zu Spanien, zu Holland und zu Frankreich bestanden hatte, und wie alle diese Rivalen der Reihe nach von dem Inselreich bekämpft und in Schranken gehalten wurden, so mußte auch das Deutsche Reich daran glauben. Als Fürst Bismarck bald nach der Veröffentlichung jenes giftgeschwollenen Artikels in der „Saturday Review" von einem Engländer befragt wurde, ob er ein Mittel wüßte,

den Gegensatz Englands zu Deutschland aus der Welt zu schaffen, erwiderte der Altkanzler: Er sehe keines, es wäre denn, daß die Deutschen sich in ihren Handels- und Fabrikenunternehmungen beschränkten.

Eine solche Beschränkung der industriellen und handelspolitischen Tätigkeit wäre möglich gewesen und hätte dem deutschen Volkscharakter sicherlich nicht geschadet. Die Amerikanisierung Deutschlands hat manch ungesunde Blüte gezeitigt. Aber sie lag nun einmal im Zuge der allgemeinen Entwicklung und Deutschland hatte hier nach den geruhsamen Zeiten des Deutschen Bundes viel nachzuholen. Alle Kraft des deutschen Volkes warf sich auf die Entfaltung der Volkswirtschaft. „Platz an der Sonne", womit leider just die afrikanische, die asiatische und die australische gemeint war, bildete den Schlachtruf der Pioniere des neuen Wirtschaftslebens, das stürmisch zur Überseepolitik drängte und damit den alteingesessenen Beherrscher des Welthandels auf den Kampfplatz rief. Bismarck hatte nur zögernd, nur langsam den Weg zur Weltpolitik betreten, von dem richtigen Gefühle geleitet, daß Deutschland damit die Engländer an ihrem empfindlichsten Punkte, an ihrem Lebensnerven berühre.

Es ist nun einmal wahr, daß die Briten seit den Tagen ihrer großen Elisabeth und Oliver Cromwells sich als das gleichsam von Gott auserwählte, zum Herren der Welt und der Meere einzig und allein berufene Volk betrachten. Diese Vorstellung ist jedem Engländer, ob alt oder jung, ob männlich oder weiblich, derart in Fleisch und Blut gedrungen, daß er sich den Stand der Dinge gar nicht anders vorstellen kann. Paul Samassa erzählt von einer Engländerin, der er auf einer Seereise zu ihrem Erstaunen — und sie war den Backfischjahren schon längst entrückt — erklären mußte, daß das Meer außerhalb der Hoheitsgrenzen an den Küsten niemandes Eigentum sei — die gute Dame war fest überzeugt, es gehöre England. Bei dieser Mentalität der Engländer fiel es schwer, ihnen begreiflich zu machen, daß andere auch auf der Welt seien, da konnten sie es nicht gut verstehen, daß man ihnen diese ihre Monopolstellung zur See neiden könnte. Bekanntlich ist sie

ja wiederholt angefochten worden. Wir wissen, wie bitter sich Friedrich Schiller, der kaufmännisch gewiß nicht an der Frage interessiert war, über den Briten beklagte, der seine Flottenschwärme gierig wie Polypenarme ausstrecke und das Reich der freien Amphitrite schließen wolle wie sein eigenes Haus. Wir wissen auch, wie nach den napoleonischen Kriegen, die nicht zuletzt ein Kampf zwischen England und Frankreich um die Seegeltung war, der Amerikaner Jefferson enttäuscht bemerkte: „Die Bewältigung Napoleons war nur das halbe Werk der Befreiung der Welt von der Tyrannei, der große Räuber des Ozeans ist geblieben." Vom englischen Standpunkt waren solche Ausbrüche des Zornes ganz unverständlich.

Aber schließlich, im letzten Drittel des Jahrhunderts, drängte die Entwicklung dahin, daß auch die anderen Völker ihren Anteil an der Weltherrschaft beanspruchten, und England fand sich mit dieser neuen Wendung der Dinge, nicht ganz ohne Kampf, langsam ab. Ein tragisches Verhängnis wollte es nun, daß gerade der Staat, der am spätesten und, man möchte sagen, am bescheidensten seinen Eintritt in die Weltpolitik vollzog, den stärksten Haß der in ihrer Domäne bedrohten Engländer sich zuzog — das Deutsche Reich. Man konnte tröstend sich sagen, es sei die in aller Welt anerkannte „deutsche Tüchtigkeit", welche die Engländer um ihren freien Samstag-Nachmittag bangen ließ, der tiefere Grund gewesen. Gewiß, dieses Moment spielte ganz beträchtlich herein, aber es war doch nicht ausschlaggebend. Was den Deutschen in Englands Augen so schadete, war weniger der gesteigerte Handel, die immer leistungsfähigere Industrie, als vielmehr die — Flottenrüstung und vor allem das Volldampftempo, mit dem sie sich vollzog.

Unter den vielen schweren Fehlern, welche die wilhelminische Regierung beging, war wohl dieser der schwerste, daß man in Berlin auf die Empfindlichkeit, welche die Engländer in diesem Punkte an den Tag legten, allzu wenig Rücksicht nahm. Man hätte sie aus der eigenen leidvollen Geschichte kennen können — man hätte sich da erinnern müssen, wie die Engländer 1849 die Kriegsflagge Deutschlands, die auf den wenigen armseligen Schiffen wehte, als

Piratenflagge erklärten, wie argwöhnisch sie 1864 das Vorgehen Preußens in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beobachteten. Das Deutsche Reich hatte sicherlich ein gutes Recht auf den Ausbau einer Handels- und einer Kriegsflotte zum Schutze seiner kolonialen Unternehmungen und nicht zuletzt zum Schutze seiner Küste, aber die Art und Weise, wie sich derselbe, namentlich unter Bülow, vollzog, war leider geeignet, die Engländer zu reizen und in ihnen das Schreckgespenst einer „aggressiven" deutschen Weltpolitik zu wecken. Der Anschein des „Wettrüstens" hätte vermieden werden müssen und er hätte sich gewiß auch vermeiden lassen. Es kam ein eigentümlich gehässiger Zug in die deutsch-englische Politik, der nicht nötig war. Die deutsche Kriegsflotte wurde in England als „Luxus", als „Willys Spielzeug" verhöhnt. Die Annäherungen Englands, an denen es nicht fehlte, wurden — was man heute schwer versteht — zurückgewiesen, nicht aus irgendwelcher Feindseligkeit, die wenigstens dem deutschen Volk gänzlich ferne lag, sondern aus einer vermeintlichen „Überschlauheit". Man wähnte, bei dem Gegensatz zwischen England und Rußland, den man für unversöhnlich hielt, den Rücken genügend gedeckt zu haben, und scheute sich, eine Bindung nach der einen Seite einzugehen, welche die andere zurückgestoßen hätte, und dies geschah wieder, weil die deutsche Regierung in ihrer Friedensliebe und „Saturiertheit" nur auf die Erhaltung des Ruhezustandes bedacht war. Die Wahrung des Friedens war das einzig positive Ziel des Deutschen Reiches, und die Folge davon war die schlechte diplomatische Vorbereitung des Weltkrieges, den es durch den Dreibund und das Jonglieren zwischen Rußland und England verhüten zu können dachte, war die „splendid isolation", der dieses glücklich entkommen war.

Gewiß spielten dann auch noch persönliche Momente mit, wenn der englische König mit dem Erbfeind Albions die Entente cordiale einging: die Vorliebe des Lebemannes und Modegecken für Paris auf der einen Seite und auf der anderen die Eifersucht auf die „bessere Karriere", die, wie Kiderlen-Wächter meinte, der um achtzehn Jahre jüngere Neffe Wilhelm machte, indem er früher auf den Thron kam

— aber die Hauptsache war doch Deutschlands unglückselige Flottenpolitik. Durch sie wurde das Bündnis mit Frankreich, an das sich dann jenes mit Rußland, dem älteren Alliierten der Seinerepublik, anschließen sollte, tief im Volksbewußtsein verankert und den Bemühungen, mit dem „deutschen Vetter" zu einem Einverständnis zu gelangen, der Boden abgegraben. Noch dachten in England viele wie jener kluge Lord Dunsany, der in seinem 1874 veröffentlichten Buche „Gaul or Teuton" für die Bildung eines großen mitteleuropäischen Blockes unter Beiziehung Englands und Italiens eintrat, der die größte Gefahr für den Frieden in dem russischen Expansionsdrange und der französischen Revanchepolitik, der logischen Entwicklung des napoleonischen Imperialismus, den England so wütend bekämpft hatte, erblickte. Nun unterstützte man beides, den russischen Imperialismus und den französischen Rachegedanken und dazu sämtliche auf die Störung des europäischen Gleichgewichtes und des Friedens abzielenden Expansionsbestrebungen — um Deutschland aus dem Sattel zu heben.

Deutschlands Überseepolitik hatte leider noch eine andere Erscheinung zur Folge: eine gewisse Entfremdung der Donaumonarchie, der einstigen Ostmark des deutschen Reiches. Sie war aus einer Art von Überkorrektheit zum „Auslande" geworden, in dessen innere Angelegenheiten man sich nicht einmischen wollte und die man schließlich auch gar nicht mehr verstand. Franzosen und Engländer beschäftigten sich mit dem österreichischen Problem, von den daran besonders interessierten Slawen gar nicht zu reden, aber die deutschen Brüder standen abseits. Es war so, wie Wilhelm Schüßler, der uns nach dem Weltkrieg eine treffliche Studie über das österreichische Verfassungsproblem beschert hat, in seinem Vorworte dazu bemerkte: „Wenn vor dem Kriege in durchschnittlich gebildeten reichsdeutschen Kreisen das Gespräch auf unseren Verbündeten an der Donau kam, so konnte man die Beobachtung machen, daß die meisten Menschen das Thema mit einem Seufzer oder Achselzucken abzutun liebten; denn was wußte man viel von dem ‚Reich der Unwahrscheinlichkeiten', wie es einst treffend genannt wurde? Man wußte

im besten Fall, daß in Österreich — wo, blieb meist dunkel — die Deutschen von den Slawen bedrängt wurden, daß Wien trotzdem eine fröhliche Stadt sei und daß der Zusammenhalt des Donaureiches nach dem Tode des greisen Kaisers höchst fragwürdig sich gestalten müsse. Von Ungarn wußte man so gut wie nichts; höchstens hatte man gelegentlich etwas von der Puszta gehört und von dem Bestreben der Nation, sich ehebaldigst selbständig zu machen, was man, im Hinblick auf das eigene Volk, eigentlich für ganz berechtigt hielt."

Anstatt über die Meere zu schweifen und auf einem Sandhaufen die deutsche Flagge zu hissen, um sich im Lande der Hottentotten kolonisatorisch zu betätigen, hätte Deutschland wohl besser getan, die alten, vorgezeichneten Bahnen des mitteleuropäischen Gedankens zu wandeln und gemeinsam mit Österreich-Ungarn deutsche Kultur nach dem Osten zu tragen. In Rumänien und anderswo gab es für die leistungsfähige deutsche Industrie und das deutsche Kapital noch ein reiches Feld, das auch politisch hätte ausgenützt werden können. Das englische Reich, das sich infolge der harten Logik der geschichtlichen Entwicklung, wie dies sein Verhalten gegen die Franzosen in Marokko zeigt, mit dem Gedanken einer Teilung der Macht abgefunden, hätte wohl gerne den Balkan und die Levante den Deutschen als Interessensphäre überlassen, wenn von ihrer überseeischen Konkurrenz nichts zu fürchten gewesen wäre. Das Deutsche Reich würde dann auch ein ganz anderes Interesse an dem Balkan gehabt haben und damit hätte sich von selbst der Anschluß an England und an das englisch-japanische Bündnis ergeben — es hätte gewußt, wohin es gehöre.

Das Schwanken aber zwischen Rußland und England war für Deutschland das Gefährlichste; es hat sich auch schließlich mit beiden verdorben und kam zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Die unsichere Haltung, die Deutschland in der letzten Balkankrise eingenommen, war, wie wir wissen, dem Ansehen der Mittelmächte nicht förderlich. Es gab da und dort nach und rasselte dann wieder unnötig mit dem Schwerte. Sein Verhalten auf der Haager Friedenskonferenz

war höchst unklug, weil es seinen Gegnern die willkommene Handhabe bot, seine Friedensliebe in Zweifel zu ziehen. Erst in den letzten Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges fanden deutsche Kaufleute in größerer Zahl ihren Weg nach dem Orient und man begann sich auch wieder mehr für die politischen Vorgänge im Habsburgerreich zu interessieren — allein da war es schon zu spät.

Der deutsch-englische Gegensatz war, wie wir dies immer deutlicher erkennen, das bedenklichste Symptom in der Gestaltung der internationalen Lage. Die von König Eduard mit großem Geschick betriebene „Einkreisung" hatte überall in der Welt den Haß gegen Deutschland genährt. „England hat," so schrieb der belgische General Ducarne in seiner Denkschrift vom 20. Februar 1909, „die politische Atmosphäre allmählich immer mehr mit allgemeiner Feindseligkeit gegen Deutschland erfüllt. England erkennt in Deutschland seinen Hauptgegner auf dem Weltmeere und dem Welthandel. Um Deutschland zu ersticken, das mit Rücksicht auf seine stark wachsende Bevölkerung einer Expansion bedarf, hat die englische Diplomatie die Einkreisung Deutschlands vorgenommen, und zwar durch einen Ring von festen Freundschaften. Jedenfalls kann die allgemeine politische Lage von einem Tag zum andern so gespannt werden, daß England trotz der Unvollkommenheit der ihm zu Gebote stehenden Mittel in einen Krieg gegen Deutschland hineingezogen werden könnte."

Den gleichen Gedanken, daß die englische Einkreisungspolitik eine kriegerische Atmosphäre geschaffen habe, die jeden Augenblick zur Entladung führen könne, sprach auch der japanische Minister des Äußern, Baron Kato, der in der Zeit von 1908 bis 1912 Botschafter in London war, in einer anfangs Dezember 1916 gehaltenen Rede aus. Sir E. Grey habe, erklärte er da, zu ihm gesagt, daß das Wettrüsten in Europa immer stärkere Formen angenommen habe und anscheinend kein Ende finden wolle. Überhaupt sehe es so aus, als werde in naher Zukunft ein Krieg ausbrechen, da die europäischen Mächte ihre militärischen Lasten nahezu als unerträglich empfinden müßten. Wenn nun ein Krieg unvermeidlich sei, so meinte Sir E. Grey, sei es um so

besser, je eher er ausbreche, damit die Ursache der Spannung endgültig beseitigt werden könne.

Zur Zeit der Annexionskrise war also die Lage schon sehr gefährlich. Dann brach die Marokkokrise herein, das Zwischenspiel der Entsendung des „Panther" nach Agadir, die vielleicht besser unterblieben wäre, wie andererseits die gewaltige Erregung, die sich damals der Westmächte bemächtigte — mit einem Kanonenboot kann man nicht ganz Marokko erobern — auch nicht recht zu verstehen ist. England machte damals klar zum Gefecht und traf alle Vorbereitungen, nach Flandern Truppen zu werfen. Im nächsten Jahre 1912 kam es zwischen Sir E. Grey, dem würdigen Vertreter der Pläne Eduards, der im Mai 1910 verschieden war, und dem französischen Botschafter Cambon zu ganz bestimmten Abmachungen, die, von Benckendorf nach Petersburg mitgeteilt, auf das russische Kabinett ermutigend wirkten. Rußland wieder steifte der serbischen Kriegspartei den Rücken. Ende November dieses Jahres, unmittelbar nach den Siegen über die Türkei, gab der russische Gesandte im Verein mit dem französischen dem serbischen Gesandten in Bukarest den freundschaftlichen Wink, Serbien möge sich mit den bisher erzielten Erfolgen begnügen, sich kräftigen und sammeln, um möglichst vorbereitet zu den großen Ereignissen, die sich abspielen müßten, Stellung nehmen zu können.

Während der Londoner Botschafterkonferenz, im März 1913, erteilte Sasonow, der Nachfolger Iswolskis, persönlich dem serbischen Gesandten in Petersburg den gleichen ermunternden Rat, den der Vertreter Rußlands kurz vorher in Bukarest erteilt hatte, indem er zugleich seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß Serbien die Donaumonarchie erschüttern werde. Sehr bald darauf hörte der serbische Gesandte in Paris von einer „kompetenten Persönlichkeit", man sei knapp vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges gestanden, habe ihn aber für diesmal noch vermieden, weil man den Balkanverbündeten Zeit zur Erholung und Kräftigung gewähren wollte. Auch der Zar macht dem serbischen Kronprinzen gegenüber deutliche Anspielungen, daß Serbiens Wünsche nun bald in Erfüllung gehen würden. Zu

dem bulgarischen Journalisten Dantschew sagte der russische Gesandte Hartwig in Belgrad: „Wir brauchen ein starkes Serbien. Nach der türkischen Frage kommt die österreichische an die Reihe. Serbien wird unser bestes Werkzeug sein. Ihr Bulgaren werdet Makedonien an dem Tage bekommen, an dem Serbien Bosnien und Herzegowina zurücknehmen wird."

Die Einkreisungspolitik hatte also schon gute Arbeit geleistet, als im Jänner 1913 Poincaré Präsident der französischen Republik wurde. Allgemein wurde diese Wahl als Sieg der Kriegspartei aufgefaßt. Das neue Oberhaupt Frankreichs hatte schon als Ministerpräsident, seit Anfang 1912, eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet, um die Bande zwischen den Mächten der Entente fester zu schmieden. Mit England wurde ein weitgehendes Flottenabkommen getroffen und in Petersburg, wohin er im August 1912 gereist war, gab er das Versprechen, für die dreijährige Dienstzeit in Frankreich sich einzusetzen. Sie kam auch tatsächlich im folgenden Jahre zustande, nachdem überdies durch Aufstellung neuer Regimenter die französische Kriegsmacht wesentlich verstärkt worden war. Es waren dies Kraftanstrengungen so schwerer Natur, daß sie in der Tat, wie man es schon damals erkannte, nur für kurze Zeit, für einen bald eintretenden, in bestimmte Aussicht genommenen Kampf getragen werden konnten. Es ist im hohen Grade bezeichnend, daß man der Republik, die Rußland Millionen für den Bau von Bahnen vorstreckte, um seine Truppen rasch nach dem Westen werfen zu können, solche kriegerische Absichten zumutete. Während der Botschafterkonferenz, die 1913 in London tagte, gab der russische Botschafter Benckendorf in einem Bericht an den Minister Sasonow seiner Meinung dahin Ausdruck, daß „von allen Mächten Frankreich die einzige sei, die, um nicht zu sagen, den Krieg will, ihn ohne großes Bedauern sehen würde".

Angesichts dieser bedrohlichen Vorbereitungen zum Kriege sah sich auch Deutschland genötigt, Schutzmaßnahmen zu treffen. Durch den vom Reichstag Ende Juli 1913 beschlossenen Wehrbeitrag wurde das deutsche Heer in namhafter Weise verstärkt. Nun schlug man im gegneri-

schen Lager über diese Abwehrmaßregel gewaltig Lärm, und die Rüstungen wurden im Eiltempo fortgesetzt. Das Jahr 1914 brachte eine Alarmnachricht nach der anderen. Am 26. Jänner bewilligte der Pariser Gemeinderat auf Geheiß der Regierung eine Geldsumme zur Anschaffung eines ständigen Mehlvorrates von hunderttausend Zentnern zur Verwendung während der Mobilisierung. Die Petersburger „Börsenzeitung" vom 10. Februar brachte eine Erklärung des Kriegsministers, daß die effektive Stärke der russischen Armee um ein Drittel erhöht und der Grundsatz der offensiven Kriegführung zur Anwendung kommen werde. Noch ehe der Monat um war, wurde von der Duma eine Summe von hundertundfünf Millionen Rubel für die Mitte März beginnende allgemeine Probemobilisierung verlangt. Im April reiste der englische König mit Sir E. Grey nach Paris und bald erfuhr man, daß dort ein geheimes Marineabkommen, das auch Rußland einschloß, zustandegekommen sei. Der deutsche Reichskanzler sah sich veranlaßt, vor den Gefahren solcher feindseliger Manöver zu warnen. Auch anderwärts betrachtete man die Situation Deutschlands als im höchsten Grade gefährdet. Admiral Tirpitz teilte einen Brief des deutschen Marineattachés in Tokio vom 19. Juni mit, worin dieser schreibt: Er sei betroffen über die Gewißheit, mit der in Japan alle Welt den Krieg gegen Deutschland in naher Zeit für sicher hält.

Die Weltlage war also schon zum Zerreißen gespannt — da platzte wie eine Bombe die Nachricht von der Bluttat in Sarajewo herein. Wohl selten in der Weltgeschichte war ein Kabinett vor eine derart schwierige Situation gestellt, wie sie jetzt an die Wiener Machthaber herantrat. Alles lag im Dunkeln: man wußte nicht, wer eigentlich Freund und Feind sei. War man Rumäniens, wie es in Berlin geglaubt wurde, sicher, dann durfte man nicht Bulgarien näher treten. Konnte man auf Italien zählen? General Moltke, der Chef des deutschen Generalstabes, war noch Anfang August überzeugt: „Selbst Italien könne nicht so hündisch gemein sein," daß es den Verbündeten „in den Rücken falle". Sogar Conrad von Hötzendorf, der die ganzen Jahre hindurch recht wenig von der Bundestreue Italiens gehalten hatte, glaubte, nach der

starken Bindung, die es im Jahre 1913 in dem Flottenabkommen eingegangen war, mit seiner Loyalität rechnen zu können. Man wußte anfänglich nicht einmal, ob man auf Deutschlands Waffenhilfe rechnen könne, falls Rußland für Serbien das Schwert ziehen werde.

Mit einem solchen Eingreifen des Zarenreiches hat man natürlich auf dem Wiener Ballhausplatz gerechnet, und wenn General Albert Margutti die Sache so darstellt, als ob er erst der Diplomatie, die, wie er sich ausdrückt, wie gewöhnlich „in den Windeln lag", über diese Gefahr die Augen hätte öffnen müssen, so ist dies eine durch nichts gerechtfertigte Entstellung der Tatsachen.[334] Man durfte sich indes doch auch dem Glauben hingeben, daß eine Abrechnung mit Serbien lokalisiert bleibe. Selbst wenn man noch so niedrig über die moralischen Triebkräfte der Politik dachte, so lag doch in der Vorstellung, daß zivilisierte Staaten eine so anrüchige Sache unterstützen würden, etwas Ungeheuerliches. Rußland hatte schon gar keinen Grund, wie Stephan Tisza sagte, „anarchistische Wühlereien und antidynastische Mordanschläge unter seinen Schutz zu nehmen." Auch hatten die Mächte des Dreiverbandes allen Grund, den Weltkrieg um einige Jahre hinauszuschieben, wie ja denn tatsächlich derselbe erst für 1915 oder 1916 geplant war.

Die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung des Kriegsschauplatzes stand also wohl in Kombination. Nur mit einem aktiven Eingreifen Englands scheint Graf Berchtold nicht ernstlich gerechnet zu haben und dies beweist, daß er eigentlich sehr vernünftig dachte, vernünftiger jedenfalls, als die englischen Staatsmänner, die das britische Reich gleich zu Beginn des europäischen Ringens in den Krieg hineinzerrten. England hatte wahrhaftig kein Interesse daran, den Untergang der Donaumonarchie, die Liquidierung des alten Kaiserstaates — sprach man doch auf serbischer Seite offen von einem „Vernichtungskrieg" — zu befördern, Rußland zu Konstantinopel zu verhelfen, den von Bismarck gezimmerten Friedensblock zu zertrümmern und das von dem Inselreich seit Menschengedenken sorgsam gehütete System des europäischen Gleichgewichtes zu zerstören. Daß es dies, gegen die Jahrhunderte alte Tradition, dann doch ge-

tan hat, statt ruhig abzuwarten, nach welcher Seite sich das Übergewicht neigen werde, das hat Erich Marcks mit Recht als eine „verblüffende Todsünde" bezeichnet[335] — es war ein Akt des politischen Wahnsinns, der nur aus dem Rüstungs- und Einkreisungsfieber der letzten Jahre erklärt werden kann. Was Mr. Durham, der zur Zeit der Balkankriege aus dem Munde von Serben und Montenegrinern hörte, daß es 1914 losgehen und man „in Bosnien anfangen" werde, in den „Foreign affairs" schrieb: „Ich war jedoch nicht darauf gefaßt, daß England den Mördern helfen werde. Hätten wir in diesen Tagen Österreich beigestanden, so wäre der Krieg nicht ausgebrochen!" — das war sicherlich die Meinung eines großen Teiles des britischen Volkes. Ohne Englands Beteiligung aber hätte der Krieg zweifellos mit einem Siege der Mittelmächte abgeschlossen.

Alles das lag indes im dunkeln Schoße der Zukunft. Klar war dem Leiter des Auswärtigen Amtes in Wien nur das, daß etwas geschehen müsse, um der unausgesetzten Beunruhigung und Bedrohung der Monarchie von Seite Serbiens ein Ende zu setzen, und in diesem Entschluß befanden sich die militärischen Stellen wie die Diplomatie, besonders die jüngeren Elemente, vollkommen in Übereinstimmung. Die Form freilich, in der sich die Abwehraktion vollzog, kann nicht als glücklich bezeichnet werden.

Zunächst geschah gar nichts; man ließ volle vierzehn Tage verstreichen und erst am 7. Juli trat ein Ministerrat zusammen, der eine „diplomatische Aktion" in — Erwägung zog. Diese bewegte sich leider in einer ganz verfehlten Richtung, indem man den Fall streng juristisch behandelte und nach dem Anstifter des Mordes fahndete. Das heißt: man wollte aller Welt zeigen, daß die serbische Regierung den ganzen Anschlag geleitet habe. Aber dieser Beweis gelang nicht und konnte auch, wenn die serbische Regierung raffiniert zu Werke gegangen war, schwer gelingen. Das Ende der peinlichen Untersuchung war schließlich das, was man von allem Anfang an wußte, daß sie nämlich geistig und moralisch diese wie alle anderen Missetaten gefördert hatte. Nach außen hin gebärdete sie sich ganz entsetzt und vielleicht war wirklich — wenigstens nach den in Paris und

in Petersburg vorherrschenden Gefühlen — die Mine zu früh aufgeflogen.

Endlich, am 19. Juli, also nach fast weiteren vierzehn Tagen, fand ein zweiter Ministerrat statt und hier wurde eine sehr scharf gehaltene Note beschlossen, in der die serbische Regierung aufgefordert wurde, die gegen Österreich-Ungarn betriebene Propaganda mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterbinden, alle Beamten, Lehrer und Offiziere, die sich ihrer teilhaftig machten, zu entlassen, die „Narodna Odbrana" aufzulösen und weiters ihre Einwilligung zu geben, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der „gegen die Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung" wie bei den Erhebungen über das Komplott vom 28. Juni mitzuwirken hätten. Die Forderungen, namentlich die verlangte Mitwirkung von österreichisch-ungarischen Funktionären, griffen wohl empfindlich in die gerade bei kleinen Staaten ungemein hoch gehaltene Souveränität ein, doch darf man nicht vergessen, daß Österreich-Ungarn selbst — es war nach der Ermordung König Michaels im Jahre 1868 — Serbien dieses Zugeständnis gemacht hatte. Die Note, die der österreichisch-ungarische Gesandte am Nachmittag des 23. Juli in Belgrad überreichte, war sehr kurz, auf achtundvierzig Stunden, befristet, so daß sie den Charakter eines Ultimatums an sich trug. Das Wiener Kabinett ließ am nächsten Tage ausdrücklich in Petersburg wissen, daß man gegenüber Serbien keinerlei territoriale Absichten hege.

Die Antwort, welche die Belgrader Regierung, ganz „gekränkte Unschuld", auf diese Note gab, ist in ihrer Art ein diplomatisches Meisterstück, ein Musterbeispiel von Tücke und Verlogenheit. Sie war in der Form äußerst loyal und entgegenkommend gehalten, sprach gleich in den einleitenden Worten die Überzeugung aus, daß sie „jedes Mißverständnis zerstreuen" werde, drückte die „schmerzliche Überraschung" darüber aus, daß man serbische Angehörige im Verdacht habe, an der Vorbereitung des in Sarajewo verübten Attentates teilgenommen zu haben, teilte auch mit, daß einer der Beschuldigten, der Major Tankosić, verhaftet wurde, und erklärte sich am Schlusse bereit, die Lösung der

Angelegenheit, falls die Wiener Regierung, durch diese Antwort nicht befriedigt sein sollte, dem internationalen Schiedsgericht im Haag oder den Großmächten zur Entscheidung vorzulegen.

Für die große Welt, die ja bekanntlich — mundus vult decipi — gerne nach dem Scheine urteilt und, wie das meist der Fall ist, die näheren Verhältnisse nicht kannte, wäre mit den Angeboten der serbischen Regierung zweifellos eine geeignete Grundlage gegeben gewesen, weiter zu verhandeln und die Sache, wie es in der Erwiderung heißt, „nicht zu überstürzen". Das Wiener Kabinett aber, das die Gepflogenheiten der Belgrader Regierung besser kannte und die solenne Erklärung von 1909 vor Augen hatte, die auch in der Form einwandfrei loyal gefaßt, doch alles eher denn aufrichtig gemeint war, daher auch keinerlei Effekt hatte, mußte anders denken. Alles in der Antwort war mehr oder weniger auf Schrauben gestellt, mit der deutlichen Absicht, die ganze Angelegenheit zu verschleppen, und in der Hauptsache, der Mitwirkung von österreichisch-ungarischen Organen, war sie zudem ausweichend. Übrigens war drei Stunden vor der Überreichung dieser Gegennote vom König die — allgemeine Mobilisierung angeordnet worden!

Das Wiener Kabinett, das aus der serbischen Note den Eindruck der „Hinterhältigkeit" gewann, erklärte sie für „ungenügend" und brach noch am 25. Juli die diplomatischen Beziehungen ab. Wie wir die Dinge heute zu überblicken vermögen, hatte Graf Berchtold die Situation vollkommen richtig durchschaut. Serbien war, als ihm die Note der Wiener Regierung eingehändigt wurde, überzeugt, daß es unbedingt auf den Beistand Rußlands und Frankreichs zählen könne. Am 20. Juli war, während der deutsche Kaiser seine gewohnte Erholungsfahrt nach dem Norden unternahm, Poincaré in Petersburg eingetroffen und da wurde verabredet, eine Einmischung Österreich-Ungarns nicht zu dulden. Der Zar hatte seinerseits dem serbischen Kronprinzen den Wink gegeben, Serbien solle nicht nachgeben. Durch Paléologue, den französischen Botschafter am Zarenhofe, wissen wir, daß König Nikita von Montenegro, schon vor der Übergabe des Wiener Ultimatums seiner Tochter

nach Petersburg telegraphierte, es werde noch vor Ende des Monats zum Kriege kommen. Von Österreich, so äußerten sich die Großfürsten zum Botschafter, werde nichts übrig bleiben, Frankreich werde Elsaß zurücknehmen, französische und russische Heere würden sich in Berlin vereinigen und Deutschland werde zerstört werden. So malte sich in den Köpfen der alten, erbitterten Gegner der Donaumonarchie in Cettinje und in Belgrad die weitere Entwicklung der Ereignisse aus, und unter solchen Verhältnissen, nach der von den Ententegrößen beliebten Darstellung, von einem „räuberischen Überfall" der Mittelmächte zu reden, klingt in der Tat grotesk.

Aber eines ist leider richtig. Die österreichisch-ungarische Monarchie hat dadurch, daß sie trotz der — scheinbar — entgegenkommenden Antwort auf ihre scharfe Note kurzer Hand alle weiteren Verhandlungen mit Belgrad abbrach, vor der Welt das Odium des gewalttätigen Friedensstörers auf sich geladen, ohne etwas anderes erreicht zu haben, als daß man in den seit der Ermordung des Thronfolgers verstrichenen vier Wochen ganz den eigentlichen Anlaß der Erregung des Wiener Kabinettes vergessen hatte und nur das arme, schwer gedemütigte und von seinem großen Nachbarn bedrängte Serbien sah, das alles tat, um eine feindliche Invasion zu verhüten und für Europa den Frieden zu retten. Rußland gewann überdies Zeit, seine letzten Vorbereitungen zum Waffengang zu treffen. Nirgends begriff man recht, warum Graf Berchtold, wenn er schon ein gewaltsames Vorgehen gegen Serbien — das Ultimatum war „auf Nichtannahme" gestellt — im Auge hatte, dieses nicht gleich ins Werk setzte, zu einer Zeit, wo die Welt noch unter dem erschütternden Eindruck der Mordtat stand und man die Strafaktion leichter begriffen hätte. Indem man diese auf dem Umweg einer gerichtlichen Untersuchung und diplomatischer Verhandlungen zu erreichen suchte, gewann die ganze Aktion in der Tat den Anstrich einer „kalt erwogenen" und reiflich überdachten Herbeiführung eines Krieges mit Serbien. Daß man dann wartete, bis die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Sasonow in Petersburg vorüber war, trug der Wiener Regierung noch oben-

drein den gleichen Vorwurf, den sie der serbischen gegenüber erhoben, den der „Hinterhältigkeit", ein.

Sehr geschickt war also dieses rein diplomatische, dilatorische Vorgehen des Wiener Kabinettes gewiß nicht, und unwillkürlich drängt sich die Frage auf, wie wohl die größeren Vorgänger in dem Gebäude der alten Staatskanzlei in der gleichen Situation gehandelt hätten. Fürst Metternich, dessen Geist dort noch immer zu walten schien, dessen Grundsätze wie ein heiliges Vermächtnis angesehen zu werden pflegten, würde sich wohl kaum den Trumpf haben entgehen lassen, den gewaltigen Eindruck, den die grauenhafte Tat in der ganzen gesitteten Welt hervorrief, für die politischen Ziele der Monarchie besser auszunützen. Es wäre ihm nicht schwer gefallen, die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers als eine Handlung hinzustellen, die sämtliche gekrönten Häupter gemeinsam gefährde, die jede große Monarchie gleich in Frage stelle, weshalb es Pflicht aller Fürsten ohne Ausnahme sei, gegen diesen anarchischen, revolutionären, auf den Umsturz der staatlichen Ordnung in Europa gerichteten Anschlag brüderlich vereint vorzugehen. Auf den Zaren und den König von Italien, dessen Häuser von Fürstenmorden einiges zu erzählen wußten, hätten solche Vorstellungen sicherlich Eindruck gemacht. Und wenn auch Nikolaus II., wie man weiß, alles eher denn ein Selbstherrscher und „Beherrscher aller Reußen" war, sondern sich stark von der panslawistischen Kriegspartei beherrschen ließ, so wäre doch, wenigstens für einige Zeit, ein stärkeres Gegengewicht geschaffen worden. Die Leichenfeierlichkeiten für den dahingemordeten Franz Ferdinand hätten dem Staatskanzler Gelegenheit gegeben, den Abscheu vor der Bluttat in Sarajewo zu schüren und vertraulich über die gegen Serbien zu unternehmenden Schritte zu verhandeln. Die fremden Staatsoberhäupter wurden indes zur Beisetzung nicht eingeladen und das ist mit Recht als ein Fehler bezeichnet worden. Der draufgängerische Fürst Schwarzenberg aber würde es sich wohl nicht haben nehmen lassen, sofort nach der Untat Belgrad zu besetzen. Mit dem Faustpfand in der Tasche hätte er sich beruhigter zum Konferenztisch setzen können.

Graf Berchtold hat den Weg einer vertraulichen Aussprache mit den Mächten zu gehen unterlassen, sie wurden vielmehr durch das Ultimatum überrascht. Nicht einmal die verbündeten und befreundeten Kabinette erfuhren früher etwas — ein Vorgehen, das, wie uns Ottokar Czernin, der damals als Gesandter in Bukarest weilte, bezeugt, Rumänien schwer verstimmte und deshalb hätte vermieden werden sollen. Vielleicht, ja wahrscheinlich hätten Italien und Rumänien so auch nicht anders gehandelt, als wie sie später gehandelt haben, aber man hat ihnen dadurch ihr Abschwenken erleichtert. Das war gewiß ein „Formfehler", der freilich aus der einziggearteten Situation zu erklären ist, daß man den eigenen Alliierten nicht trauen durfte. Was für „wohlgemeinte" Ratschläge hätte man erst, nach dem wenig freundschaftlichen Verhalten der Mächte auf der Londoner Botschafterkonferenz von 1913 zu schließen, von den anderen zu hören bekommen!

Der österreichisch-ungarische Außenminister hat aber auch das andere Mittel der frisch zugreifenden Tat, zu welcher der rührige Chef des Generalstabes Baron Conrad drängte, nicht in Anwendung gebracht. Es geschah vielmehr — echt österreichisch — das berühmte „Halbe": neben der „Kraftanwendung" gegen Serbien sollten „Verhandlungen" geführt werden. Man weiß heute auch die Gründe dieses faulen Kompromisses. Auch in dieser entscheidenden Schicksalsstunde bewährte sich die unselige Haustradition, sozusagen das Kabinettstück des Kaisers Franz: die Uneinigkeit der Ratgeber des Kaisers. Es war diesmal eigentlich nur ein einziger Minister, der opponierte, aber dieser eine Mann wog viel, denn er war der ungarische Ministerpräsident Stephan Tisza, der stärkste politische Kopf und eben Magyare.

Graf Tisza warnte vor einem zu scharfen Vorgehen gegen Serbien. Die Forderungen, welche an dasselbe zu richten wären, müßten wohl harte sein, sie dürften aber nicht unerfüllbare sein. Erst wenn es darauf nicht einginge, wäre ein Ultimatum zu stellen. Auch ein diplomatischer Erfolg, der eine starke Demütigung Serbiens mit sich brächte, würde das Prestige der Donaumonarchie auf dem Balkan stärken.

Er verwies auf die „furchtbare Kalamität" eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen und auf die Möglichkeit einer besseren Gestaltung derselben in der Zukunft. Natürlich vertrat Graf Tisza den ungarischen Standpunkt: er besorgte einen rumänischen Einfall in Siebenbürgen; auch mag ihm vor einer Angliederung slawischen Gebietes im Falle eines Sieges Österreich-Ungarns gebangt haben. Aber seine Einwände hatten doch die Wirkung, daß man mit der kriegerischen Aktion innehielt und Verhandlungen einleitete, allerdings die Forderungen so formulierte, daß sie einem Ultimatum gleichkamen. Die Sache war gründlich verfahren. Conrad von Hötzendorf äußerte sich verstimmt im vertrauten Kreise: Das ganze Unternehmen habe „keinen leitenden Gedanken". Aber schließlich ob man es so oder so eingeleitet hätte, es wäre ja doch wohl zu dem von den Drahtziehern der Einkreisungs- und Vernichtungspolitik gewollten Ende gekommen.

Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien am 25. Juli kam die von langer Hand vorbereitete Mine zum Auffliegen. Eine Tragikomödie der Wirrnisse und Irrungen begann, wie sie in der Weltgeschichte wohl ohne Beispiel dasteht. Das Deutsche Reich stellte sich in wahrhafter Nibelungentreue auf die Seite des Verbündeten; es hoffte dadurch, wie dies in der Annexionskrise von 1908 der Fall war, Rußland vom Kriege abzuhalten. Das Zarenreich aber sprang sofort Serbien bei, ohne Rücksicht auf die von Berchtold vertretene Meinung, daß „im gemeinsamen Interesse der zivilisierten Welt Mordanschläge nicht straflos als Werkzeug im politischen Kampf benützt werden dürfen"; schon am nächsten Tage wurden umfassende Mobilisierungsvorbereitungen getroffen und sodann, am 27. Juli, die südwestlichen Militärbezirke Odessa, Kiew und Warschau unter die Waffen gerufen. Am Tage darauf erfolgte von Seite Österreich-Ungarns die Kriegserklärung an Serbien, nachdem kurz vorher die Meldung eingetroffen war, daß die Serben bereits die Feindseligkeiten eröffnet hätten. Es wurden acht Korps mobilisiert; die Mobilmachung der galizischen Korps wurde indes nicht verfügt.

Die drohend in die Nähe gerückte Kriegsgefahr rüttelte die Kabinette in Berlin und London zu einem Versuch auf, in elfter Stunde das Unheil zu beschwören. Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg klammerte sich an den von Sir E. Grey gemachten Vorschlag einer „Vermittlung à quatre": England, Deutschland, Frankreich und Italien sollten zu einer Konferenz zusammentreten, um den Streit zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu schlichten. Das Berliner Kabinett übernahm es, auf die Regierung des Verbündeten „calmierend" zu wirken. Um die Mittagsstunde des 30. Juli überbrachte der deutsche Botschafter Tschirschky den Vermittlungsvorschlag Edward Greys, der persönlich einige Andeutungen beifügte, daß Österreich-Ungarn jede Genugtuung verschafft und die Serben auf alle Fälle gezüchtigt werden sollten. Bethmann-Hollweg riet „dringendst und nachdrücklichst" zur Annahme der Vermittlung, indem er darauf hinwies, daß es für die Mittelmächte „ungemein schwer" sei, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen. Conrad von Hötzendorf aber erhielt von seinem Vertreter im Deutschen Generalstab die Weisung, „Nicht Rußland Krieg erklären, sondern Angriff Rußlands abwarten".

Indes schon am Morgen des nächsten Tages, des 31. Juli, änderte sich das Bild gründlich. Conrad empfing von Moltke ein Telegramm des Inhalts: „Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren, Deutschland wird mobilisieren, Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen." Bald kam vom Militärattaché in Berlin die ergänzende Mitteilung: „Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit."

Der plötzliche Umschlag der Stimmung in Berlin erklärt sich auf eine sehr einfache Weise dadurch, daß Rußland mittlerweile die allgemeine Mobilisierung verfügt hatte. Während der Draht fieberhaft zwischen London, Berlin, Wien und Petersburg arbeitete, um die Gefahr eines europäischen Krieges zu bannen, waren schon die panslawisti-

schen Schürer und nationalistischen Hetzer am Zarenhofe und an der Seine eifrig am Werke, die Vermittlungsaktion zum Scheitern zu bringen. Am 29. Juli wurde vom Zaren die Mobilmachung der gesamten Armee angeordnet. Da kam abends von Kaiser Wilhelm ein Telegramm, das den Zaren bestimmte, den Befehl zur Mobilisierung rückgängig zu machen. Aus dem Suchomlinow-Prozeß ist bekannt, wie Zar Nikolaus von Sasonow hintergangen wurde, indem dieser ihm vorstellte, die Zurücknahme sei bereits zu spät — so hatte der Selbstherrscher vor der Kriegspartei abgedankt. Durch die russische Mobilmachung aber war jene „Zwangslage" geschaffen worden, durch die der Weltkrieg entfesselt wurde. Die Furcht, „zu spät" zu kommen und von der russischen „Dampfwalze" überrannt und erdrückt zu werden, hatte den Umschwung in der Haltung des Berliner Kabinettes herbeigeführt.

In Wien war übrigens schon am 30. Juli in einer vor dem Kaiser abgehaltenen Besprechung, welcher Graf Berchtold, der Chef des Generalstabes und der Kriegsminister beiwohnten, der Beschluß gefaßt worden, die englische Vermittlung abzulehnen. Erst sollte die Aktion gegen Serbien zu Ende geführt werden, dann konnte man weiterreden. Graf Berchtold hatte den Mächten schon vorher seinen Standpunkt erklärt, daß es sich in dem gegenwärtigen Konflikt mit Serbien um eine Sache handle, die Österreich-Ungarn allein angehe. Unmöglich konnte die Donaumonarchie, sobald Serbien und Rußland mobilisiert hatten, zum Konferenztisch sich setzen. Auch hatte man keinerlei Garantien dafür, daß die neue Botschafterkonferenz sich zu dem Lebensinteresse der habsburgischen Monarchie freundlicher stellen werde, als es die von 1913 getan hatte. Sollte man sich so lange hinhalten lassen, bis Rußland mit seinen Kriegsvorbereitungen, — die ohnehin, wie sich dies später herausstellen sollte, weiter vorgeschritten waren, als man dachte — vollends zu Ende war und die Feinde, Italien inbegriffen, auf einmal über das Donaureich herfielen? Es war die bitterste Notwendigkeit, die diesmal dem friedliebenden Beherrscher der habsburgischen Monarchie das Schwert in die Hand drückte. „Wenn die Monarchie schon", so äußerte

sich Kaiser Franz Joseph zu Conrad, „zugrunde gehen soll, so soll sie wenigstens anständig zugrunde gehen".

Was nun weiter geschah, ist hinlänglich bekannt. Frankreich, wo die Kriegspartei schon lange auf den Augenblick, gegen Deutschland losschlagen zu können, brannte und der Pazifist Jean Jaurès am Abend des 31. Juli als erstes Opfer fiel, verstand es geschickt, bei der Kriegserklärung dem Deutschen Reich den Vorstreich zu lassen, wodurch dem Lügenmärchen von dem „Überfall" willkommener Vorschub geleistet wurde. England aber nahm die Verletzung der belgischen „Neutralität" zum Anlasse, um aktiv in den Krieg einzutreten. Der Einfall der deutschen Truppen in Belgien war gewiß bedauerlich, er mag politisch ein Fehler — Ottokar Czernin nennt ihn das „größte Unglück" — gewesen sein, aber andererseits muß doch anerkannt werden, daß in dem Augenblicke, da die Waffen sprechen, die militärischen Rücksichten die erste Rolle spielen müssen. Und wer verbürgte den für den Ausgang des Ringens verantwortlichen Führern, daß die belgische „Neutralität" auch von den anderen heilig gehalten und der deutschen Armee nicht in die Flanke gefallen werde? Belgien war schon lange nicht mehr neutral; denn die Engländer hatten es sich dort seit Jahren recht häuslich eingerichtet. Engländer, die auf dem Vormarsch durch Belgien gefangengenommen wurden, gestanden, daß sie ihre Mäntel in Maubeuge und anderen Plätzen dieses Landes aufbewahrt hatten. Allein das Schlagwort, daß die Entente zum „Schutze der kleinen Nationen" und für die „Zivilisation" die deutschen „Barbaren" bekämpfe, war nun ausgegeben und wirkte in der Welt wie ein Zauberwort.

Bald schließen sich andere als Feinde an — es zeigten sich immer deutlicher die Folgen der unglücklichen Außenpolitik des wilhelminischen Deutschland, die es nicht verstanden, in der Welt sich Freunde zu schaffen, die vielmehr überall anstieß. Das Deutsche Reich hatte sich an die Spitze der auf die Abwehr der Mongolen, der „gelben Gefahr", gerichteten Bewegung gestellt; aus Freundschaft für Rußland war es den Japanern, als sie den Chinesen nach einem siegreichen Feldzug Land wegnehmen wollten, in den Arm ge-

fallen, und der Friede von Shimonoseki von 1895 brannte ihnen schwer auf der Seele. Nun rächten sich die Japaner, indem sie unter Berufung auf ihr Bündnis mit England am 17. August in Berlin ein Ultimatum stellten und alsbald die Feindseligkeiten begannen. Rußland konnte nun ungescheut seine Horden aus den asiatischen Steppen nach Deutschland und Galizien werfen, um sie dort in den Kampf für die „Zivilisation" einzusetzen.

Und nun kam, nach Jahresfrist, als die Mittelmächte durch den langen, erbitterten Kampf gegen eine Übermacht schon stark abgemattet waren, ein neuer Feind — der „Bundesgenosse" Italien. Bismarcks Erwartung, daß bei Ausbruch eines Krieges gegen Frankreich und Rußland wenigstens ein italienischer Korporal mit der italienischen Flagge und einem Trommler an der Seite die Front gegen Westen halten werde, sie erfüllte sich nicht. Die Franzosen konnten von allem Anfang an beruhigt ihre gesamte Streitmacht gegen die deutsche Armee ins Feld stellen. Die Schwarzseher hatten leider recht bekommen; alles, was seit Jahrzehnten über die „Aasgeierpolitik" der Italiener, über ihre „Erpressertaktik" gesagt wurde, fand jetzt seine traurige Bestätigung; die „diamantartige Reinheit" der italienischen Politik, von der Sonnino rühmend sprach, konnte nur bei den Mächten des Dreiverbandes bewundernde Anerkennung finden.

Als sich Italien anfangs August „neutral" erklärte, schrieb König Viktor Emanuel dem Kaiser Franz Joseph: „Ich brauche Eurer Majestät nicht zu versichern, daß Italien alles, was in seiner Macht liegt, tun wird, um sobald als möglich an der Wiederherstellung des Friedens mitzuhelfen und gegenüber seinen Verbündeten eine herzlich-freundschaftliche Haltung bewahren wird, entsprechend dem Dreibundvertrage, seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, die es wahren muß." Diese „großen Interessen" oder, wie man es in Italien aufrichtig nannte, der „sacro egoismo", gaben den Ausschlag.

Schon am Tage, da Österreich-Ungarn sein Ultimatum an Serbien überreichte, meldete der italienische „Bundesgenosse" seine Ansprüche auf „Kompensationen" an, ohne

indes zu sagen, was es eigentlich wolle. Noch konnte man meinen, daß Italien dieselben auf die Balkanhalbinsel bezog. Für jeden nämlich, der im diplomatischen Geschäft noch nicht alle Begriffe von Logik und Anstand verlernt hatte, war es klar, daß sich der famose „Trinkgelderparagraph" nicht auf Gebiete der Donaumonarchie selbst beziehen konnte, da doch der Zweck des Dreibundes in erster Linie die Erhaltung der Integrität der verbündeten Staaten gewesen ist. Allein das Unglaubliche geschah. Als die Lage der Mittelmächte nach den Schlachten an der Marne und bei Lemberg sich verschlechtert hatte, die Donaumonarchie gegen die Millionenheere des zaristischen Rußland in verzweifeltem Ringen stand, wurde Baron Sonnino deutlicher. Valona in Albanien hatten die Italiener im Dezember so nebenbei besetzt — nun wollten sie auch die „unerlösten" Gebiete des Verbündeten haben. Es sollte dadurch, wie sich Sonnino hübsch ausdrückte, der Dreibund „vertieft", das Verhältnis zu Italien „in Zukunft noch herzlicher ausgestaltet" werden. Allein noch immer rückte Sonnino mit der Sprache nicht heraus. In Berlin glaubte man, um den Preis von Welschtirol die dauernde Neutralität Italiens erlangen zu können. Doch das war nur eine Vermutung. Der italienische Außenminister hatte sich für seine Kompensationsansprüche eine Art „gleitender Skala" zurechtgelegt, die sich aber lediglich in aufsteigender Linie bewegte, immer höher und höher, je prekärer die Situation Österreich-Ungarns wurde und je weiter die Rüstungen Italiens gediehen.

Graf Stephan Burián, der am 13. Jänner den Grafen Berchtold am Ballhausplatze ablöste, erlebte peinvolle Tage und Stunden. Er erkannte von allem Anbeginn, daß es sich bei den mit den Italienern geführten Verhandlungen um „eine Schraube ohne Ende" handle, und der gleichen Ansicht war der italienische Botschafter Herzog von Avarna, persönlich ein aufrichtiger Anhänger des Dreibundes, dem nun die unangenehme Aufgabe zuteil wurde, die dem Feingefühl eines Ehrenmannes widerstrebende Erpresserpolitik der römischen Regierung zu vertreten. Vertraulich gab er dem Minister zu verstehen, daß man in Rom nur Zeit gewinnen wolle, um

die Rüstungen zu vollenden. Trotzdem tat Burián sein möglichstes, um das Abschwenken der verbündeten Großmacht ins feindliche Lager zu verhüten. Nachdem er am 5. März die Zustimmung der beiden Regierungen und drei Tage später, nach einem in Schönbrunn abgehaltenen Kronrate, auch die des Monarchen erlangt hatte, bot er die Abtretung des Trentino. Sonnino verlangte darauf die sofortige „mise en effet" und ließ zugleich deutlich durchblicken, daß damit die Wünsche Italiens noch nicht befriedigt seien.

Am 1. April teilte der Herzog von Avarna dem Grafen Burián mit, daß seine Vorschläge zu vage seien — „das Ziel der zukünftigen herzlichen Beziehungen erfordere doch einen höheren Preis". Am selben Tage langten in Wien Nachrichten von dem versteckten Aufmarsch der Italiener an der Grenze ein. Mühsam schleppten sich die Verhandlungen weiter. Italien, das mit seinen Kriegsvorbereitungen noch nicht zu Ende war, hatte keine Eile, Österreich-Ungarn natürlich auch nicht. Langsam erfuhr man in Wien, was der „Bundesgenosse" alles wollte, um die „Vertiefung" des Bundesverhältnisses herbeizuführen: außer Südtirol noch das Isonzogebiet mit Görz und Gradiska, Triest und die dalmatinischen Inseln. Und das alles hätte sofort übergeben werden sollen, so daß Österreich-Ungarn seine wichtigsten strategischen Stützpunkte verloren hätte!

Indes Graf Burián, vor die Gefahr eines Abbruches der Verhandlungen gestellt, kam der römischen Regierung noch weiter entgegen, so daß es sich eigentlich nur mehr um die Loslösung von Triest, der alten Hafenstadt des Reiches, handelte, wozu sich das Wiener Kabinett nicht entschließen konnte. Da, am 4. Mai, erklärte die römische Regierung den Bundesvertrag für null und nichtig, es wollte in seiner Aktion „frei" sein, weil es sich bereits — nach der anderen Seite hin gebunden hatte. Eine Woche vorher, am 26. April, hatte sie mit England und Frankreich einen Geheimvertrag abgeschlossen, der Italien noch größeren Gebietsgewinn in Aussicht stellte: zu dem von Österreich-Ungarn Gebotenen noch das deutsche Südtirol bis zum Brenner und ganz Istrien mit Triest. Der Londoner Pakt, der auch außeritalienische

Gebiete, darunter eine halbe Million Deutsche Tirols, einbezog, hatte die imperialistischen Pläne Italiens enthüllt.

Vergebens war Ludo M. Hartmann, der durch sein wissenschaftliches Arbeitsgebiet wie durch seine politische Tätigkeit mit Italien zahlreiche Verbindungen besaß und wie viele Deutsche dieses Land aufrichtig liebte, bemüht, in letzter Stunde Italien davon abzuhalten, wegen einiger Landfetzen seiner stolzen Vergangenheit untreu zu werden. „Italien, dessen Ruhm es ist," schrieb er in der „L'Unitá" am Tage, bevor in London der unselige Pakt zustande kam, „das Banner der nationalen Einheit aufgepflanzt zu haben, darf nicht, uneingedenk seines Propheten, der den Bund der national geeinigten Völker proklamierte, auf Eroberungen auf Kosten f r e m d e r Nationen ausgehen, darf nicht den Weg solcher Eroberungen beschreiten, welche das Prinzip, auf dem es selbst beruht, verneinen ... Gerade Italien muß den Beweis erbringen, daß das Nationalitätsprinzip wirklich etwas Heiliges ist und nicht ein schöner Vorwand für häßliche und verderbliche Machtgelüste auf Kosten anderer Nationen, Italien, dessen Stärke und Größe darauf beruht, daß innerhalb seiner Grenzen kein Splitter eines fremdsprachigen Volkes, das sich nach Vereinigung mit seiner madre patria sehnt, darf nicht das Verbrechen gegen den heiligen Geist der Geschichte begehen, sein reines nationales Schild zu beflecken."

Der Appell verhallte wirkungslos, weil es den Italienern ebensowenig wie den Mächten der Entente um die Befriedigung ihrer berechtigten nationalen Wünsche oder um den Schutz der kleinen Völker zu tun war, sondern weil sie alle auf Eroberungen ausgingen — nur der „Ehrgeiz des preußischen Junkers", die „Raubgier" des Habsburgerreiches galt als verpönt. Auch war Italien schon zu sehr nach der anderen Seite gebunden. Es gewann in dem einen Jahre, da es in nicht wohlwollender Neutralität verharrte, reichlich Zeit, um seine Rüstungen zu vollenden und über die Bundesgenossen herzufallen. Besonders widerlich berührt es, daß Italien auch dann noch die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn weiterführte, als es schon mit der Entente handelseinig war; auch Fürst Bülow, der sich in Rom persönlich

für das Zustandekommen eines Einverständnisses mit Wien bemüht hatte, gewann schließlich den Eindruck, daß es Italien „nicht ernst" damit sei. Am 23. Mai erklärte Italien an Österreich-Ungarn den Krieg. Die Politik des „sacro egoismo" hatte gesiegt — der schwärzeste Verrat, den je die Weltgeschichte gesehen, war vollbracht.

Bald fiel dann auch Rumänien um. Die Dinge lagen hier ähnlich wie in Italien. Das Bündnis mit den Mittelmächten beruhte nur auf den guten persönlichen Beziehungen des alten Königs Karl, im Volke selber aber hatte es keine Wurzel. Verschiedene Ursachen hatten das Verhältnis zur Nachbarmonarchie schwer getrübt: die unglückselige Handels- und Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns, die Rumänien — ähnlich wie dies gegenüber Serbien der Fall war — „in ihrem Lebensnerv traf", und nicht zuletzt die schlechte Behandlung der ungarländischen Rumänen durch die Magyaren, die wieder das Aufkommen einer großrumänischen Bewegung erleichterte. Der Thronfolger Franz Ferdinand wäre, wie es heißt, bereit gewesen, Siebenbürgen Rumänien zu überlassen. Das so vereinigte Großrumänien hätte dann zur Monarchie eine Stellung eingenommen, die ungefähr dem Verhältnis Bayerns zu Deutschland entsprach. Allein der ungarische Ministerpräsident Tisza wollte von der Abtretung ungarischen Bodens nichts hören, und so wie er, dachte jeder Ungar. Unter solchen Umständen blieben die Bemühungen einzelner Politiker Rumäniens, dem Bündnis mit der benachbarten Donaumonarchie einen breiteren Boden zu gewinnen, ohne Wirkung. Auch das im Oriente nicht ungewöhnliche und, wie Kenner behaupteten, nicht unwirksame Mittel, die Herzen, die sich sichtbar immer mehr von Österreich-Ungarn abwandten, durch Geld zu gewinnen, wurde von der Wiener Regierung, die in diesem Punkte von jeher überaus engherzig und knauserig war, nicht ausgenützt — man hatte immer Geld, um für einen Tschechen oder Polen einen neuen Ministerialratsposten zu schaffen, aber für solche weiterausschauende Zwecke fehlte es, weil das Verständnis dazu mangelte.

Schließlich — und wirklich nicht zuletzt — gesellte sich den Mächten der Entente, gerade in einem Zeitpunkte, da es

ihnen an die Gurgel ging, Amerika bei. Es hatte von allem Anbeginn die Entente, die ja in der vorteilhaften Lage war, den äußeren Ring der Kämpfenden darzustellen, ausgiebig mit Waffen und Munition unterstützt und dabei — bis Mitte Mai war um eine Milliarde Dollar Kriegsmaterial ausgeführt worden — ein glänzendes Geschäft gemacht. Nun da man dort, mit dem Einsetzen des verschärften Unterseebootkrieges, alle Ursache hatte, um sein Anlagekapital besorgt zu sein, trat es als offener Gegner in den Krieg wider die Mittelmächte auf den Plan — moralisch entrüstet über die Verletzung der Humanität und wie sonst die öligen Redensarten lauteten, die man nicht fand, als die von England über Deutschland verhängte völkerrechtswidrige Hungerblockade Tausenden und Abertausenden von unschuldigen Frauen und Kindern den Untergang bereitete. Geschäft ist Geschäft, und wenn man es noch dazu machen kann, indem eine „gerechte" Sache vertreten wird, um so besser. Daß die Amerikaner aber eine solche verfochten, das wurde sicherlich in den weitesten Kreisen wahrhaft geglaubt. Es wäre gänzlich verfehlt anzunehmen, daß das Volk, welches sofort nach der Beendigung des Weltkrieges so viel für die notleidende Bevölkerung der Gegner von gestern getan hat, nicht von aufrichtiger Menschenliebe erfüllt sei. Wiederum zeigt sich die ungeheure Macht der „gelben" Presse, die den Amerikanern so lange von dem deutschen Militarismus, der die ganze Welt erobern und unterjochen wolle, und den Schandtaten der deutschen „Hunnen" zu erzählen wußte, bis sie es wirklich glaubten — und so der Krieg förmlich populär wurde.

Der 3. Februar 1917, an welchem Tage Amerika die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach, ist ein denkwürdiges Datum geworden. Denn durch sein Eintreten in den Krieg ist derselbe, wie man heute weiß, zugunsten des Vierverbandes entschieden worden. Der Beitritt Englands hatte verhindert, daß das Schicksal Rußlands sich früher erfüllte und Frankreich von dem gleichen Los getroffen wurde; er war hauptsächlich daran schuld, daß der Krieg nicht, wie man allgemein erwartete, etwa zu Weihnachten beendigt war. Das Eingreifen Amerikas mit seinen frischen Truppen und noch mehr mit seinen unerschöpflichen

technischen Kampfmitteln aber hatte zur Folge, daß die Siegespalme, die den Mittelmächten nach einem dreijährigen, heldenhaften Ringen zum Greifen nahe winkte, den Ententemächten zufiel. Nicht die staatsmännische Weisheit eines Clemenceau, nicht das angeblich strategische Genie eines Foch, auch nicht die „stärkeren Nerven", auf die man sich deutscherseits verließ, sondern tatsächlich die „silbernen Kugeln" Amerikas, die Lebensmittel und Waffen in verschwenderischer Fülle den zermürbten Armeen der Entente zuführten, haben den Ausschlag gegeben.

Gegenüber dieser Welt von Feinden — auch die Farbigen von Afrika und Australien, echte Papuas, wurden in den Kampf um die Zivilisation hereingezogen — standen die Mittelmächte ziemlich isoliert da. Nur zwei Kampfgenossen gesellten sich ihnen bei: der „kranke Mann vom goldenen Horn", die Türkei, die in den vorausgegangenen Kriegen mit Italien und den Balkanstaaten zum Weißbluten gebracht worden war, und Bulgarien, das in den Balkankriegen die schwersten Verluste erlitten hatte. Man kann wahrhaftig nicht behaupten, daß der Krieg von Deutschland und seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, dem „zweiten" kranken Mann, diplomatisch gut vorbereitet gewesen sei. Aus diesem Umstand allein wie aus dem Fehlen bestimmter Kriegsziele kann man ersehen, wie wenig ernsthaft die Mittelmächte an einen Weltkrieg dachten.

Ebenso schlecht wie die diplomatische Vorbereitung war die militärische. Österreich-Ungarn trat „wie immer" vollständig mangelhaft ausgerüstet in den großen Daseinskampf ein.[336] Wiederholt waren in den letzten Jahren vor seinem Ausbruch Mahnrufe ertönt, die auf die Rückständigkeit seiner Armee hinwiesen. Aber die Heeresverwaltung hatte mit unsäglichen Schwierigkeiten zu kämpfen — jede Verstärkung, jede Verbesserung mußte den Volksboten in Wien und in Budapest erst abgerungen werden. Die Truppenbestände waren so dürftig, daß, um mit einem hervorragenden Fachmann zu reden, „alles, was im Frieden auch nur eine notdürftige Ausbildung durchgemacht hatte, sofort an die Front gestellt werden mußte". So wurde auch gleich der Landsturm ersten Aufgebots eingesetzt, der, weil der

Vorrat an feldgrauen Uniformen nicht ausreichte, in den verpönten dunklen Monturen ins Feld rückte.

Einer der wundesten Punkte der militärischen Ausrüstung war wohl die Artillerie. Sowohl die Zahl wie die Tragweite der Geschütze war völlig unzulänglich. Die Schußweite war um rund tausend Meter geringer als die der feindlichen Geschütze. Die einzige Aktivpost bildeten die 30.5-cm-Mörser, ein „artilleristisches Wunder" an Beweglichkeit und Wirkung. Sie waren ohne parlamentarische Bewilligung angeschafft worden, und der Kriegsminister entging nur dadurch der bereits formulierten Anklage, daß eine Stunde vor der entscheidenden Delegationssitzung die Nachricht von dem Ausbruch des ersten Balkankrieges einlangte — erst jetzt fing man an, den Ernst der Situation einzusehen, und die Kriegsverwaltung konnte rasch einige Versäumnisse nachholen. Auch die Ausbildung der einzelnen Waffengattungen war vollständig verfehlt. Die Kavallerie ritt gegen Schützengräben ihre berühmten Attacken. Die Infanterie stürmte, ohne die Wirkung der Artillerie abzuwarten, ins feindliche Feuer, so daß das beste Soldatenmaterial gleich zu Beginn des Krieges „in unsinnigster Weise" verschwendet wurde.[337] Die Truppen mußten erst im Kriege umlernen, was immer eine mißliche Sache ist. Die Führung versagte, mit ganz geringen Ausnahmen, nicht minder.

Auch wirtschaftlich war der Krieg so gut wie gar nicht vorbereitet. Trotz des entschieden agrarischen Zuschnittes der österreichisch-ungarischen Wirtschaftspolitik, worüber die Industriellen beständig zu klagen fanden, war von Seite der Regierung für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wenig geschehen. Die Donaumonarchie war von dem lockenden Ziel, das Baron Andrian vorschwebte, eine „Kornkammer für halb Europa" zu sein, noch sehr weit entfernt. Auch die rechtzeitige Aufstapelung großer Vorräte an Getreide war unterblieben. Statt die Aufbringung des Bedarfes militärisch zu organisieren, grundsätzlich nur beim Produzenten zu kaufen, griff man zu dem bequemen, aber äußerst kostspieligen System der Kriegslieferanten.

In welcher Weise hier gewirtschaftet wurde, dafür möge das von dem General Alfred Kraus in seinem vortreff-

lichen Buche über den Weltkrieg erwähnte Beispiel dienen. In Marburg wurde an der Tafel des Erzherzogs Eugen folgende bezeichnende Geschichte erzählt: „Ein polnischer Jude, der als Flüchtling mit einigen hundert Kronen nach Wien gekommen war, erfuhr in einem Kaffeehaus, daß in der Sargschen Kerzenfabrik, zwanzig Kilometer von Wien entfernt, neun Waggons Kerzen zu verkaufen seien. Er fuhr hinaus und kaufte alle neun Waggons um den Preis von 170.000 bis 180.000 Kronen. Im Kaffeehaus schob er die Kerzen einem anderen Juden um 300.000 Kronen zu. Nun gingen die Kerzen von Hand zu Hand, bis das Kriegsministerium, das auf Hilferuf aus der Front dringend Kerzen brauchte, sich an seinen Lieferanten wandte, der ihm diese neun Waggons Kerzen um 900.000 Kronen anhängte." So heiter sich diese Erzählung — se non è vero, è ben trovato — anhört, so traurig waren die Folgen dieser sinnlosen Wirtschaft. Denn leider hatte das alte Wort Montecuccolis, daß zum Kriegführen vor allem Geld gehöre, auch in diesem Weltringen nichts an Wahrheit eingebüßt.

Daß unter solchen Verhältnissen, da der Krieg in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht so mangelhaft vorbereitet war, dennoch die österreichisch-ungarischen Truppen mit ihren Verbündeten dem Ansturm der Feinde, gegen eine schier zwanzigfache Übermacht, vier volle Jahre lang standhielten und sogar noch weit in Feindesland vordrangen, gehört wohl zu den größten Ruhmestaten der Weltgeschichte. Um so mehr wird man diesen Heldenmut bewundern müssen, als sie gleichzeitig mit einem — Feind in ihren eigenen Reihen zu kämpfen hatten. Von hier aus sollte auch der verhängnisvolle Umschwung eintreten.

6. DER AUSKLANG DER REGIERUNG FRANZ JOSEPHS. DIE ANFÄNGE KAISER KARLS

Albrecht Wallenstein wäre über das Verhalten seiner tschechischen Landsleute beim Ausbruch des Weltkrieges höchlich erstaunt gewesen. Er hatte einmal in einer Aufwallung des Zornes über die „böhmische Tügke" des Grafen

Slawata das harte Wort fallen lassen: „Die Kerls bedenken nicht die futura, sondern nur die praesentia und wissen doch, wenn der Kaiser periklitiere, daß sie verloren sind!“ — und nun zeigten sie sich mit den Deutschen in der Überzeugung einig, daß der Kampf, welcher der habsburgischen Monarchie aufgedrungen worden war, die gemeinsame Existenz bedrohe. In Prag sangen sie die „Wacht am Rhein“ und der Bürgermeister Podlipny hielt eine deutsche Rede, die in ein begeistertes Hoch auf den Kaiser Wilhelm und die deutsch-tschechische Verbrüderung ausklang.

Auch im weiteren Verlauf des großen Ringens kam es noch zu patriotischen Kundgebungen der Tschechen, die alle diejenigen, welche dem Nationalitätenkampf in Österreich keine zu große Bedeutung — und deren gab es viele — beigelegt hatten und an die Lebensfähigkeit und Lebensnotwendigkeit der Donaumonarchie glaubten, mit Genugtuung erfüllten. „Das tschechische Volk,“ erklärten im Jahre 1916 sämtliche Parteien, „erblickt in der vor Jahrhunderten auf den Thron berufenen Dynastie und in der unteilbar eingerichteten Monarchie die Basis und den Hort seiner nationalen Existenz. Es ist daher entschlossen, auch fernerhin im Zusammenwirken mit den übrigen Völkern dahin zu streben, daß die Großmachtstellung, die Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit der Monarchie gestützt werde.“ Und in demselben Jahre erschien aus der Feder der namhaftesten Schriftsteller und Gelehrten ein Werk unter dem Titel „Das böhmische Volk“, das in erfreulicher Weise zeigte, daß es die Tschechen trotz der berühmten „Unterdrückung“ auf allen Gebieten der Kultur recht weit gebracht und die Konkurrenz mit den geistig vorgeschrittensten Völkern des Westens nicht zu scheuen hatten.

Doch es kamen dann wieder Momente, wo alle Loyalität wie weggeblasen, ganz erstorben schien, wo das „unterdrückte“ und „versklavte“ Volk aus dem Kerker der Monarchie herausstrebte und laut mit deren Feinden sympathisierte. Wer in diesem oft plötzlich, unvermittelt in die Erscheinung tretenden Wechsel der Stimmung, in dem Aufeinander von Loyalität und Hochverrat einen inneren Zusammenhang herauszufinden bemüht ist, der braucht nur das

Kalendarium des im Erfolg und Mißerfolg stark schwankenden Weltkrieges einzusehen, und die strenge Logik des Gesinnungsumschwunges wird sofort in die Augen springen. Waren die österreichisch-ungarischen Truppen siegreich, so ergingen sich die Tschechen alsbald in Äußerungen treuer Hingebung an die Sache der Monarchie, mußten sie zurückgehen, dann schnellte das Thermometer der patriotischen Gefühle rasch abwärts, auf den Gefrierpunkt.

Schon im Oktober 1914 — im August hatte der Feldzug begonnen — zeigten sich in Böhmen eine kriegsfeindliche Stimmung und ein bedenkliches Anschwellen der panslawistischen Tendenzen.[338] Als im November die Russen gegen Krakau vorrückten, herrschte da und dort freudige Aufregung — Begrüßungskuchen wurden gebacken und Fahnen vorbereitet. Im Frühjahr 1915 ereigneten sich bei dem Prager Hausregiment Nr. 28 schwere Disziplinwidrigkeiten; ganze Abteilungen desselben gingen durch, so daß es aus der Liste der Armee gestrichen werden mußte. Das bisher beliebte Vertuschungssystem ließ sich nicht mehr aufrechterhalten. Zu Anfang des nächsten Jahres wurde der Tschechenführer Kramař wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber dann zu fünfzehn Jahre Kerker begnadigt.

Die empörende, unzuverlässige Haltung der Tschechen mußte naturgemäß auf die Stellung der Deutschen in Österreich zurückwirken, und es war gewiß kein Zufall, daß der politische Kurswechsel gerade an der obersten Heeresleitung, der am besten und am frühesten diese Vorgänge bekannt waren, eine Stütze fand. In dem Kriege, welcher, so lange nicht Italien seinen Raubzug begonnen, eine Abwehr gegen den Panslawismus darstellte, zeigte sich wieder, daß die Deutschen das eigentliche Staatsvolk, die Träger des österreichischen Staatsgedankens waren; zeigte sich, wie verfehlt es war, die Tschechen auf Kosten des deutschen Elementes förmlich großzuziehen und in jeder Weise zu bevorzugen. Man hatte sich leider bei Hofe und in den obersten Kreisen der Armee daran gewöhnt, in den Deutschen verkappte Hochverräter zu sehen; der stramme Gang eines sehnigen Bosniaken und der schöne abteilige Marschschritt eines hochgewachsenen Jungbunzlauers imponierten dort

mehr, bildeten eine größere Hoffnung auf die Zukunft des Reiches als ein deutsches Herz. Nun aber stellte sich heraus, daß diese angeblichen Hochverräter das eigentliche Rückgrat der Armee und des innigen Zusammenwirkens mit dem Heere des deutschen Verbündeten bedeuteten, wie sie denn auch als Frucht dieser Erkenntnis die größten Blutopfer bringen mußten — die Blüte der Tiroler Gebirgstruppen mußte auf den Feldern Galiziens verbluten, während die Tschechen großenteils in Bozen und anderen schönen Orten des Hinterlandes sich sonnen und erholen konnten.

Die Deutschen hatten schon in der „Osterbegehrschrift" von 1915 ihre nationalen „Belange" angemeldet. Unter ihnen befanden sich einige schon gut abgelagerte Wünsche wie die Festlegung der deutschen Staatssprache, der Ausgleich in Böhmen und die Sonderstellung Galiziens. Die Notwendigkeit der Anerkennung des Deutschen als Armee- und Verwaltungssprache war wiederholt, auch von Personen, die wie Alexander Helfert oder der Thronfolger Franz Ferdinand über jeden Verdacht einer deutschnationalen Gesinnung erhaben waren, betont worden. Jetzt erschien der Augenblick gekommen, dasjenige, was in der Zeit des strengsten Zentralismus unter Bach wie in der Ära der Deutschliberalen versäumt worden, nachzuholen. Auch der Sprachenstreit in Böhmen mußte endlich einmal aus der Welt geschafft werden. Das Vorbild Mährens und der Bukowina ließen hoffen, daß ein friedliches Nebeneinanderleben verschiedener Nationalitäten möglich sei. Das Parlament tagte nicht; Graf Stürgkh, der beim Ausbruch des Krieges Kabinettschef war, wagte es nicht, dasselbe einzuberufen, von Angst beseelt, es könnte hier zu unliebsamen Kundgebungen kommen — eine Besorgnis, die für die innere Lage der Monarchie bezeichnend erscheint. Da also mit dem beliebten Notparagraphen 14 regiert wurde und, wenn auch nicht ausgesprochen, der Belagerungszustand herrschte, so konnte die Regelung dieser Fragen im Wege eines Oktrois erfolgen. Nicht zuletzt bot der große Erfolg des Durchbruches der österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen bei Gorlice, am 2. Mai 1915, mit der unmittelbaren Wirkung, dem siegreichen Vormarsch in Rußland, dem

Wiener Kabinett die willkommene Gelegenheit, kraftvoll aufzutreten und die innere Wiedergeburt des Donaureiches vorzunehmen.

War einmal das große Problem der Neuordnung der Monarchie aufgerollt, so durfte auch der südslawischen Frage nicht vergessen werden. Die Kroaten vor allem, die mit altbewährter todesmutiger Tapferkeit gekämpft hatten, hätten es wohl verdient, endlich einmal ihr Verlangen nach staatlicher Selbständigkeit befriedigt zu sehen. Allein die Verwirklichung des trialistischen Gedankens konnte nur durch eine Änderung der dualistischen Verfassung, nur mit Zustimmung der Magyaren erfolgen, und diese waren dazu nicht zu haben — weniger denn je. Auch sie hatten nämlich im Weltkriege als geschworene Feinde des Panslawismus schwere Opfer gebracht, Opfer an Geld und Blut, die sie noch überdies etwas überschätzt zu haben scheinen. Durch ihren größeren Reichtum an landwirtschaftlichen Produkten waren sie in der glücklichen Lage, gegenüber der anderen, völlig ausgepumpten Hälfte der Monarchie als der reiche Vetter und Brotgeber zu erscheinen. Ihr Selbstbewußtsein, soweit dies überhaupt noch möglich war, stieg und damit auch der Antrieb zur Ausdehnung ihrer „Staatlichkeit". Das neue Reichswappen, das im Herbst 1915 in die Welt gesetzt wurde, brachte dies sinnbildlich zum Ausdruck: zwei völlig getrennte Wappen, nur an den inneren oberen Ecken von dem kleinen Hauswappen der habsburgisch-lothringischen Dynastie überdacht — in der Tat ein „seltsames Symbol" der Gemeinsamkeit, das so sichtbar den losen Zusammenhang darzustellen sich bemühte.

So stellten sich der Lösung der schicksalsschweren Probleme die alten Hemmnisse in den Weg. Neben den Magyaren gab es auch Deutsche, die der Errichtung eines südslawischen Staates widerstrebten, aus Furcht, von Triest und von der Adria abgeschnitten zu werden. Deutsche bekämpften Hand in Hand mit den Tschechen den schönen Gedanken der Kreiseinteilung, durch welche die böhmische Frage geordnet werden sollte, weil sie, die Verhältnisse in den Alpenländern vor Augen, das Vordringen der Slowenen und den Untergang ihrer Sprachinseln befürchteten.

Schwierigkeiten also über Schwierigkeiten, und Graf Stürgkh, eine ebenso ehrenwerte wie passive Natur, der richtige Exponent der greisenhaften Unbeweglichkeit, wie sie seit Jahr und Tag in den obersten Sphären der Monarchie herrschte, war just nicht der Mann, jene zu meistern. Nur die Frage der Loslösung Galiziens wurde, unter dem Druck der militärischen und politischen Begebenheiten, grundsätzlich dadurch entschieden, daß die beiden Monarchen der Mittelmächte in einer Proklamation die Errichtung eines selbständigen Königreiches Polen verheißen hatten — aber Näheres darüber, wie dies zu geschehen habe, war auch nicht gesagt worden. So waren alle die drängenden Probleme noch ungelöst, als der Ministerpräsident durch die Kugel des Sozialdemokraten Fritz Adler, eines Sohnes des bekannten Arbeiterführers Viktor Adler, am 21. Oktober 1916, gewaltsam aus der Bahn geschleudert wurde.

Durch die Ermordung des Grafen Stürgkh sollte der Weg zur Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit freigemacht werden. Die Ausschaltung des Parlaments, die der etwas autokratisch veranlagte Ministerpräsident für gut hielt, ist, wie man weiß, auch von nichtsozialistischer Seite — so von Ernst Plener — verurteilt worden. Ob sich freilich der öffentliche Geist, wenn ihm Gelegenheit wäre geboten worden, sich auszutoben, anders entwickelt hätte, das ist eine Frage, die auch der rückschauende Beobachter schwer zu beantworten vermag. Man kann nur sagen, daß er viel schlechter auch nicht sich gestalten, die Stillegung des Reichsrates und das darin sich kundgebende Mißtrauen in die Gesinnung der Volksboten auf das feindliche Ausland auch keinen viel ungünstigeren Eindruck hätte machen können als die ententefreundlichste oder kriegsfeindlichste Rede eines Tschechen oder Sozialdemokraten; am schwersten verständlich wird es jedenfalls immer bleiben, daß die Regierung nicht einmal den Mut fand, das Parlament zu einer Trauerkundgebung für den ermordeten Thronfolger einzuberufen.

Entscheidend für das Urteil über den Grafen Stürgkh und das von ihm befolgte System der Unterbindung des öffentlichen Lebens, die an die schlimmsten Zeiten der Reaktion

erinnert, ist doch wohl, daß dieses absolute Regiment keine einzige große Tat auslöste. Die Mißstimmung darüber war eine allgemeine. Aus Herrenhauskreisen tauchte im Herbst 1915 der Plan auf, den Grafen Stürgkh zu stürzen und durch den Grafen Silva Tarouca zu ersetzen; doch der Kaiser wollte davon nichts wissen. Aus dieser Unzufriedenheit heraus ist die beklagenswerte Tat Fritz Adlers zu erklären, die auch als Symptom bemerkenswert ist, als Niederschlag eines Wandels in den Anschauungen der sozialdemokratischen Partei. Die älteren Sozialdemokraten waren trotz ihrer marxistischen Gesinnung vielfach mit dem österreichischen Staatsgedanken verwachsen und sie hatten bei Ausbruch des Krieges ihm als einem Abwehrkampf ihren Segen erteilt. Die dem jungen Attentäter nahestehenden Parteigenossen aber vertraten viel schärfer die Gedanken der roten Internationale und nahmen schroff gegen den „imperialistischen" Krieg Stellung.

Der greise Monarch war, als die Nachricht von der entsetzlichen Tat in Schönbrunn einlangte, schon vom schweren Siechtum befallen — genau einen Monat darauf, am 21. November, schloß er im Alter von sechsundachtzig Jahren sein ereignisreiches Regentenleben, bis zum letzten Atemzug ein Muster treuer Pflichterfüllung, aber auch das Symbol einer wahrhaft tragischen Herrschergestalt. Es war ihm in der großen Politik nicht beschieden, „Mehrer des Reiches" zu sein. In verlustreichen Kriegen büßte er die Vormachtstellung in Italien wie die in Deutschland ein, und als ihm dann Graf Andrassy das „Tor" nach dem Orient geöffnet, mußte er in ständiger Sorge darüber wachen, daß es ihm nicht wieder zugeschlagen werde — an diesem Punkt hat sich denn auch der Weltkrieg entzündet. In sturmbewegter Zeit war er auf den Thron seiner Väter berufen worden; von Stürmen umbraust, mußte er an seinem Lebensabend für die Existenz seines Reiches das Schwert ziehen. Den Frieden, nach dem er sich so sehr sehnte, erlebte er nicht mehr. Nach dem vielverheißenden Erfolg von Gorlice, der ihn mit Freude erfüllte, kam der böse Rückschlag an der Ostfront, der ihn wieder in tiefste Niedergeschlagenheit versetzte. Vergrämt und von düsteren Ahnungen erfüllt, ist er verschieden.

Kaiser Franz Joseph war eigentlich nie im wahrsten Sinne populär — dazu war er trotz der anerkannten Ritterlichkeit seines Wesens zu kühl und unnahbar, zu sehr Majestät. Erst die schweren Schicksalsschläge, die den Monarchen heimsuchten, rückten ihn dem Volke menschlich näher. Vor allem galt er, wie Plener richtig sagte, als „der lebendige Vertreter der Monarchie, deren Schicksal durch sein Hinscheiden nach der Meinung vieler fraglich zu werden drohte".

Trotzdem herrschte bei seinem Tode eine auffallende Ruhe und Gleichgültigkeit, die wohl auch daraus zu erklären ist, daß man nach den nervenaufwühlenden Eindrücken des schweren Daseinskampfes, nach dem vielen Leid, das der einzelne wie die Gesamtheit durchzumachen hatte, seelisch abgestumpft war.

Unter nicht ungünstigen Umständen bestieg sein Großneffe Karl den verwaisten Thron. In weiten Kreisen empfand man wohltuend den Unterschied: an Stelle des greisenhaften Siechtums, das auf dem gesamten öffentlichen Leben wie ein Alp sich gelagert hatte, zog frisch pulsierendes Leben, verkörpert durch das junge Kaiserpaar und eine blühende Kinderschar, in die Hofburg ein. Dem neuen Monarchen rühmte man nebst einer sorgfältigen Erziehung den besten Willen nach; gegenüber der majestätischen Unnahbarkeit des verstorbenen Kaisers zeigte Karl eine natürliche, gewinnende Freundlichkeit. Er war auch, da er politisch ein noch unbeschriebenes Blatt darstellte, in der glücklichen Lage, mit vielen eingewurzelten Mißständen in Verfassung und Verwaltung der Monarchie gründlich aufzuräumen. Vom alten Kaiser stand schon seit langem eine grundstürzende Änderung in deren Bau nicht mehr zu erwarten. „Damit kann man," meinte eine hochgestellte Persönlichkeit zu einem wohlmeinenden Ratgeber, „dem Kaiser nicht kommen, dafür ist der Kaiser absolut nicht zu haben." Aber von seinem Nachfolger erhoffte man allgemein die erlösende, befreiende Tat.

Allein sie ließ auf sich warten. Hinter dem sonnigen Lächeln der Jugend stand leider nicht die vorwärtsdrängende Tatkraft, sondern vollständige Schwäche und Hilflosigkeit

— also der alte Zustand, wie er unter dem Greisenregiment herrschte, nur ohne die reife Erfahrung, ohne den zähen Willen des verstorbenen Kaisers, an dem ererbten Gute festzuhalten. Vielleicht hätte damals auch ein stärkerer Charakter nichts mehr ändern können, aber verfehlt, vollständig verfehlt, so will es scheinen, war es, sich ganz auf den Geist der Demokratie und der Völkerversöhnung einzustellen, in einer Zeit, da die Gegner zu einer letzten Kraftanstrengung ausholten, um die Monarchie und auf diesem Umwege das verbündete Deutschland zu — vernichten. Er war zu spät oder zu früh auf den Thron gekommen.

Es war schon eine Enttäuschung, daß der Kaiser, welcher persönlich den Oberbefehl über das Heer übernommen, sich nicht — außer zu ganz kurzen Gastrollen — an die Front begab, um damit den Siegeswillen zu bekunden. „Wenn der Kaiser von Österreich," so hat einmal Bismarck gesagt, „in den Sattel steigt, dann reiten alle seine Völker." Kaiser Karl hatte den Siegeswillen nicht und wollte ihn auch gar nicht bekunden. Als nach der katastrophalen Niederlage der italienischen Armee bei Karfreit im Herbst 1917 die österreichisch-ungarischen Sturmtruppen bis an die Piave vordrangen und die Möglichkeit, den Gegner durch ein gleichzeitiges Vordringen von Tirol aus zu fassen und zu vernichten, in greifbare Nähe gerückt schien, merkte ihm der General Alfred Krauß, wie er selbst erzählt, die „Verdrossenheit" an.

Kaiser Karl wollte, wie wir von verläßlichster Seite unterrichtet werden, gar nicht, daß der Krieg mit einem vollen Erfolge abschließe, „weil ein voller Sieg Deutschlands das Donaureich allzusehr in Abhängigkeit von dem mächtigen Bundesgenossen gebracht hätte". Er war ein ausgesprochener Gegner der deutschen „Vormachtgelüste" und des „mitteleuropäischen" Gedankens, der auf einen möglichst engen staatsrechtlichen Anschluß der Donaumonarchie an das Deutsche Reich abzielte und eine späte Erfüllung der Achtundvierziger Einheitsträume gebracht hätte. Mit dieser Gegnerschaft gegen den „deutschen Kurs", der während des Krieges bei der überwiegenden Mehrheit der Deutschösterreicher kräftig Wurzeln geschlagen hatte, war schon die

Richtung vorgezeichnet, die er in seiner inneren und äußeren Politik befolgte.

Kaiser Karl, von seinem Kabinettsdirektor Hofrat Polzer beraten, trat mit dem Programm die Regierung an: Es müsse sofort Frieden geschlossen und zugleich ein Neubau der Monarchie auf bundesstaatlicher Grundlage vorgenommen werden. Wie der erste Teil dieses Programmes, nach der ganzen Lage der Dinge, nur nach einem überwältigenden Sieg über die Entente oder unter Preisgabe des deutschen Verbündeten und unter vernichtenden Bedingungen zu machen war, so konnte der zweite Teil, die föderative Umgestaltung des Kaiserstaates, nur nach Beseitigung der dualistischen Verfassung und der Vorherrschaft der Magyaren bewerkstelligt werden — und dafür waren diese gutwillig nicht zu haben. Tiszas wuchtige Gestalt stemmte sich der Durchführung des Planes entgegen und bald wurde es still, man hörte nichts mehr davon. Kaiser Karl verpflichtete sich vielmehr, den Eid auf die Verfassung abzulegen, und sobald er einmal den Krönungseid — Franz Ferdinand wollte aus diesem Grunde damit zurückhalten — geleistet hatte, war auch schon die Möglichkeit eines Neubaues, vor allem eine Lösung der so dringenden südslawischen Frage, geschwunden — das war die zweite große Enttäuschung.

So kam wieder das berühmte „Halbe": der große Gedanke der Völkerversöhnung im Innern wurde zunächst auf die österreichische Hälfte der Doppelmonarchie beschränkt. Mit dieser Aufgabe wurde Graf Clam-Martinitz, ein gebürtiger Tscheche, der den alten Körber, den Nachfolger des ermordeten Grafen Stürgkh, schon am 13. Dezember verdrängt hatte, betraut. Der Gedanke eines Oktrois der deutschen „Belange", des Ausgleichs in Böhmen und der deutschen Amtssprache, war bald abgetan. Dazu hatte auch der neue Außenminister, der wenige Tage später, am 22. Dezember, an Stelle Buriáns den Ballhausplatz bezogen, Graf Ottokar Czernin, ein Vertrauensmann des verstorbenen Thronfolgers, den Einschlag gegeben. Clam-Martinitz entschied sich vielmehr dafür, den Reichsrat nach einer dreijährigen Pause für Ende Mai 1917 einzuberufen. Die Hoff-

nungen der Deutschen auf eine innere Wiedergeburt Österreichs im mitteleuropäischen Sinne als ein „Entgelt für die großen Opfer, die das Ostmarken-Deutschtum an der Donau seit Jahrhunderten als Vorposten des deutschen Volkes der nationalen Sache gebracht hatte", waren wieder begraben.

Die Thronrede Kaiser Karls vom 31. Mai versicherte ungemein vielsagend: Er sei fest entschlossen, verfassungsmäßig zu regieren, doch behalte er die Ablegung seines Verfassungsgelöbnisses dem Zeitpunkte vor, wo „die Fundamente eines neuen, starken, glücklichen Österreich für Generationen" wiederum fest ausgebaut sein würden nach innen und außen. Dazu sei eine Ausgestaltung der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens sowohl im Staate als in den einzelnen Königreichen und Ländern, insbesondere in Böhmen, nötig, „um im Rahmen der Einheit des Staates und unter verläßlicher Sicherung seiner Funktionen auch der freien nationalen und kulturellen Entwicklung gleichberechtigter Völker Raum zu geben". Schon heute erkläre er, daß er im Sinne der konstitutionellen Idee und im Geiste der wahren Demokratie regieren werde.

War also ein neuer Kurs, eine Revision der Verfassung in naher Sicht? So konnte man glauben, aber in Wirklichkeit war die so verheißungsvoll klingende Erklärung nichts anderes als eine Kette „leerer Schlagworte", hinter der sich die „Hilflosigkeit" der Regierung verbarg. Man hatte eben, wie uns Ernst Plener verrät, „gar keinen bestimmten Plan". Aber um so bedenklicher und gefährlicher war dann das Aufrollen einer derart schwerwiegenden Frage, wie es die Schaffung eines Großösterreichs war. Man hatte, wie General Alfred Krauß im Hinblick auf Ungarn, das später auch einbezogen wurde, treffend bemerkt, das politische Testament Franz Ferdinands „nur halb gelesen oder nur halb verstanden". Nicht das „Zerlegen" war die Hauptsache, sondern das Zusammenfassen, das Anschließen der Serben und der Rumänen, das dann die Zerlegung Ungarns und die Bildung neuer Staaten im Rahmen der Monarchie, und zwar eines südslawischen und eines rumänischen Staates, zur Folge gehabt hätte. Aber man begann — ganz revolutionär — mit

der Zertrümmerung des Bestehenden, um dann das Neue, über das aber keine Klarheit bestand, aufbauen zu können. Die Wirkung war — ein Anschwellen der zentrifugalen Kräfte.

Die nichtdeutschen Nationalitäten hatten schon einen fester umrissenen Plan, als sie bei der Eröffnung des Reichsrates mit ihren bereits vorbereiteten programmatischen Erklärungen herausrückten. Die Vertreter des tschechischen Volkes „aller drei Länder der Krone des heiligen Wenzels" nahmen für sich das „natürliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung" in Anspruch und verlangten die „Verbindung aller Stämme des tschechoslowakischen Volkes zu einem demokratischen Staate". Schon umfaßte also dieser neue Staat neben Böhmen, Mähren und Schlesien auch die außerhalb der historischen Grenzen lebenden Slowaken. Noch hielt man aber an der Dynastie fest, denn es hieß: Die Umwandlung in einen Bundesstaat gleichberechtigter nationaler Staaten sei „im Interesse des ganzen Reiches sowie der Dynastie" gelegen. Die Polen, die ihre Sonderstellung schon in der Tasche hatten, beriefen sich auf ihre Entschließung, welche die Wiedererlangung eines unabhängigen, geeinigten Polen mit einem Zugang zum Meere anstrebte. Von den Südslawen wurde die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper unter dem Zepter der habsburgisch-lothringischen Dynastie gefordert. Die Ukrainer forderten im Sinne des „unverjährten Staatsrechtes" die Aufrichtung eines einheitlichen ukrainischen Landes im Rahmen des Gesamtstaates.

Mit diesen staatsrechtlichen Erklärungen der slawischen Volksvertreter hatten die vagen, verschwommenen Ausführungen der Thronrede eine Erläuterung und Auslegung erfahren, die sicherlich nicht in den Absichten der Regierung gelegen sein konnten; denn eigentlich war damit, wenn auch noch nicht der Dynastie, so doch dem Staate Österreich bereits die Freundschaft gekündet. Der Ministerpräsident antwortete am 17. Juni, sichtbar verlegen, mit einigen

schönen Redensarten, daß sein Programm „Österreich" sei, jenes Österreich, wie es in diesem Kriege das Bewußtsein seiner unzerstörbaren Kräfte neu gefunden habe, wie es sich im Vollgefühle verjüngter Lebensenergien anschicke, ein mächtiger Faktor in der wirtschaftlichen und sozialen Weltentwicklung der Zukunft zu werden. Allein mit dieser Erklärung, die in weiten Kreisen wie ein Hoffnungsschimmer wirkte, hatte sich die ganze Kraft erschöpft.

Graf Clam-Martinitz mußte bald erkennen, daß die Völker dieses „neuen Österreich" trotz, oder besser, wegen ihres „Vollgefühles verjüngter Lebensenergien" in den drei Jahren, da der Reichsrat nicht versammelt war, nicht staatstreuer geworden waren. Der Redseligkeit ihrer Vertreter, welche die Regierung oft in die ärgste Verlegenheit setzte, entsprach keineswegs die Gebefreudigkeit und ungeachtet aller Liebeswerbungen konnte der Ministerpräsident das Budgetprovisorium nicht durchbringen. Sein letzter Trumpf, den er ausspielte, die Bildung eines „Völkerministeriums", in welchem acht Minister ohne Portefeuille hätten Platz nehmen sollen, versagte auch. Den unmittelbaren Anstoß zur Demission soll dann, wie uns Ernst Plener erzählt, der telephonische Bericht gebildet haben, den ein slowenischer Abgeordneter, welchen er zum Kaiser geschickt hatte, damit dieser dem Volksboten den Kopf zurecht setze, über den unerwarteten Erfolg seiner Audienz gab.

Clam-Martinitz erhielt am 23. Juni seinen Abschied und nun übernahm die Regierung provisorisch Dr. Ernst von Seidler, bisher Sektionschef im — Ackerbauministerium. Die Wahl war keine glückliche, denn der neue Ministerpräsident, ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, hatte, um mit den Worten seines Amtsgenossen Spitzmüller zu reden, „keine politische Erfahrung", und in dieser schwierigen Situation, in der bereits das künftige tragische Schicksal der Monarchie vorschattiert war, hätte nur noch eine Persönlichkeit „von höchster politischer Kompetenz" Rettung bringen können. Eine solche Persönlichkeit wäre wohl Wladimir Beck gewesen, dessen Mission jedoch aus noch unbekannten Gründen scheiterte, aber Seidler war dies

nicht und wurde es auch nicht, als das Provisorium, wie das in Österreich schon öfter der Fall war, in ein Definitivum sich verwandelte. Weich und schwächlich, ließ er die Dinge gehen, wie sie gingen, und sie entwickelten sich nicht gut. Eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen, die er mit seinem Namen deckte, war der zu einer traurigen Berühmtheit gewordene „Amnestieerlaß" vom 2. Juli, durch den auch Karl Kramař und Genossen ihre Freiheit und damit auch die Freiheit, weiterhin Hochverrat zu treiben, erhielten. Der Erlaß — General Krauß nennt ihn die „Äußerung eines kindlichen Gemütes" — rief, wie Plener bemerkt, in weiten, gutgesinnten österreichischen Kreisen und vor allem in der Armee eine wahre „Bestürzung" hervor. Sie wird nur zu verständlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß durch die Umtriebe und Machenschaften der tschechischen Hochverräter, die heute in den Augen ihrer Landsleute als Heldentaten erscheinen mögen, Hekatomben Blutes von wackeren Vaterlandsverteidigern verschuldet worden waren und noch zu erwarten standen, wodurch natürlich die Aussichten auf eine erfolgreiche Beendigung des Krieges wesentlich verringert wurden.

Die Wirkung des Amnestieerlasses, dem übrigens auch Graf Czernin, sonst gewiß kein Förderer des „deutschen Kurses", widersprochen hatte, war nur die: Die Deutschen und alle wahren Patrioten fühlten sich schwer verletzt, die Tschechen aber wurden durch den Gnadenakt nicht um ein Haar freundlicher gestimmt. Die Abfallsbewegung in Böhmen, durch dieses Zeichen der Schwäche ermutigt, erhob jetzt immer kühner und rücksichtsloser ihr Medusenhaupt. Ihre Volksboten scheuten sich nicht, offen im Parlament die Soldaten zu preisen, die desertierten; sie standen nicht an, die Drohung auszustoßen, daß das Schicksal Böhmens am Konferenztische der Ententemächte und nicht in Österreich entschieden werde. Den „Gipfelpunkt der nationalen Raserei und des offenbaren Hochverrates"[339] stellt dann die Deklaration der Tschechen vom Dreikönigstage 1918 dar, in der sie erklärten, daß sie die Überzeugung gewonnen hätten, ihre staatliche Selbständigkeit könne nicht auf verfassungsmäßigem Wege erreicht werden, wes-

halb sie die Teilnahme an den Friedensverhandlungen forderten, um dort ihre Rechte mit voller Freiheit verfechten zu können.

Die Tschechen, mit denen um diese Zeit auch ein Teil der Südslawen gemeinsame Sache zu machen begann, wußten, warum sie eine solche herausfordernd revolutionäre Sprache führten. Schon längst waren sie durch ihre Emissäre, die auf ihren Rundfahrten im feindlichen Ausland eine rege Werbetätigkeit entfalteten, des wohlwollendsten Beistandes der Ententestaaten sicher; schon längst kannten sie deren Ziel, die Zertrümmerung des Donaureiches, die bereits durch den Londoner Pakt vom April 1915 eine beschlossene Sache war. Umgekehrt gab die Haltung der Tschechen und ihres verräterischen Anhanges den Gegnern Österreich-Ungarns in den Zeiten ihrer stärksten Bedrängnis dem Glauben an den Endsieg eine der festesten Stützen. Bei dieser Lage der Dinge mußte die Arbeit jenes Staatsmannes, der von Kaiser Karl berufen war, den Gedanken der Völkerversöhnung nach außen zu vertreten und den Frieden herbeizuführen, mit Unfruchtbarkeit geschlagen sein.

Graf Ottokar Czernin, eine ebenso reich begabte wie eigenartige Persönlichkeit, in der langen Reihe von Staatsmännern, welche die Donaumonarchie hervorgebracht, sicherlich nicht der unbedeutendste, aber auch einer der größten Schwarzseher, fahrig und nervös, hat sich, wie man weiß, vom ersten Tage seiner Amtstätigkeit angefangen, alle erdenkliche Mühe gegeben, einen sogenannten „Versöhnungs"- oder „Verzichtfrieden" zustande zu bringen. Er betrachtete die militärische, politische und wirtschaftliche Lage der Mittelmächte durchaus pessimistisch und glaubte nicht an einen für sie günstigen Ausgang des blutigen Ringens. Sein Standpunkt war also kurz der: man muß so rasch wie möglich, solange sie noch von Erfolg zu Erfolg eilten, Frieden schließen, auch um den Preis von Opfern.

Aber hier lag auch das große, schier unübersteigliche Hindernis. Wie konnte man von dem deutschen Volk, dessen Heere überall weit in Feindesland standen und noch im Vordringen waren, dessen Generale fest an den „Siegfrieden" glaubten, nach all den in der Weltgeschichte einzig dastehen-

den Kraftanstrengungen und Heldentaten, solche Opfer verlangen. Man würde es noch verstanden haben, wenn an Deutschland, nach dem Losungsworte „Friede ohne Annexionen", das Ansinnen wäre gestellt worden, alle im Kriege gemachten Eroberungen, wie Nordfrankreich und Belgien, herauszugeben — aber daß es nun auch auf Elsaß-Lothringen hätte verzichten sollen, das mußte doch als eine unerhörte Zumutung angesehen werden. Es kam noch hinzu, daß Graf Czernin vom Deutschen Reich eigentlich größere Opfer forderte, als sie die Donaumonarchie zu bringen bereit war. Österreich-Ungarn hätte sich zur Abtretung des Trentino herbeigelassen, nicht aber zu jener Triests, und hätte sich dafür an Serbien und an Rumänien schadlos halten können. Deutschland dagegen wäre als Ersatz für Elsaß-Lothringen Polen und auch Galizien zugestanden worden, indes mußte dieser an und für sich schon schlechte Tausch noch mehr an Wert verlieren, als bekannt wurde, daß als polnischer König der Erzherzog Karl Stephan ausersehen sei. Man versteht es also, daß Graf Czernin bei seinen Bemühungen, die deutschen Generale für seinen „Verzichtfrieden" zu gewinnen, nicht viel Glück hatte.

Aber auch die Feinde zeigten nicht viel Entgegenkommen. Noch bevor Graf Czernin sein schwieriges Amt antrat, am 12. Dezember 1916, hatte Graf Burián im Einverständnis mit Berlin eine Friedenstaube aufflattern lassen, und die Antwort darauf war wenig ermutigend, sie klang wie ein Hohn. Nach einer Havas-Meldung vom 12. Jänner 1917 wurde von der Entente als eines der Kriegsziele die Zertrümmerung Österreich-Ungarns verkündet. Die Folge dieser schroffen Ablehnung des Friedensschrittes, dem sich Deutschland nur zögernd angeschlossen hatte, war die, daß man im deutschen Hauptquartier nichts mehr von Frieden hören wollte. Kaiser Wilhelm erklärte erregt: „Ich habe die Hand zum Frieden geboten, darauf hat mir die Entente ins Gesicht geschlagen — jetzt gibt es nur Krieg bis zum Äußersten."

Graf Czernin ließ sich indes nicht einschüchtern. Der Monat Februar 1917 brachte zwei Ereignisse, deren grundstürzende Bedeutung er richtig erkannte. Das eine war der Eintritt Amerikas in den Krieg und das zweite, noch folgen-

schwerere der Umsturz in Rußland. Die von der Entente zum Zwecke der Bekämpfung und Revolutionierung der Mittelmächte in die Welt gesetzten Schlagworte: „Beseitigung der Autokratie und des Militarismus", „Selbstbestimmung der Nation" und „Befreiung der unterdrückten Völker" hatten zuerst im zaristischen Rußland, wo es sicherlich mehr Gewaltherrschaft als in Deutschland gab und die Völker nicht freier lebten als in der Donaumonarchie, ihre zerstörende Wirkung geübt. Die russische Revolution war ein Warnungssignal für alle Monarchien, ein revolutionärer Brandherd, der gerade die Nachbarstaaten und in erster Linie den habsburgischen Völkerstaat schwer bedrohte. Graf Czernin glaubte angesichts dieser zweifachen Gefahr energisch eingreifen zu müssen.

Wir kommen zu der vielbesprochenen Denkschrift Czernins vom 12. April, die an den Kaiser gerichtet war und in düsteren Farben die Lage des Donaureiches schilderte.

„Unsere militärische Kraft geht zu Ende," so heißt es da, „das Rohmaterial zur Munitionserzeugung geht zur Neige." Das Menschenmaterial ist vollständig erschöpft und vor allem wegen der Unterernährung aller Volksschichten herrscht „dumpfe Verzweiflung, welche ein weiteres Tragen der Kriegsleiden unmöglich macht." Wohl wird es gelingen, die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, aber eine weitere Winterkampagne ist vollständig ausgeschlossen, mit anderen Worten, es muß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden. Es handelt sich also darum, die Friedensverhandlungen in einem Augenblick zu beginnen, in welchem „unsere ersterbende Kraft den Feinden noch nicht zu vollem Bewußtsein gekommen ist". Treten einmal im Innern Vorgänge auf, die den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jede Demarche vergeblich sein, und die Entente wird auf keine Bedingungen, außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen. Schon steigt auf dem Horizont ganz Europas die revolutionäre Gefahr auf, welche von England gestützt wird. Fünf Monarchen sind in diesem Kriege ent-

thront worden und die verblüffende Leichtigkeit, mit welcher jetzt die stärkste Monarchie in der Welt gestürzt worden ist, möge dazu beitragen, nachdenklich zu stimmen. Exempla trahunt. Der Staatsmann, der nicht blind oder taub ist, muß wahrnehmen, wie die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung täglich zunimmt; er muß das dumpfe Grollen hören, das in den breiten Massen vernehmbar ist. Wenn die nächsten Offensiven der Entente, wie er hofft, abgeschlagen sind, dann müssen die Mittelmächte, bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu ihren Ungunsten verändert, einen weitergehenden, detaillierten Friedensvorschlag machen und sich nicht davor scheuen, eventuell große, schwere Opfer zu bringen.

Kaiser Karl sandte diese Denkschrift seines Außenministers nach Kreuznach, wo sich das deutsche Hauptquartier befand, mit einem eigenhändigen Schreiben an Kaiser Wilhelm, worin er ihn nachdrücklichst auf den neuen gefährlichen Feind aufmerksam machte — „Wir kämpfen gegen die internationale Revolution." Das geheime Memorandum kam auf noch nicht ganz aufgeklärte Weise in die Hände des Zentrumsabgeordneten Dr. Erzberger, der um jene Zeit in Wien weilte, und wurde auch bald in Paris und London bekannt, während Czernins Amtsgenosse Alexander Spitzmüller, noch dazu der Finanzminister, von ihrem Inhalt merkwürdigerweise erst im Dezember 1918 erfahren sollte. Die Grundgedanken des Grafen Czernin, für die er selbst durch seine politischen Freunde in Deutschland Stimmung machen ließ, verfehlten nicht ihre tiefgehende Wirkung und führten zu der bekannten Friedensresolution des deutschen Reichstages vom 14. Juli — damit war das von den russischen Bolschewiken ausgegebene Losungswort „Friede ohne Annexionen" zum Siege gelangt. Freilich die Alldeutschen und die von ihnen beeinflußten deutschen Generale waren nicht nachgiebiger geworden. Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der sich Czernin gegenüber stets gefügig erwiesen hatte, wurde durch Michaelis ersetzt und bald kam aus dem Munde seines Staatssekretärs Kühlmann die schroffe Erklärung im Reichstage: „Auf die Frage: Kann Deutschland in bezug auf Elsaß-Lothringen an Frankreich

irgendwelche Zugeständnisse machen, haben wir nur eine Antwort: Nein, nein, niemals!"

Czernin mußte es klar geworden sein, daß sein Ziel auf diesem Wege nicht zu erreichen war. War aber der Friede mit den Deutschen nicht zu machen, so konnte er nur durch ein Separatabkommen ermöglicht werden. Ohne Zweifel wäre die Entente dazu gerne bereit gewesen und hätte dem Verbündeten Deutschlands voraussichtlich goldene Brücken gebaut oder, besser gesagt, goldene Berge versprochen — denn sie war ja durch den Londoner Pakt bereits stark gebunden. Weniger klar ist, inwieweit Graf Czernin dem Gedanken eines Separatfriedens wirklich ernsthaft näher getreten ist. Es ist heute leider kein Geheimnis mehr, daß ein solches Abschwenken vom deutschen Verbündeten am Wiener Hofe eine Zeitlang mehr als ein bloßes diplomatisches Spiel gebildet hat und daß dabei eine höhere Macht, unverantwortliche Faktoren, geheime Hofeinflüsse die bestimmende Rolle spielten.

Wir können über die peinliche Affäre der „Sixtusbriefe", die in den ersten Monaten des Jahres 1917 in aller Stille sich abwickelte, rasch hinweggleiten. Die Verhandlungen, die Kaiser Karl oder eigentlich mehr seine Gemahlin Zita, seine „intimste Beraterin", und deren Mutter, die Herzogin von Parma, durch Vermittlung seines Schwagers, des Prinzen Sixtus von Parma, der in der belgischen Armee diente, mit dem Präsidenten Poincaré führte und die in dem Versprechen des Monarchen gipfelten, bei seinem deutschen Verbündeten mit allen Mitteln die „gerechten" Rückforderungsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen zu wollen, verliefen bekanntlich im Sande, weil Italien, als es nachträglich ins Vertrauen gezogen wurde, lebhaft protestierte und auf seinem Scheine, dem Londoner Abkommen von 1915, bestand. Die feingesponnene Zettelung ist ein Intermezzo geblieben, das freilich in seinen geistigen Wirkungen nicht unterschätzt werden darf. Zu einer Zeit, da in der Entente, namentlich aber in Frankreich, eine starke Kriegsmüdigkeit Platz gegriffen hatte, war bei ihr der Eindruck erweckt worden, daß der Vierbund erschüttert sei, daß umgekehrt im Donaureiche, und zwar an

der höchsten Stelle, eine mächtige Friedenssehnsucht herrsche. Dazu kam dann noch das Versagen des Unterseebootkrieges — kurz mit dem Frühsommer war die schwere Krise in der Entente überwunden, war dort die Friedensbereitschaft vollständig abgetan.

Man hatte deutlich gesehen: der Beherrscher der Donaumonarchie besaß nichts von einem Clemenceau oder von einem Ludendorff. Auch Kaiser Franz Joseph dürfte im Innersten der Glaube an den Sieg gefehlt haben, aber er bezwang nach außen hin den in seiner Seele nagenden Zweifel — nicht eine Sekunde, so viel man weiß, verleugnete er den entschlossenen Willen zum Durchhalten, zum treuen Zusammenstehen mit dem deutschen Bundesgenossen. Seinem Großneffen aber fehlte nicht nur der Wille zum Sieg, dieses nicht hoch genug einzuschätzende Werkzeug des Erfolges, sondern er machte auch aus seinen Gefühlen kein Hehl. Dies zeigte sich im Herbst 1917, da die Truppen der Mittelmächte in einem glänzenden Ansturm bis an die Piave drangen. Mag sein, daß der Grund, warum der große Sieg nicht besser ausgenützt wurde, in dem sich bereits stark fühlbar machenden Mangel an Pferden lag, in der Disziplinlosigkeit, die angesichts der Überfülle der erbeuteten Lebensmittel und Weinvorräte einriß und dergleichen mehr — die Hauptsache war doch, daß die hier schon erwähnte „Verdrossenheit" des Kaisers lähmend auf alle Operationen wirkte, sich sozusagen dem letzten Manne mitteilte. Kaiser Karl wollte Italien schonen, und deshalb erhielt Feldmarschall Conrad, der mit seinen geringen Streitkräften von Tirol aus erfolgreich vorgestoßen war, statt der erwarteten Verstärkung den überraschenden Befehl, den Kampf abzubrechen.

Auch dies Moment fiel schwer ins Gewicht, daß die vom Kaiser offen bekundete Haltung die so wichtige Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundesgenossen schwer beeinträchtigte. Ohne daß dieser noch etwas von der famosen „Sixtusaffäre" wußte, war doch schon das Mißtrauen rege: man fürchtete im deutschen Generalstab, Österreich-Ungarn würde nach einem vollen Zusammenbruche Italiens sein Schwert in die Scheide stecken und Deutschland allein

lassen. Dazu kamen dann die Unstimmigkeiten wegen der Kriegsziele, über die man sich vorher nicht geeinigt hatte, weil man eben auf den Krieg nicht vorbereitet war.

Trotz alledem hatten die Heere der Verbündeten in der nächsten Zeit noch reichen Waffenerfolg zu verzeichnen. Infolge des Zusammenbruches der russischen Front gewannen sie im Osten Luft, und sogar der durchaus pessimistisch gestimmte Graf Czernin glaubte jetzt an den entscheidenden Durchbruch im Westen, sah die Deutschen schon in Paris einziehen. Der Minister hatte mittlerweile eingesehen, daß die Entente von seiner „neuen Weltordnung", von seinen schönen Ideen von Völkerversöhnung, von allgemeiner Abrüstung und Schiedsgerichten, wie er sie in seiner Budapester Rede vom 2. Oktober entwickelte, nichts wissen wollte, sondern mit aller Macht dem „Endsieg", der „Vernichtung" der Mittelmächte zustrebte — und sie war in der Tat auf dem besten Wege dazu, ihr hohes Ziel zu erreichen.

Die Entente hatte richtig gerechnet, als sie gegen die Mittelmächte die Schlagworte der Revolution „Selbstbestimmung der Völker" und „Bekämpfung der Autokratie" in Umlauf setzte. Wohl wurde dadurch zunächst das zaristische Rußland, wo übrigens die Engländer selbst, als dieses abzuspringen drohte, schürten, tödlich getroffen, aber im Stürzen riß der nordische Koloß auch die — Sieger mit. Die revolutionären Ideen der russischen Bolschewiken griffen auf die Nachbarreiche über und wirkten da zersetzend und zerstörend, wobei naturgemäß in dem habsburgischen Völkerstaate mehr die nationale, in Deutschland mehr die soziale Seite der russischen Revolution zur Geltung kam. Da und dort war ja der Boden für das Umsichgreifen und Wirken der bolschewistischen Ideen gut vorbereitet worden.

Der Weltkrieg, der sich in bisher nie gekannten Dimensionen vollzog, hatte eine allgemeine Revolutionierung der Wirtschaft und tiefgehende gesellschaftliche Verschiebungen herbeigeführt. Riesenbetriebe in ungeahnter Größe entstanden unter Aufsicht des Staates — alle die kühnsten Zukunftsträume eines Thomas Morus, nach dessen „Utopia"

die Sozialisten der späteren Jahrhunderte ihr Staatsideal sich formten, erschienen verwirklicht: Allgemeine Arbeitspflicht, Gemeinsamkeit der Produktion und Konsumtion. Der große Moment für den Anbruch der goldenen kommunistischen Ära, der Zeitpunkt, da, wie Karl Marx lehrte, „die Expropriateure expropriiert" würden — schon 1871 hielt man ihn für gekommen — war mit dem Siege der Bolschewiken in greifbare Nähe gerückt. Nicht zuletzt wirkten die trostlosen Ernährungsverhältnisse in den Ländern der beiden Mittelmächte, die sich tatsächlich in der Lage einer „belagerten Festung" befanden, ungünstig auf die Stimmung der Bevölkerung; die Lebensmittelnot kontrastierte sehr seltsam zu dem gesteigerten Selbstbewußtsein der in den großen Industrien beschäftigten Arbeiter, die sich als einen Machtfaktor zu fühlen begannen. Auf dem Untergrund dieser Stimmung schoß die Saat der antimilitaristischen Propaganda wild in die Höhe, gedieh üppig der Haß gegen die imperialistischen „Kriegsverlängerer".

Seit der Wende des Jahres 1917 mehrten sich die Symptome der Kriegsmüdigkeit in beunruhigender Weise. Am 11. November gab es in Wien eine große Demonstration für den Frieden, und Mitte Jänner des nächsten Jahres brach dort und in den anderen Industriezentren ein regelrechter „Hungerausstand" aus, der den Monarchen veranlaßte, seine Residenz von dem im Industriegebiete gelegenen Schlosse Laxenburg nach Baden, dem Sitze des Armeeoberkommandos, zu verlegen, wohin sogar die dritte Edelweißdivision, zuverlässige Tiroler, berufen wurde. Im März kamen aus Böhmen erschreckende Nachrichten vom Ausbruch eines „Hungertyphus" als Folge des dort namentlich in den deutschen Gegenden herrschenden Elends. Zu Ende dieses Monats März 1918 ließ sich die „Arbeiter-Zeitung" beziehungsreich vernehmen: „Mit Ausnahme jener lärmenden Clique unter den Deutschbürgerlichen ist die Begeisterung für den Krieg unter den Nullpunkt gesunken. Er hat in den Gefühlen der Massen nicht den geringsten Stützpunkt mehr; die Völker wollen nichts als den Frieden." So schrieb das führende Blatt der Sozialdemokratie, in der immer mehr der radikale Flügel die Oberhand gewann. Ihr Führer Otto

Bauer machte kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß das Proletariat nicht das geringste Interesse am Fortbestande des Habsburgerreiches habe. Die Sozialdemokraten bildeten bald mit den „unterdrückten" Völkern eine feste Einheitsfront.

Und was fühlte sich jetzt, im Zeichen der „Selbstbestimmung der Völker", nicht alles unterdrückt! Sogar auf das Herrschaftsvolk der Magyaren wirkten die Ideen und Schlagworte der russischen Revolution in geradezu katastrophaler Weise zurück. Hier im Lande der Stephanskrone hatte Kaiser Karl, am 23. Mai 1917, den schweren Fehler, in der Tat, wie General Krauß sagt, „einen seiner schwersten", begangen, den stärksten Mann des Donaureiches, Stephan Tisza, dem Hasse der Opposition zu opfern, um damit nur zu erreichen, daß jetzt jene Parteien ans Ruder kamen, die unter dem Deckmantel einer demokratischen Wahlreform auf die Lostrennung von Österreich hinsteuerten. Die russische Gefahr bestand ja nicht mehr — so konnte man sich ungestört dem Gedanken an ein völlig selbständiges Magyarenreich hingeben. Sie forderten die Armeetrennung und erhielten sie auch, obwohl sämtliche Marschälle und Armeeführer protestierten, anfangs Jänner 1918 grundsätzlich zugestanden — damit hatte die gemeinsame Armee, die eigentliche Trägerin der Großmachtstellung Österreich-Ungarns und des Dualismus, zu bestehen aufgehört, war das letzte Bollwerk der Gemeinsamkeit erschüttert. Im selben Monat war man in Budapest einer weitverzweigten Organisation auf die Spur gekommen, die unter Führung des Grafen Michael Karolyi den Umsturz vorbereitete.

Das alles waren keine erfreulichen Symptome, und zum Überflusse zeigte sich noch, daß die Friedensbereitschaft der Bolschewiken auf sehr schwachen Füßen ruhte; sie zogen die Verhandlungen auf jede erdenkliche Weise hinaus, so daß die deutschen Generale auf die Fortsetzung des Krieges drängten. Da wirkte es nun wie eine große Sensation, als es dem Grafen Czernin im Februar gelang, mit der fruchtbaren Ukraine, die sich von Rußland losgemacht und als selbständiges Staatsgebilde aufgetan hatte, einen Frieden zu schließen. Die Freude über diesen „Brotfrieden" war aller-

dings — verfrüht, denn das Brot, das man sich von dort in reichlicher Fülle versprach, kam nicht, wohl aber eine neue große Verlegenheit und Schwierigkeit. Die Angliederung des Gebietes von Cholm an den neuen Staat rief bei den Polen einen Sturm der Entrüstung wach. Im Herrenhause wurde dem Grafen Czernin von Bilinski „Leichtfertigkeit" und „Unaufrichtigkeit" vorgeworfen. Alle Sympathien der Polen für Österreich waren wie weggeblasen. Gerade vor dem Bekanntwerden der Abtretung des Cholmer Gebietes hatte in Warschau eine große polnische Delegiertenversammlung stattgefunden, die, wie es hieß, Karl zum König von Polen ausgerufen hätte — nun war das alles dahin, die Polen erhofften nichts mehr von der habsburgischen Monarchie.

Indes die Mittelmächte sollten nach der Enttäuschung von Brest-Litowsk bald einen wirklichen Erfolg zu verzeichnen haben: Rumänien, das nach Rußlands Niederbruch außerstande war, noch weiter Widerstand zu leisten, setzte sich mit ihnen an den Konferenztisch. Als Graf Czernin von Bukarest, wo die Friedensverhandlungen geführt wurden, anfangs April nach Wien kam, wurde er gewissermaßen als Friedensbringer von einer Abordnung des Wiener Gemeinderates feierlich begrüßt. In seiner Ansprache, die er bei dieser Gelegenheit hielt, ließ Czernin, nachdem er in der schärfsten Weise die hochverräterische Wühlarbeit der im feindlichen Auslande befindlichen Tschechen und ihrer Anhänger im Inlande, die der Feinde Hoffnungen auf den Endsieg belebten, gebrandmarkt hatte, die Bemerkung fallen, Clemenceau habe vor einiger Zeit in Wien wegen eines Friedens angeklopft, worauf man sofort geantwortet habe, daß man dazu bereit sei. Darauf ließ der französische Präsident offiziell erklären, daß dies eine Lüge sei. Im Verlaufe der Preßfehde, die sich darüber entspann, kam das bisher sorgsam gehütete Geheimnis der „Sixtusbriefe" ans Tageslicht. Die Enthüllungen machten, namentlich in Deutschland, peinlichstes Aufsehen. Zwischen dem Grafen Czernin und Kaiser Karl kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung. Der Minister verlangte nichts Geringeres, als daß der Monarch „zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit" für einige Zeit die

Regierung an Erzherzog Friedrich oder Eugen abtrete. Als der Kaiser dieses Ansinnen zurückwies, nahm Graf Czernin seinen Abschied. Seine sozusagen letzte Amtshandlung war die Abfassung der Depesche, die am 14. April an den Deutschen Kaiser abging. „Die Anschuldigungen Herrn Clemenceaus gegen mich," heißt es da, „sind so niedrig, daß ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind meine Kanonen im Westen. In treuer Freundschaft, Karl." Tags darauf verließ Graf Czernin das Palais auf dem Ballhausplatz.

Der Rücktritt des Grafen Czernin wurde, wie uns Ernst Plener bezeugt, von der Öffentlichkeit „lebhaft beklagt, da man sein mannhaftes Auftreten, seine aufrichtige Friedensliebe und seine Bündnistreue hochschätzte". Läßt die Geschichte dieses Urteil gelten, so wird man, soweit seine Friedensliebe in Betracht kommt, die Frage aufwerfen können, ob er nicht durch eine zu starke Betonung derselben nach außen hin der Sache mehr geschadet als genützt habe — eine unendlich schwierige Frage, über die man wohl immer verschiedener Meinung sein wird. Die Führer der heldenhaften Armeen der Mittelmächte, zu deren Beruf, wenn man so sagen darf, es gehört — Ludendorff und Conrad dachten da nicht anders als Napoleon — den Siegeswillen zu haben, werden im allgemeinen geneigt sein, dem Minister aus seinem vollständigen Mangel an Zuversicht einen Vorwurf zu machen, und ein solcher ist auch bereits erfolgt, und zwar von Seite eines der tüchtigsten und begabtesten Heerführer, von dem General der Infanterie Alfred Krauß.

Der General wirft dem Grafen Czernin vor, er habe zu einer Zeit, da man überall siegreich in Feindesland stand, mit seinem in den düstersten Farben gehaltenen Bericht vom 12. April 1917 jene Bewegung in Deutschland angefacht, die auf einen „Frieden um jeden Preis" hinauslief. Durch diesen Schritt seien die Feinde, die im Sommer dieses Jahres ernstlich an den Frieden dachten, von ihrer Absicht abgebracht worden. Alfred Krauß konnte zur Bekräftigung seiner vernichtenden Kritik einen Brief Tiszas an Czernin anführen, worin er ihm die verderblichen Folgen

seiner grau in grau gemalten Denkschrift vor Augen rückte. „Die verschiedenen, aus dem feindlichen Auslande kommenden Nachrichten," so schreibt der ungarische Ministerpräsident, „lassen keinen Zweifel darüber, daß der Krieg seinem Ende entgegen geht. Jetzt heißt es vor allem, gute Nerven behalten und die Partie mit kaltem Blute zu Ende spielen. Nur jetzt keine Zeichen der Schwäche. Unsere Feinde sind nicht aus allgemeiner Menschenliebe friedfertiger geworden, sondern weil sie einsehen, daß wir nicht zu vernichten sind. Ich bitte Dich, nicht weiter im Sinne Deines Berichtes vom 12. April zu sprechen. Eine pessimistische Auffassung des Leiters unserer äußeren Politik müßte jetzt alles verderben. Ich weiß, daß Du vorsichtig bist, aber ich bitte Dich, mache Deinen Einfluß geltend, damit auch Seine Majestät und dessen Umgebung nach außen Zuversicht zur Schau tragen. Nochmals: so gut es steht, man wird nicht mehr mit uns sprechen wollen, wenn man nicht an unsere Widerstandskraft glaubt — und nicht daran glaubt, daß unser Bündnis auf festen Füßen steht."

Alfred Krauß behauptet, der Bericht Czernins sei auch sachlich falsch gewesen; er habe zu schwarz gesehen und die Monarchie sei in der Lage gewesen, noch anderthalb Jahre zu kämpfen und zu siegen. Ja, sie hätte sogar entscheidende Siege erringen können, wenn dem obersten Feldherrn, dem Kaiser, der Wille zum Sieg innegewohnt hätte. Czernin aber habe den „ohnehin fast krankhaften Zug" Kaiser Karls zum Frieden gestützt. So urteilt der General über den Minister, der in der kritischen Zeit die Außenpolitik geleitet hat. Man kann demgegenüber sagen, daß der Monarch einen Außenminister, der sich dem Programm der Völkerversöhnung widersetzt hätte, alsbald entlassen und etwa den Pazifisten Lammasch berufen haben würde, ohne daß freilich die erhoffte Wirkung eingetreten wäre, weil die Feinde die Zertrümmerung des Donaureiches und die Vernichtung Deutschlands herbeizuführen entschlossen waren.

Das Unglück war, daß der „Defaitismus", der von den Regierungen der gegnerischen Staaten mit aller Gewalt unterdrückt wurde, in der habsburgischen Monarchie hoffähig geworden war, gerade an der höchsten Stelle seine

kräftigste Stütze gefunden hatte. Immer wird dem Geschichtsschreiber, der über die heikle Frage der Schuld an dem unglücklichen Ausgange des Weltringens zu entscheiden hat, das Bild der Kaiserin Maria Theresia vor Augen schweben, die unter nicht weniger schwierigen Verhältnissen ihr Vätererbe, das ebenfalls aufgeteilt werden sollte, gegen eine Welt von Feinden im ganzen — nur Schlesien ging verloren — behauptet hat, weil eben diese junge Frau den stählernen Willen dazu, weil sie den Glauben an die Kraft der Monarchie besaß. Daß dieses Vertrauen der Staatslenker in die Lebenskraft des Reiches seit den Tagen des Kaisers Franz einem müden Pessimismus Platz gemacht hat, das gehört zweifellos zu den bedenklichsten Symptomen des Verfalles.

Kaiser Karl mit seinen engeren Beratern, den Polzers und Lammaschs, stellt eine neue Spielart dieser dynastischen und staatlichen Dekadenz dar: schwärzester Pessimismus auf der einen Seite, soweit das eigene Reich in Betracht kam, und rosenroter Optimismus auf der anderen Seite, insofern es sich um die Feinde handelte. Kaiser Franz mit seinem abgrundtiefen Mißtrauen, dem Grundzuge seines Wesens, glaubte nicht an den Sieg der österreichischen Waffen, aber er mißtraute auch den lockenden Phrasen von Freiheit und Brüderlichkeit, mit denen die Franzosen die Welt zu umgarnen suchten — er kämpfte um den Thron, er kämpfte gegen die Revolution. Kaiser Karl dagegen schenkte wirklich den lügnerischen Redensarten seiner Feinde Glauben und unterschied sich dadurch sehr wesentlich von dem Deutschen Kaiser, der ebenfalls den Frieden herbeisehnte, aber genau wußte, daß die Entente vollkommen unversöhnlich gestimmt und es auf Deutschlands Vernichtung abgesehen war; der wußte, daß jedes Zeichen der Friedfertigkeit als ein den Gegner ermunterndes Bekenntnis der Schwäche und Ohnmacht gedeutet werde.

Und doch gab es einen Moment, wo die Politik der Völkerversöhnung triumphierte — aber es war eben nur ein Moment. Zu Beginn das Jahres 1918, am 8. Jänner, verkündete der amerikanische Präsident Woodrow Wilson seine berühmt gewordenen vierzehn Punkte, in denen er

sein Programm des Selbstbestimmungsrechtes der Völker festlegte. Das Londoner Abkommen vom April 1915 hatte dieses mit Füßen getreten, indem es das deutsche Südtirol Italien überließ. Demgegenüber stellte Wilson den großen Grundsatz auf, daß die Völker nicht gegen ihren Willen wie Steine bei einem Spiele hin und her geschoben werden dürften. Er erklärte, daß „jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse", und daß „alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen; ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden".

In der Tat war da jenseits des Ozeans ein „neuer Stern" hoffnungsvoll aufgegangen. Graf Czernin griff sofort mit beiden Händen zu und erklärte in der Sitzung der österreichischen Delegationen vom 24. Jänner, er sehe in den vierzehn Punkten Wilsons eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen. Sie wurden auch eingeleitet, um darüber Klarheit zu erlangen, auf welche Weise das Programm des amerikanischen Präsidenten praktisch durchgeführt werden könnte. Woodrow Wilson nahm den Friedensfühler, nach seiner Rede vom 12. Februar zu schließen, nicht unfreundlich auf. Aber da kam auch schon das Verhängnis in Gestalt eines anderen Professors, der sich zum Staatsmann entwickelt hatte — Thomas Garrigue Masaryk, des Präsidenten des tschechoslowakischen Nationalrates in Paris und Oberkommandierenden der in Rußland, Frankreich und Italien kämpfenden tschechoslowakischen Armee. Der mit einer Amerikanerin verheiratete Tscheche war auf seiner großen Rundfahrt im Mai nach Amerika gekommen, um auch dort für die Rechte der „unterdrückten" Völker zu werben. Es gelang ihm alsbald, Zutritt ins Weiße Haus zu

erlangen und den Präsidenten, dank seiner echt amerikanischen „verblüffenden" Unkenntnis aller ethnographischen und politischen Verhältnisse Europas im allgemeinen und jener Österreich-Ungarns im besonderen, für die Ziele der tschechoslowakischen Bewegung zu gewinnen. Damit war von dem großen Redner Woodrow Wilson über die österreichisch-ungarische Monarchie das Todesurteil gefällt.

Das gleiche war schon einige Monate früher in London geschehen. Ebenfalls zu Beginn des Jahres 1918 — am 6. Jänner — hatte der englische Premier Lloyd-George in einer offiziellen Rede erklärt, daß er es nicht auf die Vernichtung des Donaureiches abgesehen habe. Aber schon war — man sieht, wie ernst solche Kundgebungen waren — von Seite der englischen Regierung selbst die Zertrümmerung Österreich-Ungarns eingeleitet worden. Wenige Tage nach der bedeutungsvollen Äußerung des Premiers händigte der zur Leitung des neu errichteten Propagandaministeriums bestellte Lord Northcliffe dem Minister Balfour eine von dem Journalisten Steed verfaßte Denkschrift ein, worin die Ziele der auf die Zerstörung der Donaumonarchie gerichteten Propaganda dargelegt wurden. Der Autor des Memorandums, der durch seinen längeren Aufenthalt in Österreich die dortigen Verhältnisse genau kannte, riet mit Rücksicht auf die vergeblichen Versuche, die im vergangenen Jahre gemacht wurden, davon ab, den Weg eines Sonderfriedens mit Wien weiter zu verfolgen. Er wies darauf hin, daß die im April 1915 Italien gegenüber eingegangene Verpflichtung allein schon den Untergang des Habsburgerreiches bedeute, weshalb es zweckmäßig sei, gleich auf diese Zertrümmerung hinzuarbeiten und mit der Propaganda bei den auf ihre „Befreiung" harrenden Nationen, vor allem den Tschechen und Südslawen einzusetzen. Balfour stimmte bereitwillig jeder Maßregel zu, die geeignet war, die antimilitaristische und deutschfeindliche Stimmung in Österreich-Ungarn zu stärken.

Damit war das Schicksal des alten Kaiserreiches an der Donau entschieden. Würden die Machthaber im Weißen Hause und in London den Willen dahin kundgegeben haben, daß die Tschechoslowaken und Südslawen im Rahmen der

österreichisch-ungarischen Monarchie zu verbleiben hätten, dann hätten sich, wie Heinrich Friedjung treffend bemerkt, Kramař, Stanek, Korošec und wie sie alle heißen mögen, eine Ehre daraus gemacht, rasch ein Ministerportefeuille zu ergattern und den Eid auf die Verfassung abzulegen. Der Habsburgerstaat wäre wieder — bis auf weiteres natürlich, bis zur nächsten Krise — gerettet gewesen. Da es aber die feindlichen Mächte anders beschlossen hatten, so brach jetzt über ihn, unter der dreifachen Einwirkung der bolschewistischen Revolution, der englischen Northcliffe-Propaganda und des Hungers, rasch und unaufhaltsam die Katastrophe herein — der letzte Akt des Zerfalles.

7. DIE NOVEMBER-KATASTROPHE

Das Bild, das die Regierung Kaiser Karls in der Ära Seidler dem aufmerksamen Beobachter darbietet, trägt deutlich, nur in ungleich größerem Maßstab, die Züge der Herrschaft Ferdinands des Gütigen im letzten Stadium vor Ausbruch der Revolution. Hier wie dort ein vollständiges Versagen der obersten Regierungsgewalt und als Folgeerscheinung ihrer Schwäche und Hilflosigkeit ein Anschwellen der auseinanderstrebenden, zerstörenden Kräfte; die Völker des Donaureiches haben nur ein Gemeinsames noch — das Gefühl der Abneigung gegen die Regierung.

Die Tschechen hatten in ihrer famosen Erklärung vom 6. Jänner 1918, von der schon die Rede war, zur Genüge gezeigt, daß sie sich bereits völlig als außerhalb der Monarchie stehend betrachteten. Ein Teil der Südslawen stand ganz auf ihrer Seite, und auch die Polen, die bisher immer das staatstreue Element darstellten, zeigten unverhohlen, daß sie für den Kaiserstaat nichts mehr übrig hatten. Mitte Mai versammelten sich Abordnungen aller „unterdrückten" Völker, der Tschechen, Südslawen, Polen und Italiener, in Prag, wo die fünfzigste Wiederkehr der Gründung des tschechischen Nationaltheaters gefeiert wurde, und bei dieser Gelegenheit hielt der amnestierte Karl Kramař vom Erker der „Blauen Gans" eine giftgeschwollene Rede wider

den österreichischen „Zwangsstaat", die ganz in der Sprache der Entente und der Weltdemokratie gehalten war.

Aber auch die Deutschen, auf deren Rücken die „Völkerversöhnung" ausgetragen wurde, waren schwer verstimmt. Noch war ihr Groll über die Ablehnung der „deutschen Belange" nicht verraucht, als die Osterzeit die Enthüllung der „Sixtus-Affäre" brachte. Sie rief bei ihnen den denkbar ungünstigsten Eindruck wach, weil sie darin, wie Ernst Plener bemerkte, die Abkehr von Deutschland und das Spiel geheimer Hofeinflüsse erblickten. Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche galt den Deutschösterreichern als etwas Heiliges und sie hatten das Gefühl, daß man an einem tiefen Abgrund vorbeigegangen und die Gefahr noch nicht vorüber sei: „Noch nie," so gibt Oberstleutnant Glaise-Horstenau die damalige Stimmung treffend wieder, „noch nie, seit Habsburg in deutschösterreichischen Landen herrschte, fielen denn auch so harte Worte gegen den Träger der Krone, wie seit jenen Ostertagen." Sie waren sehr deutlich in der Brixener Tagung von Seite der allezeit getreuen Tiroler zu hören, in etwas verfeinerter Form auch im Herrenhaus, und selbst unter den Prinzen des Hauses machte sich die Mißstimmung „in einer früher nie dagewesenen" Art geltend.

Die Regierung wurde stutzig — auch „die letzten ihrer Getreuen" drohten dem habsburgischen Staate untreu zu werden. Da mußte etwas für sie geschehen. Am 19. Mai kam die Verordnung heraus, die, den seit Jahren gehegten Wünschen der Deutschen Böhmens entsprechend, die Kreisteilung brachte. Böhmen sollte darnach in zwölf Kreise, mit einer größeren Selbständigkeit gegenüber der Prager Statthalterei, geteilt und mit Neujahr die zwei ersten Kreisregierungen Leitmeritz und Prag-Umgebung aufgestellt werden. Die Maßregel, die einst von dem großen Palacky selbst empfohlen worden war, löste jetzt bei den Tschechen ein wahres Wutgeheul aus. Sie erblickten in ihr eine grobe Gesetzes- und Verfassungsverletzung und eine unverzeihliche Nachgiebigkeit gegenüber den Deutschen. Ernst Seidler galt in ihren Augen nur mehr als ein Minister der deutschen Parteien.

Wiederum flatterten allerlei Pläne einer Verfassungsänderung auf. Man dachte an eine Königskrönung in Prag, um aber dann den Gedanken wieder fallen zu lassen und sich mit um so größerem Eifer der südslawischen Frage zuzuwenden, die unglückseligerweise noch immer der Lösung harrte. Doch jetzt schien es ernst werden zu wollen. In einem Kronrat vom 30. Mai wurde sie eingehend erörtert. Sowohl der Banus von Kroatien Mihalovich wie auch der Landeschef von Bosnien Baron Sarkotić verlangten dringend die Vereinigung von Kroatien, Bosnien und Dalmatien unter Führung der Kroaten. Aber wiederum stellten sich der Bildung eines Großkroatiens die Magyaren entgegen. Dr. Wekerle, der an Stelle Tiszas getreten war und aus den Regierungskrisen, die alle vierzehn Tage hereinbrachen, stets „mit breit lächelndem Antlitz" als Ministerpräsident wiederkehrte, hatte schon früher, in einer Reichstagsrede vom 12. September 1917, alle gegen die Integrität des ungarischen Vaterlandes gerichteten Angriffe in „das Reich der Träume" verwiesen und er wollte auch jetzt nichts davon hören. So scheiterte auch dieser in zwölfter Stunde unternommene Versuch, die Kroaten und Slowenen, die in ihrer großen Mehrheit kaiser- und staatstreu gesinnt waren, der Monarchie und der Dynastie zu erhalten, an dem Widerstand der Magyaren. Die schwerwiegende Folge davon war, daß sie jetzt der jugoslawischen und großserbischen Bewegung in die Arme getrieben wurden. Die Magyaren blieben sich auch darin gleich, daß sie die ungarländischen Serben sichtbar bevorzugten und so der serbischen Propaganda wirksam in die Hände arbeiteten.

So gab es für das Kabinett Seidler Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, und dem Gespenst der inneren Zersetzung gesellte sich noch das der Hungersnot hinzu. Drei Monate nach dem so freudig begrüßten „Brotfrieden" mit der Ukraine, im Mai 1918, stand es mit der Verpflegung der Monarchie so traurig, daß der Chef des Ernährungswesens General Landwehr sich nicht anders zu helfen wußte, als daß er einen auf der Donau vorüberfahrenden, für Deutschland bestimmten Getreidetransport aus Rumänien einfach beschlagnehmen und verteilen ließ. Es war dies, wie der

General selbst sagte, ein Straßenraub, aber er war leider notwendig, um Wien vor dem Verhungern zu schützen. In der Armee lagen die Dinge nicht besser. Die Herbstoffensive gegen Italien hatte den Truppen die Möglichkeit geboten, sich zwei Monate satt zu essen, aber seit Februar war wiederum Schmalhans Küchenmeister. Dörrgemüse bildete die Hauptnahrung, und es war ein sehr schwacher Trost, wenn die Heeresintendanz erklärte, daß die in diesem Nahrungsmittel etwa vorkommenden Würmer wohl nicht appetitlich, aber durchaus nicht gesundheitsschädlich seien. Als Brot dienten kaum genießbare Maisklumpen, und bei dieser Qualität spielte es fast keine Rolle mehr, daß die Brotration — von Fleisch war so fast keine Rede mehr — gekürzt wurde.

Hunger an der Front und im Hinterlande — das war keine gute Vorbereitung für die Offensive gegen Italien, die für das Frühjahr 1918 geplant war, um die Erfolge des Herbstes auszubauen. Wohl hatte man infolge der Friedensschlüsse im Osten, durch die Heimkehr einer großen Menge von Kriegsgefangenen die Lücken in den Mannschaftsbeständen ausfüllen können, allein der soldatische Geist dieser Heimkehrer, welche die russische Revolution mitgemacht hatten, war nicht der beste. Mit Sorge verfolgte die Heeresleitung die Erscheinung der sogenannten „Grünen Kaders" — das waren Flüchtlinge, die sich in geschlossenen Verbänden, sogar mit Maschinengewehren versehen, herumtrieben und raubten — oder der vielen Urlauber, die mit gefälschten Reiseurkunden monatelang ihren Truppenkörper „suchten". Auch die Meutereien nahmen im Frühjahr in bedenklichem Maße überhand und mußten mit Waffengewalt unterdrückt werden, so bei den ungarischen Serben in Fünfkirchen, den Bosniaken in Mostar, den Magyaren in Budapest, den Slowenen in Steiermark und den Tschechen in Rumburg. Zu allem dann noch Mangel an Pferden und Zugtieren — eine Feldbatterie der Isonzoarmee verfügte nur über ein einziges Pferd — mit der leidigen Folge, dem ungenügenden Zuschub an Schießbedarf, Mangel an technischen Kampfmitteln, nicht zuletzt an Flugzeugen, während der Gegner mit alledem reichlich ausgestattet war.

Und nun setzte bei dieser durch Hunger und die Einwirkungen der bolschewistischen Revolution zermürbten Armee die Propaganda des Lord Northcliffe ein. Schon im April war im italienischen Hauptquartier mit Heranziehung von Vertretern der „unterdrückten" Völker eine internationale Propagandakommission eingerichtet worden.[340] Sie gab alsbald eine in den verschiedenen Landessprachen abgefaßte Wochenschrift heraus, die in einer eigenen Druckerei zu Reggia Emilia hergestellt wurde. Durch Flugzettel wurde dafür gesorgt, daß ihr Inhalt in den Schützengräben der österreichisch-ungarischen Truppen bekannt wurde. Eigene Propagandapatrouillen, aus tschechischen und südslawischen Legionären gebildet, machten sich entlang der ganzen italienischen Front eifrig zu schaffen; sie sangen Lieder aus der Heimat, ließen da und dort auch Grammophone spielen, und hielten den gegenüberliegenden Landsleuten prächtig gebackene Brotlaibe, auf Bajonetten aufgespießt, entgegen, als Zeichen, wie gut es die Überläufer bei den Italienern hätten.

Unter solchen Verhältnissen war es in der Tat ein „Wunder", daß diese „darbende, frierende, entkräftete, in Front und Rücken physisch und moralisch bedrohte" Armee noch ein Kriegswerkzeug bildete und zur Junioffensive an der Piave antreten konnte. Der Erfolg blieb freilich aus; denn das so wichtige Moment der Überraschung fehlte, insoferne nämlich die Italiener genau über Tag und Stunde des Losbruches der Offensive unterrichtet waren. Der Verrat in den eigenen Reihen hatte neben dem Hunger und den Schlagworten der Weltrevolution gute Arbeit verrichtet. Der Oberbefehlshaber der italienischen Armee General Diaz hatte alle Ursache, nach dem Scheitern der österreichisch-ungarischen Junioffensive der Northcliffe-Propaganda seinen Dank auszusprechen. Ohne diese innerliche Zersetzung und Zermürbung der österreichisch-ungarischen Armee wären die Italiener, trotz ihrer vielfachen Überlegenheit an Zahl und Beschaffenheit der Kampfmittel, ebenso mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden, wie in den vorangegangenen zwölf Isonzoschlachten — was sie vor sich hatten, war nicht mehr die alte kaiserliche Armee.

Ungleich bedeutungsvoller als die militärischen Folgen des Mißgeschickes an der Piave war die Rückwirkung desselben auf die Stimmung in der Heimat. Die „allgemeine Reichs- und Kriegsverdrossenheit" machte jetzt reißende Fortschritte und fand alsbald in den Parlamenten von Wien und Budapest kräftigen Ausdruck. In dem Wiener Reichsrat, der sich nach seiner Vertagung Mitte Juli wieder versammelt hatte, überschütteten die Tschechen den Ministerpräsidenten mit Vorwürfen wegen der Kreisordnung in Böhmen und brachten den Antrag auf Erhebung der Anklage gegen ihn ein. Ernst Seidler bekannte sich in seiner Erwiderung zum deutschen Kurs und die höhnischen Zurufe aus den Bänken der nichtdeutschen Volksboten besagten deutlich, daß es damit schon zu spät war. Aber auch die Deutschen waren schwer gereizt; sie erhoben die heftigsten Anklagen wider die Leitung des Staates und der Armee, verlangten eine Untersuchung gegen alle diejenigen, die an dem letzten Mißerfolg Schuld trügen, und zogen auch die höchste Stelle in die Kritik hinein. Man scheute nicht davor zurück, die Kaiserin Zita zu beschuldigen, daß sie den Plan zur Junioffensive verraten habe. Auch in Ungarn löste die Schlappe an der Piave eine Welle des Hasses gegen Österreich aus. Die Magyaren behaupteten wieder, sie hätten die größten Verluste erlitten, und forderten völlige Lostrennung von Österreich. Von dem Abschluß der Ausgleichsverhandlungen war jetzt nicht mehr die Rede. Graf Michael Karolyi wurde der führende Mann.

Ernst Seidler sah sich von allen Seiten verlassen. Auch im Herrenhause fand er auf Seite der Deutschen eine frostige Aufnahme. Wohl erklärte Fürst Auersperg höflich, daß das eisige Schweigen nicht auf einen Mangel an Vertrauen zurückzuführen sei, sondern auf die Abstumpfung des politischen Publikums, das im Laufe der Jahre so viele programmatische Erklärungen gehört habe, die aber vermöge der fortwährenden Schwankungen meist unerfüllt bleiben müßten — aber Seidler merkte doch, daß seine Uhr abgelaufen sei. Die Schwierigkeiten, das Budgetprovisorium durchzubringen, mehrten sich, und am 22. Juli nahm er seine Entlassung. An seine Stelle trat Max Freiherr von Hussarek,

der sich als langjähriger Unterrichtsminister wie als Gelehrter einen guten Namen gemacht hatte.

Wohl nie hat ein Staatsmann unter schwierigeren Verhältnissen die Leitung der Regierung übernommen als Max Hussarek. Wenige Tage vorher, am 16. Juli, hatte die Offensive der Entente, bei der bereits die amerikanischen Truppen mit einer Unmasse von modernsten Kampfmitteln, wie der mörderischen Tanks, zur Verwendung kamen, eingesetzt — und nun begann ein langsames, aber ständiges Zurückweichen der deutschen Front. Auch hier wirkte die Northcliffe-Propaganda erfolgreich mit; in dem Monat Juli wurden aus eigens zu diesem Zwecke erzeugten Luftballons nicht weniger als zwei Millionen Flugzettel abgeworfen, in welchen das deutsche Volk über die Hoffnungslosigkeit seines Widerstandes belehrt und ihm ein „gerechter" Friede in Aussicht gestellt wurde. Wie schlecht die Stimmung in der deutschen Armee schon war, das erhellt aus der unfreundlichen Aufnahme, welche die an der Westfront operierenden zwei Divisionen der österreichisch-ungarischen Armee von Seite der deutschen Mannschaften erfuhren. „Warum kämpft ihr hier," so bekamen sie zu hören, „warum verlängert ihr den Krieg?"

Eine Unglücksbotschaft nach der anderen kam jetzt vom Westen, und die Veränderung der Kriegslage wirkte prompt auf die innere Situation im habsburgischen Donaureiche zurück. Es war so, daß dort „Deutschland und sein unverwundbares Heer seit Kriegsbeginn die feste Hoffnung der Staatstreuen und die Furcht der staatsfeindlichen Elemente" bildete, und jetzt die zerstörenden Kräfte die frohe Überzeugung gewannen, für sie sei nun das Spiel gewonnen. Im nächsten Monat August veröffentlichte die englische Regierung eine Erklärung, daß sie mit Rücksicht auf die zahlreichen tschechoslowakischen Truppen, die mit den Alliierten gegen die Mittelmächte kämpften, die Tschechoslowaken als verbündete Nation und deren Truppen als verbündetes, kriegführendes Heer sowie den tschechoslowakischen Nationalrat als Bevollmächtigten der künftigen tschechoslowakischen Regierung anerkenne. Mit dieser Erklärung, durch welche die Hochverräter und eid-

brüchigen Deserteure völkerrechtlich anerkannt wurden, war ganz offiziell, wie Heinrich Friedjung sagt, das „Todesurteil" über Österreich-Ungarn ausgesprochen. Bald bildete sich auch ein südslawischer Nationalrat, der die gleich liebevolle Aufnahme als verbündete Regierung finden sollte.

In dieser bedrohlichen Lage, unter ungleich ungünstigeren Verhältnissen, erneuerte Graf Burián, der nach Czernins Rücktritt abermals den Ballhausplatz bezogen hatte, seine Bemühungen um den Frieden. Am 14. September ließ er mit Vorwissen der deutschen Regierung, aber ohne deren Zustimmung, an die feindlichen Mächte den Aufruf „An alle" zu dem Zwecke ergehen, auf neutralem Boden eine vertrauliche Aussprache über die Grundsätze zur Herbeiführung des Friedens zu pflegen. Die Einladung wurde schroff und brutal, ohne Wahrung der unter Kulturnationen üblichen Formen, abgelehnt. Das Reuterbureau machte die höhnende Mitteilung, daß der amerikanische Staatssekretär Lansing für die Ablehnung des Friedensschrittes keine ganze Stunde der Überlegung benötigt hätte, und Clemenceau ließ die Wiener Regierung auf eine im „Journal officiel" veröffentlichte Senatsrede verweisen, die in den Schluß ausklang: „Auf zum fleckenlosen Sieg!"

Zwei Wochen darauf kam eine neue Hiobsbotschaft: Bulgarien war umgefallen; es suchte um einen Waffenstillstand an und bald nachher streckte die bulgarische Armee die Waffen. Allem Anschein nach war dieser südöstliche Kriegsschauplatz zu sehr als Nebensache behandelt worden. So unglaublich es klingt, so ist es doch wahr, daß der österreichisch-ungarische Gesandte zur Zeit des Umsturzes auf Urlaub im Salzkammergut weilte. Wie im Jahre 1796, da der junge Napoleon Bonaparte in Italien einbrach, war gerade auf dem Nebenkriegsschauplatz der gut vorbereitete Hauptschlag erfolgt. Mit dem Zusammenbruch der mazedonischen Front bekam die militärische Lage der Mittelmächte eine höchst bedenkliche Wendung. Die Türkei, in Syrien schwer bedrängt, stand vor dem gleichen Schicksal, das Bulgarien betroffen.

Am 4. Oktober wandte sich Graf Burián im Einvernehmen mit Deutschland — die Anregung ging diesmal von

diesem selbst aus — an den Präsidenten Woodrow Wilson, um einen Waffenstillstand herbeizuführen. Der österreichisch-ungarische Außenminister erklärte sich bereit, für die Friedensverhandlungen die vierzehn Punkte mitsamt den einschränkenden Zusätzen, die ihnen Wilson später gegeben, als Grundlage anzunehmen. Wäre es dem Präsidenten mit seinen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit überquellenden Kundgebungen wirklich ernst gewesen, so hätte sich jetzt der große Moment geboten, sie in die Tat umzusetzen und weiteres Blutvergießen zu verhindern. Ohne Zweifel war Amerika, der große Gläubiger der Entente, die Macht, welche bei der letzten großen Offensive im Westen den Ausschlag gegeben, moralisch wie physisch in der Lage, den Verbündeten, deren imperialistische Tendenzen immer unverhüllter zutage traten, seinen Willen zu diktieren, die Donaumonarchie im Sinne seiner Ideen in einen Bund freier Völker unter dem Zepter der alten Dynastie umzuwandeln. Aber Woodrow Wilson erwies sich teils als zu schwach dazu, teils war er, vielfach aus Unkenntnis der europäischen Verhältnisse, bereits den Feinden der Mittelmächte mit Haut und Haaren verschrieben — so ist der Präsident, der als Friedensbringer für alle Zeiten ein Heros, eine Lichtgestalt der Menschheit hätte sein können, zum großen Clown der Weltgeschichte geworden. Schon das Zögern mit der Antwort, die dann ablehnend ausfiel, mußte die große Katastrophe herbeiführen.

Das Wiener Kabinett hatte unterdessen verzweifelte Anstrengungen gemacht, der inneren Auflösung einen Riegel vorzuschieben und die Lösung des österreichischen Problems im Sinne der Ideen Wilsons vorzubereiten. Unter dem vernichtenden Eindruck der militärischen Mißerfolge war sie indes noch schwieriger geworden. Von den Tschechen stand nichts mehr zu erwarten. Die Dinge waren hier um die Mitte September schon so weit gediehen, daß der aus tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten gebildete Prager Nationalrat eine Freiheitssteuer ausschrieb, die wie eine Staatssteuer eingehoben wurde. Dagegen hoffte man noch die Südslawen festhalten zu können. Wieder wurde das südslawische Problem an die Hand genommen

und Graf Tisza zum Studium desselben nach dem Süden geschickt; aber nach all dem, was man über diese seine Mission weiß, scheint er es eher darauf abgesehen zu haben, die Südslawen abzustoßen, statt zu gewinnen. Sie mögen sich nur ja nicht, meinte er, auf Serbien verlassen, das von den Bulgaren zum Frühstück verspeist werde. Da erinnerte sich Tisza, daß eben Bulgarien zusammengebrochen war, und setzte polternd hinzu: „Es ist möglich, daß wir untergehen, aber bevor wir untergehen, werden wir Macht genug finden, um euch zu zermalmen." Wieder wollten die Magyaren von einer Lostrennung von Kroatien-Slawonien nichts wissen; die äußerste Grenze, bis zu der sie zu gehen bereit waren, wäre die sogenannte subdualistische Lösung gewesen, das heißt die Vereinigung der kroatischen Länder im Rahmen des ungarischen Staatsverbandes — davon aber wollten die Südslawen nichts mehr wissen.

Schier trostlos, zum Verzweifeln, war die Situation, als der Reichsrat am 1. Oktober zusammentrat. Max Hussarek eröffnete die Tagung mit einer langen Rede, in der sich deutlich die vollständige Unsicherheit der Regierung spiegelt. In ziemlich verschwommenen Umrissen zeichnete er ein selbständiges, der Donaumonarchie angeschlossenes Polen, ein ähnlich gestaltetes Jugoslawien, um sodann seinen Plan über die Neugestaltung der Monarchie, die sich im Zeichen der nationalen Autonomie vollziehen müsse, zu entwickeln — aber über allgemeine Redensarten kam er nicht hinaus. Die Redner der Tschechen, Polen und Südslawen machten kein Hehl mehr aus ihrer innersten Gesinnung, die von der habsburgischen Monarchie nichts mehr wissen wollte. Franz Stanek, der die Legionäre als Helden hatte gefeiert, legte das hübsche Geständnis ab, daß von den Tschechen nicht ein Blutstropfen freiwillig für die Mittelmächte vergossen worden sei. Die Front der drei slawischen Staaten, führte er aus, müsse von Danzig über Prag bis zur Adria reichen. Die Frage eines freien Südslawien, eines unabhängigen Großpolen und eines tschechoslowakischen Staates müsse anderswo als in Österreich gelöst werden. Der tschechische Sozialdemokrat Tušar erklärte grob, die Tschechen verlangten nicht mehr schöne

Worte, das Volk wolle den tschechoslowakischen Staat. Der Geistliche Zahradnik sprach die Hoffnung aus, zum letztenmal in einem österreichischen Parlament zu sitzen. Sein slowenischer Amtsbruder Korošec sagte es unumwunden heraus: Hussareks Autonomieprogramm komme zu spät.

Drei Tage später zogen die Sozialdemokraten, die ja schon vor dem Weltkrieg den bundesstaatlichen Gedanken vertreten hatten, aus der ablehnenden Haltung der nichtdeutschen Nationalitäten die Folgerungen. Sie beschlossen in einer Resolution vom 3. Oktober, das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen vorbehaltlos anzuerkennen, aber dasselbe Recht auch für Deutschösterreich in Anspruch zu nehmen. Die Beziehungen dieses neuen deutschösterreichischen Staates zu den anderen Nationalstaaten der Monarchie wie zum Deutschen Reich seien durch Verhandlungen von Volk zu Volk nach seinen eigenen Bedürfnissen zu regeln. Man sieht: mit dem Gedanken des österreichischen Völkerbundes verbindet sich die großdeutsche Idee der Achtundvierziger Bewegung, und die Sozialdemokraten, die in den letzten Jahrzehnten neben den Liberalen so ziemlich allein noch die Ideale des Sturmjahres festgehalten hatten, ergreifen dabei die Führung und reißen die deutschbürgerlichen Parteien mit.

In dieser höchst kritischen Lage, da bereits die Aufteilung der Monarchie von Seite der Völker selbst begonnen hatte, berief Kaiser Karl für den 15. Oktober einen Kronrat ein, um über die weiteren Schritte eine Entscheidung zu fällen. Da wurde nun beschlossen, ein Manifest auszuarbeiten, das die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat einleiten sollte. Drei Tage später, am 18. Oktober, wurde das schicksalschwere Manifest, vom 16. datiert, kundgemacht, das — wenigstens in seinen Folgen — einer Liquidierung des Donaureiches gleichkam. „Österreich," so hieß es darin, „soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet." Der Vereinigung der polnischen Gebiete sollte dadurch nicht vorgegriffen werden. Ebenso erhielt Triest eine Sonder-

stellung. Dann kam der „unglückliche" Satz: Diese Neugestaltung, „durch die die Integrität der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird", sollte jedem nationalen Einzelstaat seine Selbständigkeit gewährleisten.

Die Selbständigkeit der österreichischen Nationalstaaten war damit festgelegt. Weniger klar war, was über die rechtliche Einheit des neuen Bundesstaates gesagt wurde. „Die Neugestaltung," so erklärte das Manifest, „wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis des einzelnen Staatswesens ist." Näheres über die Gemeinsamkeit, über die Frage, ob die Handelspolitik, ob die Armee noch einheitlich sein sollte, war nicht angegeben. Es wurde nur bemerkt, „daß die Vereinigung aller Kräfte insbesondere geboten sein wird, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen". Das Manifest schloß mit der Aufforderung an die Regierung, zum Neuaufbau Österreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten, mit dem Ruf an die Völker, an dem großen Werk durch Nationalräte mitzuwirken, die, gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation, die Interessen der Völker zu einander sowie im Verkehr mit der Regierung zur Geltung bringen sollen; „so möge denn das Vaterland als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen".

Das Oktobermanifest hat in der Öffentlichkeit vielfach eine vernichtende Kritik erfahren. Heinrich Friedjung äußerte sich mit Entrüstung über diese „klägliche Selbstpreisgabe" und Plener stand nicht an, Max Hussarek, der als Kabinettschef die Verantwortung für das „verhängnisvolle" Manifest zu tragen hat, den „Totengräber" der Monarchie zu nennen. Auf der anderen Seite wurde von einer „bedeutungslosen Episode im Todeskampfe der Monarchie" gesprochen.[341] Wer hat nun recht? Sicherlich ist in dem neuen Manifest die Hauptbetonung auf die Selbständigkeit der neuen Gliedstaaten, nicht auf die bundesrechtliche Zusammenfassung gefallen, aber ebenso gewiß ist es, daß bei einer stärkeren Hervorhebung der Gemeinsamkeit die Tschechen und ihr Anhang sofort das Haus verlassen hätten, wie ja in der Tat

schon die wenigen Vorbehalte zugunsten der Reichseinheit gleich in der nächsten Sitzung des Herrenhauses einen Entrüstungssturm auslösten.

Soviel ist klar: Auf die Tschechen war auf keinen Fall, ob das Manifest so oder anders gelautet hätte, mehr zu rechnen. Schlimmer aber mag es erscheinen, daß den Südslawen, die durchaus noch nicht als verloren gelten konnten, durch den Vorbehalt der „Integrität" der ungarischen Krone die letzte Hoffnung auf eine Befriedigung ihrer Wünsche im Rahmen der alten Monarchie schwinden mußte. „Jetzt ist es zu Ende," wurde in Agram wie in Sarajewo gesagt, „denn es ist klar, daß man uns in Wien preisgibt." Wie es heißt, soll es der ungarische Ministerpräsident Wekerle gewesen sein, der von der Aufnahme dieses Satzes die Einstellung der Lebensmittellieferungen an Österreich abhängig machte — eine Drohung, die allerdings nicht ohne Eindruck bleiben konnte. So hatte auch in der letzten Minute das Magyarentum „mit der ganzen Weltfremdheit seines oligarchischen Nationalismus" aufs verhängnisvollste in den Lauf der Dinge eingegriffen, hatte der Dualismus dem gemeinsamen Herrscher die Handlungsfreiheit genommen.

Nein — das Manifest war wirklich nur „der kalendarisch festgestellte Anfang der vollkommenen Auflösung des habsburgischen Reiches",[342] und Max Hussarek nur der unglückliche Erbe seiner Vorgänger, deren wahnwitzige Politik den Kaiserstaat zugrunde gerichtet hat, und insoferne kann er als der „Totengräber" bezeichnet werden, weil für gewöhnlich ein solcher nur das traurige Amt hat, einen Mitmenschen, der ohne sein Verschulden gestorben ist, einen schon Toten, einzugraben. So darf wohl das, was Friedrich Wieser und Glaise-Horstenau über diese Frage sagten, als das Schlußwort gelten. Das Oktobermanifest, meint Wieser, ist nicht die Ursache des Zerfalles, sondern die Wirkung desselben. Und Glaise-Horstenau urteilt: „Das Manifest hat die Entwicklung, in deren Linie es lag, gewiß nicht aufgehalten, aber beschleunigt. Aber die eigentliche Entscheidung über das Geschick der Monarchie, wenn es überhaupt noch aufzuhalten war, fiel den Siegermächten zu. Waren sie für die Erhaltung der habsburgischen Monarchie, dann hätten die

Gedanken, die dem Manifeste zugrundelagen, vielleicht noch fruchtbar werden können. Ließen sie hingegen das Donaureich fallen, dann hatte die kaiserliche Botschaft die Preisgabe im vorhinein besiegelt."

Die Mächte der Entente waren aber, wie wir schon wissen, nicht für die Erhaltung der Donaumonarchie. Am 20. Oktober wurde die Antwort Wilsons auf den Hilferuf Österreich-Ungarns bekannt, wie sie die Note Lansings vom Vortage enthielt. Sie darf wohl für alle Zeiten als das Musterbeispiel von Heuchelei und charakterloser Schwäche gelten. Der Präsident, so heißt es in diesem verlogenen Schriftstück, könne den zehnten unter seinen vierzehn Punkten, der nämlich für Österreich-Ungarn in Betracht kam, nicht mehr als uneingeschränkt zu Recht bestehend ansehen — „wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Äußerungen vom 8. Jänner sich zugetragen haben und notwendigerweise die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten änderten". Diese habe inzwischen anerkannt, „daß der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken und den Deutschen sowie dem österreichisch-ungarischen Staate besteht und daß der tschechoslowakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, um die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten". Sie habe außerdem „auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Ansprüche der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt". „Der Präsident," so heißt es am Schlusse, „verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völkerschaften als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß diese Völker und nicht er der Richter darüber sein sollen, welche Maßnahme auf Seite der österreichisch-ungarischen Regierung genügen wird, um ihre Ansprüche und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Völkerfamilie zu befriedigen."

Die ablehnende Antwort Woodrow Wilsons, bei welcher der Tscheche Masaryk Pate gestanden, war tatsächlich, wie Friedrich Wieser sagt, das „Signal zum nationalen Zerfall" des Habsburgerreiches. Indes, nicht die Südslawen

waren es, von welchen der politische Dammbruch ausging, sondern die Magyaren. Was in der österreichischen Hälfte der Doppelmonarchie die „Selbstbestimmung der Völker", das bedeutete jenseits der Leitha die Personalunion, die Lostrennung von Österreich — es war das große Zauberwort, das zersetzend und zerstörend wirkte. Die Magyaren aber, die hartnäckiger denn je an ihrer Fiktion einer einheitlichen Nation festhielten, nahmen gerade diese nationale Zersetzung des österreichischen Nachbarn zum Anlaß, sich von ihm abzusondern, einen „Gesundheitskordon gegen die Miasmen" des Völkerstreites aufzurichten. Überschlau, glaubten sie auch durch rechtzeitige Loslösung von dem zusammenbrechenden Kaiserstaat und dem bedrohten Deutschland sich retten zu können. Am 16. Oktober brachte Wekerle aus Wien dem Reichstag die grundsätzliche Zustimmung des Königs zur Personalunion, zur vollen Unabhängigkeit. Ein Taumel „irrsinniger Freude" erfaßte das ganze Parlament. Graf Karolyi forderte unter dem stürmischen Beifall seiner Partei und der Galerie die Rückberufung der Armee von der italienischen Front und den Bruch mit Deutschland. Einer seiner Freunde, Martin Lovassy, rief: „Bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß wir Ententefreunde sind." Graf Tisza wagte es, seiner alten Überzeugung getreu, für den deutschen Bundesgenossen eine Lanze einzulegen — ein Browninganschlag gegen ihn war die Antwort. Aber am nächsten Tage fiel auch dieser starke Mann um. Mit den Worten: „Wir haben den Krieg verloren!" sagte er sich von Österreich und von Deutschland los. Tiszas trübseliges Schlußwort zum Weltkrieg übte auf das ganze Land eine ungeheure Wirkung aus. Graf Karolyi hatte auf allen Linien gesiegt.

So hatten die Magyaren der habsburgischen Monarchie in einem Moment, da sich die pragmatischen Bande hätten bewähren sollen, wie Baron Spitzmüller sagt, den „Gnadenstoß" gegeben. Am 21. Oktober, dem Tage nach dem Bekanntwerden der Antwort Wilsons, versammelten sich unter dem Eindruck derselben die deutschösterreichischen Abgeordneten zur ersten Sitzung der Nationalversammlung im niederösterreichischen Landhause, in jenem Saale, dessen

herrliche, von Petruccis Meisterhand gemalte Fresken den Triumph Großösterreichs darstellen, um die Gründung Deutschösterreichs zu vollziehen. Noch bekannten sich die Deutschnationalen wie die Christlichsozialen als Anhänger der konstitutionell-monarchischen Staatsform, aber das Recht der Selbstbestimmung, der Regelung aller staatlichen und internationalen Beziehungen wurde bereits, unter Ausschaltung aller anderen Gewalten, dem deutschösterreichischen Volk vorbehalten. Mit diesem Schritt war man schon über das kaiserliche Oktobermanifest hinausgegangen, hatten auch die Deutschen Österreichs die revolutionäre Bahn eingeschlagen. Das alte Österreich wurde als aufgelöst betrachtet. „Ohne Dank scheiden wir nun," sagte ein Redner der Deutschnationalen, „aus diesem Staate, mit dem verkettet gewesen zu sein, für uns eine schwere und verzehrende Last war." An demselben Tage hatte auch eine Herrenhaussitzung stattgefunden, in der die Tschechen in aller Form sich von Österreich lossagten und ihrer Hoffnung Ausdruck gaben, die Errichtung ihres tschechoslowakischen Staates — mit Einschluß der deutschen Siedlungsgebiete — werde auf der künftigen Friedenskonferenz die Anerkennung finden.

Zwei Tage später, am 23. Oktober, tagte noch einmal das Herrenhaus, dessen staatstreuen Mitgliedern keine andere Aufgabe mehr zufiel, als die Totenklage um das dahingeschiedene Österreich anzustimmen. Übereinstimmend wurde gesagt, daß die Monarchie sich selbst aufgegeben habe. Kein Wort, so erklärte Baron Beck in seiner Kritik des kaiserlichen Manifestes, finde sich darin über die staatliche Oberhoheit des Bundes, kein Wort darüber, daß dieses neue Österreich unter der alten Dynastie bleiben wolle, kein Wort, daß die Pragmatische Sanktion als Fundament herübergenommen werden solle. Das schrankenlose Selbstbestimmungsrecht der Völker erfahre keine Selbstbeschränkung, kein Plan, kein Weg für die Zusammengehörigkeit sei vorgezeichnet. Wolle man schon den alten Staat auseinanderlegen, so müsse man wissen, wie diese Staaten und dieser Gesamtstaat aussehen sollen, die Regierung müsse die Führung übernehmen und die Operation leiten. Aber die

neue Selbstbestimmung scheine in erster Linie den Tschechen zugute kommen zu sollen, die selbst sie den Deutschen in Böhmen nicht zugestehen wollen. Der jetzige Auflösungsprozeß sei nicht bloß durch die Kriegsereignisse, sondern durch den Mangel an jeder politischen Führung in den letzten zehn Jahren, und ganz besonders während der Kriegszeit, herbeigeführt worden. Nachdem andere Redner wie Plener und Baron Schwarzenau in gleichem Sinne gesprochen hatten, stellte Fürst Auersperg die betrübliche Tatsache fest, daß von dem Inhalt des Manifestes nur die Trennung der nationalen Staaten von Österreich vollzogen wurde. Wozu haben wir eigentlich in diesem Staate gewirkt und wofür sind wir ins Feld gezogen? In diese ergreifende Frage klang der Abschied vom alten Österreich aus.

An diesem traurigen Tage weilte Kaiser Karl nicht mehr in seiner kaiserlichen Residenz, sondern auf ungarischem Boden. In Wien wurde die Kaiserreise als Flucht ausgelegt und dieser Verdacht war nicht unbegründet. Der Monarch sah in den Magyaren, wie es in seiner Umgebung hieß, das „Refugium der Dynastie". Aber im Lande der heiligen Stephanskrone hatte die innerpolitische Lage eine neue Wendung bekommen, auf die Kaiser Karl offenbar nicht gefaßt war. Baron Wekerle, mit dem in einem gemeinsamen Ministerrate vom 21. Oktober die Grundlagen des neuen Verhältnisses zu Österreich besprochen worden waren, wurde von der Opposition, welche die völlige Trennung anstrebte, zur Demission gedrängt, die der Monarch am selben Tage, den 24. Oktober, annahm — nun war für Graf Michael Karolyi, der schon lange aus dem Hintergrunde die Drähte zog, die Bahn frei. Der neue ungarische Ministerpräsident und sein Kriegsminister Bela Linder beeilten sich, ihren Worten die Tat folgen zu lassen: die ungarischen Truppenkörper wurden von der italienischen Front heimberufen, und damit war auch über das letzte Bollwerk der habsburgischen Monarchie der Stab gebrochen.

Noch stand die österreichisch-ungarische Armee an der Südwestfront wie eine eiserne Mauer, allen verzweifelten Anstrengungen der Italiener, die durch englische und französische Truppen verstärkt waren, wacker trotzend.

Wiederum wie im Sturmjahre konnte man sagen: „In deinem Lager ist Österreich." Aber diesmal sollte sich die düstere Prophezeiung des großen Friedländers erfüllen: „Diese ganze Armee kann in ein paar Tagen wie Butter an der Sonne zerfließen." Seit der verunglückten Junioffensive hatten sich die Ernährungsverhältnisse noch trostloser gestaltet, und mit dem Herannahen des Herbstes machten sich auch die Schwierigkeiten der Verpflegung stärker fühlbar — ganze Abteilungen, die hoch im Gebirge lagen, waren — im Oktober — nur mit Unterwäsche bekleidet. Auch das Vertrauen in die Führung hatte einen gewaltigen Stoß erlitten, obwohl sich die Armee trotz allem noch immer den Italienern militärisch überlegen fühlte. Aber nun kamen rasch hintereinander die Nachrichten von den Oktobervorgängen in der Heimat; zuerst von dem Friedensangebot auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons, das einen entmutigenden Eindruck machte, dann von dem kaiserlichen Manifest, das gleich einer Bombe wirkte und allgemein als Zeichen der Auflösung angesehen wurde, von der Antwort Wilsons, die diese erschütternde Wirkung verstärkte, von dem ständigen Zurückweichen der deutschen Front im Westen, und nicht zuletzt von dem Verzweiflungsrufe Stephan Tiszas — „Wir haben den Krieg verloren."

Mit begreiflicher Sorge sahen die Kommanden der Offensive der Italiener entgegen, für die fieberhafte Vorbereitungen getroffen wurden. Das Armeeoberkommando tat verzweifelte Versuche, den Waffengang zu verhindern. Kaiser Karl wandte sich durch den Heiligen Vater telegraphisch an die italienische Regierung — umsonst; der Angriff war schon im Gange und außerdem wollten sich die Italiener nach ihren fürchterlichen Niederlagen nicht jetzt, da ihnen der sichere Sieg winkte, diese Gelegenheit zu billigen Lorbeeren entgleiten lassen. Trotzdem war der Anfangserfolg der Offensive, die am 24. Oktober losbrach, kein nennenswerter, aber als es zum Gegenstoß kommen sollte, da waren es wieder, wie in den Jahren 1859 und 1866, in erster Linie ungarische Regimenter, die versagten — ganze Abteilungen des Infanterieregimentes Nr. 25 und des Honvedregimentes Nr. 22 meuterten, und Erzherzog Josef, der Oberbefehlshaber der

Heeresgruppe, riet, sie nach Ungarn abzuschieben. Es war das Vorspiel zur allgemeinen Auflösung, zu der von Budapest aus das Signal kam.

An jenem 24. Oktober, da die Italiener den Angriff eröffneten und in Budapest der bedeutungsvolle Regierungswechsel sich vollzog, übersiedelte Graf Julius Andrassy als Außenminister nach dem Ballhausplatz — ihm war es vorbehalten, in wenigen Tagen das Lebenswerk seines Vaters, das Bündnis mit Deutschland, zu zerstören. Der Nachfolger Burians hatte nichts Eiligeres zu tun, als um einen Separatfrieden und sofortigen Waffenstillstand anzusuchen. Wohl hatte er den Bundesgenossen vorher verständigt, aber der Eindruck, den man in Deutschösterreich gewann, war doch der, daß die Donaumonarchie einen Treubruch an dem Verbündeten begangen, und dieses Gefühl wirkte niederschmetternd. Prinz Emil Fürstenberg gab der allgemeinen Entrüstung den richtigen Ausdruck, als er dem Grafen Andrassy rundheraus erklärte, es sei jedem Patrioten und rechtlich denkenden Österreicher und Ungarn, der noch einen Funken Ehrgefühl im Herzen habe, ein unerträgliches Gefühl, zum Verräter gebrandmarkt zu werden. „Wenn der durch eine Reihe von unfähigen und jämmerlich schwachen Regierungen künstlich heraufbeschworene Zusammenbruch der Monarchie," schrieb er da, „auch nahezu alles vernichtete, was jedem Patrioten hoch und heilig war, so ist es doch Pflicht der heute an der Macht befindlichen Faktoren, dafür zu sorgen, daß wenigstens die Ehre derjenigen Konnationalen, welche bisher treu und ehrlich zum Herrscher, Vaterlande und zum beschworenen Bündnis gehalten haben, gewahrt bleibe ..." Ein anderes Mitglied der Hocharistokratie, Prinz Gottfried Hohenlohe, der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, gab sofort seine Demission.

Die Deutschnationalen brachten noch am selben Tage, da das Sonderfriedensangebot bekannt wurde, am 28. Oktober, ihre „tiefe Entrüstung" über das „unqualifizierbare" Vorgehen des Grafen Andrassy zum Ausdruck und forderten, daß das Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs unbedingt gewahrt und der Friede im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche durchgesetzt werde. In der deutschöster-

reichischen Nationalversammlung, die zwei Tage darauf im Wiener Landhause zu einer Sitzung zusammentrat und den Beschluß faßte, die ganze Staatsgewalt auf deutschösterreichischem Boden an sich zu ziehen, kam die nationale Erregung und Empörung über den Verrat zum Ausbruch. Der durch Dr. Sylvester vorgebrachten Verwahrung der Deutschnationalen gegen den Schritt Andrassys schlossen sich auch die Sozialdemokraten an. „Was jetzt übrig bleibt," erklärte ihr Sprecher Ellbogen, „ist der kalte, schmähliche Treubruch, der von einem berühmten deutschen Dichter gekennzeichnete Dank vom Hause Österreich." Während der Sitzung aber hatte sich — wie am 13. März 1848 — vor dem Landhause eine tausendköpfige Menge angesammelt, und stürmische Rufe nach der Republik wurden laut. Sie gingen nicht von den Sozialdemokraten aus, sondern von deutschnationalen Bürgern und Studenten, und die Pfuirufe, die bald nachher auf dem nahen Ballhausplatze zu Andrassy hinaufdrangen, offenbarten die innersten Triebkräfte der revolutionären Bewegung. Wie ein Grabgesang auf die alte Monarchie erklang es:

Wir wollen das Wort nicht brechen,
Nicht Buben werden gleich,
Wollen predigen und reden
Vom heiligen römischen Reich.

Rasch trieben nun die Dinge dem letzten Stadium der Katastrophe zu. In Ungarn, wo sich ebenfalls ein Nationalrat gebildet hatte, flammt die lange vorbereitete Revolution auf, am letzten Oktobertage wird Stephan Tisza von Soldaten ermordet und tags darauf, am 1. November, tritt unter Hochrufen auf die Republik ein neues Kabinett Karolyi ins Leben, der durch den Fernsprecher beim Monarchen die Enthebung von seinem Amte angesucht und erhalten hatte. Eine Woche später bricht in Bayern die Revolution aus; am 9. November erfolgt die Abdankung des deutschen Kaisers und zwei Tage darauf erläßt Kaiser Karl eine Erklärung des Inhalts, daß er auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften verzichte und im vorhinein die Entscheidung anerkenne, die Deutschösterreich über die künftige Staatsform treffen werde —

keine formelle Abdankung, aber ein unbedingter Verzicht auf die Regierungsgewalt. Diese Entscheidung fällt schon am folgenden Tage, dem schicksalsvollen 12. November — Deutschösterreich wird eine Republik und ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Die Umwälzung vollzog sich dank der guten Organisation der sozialdemokratischen Partei und dem passiven Verhalten der bürgerlichen Parteien in aller Ruhe. Der nunmehrige Exkaiser hatte sich bereits am Vortage aus der Residenz seiner Väter entfernt, um nach einem kurzen Aufenthalt in Eckartsau Deutschösterreich für immer zu verlassen — nur auf dem Fluge von der Schweiz nach Ungarn sollte er es nach Monden wieder sehen.

Während die Grundpfeiler des Habsburgerreiches, einer nach dem anderen, zusammenbrachen, vollzog sich auch das Schicksal seiner Armee. Nachdem die ungarischen Truppen aus der Front herausgezogen worden waren und andere ihrem Beispiele folgten, war an einen weiteren Widerstand nicht mehr zu denken. Die Heeresleitung suchte um einen Waffenstillstand an, der unter den härtesten Bedingungen bewilligt wurde. Das italienische Hauptquartier zog den Abschluß desselben absichtlich recht lange hinaus, dann kam noch das schwer verständliche „Mißverständnis", dem zufolge die österreichisch-ungarischen Truppen genau sechsunddreißig Stunden früher den Befehl zum Einstellen der Feindseligkeiten erhielten, — so war es den Italienern möglich, ihre großen „Siege" über eine nicht mehr bestehende, in Auflösung begriffene Armee zu erringen. Durch Umgehungen wurde dann noch eine Unzahl von Gefangenen und von Kriegsbeute gemacht. Mit Recht ist von Glaise-Horstenau gesagt worden, daß das Vorgehen der Italiener, mögen sie auch formell richtig gehandelt haben, mit den „herkömmlichen Begriffen von Ritterlichkeit und Soldatengroßmut" nur mehr wenig gemein hatte. Die Armee wie das Vaterland, für das sie gekämpft hatte, bestand nur mehr in seinen Trümmern.

* *
*

Der Todeskampf der alten Donaumonarchie war zu Ende. Sie war — wir wissen es bereits — schon lange schwer krank, dem Untergange geweiht. „Wir mußten sterben," so sagt Ottokar Czernin, „die Todesart konnten wir uns wählen und wir haben uns die schrecklichste gewählt." Ob wir sie uns wirklich wählen konnten und ob sie nicht noch schrecklicher ausgefallen wäre, darüber kann man streiten. Aber das ist richtig: das habsburgische Reich war nicht mehr lebensfähig, es war ein „Anachronismus", und diese Tatsache anerkennt auch ein so warmer Verehrer des alten Österreichs wie Friedrich Wieser, wenn er sagt: „Unsere politische Geschichte war ein Ringen gegen die allgemeinen Gesetze der europäischen Entwicklung, das durch die Ereignisse des Weltkrieges widerlegt und zunichte gemacht wurde." Der Hexenkessel des Völkerstreites, der wieder die Begehrlichkeiten der stammverwandten Nachbarn reizte, wäre geblieben. Die auseinanderstrebenden, zerstörenden Kräfte wurden immer stärker, die staatserhaltenden immer schwächer — dies war das traurige Erbe des franziszeischen Systems. Der unglückliche Kaiser Karl, der sich vergebens abmüht, den Nationalitätenhader zu beschwören, war gewissermaßen, nur in reinster Prägung, in höchster Potenz, die Verkörperung der Hilflosigkeit und Schwäche der Regierungsgewalt, wie wir sie seit vielen Jahrzehnten am Werke zu sehen Gelegenheit hatten. Vergebens suchen wir in der ganzen langen Regierung Kaiser Franz Josephs nach staatsmännisch großen, schöpferischen Gedanken, wie sie der Kremsierer Reichstag geboten, suchen wir nach festen Richtlinien. Es war nichts anderes als ein unsicheres Hin- und Herlavieren; die Regierungen begnügten sich damit, über die Schwierigkeiten der nächsten Tage hinwegzukommen, — von schaffender, aufbauender Staatskunst nicht eine Spur!

Und wo war der große Staatsgedanke, der die Bürger des neuen, aus den Stürmen der Revolution hervorgewachsenen Österreichs beseelt und die Regierungen gestützt hätte! Seit dem Jahre 1840, da Baron Andrian über die Passivität der Österreicher und den Mangel eines Gemeingefühles Klage führte, hatte sich nichts geändert. Die

schweren Mißerfolge in der großen Politik, welche die Regierung Franz Josephs brachte, waren nicht geeignet, den schon sprichwörtlich gewordenen Pessimismus zu bannen. Heinrich Friedjung hat bitter von dem „Kleinheitswahn" der Deutschen in Österreich, die das Staatsvolk darstellten, gesprochen.

Diese Kunst des Sichbescheidens, das in dem oft im Donaulande gehörten Appell: „Nur Mut, es wird schon schief gehen!", seinen bezeichnenden Ausdruck fand, war eine schwere Verfallserscheinung. Die Gleichgültigkeit, mit welcher ein Großteil des Bürgertums dem Umsturz in den Herbsttagen 1918 zusah, war nur der würdige Ausklang der staatslosen Gesinnung, der politischen Unreife, wie sie die Ära des Kaisers Franz gezeugt.

Der große Rat der Siegerstaaten, der sich in Paris versammelte, um der Welt den Frieden zu diktieren, hat der Aufteilung der habsburgischen Donaumonarchie seine Sanktion erteilt. Dieser Beschluß mag nach den uns bekannt gewordenen Stimmen der öffentlichen Meinung, wie sie vor dem Kriege, namentlich in England, laut wurden, befremdlich erscheinen. Von dem Tschechen Palacky, der Österreich für eine Notwendigkeit erklärte, wollen wir nicht mehr reden, aber noch kurz vor dem Weltkriege wurde sie immer wieder betont. Der Franzose Deschanel sprach in seiner Kammerrede vom 19. November 1903 von Österreich-Ungarn als dem „Schlußstein Europas", und vier Jahre später schrieb der Engländer Seton-Watson: „Selbst wenn wir annehmen, daß die Artischocke von fremder Hand leicht zerpflückt werden könnte — und dies kann ich auch nicht einen Augenblick zugeben — würden die darauf folgenden Rivalitäten der Mächte eine Quelle endloser Gefahren und Verwirrungen sein und für jeden Beteiligten etwas weit Schlimmeres als verbrannte Finger bedeuten."

Die österreichisch-ungarische „Artischocke" ist in Paris zerpflückt worden, und es ist sehr leicht gegangen, weil man mit einem beispiellosen Leichtsinn ans Werk schritt. Wiederum zeigte sich in diesem schicksalsschweren Moment, wie recht der große Kanzler Oxenstjerna hatte, als er seinen Sohn belehrte: „Du ahnst nicht, mit wie wenig Weisheit

die Welt regiert wird." Kein Wunder — denn an dem Konferenztische führten neben den Vertretern der Siegerstaaten jene zwei Großmächte der Geschichte, die bekanntlich die schlechtesten Ratgeber sind, das entscheidende Wort: Dummheit und Leidenschaft; auch der Engländer Keynes spricht von „Leichtfertigkeit, Verblendung und Übermut". Teils aus berechneter Bosheit, teils aber aus wirklicher Unkenntnis der eigenartigen Verhältnisse, wurden hier staatliche Gebilde geschaffen, die nicht leben und nicht sterben können, wurde ein neues politisches Erdbebengebiet gebildet, das sich dem alten Herd der Unruhe, dem Balkan, würdig anschließt, wurde eine neue Form der Verwirrung an Stelle der alten geboten — aber keine Lösung.

Wo waren da die mit so schönen Worten und so großartiger Geste in die Welt hinausposaunten Grundsätze der nationalen Selbstbestimmung und der Gerechtigkeit, mit welchen die Mächte der Entente das deutsche Volk geködert und zur Niederlegung der Waffen veranlaßt hatten! Die Völker sollten nicht, wie es salbungsvoll von den Lippen Woodrow Wilsons verkündet wurde, „wie die Steine in einem Spiele" aus einer Staatshoheit in eine andere geschoben werden — und niemals war dies mehr der Fall als in jenem famosen Friedensdiktat von Saint-Germain und Versailles. In seiner Rede vom 6. Jänner 1918 hatte Lloyd-George den herrlichen Gedanken ausgesprochen: „Die Einrichtung des neuen Europa muß auf solchen Grundlagen von Vernunft und Gerechtigkeit aufgebaut sein, die allein Dauerhaftigkeit versprechen. Darum ist es unsere Ansicht, daß die Zustimmung der Regierten die Grundlage jeder Regelung von Gebietsfragen in diesem Kriege sein muß." Die Selbstbestimmung hatte wohl für die Tschechen und Slowaken, die Polen und Serben Geltung, nicht aber für die Deutschen und die Magyaren. Oder sind etwa die kerndeutschen Südtiroler um ihre Zustimmung gefragt worden, als sie von den Italienern im Sinne des Londoner Paktes von 1915 annektiert wurden? Noch nie, so kann man ruhig behaupten, ist ein Friede geschaffen worden, der so wenig Friede war wie jener von Paris, weil er eben allen Grundsätzen

der Gerechtigkeit ins Gesicht schlug und die Prinzipien der brutalen, nackten Gewalt vertrat.

Wir erinnern uns, welch böse Kritik in der Welt die Wiener Kongreßakte erfuhr, weil sie die lebendigen Kräfte der Geschichte, die sich in der französischen Revolution und den Befreiungskämpfen sieghaft durchgerungen, nicht berücksichtigte, sondern nach den alten diplomatischen Methoden der Kabinettspolitik die „Seelen" wie Vieh verschacherte. Wie vernichtend, wie hohnvoll erst wird einmal das Urteil über jene Machthaber lauten, die nach hundert Jahren, nach all den blutigen Erfahrungen, die man in diesem Zeitraum sammeln konnte, den Pariser Gewaltfrieden in die Welt setzten!

Der Wiener Frieden von 1815 hat doch wirklich einen Frieden, der volle vier Jahrzehnte währte, geschaffen. Aber niemand wird behaupten können, daß es den Weisen des Pariser Areopags von 1919 gelungen sei, auch nur eine einzige Frage zu lösen — trotz den vielen Konferenzen, die in den folgenden Monaten und Jahren ununterbrochen abgehalten wurden. So führt sich eben die von blindem Hasse gelenkte Politik der Gewalt ad absurdum. Mit Schaudern mögen die Engländer schon heute erkennen, daß sie mitgeholfen haben, ein Europa unter französischer Hegemonie, das sie unter Ludwig XIV. und Napoleon so leidenschaftlich bekämpften, zu begründen, daß sie bereits das Opfer dieses schrankenlosen französischen Imperialismus waren, als sie den Pariser Schandfrieden, dieses Verbrechen an der Menschheit und zugleich an ihrer herkömmlichen Politik des europäischen Gleichgewichtes, mit ihrer Unterschrift deckten. Niemals hätten sie vergessen sollen, was einer ihrer Besten, Thomas Carlyle, in einem Brief an die „Times" über Frankreichs Rheinpolitik sagte: Seit vierhundert Jahren hat keine Nation so böswillige Nachbarn gehabt als die Deutschen an den Franzosen, die unverschämt, raubgierig, unersättlich, unversöhnlich auftraten und immer bereit waren, die Offensive zu ergreifen. Deutschland hat während dieser ganzen Zeit die Übergriffe und Anmaßungen Frankreichs ertragen!"

Nur die roheste Gewalt konnte einen Frieden diktieren,

wie den von Saint-Germain, der in der Tat, wie Friedrich Wieser sagt, ein „völkischer Vernichtungsfrieden“ ist, weil er von dem deutschen Stamme, der in Österreich angesiedelt lebte, fast die volle Hälfte unter die Herrschaft fremder, ja feindlicher Nationen verteilte. Daß dadurch mehrere „Österreichs im kleinen“, mehrere „Zwangsstaaten“ und „Anachronismen“ erstanden und statt des österreichischen Problems ein europäisches Problem geschaffen wurde, dies kümmerte nicht die hohen Herren, die vor lauter Konferenzen und Siegesbanketten keine Zeit fanden, über die zu lösenden Fragen nachzudenken und sich auch gegenseitig nicht verstanden. Ob das neue Deutschösterreich mit dem „Wasserkopfe“ Wien, dem das fruchtbare Burgenland nur aus dem Grunde zugesprochen wurde, um einen Zankapfel gegen Ungarn, seinen einzigen natürlichen Freund, zu schaffen, wirklich lebensfähig sei, darüber zerbrach man sich nicht viel den Kopf. Die großen Bedenken kamen erst, als es sich darum handelte, dem auf den Bettelstab gebrachten Österreich Kredite zu gewähren — da zog man sich, weil dieses nach der Meinung der berufenen Finanzmänner nicht lebensfähig sei. Aber man biß schließlich in den sauren Apfel, um zu verhüten, daß Deutschösterreich förmlich mit Naturgewalt in die Arme Deutschlands getrieben werde. Denn — dieser Anschluß an das Deutsche Reich mußte unbedingt verhindert werden, und deshalb war er ja auch im Vertrag von Versailles verboten worden. Das Recht der Selbstbestimmung hatte für das große Volk der Deutschen keine Geltung — so sah es mit der „Gerechtigkeit“ aus!

Nicht weniger groß als die Rachsucht und die Unkenntnis der geographisch-ethnographischen Verhältnisse scheint die historische Unbildung der Pariser Machthaber gewesen zu sein. Ansonsten hätten sie sich sagen müssen, daß die lebendigen Kräfte der Menschheitsentwicklung sich nicht aussperren lassen, daß es einen Tag geben wird, da die Sünde wider den Geist der Geschichte gut gemacht wird, weil gut gemacht werden muß. Ein Größerer als sie alle zusammen mußte diese Wahrheit schmerzlich erkennen — Napoleon auf St. Helena. Auf dem meerumbrandeten Felseneiland be-

kannte er, daß die Macht des Gedankens stärker sei als das Schwert. Mögen sich die Staatslenker in Paris, die es geradezu systematisch darauf anlegen, in dem gutmütigen deutschen Michel den furor teutonicus zu entfachen, an des Imperators Schicksal und seiner zu späten Erkenntnis spiegeln. Die Weltgeschichte, die ein Weltgericht ist, wird auch über das schmachvolle sogenannte Friedenswerk der Ententegewaltigen hinwegschreiten.

Wir denken jetzt zurück an den herzbewegenden Abschied der Deutschösterreicher von Frankfurt im Frühling 1849. Damals hatte Camillo Wagner zuversichtlich gesagt: „Lassen Sie aber eine Lücke für uns, daß wir immer hereinkommen können, wir werden kommen, wie und wann, wer kann das sagen? Wir kommen aber." Jawohl, Deutschösterreich wird kommen! Es hat seine Mission als Kulturträger im Osten erfüllt. Dank hat es keinen dafür geerntet, außer bei den wenigen Edlen, über die jede Nation verfügt. Die Völker, die auf dem Boden der alten Ostmark angesiedelt waren, haben sich an deutscher Kultur emporgerankt und wollen, mündig und stolz geworden, völlig selbständig sein. Es sei ihnen von Herzen gegönnt! Aber den Deutschösterreicher drängt es in sein Vaterhaus zurück. Erst dann hat auch der Deutsche seinen Nationalstaat — spät, aber mit dem Dichter Konrad Ferdinand Meyer wollen wir dann sagen können:

Was langsam wächst,
Das wird gedoppelt stark.
Geduld! Was langsam reift,
Das altert spat!
Wenn andere welken,
Werden wir ein Staat.

ANMERKUNGEN

[1] Siehe Bd. I, S. 385 fg.

[2] Weisung Metternichs an Grafen Münch vom 7. März 1835; St.-A. Konferenzakten, Nr. 490.

[3] Erwähnt von Schuselka, Österreichische Vor- und Rückschritte, S. 195.

[4] Schreiben an Fürst Franz Liechtenstein vom 13. März 1835. St.-A. Familienarchiv, Nr. 179. — „Augsburger Zeitung" vom 11. und 14. März 1835.

[5] Siehe Anm. 2.

[6] Tagebuch vom 14. März 1835; Kübeck, Tagebücher, herausgeg. von Max Kübeck, I, S. 679.

[7] G. Loesche, Geschichte des Protestantismus in Österreich (Jahrb. der Gesellsch. für die Geschichte des Protest., 40. und 41. Jahrg.), S. 227.

[8] Karl Fr. Graf Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien 1845 bis 1852, S. 72.

[9] Frankl, Erinnerungen, S. 166. — Schreiben der Gräfin Bernstorff an ihre Mutter vom 24. August 1848; (Bernstorff), Im Kampf für Preußens Ehre, S. 71; Treitschke, Deutsche Geschichte, IV, S. 520.

[10] Castle, Aus dem Tagebuch des Freiherrn Max von Löwenthal, in den „Historischen Blättern", Jahrg. 3, S. 502.

[11] Tagebuch Kübecks vom 16. Oktober 1835; Tagebücher, I, S. 700.

[12] Tagebuch Kübecks vom 14. März 1835; ebenda, S. 679.

[13] Siehe Bd. I, S. 317 fg.

[14] Metternich an Gervay, 13. Juni 1840; St.-A. Konferenzakten, Nr. 923.

[15] Tagebuch der Fürstin Melanie Metternich vom 5. Oktober 1851; Hanns Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, IV, S. 122.

[16] Tagebuch Kübecks vom 14. März 1835; Tagebücher, I, S. 679.

[17] Ottokar Lorenz, Staatsmänner und Geschichtsschreiber des XIX. Jahrhunderts, S. 102.

[18] Frankl, Erinnerungen, S. 378.

[19] Tagebuch Kübecks vom 4. März; Tagebücher, I. S. 768.

[20] Siehe Anm. 2.

[21] Geschichte Österreichs, I, S. 443.

[22] Siehe Anm. 2.

[23] Nachgelassene Papiere, VII, S. 618. Vgl. auch Beidtel, Geschichte der österr. Staatsverwaltung, II, S. 346.

[24] Tagebuch Kübecks vom 27. Dezember 1839; Tagebücher, I, S. 846.

[25] Ebenda, S. 717.

[26] Metternich an Erzherzog Ludwig, 27. Februar 1846; Schlitter a. a. O., I, S. 37, 99.

[27] Kübeck, Tagebücher, I, S. 703 fg.

[28] Tagebuch Kübecks vom Februar 1837; ebenda, S. 755.

[29] Nachgelassene Papiere, VII, S. 628.

[30] Tagebuch Kübecks vom Februar 1837; Tagebücher, I, S. 755 f.

[31] Siehe Bd. I, S. 334 fg.

[32] Tagebuch Kübecks vom Februar 1837; Tagebücher, I, S. 755.

[33] Skizze über Fürst Metternich (1839); Grillparzers sämtliche Werke (Sauer), XIV, S. 158 f. Vgl. Bd. I, S. 382 fg.

[34] Metternich an Bischof Wagner, 25. April 1835, 29. Juni 1841. St.-A. Konferenzakten, Nr. 489 ex 1841.

[35] Tagebuch Kübecks vom 1. April 1836; Tagebücher, I, S. 721.

[36] „Der große Bluttag auf dem Altstädterring zu Prag, Montag, am 21. Juni 1621" (Jahrg. 1836).

[37] Vortrag Metternichs vom 13. Juli 1836 mit den folgenden Aktenstücken im St.-A. Acta secreta Nr. 483—496.

[38] Mitgeteilt von Böheim, in der „Österreichisch-Ungarischen Revue" N. F. 3 (1887).

[39] Ges. Werke (Castle), Briefe, III, S. 322—378.

[40] Äußerung vom 12. Mai 1836 auf das Zirkulandum vom 30. April; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 14 ex 36.

[41] Die Sistierung des am 24. Juli genehmigten Beschlusses der Hofkammer erfolgte mit allerhöchstem Handschreiben vom 5. August 1836; St.-A. Staatsratsakten, Nr. 3409.

[42] Vortrag Eichhoffs vom 31. August 1836; St.-A. Konferenzakten, Nr. 1607 ex 37.

[43] Vgl. Sybel, Die österreichische Staatskonferenz von 1836 (auf Grund der Berichte des preußischen Gesandten) in der „Historischen Zeitschrift" XXXVIII, S. 385 fg.

[44] Metternichs Gutachten zu dem Militärvoranschlag für 1836 (August 1835); St.-A. Konferenzakten, Nr. 1461 ex 35. Vgl. auch Beer, Die Finanzen Österreichs, S. 142.

[45] Allerhöchstes Handschreiben vom 16. September 1836 auf die Eingabe Kolowrats vom 9. September, ferner Schreiben Erzherzog Ludwigs an Metternich vom 10. September 1836; St.-A. Konferenzakten, Nr. 1742 ex 36.

[46] Clam-Martinitz an Metternich, 28. September 1836; St.-A. Staatskanzlei, Personalia 12.

[47] Gespräch mit M. Löwenthal vom 19. November 1839; Schriften des Literarischen Vereines, VI, S. 190.

[48] „Le courrier Français" vom 15. November; „Journal du commerce" vom 18. und 27. November 1836.

[49] Vgl. im allgemeinen Sybel, a. a. O.; Wertheimer, Fürst Metternich und die Staatskonferenz, in der „Österreichischen Rundschau", X, S. 41 f. und 111 f; Fournier, Graf Kolowrat und die österreichische Staats-

konferenz von 1836 in der „Österreichischen Rundschau", XXVI, S. 135 f., 208 f.; Schlitter, a. a. O., S. 40 fg.

[50] Clam-Martinitz an Metternich, 28. September 1836; St.-A. Staatskanzlei, Personalia 12.

[51] Tagebuch Kübecks vom 5. und 20. Oktober 1836; Tagebücher, I, S. 731, 733.

[52] Metternich an Gervay, 26. August 1842; erwähnt von Friedrich Walter in den „Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen", LX, S. 171.

[53] Tagebücher (1837, Februar) I, S. 755.

[54] Karl Groos, Fürst Metternich, S. 95.

[55] Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 14.

[56] Arnold Winkler, Landesregierung und Bürgermeister. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Wiener Vormärz, im „Monatsblatt des Vereines für Geschichte der Stadt Wien", I (1919), Nr. 9, 10.

[57] Tagebuch Kübecks vom 4. Jänner 1837; Tagebücher I, S. 749 fg.

[58] Tagebuch Kübecks vom 1. Oktober 1837; ebenda S. 768.

[59] Ebenda S. 808.

[60] Nachgelassene Papiere, VI, S. 301.

[61] Präsidialvortrag Sedlnitzkys vom 30. Juni 1839; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 1066.

[62] Vortrag Sedlnitzkys vom 8. Februar 1839; ebenda Nr. 252 ex 1838.

[63] Votum vom 31. Juli auf Vortrag Sedlnitzkys vom 30. Juni 1839; ebenda Nr. 1066.

[64] Präsidialvortrag Sedlnitzkys vom 12. Jänner 1839; ebenda, Nr. 96.

[65] Bericht Waldstättens an die Polizeihofstelle vom 9. September 1830; Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 18 f.

[66] Vortrag Sedlnitzkys vom 21. September 1839; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 1381.

[67] Genesis der Revolution in Österreich im Jahre 1848, S. 71.

[68] Schreiben Metternichs vom 8. August 1840; St.-A. Konferenzakten, Nr. 1208.

[69] Siehe Anm. 33.

[70] Gespräch mit Löwenthal vom 19. November 1839; Siehe Anm. 47.

[71] Mitgeteilt von Castle, in den „Historischen Blättern", III, S. 495 f.

[72] Vgl. Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 39 fg.; A. Winkler, Das Buch der Achtundvierziger Revolution in Österreich, im „Deutschen Volksblatt" vom 25. Dezember 1921.

[73] Im „Adler", 1839/1840.

[74] Nachgelassene Papiere, VII, S. 315.

[75] St.-A. Konferenzakten, 1321 ex 1843; vgl. Walter, a. a. O., S. 174.

[76] Siehe Bd. I, S. 367.

[77] Chéradame, L'Europe et la question l'Autriche, S. 3.

[78] Zschokke, Überlieferungen, Jahrg. 1822, Für die Nationalitätenfrage im allgemeinen, vgl. Alfred Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg; Josef Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem, I, 1. Teil, S. 175 fg.; 2. Teil, S. 42 fg. (dort die weitere Literatur).

[79] Uebersberger, in „Deutschland und der Weltkrieg".

[80] Siehe Bd. I, S. 339 f.

[81] Schreiben an Erzherzog Ferdinand, 10. November 1835; St.-A. Konferenzakten, Nr. 2090.

[82] Denkschrift Metternichs vom 19. Jänner 1837; ebenda 124.

[83] Nachgelassene Papiere, VII, S. 203.

[84] Siehe Bd. I, S. 344.

[85] Tagebücher, I, S. 710.

[86] Molisch, Die Wiener akademische Legion, im „Archiv für österreichische Geschichte", 110, S. 33 f.

[87] Vorträge des Grafen Hartig vom 6. Jänner und 9. März 1839; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 71 und 411.

[88] Castle, in den „Historischen Blättern", III, 505 f.; auch Springer, Geschichte Österreichs, II, S. 232.

[89] Nachgelassene Papiere, I, S. IV.

[90] St.-A. Konferenzakten, Nr. 140.

[91] Bericht an die Hofkanzlei vom 1. Jänner 1835.

[92] Adolf Beer, Die Finanzen Österreichs, S. 153.

[93] Bernheim, Alt- und Neu-Wien, II, S. 538.

[94] Bauernfeld, Aus Alt- und Neu-Wien.

[95] Vgl. das strenge Urteil Springers, I, S. 551 fg.

[96] Graf Arnim, Jänner 1848. Vgl. Wertheimer, Zur Geschichte des 13. März, in der „Neuen Freien Presse" vom 13. März 1914.

[97] Adolf Wiesner, Denkwürdigkeiten der österreichischen Zensur.

[98] Votum vom 14. Juni 1841; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 1070.

[99] Kalchberg, Mein Glaubensbekenntnis, S. 186.

[100] Erinnerungen aus dem Jahre 1848. (Werke, herausgegeben von Hock, XIV, S. 176.)

[101] Schlitter, Gründung der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, 197), S. 30 fg.

[102] Schreiben an Kolowrat (April 1846); Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, II, S. 69.

[103] Über die Ständebewegung vgl. im allgemeinen: Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, und Hanns Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, I—IV.

[104] Reschauer, Das Jahr 1848, S. 38.

[105] Bericht des Gesandten Canitz vom 15. Mai 1845; Treitschke, Deutsche Geschichte, V, S. 711.

[106] Allerhöchste Entschließung vom 13. Juli 1847; Schlitter, IV, S. 73 fg; Bibl, a. a. O., S. 320.

[107] Vgl. Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, I, S. 17. 35; Springer, a. a. O., S. 587.

[108] Tagebücher vom 26. Jänner 1837 und 16. August 1839; a. a. O., S. 752 f., 823 f. Vgl. dazu Schlitter, a. a. O., IV, S. 4.

[109] Alfred Stern, Geschichte Europas, V, S. 59 fg.

[110] Friedjung, Österreich von 1848—1860, S. 8; Josef Redlich, a. a. O., S. 23 f.

[111] Schreiben Metternichs an Erzherzog Ferdinand vom 10. November 1835 (St.-A. Konferenzakten, Nr. 2090); Aphorismen Metternichs vom 9. Mai 1844 (Horwath, Geschichte Ungarns von 1823 bis 1848, II, S. 241); Apostille Metternichs vom 9. Juli 1843 (Schlitter, a. a. O., III, S. 100 fg.).

[112] Votum Kolowrats vom 11. März 1844; vgl. Schlitter, a. a. O., III., S. 21.

[113] Wirkner, Meine Erlebnisse, S. 133.

[114] Sieghart, Zolltrennung und Zolleinheit, S. 171 f.

[115] Tagebuch Kübecks vom 26. Jänner 1835; a. a. O., I, S. 752.

[116] „Der Slawe und der Tscheche", Artikel in der tschechischen „Prager Zeitung" 1846.

[117] Vgl. Walter, in den „Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen", LX, S. 207.

[118] Kolowrat an Metternich, 11. August 1843; vgl. Schlitter, a. a. O., II, S. 75.

[119] Metternich an Gervay, 20. August 1843; ebenda.

[120] „Teutschland und die Donaumündungen", 1846, von Wilhelm Rube.

[121] Orsi, Das moderne Italien, S. 106.

[122] Vgl. L. M. Hartmann, Hundert Jahre italienische Geschichte, 1815 bis 1915, S. 28.

[123] Aus Böhmen nach Italien, S. 140.

[124] L. M. Hartmann, a. a. O.

[125] Siehe Band I, S. 238 fg.

[126] L. M. Hartmann, a. a. O.

[127] Präsidialvortrag der Hofkanzlei vom 4. Oktober 1847; St.-A. Konfenzakten, Nr. 960.

[128] Vortrag Sedlnitzkys vom 30. Dezember 1847; ebenda Nr. 25 ex 1848.

[129] Bemerkungen Metternichs vom 26. Jänner 1848 über die Berichte des Grafen Ficquelmont an den Vizekönig Rainer (ebenda, Kolowrat-Akten, Nr. 249); Vortrag Metternichs vom 16. September 1847 (ebenda, Konferenzakten, Nr. 880); Vortrag Metternichs vom 31. Dezember 1847 (ebenda, Kolowratakten, Nr. 30 ex 1848).

[130] Vortrag des Obersten Kanzlers vom 29. Jänner 1848 (St.-A. Kolowratakten, Nr. 253); Vortrag Sedlnitzkys vom 2. Februar 1848 (ebenda, Nr. 321).

[131] Votum vom 6. Februar über Vortrag Erzherzog Rainers vom 17. Jänner 1848; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 204.

[132] Votum Metternichs vom 13. Februar über Vortrag Erzherzog Rainers vom 7. Jänner 1848, ebenda.

[133] Alfred Stern, Geschichte Europas, VI, S. 374 f.

[134] St.-A. Konferenzakten, 435 und 445 ex 1847.

[135] Über den Sonderbundkrieg vgl. im allgemeinen A. Stern, Geschichte Europas, VI, S. 485 fg.; Springer, a. a. O., II, S. 148 fg.; A. Winkler, Österreichs materielle Hilfe für den Sonderbund, im „Anzeiger für schweizerische Geschichte", 51, N. F. 18 (1920), S. 158 fg.; ders., Die österreichische Politik und der Sonderbund, ebenda 50, N. F. 27 (1919), S. 270 fg.

[136] Vortrag Metternichs vom 10. Oktober 1847; St.-A. Konferenzakten, Nr. 980.

[137] Votum vom 27. Dezember 1847 über Vortrag Kübecks vom 23. Dezember; ebenda, Nr. 1318.

[138] (Usedom), Politische Briefe und Charakteristiken 1849, S. 67.

[139] Vgl. für das Folgende: Wertheimer, Zur Geschichte des 13. März 1848, in der „Neuen Freien Presse" vom 12. März 1919.

[140] Prokesch-Osten, Tagebuch vom 18. September 1833, S. 193.

[141] Siehe Anm. 139.

[142] Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte (1806—1871), II, S. 371.

[143] Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, V, Nr. 467, 468.

[144] Glossy, Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, ebenda 21, S. CXI, LXXIX.

[145] Th. Schiemann, Die italienische Reise des Kaisers Nikolaus I. 1845, in: „Baltische Studien zur Archäologie und Geschichte", herausgegeben von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands (Berlin 1914). Ich verdanke die Kenntnis dieser Quelle der Liebenswürdigkeit meines Kollegen Professor Dr. Hans Uebersberger.

[146] Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852, S. 72.

[147] Für das Folgende vgl. im allgemeinen: H. Srbik, Die Wiener Revolution in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung usw.", XLIII, 3. Heft; Glossy, Wien 1840—1848. Eine amtliche Chronik, Bd. I und II, in den „Schriften des Literarischen Vereins" in Wien, XXIII und XXIV; E. V. Zenker, Die Wiener Revolution 1848 in ihren sozialen Voraussetzungen und Beziehungen; A. Winkler, Lebensmittelnot, Schiebertum und Arbeitslosigkeit im Wiener Vormärz, im „Deutschen Volksblatt" vom 10., 11. und 12. September 1919.

[148] Vortrag des böhmischen Landespräsidiums vom 31. Jänner 1848; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 374.

[149] Slokar, Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I., S. 102 fg.

[150] Siehe Anm. 148.

[151] Castle, im Vorwort zur Ausgabe der Werke Anzengrubers, I, S. 20.

[152] Josef Redlich, a. a. O., I. Teil, I, S. 80.

[153] Molisch, a. a. O., S. 29 fg.

[154] Wertheimer, Zur Geschichte des 13. März, in der „Neuen Freien Presse" vom 13. März 1914.

[155] Tagebücher Kübecks (25. Februar 1839), I, S. 808.

[156] Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 322.

[157] M. Hartmann an Alfred Meißner, 2. Mai 1841, in: „Briefe aus dem Vormärz", herausgegeben von Wittner, S. 403.

[158] Erinnerungen aus dem Jahre 1848.

[159] Beer, Die Finanzen Österreichs, S. 160 fg.

[160] Vortrag Sedlnitzkys vom 25. Jänner 1848; St.-A. Kolowrat-Akten, Nr. 242.

[161] Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, III, S. 68 f.

[162] Vortrag Metternichs vom 2. März 1848; St.-A. Konferenzakten, Nr. 286.

[163] Bibl, a. a. O., S. 323 fg.

[164] Molisch, a. a. O., S. 48.

[165] Stern, a. a. O., VII, S. 73; Molisch, a. a. O., S. 45.

[166] Bericht des preußischen Gesandten Graf Arnim vom 13. März 1848, mitgeteilt von Wertheimer, in der „Neuen Freien Presse" vom 13. März 1914; Laube, Grillparzers Leben, S. 154; Zur Geschichte der Revolution in Österreich, in: „Historisch-politische Blätter", XXII, S. 199; (Hartig), Genesis der Revolution, S. 153; Zimmermann, Die Märztage, in der „Neuen Freien Presse" vom 13. März 1898.

[167] Violand, Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich, S. 77.

[168] Bericht des preußischen Gesandten Graf Arnim vom 13. März 1848 (siehe Anm. 166); Reschauer, a. a. O., S. 306 f.; Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 377.

[169] Nachgelassene Papiere, VIII, S. 203 fg.

[170] Ebenda, S. 240.

[171] Ebenda, I, S. 71.

[172] Castle, in den „Historischen Blättern", III.

[173] Österreich und dessen Zukunft, II, S. 86.

[174] Aus Alt- und Neu-Wien.

[175] Nachgelassene Papiere, III, S. 444.

[176] Siehe Anm. 134.

[177] Tagebücher (17. Jänner 1837), I, S. 751.

[178] Österreich über alles. S. 7.

[179] Aus Alt- und Neu-Wien.

[180] Koch, Genesis der Wiener Revolution.

[181] Molisch, a. a. O., S. 65; Friedjung, a. a. O., I, S. 22.

[182] Vgl. H. Srbik, Die deutsche Einheitsfrage in der Frankfurter Nationalversammlung, in: „Historische Blätter", III; W. Schüßler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, in: „Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte", Heft 51; A. Rapp, Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848, in: „Studien zur Geschichte der nationalen Bewegung in Deutschland", I.

[183] Fischel, Der Panslawismus, S. 289; J. Redlich, a. a. O., I, Teil 2, S. 44 (hier die neueste Literatur über den Slawenkongreß).

[184] Denis, La Bohême depuis la Montagne Blanche, S. 317.

[185] Geist-Lányi, Das Nationalitätenproblem auf dem Reichstag zu Kremsier, S. 36 fg.

[186] J. Redlich, a. a. O., I/1, S. 256.

[187] „Grenzboten" 1849, I. Bd., S. 122.

[188] Ficquelmont, Aufklärungen, S. 77.

[189] A. Springer, a. a. O., II, S. 325.

[190] Geist-Lányi, a. a. O., S. 95; Springer, Österreich nach der Revolution, S. 26.

[191] Friedjung, Österreich etc., S. 27 f.; Reschauer-Smets, a. a. O., II, S. 439 f.

[192] Fischel, a. a. O., S. 260.

[193] Südland, Die südslawische Frage und der Weltkrieg, S. 425.

[194] Majlath, Geschichte der Magyaren, V, S. 38.

[195] Fischel, a. a. O., S. 259.

[196] Vgl. über Fürst Schwarzenberg im allgemeinen: H. Friedjung, a. a. O., I, S. 96 fg.; J. Redlich, a. a. O., I, Teil I, S. 323 fg.; H. Schlitter, Versäumte Gelegenheiten (Amalthea-Bücherei, IX), derselbe, Aus der Regierungszeit Kaiser Franz Josephs I., S. 9 fg.; A. Springer, a. a. O., II, S. 592 fg.; Alexander Hübner, Ein Jahr meines Lebens, S. 221 f., 307 fg.

[197] Über die Thronbesteigung und ihre Vorgeschichte, vgl. Loserth, Zur Abdankung Kaiser Ferdinands I. und zur Thronbesteigung Franz Josephs I., in „Österreichische Zeitschrift für Geschichte", I, S. 475 fg.; Schlitter, Aus der Regierungszeit Kaiser Franz Josephs I., S. 4 fg.; Helfert, Geschichte Österreichs etc., III, S. 327 fg.; O. Lorenz, Staatsmänner etc., S. 115 fg.

[198] Über Kaiser Franz Joseph I., vgl. vor allem die feine Skizze H. Friedjungs in seinen „Aufsätzen", S. 426 fg.; E. Plener, Erinnerungen, III, S. 300 fg.

[199] Königin Viktorias Briefwechsel und Tagebuchblätter, II.

[200] Conrad, Aus meiner Dienstzeit, I, S. 49.

[201] Alfred Krauß, Die Ursachen unserer Niederlage, S. 85.

[202] In den „Grenzboten" 1849, Nr. 35. (Politische Aufsätze, S. 178.)

[203] Ebenda 1848, Nr. 46. (Politische Aufsätze, S. 132 f.)

[204] Über den Kremsierer Reichstag, vgl. J. Redlich, a. a. O., I, Teil I, S. 221 fg. (die Literatur ebenda, Teil II, S. 63); ferner Geist-Lányi, Das Nationalitätenproblem etc.

[205] Rogge, Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart, I, S. 81.

[206] Der Zentralstaat und der Föderativstaat Österreich (Hamburg 1849), S. II.

[207] Jahrg. 1849, I, S. 121.

[208] H. Schlitter, Versäumte Gelegenheiten, S. 48.

[209] Springer, a. a. O., II, S. 768. Für das Folgende im allgemeinen die beiden schon angezogenen Werke Friedjungs und Redlichs.

[210] Staatsmänner und Geschichtsschreiber des XIX. Jahrh., S. 114 f.

[211] W. Schüßler, a. a. O., S. 53.

[212] Mitgeteilt von Schlitter, Versäumte Gelegenheiten, Anhang XI und XII (S. 165 fg.)

[213] H. Schlitter, Aus der Regierungszeit Franz Josephs I., S. 10, Anm. 10.

[214] Siehe Anm. 182.

[215] Jahrg. 1849, Nr. 8. (Politische Aufsätze, S. 139 fg.)

[216] „Grenzboten" vom 7. Juli 1848.

[217] H. Poschinger, Geheimblätter über die österreichische Politik, in der „Österreichischen Rundschau", XI, S. 1 fg.

[218] Jahrg. 1849, I, S. 125.

[219] Friedjung, a. a. O., I, S. 228.

[220] Schlitter, Aus der Regierungszeit Kaiser Franz Josephs I., S. 15; Friedjung, a. a. O., I, S. 437; E. v. Wertheimer, Haynau und die Arader Blutopfer, im „Pester Lloyd" vom 6. Oktober 1923.

[221] Friedjung, a. a. O., I, S. 234.

[222] Erinnerungen, III, S. 516.

[223] Jahrg. 1849, Bd. I, S. 6.

[224] Siehe Anm. 212.

[225] Fischel, a. a. O., S. 307 f.

[226] Beer, Fürst Schwarzenbergs deutsche Politik, im „Histor. Taschenbuch" 1891, S. 104.

[227] Friedjung, a. a. O., II, S. 134.

[228] Ebenda, I, S. 244.

[229] Schlitter, Versäumte Gelegenheiten, Anhang Nr. XII, S. 193 f.

[230] Ebenda, Anhang Nr. XIII, S. 195 fg.

[231] Poschinger, in der „Österreichischen Rundschau", XI, S. 79.

[232] Friedjung, a. a. O., II, S. 451.

[233] Fischhof, Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes, S. 172.

[234] Molisch, Die deutschen Hochschulen in Österreich, S. 14 fg.

[235] Friedjung, a. a. O., I, S. 329 f.; Rogge, a. a. O., I, S. 320.

[236] Vgl. im allgemeinen Friedjung, a. a. O., II, S. 193 fg.; Angeli, Wien nach 1848.

[237] Principe (7. Kapitel).

[238] Schreiben Metternichs an Bischof Wagner vom 25. April 1835 und 29. Juni 1841. St.-A. Konferenzakten, Nr. 489 ex 1841.

[239] Über das Konkordat, vgl. Friedjung, a. a. O., II, S. 468 fg.; Max Hussarek, Die Verhandlung des Konkordats vom 18. August 1855, im „Archiv für österreichische Geschichte", Bd. CIX.

[240] Aus dem Nachlaß des Grafen Matthias v. Wickenburg, in der „Österreichischen Rundschau", IV, S. 589.

[241] Der Friede von Villafranca und die österreichische Monarchie. Von einem Konservativen. — Wiener Brief, in Kolatschek, „Stimmen der Zeit", 1859, S. 353 f.

[242] Nachgelassene Papiere, VIII, S. 123.

[243] Poschinger, in der „Österreichischen Rundschau", IX, S. 4.

[244] Friedjung, a. a. O., II, S. 217.

[245] Für das Folgende vgl. Friedjung, a. a. O., II, S. 226 fg.; Derselbe, Krimkrieg und die österreichische Politik; Theodor v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, I.

[246] Vgl. Friedjung, a. a. O., II, S. 217 fg.

[247] Friedjung, Aufsätze, S. 490.

[248] Mollinary, Sechsundvierzig Jahre im österreichisch-ungarischen Heere, 1833—1879, II, S. 12.

[249] Theodor v. Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche, I, Anhang (zu S. 8).

[250] Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, I, S. 29 fg.

[251] Kaindl, 1848/49 usw., S. 27.

[252] Wertheimer, Graf Julius Andrassy, I, S. 105.

[253] Gedruckt 1860 unter dem Titel „Die Aufgaben Österreichs".

[254] Josef Redlich, a. a. O., II. Teil, S. 234 fg.

[255] Ebenda, I. Teil, S. 462.

[256] Ministerratsprotokolle. (Nach einer liebenswürdigen Mitteilung Dr. Paul Molischs.)

[257] Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches, 1866—1871, S. 44. Vgl. für das folgende im allgemeinen: Redlich, a. a. O., I, S. 460 fg.; Wertheimer, a. a. O., I, S. 109 fg.

[258] Neun Briefe über Verfassungsreform in Österreich, S. 2.

[259] Rogge, a. a. O., II, S. 7.

[260] Neun Briefe etc., S. 6.

[261] Konyi, Reden Deáks, II, S. 447.

[262] Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes, S. 45.

[263] Erinnerungen, III, S. 313.

[264] Plener, a. a. O., II, S. 173.

[265] Fischel, Panslawismus, S. 321.

[266] Die vereinigten Staaten von Großösterreich, S. 120 fg.

[267] Eine neue Uhr, in: „Siegelringe", S. 29.

[268] R. Charmatz, Wiens Schillerfeier i. J. 1859, in „Neue Bahnen" V.

[269] Fischel, a. a. O., S. 322.

[270] Über das Folgende im allgemeinen: Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 1859—1866.

[271] Die deutsche Nation und das Kaiserreich (1862).

[272] Der österreichische Reformplan des Deutschen Bundes, in den „Grenzboten", 1863, Nr. 35 (Politische Aufsätze, S. 253).

[273] E. Wertheimer, Neues zum Osterartikel Deáks vom Jahre 1865, im „Pester Lloyd" vom 28. April 1923.

[274] Rogge, a. a. O., II, S. 275.

[275] E. Wertheimer, in den „Preußischen Jahrbüchern" (1923).

[276] Gustav Freytag, Die Abtretung Venetiens an Kaiser Napoleon, in den „Grenzboten", 1866, Nr. 29 (Politische Aufsätze, S. 309 fg.).

[277] Vgl. für das folgende H. Friedjung, Aufsätze, S. 134 fg.; E. Wertheimer, Andrassy, I, S. 236 fg.; Eisenmann, Le compromis austro-hongrois de 1867; W. Schüßler, Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich, S. 53 fg. (Siehe dort die weitere Literatur, insbesondere die verdienstvollen Arbeiten von Tetzner und die von Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreich.)

[278] Ernst Plener, Erinnerungen, III, S. 306 f.

[279] Paul Samassa, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat, S. 85 fg.

[280] A. Fischel, Panslawismus, S. 328.

[281] G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich, I, S. 241 fg.

[282] Die Zersetzung des ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1867, in der „Österreichischen Rundschau", II (1905), S. 437.

[283] Tayenthal, Bemerkungen zur Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn (1915).

[284] Schüßler, a. a. O., S. 75.

[285] A. Fournier. Österreich-Ungarns Neubau unter Kaiser Franz Joseph I. S. 157 f.

[286] Aus dem Leben Theodor v. Berhardis, VII, S. 2.

[287] Tetzner, Wandlungen der österreichisch-ungarischen Reichsidee, S. 79.

[288] Schüßler, a. a. O., S. 69 f.; R. Springer (Renner), Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, S. 150.

[289] Vgl. Fischel, Panslawismus, S. 332 fg.

[290] Friedjung, Aufsätze, S. 522.

[291] Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Für das Folgende im allgemeinen die genannten Arbeiten von Charmatz, Wertheimer, Kolmer, Samassa und Fischel.

[292] Samassa, Der Völkerstreit, S. 32.

[293] Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches 1866 bis 1871, S. 342.

[294] Schüßler, a. a. O., S. 58.

[295] H. Friedjung, in der „Österreichischen Rundschau", I. S. 458.

[296] Schüßler, a. a. O., S. 125.

[297] O. Weber, Albert Schäffle und seine Fundamentalartikel, in „Deutsche Arbeit" (1905).

[298] Hugelmann, Zur Geschichte der österreichischen Ministerien, Bücherei des „Deutschen Volksblattes", 4. Heft (1922), S. 28.

[299] Plener, Erinnerungen, II, S. 316.

[300] Ebenda, S. 160. Für das Folgende im allgemeinen: Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866; Fournier, Wie wir zu Bosnien kamen; Wertheimer, Andrassy; Friedjung, Der Ausgleich mit Ungarn.

[301] Für das Folgende vgl. im allgemeinen: Friedjung, Aufsätze, S. 348 fg.; Plener, Erinnerungen, Bd. II und III; Oppenheimer, in der „Österreichischen Rundschau", IV, S. 377 fg.; Spiegel, in der Zeitschrift für Politik, XII (1923).

[302] „Neues Wiener Journal" vom 20. Mai 1923; Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, II, S. 182.

[303] Julius Szeps, Kronprinz Rudolf und der Sturz der Dynastien, im „Neuen Wiener Journal" vom 2. Dezember 1923; Ebenderselbe, Politische Briefe des Kronprinzen Rudolf.

[304] Ministerratsprotokoll vom 29. Oktober 1893, im Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Kabinettsdirektions-Akten, Nr. 54.

[305] Über Badeni vgl. Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche, I, S. 171 fg.; Plener, Erinnerungen, III, S. 309 fg.; Paul Molisch, Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897. (Wien, 1923).

[306] O. Lang, Das österreichische Staatsproblem und seine Lösung, S. 11.

[307] Samassa, a. a. O., S. 172.

[308] Friedjung, Aufsätze, S. 524 f.

[309] „Österreichische Rundschau", I (1904/05), S. 65 fg.

[310] Spitzmüller, Der politische Zusammenbruch und die Anschlußfrage, S. 5.

[311] Springer (Renner), Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, S. 116.

[312] Für das Folgende im allgemeinen: Schüßler, Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich, S. 69 fg.; Fournier, a. a. O., S. 189 fg.; Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche, Bd. II.

[313] Ungarns Ausgleich mit Österreich, S. 359 f.

[314] Vortrag Taaffes vom 9. September 1889, im Wiener St.-A. Kabinettsdirektions-Akten, Nr. 9.

[315] Baron Chlumecky, in der „Österreichischen Rundschau", XI, S. 395.

[316] Über Franz Ferdinand vgl. im allgemeinen: E. Plener, a. a. O., III, S. 321 fg.; O. Czernin, Im Weltkriege, S. 45 fg.; Heinrich Lammasch (herausgegeben von Marg. Lammasch und Sperl), S. 77 fg.; A. F. Pribram, Austrian Foreign Policy (1908—1918), S. 55 fg.; Auffenberg-Komarow, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 227 fg.; Margutti, La Tragédie des Habsbourg, S. 65 fg.; Derselbe, Vom alten Kaiser, S. 50 fg.

[317] Österreichisches Jahrbuch 1897, S. 160.

[318] Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. VIII, Heft 3 (1899).

[319] Für das Folgende vgl. im allgemeinen: H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, Bd. II, S. 173 fg.; Schüßler, a. a. O., S. 133 fg.; Südland (Pilnar), Die südslawische Frage und der Weltkrieg; Seton-Watson, Die südslawische Frage im Habsburgerreiche; L. Mandl, Die Habsburger und die serbische Frage; Derselbe, Österreich-Ungarn und Serbien.

[320] Kleinwächter, Der Untergang der österr.-ungar. Monarchie, S. 149.

[321] „Österreichische Rundschau", XI, S. 4.

[322] A. F. Pribram, Milan IV. von Serbien und die Geheimverträge Österreich-Ungarns mit Serbien 1881—1889, in „Historische Blätter", III, S. 464 fg.

[323] Vgl. Baernreither, Unsere Handelsbeziehungen zu Serbien, in der „Österreichischen Rundschau", XXIX.

[324] B. Molden, in der „Österreichischen Rundschau" 1905, S. 147.

[325] Für das Folgende vgl. im allgemeinen: Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik etc., Bd. II; H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, Bd. II und III; A. F. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914; Derselbe: Austrian Foreign policy (1908—1918); B. Molden, Graf Aehrenthal, Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns; Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, Bd. I, II und III.

[326] Über die Beziehungen zu Italien vgl. Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche, I, S. 96 fg.; Chlumecky, Österreich und Italien; Derselbe, Die Agonie des Dreibundes.

[327] Osternummer 1911 des „Neuen Wiener Tagblattes".

[328] Fischel, a. a. O., S. 480.

[329] Alexander Hoyos, Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, S. 36.

[330] Für das Folgende im allgemeinen: O. Czernin, Im Weltkriege; Conrad, a. a. O., Bd. IV; Schwarte, Der Weltkrieg; Plener, Erinnerungen, Bd. III; Auffenberg-Komarow, Aus Österreichs Höhe und Niedergang;

Kleinwächter, Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie; B. Molden, Das Schicksal der Deutschen, in: „Historische Blätter", II; A. Fr. Pribram, Austrian Foreign policy (1908—1918); Hoyos, a. a. O.; R. Gooß, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges; M. Beer, Die europäischen Kriegshandlungen; Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre; Schwerdtfeger, Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität; Graf St. Burian, Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege.

[331] Kriegsursachen, S. 79 f.

[332] Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888—1893, S. 1.

[333] Das türkische Verhängnis, S. 99, 103.

[334] La Tragédie des Habsbourg, S. 123.

[335] Pfingstpredigt, in der „Neuen Freien Presse" vom 4. Juni 1922.

[336] General Hoen, in Schwarte, a. a. O., S. 1 fg.

[337] Krauß, a. a. O., S. 98.

[338] Für das Folgende vgl. vor allem die ausgezeichnete Darstellung von Glaise-Horstenau bei Schwarte, a. a. O.; Karl Friedrich Nowak, Der Sturz der Mittelmächte; Plener, a. a. O., Bd. III; Spitzmüller, a. a. O.; Friedrich Wieser, Österreichs Ende; J. v. Szilassy, Der Untergang der Donaumonarchie.

[339] Schüßler, a. a. O., S. 188.

[340] Sir Campbell Stuart, Geheimnisse aus Crewe House, Die Geschichte eines hervorragenden Feldzuges.

[341] Kleinwächter, a. a. O., S. 331.

[342] Josef Redlich, H. Lammasch als Ministerpräsident, in: H. Lammasch, a. a. O., S. 162,

Mitteilungen des Verlages

Viktor Bibl

Dr. Viktor Bibl wurde am 20. Oktober 1870 in Wien geboren. Nach Absolvierung seiner Studien promovierte er im Jahre 1893 zum Doktor der Philosophie. In den Jahren 1894 bis 1897 besuchte er dann das Institut für österreichische Geschichtsforschung und habilitierte sich im Mai 1905 als Privatdozent für das Fach der Allgemeinen Geschichte der Neuzeit. Im selben Jahre wurde er von der „Kommission für Neue Geschichte Österreichs" mit der Herausgabe der Korrespondenz Kaiser Maximilians II. betraut und suchte zu diesem Zwecke die namhaftesten Archive Deutschlands, Italiens, Spaniens und Frankreichs auf. Im Jahre 1913 wurde er zum außerordentlichen Professor für Allgemeine Geschichte der Neuzeit an der Wiener Universität ernannt und im Juli 1923 erhielt er den Titel eines Ordinarius.

Von selbständigen größeren Arbeiten sind erschienen:

1900: Die Einführung der katholischen Gegenreformation in Niederösterreich unter Kaiser Rudolf II.

1902: Die Restauration der niederösterreichischen Landesverfassung unter Kaiser Leopold II.

1916: Die niederösterreichischen Stände im Vormärz.

1918: Der Tod des Don Carlos.

1916—1921: Korrespondenzen österreichischer Herrscher. Die Familienkorrespondenz Maximilians II.

VIKTOR BIBL

O. Ö. PROFESSOR FÜR GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT WIEN

DER ZERFALL ÖSTERREICHS

Erster Band

KAISER FRANZ UND SEIN ERBE

Großoktav, XII und 420 Seiten

Aus dem Inhalt: Sieg über die Stände und Triumph des Absolutismus. Ausbruch der französischen Revolution. Lehrjahre und Krisen. Die Koalitionskriege. Der Feldzug von 1809 und seine Folgen. Metternich und der neue Kurs. Staatsbankrott und Gewaltstreich in Ungarn. Sturz Napoleons. Krankheit des Kaisers. Die Julirevolution. Neuauflage der Karlsbader Beschlüsse und der heiligen Allianz. Tod des Kaisers. Sein politisches Vermächtnis.

Die Ursachen der so vollkommenen Auflösung des ältesten Reiches Europas, der Untergang des uralten Geschlechtes der Habsburger werden durch Bibls Darstellung zum ersten Male in das Licht kritischer Forschung gerückt. Die bisher verschlossenen Akten des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs sind die Quellen, aus denen Bibl schöpft, und das allein schon hebt sein Werk aus der Reihe ähnlicher Publikationen heraus.

Zwei Pressestimmen:

„ . . . Es ist hier eine Fülle ganz neuen, unendlich aufschlußreichen Materials in einer Weise verarbeitet, die durch schriftstellerisches Geschick das Buch zu einer von Anfang bis zum Ende gleich interessanten, ja spannenden Lektüre macht. Es ist ein ausgezeichnetes Porträt der franziszeischen Zeit, durch dessen klare und plastische Zeichnung Bibl die österreichische historische Literatur um ein als Quelle wie als Darstellung gleich wertvolles Werk bereichert hat . . .“ (Neue Freie Presse, Wien)

„ . . . Bibls Darstellung fußt streng auf einwandfreier Aktengrundlage. Der Versuch, die Geschichte Österreichs von neuen Gesichtspunkten aus zu beleuchten, ist dem Verfasser glänzend gelungen. Aufbau und Schreibweise vermitteln uns Bibls Auffassung in vollendeter Form . . .“ (Neues Wiener Tagblatt)

RIKOLA VERLAG, WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

FELDMARSCHALL CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT

1906 bis 1918

Die auf authentischem Aktenmaterial aufgebauten Darlegungen des österreich. Generalstabschefs bedeuten die Geschichte des Weltkrieges und seiner Ursachen

ERSTER BAND: 1906 bis 1909

DIE ZEIT DER ANNEXIONSKRISE

In zwei Teilen, mit einem Anhang und einer ethnographischen Karte
Großoktavband, 676 Seiten

*

ZWEITER BAND: 1910 bis 1912

DIE ZEIT DES LIBYSCHEN KRIEGES UND DES BALKANKRIEGES BIS ENDE 1912

Der Kampf um den Heeresausbau — Der Konflikt mit Graf Aehrenthal — Meine Entlassung 1911 — Meine Wiederernennung 1912

Mit einem Anhang — Großoktavband, 472 Seiten

*

DRITTER BAND:

1913 und erstes Halbjahr 1914

AUSGANG DES BALKANKRIEGES UND DIE ZEIT BIS ZUM FÜRSTENMORD IN SARAJEVO

Mit einem Anhang und drei Beilagen. — Großoktavband, 815 Seiten

*

VIERTER BAND:

24. Juni 1914 bis 30. September 1914

DIE POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN VORGÄNGE VOM FÜRSTENMORD IN SARAJEVO BIS ZUM ABSCHLUSS DER ERSTEN UND BIS ZUM BEGINN DER ZWEITEN OFFENSIVE GEGEN SERBIEN UND RUSSLAND

Mit 27 Anlagen und 9 Karten in besonderer Tasche im Großoktavformat des Bandes. Großoktavband, 960 Seiten

RIKOLA VERLAG, WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

GENERALOBERST ARZ

ZUR GESCHICHTE DES GROSSEN KRIEGES 1914—1918

In seinen Aufzeichnungen gibt Generaloberst Arz, der letzte Generalstabschef der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, keine Kritik, sondern reiht nur Begebenheiten aneinander, die zur Geschichte des großen Krieges beitragen sollen. Nie sich in taktische Details verlierend, gibt er, die Begebenheiten kurz schildernd, ein plastisches Bild der schweren, wechselvollen Kämpfe; besonders fesselnd aber sind jene Stellen, in denen nicht nur der Soldat spricht, sondern der das große Leid, das die Kriege gebracht, erfassende Mensch.

Der zweite Teil des Buches zeigt uns den Verfasser als Chef des Generalstabes der Armee an der Seite des den Oberbefehl führenden Kaisers Karl. Die Begebenheiten des Jahres 1917 führen trotz wachsender Not von Erfolg zu Erfolg, welchem aber im Jahre 1918, erst allmählich, dann immer deutlicher, endlich unaufhaltsam der Niederbruch folgt.

Nichts beschönigend spricht der Verfasser über all die Unzulänglichkeiten, die die Kriegführung lähmen, ja unmöglich machen; die Hoffnung auf Sieg sank immer mehr; da diese fehlte, mußte das grauenvolle Spiel ein Ende finden, Schluß! Kein Tropfen Blutes mehr! Der Verfasser spricht über die Begebenheiten nur von seinem Standpunkte, ohne sich in das Gehege wirrer Politik zu verlieren. Die Darlegungen gewinnen an Interesse durch die im Wortlaut wiedergegebenen Briefe der beiden Kaiser, welche ein Kommentar für so manche Vorgänge bieten. Die ungezwungene, freimütige Art, in der das Buch geschrieben ist, sichern ihm einen großen Leserkreis, da es für jedermann verständlich die Ereignisse einer großen Zeit in spannender Weise wiedergibt. Insbesondere werden die Aufzeichnungen jeden Mitkämpfer überaus interessieren.

RIKOLA VERLAG, WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

DER POLITISCHE NACHLASS DES GRAFEN EDUARD TAAFFE

Herausgegeben von Prof. Dr. ARTHUR SKEDL
unter Mitwirkung von Prof. Dr. EGON WEISS

Mit einem Lichtbild des Grafen Taaffe und einem Schriftstück in Faksimile
Großoktav, 788 Seiten

Graf Taaffe, Mitglied der Kabinette Beust, Auersperg, Potocki und Stremayr, leitete als Ministerpräsident fünfzehn Jahre lang die Geschicke des alten Österreich, in einer Zeit, die gerade jetzt wieder volles Interesse beansprucht, weil in ihr die ersten Spuren der Auflösungstendenzen sichtbar geworden sind, die nach dem Kriege zum Zusammenbruch führten. Es ist kaum möglich, auch nur andeutungsweise den reichen Inhalt der Dokumentensammlung anzugeben, die in Prof. Skedl, der selbst durch viele Jahre dem österreichischen Parlament angehörte, den berufensten Bearbeiter gefunden hat.

*

KRONPRINZ RUDOLF

POLITISCHE BRIEFE AN EINEN FREUND

1882 bis 1889

Eingeleitet und herausgegeben von JULIUS SZEPS

Mit einem Bildnis und einem Brieffaksimile
Oktav, XVI und 211 Seiten

Die vorliegenden Briefe, die Rudolf an seinen Vertrauten Szeps, den Herausgeber des „Wiener Tagblatts" schrieb, zeigen ihn nicht nur als einen modernen Politiker und scharfkritischen Kopf, sondern sie erweisen zum erstenmal, daß die Kronprinzentragödie die Tragödie Österreichs und Europas geworden ist; denn durch sie ist der Einzige dahingegangen, der den folgenden Ereignissen eine andere Wendung zu geben verstanden hätte.

„Eine aufsehenerregende Veröffentlichung erschien im Wiener Rikola Verlag. Sie wirft ein neues Licht auf die Persönlichkeit des zum Erben der österreichischen Kaiserkrone bestimmt gewesenen, jedoch durch die Tragik des Schicksals bei der Katastrophe in Mayerling am 30. Jänner 1889 allzufrüh abgerufenen Kronprinzen Rudolf ... Auch für den österreichischen Historiker werden diese Briefe von Wert sein, denn man erfährt aus ihnen ganz merkwürdige Zusammenhänge großer politischer Ereignisse der achtziger Jahre. Auch über die Beziehungen zum Deutschen Reich findet man in diesen Briefen manche Andeutung." (Frankfurter Nachrichten)

RIKOLA VERLAG, WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

JOSEF POPPER-LYNKEUS

KRIEG, WEHRPFLICHT UND STAATSVERFASSUNG

Großoktav, 396 Seiten

Dieses letzte Buch des Sozialphilosophen ist die Krönung seiner Lebensarbeit für das Wohl und die Sicherheit des Individuums

„Die gehaltvollen Gedanken des Werkes, die nach den Erfahrungen des Krieges doppelt einleuchten müssen, bekunden ein solches Maß von Scharfsinn, Sittlichkeit und vor allem Menschenliebe, daß schon um dieser Vorzüge willen das neue Buch des bekannten Sozialphilosophen besondere Beachtung und Anerkennung verdient . . ." (Pester Lloyd)

„. . . . Von seiner Güte und Weisheit hat Popper-Lynkeus auch in sein neuestes Werk reiche Ströme fließen lassen. Die Art der Darstellung ist in ihrer absoluten Unparteilichkeit wohl nicht zu übertreffen. (Neues Wiener Tagblatt)

*

DR. JUR. ARTHUR POLZER HODITZ

vormaliger Kabinettsdirektor Kaiser Karls

MENSCH UND STAAT

Großoktav, 71 Seiten

„. . . . Ein Buch, das so hohe Gedanken von grundlegender Bedeutung enthält, daß es als ‚zeitgemäße Betrachtung' höchste Beachtung verdient. Es ist niemandem zuliebe und niemandem zu Trotz geschrieben, es verhehlt nichts und beschönigt nichts, sondern greift tief an die Wurzel der Sache. Von einem Manne, der seinem kaiserlichen Herrn äußerlich und innerlich nahegestanden ist wie kaum ein zweiter, wirkt diese Offenheit, mit der er an der Hand eines höchst wertvollen gelehrten Rüstzeuges alle Begriffe entwickelt und klarlegt, doppelt wertvoll." (Reichspost, Wien)

*

GEORG BERNHARD

WIRTSCHAFTS-PARLAMENTE

Von den Revolutionsräten zum Reichswirtschaftsrat

Großoktav, 141 Seiten

„Die Verflachung der politischen Parlamente aller Länder zwingt immer mehr dazu, Umschau zu halten nach sachverständigen Groß-Kommissionen, welche die Rolle von wirtschaftlich geschulten Beratern der Regierungen übernehmen können. Bernhards Buch schildert Wesen und Arbeit des deutschen Reichswirtschaftsrates als des Vorläufers eines Wirtschafts-Parlaments . . ."
(Berner Tagblatt)

RIKOLA VERLAG, WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 656 481 9

11-61

DB 80
B52
v.2